# Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik

über die finanzielle Behandlung der Binnenwasserstraßen, über das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben und das Verhältnis der Kartelle zum Staate





**Duncker & Humblot** *reprints* 

Verhandlungen von 1905.

# Schriften

des

# Vereins für Socialpolitik.

116. Band.

#### Verhandlungen der Generalversammlung in Mannheim,

25., 26., 27. und 28. September 1905.

Auf Grund der ftenographischen Riederschrift hreg. vom Ständigen Ausschuß.



#### Leipzig,

Berlag von Dunder & Humblot. 1906.

## Verhandlungen

Des

# Vereins für Socialpolitik

über

#### die finanzielle Behandlung der Binnenwasserstraßen

mit Referaten von h. Schumacher und A. Wirminghaus,

über

## das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben

mit Referaten von I. Brenfano und E. Leidig

und

## das Berhältnis der Kartelle zum Staate

mit Referaten von G. Schmoller und E. Kirdorf-Gellenkirchen.



#### Leipzig,

Verlag von Dunder & Humblot. 1906. Alle Rechte vorbehalten.

## Inhaltsverzeichnis.

					Seite
Erster Verhandlungstag, Montag, den 25. Septem	be	r 1	90	)5.	
Zur Gröffnung					1
über die finanzielle Behandlung der Binnenwasserstraßen.					
Referat von Professor Dr. S. Schumacher, Bonn .					11
Referat von Professor Dr. A. Wirminghaus, Köln					47
Debatte					59
Zweiter Berhandlungstag, Dienstag, ben 26. Septe	mb	er	19	05	
Das Arbeitsverhältnis in ben privaten Riefenbetrieben.					
Referat von Professor Dr. 2. Brentano, München .					135
Referat von Regierungsrat Dr. E. Leibig, Berlin .					
Debatte					158
Dritter Berhandlungstag, Mittwoch, ben 27. Septer	nb	er	19	05	
Das Berhältnis der Kartelle zum Staate.					
Referat von Professor Dr. G. Schmoller, Berlin	_				237
Referat von Geh. Kommerzienrat G. Kirdorf, Gelsenkin					
Debatte	•	•			<b>29</b> 3
Bierter Berhandlungstag, Donnerstag, ben 28. Septe	mĥ	er	19	05	_
Das Berhältnis ber Rartelle gum Staate.		• •		-	•
Fortsegung und Schluß ber Debatte					376
Berzeichnis der Redner					439
Liste der Teilnehmer an der Generalnersamulung	•	•	•	•	440

## Erfte Sigung.

#### Montag, den 25. September 1905.

Die Sitzung wird um 91/2 Uhr durch den Borfitzenden des ftändigen Ausschuffes, Herrn Professor Dr. Schmoller (Berlin) eröffnet.

Professor Dr. Schmoller (Berlin): Meine Herren, als bisheriger Borsitzender des Ausschusses des Bereins für Socialpolitik liegt es mir ob, unsere diesjährige Jahresversammlung zu eröffnen.

Unsere erste Pflicht ift, ein Bureau zu konstituieren. Sie erlauben mir aber vorher, ein einziges Wort zur Begrüßung, Sie erlauben mir, daß ich allen Anwesenden banke, daß sie heute hier erschienen find. Wir bliden heute auf eine Tätigkeit bes Bereins von 33 Jahren zurud, und ich glaube, mir können zufrieden sein mit den Erfolgen, die mir erzielt haben. find ein wesentlich wiffenschaftlicher Berein, ber aber zugleich große praktische Riele perfolat. Unsere Saupttätigkeit liegt in unseren Schriften, von benen 114 Banbe vorliegen und acht gegenwärtig in Vorbereitung find. wir haben auch immer großen Wert barauf gelegt, in einer Generalversamm= lung, die wir alle zwei Sahre halten, mit weiteren Rreisen in Fühlung zu kommen, vor allem in lebendige Berührung mit der praktisch-wirtschaftlichen und sozialen Welt. Und wir haben beshalb unser früheres Prinzip, unsere Generalversammlungen immer in Gisenach ober in Frankfurt zu halten, seit Sahren aufgegeben, um eben mit immer weiteren Rreisen ber Gefellschaftswelt, der Arbeiterwelt, der Beamtenschaft in Fühlung zu kommen. freuen uns ganz besonders heute, nun zum ersten Male in diesem schönen babischen Lande zu sein, in dieser großen und außerordentlich tätigen, an ber Spite großer Handels= und Industriezweige stehenden Stadt Mannheim. weil wir glauben, in der Berührung mit den Herren, die sich hier versammeln, mit den praktischen Kräften, die Mannheim zu einer so glänzenden höhe erhoben haben, felbst lernen zu können.

Schriften CXVI. - Berhanblungen 1905.

Dieses badische Land wird vielfach gerühmt als das bestregierte Deutsch= lands. Wenige Handelsstädte haben eine solche Entwicklung wie Mannheim, und es ist bekannt, daß der pfälzische Bolkscharakter vor allen deutschen Stämmen sich durch Aktivität, durch Lebendigkeit, durch Energie und wirtschaftlichen Fortschritt auf allen Gebieten auszeichnet. —

Darf ich nun zu den Geschäften kommen, so ist es unsere erste Pflicht, daß das Bureau konstituiert wird. Die Generalversammlung hat die Pflicht, den ersten Vorsitzenden der Generalversammlung zu wählen. Dieser erste Vorsitzende hat dann die Vizepräsidenten und Schriftsührer zu ernennen. Ich erlaube mir vorzuschlagen, daß Seine Erzellenz Herr Staatsminister Dr. Freiherr von Verlepsch als erster Vorsitzender unserer Generalversammlung gewählt wird. Ich frage, ob wir durch Aktlamation abstimmen wollen. (Zustimmung.) — Dann bitte ich Seine Erzellenz, hier Platz zu nehmen und die Leitung unserer Generalversammlung zu übernehmen. —

Dr. Freiherr von Berlepsch, Staatsminister, Exzellenz: Ich danke Ihnen verbindlichst, meine Herren, für die Betätigung Ihrer Wahl und werde nach meinem besten Wissen und Kräften die Verhandlungen zu leiten suchen.

In das Bureau berufe ich als Vizepräfidenten die Herren Professor von Philippovich, Herrn Oberbürgermeister Beck, Herrn Professor Nathgen und Herrn Professor Fuchs, als Schriftschrer Herrn Professor Dr. Francke, Herrn Dr. Jaffé und Herrn Direktor Dr. Schott. Ich darf annehmen, daß die Herren diese Berufung annehmen.

Ich gebe nunmehr das Wort an Seine Erzellenz den Herrn großh. bad. Minister des Innern Dr. Schenkel.

Dr. Schenkel, großh. bab. Minister bes Innern, Ezzellenz: Meine Herren! Namens ber großh. Regierung bringe ich ber heute hier verssammelten Generalversammlung bes Bereins für Socialpolitik herzlichen Willsommensgruß. Ein brittel Jahrhundert ist vorüber, seitdem der Berein für Socialpolitik zum erstenmal eines seiner grauen Hefte hinaus in das deutsche Bolk versandt hat, eines jener Hefte, dem mehr als hundert nachsgefolgt sind, und dem, wie ich hoffe, im Laufe der nächsten Jahrzehnte noch Hunderte nachsolgen werden. Ein Vierteljahrhundert ist vorübergeflossen, seit zum ersten Male in einer Versammlung dieses Bereins die damals noch selten gehörten und in ihrer Bedeutung für die Zukunft auch damals noch nicht recht gewürdigten Worte über die Aufgaben, die dem Staat und den öffentlichen Gemeinschaften im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zukommen, hinaus in das deutsche Volk ertönt sind. Seit dieser Zeit hat

sich in den Anschauungen der Wissenschaft und auch in der Brazis der Behörden des Reichs und der Einzelstaaten eine gewaltige Umwälzung voll= zogen. Seit dieser Zeit ist es, man kann wohl sagen, zum Gemeingut der Unschauungen, sowohl der Wissenschaft als der Bevölkerung, als auch der staatlichen und kommunalen Amtsstellen geworden, daß dem Staat und den öffentlichen Gemeinschaften große, wichtige Aufgaben auf dem sozialen Ge= biete zukommen, daß der Staat sich der wirtschaftlich Schwachen durch Ginführung von Schranken und durch Förderung anzunehmen hat, daß der Staat und die öffentlichen Gemeinschaften auf wichtigen wirtschaftlichen Gebieten nicht bloß zusehend, sondern tätig oder doch mittätig zu malten haben. Der Berein für Socialpolitik wird ja nicht beanspruchen, daß er sozusagen die erste Ursache und der einzige Träger dieser großen Umwälzung in den sozialen Anschauungen und Bestrebungen gewesen ist; aber bessen wird er sich rühmen fonnen, daß er vorangestanden ift, als es galt, die Gedanken der modernen sozialpolitischen Entwicklung zu formulieren, und daß er sie durch seine Schriften und feine Versammlungen in weite Rreise hinausgetragen hat.

Wenn es nun dem Verein gelungen ist, als einer der Hauptfächlich bem Umstand zu verdanken, daß er in seinem Kreis eine Anzahl von hervorzagenden, wissenschaftlich gebildeten und mit warmem Herzen begabten Persönslichkeiten aus den verschiedensten Berufskreisen zusammengefaßt hat. Die Ursprungsstätten, aus denen diese Persönlichkeiten hervorgegangen sind, waren hauptsächlich drei: es war der Katheder, es war die Amtsstube und es war die Werkstätte im weitesten Sinne des Wortes.

Wenn der Berein im Areislaufe seiner öffentlichen Sitzungen die Wanderversammlung in diesem Jahre nach dem Großherzogtum Baden und in diese wirtschaftliche Hauptstadt unseres Landes verlegt hat, so hat er dabei wohl mit Recht, wie auch schon der Herr Vorredner hervorgehoben hat, in Betracht gezogen, daß hier in unserem Lande und in dieser Stadt ein heller Widerklang gegenüber den Bestrebungen des Vereins erschallen werde, daß hier die Anschauungen, die der Verein pflegt, einer regen Teilsnahme begegnen werden.

Bor allem ist es ja unser gnädigster Landesherr, Seine Königliche Hoheit ber Großherzog, welcher von seinem Sommersitz am Bodensee die Verhandslungen dieses Vereins über eine Anzahl wichtiger Gegenstände der Socialspolitif mit der ihm eigenen Teilnahme verfolgen wird. In einer fünfzigsjährigen segensreichen Regierung ist er in unserem Lande, man kann wohl sagen, der hauptsächlichste Vertreter sozialpolitischer Ideen geworden. Durch seine unablässige, in alle Verhältnisse und namentlich in die Verhältnisse

1 \*

berer, die der Pflege bedürfen und die mirtschaftlich schwach sind, eindringende Fürforge ift es ihm gelungen, in einer Zeit bes unerhörten Aufschmunges, wo bie wirtschaftliche Gütermenge von Jahr zu Sahr sich vermehrt hat, zu bewirken, daß auch berer gedacht wurde, die dabei mitarbeiten und der perfönlichen Pflege bedürfen, damit fie geschützt werden gegen Migftande, die mit einer berartigen Entwicklung verbunden sind. Aber namentlich aus ben brei Ursprungsftätten, aus benen hauptfächlich bie Mitglieder bes Bereins hervorgegangen find, find eine große Anzahl Männer in unserem Lande vorhanden, die die Verhandlungen diefes Vereins hier in Mannheim mit Intereffe verfolgen werben, die vielfach auch ichon Mitglieber biefes Bereins find ober durch diese Berhandlungen zur Erwerbung der Mitgliedschaft werden angespornt werden. Vor allem nenne ich hier die Herren vom Katheder. Wir im Großherzogtum Baben find ja basjenige Land in Deutschland, bas mit Hochschulen am reichsten gesegnet ift, wenn man die verhältnismäßig geringe Einwohnerzahl von noch nicht ganz zwei Millionen in Betracht zieht. Wir haben zwei Universitäten, in Heidelberg und in Freiburg, und eine technische Sochschule in Karlsrube, und an allen biefen Sochschulen besitzen wir Lehrstühle der Volkswirtschaftslehre und der Finanzwissenschaft, Lehr= ftühle, die mit der machsenden Bedeutung dieser Wiffenschaften im Berlaufe ber letten dreißig Jahre immer reicher ausgestattet worden find. Die Berren, Die auf diesen Lehrstühlen lehren, gehören zum allergrößten Teil diesem Berein an oder find doch im wesentlichen mit den Bestrebungen dieses Bereins eng verbunden. Sie haben es verstanden, eine große Reihe von begeisterten Schülern um sich zu fammeln, und zwar nicht bloß aus ihrer engeren Wiffenschaft, fondern aus allen Wiffenschaften bes Geiftes, ber Naturmiffenschaften und ber Technik. Ich freue mich besonders, daß eine große Anzahl biefer Herren heute hier versammelt find. Es find bas nicht blok Herren, die jett noch uns angehören, sondern es sind auch eine Anzahl von herren anwesend, die in dem Rommen und Scheiden, das mit Recht unseren Hochschulen eigen ift, einmal eine kurzere ober längere und hoffent= lich auch für sie sehr angenehme Übergangsstation in unserem Lande gemacht haben. Ich felbst bin als Kollege und durch perfonliche und dienst= liche Beziehungen einer Anzahl biefer herren nahe getreten und habe bie Freude, sie heute hier perfonlich zu begrüßen.

Aber auch aus unserer Amtsstube, des Staates und der Gemeinden, ist eine Anzahl von Beamten hervorgegangen und heute hier anwesend, welche an den Bestrebungen dieses Bereins rege teilnehmen. Ich kann das wohl zum Ruhme unserer Beamten sagen, daß sie eine strenge Trennung von Wissenschaft und Praxis, wie das anderwärts manchmal der Fall sein

foll, nicht kennen, jene Trennung, die darin besteht, daß man der Wiffen= schaft auf der Hochschule mehr oder weniger huldigt, bis man seine Examina gemacht hat, und dann die Praxis und die laufenden Geschäfte eintreten läßt, ohne sich weiter um die Ergebnisse der Wissenschaft zu fümmern. Ein großer Teil unserer Beamten, namentlich in der inneren Berwaltung, ift gewohnt, auch in ihrem praktischen Leben und im Drange ber laufenden Geschäfte sich an der Wissenschaft wieder zu erquicken und neue Anregungen aus ihr für ihre praktische Tätigkeit zu saugen, und es gibt fogar in unserem Lande, wie übrigens auch anderwärts sonst, eine Ungahl von Beamten, die ihrer praktischen Tätigkeit, die bei dem machsenden Geschäftsbetrieb fie immer mehr in Anspruch nimmt, die ihrer knappen Zeit boch noch die Stunden abnötigen können, um sich wissenschaftlich zu betätigen. Ich erinnere hier nur an zwei leiber verstorbene Mitglieber bes Bereins für Socialpolitif, an meinen verstorbenen Kollegen Buchenberger und den hingegangenen Oberregierungsrat und Fabrikinspektor Wörishoffer. (Beifall.)

Endlich die dritte Ursprungsstätte, die Werkstätte im weitesten Sinne bes Wortes, nicht bloß die Fabrik, nicht bloß das Handwerk, hat eine Un= zahl von Männern in unserem Lande geliefert, die für die Aufgaben der Sozialpolitif einen offenen Ropf und ein warmes Berg haben. Wenn man vor dreißig Sahren bei und eine Durchschnittsfabrif eingesehen hat und nun betrachtet, wie jett die Einrichtung und der Arbeitsbetrieb in den Fabrifen geordnet ist, die seit dieser Zeit errichtet worden sind, wie eine Reihe von Wohlfahrtseinrichtungen, wie Arbeiterhäuser und bergleichen mehr sich an die Fabrik angliedern, so wird man wohl fagen können, unsere Unternehmer haben sich auch mit dem sozialpolitischen Geist gefättigt und zwar nicht bloß unter staatlichem Zwang, sondern aus freier Entschliegung, aus marmer Einsicht in das Notwendige und Wünschenswerte. Und auch unsere Arbeiterschaft hat im Anschluß an basjenige, mas von ben Unternehmern und aus ben akademischen Rreisen geboten worden ist, diese Wohltaten fich zunute gemacht, nicht bloß in wirtschaftlichen Dingen, sondern, wenn ich an die Hochschulkurse benke, auch im geistigen Leben, und fie hat auch aus eigener freier Entschließung eine Anzahl von Bereinigungen gebildet, die bestrebt find, eine höhere Rultur in die unteren Schichten hineinzutragen, eine höhere Kultur nicht bloß wirtschaftlicher und materieller, sondern auch geistiger und fittlicher Urt.

Wenn der Verein seine heutige Tagung hierher nach Mannheim verslegt hat, so hat er ja wohl den Boden seiner Berhandlungen nicht etwa beshalb hauptsächlich gewählt, weil die drei Fragen, die zur Besprechung

gelangen follen, hier ein gang befonderes und unmittelbares Intereffe erweden. Er fpricht ja nicht für eine Stadt und für ein Land, er fpricht für gang Deutschland. Es hat sich aber mohl zufällig ergeben, daß wenigftens einzelne der nunmehr zu behandelnden Fragen hier einen gang befonderen Widerhall in den tatfächlichen Berhältniffen finden. Es gilt dies nicht von den Riefenbetrieben. Wir haben feine Riefenbetriebe im Groß= herzogtum Baden. Unfere Induftrie ift ja überhaupt nur wenig konzentriert, fie ist durch das ganze Land verstreut und im wesentlichen in den Formen bes Mittelbetriebes ausgebildet. Und auch die Kartelle werden hier nicht mehr, als dies ja überall anderwärts in Deutschland der Fall ift, mit Rückficht auf befondere Berhältniffe einem Interesse begegnen. Wir haben in unferem Lande, foviel ich weiß, feinen Sit eines ber großen beutschen Saupt= fartelle, sondern fie dehnen nur ihre ftille Wirksamkeit auch in unser Land hinein aus, und wenn man so da und dort anklopft, wie das infolge ber Erhebungen auch den Berwaltungsbeamten geboten ift, da hört man freilich da und dort auch über die Kartelle Urteile, und zwar nicht bloß günstige, sondern auch Urteile anderer Art, die ich als das zurudgehaltene Seufzen der Kreatur bezeichnen kann.

#### (Heiterkeit.)

Es tönt einem dabei immer entgegen, daß etwas geschehen müsse. Aber die Frage ist nicht die, sondern sie ist eine andere, nämlich ob etwas geschehen könne und geschehen solle, und wenn Sie sich, nachdem der Juristenstag vom rechtlichen Standpunkte aus sich mit dieser Frage und ihrer Lösung beschäftigt hat, morgen oder übermorgen mit der Frage beschäftigen, so hofse ich, es wird zwar nicht die volle Lösung herauskommen, wir werden aber einen wesentlichen Schritt zur Lösung dieser wichtigen Frage vorwärtst tun.

Aber die eine Frage, die in der Tagesordnung zuerst steht und heute behandelt werden soll, ist eine solche, die ganz besonders in dem Boden der hiesigen Mannheimer Verhältnisse wurzelt und deren Behandlung hier einen besonders lebhaften Widerhall sinden wird; das ist die Frage des Verhältnisses von Binnenwasserstraßen und Sisendahnen, des Verhältnisses der Frachttarise und endlich der Schissabgaben. Hier in Mannheim, wo der Neckar sich mit dem Rhein verbindet, ist eine großartige Fülle von Sinrichtungen zur Lagerung und zum Umschlag der von der Wasserstraße kommenden Ladungen geschaffen worden, hier ist durch die Wasserstraße und durch die Sisendahn, zuweilen in feindlichem Wettbewerd, meist aber in friedlichem, freundschaftlichem Zusammenwirken, Großes zur Hebung der Industrie und des Handels entstanden. Und so ist hier in Mannheim recht eigentlich die Stelle, wo der jest in diesen Fragen noch schwebende

Kampf, wenn auch nicht zum Austrag gebracht, so doch immerhin einem befriedigenden Ausgang entgegengeleitet werden kann.

Ich selbst habe das allergrößte Interesse an den Berhandlungen, die sich heute darüber abspielen. Mit dem größten Interesse habe ich die aussführlichen Untersuchungen gelesen, die von verschiedenen Seiten in Ihren Schriften über diese Fragen uns unterbreitet worden sind. Ich werde mit Spannung zuhören, aber ich werde, wie es die Pflicht mir gebietet, schweigen. (Heiterkeit.)

Und so ist dieses erste Wort, das der verehrte Herr Vorsitzende mir zu ersteilen die Freundlichkeit hatte, auch mein letztes Wort bei den Verhandslungen. Dem Willsommensgruß vom Anfange erlaube ich mir nur noch zum letzten Ende einen der Erfüllung wohl sicheren Wunsch beizusügen, nämlich den Wunsch, daß diese Verhandlungen Aufklärung und Belehrung in weite Kreise unseres Volkes tragen werden und daß daraus auch für die Praxis wertvolle Frucht gezeitigt werde.

(Lebhafter Beifall.)

Dberbürgermeister Beck (Mannheim): Hochgeehrte Bersammlung! Hamburg und Mannheim! Ein in ruhmvoller Geschichte, altem Reichtum und weltstädtischer Machtstellung hervorragendes Emporium des deutschen Städtetums und dem gegenüber eine jeder Romantik, Geschichte und Naturschönheit entbehrende nüchterne Provinzialstadt, die nur schüchtern ihre Schwingen zum großstädtischen Fluge allgemach zu regen beginnt. In dieser Auseinandersolge der letzten Kongreßorte allein liegt schon Grund genug zu einer erheblichen Herabstimmung Ihrer Erwartungen, zur Rechtsfertigung meiner Bitte, auch in unseren kleinen, beschränkten Berhältznissen sich für einige Tage nachsichtsvoll zurecht zu sinden, sich zu des gnügen mit der Herzlichkeit des Willsommsgrußes, den ich Ihnen namens unserer städtischen Kollegien zu entbieten habe, und mit dem aufrichtigen Danke für die besondere Ehrung, die wir in der Wahl unserer Stadt als einer der kleinsten unter den bisherigen Kongreßstädten erblicken müssen.

Wenn die Herzlichkeit unserer Begrüßung nicht auch einen abäquaten Ausdruck in unseren gastfreundlichen Darbietungen findet und dadurch eine weitere Enttäuschung sich einstellt, so bitte ich, gütigst Ihre Vorwürse nicht an die Abresse der städtischen Behörde, sondern an die Ihres hochverehrten Herrn Vorsigenden des Ausschusses zu richten, der ein zweiter Cato sapiens in asketischer Strenge und unter Berufung auf die geheiligte Vereinstradition in jedem Überschreiten der äußersten Grenzlinie ein Capua für seine Verseinsmitglieder witterte und energisch zurückwies. Ich bitte Sie aber, aus

ber Größe unserer Stadt nicht etwa auch Schlüsse ziehen zu wollen auf das Maß des Interesses, das unsere Bürgerschaft Ihrem Bereine und seiner diesmaligen Tagung entgegenbringt. Berührt doch schon der erste der Verhandlungsgegenstände geradezu eine Lebensfrage für unsere Stadt, deren Handl und Industrie aufs innigste mit einer gedeihlichen Weitersentwicklung der Wasserstraßen verknüpft ist.

Sodann aber werben die lebhaftesten Sympathien von vielen unferer Mitbürger den Grundtendenzen Ihres Bereins, Ihrer Mitarbeit in dem gewaltigen Ringen ber Geister bei ber grundstürzenden Neuordnung aller Faktoren bes wirtschaftlichen und kulturellen Lebens entgegengebracht. Nicht überall hat ber sozialpolitische Geift, ber unsere moderne Zeit burchweht, so lebhaften Anklang gefunden, als in vielen Rreifen Mannheims. Ich barf hier noch anknupfen an die Worte bes herrn Geheimrat Schmoller. unserem leichtbeweglichen Pfälzer Elemente, bas allerdings in unserer Stadt feit ihrem Bestehen von einem starken Ginschlage aus allen Richtungen ber Windrose Eingewanderter burchsett ift, haben von jeher alle großen Geistesbewegungen - seien sie politischer, firchlich-religiöser ober sozialer Urt - rasch Ginzug gefunden und meist tiefe Spuren hinterlaffen; ber alle Bevölkerungskreife traditionell beherrschende Unabhängigkeitsfinn, der Beift des Fortschritts, der Aufklärung, bewahrte uns auch in wirtschaft= licher Beziehung vor mancher Berknöcherung; baber auch erklärt fich bas foziale Empfinden, bas viele Schichten und bamit notwendig auch bie Bemeindekollegien durchdringt, beren Busammensetzung aus fünf Fraktionen - barunter ein Drittel Vertreter ber Arbeiterklasse - nicht etwa einen hemmschuh, sondern einen gegenseitigen Unsporn bildet.

Wir Deutsche sind ja ein nüchtern benkendes Geschlecht geworden, ärmer an patriotischen Ibealen; selbst mit mächtigen nationalen Aksorden und wenn sie von der Hand des Meisters gegriffen werden, läßt sich das Leben unseres Bolkes nicht mehr aussüllen: die brennenden Fragen des Tages bilden die wirtschaftlichen, sind vor allen die sozialen. Zwar sind die sozialen Verhältnisse nicht schlechter geworden, aber gesteigerte Ansforderungen stellen wir heute an das Gesellschaftsideal, stellen wir an Staat, Gemeinde und Gesellschaft zur wirtschaftlichen Heung des vierten Standes, zur höheren Teilnahme desselben an den modernen Kulturgütern. Welch gewaltiger Umbildungsprozeß hat sich in der Anschauung unserer Nation vollzogen? Die soziale Frage — vor kaum mehr als drei Jahrzehnten noch als Hirngespinst fanatischer Agitatoren angesehen — beherrscht heute als wichtigste die ganze geistig-ethische Gedankenwelt des Volkes. Die Sozialresorm — verspottet damals von so vielen, die in der freien Kons

kurrenz die Lösung aller sozialen Rätsel finden — sie steht heute im Borbergrunde aller Erörterungen in ber Preffe, in Berfammlungen, in gesetzgebenden Körperschaften. Wenn aber heute alle Berftändigen lächeln über das phantastische Wort St. Simons: "Das goldene Zeitalter liegt vor uns", aber auch mit sichtlichem Ernste zurückweisen bas frivole Wort Mirabeaus: "Berachtet bas Bolf und helfet ihm", wenn im Gegenfate zur Gesellschaft bes 18. Jahrhunderts in Frankreich, die erkannte, daß die Stüten und Tragpfeiler bes sozialen Gebäudes morsch geworden seien. aber sich mit dem Gedanken tröstete: "Après nous le déluge", wenn fage ich, heute in Deutschland eine immer wachsende Zahl einsichtsvoller Männer aller Barteien in raftlofer Tagesarbeit bestrebt ift, ben großen fogialen Werdeprozeß, die fich umbilbende fogiale Schichtung ber Gefellichaft auf neuen, dauerhaften Grundlagen zu ordnen, wenn biefe Männer unter Bergicht auf jede Popularität, auf umschmeichelnde Schlagworte, auf bie Gefolgschaft ber Maffen - weber in einseitiger Abhängigkeit von engherzigem egoistischen Klasseninteresse noch unter dem Drucke bestimmter Formeln der Parteidoktrin, im Bewußtsein heiliger Pflicht gegen Beimat und Baterland der Verföhnung das Wort reden im Interesse des Friedens und der gedeihlichen Fortentwicklung unseres durch die Klassengegenfäte un= heilvoll zerriffenen Volkes - so ist dies mit ein Berdienst Ihres Bereins.

Richt überwältigende Erfolge in der Überbrückung der schroffen Gegensfäße, in dem Austrage des Kampfes zweier seindselig sich gegenüberstehenden Weltanschauungen um Erhaltung oder Vernichtung der heutigen Gesellschaftssordnung dürfen aus diesen alljährlichen Kongresverhandlungen erwartet werden. Aber das Verdienst, Baustein um Baustein warmen Herzens und klaren Sinblickes zu einem edlen und menschenfreundlichen Ziele gefügt zu haben, wird sich troß mancher herben Enttäuschungen nicht mindern.

Auch aus diesen Beratungen wird manch guter Gedanke erwachsen und befruchtend über die deutschen Lande sich ausbreiten und wir werden stolz darauf sein, wenn sich diese ersprießlichen Berhandlungen verknüpfen mit dem Namen Mannheims, das so gerne eine gastliche Stätte einem Bereine gewährt, dessen Aufgabe ist, sur das Wohl der Menscheit tätig zu sein.

(Lebhafter Beifall.)

Borsitzender Staatsminister Freiherr von Berlepsch: Namens des Bereins für Socialpolitik spreche ich Seiner Erzellenz dem Herrn Minister des Innern Dr. Schenkel und dem Herrn Oberbürgermeister Beck den verbindlichsten Dank des Bereins aus für den freundlichen Willkommensgruß, ben fie uns bieten. Ich bitte fie, es nicht als Unbescheibenheit auszulegen, wenn ich ausspreche, daß ber Berein einen berartigen freundlichen Empfang erwartet hat, in einem Lande, bessen Regent in seiner hochherzigen deutschen Gefinnung, in seiner Weisheit und Gerechtigkeit, in feiner Fürsorge für das Wohl des deutschen Baterlandes nach allen Richtungen hin, in feiner lebendigen Teilnahme auch an den Fragen, die den Berein für Socialpolitik beschäftigen und von beren Lösung der innere Frieden des Baterlandes abhängt, der Gegenstand aufrichtigster Berehrung jebes auten Deutschen ift, in einem Lande, bessen Beamte nicht nur, bessen ganze Bevölkerung von jeher lebhaften Unteil und Intereffe an allen Fragen ber sozialen Reform genommen hat - bie Namen, die Seine Erzellenz uns genannt haben, Buchenberger und Wörishoffer, werden von dem Berein für Socialpolitik dauernd in ehrendem Andenken gehalten werden -, und in einer Stadt, beren Leiter ein geschätztes Mitglied unseres Ausschuffes ift, die in ihrer glanzenden wirtschaftlichen Entwicklung fast hingedrängt wird auf die Beobachtung sozialer Fragen, die sich rühmt, in ihren Mauern alle diejenigen Bestrebungen freundlich aufzunehmen, die dem allgemeinen Wohle dienen wollen; in einem folden Land, in einer folden Stadt durfte ber Berein für Socialpolitik auf eine freundliche Aufnahme rechnen. Aber ich barf fagen, die Begrüßungsworte, die uns geworden find, haben unsere Erwartungen übertroffen. Wir find, meine verehrten Herrn, nicht verwöhnt burch die Teilnahme der Leiter der Ministerien an unseren Berhandlungen und noch viel weniger find wir es gewöhnt, aus dem Munde des Bertreters der Regierung Worte zu hören, wie die, die wir heute gehört haben, die ein so volles Verftändnis für die Aufgaben zeigen, die ber Verein sich geftellt hat, für fein Wefen, für fein Streben. Mus allen biefen Grunden fpreche ich Seiner Erzelleng bem Berrn Minifter bes Innern sowie bem herrn Oberbürgermeister Bed nochmals den verbindlichsten Dank des Bereins aus.

(Beifall.)

Ich gebe nunmehr das Wort an den ersten Referenten Herrn Professor Dr. Schumacher.

## Alber die sinanzielle Zehandlung der Zinnenwasserstraßen.

I. Referat

Professor Dr. Sermann Schumacher, Bonn.

Die Frage, die auf der diesmaligen Tagung uns zuerst zu beschäftigen hat, erscheint beim ersten flüchtigen Blick enger umgrenzt, höherer Gessichtspunkte weniger zugänglich, als das regelmäßig bei den Problemen, die der Verein für Socialpolitik zum Gegenstand seiner Verhandlungen wählt, der Fall zu sein pflegt. Kämen auch nur die Binnenschiffahrtsabgaben in Betracht, die heute auf deutschen Wasserstraßen erhoben werden, so handelte es sich in der Tat nur um eine Fülle kleiner Fragen, die wohl lokale Interessenkreise zeitweise erregen können, aber praktisch und theoretisch kaum bedeutungsvoll genug wären, um das Interesse einer Versammlung, wie der heutigen, zu fesseln.

Erweitert wurde der Kreis des Interesses durch das neue preußische Gesetz über die Erbauung eines Kanals zwischen Rhein und Weser. In ihm heißt es bekanntlich in § 9 i:

"Von der Inbetriebsetzung des Kanals vom Rhein zur Weser an sind Gebühren zum Ausgleich für die Kosten der Verbesserung und Unter= haltung der natürlichen Binnenschiffahrtsstraßen, soweit diese durch staat- liche Auswendungen eine über das natürliche Maß hinausgehende Ver= besserung oder Vertiefung erfahren haben, zu erheben."

Doch auch diese Bestimmung zeigt noch nicht die volle Tragweite des Problems, das uns zu beschäftigen hat. Es handelt sich um mehr, als das unschöne Wortgebilde "Binnenschiffahrtsabgaben" erkennen läßt. Es handelt sich im letzten Grunde um die wichtige Frage, ob wir in der finanzpolitischen

Entwicklung unseres gesamten Binnenverkehrs an einem gewissen Abschluß angelangt sind ober ob wir erst an der Schwelle einer großen neuen Entwicklung stehen.

Auf der einen Seite sieht man in der heutigen verkehrs- und finanzpolitischen Regelung unserer Binnenschifffahrt den glücklichen, unantastbaren Abschluß einer langen traurigen Entwicklung; auf der anderen Seite will man in dem Streben, auch unsere Verkehrspolitik mit den leitenden Gesichtspunkten unserer gesamten Wirtschaftspolitik in Einklang zu setzen, gerade das beseitigen, in dem man bisher eine stolze, fast heilige Errungenschaft aus der besten Zeit unserer Bolksentwicklung erblickte.

Welchen Weg weist das Allgemeininteresse zwischen diesen widerstreitenden Bestrebungen, dem dankbar und treu am Bestehenden sesthaltenden Konspervatismus und dem nach neuen Zielen strebenden Reformeiser?

Die Beantwortung biefer Frage teilt fich in zwei Aufgaben:

Er ftens mufsen wir uns Klarheit darüber zu verschaffen suchen, wie die heutige verkehrspolitische Lage unserer Binnenschiffahrt entstanden ist und wie weit die Gründe, die zu ihr führten, ihre alte Kraft noch heute bewahrt haben. Das wird Gelegenheit bieten, die heutige Rechtslage und ihre Entstehung darzulegen.

Zweitens gilt es zu untersuchen, wie weit mit diesem heutigen Zustand wirtschaftliche Mißstände verbunden sind und aus neuer Entwicklung hervorgewachsene andere Gründe Berücksichtigung beanspruchen und erfahren können. Das wird uns Gelegenheit geben, einerseits einen kurzen Überblick über die tatsächliche wirtschaftliche Lage unserer Binnenschiffahrt zu geben, anderseits über die im Verkehrswesen anzustrebenden politischen Ziele uns außeinanderzuseten.

I. Was zunächst also die heutige Rechtslage anlangt, so kann ich auf ihre Entstehungsgeschichte, die ich in meinem Buche über Binnenschiffahrtsabgaben 1, zum Teil auf Grund bisher verschollener Materialien, ausführlich dargelegt habe, an dieser Stelle im einzelnen natürlich nicht näher eingehen. Ich muß mich darauf beschränken, einiges Wenige, das bisher nicht genügend beachtet wurde, hervorzuheben.

Während zu Beginn bes 19. Jahrhunderts noch der Kampf um die rechtliche Freiheit der Flußschiffahrt, d. h. die Aufhebung aller Schiffahrts-

<sup>1</sup> Schumacher, Zur Frage ber Binnenschiffahrtsabgaben. Berlin. Julius Springer. 1901. Bgl. Schumacher, Zur Frage ber Binnenschiffahrtsabgaben. Entgegnung auf die Auffäge von Herrn Viktor Kurs. Zeitschrift für Binnenschiffahrt. 11. Jahrg., 1904, Heft 2.

verbote die Binnenschiffahrt beherrschte, tritt der Wunsch nach einer finanziellen Befreiung, nach einer Beseitigung aller Flußzölle bekanntslich erst mit den Zollvereinsbestrebungen stärker hervor.

Entsprachen doch auch die alten Flußzölle, wie sie besonders auf dem Rhein und auf der Elbe erhoben wurden, nicht mehr den Zielen, die mit dem Zollverein in Deutschland endlich Anerkennung sich errungen hatten. Sie standen zu den Auswendungen für Unterhaltung und Ausbau der Wasserstraßen in keiner Beziehung, hatten vielmehr — im Gegensaß zur ursprüngslichen Absicht und troß einsichtsvoller Resormversuche Napoleons I. — einen ausgesprochen siskalischen Charakter angenommen; betrugen sie doch auf dem Rhein — selbst nach beträchtlichen Ermäßigungen — noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts mehr als die Fracht, z. B. auf der Fahrt von Rotterdam nach Mannheim noch 1852 für den Zentner 40 Kreuzer bei einer Fracht von nur 36 Kreuzern (Gothein, Geschichtliche Entwicklung der Rheinschiffahrt im 19. Jahrhundert. Bd. 101 der Schriften des Vereins für Socialpolitik, 1903, S. 289).

Und dazu die anderen alteingerosteten Mißbräuche! Sie machten die Abgaben noch mehr als ihre Höhe zu lästigen Fesseln des seit Anwendung des Dampses schnell sich entwickelnden Verkehrs und sie machten sie vor allem gleichzeitig zu den Hauptbollwerken, hinter denen, seit Ausbildung des Grenzzollwesens, kleinlicher Partikularismus im Wirtschaftsleben sich verschanzte. Die alten Flußzölle waren daher mit Recht verhaßt, verhaßt nicht nur dem Schiffer und dem die Schiffahrt nutzenden Geschäftsmann, sondern ebenso dem deutsch empfindenden Patrioten, der volle wirtschaftliche und volltische Einheit für sein Vaterland erwünschte.

In allen einsichtsvollen und in allen interessierten Kreisen war ber Bunsch beshalb erwacht, es möchten, ebenso wie die Grenzzölle zwischen den beutschen Staaten beseitigt waren, auch die aus fernen Zeiten oft stammenden Flußzölle beseitigt werden.

Darüber mar man einig. Nicht einig jedoch war man barüber, wie biese Beseitigung zu erfolgen habe.

Daß im allgemeinen die Interessenten — die Schiffer, Händler, Gewerbetreibende — von allen Schiffahrtsabgaben befreit zu werden wünschten,
ist selbstverständlich. Wo aber nicht eigenes Interesse dem Streben ein festes
Ziel steckte, war man schwankend. Das zeigte sich deutlich, als die wichtige
Frage im Jahre 1848 — zum erstenmal und bis auf die jüngste Gegenwart auch zum letztenmal — vor neutralen Instanzen in breitester Öffentlichkeit zur Erörterung kam. Als man damals zuerst begeisterungsvoll so
manchen verrotteten Mißstand beseitigen und Deutschlands Sinheit gründen

wollte, blieb man doch in weitesten Kreisen, so sehr man erfüllt war von nationalen und liberalen Ideen, nicht in Unklarheit darüber, daß wirt = schaftliche Gründe wohl für eine Reform, nicht aber für volle Besteitigung aller Abgaben sprächen.

Im Reichshandelsministerium, das unter der Leitung zweier Kaufleute, Arnold Duckwitz aus Bremen und Gustav v. Mevissen aus Cöln stand, noch mehr in der Frankfurter Nationalversammlung, im volkswirtschaftlichen Ausschuß wie im Plenum, erhoben sich — wie der Absgeordnete Ziegert sagte — "sehr viele Stimmen dasür, daß ein Wasserwegegeld das Mittel sein soll, wodurch die Flüsse in Zukunft erhalten werden sollen"; es sei eine Ungerechtigkeit, die beträchtlichen Kosten der Unterhaltung und Verbesserung der Wasserstraßen der Allgemeinheit oder — wie man sich aussdrückte — der "Masse des armen Volkes" auszubürden. In einer Reihe von Broschüren wurde derselbe Standpunkt eingenommen; man forderte: "Beibehaltung des Rheinzolls, aber eine einsachere und gleichheitliche Ershebung!" und erklärte: "der Schiffer wird es ganz natürlich sinden, etwas für die Korrektion zu zahlen" usw. Sogar die Cölner Handels fammer hielt nur eine beträchtliche Herabsetung der Zölle sür zulässig und notwendig.

Noch wichtiger war der Widerstand, den die deutschen Resgierungen fast einmütig — nur Baden und Württemberg machten aus naheliegenden Gründen eine Ausnahme — gegen die Aushebung aller Binnenschiffschrtsabgaben erhoben und meist eingehend begründeten. Sie wollten wohl die bestehenden Flußzölle wegfallen lassen; doch sollten die Userstaaten berechtigt bleiben, "zum Ersat der regelmäßigen Verwendung" Wasserwegesgelder zu erheben.

Wo wirtschaftliche Gründe ausschließlich in Betracht kamen und ruhig abgewogen wurden, gelangte man fast allerseits nicht zum Ergebnis, die natürlichen Wasserstraßen müßten gänzlich von allen Abgaben befreit werden.

Trothem hat die Nationalversammlung im Einverständnis mit dem "Reichsministerium" schließlich ein Berbot aller Flußzölle in die Reichse verfassung vom Jahre 1849 (§ 25) aufgenommen; nur für besondere Anstalten, wie z. B. Schleusen und häfen, sollte die Erhebung von Gebühren auch fernerhin gestattet sein.

Politische, nicht wirtschaftliche Gründe waren es, die diesen Entschluß in erster Linie bestimmten.

Diese politischen Gründe wurzeln in den beiden großen Forderungen der Zeit: der Forderung nationaler Einheit und der Forderung des Liberalismus

Im Interesse ber nationalen Einheit mußte man banach streben, alle die deutschen Stämme und Staaten trennenden, einander entfremdenden Hemmnisse zu beseitigen. Das glaubte man hier nicht genügend durch die durch wirtschaftliche Gründe allein gebotene Reform des Flußzollwesens zu erreichen; die radikale Beseitigung aller Abgaben schien zu diesem Zwecke vielmehr geboten. Dann war es ein für alle Mal unmöglich, daß auf diesem Gebiet einseitige partikularistische Interessen sich noch betätigten und die Einheit gefährdende Reibungen und Verstimmungen entstanden. Dann kam man nicht nur am leichtesten aus dem bisherigen unerquicklichen Wirrwarr und Schlendrian heraus, sondern verhinderte es auch, daß auf dem altverwahrlosten Boden schölliches Unkraut neu emporschoß.

Diefer politisch=taktischen Erwägung schloß eine verwaltungstechnische sich an.

Jebe neue Organisation stößt auf um so größere Schwierigkeiten und Gefahren, je komplizierter sie ist. Es mußte beshalb das neue Neich, das man so sehnlichst zu schaffen suchte, mit so einsachen Pflichten wie nur mögelich bedacht werden. Ganz besonders diese ersten dilettantischen Versuche der Neichsgründung nötigten — wie man auch empfand — dazu, dem neuen Neichskörper, der auf keine altgesestete Organisation sich aufbaute, der jede seinere Gliederung noch vermissen ließ und durch jedes positive Tun auf Widerstand stoßen mußte, alle schwierigere Verwaltungstätigkeit zu ersparen. Wohl hoffte man, von der nationalen Volksbewegung getragen, Kraft genug zu besitzen, den Boden von altem Gerümpel säubern zu können; aber man sühlte unbestimmt, daß man schwächlich versagen müsse, wenn auf dem gestäuberten Voden — unter Überwindung zäher passiver Widerstände — Neues, Bessers errichtet werden sollte.

Mit einem Feberstrich glaubte man alle bestehenden Binnenschiffschrtsabgaben beseitigen zu können und einer sehr einfachen Beaufsichtigung bes durfte es nur, die Ausführung eines solchen Erhebungsverbotes zu überwachen. Die wirksame Durchführung des Gebührenprinzips im Binnenschiffschrtsabgabenwesen erforderte dagegen eine positive Organisationstätigkeit, eine fortdauernde, weitverzweigte Verwaltung, eine stetige sorgsame Kontrolle; dazu waren geschulte Kräfte nötig und sie standen damals den Reichsgründern nicht zur Verfügung. Ein auch nur instinktiver Selbsterhaltungstrieb mußte deshalb dahin drängen, die durch wirtschaftliche Gründe gebotene Reform der Flußzölle — wenigstens für den Ansang — zu ersetzen durch ihre radikale Beseitigung.

In berselben Richtung wirkten endlich die Forderungen des immer mächtiger erstarkenden Liberalismus.

Hatte Abam Smith in seinem Hauptwerke (V. 1, 3) auch von Berkehrsabgaben noch gesagt: "es scheint kaum möglich, eine gerechtere Art ber Erhaltung solcher Anlagen zu ersinnen", ber beutsche Liberalismus erhob das "Schlagwort der Berkehrsfreiheit" uneingeschränkt zu seinem Panier. Und da seine Bertreter mit den Hauptversechtern des nationalen Gedankens größtenteils sich beckten, so mußte man bei der Reichsgründung mit seinen Forderungen rechnen. Man durste den Ruf des Liberalismus sich nicht verscherzen. Diese Gefahr lag aber bei Annahme des Gebührenprinzips um so mehr vor, als dann nicht nur eine Ermäßigung bestehender Flußzölle, sondern verschiedentlich auch eine Wiedereinführung neuer Schiffahrtsabgaben die Folge gewesen wäre.

Das waren die politischen Gründe, die weitaus in erster Linie — trot aller klar erkannten wirtschaftlichen Gründe, die dagegen sprachen — Reichse handelsministerium und Nationalversammlung bestimmten, in die Reichse verfassung ein Verbot aller Abgaben auf natürlichen Wasserstraßen aufsaunehmen.

Dieselben politischen Gründe wirkten auch in den Jahren 1867 und 1871 noch fort. Was man in den von deutschem Einheitstraum und Freisheitsdurst berauschten Jahren 1848 und 1849 so sehnlichst erhofft und erstrebt hatte, hatte fortgelebt in treuer Erinnerung des Bolkes. Als es jetzt in stürmischer Kriegszeit galt, wirklich den Einheitsdau des Reiches in kürzester Frist zu errichten, da wirkte unwillkürlich das Vorbild jener ersten Verfassung und da machte wieder naturgemäß das Streben sich geltend, die Beliebtheit der neuen Gründung durch gleichzeitige Erfüllung langsgehegter Bolkswünsche zu erhöhen.

Wie mit der Errichtung des Reiches der liberale Wunsch nach einem allgemeinen Wahlrecht erfüllt wurde, so auch der nach voller Befreiung des Flußverkehrs.

Diese politisch-taktischen Gründe, die 1849 und 1867 noch mit Recht so machtvoll wirkten, haben heute ihre ausschlaggebende Kraft verloren. Das Reich ist heute gefestet, ausgebaut, auch schwierigen Aufgaben gewachsen; die Gefahren des deutschen Partikularismus sind im wesentlichen geschwunden, die einstigen wirtschaftlichen Ideale des Liberalismus fast allgemein und vor allem in den Kreisen unserer Großindustrie als zu einseitig erkannt.

Diese Beränderung ist aber für die Stellungnahme zu unserer Frage von größter Bedeutung. Hinfort sind politische Rücksichten nicht mehr entscheidend; die wirtschaftlichen Gründe sind damit vielmehr — im Gegensatzu früher — in die Herrschaft voll eingesetzt.

Gründe wirtschaftlicher Art waren aber schon in der Zeit von 1848—1871 zu den dargelegten politisch-taktischen Erwägungen, die für volle Aushebung aller Flußzölle sprachen, verstärkend hinzugekommen.

Sie gehen aus von der Konkurrenz zwischen der Flußschiffahrt und den Eisenbahnen. Bereits 1848 vereinzelt hervorgehoben, war diese Konkurrenz doch erst mit der Entwicklung der beiden folgenden Jahrzehnte zu einem Argument von Bedeutung geworden, und zwar in doppelter Hinsicht.

Erstens galt infolge dieses Konkurrenzkampses die Schiffahrt als notleidender Erwerbszweig. Man besürchtete geradezu eine "Rullifizierung" des Flußverkehrs. Selbst die Zentralkommission für die Rheinschiffahrt hat in ihren amtlichen Jahresberichten mehrsach, z. B. in den Jahren 1864 und 1868, Zweisel an der Konkurrenzfähigkeit des Rheins mit den Sisenbahnen angedeutet (Edert, Rheinschiffahrt im 19. Jahrhundert. Leipzig 1900. S. 347. 352; Gothein a. a. D. S. 294). Die Beseitigung aller Flußabgaben gewann somit gewissernaßen als Notstandsmaßregel, zur Linderung der schweren Wunden, die der hoffnungslose Kampf mit einem neuen überlegenen Gegner schlug, Bedeutung.

Ein zweiter Gesichtspunkt trat allmählich jedoch noch mehr in den Bordergrund. Es war damals noch die Zeit der Privatbahnen; kein beutscher Staat, mit Ausnahme von Baden, hatte Ende der sechziger Jahre in irgendwie nennenswerter Ausdehnung Staatsdahnen. So hatte auch das mals in Deutschland der Grund noch größte Bedeutung, der noch heute in allen Ländern mit Privatbahnen, z. B. in Frankreich, auch in den Bereinigten Staaten, mit Recht ausschlaggebend ist: das Streben, gegen die drohende monopolistische Ausdeutung des Sisenbahnwesens in der Binnenschiffahrt ein Mittel zu schaffen. Durch Begünstigung der Wasserstraßen wollte man indirekt die Privatbahnen zwingen, ihre Tarispolitik nicht einseitig nach dem vermeintlichen höchstmöglichen Gewinn, sondern auch unter Bestücksichtigung der allgemeinen Interessen der Bolkswirtschaft zu gestalten.

Nicht nur als Notstandsmaßregel, auch als Schutmittel gegen ein privates Verkehrsmonopol schien so die Aushebung der Flußschiffahrtsabgaben wirtschaftlich zweckmäßig.

Haben nun diese beiden aus dem Wettbewerb der beiden Verkehrswege hervorgehenden wirtschaftlichen Gründe ihre damals unverkennbare Kraft — im Gegensatz zu den politisch-taktischen Erwägungen — sich bewahrt? Man wird das nicht behaupten können, wenn auch wunderliche Widersprücke hier heute hervortreten.

Zunächst wird nirgends häufiger, begeisterter, lauter als in den Kreisen ber organisierten Binnenschifffahrts-Interessenten verkündet, ber früher so Schriften CXVI. – Verhanblungen 1905.

verbreitete Zweifel an der Konkurrenzfähigkeit der Wafferstraßen gegenüber den Sifenbahnen sei ein Frrtum und als Frrtum heute kast allgemein auch anerkannt. Diese von den Kanalvereinen systematisch großgezogene Überzeugung ist ja auch der Grund, auf dem die jetzt angenommene große Kanalvorlage der preußischen Regierung, auf dem ferner die bunte Fülle der Forderungen weiterer Kanalbauten sich ausbaut.

Und doch — der erste, bedenklichste der vielen Widersprüche! — erstlärt beispielsweise der Berein rheinischer Binnenschiffahrtsinteressenten, der "Nuin der Rheinschiffahrt" werde eintreten, wenn die leistungsfähigste Wasserstraße ganz Europas auch nur mit Abgaben belastet werde, die etwa <sup>2</sup>/75 der Abgaben im Durchschnitt ausmachen dürften, die gleichzeitig sorglos auf Grund der "natürlichen" Überlegenheit der Wasserstraße für den neu zu erbauenden Wasserweg des Rhein-Herne-Kanals beschlossen werden.

Wer nicht der Meinung ist, daß in Interessenkämpsen neben Pathos und Beharrlichseit die Logik keine Rolle zu spielen braucht, wird zugestehen müssen, daß von Zweien nur Eines richtig sein kann: entweder die Binnenschiffahrt wird wirklich in ihrem Wettbewerd mit der Eisendahn durch eine Abgabe, die für die Fahrt zwischen Ruhrort und Mannheim etwa 14 Pfg. für die Tonne beträgt, ernstlich gefährdet: dann beruht ihre viel verkündete Überlegenheit nicht auf natürlichen Gründen, sondern ausschließlich in der Verschiedenheit der sinanziellen Behandlung; o der eine solche Überlegenheit ist wirklich — auch ohne jede sinanzielle Bevorzugung — vorhanden: dann kann sie durch eine kleine Annäherung in der sinanziellen Behandlung, die von einer Gleichstellung beider Beförderungsmittel noch weit entsernt bleibt, nicht beseitigt werden.

Was sodann den hervorgehobenen zweiten Gesichtspunkt anlangt, so ist bekanntlich dadurch eine völlige Beränderung eingetreten, daß die Gisensbahnen in Deutschland fast allgemein in die Hände des Staates übersgegangen sind. Es braucht also der Staat in Deutschland heute nicht mehr — wie in Frankreich — in der Binnenschiffahrt ein kostspieliges Schutzund Kampsmittel gegen die Gefahren eines privaten Verkehrsmonopols sich zu schaffen.

Allerdings wird vielfach behauptet, es mache keinen Unterschied, ob ben Wasserstraßen in den Eisenbahnen ein privates oder öffentliches Monopol gegenüberstehe. Hat es doch sogar an Stimmen nicht gesehlt, die für den Bau des Rhein-Clbe-Ranals in erster Linie als Mittel zur Erzwingung von Sisenbahntarif-Ermäßigungen eingetreten sind.

Demgegenüber ist es boch mit Recht als "ein Hohn auf die Staats= einheit" bezeichnet worden, wenn man ben Staat, der selbst nicht nur ber

Allgemeinheit, sondern auch den Interessenten Organe, um seine Entscheidungen zu beeinflussen, zur Verfügung gestellt hat, veranlassen wollte, die gewaltigsten Aufwendungen für das eine Verkehrsmittel zu machen, um damit beim konkurrierenden anderen Verkehrsmittel Frachtermäßigungen zu erzwingen, mögen sie auch noch so sehr erwünscht, ja notwendig sein. Der Zweck, wenn er auch noch so gerechtsertigt ist, kann ein solches unwirtschaftliches Mittel nicht rechtsertigen!

Die Fülle des wunderlich Widerspruchsvollen ist damit jedoch noch lange nicht erschöpft.

Dieselben Kreise, die heute eine Begünstigung der Wasserftraßen als Anreiz zu Eisenbahntarif=Ermäßigungen befürworten, brechen regelmäßig in die empörtesten Klagen und bittersten Borwürfe aus, wenn die Eisenbahn= verwaltungen tatsächlich beträchtliche Tarisermäßigungen vornehmen. Dann sind die Eisenbahnen nicht mehr die Konkurrenten, auf die ein heilsamer Druck ausgeübt werden soll; dann sind sie die "systematischen Bedränger der Flußschiffahrt", die in erster Linie die mißliche Lage der Schiffer verschulden sollen. Das hat sich wiederholt dei allen bedeutsamen Tarisermäßigungen: beim Rohstosstaris, Levante=Taris, Ostasrika=Taris, den Tarisermäßigungen für Baumwolle, Betroleum usw. gezeigt.

Also auch hier ein scharfer Widerspruch: einerseits Befürwortung einer staatlichen Begünstigung der Binnenschiffahrt mit der an sich eigenartigen Absicht, den Staat dadurch sich selbst zu Eisenbahntarisermäßigungen zwingen zu lassen, anderseits nirgends schärferer Widerstand gegen fast jede Ereniedrigung der Eisenbahnfrachten, als wiederum in den Kreisen der Binnenschiffahrtsinteressenten!

Wer der Ansicht ist, daß der Kopf die Aufgabe hat, nicht einfach solche Widersprücke zu beherbergen, sondern sie zu lösen, wird zu dem Erzgebnis gelangen, daß die aus der Konkurrenz der Wasserskraßen und Eisensbahnen hervorgehenden wirtschaftlichen Gründe für die völlige Aufhebung aller Flußschiffahrtsabgaben heute nicht mehr große Beachtung beanspruchen können.

Endlich ist auch in finanziellen Erwägungen eine Underung ein= getreten.

Denn in den fünfziger und sechziger Jahren hatte man einerseits unter dem Einfluß der liberalen Forderungen äußerster Verkehrsfreiheit, anderseits unter dem Druck der immer stärkeren Sisenbahnkonkurrenz die Flußsabgaben schrittweise und im Kleinen so stark bereits ermäßigt, daß von dem einst finanziell bedeutsamen System nur kleinliche Reste übrig geblieben waren, Reste noch dazu, die meist auf den engherzigsten Saoismus kleins

staatlichen Partikularismus sich stützten. Sie zu beseitigen, bedeutete für die größeren Staaten, insbesondere für Preußen, in dem der hartnäckigste Versechter hoher Rheinzölle, Nassau, 1866 ja aufgegangen war, eine empfindsliche sinduße nicht.

Wie so auf seite der Einnahmen schwerwiegende Bedenken einer Aussebung aller Flußabgaben nicht entgegenstanden, so auch nicht auf seite der Ausgaben. Denn bei der vorherrschenden, für die Schiffahrt unz günstigen Auffassung von der Konkurrenz zwischen Wasserstraßen und Eisensbahnen war es begreislich, daß man an einen kostspieligen weiteren Ausbau des Wasserstraßenneses wenig dachte.

Die Kanalpläne schliefen völlig, und als 1849 die Beseitigung aller Flußabgaben zuerst beschlossen wurde, ahnte man auch noch nicht, daß auch die Ausgaben für die Flüsse so gewaltig anwachsen, beispielsweise auf dem Rhein schon in den nächsten beiden Jahrzehnten mehr als das Doppelte, seit 1871 etwa das Viersache betragen würden.

Auch das ist also — wie gesagt — in beiden Beziehungen anders geworden. Heute beansprucht einerseits die Binnenschiffahrt Summen, an die zur Zeit der Reichsgründung ernstlich noch niemand gedacht hat, und heute ist anderseits der Güterverkehr auf den deutschen Wasserstraßen — Sympher berechnete ihn für das Jahr 1900 auf  $11^{1/2}$  Milliarden Tonnenstlometer — so gewaltig angeschwollen, daß selbst die geringste Abgabe besträchtliche Sinnahmen schon schafft.

Bei der Beantwortung der an erster Stelle von uns aufgeworfenen Fragen sind wir somit zu dem Ergebnis gelangt, daß alle Gründe, die zur vollen Beseitigung aller Flußabgaben geführt haben, die finanziellen und wirtschaftlichen nicht minder als die politischen, ihre Bedeutung für uns in der Gegenwart im wesentlichen eingebüßt haben.

II. Es fragt sich nun — wie gesagt — zweitens: sind neue Gründe für die verkehrs= und finanzpolitische Regelung des Binnenschiffahrtswesens aus der Entwicklung des Reiches hervorgewachsen?

Bei der Beantwortung dieser zweiten Frage muffen wir ausgehen von der großen Elementartatsache, die heute unser ganzes Wirtschaftsleben besherrscht und unserer ganzen Wirtschaftspolitif Richtung geben sollte: dem gewaltigen Wachstum unserer Bevölkerung. Die daraus hervorgehenden großen neuen Gesichtspunkte laufen zusammen in jener Haufabe unserer Tage, nährende Arbeit zu schaffen für den noch anhaltenden, unsere politische Macht so gewaltig steigernden Zuwachs unseres Bolkes.

Das bedeutet möglichfte Entwicklung aller unferer Produktivkräfte, vor

allem also auch systematische Förberung unserer Industrie; Förberung der Industrie heißt aber wieder in erster Linie Minderung der gewerblichen Produktionskosten, und zu diesen Produktionskosten gehören auch die Kosten des Transports im Inland.

So fann man icon im allgemeinen fagen: foll bie Berkehrspolitik ber durch die Entwicklung vorgeschriebenen allgemeinen Wirtschaftspolitik unseres Volltes entsprechen, so muß fie sustematisch ihr Streben barauf richten, ben Inlandstransport so billig wie möglich zu organisieren. Und das um so mehr, je mehr andere Teile ber Produktionskosten einer Berbilligung wider= streben, aar einer Erhöhung entgegengehen. Das ift aber bekanntlich bei unseren Arbeitslöhnen heute ber Kall, schon allgemein wegen ber fortschreitenden. sich verbreitenden Kulturentwicklung und noch im besonderen wegen ber burch bie internationale Lage unferer Landwirtschaft gebotenen Magnahmen. Sozialpolitische Gefichtspunkte brangen also bas Streben ber Industrieförderung, soweit es auf Verbilligung gerichtet ift, auf andere Ziele. ift erftens das Problem der benkbar wirksamsten Organisation unserer industriellen Produktion; mit ihm werden Sie ja noch unter Bunkt II ber Tagesordnung eingehend sich zu beschäftigen haben. Das ist zweitens bas Problem der Transportverbilligung, ein eng verwandtes Problem, da es auch zum großen Teil hinausläuft auf vollfommenere Durchbildung bes Großbetriebes.

Doch auch befondere Grunde fprechen noch für Diese zweite Aufaabe. Sie sind internationaler Art. Sie beruhen in den Verkehrsverhält= niffen unferer michtigften Konkurrenglander. In Frankreich, bas fein ausgedehntes Ranglnet zum fehr großen Teil in ber Bor- Eisenbahnzeit nicht nur gebaut, sondern auch amortisiert hat, werden bekanntlich die großen Privat= bahnnete um die Mitte unseres Sahrhunderts kostenlos dem Staate anheim= England fann feiner Inselnatur megen überall die Berfehreftrage bes Meeres, die auch für feinen Binnenhandel von großer Bedeutung ift, leicht und billig erreichen; und die Bereinigten Staaten find nicht nur dadurch ausgezeichnet, daß sich im Norden ihres am dichtesten bevölferten Gebietes, zwischen ihren reichsten Erzlagern und Getreidefelbern einerseits, ihren größten Rohlenfelbern und wichtigften Seehäfen ander= feits, auf eine Entfernung von rund 2000 km ber leiftungsfähigste Transportmeg, ben unsere Erde heute ausweist, hinzieht, sondern sie haben bekanntlich auch, unter Morgans maggebendem Ginflug, fast bas ganze ge= waltige Net ihrer Eisenbahnen finanziell einheitlich im wesentlichen zufammengefaßt: vielleicht die größte wirtschaftliche Organisationstat aller Beiten (val. Wiedenfeld, Die Ginheitsbewegung unter ben Gifenbahnen ber Vereinigten Staaten von Amerika. Archiv für Eisenbahnwesen. 1903. S. 1199—1224).

Diese besonderen internationalen Gründe haben im Verein mit den aus der beutschen Entwicklung hervorgehenden allgemeinen Gründen in unserem heutigen Wirtschaftsleben — neben dem Ausbau der Industrieorganisation — es vielleicht zur wichtigsten Aufgabe werden lassen, die Transportsosten so billig als möglich zu gestalten.

Es gilt aber natürlich, biese Aufgabe nicht nur teilweise, für einzelne, wenn auch vielleicht noch so wichtige Sonderinteressen zu lösen, sondern allsgemein, einheitlich, für die Gesamtheit. Es wäre kurzsichtig und einseitig, sich mit der Lösung dieser Aufgabe für einzelne Gegenden zu begnügen: wie es nötig ist, alle Produktivkräfte möglichst zu entwickeln, nicht nur die einen auf Kosten der anderen, so ist auch für das ganze deutsche Wirtschaftsgebiet, möglichst gleichmäßig, die größte Vervollsommnung und Verbilligung des Verkehrs zu erstreben.

So komme ich zum Schlusse: es gebietet die Zeit, mit der vorwicgend Iokalen Betrachtung des binnenländischen Verkehrswesens, die uns als Erbe noch aus der Zeit politischer Zersplitterung überkommen ist, zu brechen. Wie auf anderen Gebieten ist jetzt auch hier die Konsequenz zu ziehen aus der nationalen Einung. Von jeher war das auch geplant. Art. 4 unserer Reichsversassung erklärt ja ausdrücklich, daß im "Eisenbahnwesen", in der "Heisenbahnwesen", in der "Huße und Wasserstraßen", im "Flößereie und Schiffahrtsbetrieb", in den "Fluße und konstigen Wasserzöllen" ganz ähnlich, wie z. B. im Poste und Telegraphenwesen, im Münze, Maße und Gewichtse wesen eine Ausgestaltung unter größeren, allgemeineren, einheitlicheren Gessichtspunkten mit der Begründung des Reiches stattsinden solle.

Für das Eisenbahnwesen ist dieser Art. 4 kein toter Buchstabe geblieben. In den einzelnen größeren Bundesstaaten ist die Bereinheitlichung ja erreicht. An die darüber hinausgehenden Pläne Bismarcks erinnert der Torso des Reichseisenbahnamts; und in anderen, den herangereisten Bershältnissen angepaßten, weniger einschneidenden und bescheideneren Formen (der Betriebsmittelgemeinschaft) sind jene das Neich umfassenden Pläne ja heute — hoffentlich zu wirklichem und dauerndem Leben — wieder auserwacht.

Anders auf dem Gebiet der Wasserstraßen. Hier fängt man erst neuersdings und sehr vereinzelt, meist unter vielen Mühen und unter argem Widersstreben an, zu den umfassenderen Gesichtspunkten, wie sie dem Art. 4 unserer Reichsverfassung entsprechen, sich emporzuringen. Jede bestehende und jede neu geplante Wasserstraße wird überwiegend noch heute als unabhängige

Einheit — allein für sich — betrachtet und behandelt; und nur in unstlaren Forderungen klingt ganz selten jener weitergehende Gedanke an, auch die beiden Zweige des Binnenverkehrs, Wasserstraßen und Eisenbahnen, die so vielkältig ineinandergreisen, als Einheit aufzufassen und gemeinsam zur größten Leistungsfähigkeit zu entwickeln. Merkwürdig genug in einer Zeit, die sonst überall zur Einsicht gereift ist, daß der Großbetrieb im größten Maßstad — troß aller Bedenken — systematisch zur Ausgestaltung gebracht werden muß, und nur einigermaßen erklärt dadurch, daß der Betrieb des einen Berkehrsmittels in den Händen des Staates, der des anderen in den Hönden Privater liegt!

Tatsächlich finden wir heute — ftatt Einheitlichkeit — die größten Unsgleich heiten in der verkehrs- und finanzpolitischen Behandlung unseres Inlandverkehrs, und zwar mussen diese Ungleichheiten in vierfacher Richtung hervorgehoben werden.

Am meisten hervorstechend ist natürlich die bereits berührte, oft ersörterte Verschiedenheit in der Finanzgebarung der Gisenbahnen und Wasserstraßen, zumal in Preußen.

Während die preußisch-hessischen Staatsbahnen heute (1903) bekannt- lich einen Betriedsüberschuß von rund 600 Millionen Mark gewähren und nach  $3^{1/2}$  % Verzinsung und  $3^{1/4}$  % Amortisation rund 400 Millionen Mark für die allgemeinen Kulturaufgaben des Staates zur Versügung stellen, besanspruchen die preußischen Wasserstraßen gleichzeitig aus allgemeinen Staatsmitteln einen Jahreszuschuß von rund  $27^{1/2}$  Millionen Mark.

Da immer wieder behauptet wird, die Konfurrenz zwischen Wasserstraßen und Eisenbahnen bestehe "in nichts anderem als in den verschiedenen Selbstefosten der beiden Beförderungsmittel" (Eingabe der Handelskammer Düsselsdammer Düsselsdammer Düsselsdammer Dusselsdammer Dusselsdammer Dusselsdammer Dusselsdammer Dusselsdammer Dusselsdammer 1904), so muß kurz veranschaulicht werden, was diese Verschiedenheit der sinanziellen Behandlung für den Verkehr bedeutet.

Da der Personenversehr auf den preußischen Staatsbahnen nach sachsmännischem Urteil bekanntlich nur seine Betriebskosten deckt, so darf der nach Verzinsung und Amortisation i sich ergebende Reinüberschuß von rund 400 Millionen Mark allein auf den Güterverkehr, der 1903 auf rund 27 Millionen Tonnenkilometer bezissert wurde, verteilt werden, d. h. es kann der Transportsat für jedes Tonnenkilometer um  $1^{1/2}$  Pig. vermindert werden. Für die gesamte Güterbeförderung des öffentlichen Verkehrs, einschließe

<sup>1</sup> Die 3/4 % Amortisation ist sogar von ber Grunbsumme, b. h. ber um Tilgungsquoten nicht verkurzten Summe ber Gisenbahnkapitalschuld berechnet.

lich Eilgut, hätte also ber Einheitssatz von 3,55 Pfg. auf fast 2 Pfg., für Wagenladungen von mindestens 10 t von 2,61 Pfg. auf etwa 1,1 Pfg. herabgesett werden können.

Verteilt man ebenso den Jahreszuschuß von  $27^{1/2}$  Millionen Mark auf den gesamten Güterverkehr der preußischen Wasserstraßen, der auf 7—8 Milliarden Tonnenkilometer geschätzt werden kann, so würde umsgekehrt die Wasserstracht im Durchschnitt für jedes Tonnenkilometer um rund 0.035-0.04 Pfg. erhöht werden.

Stellt man auf diese Weise — möchte ich sagen — die finanzielle Parität zwischen beiden Verkehrsmitteln her, so verringert sich für alle Güter — Massengüter wie hochwertigste Güter — die Frachtdifferenz um 1,85 Afg. pro Tonnenkilometer.

Dabei ist jedoch ein störendes Moment bisher unberücksichtigt gelassen worden: die Tatsache, daß bei den Eisenbahnen auch der Betrieb verstaatlicht ist, bei den Wasserstraßen nicht. Berücksichtigen wir bei unserer Rechenung auch diesen Unterschied, indem wir für das ganze Betriedsmittelkapital der Eisenbahnen, das regelmäßig auf  $19^{0/0}$  des gesamten Anlagekapitals angenommen wird, den erzielten hohen Gewinn unverkürzt in Ansat lassen, so ergibt sich noch immer für alle Eisenbahngütertransporte eine Berbilligungsemöglichkeit von 1,2 Pfg. für jedes Tonnenkslometer oder eine Berringerung der Frachtdissernz von Lande und Wassertransport in Höhe von 1,55 Pfg. für jedes Tonnenkslometer. Zum mindesten in dieser Höhe enthält der biseherige Zustand eine Bevorzugung der Schissahrtsinteressenten vor den Eisenbahninteressenten.

Die sinanzielle Behandlung ist aber nicht nur verschieben bei den beiden Verkehrsmitteln zu Wasser und zu Lande, sondern auch innerhalb des Wasserstraßennetzes. Die Sinheit fehlt auch hier. Bon den preußischen Wasserstraßen sind rund 4000 km von Abgaben frei, 2600 km mit Abgaben belastet. (Bgl. "Schiffahrtsabgaben, Neichsverfassung und Verkehrspolitik". Bon einem Wasserstraßenfreunde. Preußische Jahrbücher, Bd. 119, Heft 1, 1905.)

Diese Verschiedenheit beruht bekanntlich auf Nechtsvorschriften. Vor allem die Reichsverfafsung ist es, die im Art. 54 der Erhebung von Binnenschiffahrtsabgaben Schranken zieht, und zwar eine prinzipielle und eine technisch-geographische Schranke.

Die prinzipielle Schranke besteht darin, daß Abgaben überhaupt nur zugelassen sind, soweit sie "die zur Unterhaltung und gewöhnlichen Herstellung der Anstalten und Anlagen erforderlichen Kosten nicht übersteigen". Wer unbefangen, doch in dem Beftreben, in Gesetzesworten möglichst einen vernünftigen Sinn zu finden, diese Bestimmung und ihre ziemlich verwickelte Entstehungsgeschichte prüft, wird zu dem Ergebnis kommen, daß diese Beschränkung die Aufstellung des Kostendeckungsprinzips bedeuten soll; aber es ist zuzugeben, daß die Formulierung unglücklich ist und die Aufsfassung nicht zu allen Zeiten ganz die gleiche war. Der hierauf sußende Streit über die Auslegung ist der beste Beweis dafür, wie sehr die Fassung des Art. 54 der Reichsverfassung einer Revision bedürftig ist.

Dasselbe gilt auch von der technisch=geographischen Schranke, welche die Verfassung zieht. Abgaben in der dargelegten Beschränkung sind nämelich nicht überall erlaubt. Sie dürfen wohl erhoben werden "für die Beschrung künstlicher Wasserstraßen"; sie sind dagegen "auf allen natürslichen Wasserstraßen" zulässig "nur für die Benutzung besonderer Anstalten, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind".

Mit dieser Beschränkung stimmt wörtlich überein die internationale Elbschiffahrtsakte vom 22. Juni 1870, und noch deutlicher bringt den ihr zugrunde liegenden Gedanken die internationale Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 zum Ausdruck, wenn sie im Art. 3 bestimmt, daß "eine Abgabe, welche sich lediglich auf die Tatsache der Beschiffung gründet, weder von den Schiffen oder ihren Ladungen, noch von den Flößen erhoben werden" darf.

Diese Bestimmungen haben zunächst — und darüber herrscht noch kein Streit — die allgemeine Folge, daß Kanäle nach dem Prinzip der Kostensbeckung, Flüsse regelmäßig als freies Genußgut behandelt werden. Schon diese allgemeine Unterscheidung ist ungerechtsertigt, ja ungerecht. Denn sie bedeutet in der großen Mehrzahl der Fälle eine Regelung der Abgabenserhebung nicht nur unter Ignorierung der Leistungsfähigkeit, sondern geradezu im Widerspruch zur Leistungsfähigkeit. Die glänzendsten Wasserverkehrswege Deutschlands, der Rhein und die Elbe, auf die mehr als zwei Drittel des gesamten deutschen Binnenschissaberkehrs entsallen, sind absgabenfrei; abgabenpflichtig dagegen die künstlichen Wasserstraßen, die meist schon in ihrer absoluten Leistungsfähigkeit zurücksehen, stets aber durch zeitraubende Schleusungen und mit Rücksicht auf die künstlichen User und die Schmalheit des Bettes gebotene Geschwindigkeitsbeschränkungen benachsteiligt sind.

Diese verschiebene Behandlung wirkt aber umsomehr als ungerecht, als — so hoch auch im ganzen die nach Hunderten von Millionen zählenden Aufwendungen für die Flüsse sind — doch bei den Kanälen die Kosten, nach deren Deckung man mit peinlichster Sorgfalt strebt, verhältnismäßig

stets größer sein mussen, sowohl wegen bes kostspieligen Bobenerwerbs als auch wegen ber stärkeren Bobenbewegung.

Genügt auf dem Rhein voraussichtlich eine Abgabe von 0,04 Pfg. für das Tonnenkilometer, so sind bekanntlich für den Rhein-Herne-Kanal Gebühren vorgesehen worden, die diesen Sat im Durchschnitt um das  $37^{1/2}$  fache übersteigen.

Zu dieser ersten Ungereimtheit, die schon einen grellen Widerspruch zur Forderung der Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit enthält, gesellt sich eine zweite. Es ersahren nämlich auch die Wasserstraßen, die von Natur vorshanden sind, nicht die gleiche sinanzielle Behandlung: von ihnen sind heute in Preußen 1600 km abgabenpflichtig, 3900 km abgabenfrei.

Es hängt das bekanntlich damit zusammen, in welcher technischen Art die Ausgestaltung eines Flusses zu einem leistungsfähigen Berkehrsweg vorgenommen wird. Sucht man die nötige größere Fahrwassertiese durch sogenannte Kanalisierung zu erreichen, d. h. dadurch, daß man in den Fluß Wehre mit Schleusen einbaut, durch sie den natürlichen Absluß hemmt und das Wasser damit in bestimmten Stufen aufstaut, so behandelt man den so verbesserten Fluß sinanzpolitisch wie einen Kanal. Wird dagegen derselbe Zweck durch Regulierung ohne solche Hemmung des Wassersablaufs durch den Bau von Buhnen und Parallelwerken, durch Baggerungen und Sprengungen erzielt, so wird der verbesserte Strom regelmäßig auch weiterhin sinanzpolitisch als natürliche Wasserstraße heute angesehen.

Ift diese Unterscheidung von regulierten und fanalisierten Flüssen juristisch, ist sie zweitens wirtschaftlich gerechtfertigt?

Juristisch fann man bas zum mindesten bezweifeln.

Zunächst ist festzustellen, daß diese folgenschwere Unterscheidung nicht mehr ausreicht. Denn neben Kanalisierung und Regulierung tritt heute eine dritte Berbesserungsmethode der Flüsse: die Ausgleichung ihrer Wasserstandsschwankungen durch Talsperren, wie sie heute für die Weser bereits amtlich in Vorschlag gebracht ist und für andere Flüsse, bekanntlich auch für den Rhein, wenigstens zur Erörterung steht. Diesem verheißungsvollen neuesten Problem des Wasserbaues gegenüber versagen gleichmäßig Gesetzesvorschrift und Verwaltungspraxis disher völlig.

Davon abgesehen fragt es sich vor allem, was der Gesetzgeber unter fünstlichen und natürlichen Wasserstraßen verstanden hat. Hat er den Unterschied als einen relativen oder absoluten Gegensat aufgesaßt? Ist das erste der Fall, ist die Überschrung einer natürlichen Wasserstraße in eine künstliche möglich, so ist es unbegreislich, wenn zwischen einer solchen Überschrung durch Regulierung und durch Kanalisierung eine scharfe Grenzlinie

gezogen wird; ist doch beispielsweise die Regulierung des Rheins so tiefgreisend gewesen, daß nach Gotheins Ausdruck (a. a. D. S. 306) "der natürliche Strom tatsächlich zu einem fünstlichen" umgewandelt, nach Rasses Ausdruck (Der Rhein als Wassertraße, Bd. 102 der Schriften des Vereins für Socialpolitik, S. 21) "der jetzige Zustand des Rheins durchweg ein Produkt menschlicher Arbeit ist".

Bereinzelt scheint man auf diesen Standpunkt sich auch an maßegebender Stelle gestellt zu haben. Wenigstens haben das Abgeordneten= und das Herrenhaus in Preußen im Einverständnis mit der Regierung im Jahre 1889 für die Fahrstraße von Königsberg durch den Pregel und das Frische Haff nach Pillau und im Jahre 1895 für den Schiffahrtsweg von Stettin durch die Oder, das Haff und die Swine nach Swinemünde Abgaben beschlossen, die seit Jahren auch tatsächlich erhoben werden; und ebenso haben die Hafferstädte Hamburg und Bremen seit vielen Jahren auf den natürlichen Wassersstäden der Elbe und Weser, ohne reichsgesetzliche Genehmigung, Schiffahrtssabgaben erhoben.

Unzweiselhaft richtiger und in der Praxis weit häusiger ist aber die Annahme, daß der Gesetzseher den Unterschied zwischen natürlichen und künstlichen Wasserstraßen als absoluten Gegensatz gedacht hat, daß er den Übergang des einen Begriffs zum anderen, die Beseitigung der urwüchsigen Eigenschaft der Natürlichseit durch Menschenhand für ausgeschlossen hielt. Dann ist aber die Scheidung von regulierten und kanalissierten Flüssen nicht minder unbegreisslich. Denn dann ist der von Natur gegebene Wasserlauffür alle Zeiten eine natürliche Wasserstraße, dann bleibt er eine natürliche Wasserstraße nicht nur, wenn er reguliert, sondern auch, wenn er kanalisiert wird. Niemals dürste er den fünstlichen Wasserstraßen, d. h. den Wasserstraßen, die durch die Kunst des Menschen nicht nur verbessert, sondern übershaupt erst geschaffen sind, gleichgestellt werden.

Stellt man sich auf diesen Standpunkt, so dürfen auf kanalisierten wie auf regulierten Flüssen Abgaben nur erhoben werden für die "Benutung besonderer Unstalten, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind".
Was sind solche "besondere Anstalten"? Die geschichtliche Entwicklung dieser Bestimmung und das Sprachgefühl sprechen dagegen, in der vertiesten Fahrbahn eines Flusses eine solche "besondere Anstalt" zu erblicken; nach Geist und Wortlaut des Art. 54 sollte vielmehr die bloße Besahrung der Flüsse, im Gegensatz zur "Besahrung" künstlicher Wasserstraßen, abgabensrei bleiben. Solche "besondere Anstalten", für die Abgaben auch auf natürslichen Wasserstraßen gestattet sein sollten, können nur gewisse künstliche sichtbare Borrichtungen und Bauten an, in oder auf den Flüssen bedeuten, die

eine wirkliche "Benutung" geftatten, eine Benutung, die in etwas anderem besteht als bem bloßen Befahren eines offenen Gewässers.

Ist das richtig, dann dürfen aber auch auf kanalisierten Flüssen die Abgaben nicht für die ganze Kanalisierung, sondern ausschließlich für die nur einen kleinen, leicht auszusondernden Teil derselben darstellenden einzelnen Schleusendauten die Kosten der Unterhaltung, Verzinsung und eventuell Amortisation ausbringen. So verfällt auch hier der Charybdis, wer der Scylla entgehen will; so ergibt sich auch hier die Alternative: Unzulässigseit der bisherigen Behandlung der kanalisierten Flußstrecken oder Ausdehnung des Gebührenprinzips auch auf regulierte Ströme.

Hier, wo wirtschaftliche Fragen in erster Linie interessieren, ist nicht ber Ort, in diesem Zwiespalt und in dem ganzen Wirrwarr eine juristische Entscheidung zu treffen. Es genügt mir, die Fülle der heutigen tatsächlichen Widersprüche und der selbst bei mühsamster Arbeit nie völlig zu beseitigenden Zweisel sestzustellen. Denn diese Fülle der Widersprüche und Zweisel spricht laut für die Notwendigkeit einer zeitgemäßen Umgestaltung des Urt. 54 der Reichsverfassung.

Um so wichtiger wird die Frage, wieweit wirtschaftlich die bissherige Unterscheidung von regulierten und kanalisierten Flüssen sich rechts fertigen läßt.

Um sie zu beantworten, gilt es zunächst, sich klar zu machen, wann das eine und wann das andere technische Flußverbesserungsverfahren angebracht ist und zur Anwendung kommt.

Bei manchem Flusse oder Flusteile bleibt technisch die Frage unsentschieden. Die im Schiffahrtsinteresse gebotene Verbesserung kann durch Kanalisierung wie Regulierung erzielt werden. Richt nur im Ergebnis, auch in den Kosten braucht zwischen beiden ein nennenswerter Unterschied nicht zu bestehen: ungefähr dieselbe Fahrwassertiese kann mit ungefähr demselben Auswand erreichbar sein.

Dann werden wirtschaftliche und finanzielle Gründe entscheidend.

Was zunächst die wirtschaftlichen Gründe anlangt, so sprechen sie für eine Regulierung und gegen eine Kanalisierung.

Denn die das Wasser aufstauenden Wehre, durch die der Verkehr durch Schleusungen vermittelt werden muß, haben natürlich die unvermeidliche Folge, die Schiffahrt zu verlangsamen und zu verteuern. Sie rauben ihr außerdem bei der Talfahrt durch die Zurückhaltung des Wasserabslusses eine kostenfreie Triebkraft und schaffen doch für die Bergfahrt darum keinen vollen Ersat, weil die Minderung der Flußströmung sich regelmäßig nicht auf den ganzen Flußlauf und die ganze Schiffahrtsperiode erstreckt und baher

bie Maschinenkraft der Schlepper, soll sie zeitweise nicht versagen, nicht verringert werden darf. Endlich bringt eine Kanalisierung durch die die Grundwasserverhältnisse beeinflussenden Aufstauungen des Wassers auch für die Landwirtschaft große Nachteile mit sich, die nur durch kostspielige Ent-wässerungskanäle völlig ausgeglichen werden können. Aus solchen Gründen hat seinerzeit Oderstrombaudirektor Peschef eine Kanalisierung der Oder untershalb Breslau für "eigentlich ganz ausgeschlossen" erklärt; aus solchen Gründen haben der sächsische Wasserbaudirektor Schmidt und neuerdings der hamburgische Wasserbaudirektor Bubenden gegen eine Kanalisierung der Elbe sich ausgesprochen (vgl. Bubenden den, Die Schissbarkeit der Oberelbe. Zeitschrift sür Binnenschiffahrt, 1905, Heft 7); solche Gründe streiten auch am Oberzrhein für eine Regulierung und gegen eine Kanalisierung.

Diese wirtschaftlichen Erwägungen werden jedoch vielsach durchfreuzt durch finanzielle. Denn wenn man zugunsten der Schiffahrt und der Landwirtschaft für die Regulierung eines Flusses sich entscheidet, so muß nach der bisherigen Praxis das ganze Anlage- und Betriedskapital à sonds perdu aufgebracht, auf jede Berzinsung und Tilgung wie auf jeden Ersat der Unterhaltungskoften verzichtet werden. Ist das nicht ratsam oder nicht möglich, so bleibt dei der heutigen Rechtslage — will man sich nicht einssach, wie es auch geschehen ist, über sie hinwegsetzen — nichts übrig, als entweder auf jede Flußverbesserung zu verzichten oder mit der Kanalisserung, trot ihrer wirtschaftlichen Nachteile, sich zu begnügen.

Vor solcher unerwünschten Durchkreuzung der wirtschaftlichen Erwägungen durch finanziell-taktische Gründe sind nur die ganz großen und leistungs- fähigsten Wasserstraßen gesichert, für die aus technischen Gründen eine Kanalisserung ausgeschlossen ist. Und bleiben — wie es sein sollte — auch sonst taktische Gesichtspunkte aus dem Spiel und nur sachliche Gründe entscheidend, so käme anderseits eine Kanalisierung nur dort zur Anwendung, wo sie technisch geboten, also eine Regulierung ausgeschlossen ist. Das ist nur der Fall bei wasseramen, deshalb von Natur wenig leistungsfähigen Flüssen, die sie Schissahrt eine Kolle bisher noch nicht spielen, doch möglichst gewinnen sollen.

Die verkehrsreiche Elbe läßt wahrscheinlich durch eine Niedrigwasser-Regulierung sich noch genügend verbessern, die verkehrsarme Weser wahrscheinlich nur durch eine Kanalisierung. Es dürfen aber für die Elbsregulierungskosten, auch wenn sie weit größer sind, irgendwelche Entgelte von der bereits hochentwickelten Elbschiffahrt nicht beansprucht werden; auf der kanalisierten Weser dagegen würden von der schwachen, unentwickelten Weserschiffahrt Abgaben gesordert werden, die nicht nur die Unterhaltungss kapitals aufbringen sollen. Das eigentümliche Ergebnis wäre dann also, daß die Weser in ihrem schweren Konkurrenzkampf mit der Elbe erstens durch Schleusenbauten, zweitens durch Abgaben benachteiligt würde. Wäre man jedoch in der glicklichen Lage, nicht auf die Kanalisierung der Weser aus technischen Gründen allein angewiesen zu sein, wäre man aber anderseits — wie seinerzeit bei der Unterweserkorrektion — nicht imstande, auf jede Berzinsung des Anlagekapitals zu verzichten, so müßte man allein aus diesem Grunde — entgegen dem wirtschaftlichen Interesse — doch für die Kanalisierung sich entschen, wenn nicht die Bestimmung der Reichseversassung geändert oder anders als bisher ausgelegt würde.

Aus diefer Sachlage bürften nun zwei Folgerungen zu ziehen fein. Erstens: die bisherige Verknüpfung technischer und wirtschaftlicher Verhält= niffe ist unzweckmäßig; sie macht wichtige finanzpolitische Entscheidungen von Zufälligkeiten abhängig; sie trägt in rein wirtschaftliche Erwägungen Fremdes, Störendes hinein. Zweitens: auch diese Unterscheidung bedeutet wieder eine Begünstigung der leistungsfähigsten und eine Benachteiligung der minder leistungsfähigen Wasserlieden.

Und damit in engstem Zusammenhang steht eine britte Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Sie ist geographischer Art: eine Benachteiligung des Oftens gegenüber dem Westen.

Bon Natur ist eine solche, zumal in Preußen, ja schon vorhanden. Sie besteht bekanntlich im allgemeinen — ganz abgesehen von der weiteren Entsernung von der Welthandelsstraße des Atlantischen Dzeans — in der größeren Armut an natürlichen Wasserwegen, so daß der Osten verhältnis= mäßig mehr als der Westen angewiesen ist auf das Verkehrsmittel, das nicht vom Staate einen Zuschuß erhält, sondern umgekehrt dem Staate einen hochbedeutsamen Zuschuß für seine allgemeinen Zwecke liefert.

Aber auch wenn wir die Wasserstraße allein betrachten, ergibt sich schon von Natur ein Unterschied zugunsten des Westens und zu ungunsten des Ostens. Er tritt zunächst in den Abmessungen der Wasserstraßen hervor. Ist dei der Rheinregulierung eine Tiese von 2 und 3 m erstrebt und erzielt worden, so hat man dei Oder und Weichsel mit einer solchen von 1 m sich begnügt. Und diesen verschiedenen Abmessungen der natürlichen Wasserstraßen im Osten und Westen sind zweckmäßigerweise auch die künstlichen Wasserstraßen angepaßt worden: das Kanalschiff des Ostens darf über eine Tragsähigkeit von 400 t nicht hinausgehen; der Rhein-Wester-Kanal wird ebenso wie der Dortmund-Ems-Kanal für 600—750 t-Schiffe gebaut.

Dieser Unterschied in den Abmessungen hat noch eine weitergehende,

oft verkannte Bedeutung. Sie wird kurz am besten in dem Sate zum Ausbruck gebracht: je größer das normale Transportgefäß ist, um so mehr dient ein Berkehrsweg dem Großbetrieb. Ist das schon für die Eisenbahnen ausbrücklich hervorgehoben worden, als hier Preußen im Jahre 1891 probeweise 100 Wagen mit einem Ladegewicht von 30 t in Dienst stellte; wiewiel mehr gilt das für die Wasserstraßen! Wer ist denn in der Luge, 1000 t Getreide oder Kohlen oder Dünger auf einmal zu beziehen oder in einer Ladung nach einem Bestimmungsort zu verschiffen? Kleineren Fahrzeugen wird aber — von einigen bestimmten Güterarten abgesehen — durch größere — auf dem Rhein etwa Kähne von 1200—1600 t — die Konkurenz sehr erschwert, und auch Teilladungen erwachsen erhebliche Schwierigskeiten, da ein großes Schiff sich nur bezahlt macht, wenn es seine Ladesfähigkeit voll ausnutzt.

Je größer bemnach das Transportgefäß, um so einseitigere Förderung des Großbetriebes. Das heißt aber: je größer das Transportgefäß, um so enger der Kreis der unmittelbaren Interessenten, der Benuger des Berkehrs-weges. Und das bedeutet wiederum nichts anderes als: für je größere Transportgefäße eine Wasserstraße bestimmt ift, um so mehr kommen die Auswendungen, die der Staat zu ihren Gunsten macht, den leistungsfähigsten Gliedern in einer Volkswirtschaft, den Großunternehmern in Handel und Industrie zugute.

Stehen schon, was die Abmessungen, insbesondere die Tiefe anlangt, die Wasserstraßen des Ostens hinter denen des Westens zurück, so auch noch in mancherlei anderen Beziehungen. Bor allem die Eisverhältnisse und Wasserstandswechsel sind um so ungünstiger, je weiter man vom Westen zum Osten vorschreitet. Geht die Schiffahrtsperiode auf dem Rhein und der Elbe durchschnittlich im Jahre über 300 Tage hinaus, so verkürzt sie sich nach Osten hin beständig; auf der Oder ist sie 20, auf der Weichsel durchschnittlich 43 Tage kürzer als auf dem Rhein, und ihren tiefsten Stand erreicht sie in Masuren mit 210—230 Tagen jährlich. Und es verstärkt sich noch dieser Unterschied, wenn man die Schiffahrtsperiode für volle, 1/2 und 1/4 Ladung mit in Betracht zieht.

Am wichtigsten aber sind die Unterschiede in den Krümmungen und Windungen des Flußlaufs, denn sie sind für die Konkurrenzverhältnisse zwischen Wasserstraßen und Schienenwegen oft von größerer Bedeutung als die beiderseitigen Frachtsäße für das Tonnenkilometer. Denn während — nach Berechnungen von Seibt (Die verkehrswirtschaftliche Bedeutung der Binnenwasserstraßen. Schmollers Jahrbuch XXVI, S. 929—1014) — die Entsernung zwischen Mannheim und Rotterdam auf der Wasserstraße nur

10 % länger ist als auf der Eisenbahn, ist sie z. B. zwischen Bromberg und Danzig 25 %, zwischen Breslau und Stettin gar 39 % länger.

In verschiedener Hinsicht stehen somit die Wassertraßen des Ostens von Natur aus hinter denen des Westens zurück; und diese natürlichen Unterschiede können nicht nur nicht beseitigt werden, sondern werden aller Boraussicht nach mit weiterem Ausbau unseres Wasserstraßennetzes sich eher noch vergrößern als verringern.

Das ift nicht zu ändern, als Naturtatsache hinzunehmen. Aber sicherlich dürfte gerade aus dieser Naturtatsache die strenge Forderung der Gerechtigkeit abzuleiten sein, daß die Ungunst der natürlichen Berhältnisse nicht finanzpolitisch noch verschärft werde. Das ist heute aber der Fall: im Oder-Clbe-Gebiet ist die obere Oder, die Netze, das ganze Netz märkischer Wasserstraßen, das an die Spree und an die Havel sich anschließt, mit Abgaben belastet; im großen Rheingebiet, auf das mehr als die Hälfte des ganzen Binnenschiffahrtsversehrs Deutschlands entfällt, ist nur die kurze Strecke des kanalisierten Main abgabenpflichtig.

Das ist die dritte ungerechte Ungleichmäßigkeit, die die tatsächlichen Berhältnisse unserer Binnenschiffahrt in finanzpolitischer Hinsicht, als Frucht der früheren partikularistischen Zersplitterung, heute noch ausweisen.

Der hiermit furz geschilberte sinanzpolitische Zustand unserer Binnenschiffahrt ist nun in zahllosen Reden, Artikeln, Eingaben gepriesen worden als eine unserer größten "nationalen Errungenschaften", als die "Grundlage, auf der sich das reiche wirtschaftliche Leben unseres vaterländischen Westens aufgedaut hat" (Beumer); und die dargelegten gesehlichen Bestimmungen, die ihm zugrunde liegen, sollen etwas Unantastbares sein, ein heiliges Palladium, gar ein "Gottesfriede", den "kein Zöllner antasten soll", der "ängstlicher Obhut bedarf" wie "alles, was groß, was großzügig und was einheitlich ist" (Bosberg-Resow).

Und alle, die in diese Posaunentöne nicht einstimmen können, die sollen frevelhaft sich beteiligen an dem "Offensivkrieg, der aus den Minengängen der Hyperagrarier und Eisenbahnfanatiker eröffnet wird" (Bech), sollen die "Lebensinteressen des ganzen Rheingebietes und weiter sich an dasselbe anschließenden Länderstrecken" antasten, sollen sogar, an Frankreichs Stelle, heute "die gierigen Raben sein, die sich heiser schreien nach dem freien beutschen Rhein"!

Solche mehr ober minder ergreifende Töne mögen angebracht sein, wo die nicht unberechtigte Aufgabe zu erfüllen ist, Interessenten zur energischen Wahrnehmung ihrer vermeintlichen Interessen aufzurütteln; im Verein für Socialpolitik, wo es gilt, über ben natürlichen Wiberstreit ber Interessen sich zu erheben und seine Lösung von allgemeinen Gesichtspunkten aus zu suchen, mussen sie durch Gründe ersetzt werden.

Unsere Aufgabe ist es baher, nicht nur die geschilderten ungerecht= fertigten Ungleichheiten festzustellen, sondern ruhig und nüchtern auch die Mittel zu erwägen, sie zu befeitigen.

Zwei Mittel entgegengesetzter Art kommen in Betracht. Das eine ist: gleiche Abgaben freiheit für alle Wasserstraßen, für die Wasserstraßen im Often und Westen, die künstlichen und die natürlichen Wasserstraßen, die kanalisierten und die regulierten Flüsse. Das andere Mittel ist: gleichmäßige finanzielle Belastung aller Wasserstraßen, der leistungsstähigsten wie der minder leistungsfähigen.

Welcher biefer beiben möglichen Wege zur Beseitigung ber geschilderten ungerechten Inkongruenzen ist einzuschlagen?

Gründe der Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit scheinen mir ebenso sehr gegen die Ausdehnung der Abgabenfreiheit und für die Ausdehnung des Gebührenprinzips zu sprechen.

In der sonst so viel umstrittenen Finanzwissenschaft darf doch wohl als allgemein anerkannt die Forderung der Gerechtigkeit bezeichnet werden, daß derjenige, der — im Gegensatzu anderen — von einer staatlichen Maß-regel oder Veranstaltung besonderen Vorteil hat, auch möglichst ihre Kosten tragen soll, und daß umgekehrt alles, was der einzelne aus seinem Sinstommen oder Vermögen zum allgemeinen Besten beisteuert, auch wirklich möglichst zum allgemeinen Besten verwendet werde.

Je mehr die Steuerlast in einem Gemeinwesen anwächst, um so notwendiger wird es, diesen von der Gerechtigkeit vorgeschriebenen Grundsat auch möglichst durchzuführen. Das ist in Preußen im Kleinen für die Gemeindesinanzen durch die Bestimmungen der Miquelschen Steuerresorm über Gebühren und Beiträge ja bereits geschehen, und die Städte pflegen insbesondere für alle Verkehrsanstalten, vor allem also auch für ihre Hasenanlagen, Gebühren zu erheben. Jetzt drängt im Großen das Anschwellen der Stats dazu, auch bei den Staatssinanzen sorgsam alle Posten unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit zu prüsen, also vor allem alle Auswendungen des Staates, die in erster Linie aus den Interessen und Verhältnissen einzelner hervorwachsen, bestimmten örtlich und geschäftlich abgegrenzten Personengruppen nutzen, zur speziellen Deckung durch besondere, den Vorteilen entsprechende Entgelte der Interessenten auszuscheiden.

Eine solche Revision kann auch hier, wie in ben Gemeinden, an den Berkehrsmitteln und vor allem an den Wasserstraßen nicht vorübergehen.

Schriften CXVI. - Berhandlungen 1905.

Daß die Wasserstraßen un mittelbar nur einem kleinen Kreise von Personen nutzen, braucht weiter nicht ausgeführt zu werden. Schwieriger ist die Frage, wie weit die Abgabenfreiheit mittelbar in den Warenspreisen, der Algemeinheit zugute kommt. Das ist örtlich und zeitlich nicht immer gleich zu beantworten, hängt vielmehr in jedem einzelnen Fall — wie jede Steuerabwälzung — von der jeweiligen Macht der beteiligten Intersessenten ab. Wie die wirtschaftlich Stärkeren eine Abgabe auf die wirtschaftlich Schwächeren abzuwälzen vermögen, so verstehen sie anderseits auch ihnen zugewandte Vorteile in den eigenen Händen festzuhalten.

Alles was die Stellung der Schiffer gegenüber den Verladern und die Stellung der Verlader gegenüber den Konsumenten stärkt, verengt also den Kreis der mittelbaren Interessenten. Die Stellung der Schiffer verstärkt vor allem der Größbetried und er beginnt ja jetzt auch in der Vinnenschiffahrt sich sieghaft zu entwickeln und die Kleinschiffer zu unselbständigen Hilzsorganen heradzudrücken. Und die Stellung der Verlader gegenüber den Konsumenten verstärkt vor allem das Nebeneinander von Wasserstraßen und Sisenbahnen. Keine Güterart wird in Deutschland ausschließlich auf Wasserstraßen verfrachtet; selbst von der Ruhrkohle wird  $4^{1/2}$  mal so viel auf der Bahn wie auf dem Wasser befördert. Ze mehr aber der Sisenbahntransport überwiegt, um so leichter ist es, die Preise auf einer Höhe festzuhalten, die den Eisenbahnfrachten und nicht den Wassersrachten entspricht. Eine wirkliche Konsumverbilligung ist daher regelmäßig höchstens durch eine Herabsetzung der Eisenbahntarise zu erreichen.

Wenn aber die Abgabenfreiheit der Allgemeinheit, regelmäßig auch indirekt, in nennenswerter Weise kaum zugute kommt, so ist eine Beseitigung der bestehenden Ungleichheiten vom dargelegten Standpunkt der Gerechtigkeit aus durch allgemeine Behandlung aller Wasserstraßen als freies Genußgut nicht möglich.

Ebensowenig aber auch ist das wirtschaftlich zweckmäßig. Denn je mehr die Binnenschiffahrt nur Kosten macht, keine Einnahme bringt, um so schwieriger muß es für jede Finanzverwaltung werden, erhebliche Mittel für eine Verbesserung und einen weiteren Ausdau des Wasserstraßennetzes aufzubringen. Schon auf der Grundlage des Kostendeckungsprinzips ist es heute bekanntlich nicht leicht, größere Kanalprojekte zur Durchführung zu bringen. Zum Unüberwindlichen würden die Schwierigkeiten sich steigern, wenn auf jede Berzinfung der aufgewendeten Kapitalien von vornherein prinzipiell verzichtet werden müßte. Eine Ausdehnung der Abgabenfreiheit auf alle Wasserstraßen würde daher fast gleichbedeutend sein mit dauerndem Stillstand im Wasserstraßenbau.

Ebenso wie gegen ben ersten Weg zur Beseitigung ber bestehenben Ungleichheiten sprechen Gründe ber Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Zweck= mäßigkeit — wie gesagt — für ben zweiten: die Ausdehnung bes Ge= bühren= ober Kostenbeckungsprinzips auf alle Wasserstraßen.

Was ist darunter im einzelnen zu verstehen?

Es ist selbstverständlich, daß es sich nicht — wie auf der Mainzer Interessentenversammlung vom 9. April 1904 gesagt wurde — handelt um eine "Rückschr zu dem Zeitalter der Raubritter", wo "Schlagbäume und Brückengelderhebestellen errichtet werden" (Haffner-Mainz). Niemand denkt daran, jene vergangenen Zeiten der Wasserzölle wieder aufzuleben!

Nicht Einnahmen für allgemeine Staatszwecke sollen aus den Flüssen und Kanälen gezogen werden, nur die Ausgaben des Staates für die Wasserstraßen sollen gedeckt werden. Dieses Gebühren- oder Kostendeckungsprinzip, das — im scharfen Gegensatzum Steuerprinzip — allein in Frage kommt, bezweckt aber nicht nur Deckung der Unterhaltungs- und Verwaltungskosten, sondern auch Verzinsung und Tilgung des auf die Wasserstraßen verwendeten Anlagekapitals. Diese prinzipielle Abgrenzung ist einsach; erst mit der Ausführung beginnen die Schwierigkeiten.

Da fragt es sich zunächst, für welches Anlagekapital Verzinsung und Tilgung verlangt werben sollen. Es ist klar, daß das nicht für alle Auf-wendungen, die jemals für die Wasserstraßen gemacht worden sind, der Fall sein kann. Zwei Einschränkungen ergeben sich vielmehr ohne weiteres: es kommt für Schiffahrtsabgaben nur in Vetracht das Anlagekapital, das erstens zugunsten der Schiffahrt aufgewendet und zweitens noch nicht bereits getilgt ist.

Bas zunächst die frühere Tilgung anlangt, so sind in früheren Zeiten einerseits verhältnismäßig so geringe Beträge auf die natürlichen Basserstraßen verwendet und anderseits so beträchtliche Einnahmen aus ihnen durch die Flußzölle gewonnen worden, daß man annehmen darf, es seien, solange Abgaben auf ihnen erhoben wurden, auch die auf sie verwendeten Kapitalien im großen und ganzen getilgt worden. Ja, da zuletzt im Jahre 1870 auf der Elbe die Abgabenerhebung eingestellt wurde, könnte man von vornherein der Schiffahrt so weit entgegenkommen — und ein noch weiteres Entgegenkommen kann unter Umständen geboten erscheinen —, daß man ganz allgemein das Anlagekapital überhaupt erst von der Zeit der Reichsgründung an in Ansat brächte. Um was für Summen es sich auch dann noch handelt, dasür nur ein Beispiel: beim Rhein belaufen sich die gessamten Auswendungen in den 32 Jahren von 1872—1903 auf 196 Mill. Mk.,

wovon 151 Mill. Mt. auf deutsche Rheinuferstaaten, 56 Mill. Mt. auf Preußen, 47 Mill. Mt. auf Baben entfallen.

Auf die zweite Frage, wieviel von diesen bisher nicht getilgten Gesamtkosten zum Besten der Schiffahrt ausgewendet worden ist, einzugehen, verbietet mir hier die Zeit. Bielleicht findet sich in der Debatte dazu Gelegenheit. Hier will ich nur hervorheben, daß unter mäßiger Berechnung des auf Schiffahrtskonto zu setzenden Anlagekapitals, für Rhein und Elbe Abgaben von 0,04—0,07 Pfg. für das Tonnenkilometer voraussssichtlich in Betracht kommen, und im Anschluß daran nur noch kurz die Frage erörtern, ob eine solche Belastung, die beispielsweise auf der deutschen Strecke für Erze dis Ruhrort 3 Pfg., für Kohlen von dort nach Mannsheim 14 Pfg., für Getreide ebendahin 17 Pfg. für die Tonne ausmacht, für die Schiffahrt bedenklich, ja unerträglich sein könnte.

Die vier folgenden Tatfachengruppen geben Fingerzeige für die Beantwortung:

- 1. Die Kahnmiete für eine Tonne Kohle von Ruhrort nach Mannheim schwankte in den letzten drei Jahren (1902—1904) im Monatsdurchschnitt zwischen 0,59 und 2,20 Mf., also um nicht weniger als 1,61 Mk. oder 0,46 Pfg. pro Tonnenkilometer. Die Schwankungen allein der Kahnmiete, die noch verstärkt werden durch entsprechende Schwankungen im Schlepplohn, waren also fast zwölfmal so groß wie die voraussichtliche Abgabe.
- 2. Diese Abgabe ist ebenfalls verschwindend gegenüber der beträchtelichen Minderung, die die Rheinfrachten, z. B. für Getreide, in den letzten zwei Jahrzehnten ersahren haben. Die Getreidesracht von Rotterdam nach Mannheim betrug für die Tonne (nach den Angaben der Mannheimer Handelskammer) im Durchschnitt der Jahre 1886—1888: 4,81 Mk., im Durchschnitt der Jahre 1901—1903: 3,01 Mk., also 1,80 Mk. oder den dreizehnsachen Betrag der voraussichtlichen Abgabe weniger. Danach erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die Erhöhung der Frachten durch die Abgaben tatsächlich ausgeschlichen wird durch ihr natürliches weiteres Sinken.
- 3. Drittens ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die schlesische Kohle auf der Strecke von Kosel nach Berlin bereits heute die Frachtverteuerung durch Schiffahrtsabgaben erträgt, obwohl der Rhein, auch in der Bergfahrt, eine sehr viel leistungsfähigere Wasserstraße darstellt.
- 4. Endlich aber sei vor allem verwiesen auf das sogenannte Kohlenstontor, das bekanntlich am 1. April 1904 ins Leben gerusen worden ist in der Absicht, "eine Ausbesserung der Fracht- und Schlepperlohnsätze für die Kohlenbeförderung durchzusühren", und diese Absicht auch wie der jüngste Bericht der Handelskammer in Mühlheim a. d. Ruhr ausdrücklich hervor-

hebt — "im ganzen erreicht" hat; ja, wie sehr bas der Fall ist, zeigt der erste Geschäftsbericht, nach dem trot vom Kohlenkontor zu zahlender erhöhter Frachten, ein Handelsgewinn von rund  $2^{1/2}$  Mill. Mk., d. h. "30 Psa. für die Tonne Beteiligung", als Dividende verteilt werden konnte. Wenn die damit angedeuteten Verteuerungen des Kohlenbezugs zugunsten des Großskapitals sogar als Segen, als Fortschritt gepriesen werden können, kann eine Frachtenerhöhung zugunsten des Staates in nur dem halben Betrage jenes Handelsgewinnes nicht den "Nuin der Schiffahrt" bedeuten.

Angesichts dieser viersachen Reihe nur kurz skizzierter Tatsachen mird man den vielen leidenschaftlichen Klagen über die in Aussicht genommene Höhe der Rheinabgaben den Borwurf der Übertreibung nicht ganz ersparen können. Und das gilt vor allem von der mit besonderem Nachdruck stets vorgebrachten Behauptung, daß — wie eine gewichtige Stimme auf der Mainzer Interessentenversammlung sich ausgedrückt hat — "unser ganzes wirtschaftliches Leben auf der Grundlage der Abgabenfreiheit auf dem Rhein ausgebaut ist" (Beck). Herr Dr. Nasse hat in seiner Arbeit über den "Rhein als Wasserstänge" im einzelnen schon dargelegt und Herr Prosessor Wirminghaus wird voraussichtlich noch darauf zurücksommen, daß diese Grundlage des Wirtschaftslebens im Westen und der rheinischen Städteblüte in Wirklichkeit doch etwas breiter und dauerhafter und mannigsaltiger ist, als daß eine Abgabe von wenigen Psennigen sie ins Schwanken bringen könnte.

Damit ift allerdings nicht geleugnet, daß die Ausdehnung der Abgabenerhebung auch Nachteile mit sich bringt. Das ist selbstverständlich. Bei welcher wirtschaftlichen Maßregel wäre das nicht der Fall? Das liegt zumal im Wesen einer jeden neuen Abgabe, sie mag heißen wie sie wolle. Das liegt aber auch im Wesen fast jeden wirtschaftlichen Fortschritts. Das Besser ift fast stets ein Feind des Guten! Das Gute, das unter Besserm zu leiden hat, darf natürlich sich wehren, aber dem nicht unberechtigten Widerstande nachgeben heißt: verzichten auf jeden Fortschritt. Wenn die alte Wahrheit, daß wo Licht ist, auch Schatten sich vorsindet, sich auch hier wieder bestätigt, so spricht das nicht gegen die Resormmaßregel an sich, sondern begründet nur die Pflicht, diese Nachteile möglichst zu mildern. Im ganzen vermag die geringe Höhe der in Aussicht genommenen Rheinsabgabe die geäußerten schlimmen Besürchtungen nicht zu rechtsertigen.

Aus der ersten Position vertrieben, pflegt man einen Kampf aber noch nicht aufzugeben, sondern in einer zweiten hinter möglichst vielen Stachels brähten nur um so hartnäckiger sich zu verschanzen. Für uns heißt das: nicht mehr der Plan selbst, sondern nur noch seine Aussührbarkeit wird angegriffen. Man befürchtet den "Ruin der Schiffahrt" nicht mehr durch die beabsichtigte

Durchschnittshöhe der Abgaben, sondern durch die lästige Art ihrer Erhebung, ihre ungerechte Verteilung im einzelnen, ihre siskalische Entartung trot aller anfänglich entgegengesetzten guten Absicht.

Auf die Art der Erhebung kann hier näher nicht eingegangen werden. Es sei nur erwähnt, daß es sehr wohl sich denken läßt, am Ausladeort die Abgabenerhebung in Verbindung mit der statistischen Erhebung — unsere Binnenschiffahrtsstatistik schreit geradezu nach Reform! — ohne jede Störung des Schiffahrtsbetriebes vorzunehmen.

Auch bei der Abgaben = Verteilung erscheint eine befriedigende Lösung nicht ausgeschlossen. Es handelt sich hier vor allem um drei Fragen: soll die Abgabenbemessung im einzelnen auf die Leistungsfähigkeit Rücksicht nehmen? soll sie einheitlich für das ganze Wasserstraßennetz oder verschieden für jede einzelne Wasserstraße erfolgen? soll sie mit handelspolitischen Gessichtspunkten verquickt werden?

Was den ersten Punkt anlangt, so dürfte kaum etwas im Wege stehen, die Abgaben insofern nach der Leistungsfähigkeit zu bemessen, als sie — in etwa drei oder vier Klassen — abgestuft werden nach dem auch für die Fracht bestimmenden Wert der Waren, so daß billige Massensüter, wie vor allem Kohlen, mit einer niedrigeren, hochwertige Güter mit einer höheren Abgabe als 0.04 Pfg. für das Tonnenkilometer belegt werden. Auch könnten kleine Fahrzeuge, die von der Verbesserung der Wasserstraße keinen Vorteil haben — wie es auf der Unterweser und auf dem kanalisierten Main geschieht — von Abgaben ganz freigelassen werden.

Bei der wichtigeren zweiten Frage scheinen mir die tatsächlichen Berhältnisse selbst auf einen Mittelweg zu weisen: nämlich alle Wasserkraßen, soweit sie tatsächlich durch schiffbare Verbindungen zu einem zusammenshängenden Netz verknüpft sind, auch in der Abgabenfrage einheitlich zu behandeln. Solange eine Kanalverbindung zwischen Weser und Elbe sehlt, würden demnach ein östliches und ein westliches Netz getrennt nebeneinander stehen. Eine solche Zusammenfassung würde im westlichen Netz die dringend gebotene Ermäßigung der beschlossenen hohen Abgaben auf dem Rhein-Weser-Kanal ermöglichen. Und was sie auch sonst noch bedeuten könnte, hat jüngst ein Anonymus, in dem der "Wasserstraßenstreund" der Preußischen Jahr-bücher wohl wiederzuerkennen ist, in der Deutschen Wirtschaftszeitung vom 15. September 1905 verdeutlicht. Er berechnet z. B., daß wenn die in Aussicht genommene Abgabe von 0,04 Pfg. pro Tonnenkilometer einheitlich auf dem ganzen Wasserstraßennetz des Rheins, also auch auf dem heute schon kanalisierten Main, zur Erhebung gelangte, daß dann auf der Fahrt von

Ruhrort nach Frankfurt a. M. nur 9,6 Pfg. für die ganze Strecke, statt heute 10,5 Pfg. für die nur 35 km lange Mainstrecke zu zahlen wären.

Bas endlich die Berquickung der Schiffahrtsabgabe mit der Handels politik anlangt, so scheint mir diese Frage stark überschätzt zu werden. Denn die Schiffahrtsabgabe würde, selbst bei Berdoppelung ihres in Aussicht genommenen Durchschnittssatzes, für die Fahrt von Rotterdam bis Mannheim (565 km) nur 45 Pfg. für die Tonne Getreide betragen, d. h. noch nicht ½100 des neuen Mindestzolles für Weizen und Roggen (bei einem Weizenpreis in Mannheim von 170—180 Mk. für die Tonne). Schon wegen dieser Geringfügigkeit des Erfolges dürste deshalb eine handelspolitische Differenzierung der Abgaben, gegen die gewichtige Bedenken internationaler Art geltend gemacht werden können, höchstens als Vergeltungsmaßregel in Betracht kommen.

Gegen die so sehr gefürchteten Einflüsse der "Hyperagrarier", der "Eisenbahnfanatiker", des bösen Fiskus und wie die Ausbeuter alle heißen mögen,
ließen sich aber auch wirksame Schutzmaßregeln schaffen. Bereits während
ber Beratungen der letzten Kanalvorlage haben sich die preußische Regierung
und das preußische Abgeordnetenhaus für die Einsetzung eines "Wasserstraßenbeirats" ausgesprochen, der — außer Regierungskommissaren — aus
Bertretern der Interessenten, d. h. Bertretern des Handels, der Schiffahrt,
der Industrie und der Landwirtschaft bestehen soll. Ein solcher Beirat soll
u. a. — ganz ähnlich wie heute schon auf dem Elbe-Trave-Kanal — die
Durchsührung des Gebührenprinzips bei der Abgabenerhebung überwachen.

In dem Streben, störender fremder Beeinflussung vorzubeugen, könnte man aber noch einen Schritt weiter gehen. Man könnte — nach dem Borbild der Ruhrschiffahrtskasse und Wünschen entsprechend, die vor allem die Düsseldorfer Handelskammer geäußert hat — eine besondere Binnenschiffahrtskasse oder auch mehrere solche Kassen einrichten und dadurch dafür sorgen, daß alle Einnahmen aus den Abgaben auch ausschließlich zum Besten der Wasserstraßen wieder verwendet werden.

Würde in dieser flüchtig flizzierten Art die Abgabenerhebung durch= geführt werden, so würden die Bedenken der Interessenten entkräftet und doch die Forderungen der Gerechtigkeit erfüllt werden.

Zu den Gründen der Gerechtigkeit gesellen sich aber — wie gesagt — noch Gründe der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und sie sink die wirksameren.

Ja, wer weitere Verbesserungen unseres Wasserstraßennetzes wünscht, wer auch auf den Sisenbahnen eine möglichst billige Frachtengestaltung für nötig hält, wer endlich es als erstrebenswertes Ziel erkannt hat, Wasser=

straßen und Eisenbahnen enger miteinander zu verknüpfen, den Binnensverkehr zu Wasser und zu Lande als Einheit aufzufassen und zu behandeln, den zwingt die Logik, sich mit der hier befürworteten und — ich darf wohl hinzufügen — zuerst auch von mir ausführlich begründeten Reform zu bestreunden.

Daß eine Scheu vor beträchtlichen Aufwendungen für Wasserstraßen besteht, soweit diese à fonds perdu erfolgen sollen, ist schon als selbstwerständlich hervorgehoben worden. Diese Scheu kann gemildert, ja beseitigt werden, wenn den Ausgaben Einnahmen gegenübergestellt werden, die eine Berzinsung und Amortisation der aufzubringenden Kapitalien ersmöglichen. Eine straffe Durchführung des die Kostendeckung bezweckenden Gebührenprinzips liegt also im Interesse eines weiteren Ausbaues des Wasserstraßennetzes. In diesem Sinne konnte Minister v. Budde in der Kanalkommission (Kommissionsbericht S. 174) mit Recht sagen: wer der Erhebung widerspreche, handele verkehrsseindlich.

Diese Erkenntnis hat mehr und mehr begonnen, auch in Interessentenskreisen aufzudämmern. Sie veranlaßte in Frankreich keinen Geringeren als den Präsidenten Faure, den ehemaligen Vorsitzenden der Handelskammer von Havre und Hauptförderer der französischen Vinnenschiffahrt, energisch für die Wiedereinführung von Vinnenschiffahrtsabgaben einzutreten (vgl. Schusmacher, Die sinanzielle Entwicklung der französischen Wasserstraßen. Archiv für Eisenbahnwesen 1899, S. 421—513; ferner Schumacher, Das Vinnenschiffahrtswesen Frankreichs und seine neueste Entwicklung. Zentralsblatt der Bauverwaltung 1895, Nr. 8 und 1896, Nr. 7).

Auch in unseren Kanalvereinen hat die gleiche Erkenntnis inbezug auf fünstliche Wasserstraßen sich längst bereits durchgerungen. Für die natürslichen Wasserstraßen muß und wird das noch geschehen. Gibt es doch gerade hier noch so große, wichtige Ausgaben, die nur mit sehr erheblichen Mitteln sich lösen lassen; ich weise nur hin auf die weitere ElbesKegulierung, die durch die Wasserstandsmisere des vorigen Jahres und die österreichische Kanalisierung der Strecke von Prag dis Aussig so aktuell geworden ist, und ich brauche Sie hier nicht noch besonders zu erinnern an die vielen großen Aufgaben hier am Rhein: an die Schissbarmachung des Oberrheins, an die Stromverbesserung des Mittelrheins nicht nur auf der Gebirgsstrecke Bingenskoblenz, sondern vielleicht auch im Rheingau und unterhalb Koblenz, an die weitere Schissbarmachung der Rheinnebenslüsse, des Neckar und Main, der Mosel und Saar und Lahn und Lippe, an den weiteren Ausdau des Unterrheins für die Seeschiffsahrt, ja schließlich an die noch nicht zu überssehenden Probleme, die auch hier aus dem Talsperrenbau zu erwachsen scheins.

Aber auch ein anderer Gefichtspunkt - ein Gesichtspunkt nicht rein wirtschaftlicher, sondern wiederum mehr politisch = taktischer Art fpricht heute für eine Ausbehnung und Bereinheitlichung der Abgaben= erhebung. Die Zeiten mandeln fich! Konnte einst die Abgabenfreiheit auf ben beutschen Strömen vor allem eingeführt werben, um bem Partifularismus feine bedenklichsten Schlupfwinkel in unserem Wirtschaftsleben zu rauben, fo erscheint heute im Interesse ber Befämpfung partifulariftischer Bestrebungen gerade die entgegengesette Magregel geboten. Denn solange die Auf= wendungen für die Wasserstraßen nicht von den Interessenten selbst durch Abaaben aufgebracht werden, sind es die Uferstaaten, die die Kosten aufzubringen haben. Und wie früher ein Uferstaat die Schiffahrt an feinem Ufer baburch festzuhalten fuchte, daß er die Weiterfahrt mit hohen Abgaben belegte, so sucht heute ein Uferstaat dadurch dasselbe zu erreichen und die Borteile bes Umschlagsverkehrs fich ju fichern, daß er die Mittel für ben weiteren Ausbau einer Wafferstraße nicht bewilligt, so daß zwar nicht mehr zu hohe Abgaben, doch zu niedriges Fahrwaffer die Beiterfahrt verbieten.

Solche zwar fehr begreifliche und feineswegs gang unbegründete, aber boch dem Gesamtwohl und dem Fortschritt widerstreitende partikularistische Bestrebungen machen sich geltend vor allem an ben Endpunkten ber großen Wasserbauten. Der Uferstaat, an dem ein solcher bisheriger Endpunkt liegt, hat an sich kein Interesse an einer Fortsetzung der Flugverbesserung. Wohl aber haben ein solches Interesse Schiffahrt, Sandel und Industrie und ihr Interesse bedt fich hier mit bem Allgemeininteresse. Schiffahrt, Sandel und Industrie ziehen in ihrer Gefamtheit Vorteil aus jeder tatfächlichen Berbefferung und Erweiterung bes Berkehrs; ihr Gesamtintereffe ragt hinaus über bloge Lofalintereffen. Wo Induftrie, Schiffahrt und Sandel in einem Stromgebiet am ftartiten entwickelt find, liegt baber bei jeder Ausgestaltung des Wafferstraßennetes ein natürlicher Schwerpunkt bes Intereffes. Bei ber Regulierung bes Rheins von Mannheim bis Strafburg liegt er nicht ausschlieflich am Oberrhein, sondern mindeftens in gleichem Mage am Niederrhein, im Ruhrrevier, eine Tatfache, die erkennbar für alle Welt jungft badurch ja auch in die Erscheinung getreten ift, daß Rohlensyndikat und Rohlenkontor zu dem von der Stadt Stragburg übernommenen Beitrag zur Oberrheinregulierung zusammen 700 000 Mf. beigesteuert haben.

So erscheint es — wie in dem bereits erwähnten anonymen Artikel der Deutschen Wirtschaftszeitung mit Recht gefolgert wurde — aus wirtsschaftlichen und politisch-taktischen Gründen geboten, das bisherige Prinzip aufzugeben, das den Ausbau der Wasserstraßen finanziell an den Uferbesitz knüpft, obwohl dessen Länge maßgebend ist weder für die Kosten noch für

ben Nuten dieses Ausbaues; und an die Stelle dieses mehr und mehr verfagenden, altersschwachen Prinzips muß das jugendfrisch auf so vielen Gebieten neu hervortretende Gebührenprinzip gesetzt werden, das den durch feine lokale und politische Rücksichten beengten unmittelbaren Interessenten die Baukosten zuweist. Nur so kann ein bisher so oft schmerzlich vermißter, aus der gefunden Wurzel bes eigenen Interesses erwachsender vorwärts= brängender Wille in das ganze Binnenschiffahrtswesen gebracht werden. Daburch aber wird auch erft eine weitere Ungerechtigkeit, die die Schifffahrtsinteressenten selbst trifft, beseitigt. Solange nämlich jeder Kanal und jede kanalisierte Flußstrede selbständig finanziert wird, muß sie regel= mäßig überlaftet, fo ftart belaftet werben, daß die Schiffahrt auf bem neuen Berkehrsweg nur mühsam sich entwickeln kann. Schiffe auf weiter Fahrt können ihrerseits die nötige Berteilung ber Abgaben, gemiffermaßen nachträalich, auf eine große Strecke vornehmen und baburch die tonnenkilometrische Belaftung mindern. Für den Lokalverkehr ist das nicht möglich; ihn drückt eine ungerecht konzentrierte Abgabenlast nieber.

Werben aber die stärkeren Schultern eines bereits entwickelten Großverkehrs in der vorgeschlagenen Weise mit den Kosten einer Verkehrserweiterung
belastet, dann kann auch der anfangs naturgemäß noch schwache Neuverkehr
frischer sich entsalten, um, je mehr er sich entsaltet, um so mehr auch den Altverkehr wieder zu entlasten oder um so mehr zu neuen Verkehrsverbesserungen
seinerseits wieder beizutragen. Die sinanzielle Tragkraft dieses Gesamtverkehrs wird oft nicht richtig erkannt. Man hat berechnet, daß allein auf
dem Rhein vom Jahre 1902 auf 1903 der Verkehr sich so gehoben hat,
daß schon dieser Mehrverkehr, selbst bei der überaus niedrigen Gebühr von
0,04 Pfg. für das Tonnenkilometer, die kostenlose Auswendung eines Strombaukapitals von reichlich 10 Mill. Mf. ermöglichen würde.

Das ift, allein vom Schiffahrtsinteresse aus gesehen, bie mahre Ge-ftalt bes vielverschrienen "unheilvollen Gespenftes ber Schiffahrtsabgaben".

Doch es gilt den Blick noch höher zu erheben, über den Kreis der Interessen der Gesamtschiffahrt noch hinaus. Will man das zu erstrebende ideale Ziel klar erkennen, so darf man das Auge nicht allein auf die Wasserstraßen richten, sondern muß den gesamten Binnenverkehr umfassen. Für Eisenbahnen und Wasserstraßen zusammen kann dieses ideale Ziel, dem man wenigstens möglichst sich nähern sollte, nur sein: billigste Frachten im gesamten weiten Bereich des Inlandsverkehrs. Was ist das niedrigste Frachtenniveau, das allgemein und auf die Dauer sich erreichen läßt?

Ausgeschlossen ist bas Prinzip bes freien Genußgutes, bas bisher auf ben "natürlichen" Wasserstraßen in Anwendung stand. Dauernd ben ganzen

Binnenverkehr zu Wasser und zu Land auf Kosten der Gesamtheit, durch allgemeine Steuern, den Transportinteressenten frei zur Verfügung zu stellen — das ist ein so phantastischer Gedanke, daß er meines Wissens überhaupt noch nicht zu einer Forderung sich verdichtet hat. Das Gedührenprinzip, das nach voller Deckung der Selbstosten, doch nach keiner Einnahme darüber hinaus, nach keinem Gewinn strebt, bildet die naturgemäß niedrigste Grenze.

Je mehr man dieses Ibeal des möglichen niedrigsten Frachtenniveaus im gesamten Binnenverkehr verwirklicht, um so mehr schwindet jede unsberechtigte Konkurrenz zwischen beiden Berkehrsmitteln. Heute erleidet der Staat einen Berlust, wenn Transporte von der Eisenbahn, die hohe Gewinne bringt, auf die Wasserstraße, die Zuschüsse fordert, übergehen; das ist um so mehr der Fall, wenn dieser Übergang nur teilweise erfolgt, nur eine Berkürzung eines langen Eisenbahntransports bedeutet, denn — im Gegensaß zu einer gedankenlos immer wiederholten irrigen Ansicht — gilt der Sat, daß es die weiten Eisenbahntransporte sind, die vor allem Gewinn schaffen und demnach auch die Konkurrenz einer Wasserstraße am besten ertragen.

Je mehr Barität in der finanziellen Behandlung beider Verkehrsmittel hergestellt wird, um so seltener werden irrationelle Berkehrsteilungen, die nicht nur feine Minderung, fondern fogar eine Steigerung ber tatfachlichen Transportkosten bedeuten, um so mehr verliert auch der Staat ein Interesse an bem Warenübergang von einem Berkehrsmittel zum anderen. Es bezeichnet keine hervorragende Klarheit im Denken, wenn immer wieder behauptet wird, man wolle durch folche finanzielle Gleichstellung ober auch nur Annäherung beider Transportmittel die natürliche Grundlage unseres Berfehrsmefens verschieben, "im Interesse einer ,ausgleichenden Gerechtigkeit' die von ber Natur gewollte Ordnung ber Dinge verschieben" (Beumer). Gegenteil ift ber Fall! Die Beseitigung ber fünstlich en Verschiedenheit läßt erft die natürliche Berschiedenheit voll zur Geltung fommen! Erft dann kann die Natur als "Korrektor der Berkehrspolitik der Gisenbahnen" wirklich segensreich wirken! Erst bann können die natürlichen "Wasserabern zu einem Strome immer größerer Fruchtbarkeit und immer machsenden Bolksreichtums umgewandelt" werden (Beumer).

Auf solcher nicht mehr willfürlich gestörten natürlichen Grundlage läßt bann auch eine weitere große und schwierige Aufgabe ber Lösung sich entgegenführen, die Aufgabe, beibe Berkehrsmittel organisch zu einer Einheit miteinander zu verknüpfen, das System der Umschlagseinrichtungen, durch das wir heute schon vor allen anderen großen Lölkern uns auszeichnen, zur Bollendung auszugestalten. Dabei kann es vom Standpunkt der Lolks-

wirtschaft — wie die Interessenten so oft übersehen — nicht darauf anstommen, eine bloße mechanische Verknüpfung der beiderseitigen Tarise vorzunehmen, die einzelnen Unternehmern Zufallsgewinne vielleicht ermöglicht; die Aufgabe muß vielmehr sein, den Lands und Wasserverkehr so miteinander zu verbinden, daß die Selbstosten des Transports aufs niedrigste Maß verringert werden. Je mehr das Gebührenprinzip dann durchgeführt wird, um so mehr werden die Selbstosten auch mit den Frachtsäten sich becken.

Das ist das Joeal, das mir im deutschen Verkehrswesen vorschwebt. Es gehört zum Wesen des Ideals, daß es nicht so leicht sich verwirklichen läßt. Seiner Verwirklichung stehen entgegen vor allem sinanzielle Bestrebungen: das private Gewinnstreben auf den Wasserstraßen und auf den Sisendahnen der sogenannte Fiskalismus, der vielverpönte, der doch unsvermeidlich ist, solange die Sisendahneinnahmen nicht durch andere Sinznahmen dem Staate ersetzt sind. Aber trotz dieser Widerstände drängen unaushörlich und ersolgreich zur schrittweisen Annäherung an das Ideal die stizzierten internationalen Wettbewerdsverhältnisse. Und deshalb ist ein klares ideales Ziel notwendig; besteht doch die praktische Bedeutung eines jeden Ideals darin, dem Streben einen großen Zug und eine seste, deutliche Richtung zu geben. Das auch endlich im Vinnenverkehrswesen Deutschlands anzubahnen, ist der eigentliche Zweck dieser auf den ersten Blick so kleinlich erscheinenden Erörterung der Binnenschäftsabgaben!

(Lebhafter Beifall.)

Der Bortragende faßte seine Ausführungen, um für die Diskussion eine bessere Grundlage zu schaffen, zusammen in folgenden

# Thesen.

- 1. Die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründe, die in den Jahren 1848—1871 zur Beseitigung aller Flußabgaben in Deutschland geführt haben, haben heute ihre Kraft im wesentlichen eingebüßt.
- 2. Aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen ist es geboten, das binnenländische Berkehrswesen möglichst als Sinheit aufzusaffen und auszugestalten mit dem idealen Ziele, die Transportkoften allgemein auf der Grundlage der bloßen Kostendeckung festzuseben.
- 3. Gründe der Gerechtigkeit sprechen dasur, die vom wirtschaftlichen Standpunkt aus willkürliche und schädliche Scheidung zwischen natürlichen und künstlichen Bafferstraßen, regulierten und kanalisierten Flüssen zu beseitigen.
- 4. Die Abgaben sollen die Kosten der Unterhaltung und Verwaltung beden, sowie die Kapitalauswendungen für die Wasserstraßen, soweit sie für Schiffahrtszwecke gemacht und nicht bereits als amortisiert anzusehen sind, verzinsen und tilgen.

- 5. Die Abgaben sind für diejenigen Wasserkraßen, die zu einem zusammenhängenden Netze miteinander verknüpft sind, einheitlich zu bemessen und — unter Freilassung kleinster Fahrzeuge — nach dem Wert der beförderten Waren etwa in drei Klassen abzustusen.
- 6. Solche nach dem Prinzip bloßer Koftenbeckung bemessen Können nicht die Schifsahrt gegenüber den Eisenbahnen wesentlich beeinträchtigen, wenn eine natürliche Überlegenheit der Wasserstraßen wirklich vorhanden ist.
- 7. Wegen der Widersprüche und Zweifel, die sie hervorgerusen haben, bedürfen die geltenden gesetlichen Bestimmungen über Binnenschiffahrtsabgaben einer Revision.

Vorsitzender Staatsminister Freiherr von Berlepsch: Ich spreche dem Herrn Resernen ben Dank der Versammlung für seinen Vortrag aus. Ich bin überzeugt, daß der Beifall, den Sie ihm spenden, ihm zum deutlichen Bewußtsein bringen wird, daß selbst bei den Gegnern seiner wirtschaftlichen Auffassung der logische Aufbau seines Vortrages weitgehende Anerkennung gefunden hat.

[Es folgen geschäftliche Mitteilungen über die vorzunehmenden Wahlen in den Ausschuß.]

Ich gebe nunmehr das Wort zum zweiten Referat Herrn Professor Dr. Wirminghaus.

### II.

# Referat

non

## Professor Dr. A. Wirminghaus, Köln.

Meine Herren! Nachdem der erste Herr Referent die Frage der finanziellen Behandlung der Binnenwasserstraßen im Hindlick auf deren Wettbewerb mit den Eisenbahnen vom geschichtlichen und grundsätlichen Standpunkte ersörtert hat, liegt es mir ob, diese Ausführungen durch eine kurze Besprechung der Frage vom Standpunkte der rheinischen Verhältnisse zu ergänzen. Ich werde dabei, wie der Herrent, die Abgabenfrage, d. h. also hier die Frage der Wiedereinführung von Rheinschiffahrtsabgaben, in den Vordersgrund stellen und die Beziehungen der Rheinschiffahrt zu den Eisenbahnen an geeigneter Stelle mit berücksichtigen.

Auf die vielfach erörterte rechtliche Seite unseres Gegenstandes will ich hier nicht näher eingehen. Ich trete in dieser Hinsicht der Auffassung des Herrn Reserenten bei, wonach es zum Zwecke der Erhebung von Schiffahrts-abgaben auf den regulierten Flüssen einer Abänderung der einschlägigen Bestimmung der Reichsverfassung bedarf. Überdies ist ja die Abgabensteiheit des Rheines noch durch die Rheinschiffahrtsafte gesichert.

Es fragt sich nun, ob die heutigen Berhältnisse eine Anderung des rechtlichen Zustandes, die Einführung von Abgaben auf den regulierten Flüssen, und so auch auf dem Rheine, wünschenswert oder gar notwendig erscheinen lassen.

Bei Beantwortung dieser Frage geht man zweckmäßig davon aus, zu prüfen, ob die Gründe, welche seiner Zeit für die Einführung der Abgabensteiheit in erster Linie maßgebend waren, noch heute bestehen. Auch in diesem Punkte begegnet sich meine Auffassung mit der des Herrn Referenten, welcher die Frage verneinte.

Die alten Rheinzölle waren ihrer Art nach überaus läftig und drückend, teils — als Eingangs= und Transitgebühren — rein siskalischer Natur, teils — als eigentliche Verkehrsabgaben — ungerecht verteilt, ohne Rück= sicht auf die Leistungsfähigkeit.

Ferner brohte der im Rheingebiet sich besonders lebhaft entwickelnde

Brivatbahnbau die Schiffahrt gänzlich zum Erliegen zu bringen. Davon ist heute keine Rebe mehr, nachdem sich der Rheinschiffahrtsverkehr, dank auch der maßvollen Politik der Staatsbahnen, nicht verringert, sondern gegen damals verzehnsacht hat. Dies heißt nun — wie ich kritischen Sinwänden gegenüber gleich hier bemerken möchte — noch lange nicht, daß heute eine positive Stärkung der Staatsbahnen durch Wiedereinsührung der Abgaben angezeigt erscheine, sondern die prinzipielle Frage ist die, ob die Schiffahrt, insbesondere die Rheinschiffahrt, auch heute noch die Abgabenspreiheit, d. h. die Vergünstigung der unentgeltlichen Unterhaltung und Verbesserung der Fahrstraße durch den Staat genießen soll.

Endlich ift noch darauf hinzuweisen, daß nach damaliger freihändlerischer Anschauung die Schiffahrtsabgabe als Verkehrshemmnis mit der Forderung der wirtschaftlichen Freiheit im Widerspruch stand. Diese Auffassung wird man einer nach verständigen sinanztechnischen Gesichtspunkten ausgestalteten Berkehrsgebühr gegenüber nicht mehr aufrecht erhalten können. Um wenigsten haben m. E. diejenigen Ursache, mit dem Grundsatze der Verkehrsfreiheit zu operieren, welche in handelspolitischer Beziehung den Schutzoll vertreten, der nicht nur den Verbrauch im Inlande belastet, sondern auch dem einsheimischen Verkehr mancherlei lästige Verpflichtungen auserlegt, wie jeder Kaufmann weiß, der an der Einfuhr fremder Waren beteiligt ist.

Sprachen ehebem besondere wichtige Gründe, namentlich auch noch die vom Herrn Referenten hervorgehobenen nationalen Erwägungen für die Besteitigung der alten Rheinzölle, so sind diese Gründe zurzeit nicht mehr als maßgebend anzuerkennen, und es fragt sich, ob nicht gegenwärtig aus schwerzwiegenden neueren Erwägungen heraus eine andere sinanzielle Behandlung der Wasserstraßen notwendig erscheint.

Wenn man einft radikal vorging und die Stromabgaben fallen ließ, so mochte dies ganz unbedenklich sein zu einer Zeit, wo man mit dem plansmäßigen Ausdau des deutschen Wasserstraßennetzes, wie er gegenwärtig betrieben wird, nicht rechnete. Heute, wo wir der Tatsache gegenüberstehen, daß die Wasserstraßen der natürlichen Flüsse durch umfangreiche Kanalbauten zu einem ausgedehnten Wasserstraßensystem ergänzt werden sollen, ist es m. E. erforderlich, sich über die sinanzielle Behandlung der natürlichen und künstlichen Wasserstraßen von neuem klar zu werden, und sich zu fragen, ob denn der jetzige Zustand dauernd festzuhalten, ja gewissermaßen zu versewigen ist, wonach die natürlichen Flüsse in der Hauptsache frei, hingegen die Kanäle und kanalisierten Flüsse fast durchweg mit Abgaben belastet sind.

Bei dieser Frage der künftigen finanziellen Behandlung der Binnenwasserstraßen gehe ich, wie auch der Herr Referent, von der Boraussetzung aus, daß es sich um Abgaben handelt, deren Ertrag ein Entgelt darstellt für die im Interesse der Schiffahrt aufgewendeten Kosten zur Unterhaltung und Berbesserung der Fahrstraße, d. h. also einschließlich der Berzinfung und Tilgung des Anlagekapitals. In diesem Sinne bedeuten die Abgaben auch für den Rhein keineswegs, wie man wohl gemeint hat, eine ungerechtsertigte Belastung eines von der Natur dargebotenen freien Gutes, da ja doch die Abgaben ausdrücklich auf die besonderen Auswendungen im Interesse der Schiffahrt beschränkt bleiben sollen, deren Huswendungen in etwa rechnungsmäßig sestzustellen ist. Ob und inwieweit hierbei die in der Bersgangenheit während der Zeit der Abgabenfreiheit gemachten Auswendungen mit berücksichtigt werden sollen, will ich hier unentschieden lassen. Wenn auch nicht rechtliche Gründe, so sprechen doch wohl solche der Billigkeit gegen die Einbeziehung der bisherigen Kosten, da diese ohne Vorbehalt aus den allgemeinen Staatseinnahmen gedeckt worden sind.

Weiterhin setze ich — allerdings entgegen der allgemeinen Forderung bes Herrn Referenten — voraus, daß die Erträge der Schiffahrtsabgaben dem betreffenden Flusse allein zugute kommen sollen, und nicht etwa für sämtliche Wasserstraßen oder doch für ein zusammenhängendes Netz von Wasserstraßen eine gemeinsame Finanzierung eintritt. Ich glaube diese Voraussetzung machen zu dürfen, einmal weil sie meines Wissens den discher laut gewordenen Ubsichten der preußischen Regierung entspricht, sodann weil auch der einschlägige § 19 des neuen preußischen Wasserstraßengesetzes dem nicht entgegen ist, und weil endlich auch die sinanzielle Behandlung der neu zu erbauenden preußischen Kanalstrecken nach diesem Grundsat erfolgen soll.

Unter diesen Boraussetzungen würden die Rheinabgaben, selbst wenn man auf frühere Jahrzehnte zurückgriffe, bei dem gewaltigen Berkehr dieses Flusses so niedrig sein, daß sie nur einen mäßigen Bruchteil der Frachten ausmachen, wie der Herrn Referent vorhin näher dargelegt hat. So erscheint die Sachlage für den Rhein von dem lediglich sinanziellen Gesichtspunkte der Kostendeckung aus. Und nur diesen kann ich als diekutabel anerkennen.

Ich erkläre mich von vornherein gegen die darüber hinausgehenden Bestrebungen, wonach auf Grund abseits liegender Erwägungen die Abgaben ausdrücklich zu einer Transportverteuerung verwertet werden sollen.

Dies gilt zunächst von den Bestrebungen derjenigen Kreise, welche die Abgaben für gewisse Handels-, insbesondere agrarpolitische Zwecke, als Ergänzung zur Schutzollpolitik, ausnutzen möchten, namentlich in der Absicht, die Einsuhr überseeischer Produkte zu erschweren. Abgesehen davon, daß die nähere Aussührung dieses Planes mit den allgemeinen handelsvertragelichen Grundsäten der Gleichstellung von In- und Ausland im inneren

Schriften CXVI. - Berhanblungen 1905.

Verkehr in Widerspruch geraten durfte, mußten die Abgaben — selbst für die Kanäle —, wenn sie überhaupt einen wesentlichen Faktor neben den Rollfäten bilben follen, fo beträchtlich in die Bohe geschraubt werben, daß fie ihren finanzpolitischen Charakter gänzlich einbußen würden, ohne daß barum die von agrarischer Seite beklagten niedrigen und schwankenden Fracht= fate aus ber Welt gefchafft murben. Gine Befolgung Diefer Ibeen mußte beshalb naturgemäß auf eine Berftaatlichung bes Schiffahrtsbetriebes binbrangen. Einer folchen, das gesamte Berkehrswefen der Gemalt bes Staates ausliefernden Magregel vermag ich nicht zuzustimmen. Sie wurde gerade bas beseitigen, mas zurzeit ben verfehrspolitischen Wert ber freien Schiffahrt ausmacht: ben Druck auf bie Gifenbahnfrachten im Interesse ihrer munschenswerten allmählichen weiteren Berabsetzung und die Sicherung gegen volkswirtschaftlich ungefunde Verkehrsbelastungen und eerschwerungen, herbeigeführt durch einseitige Ausnutzung der unumschränkten Tarifhoheit des Staates. Kurz, eine berartige Sozialisierung ber Verkehrsmittel ist in der heutigen Zeit der allmächtigen Sonderintereffen gewiß nicht am Blate.

Nicht minder bedenklich als die handelspolitische Verwertung der Absgabenfrage erscheint mir der Gedanke einzelner namhafter Sisenbahnpolitiker, die Belastung der Ströme zu fordern im Interesse der Stärkung des Verskehrs der Sisenbahnen gegenüber der Schiffahrt. Hiergegen spricht zunächst die Erwägung, daß die Abgaben damit ihrem eigentlichen Zweck entfremdet würden, daß sie übertrieben hoch sein müßten, ohne daß das Moment der billigen Wasserfracht damit ausgeschieden würde, und deshalb schließlich auch hier, wie bei den handelspolitischen Ideen, die Tendenz auf eine Verstaatslichung des Schiffahrtsbetriebes hinauslausen müßte. Weiterhin scheint mir auch das disherige Verhältnis der Wasserstraßen zu den Sisenbahnen jenes Bestreben der Sisenbahnpolitiser nicht zu rechtsertigen.

Auf diesen letzteren Bunkt muß ich mit Beziehung auf den Rhein noch etwas näher eingehen. Auch für den Rhein ist gewiß zuzugeben, daß die Schiffahrt infolge der Billigkeit ihrer Frachten der Sisenbahn vielsach ersheblich überlegen ist. Anderseits hat aber doch gerade dieser Umstand des billigen Transports namentlich der Massengüter zweisellos einen wesentlichen Anteil an der Hebung der gewerblichen Tätigkeit im Rheingebiete gehabt, die ihrerseits wiederum den Eisenbahnen zugute gekommen ist. Daß sich bei diesem Berhältnis auch die Sisenbahnen gut stehen, beweisen die teilweise saft dis zur Grenze der Leistungsfähigkeit der Bahnen heranreichenden, steigenden Transportmengen. Der Gedanke, daß namentlich der Massengut= verkehr den Sisenbahnen durch die Schiffahrt teilweise entrissen sei, läßt sich doch nur dann vertreten, wenn man die Sisenbahnen und ihre Nentabilität

ganz für sich betrachtet, die Eisenbahnen gewissermaßen als Selbstzweck ansfieht, mährend ihre Funktionen doch nur vom Standpunkte der Allgemeinsheit richtig gewürdigt werden können.

Daß jener Vorwurf gegenüber der Rheinschiffahrt wenig am Plate ist, wird auch badurch in etwa befräftigt, daß die Rheinschiffahrtsinteressenten umgekehrt ihrerseits dis in die jüngste Zeit hinein namentlich der preußischen Staatsbahnverwaltung vorgeworfen haben, daß sie durch ihre Tarismaßregeln die Schiffahrt zu bekämpfen, einzuengen suche. Auch diese Auffassung erscheint mir underechtigt. Die Rheinschiffahrt hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte einer stetigen, sehr starken Verkehrszunahme zu erfreuen gehabt, die den Beweis dafür liefert, daß jener Vorwurf zum mindesten überstrieben ist.

Wenn ich bas Berhältnis ber Gifenbahnen zur Rheinschiffahrt mit wenigen Worten charakterisieren foll, so liegt m. E. die Sache folgendermaßen. In der ersten Zeit der preußischen Brivatbahnen, als die por= handenen Linien in der Sauptfache zum Rhein hinführten, dienten diese als birefte Zubringer und Förderer ber Schiffahrt, wohingegen die später im Rheintale erbauten Parallellinien allerdings der Schiffahrt erheblich Abbruch taten und teilweife absichtlich Abbruch tun wollten. Demgegenüber gingen die füddeutschen Bahnen und namentlich die badische Staatsbahn ein engeres Berhältnis jur Rheinschiffahrt ein, wozu diese freilich, als am Endpunkte ber Schiffahrt liegend, auch besonderen Unlag hatte. Die preußischen Staatsbahnen haben, mas durch die wiederholten Erklärungen der verantwortlichen Leiter ber preußischen Eisenbahnvermaltung erhärtet wird, nach Erstarkung ber Rheinschiffahrt infolge ihrer verbefferten technischen und wirtschaftlichen Organisation, einen Rampf gegen die billigen Bafferstraßenfrachten nicht geführt, allerdings ihrerseits niedrige Tarife, namentlich Ausnahmetarife eingeführt, welche ber Schiffahrt teilweise ungunftig waren. Ich erinnere in diefer Beziehung an die Rohftofftarife, an die sogenannten Seehafen-Ausnahmetarife. Alle diese Ausnahmetarife verfolgen jedoch wichtige volkswirtschaftliche Zwede, fie find weiten Intereffentenkreisen zugute gekommen, wenn auch, wie gefagt, nicht zu leugnen ift, daß fie eine gewisse Beeinträchtigung ber Schiffahrt, eine gemiffe Ginengung bes Sandelsbereichs ber rheinischen Städte im Gefolge hatten. Derartige Verschiebungen werden aber immer leicht durch Gifenbahntarif- Serabsetzungen eintreten, Die doch an und für sich durchaus im allgemeinen Interesse liegen. Ich bin ber Meinung, daß die Schiffahrttreibenden, statt zu klagen, sich bafür bedanken follten, daß die Eisenbahnverwaltung es unterlassen hat, die Macht ihrer Tarif= hoheit gegen die Schiffahrt auszunuten. Rurg, ich glaube, man wird ber Sisenbahn in ihrem Berhalten gegenüber der Rheinschiffahrt nicht das Zeugnis auszustellen haben: Betragen unbefriedigend, sondern: Betragen gut. Ich will nicht sagen: sehr gut, denn mancherlei Einzelbeschwerden und Wünschen möchte ich die Berechtigung keineswegs absprechen. Hierher gehört die eisenbahnseitig beliebte grundsätliche Ablehnung solcher Tarifermäßigungen, welche die Sisenbahn als Zubringer der Schiffahrt erscheinen lassen, Ersmäßigungen, die aber vielfach beiden Teilen Vorteile bringen würden. Auch ist zweisellos in einzelnen Beziehungen die Bildung von Ausnahmetarisen in einer Weise erfolgt, die, ohne durch deren eigentlichen Zweck unbedingt geboten zu sein, gewisse berechtigte Interessen verletzt hat. Aber alles dies gibt m. E. keinen Grund, die Haltung der Eisenbahn gegenüber der Rheinsschiffahrt als eine gegensätliche, ja feindliche hinzustellen.

Gegenüber den vorhin kurz charakterisierten Strömungen, welche auf eine handelspolitische und eisenbahnsiskalische Ausbeutung der Abgaben hinaus- laufen, habe ich bereits betont, wie m. E. die Abgaben allein betrachtet werden dürfen: als Entgelt für die Deckung der im Interesse der Schifffahrt auf dem betreffenden Strome aufgewandten Verbesserungs- und Verwaltungskoften.

Sehr beachtenswerte Gründe, welche von diesem finanzpolitischen Standspunkte aus zur Forderung von Abgaben auf den regulierten Flüssen führen, sind von dem Herrn Referenten ausführlich dargelegt worden.

Der Ausgangspunkt seiner Beweisführung ist hierbei der, daß hinsichtlich ihrer finanziellen Behandlung zwischen den natürlichen und künstlichen Wasserstraßen kein grundsätlicher Unterschied gemacht werden kann. Und dieser Auffassung muß ich allerdings beitreten. Es ist vom grundsätlichen Standpunkte nicht einzusehen, warum sich der Staat die Auswendungen für die Kanäle und kanalisierten Flüsse ersetzen lassen soll, nicht aber die Leistungen im Interesse der Schiffahrt auf den natürlichen regulierten Flüssen. Erkennt man die Abgabenerhebung im ersteren Falle als grundsätlich derechtigt und notwendig an, so ist es m. E. allerdings nur logisch und konsequent, sie auch für die Ströme zu sordern. Und so läßt sich auch umgekehrt die Abgabenfreiheit für den Rhein, um von diesem wieder allein zu sprechen, nur beanspruchen, wenn man grundsätlich für die Abgabenfreiheit auf allen Binnenwasserstraßen eintritt.

Betrachte ich bemgegenüber die Einwendungen, welche bisher aus den Kreisen der Rheinschiffahrtsinteressenten gegen die Wiedereinführung der Ubgaben geltend gemacht worden sind, so erscheinen sie mir gewiß nicht beslanglos, aber als durchschlagend vermag ich sie nicht anzuerkennen. Ich will die wesentlichen Bedenken nur kurz hier hervorheben; sie werden ja in der Debatte noch ausgiedig zur Geltung kommen.

Da heißt es, daß die Meinschiffahrt die Abgaben nicht tragen könne. Sie würden eine wichtige Vorbedingung des blühenden Kulturzustandes der Rheinlande zerstören. Dies ist aber m. E. eine ungeheuere Übertreibung. Jene erfreuliche wirtschaftliche Blüte ist doch in der Hauptsache eine Folge der günstigen natürlichen Bedingungen für die Entwicklung der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft, an der auch die Schiffahrt, wie der Verkehr überhaupt, reichlichen Unteil genommen haben, eine Folge des regen Unternehmungsgeistes, der deutschen nationalen Einheit, der modernen Handelspolitif und mancher anderer Umstände. Eine Schädigung des Kulturzustandes wäre nur dann zu befürchten, wenn die Ubgaben eine drückende Verkehrsbelastung darstellten, was, wie früher schon angedeutet, nicht der Fall sein würde. Wenn irgend eine deutsche Schiffahrtsstraße die Abgaben als Entgelt für die in ihrem Interesse gemachten Auswendungen tragen kann, so ist es der Rhein mit seinem hochentwickelten Verkehr.

Allerdings würden ja die Abgaben als Teil der Unkoften der Schiffffahrt die Frachten verteuern, den Aktionsradius der Schiffahrt daher in gewissem Maße einschränken. Nicht nur hierdurch, sondern auch vor der Überwälzung der Abgaben auf die Frachten in der ersten Übergangszeit würden die Abgaben für die Schiffahrttreibenden nachteilig sein. Diese Nachteile würden aber um so leichter ausgeglichen werden können, je mehr die Schiffahrtskreise ihre jezigen Organisationsbestrebungen nach der Richtung fortsetzen, daß sie den bisherigen Vergrößerungen des Schiffsmaterials entzgegentreten, eine rationellere Ausnuhung des vorhandenen Materials anstreben und eine Festigung und Besserung auf dem Frachtenmarkte herbeisführen. Schließlich wird aber auch der großenteils von der Schiffahrt ganzunabhängige weitere Fortschritt von Handel und Wandel denjenigen Verlust an Frachtmengen ersetzen, welcher durch die zu erwartende, allerdings unserhebliche Versehrsverteuerung auf der Wasserstraße zugunsten der Eisenbahn herbeigeführt wird.

Beiterhin wird als Grund für die Beibehaltung der Abgabenfreiheit darauf hingewiesen, daß namentlich die Städte im Interesse der Schiffahrt umfangsreiche, kostspielige Hafenanlagen gebaut haben, deren Ausnutzung unter der Einführung der Abgaben leiden würde. Daß ein dauernder, empfindlicher Berkehrsrückgang eintreten müßte, ift, wie gesagt, unwahrscheinlich. Es ist deshalb auch der mehrfach hervorgetretene Gedanke einer finanziellen Schadlosshaltung der betreffenden Gemeinden von Staatswegen nicht annehmbar, um so weniger, als bekanntlich zahlreiche, verschiedenartige Momente die Berskentwicklung der Häfen beeinflussen, weshalb es auch kaum möglich sein durfte, die Schädigung durch die Abgaben rechnerisch einigermaßen zutreffend

festzustellen. Überdies würde eine folche Entschädigung ganz ungewöhnlich sein, wenigstens habe ich bisher nichts davon gehört, daß etwa Mannheim wegen der Benachteiligung seines Hafenverkehrs durch die Oberrheinregulierung eine finanzielle Schadloshaltung beansprucht.

Schließlich will ich noch erwähnen, daß man von den Abgaben eine unerträgliche Verkehrsbelästigung befürchtet, unter Hinweis auf die alten Rheinzölle. Ich din jedoch der Ansicht, daß die Erhebungstechnik sehr leicht so gestaltet werden kann, daß die Belästigung, wie ja auch bei den Einsgangszöllen, auf ein durchaus erträgliches Maß herabgemildert werden wird.

Nach allem kann ich die bisherigen Einwendungen nicht für durchschlagend anerkennen. Gewiß, die Abgaben bringen ber Schiffahrt gewisse Nachteile. Aber biefe mußten eben mit in ben Kauf genommen werben, wenn die Rheinabgaben aus allgemeinen finanzvolitischen Gründen gefordert werden muffen, wenn die Abgabenfreiheit fich barftellt als ein unberechtigtes Privilegium auf Koften ber Allgemeinheit. Es fragt sich also, ob tatfach= lich von biesem allaemeinen Standpunkte bes Staatsinteresses die Abaaben notwendig find. Dies ift allein für mich bas Entscheibenbe. Dies allein auch der Gesichtspunkt, von dem hier an dieser Stelle die Frage beurteilt werden follte, nicht aber von bem Standpunkte einer einzelnen Intereffengruppe aus. Wie überhaupt mit Rücksicht auf das Wohl der Allgemeinheit und bes Staates einzelnen Rlaffen Opfer zugemutet werben burfen, so ift auch die Frage der Wiedereinführung von Rheinschiffahrtsabgaben damit noch nicht in ablehnendem Sinne entschieden, daß gemisse Beeinträchtigungen ber Sonderintereffen der Rheinschiffahrt nachweisbar find, Beeinträchtigungen. die überdies keineswegs schwerwiegende und dauernde sein murben.

Meines Erachtens läßt sich die Abgabenfreiheit des Rheines nur vertreten, wenn man grundsätlich für die Abgabenfreiheit aller Wasserstraßen eintritt; nicht freilich in dem Sinne, daß sie schon in der nächsten Zeit verwirklicht werden könnte, wohl aber, indem man sie auffaßt als Endziel einer längeren Entwicklung. Es würde hierbei zweifellos mit einer Übergangsperiode gerechnet werden müssen, während deren die besonderen Anstalten, wie Schleusen und Hebewerke, die Fahrstraße für Seeschiffe an den Flußmündungen noch lange Zeit abgabenpflichtig bleiben. Und es liegt mir ferne, etwa die Zweckmäßigkeit der Erhebung von Abgaben für die jetzt neu zu erbauenden Kanäle von der Hand zu weisen. Eine vorsichtige, alls mähliche Verwirklichung des Grundsaßes der Abgabenfreiheit führt auch nicht notwendig dahin, daß auf den weiteren Bau fünstlicher Wasserstraßen für alle Zeiten verzichtet werden müßte, wie ich entgegen den bezüglichen Ausssührungen des Herrn Referenten bemerken möchte, da die Abgaben-

erhebung für neue Anlagen als vorübergehende Maßregel immerhin berechtigt bleiben mag.

Wenn aber jenes Endziel richtig und erstrebenswert ift, aber auch nur in diefem Falle, murbe die Wiedereinführung von Abgaben auf den Fluffen und speziell auf dem Rheine als eine rudschrittliche Magregel nicht zu billigen fein, weil dann eben jener endgültige Buftand in unabsehbare Ferne gerückt, hingegen die gerade entgegengesette Richtung ber allgemeinen Ginführung bes Rostenbedungsprinzips für alle Wasserstraßen bauernd sanktioniert murbe. Diese lettere Forderung ift ja vom Berrn Referenten mit michtigen Gründen nach groß angelegten Gesichtspunkten vertreten worden. Ich will nun keines= wegs von vornherein behaupten, daß es mir gelingen wird, seine Erwägungen als bedeutungslos erscheinen zu laffen gegenüber dem vorhin aufgestellten entgegengesetten Grundsate ber allgemeinen Abgabenfreiheit als Endziel. Bebenfalls aber ift bies für mich flar, bag bie Ermägungen und Ent= schließungen inbetreff ber finanziellen Behandlung aller beutschen Binnenmafferstraßen maggebend fein muffen auch für die Berhältniffe des Rheines, und daß deshalb besonders auch auf dem Boden diefer finanzpolitischen Erörterungen die heutige Debatte sich bewegen follte; um fo beffer bann auch für den Rhein, wenn sich die Wage zugunften der Freiheit neigt.

Die Frage geht also bahin: ob der grundsätlichen Forderung der Abgabenfreiheit für alle Arten von Wasserstraßen zuzustimmen ist. Ist es berechtigt, daß die Allgemeinheit im Interesse der Verkehrsverbilligung die dahinzielenden Opfer bringt? Hierfür läßt sich zunächst geltend machen, daß eine Verbilligung und Erleichterung des Verkehrs in hohem Maße produktionsfördernd wirkt, daß sie einen milbernden und ausgleichenden Einfluß auf die wirtschaftlichen Gegensätze innerhalb des Landes ausübt, daß die steuerlich leistungsfähigeren Gebiete zugunsten der der Verkehrsentwicklung besonders bedürftigen mit herangezogen werden.

Freilich lassen sich diese Erwägungen mehr ober weniger zugunsten aller Arten von Straßen anführen. Wie steht es damit? Bei den Landsstraßen ist das Prinzip der Gebührenfreiheit bereits anerkannt. Allerdings heißt es, daß sie der Allgemeinheit zugute kommen, die Wasserstraßen das gegen nur einem Teile der Bevölkerung. Dieser Gegensat ist indessen kein absoluter. Dort ist der Begriff der Allgemeinheit im wesentlichen auf die ländliche Bevölkerung zu beschränken; hier erweitert sich der Einfluß mit dem Ausdau des Wasserstraßennehes und der Ausdehnung seines Wirkungsbereiches. Die Freiheit der Wasserstraßen ist an sich kein Novum, wie namentlich das Beispiel der französsischen Staatskanäle beweist. Der dort für die Beseitiaung der Abgaben mit maßgebend gewesene Gesichtspunkt.

einen Druck auf die Eisenbahnfrachten auszuüben, ist auch für unsere Berbältnisse praktisch doch nicht ganz belanglos. Und auch in bezug auf die Eisenbahnen läßt sich der Zukunftsgedanke einer unentgeltlichen Gestellung der Fahrbahn sehr wohl verwerten. Der Herr Referent will das gesamte Transportwesen als Einheit aufgefaßt sehen, mit dem idealen Ziele einer Bemessung der Transportkosten auf der Grundlage der bloßen Kostensbeckung auch für die Eisenbahnen. Dies letztere scheint mir insofern zu weit zu gehen, als auch die Eisenbahnverwaltung in ihrer Eigenschaft als Transportsührer nach Gewinn streben darf, wie der Frachtsuhrmann und der Schiffsreeder. Ich würde es daher für richtiger halten, den durch die Tarisfermäßigungen herbeigeführten Mindergewinn auf die Fahrbahn allein in Unrechnung zu bringen. Dies ist zunächst gedeutung innewohnt.

Abgesehen von diesen allgemeinen Erwägungen zugunsten der Ab= aabenfreiheit tommt fpeziell für die Wasserstraßen noch folgendes in Betracht. Der Grundsatz ber Kostenbedung bei ben Wasserstraßen hat ben großen Mangel, baß er fich praktisch niemals allgemein verwirklichen läßt. Bahlreiche Kanäle bringen die zur Kostenbeckung erforberlichen Gebühren nicht auf, weil kein genügender Berkehr vorhanden ift. In folden Fällen fann ja nun manches geschehen burch zwedmäßigere Abstufung ber Gebühren, vollkommenere Organisation bes Schiffahrtsbetriebes und bergleichen. alles führt jedoch schließlich auch nicht zum Ziele, wenn bei rückständigen wirtschaftlichen Verhältnissen fein hinreichender Verkehr vorliegt. aber nicht fehr bedenklich, ein Prinzip, wie das der vollen Kostendeckung durch Gebühren für die Wafferstraßen zum herrschenden machen zu wollen. wenn es fich tatfächlich nicht vollständig durchführen läßt? Wäre es da nicht — im Interesse gerade ber schwach entwickelten Wirtschaftsgebiete viel richtiger, die Gebühren gang fallen zu lassen und die Kosten der Unterhaltung ber Wafferstraßen statt beffen ben allgemeinen Staatsmitteln zu entnehmen? — ein Schritt, bessen Verwirklichung freilich wesentlich von ber allgemeinen Finanzlage bes Staates abhängen wirb.

Unbegreiflicherweise haben auch die meisten Gegner der Abgaben auf den Flüssen gegen die Kanalgebühren grundsätlich nichts einzuwenden. Haben aber nicht gerade diese den Nachteil, daß sie den ohnehin vielsach sehr mäßigen Berkehr an der empfindlichsten Stelle treffen, ihn mit einer relativ hohen Abgabe belasten, während bei billigeren Transportkosten eine verkehrs- und gewerbefördernde Wirkung und demzufolge ein lebhafterer Aufschwung in Handel und Wandel zu erwarten wäre? Sind doch auch die Kreise, die Provinzen so start an der Verkehrshebung interessiert, daß

ihnen mit Recht eine finanzielle Mitwirkung bei bem Wasserstraßenbau zugemutet werden darf. So wird auch heute kaum noch eine Nebenbahn gebaut, ohne daß die Kreise und Gemeinden sowie die in der Nähe liegenden Fabriken und dergleichen wenigstens zu den Grunderwerbskosten beitragen müssen. Und wie wäre es bei neuen Kanälen mit der Ausenutzung des Wertzuwachses der Ländereien auf dem Wege der Besteuerung im Sinne der bodenresormerischen Ideen? (Zustimmung.)

Alle diese Fragen sind meines Erachtens noch nicht genügend zum Gegenstande grundsätlicher Erörterung gemacht worden und geklärt. Einzig und allein mit den Abgaben glaubt man für alle Zukunft die Finanzierungsfrage für die Wasserstraßen gelöst zu haben. Trot ihrer Mängel macht man diese Art der Kostendeckung zu dem allein herrschenden Prinzip.

Rene Bedenken und Schwierigkeiten, welche der allgemeinen Anwendung des Koftendeckungsprinzipes vermittelft der Abgaben im Wege stehen — welche übrigens in ähnlicher Weise auch bei ben Landstraßen vorhanden waren und bort mit zur Abschaffung ber Wegegelder geführt haben - find nun offenbar auch dem Berrn Referenten nicht entgangen. Und er schlägt ein Mittel vor, welches allerdings diese Schwierigkeiten in etwa ausräumen wurde, nämlich die einheitliche Bemeffung der Gebühren für die zu einem zusammenhängenden Net mit einander verbundenen Wafferstraßen, b. h. boch nach weiteren Kanalbauten und wenn einmal ber gange preußische Mittellandkanal vollendet fein wird, mindeftens für alle preußischen Wasserstraßen — ein Gedanke, ber ja auch schon sonst aufgetreten ift. Siergegen möchte ich nun aber entschieden Ginspruch erheben. Es murben baburch, entgegen meiner bisherigen Voraussetzung, monach jede Wasserstraße für sich aufkommen und finanziell selbständig behandelt werden foll, den leiftungsfähigen Strömen die Koften der verkehrsschmachen Kanäle aufgebürdet werben; es murbe die Gefahr heraufbeschworen, baß man ohne große Sorge Kanäle baut in ber Erwartung, daß die Aluffe für den Schaden aufkommen. Es würden sich damit aber auch alle jene extremen Buniche erfullen, welche von gewiffen agrarischen und eifenbahn= fistalischen Rreisen an die Wiedereinführung ber Abgaben auf den Flüssen geknüpft werden. Mit dem Troste, daß berartige reaktionare und verkehrs= feindliche Bestrebungen erfolglos bleiben, kann ich mich bei der heutigen Interessenpolitik, die gerade auch in den letten Jahren so manche sonderbare gesetzgeberische Früchte gezeitigt hat, nicht beruhigen, trot bes in Aussicht genommenen und auch vom Berrn Referenten empfohlenen Wafferstragenbeirates, ber mir als Sicherung gegen jene Bestrebungen wirklich nicht imponieren kann. (Sehr richtig!)

Wie ich mich für die allgemeine Durchführung des Abgabenprinzipes wegen der vorhin entwickelten sinanzpolitischen Bedenken nicht entscheiden kann, so muß ich mich auch aus jenen politischen Gründen gegen die Beseitigung derjenigen rechtlichen Bestimmungen aussprechen, welche tatsächlich, wenn auch vielleicht nicht nach der Absicht der damaligen Gesetzgeber, auf eine allmähliche Besreiung aller Binnenwasserstraßen von den Abgaben hinauslaufen, als ein in der Zukunft zu erreichendes Ziel.

Die Wiedereinführung der Abgaben und demzufolge die Beseitigung der jezigen Bestimmungen hinsichtlich der Abgabenfreiheit des Rheines wäre weiterhin noch deshalb ein bedenklicher Schritt, weil gänzlich ungewiß bleibt, ob und in welcher Weise die beteiligten Userstaaten über eine gemeinsame, dem Berkehrsbedürfnis Rechnung tragende Regelung der Frage von neuem sich verständigen würden.

Und auch aus unmittelbar praktischen Gründen endlich sehe ich keine Notwendigkeit, diese Abgabenfreiheit zu opfern. Man hat wohl gesagt, daß die preußische Regierung vom Landtage keine weiteren allgemeinen Staatsmittel für die Zwecke der Instandhaltung des Rheines erhalten könne. Demgegenüber ist jedoch auf die Rheinschiffahrtsakte hinzuweisen, welche die Vertragsstaaten ausdrücklich zur guten Instandhaltung des Fahrwassers des Rheines verpflichtet. Unter Berufung auf diese vertragliche Verpflichtung kann eine preußische Regierung von ihrem Landtage die nötigen Mittel wohl bekommen, wenn sie nur ernstlich will.

Wenn ich zum Schluß meine Ansicht noch einmal furz zusammenfassen barf, fo geht bieselbe bahin:

Die Frage einer einheitlichen Neuregelung der finanziellen Behandlung fämtlicher Wasserstraßen liegt zurzeit an und für sich nahe und zwar aus verschiedenenen Gründen. Es handelt sich dabei materiell um die Frage der allgemeinen Einführung von Abgaben als Entgelt für die Deckung der Herstellungs-, Berbesserungs- und Unterhaltungskosten der betressenen Wasserstraßen. Abzuweisen ist hierbei die einseitige handelspolitische oder eisenbahnpolitische Ausbeutung dieses Gedankens, und dies um so mehr, als die Eisenbahnen und die Schiffahrt, insbesondere hier am Rhein, gut mit einander ausgekommen sind und sich gegenseitig ergänzen.

Richtig ift, daß bei Annahme des Abgabenprinzips ein Unterschied zwischen den jetzt in der Hauptsache abgabenfreien natürlichen und den abgabespflichtigen fünstlichen Wasserstraßen nicht gemacht werden kann, zumal besonders die größeren Ströme, namentlich der Rhein, am ehesten in der Lage sind, die betreffenden Kosten aufzubringen, und eine erhebliche Schäbigung der Schiffahrt durch zweckentsprechend bemessen Abgaben nicht zu befürchten ist.

Fraglich ift bagegen aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen, ob tatsächlich die Kostendeckung durch Abgaben das richtige, für alle Zukunft sestzulegende Prinzip ist, zu dessen Gunsten auch der Rhein ein Opfer bringen müßte, oder ob nicht die Abgabenfreiheit als das, wenn auch erst für eine fernere Zeit zu erstrebende Ziel zu betrachten ist, zu dem hin die freie Rheinschiffahrt einen wichtigen Schritt bedeutet. Ist dies der Fall, und viele Gründe sprechen für diese Abgabenfreiheit, so erscheint die Beseitigung der jetzigen gesetzlichen und vertraglichen Festsetzungen der freien Rheinschiffahrt sehr bedenklich, um so bedenklicher, als diese geltenden Bestimmungen einen wertvollen Schutz gegen zurzeit mächtige, verkehrsseindlicher Bestrebungen bedeuten. Diese Erwägungen bestimmen mich, für die Beisbehaltung der Abgabenfreiheit des Rheines mich auszusprechen.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Ich banke auch bem zweiten Herrn Referenten für seinen Bortrag, den wir als eine durchaus wünschenswerte Ergänzung der Ausführungen des ersten Referenten ansehen durfen.

Meine Herren, es ist balb 1 Uhr. Ich glaube, es kann nicht in Ihrem Bunsche liegen, jett noch die Diskussion zu eröffnen. Ich halte es daher für besser, jett eine Pause eintreten zu lassen. Benn Sie einverstanden sind, schließen wir jett die Verhandlungen und beginnen sie pünktlich um 2 Uhr wieder.

(Paufe.)

# (Nachmittagssitzung.)

Den Borfit führt Staatsminifter Freiherr von Berlepfch.

[Das Resultat der inzwischen vollzogenen Ausschußwahlen wird bekannt gegeben. Es sind abgegeben 102 Stimmzettel; die meisten Stimmen — zwischen 77 und 97 — haben erhalten die Herren

Brofessor Dr. von Philippovich, Brofessor Dr. Wagner, Brofessor Dr. Schmoller, Brofessor Dr. Sombart, Ministerialdirektor Dr Thiel und Freiherr Heyl zu Herrnsheim.

Die übrigen Stimmen sind zersplittert. Es sind also die sechs ausscheibenben Herren mit großer Mehrheit wiedergewählt.]

Vorsitzender Staatsminister Freiherr von Berlepsch: Gestatten Sie mir, voraus zu bemerken, daß sich bisher 18 Redner gemeldet haben. Es

60 Debatte.

sind, soweit ich die Sache übersehen kann, wefentlich Gegner der Schiffsfahrtsabgaben

(Bravo!),

bie sich zum Worte gemelbet haben, mit fehr wenigen Ausnahmen. — Es ist soeben dazu "Bravo!" gerufen worden. Meine Herren, ich teile diefe Stimmung nicht; ich bedauere lebhaft, daß ber gegenteilige Standpunkt hier fo wenig zur Erörterung gelangt. Das fage ich nicht, weil ich felber eine Meinung zum Ausdruck bringen will, fondern weil ich der Ansicht bin, daß die Debatte nach außen hin fehr viel fruchtbringender wirkt, wenn auch der entgegengesetzte Standpunkt hier eingehend und nicht nur durch den Referenten zum Ausdruck fommt. Indeffen an der Tatfache können wir nun einmal nichts ändern. Es liegt wesentlich auch an den örtlichen Verhältniffen, daß die Freunde ber Freiheit von Schiffahrtsabgaben hier vorwiegend zu Worte kommen. Ich möchte aber an dieselben die Bitte richten, sich in ihren Ausführungen möglichst zu beschränken eben mit Rücksicht auf ben Umstand, daß sich wesentlich nur Redner, die gleicher Anschauung inbezug auf die Schiffahrtsabgaben find, zu Worte gemelbet haben. Gine Befchränkung ber Zeit ber Rede werde ich junächst nicht vorschlagen, bas muß bavon abhängen, wie sich die Debatte gestaltet.

Professor Dr. Gothein (Heibelberg): Meine Herren, ich gehöre ber quantitativ stärkeren Partei, wie Exzellenz uns soeben hier angedeutet hat, an. Wir, die Freunde der Freiheit der Wasserstraßen, sind also in einem gewissen Vorteil und trothem ist es nicht sehr leicht, heute unsere Sache zu führen. Wir stehen unter dem Eindruck des Referats von Herrn Kollegen Schumacher, der uns fast zwei Stunden lang im höchsten Sinne gefesselt hat. Ich habe wirklich manchmal beinahe geglaubt, daß ich ein Freund der Schiffahrtsabgabe geworden wäre (Heiterkeit), wenn ich den glänzenden Ausführungen dieser bezaubernden Dialektik gesauscht habe. Allein hinterher haben sich doch Zweisel gemeldet, ob es nicht gar zu viel Dialektik gewesen sei.

(Sehr richtig!)

Der Herr Kollege Schumacher hat sich die Gegner etwas zurecht gelegt, er hat polemisiert gegen Übertreibungen, die im Kampse überall vorstommen, die einem zumal in den Interessentsgerischriften überall begegnen werden. Ich glaube, daß die folgende Debatte den Herrn Kollegen Schumacher überzeugen wird, daß die Freunde der Freiheit der Wassersstraßen keineswegs derartig übertreiben und auch nicht so eminent unlogische Köpse haben, wie er es dargestellt hat.

Der Herr Kollege Schumacher hat sich uns als Idealist vorgestellt, und das war auch der hauptsächliche Reiz seiner Aussührungen. Er hat uns ein zauberhaftes Bild der Zukunst vorgemalt, einer Zukunst, in der alle Interessensätze zwischen Eisenbahn und Wasserstraße auszgeglichen sind.

(Heiterkeit.)

Er hat ja felber in früheren Werken ausgezeichnet auseinandergesett, daß gegenwärtig von einer folchen Interessenharmonie nicht die Rede sein fann. Aber in der Zukunft, wie gesagt, sind alle Streitobjekte weggefallen, da werden sich die beiden Berkehrsmittel ganz und gar in die Sände arbeiten und ihren Vorteil als gemeinsam ansehen. Er hat uns eine ibeale Abgabenerhebung, in der das aristotelische Bringip der auß= gleichenden Gerechtigkeit verwirklicht sein wird, vorgeführt. Nur zum Schluß hat er bas Bekenntnis zu biesem Prinzip etwas abgeschmächt. Namentlich hat er uns aber einen gang ibealen Staat vor Augen geführt. einen Staat, in bem nur ein einheitlicher Wille herrscht, in bem fo etwas wie Reffortpatriotismus, ber heutzutage unzweifelhaft eine gewisse Rolle, namentlich im Berkehrswesen spielt, gar nicht mehr vorhanden ist. Zu biefem idealen Zustand, daß nämlich die Frachten, die Transportleiftungen so billig wie möglich werden, damit wir im internationalen Wettkampf aufs beste gerüstet seien, will er uns führen, und — das ist das erstaun= liche — zur Berbilligung will er uns führen, indem er zunächst eine Berteuerung einführt (fehr richtig! und heiterkeit). Denn das ist doch un= zweifelhaft: Abgabenerhebung bedeutet etwas einzuführen, mas nicht ba war, und dieses Mittel zum idealen Zweck ist es, mas mich vor allem in hohem Grad bedenklich macht.

Der Herr Kollege Schumacher hat nun zur Begründung seiner Forderungen ein finanzwirtschaftliches Prinzip sehr geistreich begründet. Er hat das Gebührenprinzip eigentlich als das System des Fortschritts bezeichnet. Er hat den Standpunkt, daß ein freies Genußgut aus dem allzgemeinen Steuersonds der Volkswirtschaft zu Gebote gestellt wird, wenigstens auf unserem Gediet und noch auf vielen anderen, als überlebt dargestellt. Bis jetzt din ich immer der Meinung gewesen, daß die Entwicklung der Finanzen den entgegengesetzten Weg eingeschlagen hat, und Herr Kollege Schumacher selbst hat in jener Schrift, die uns allen so reiche Belehrung gewährt hat, die die ganze Wasserrage so umsichtig behandelt hat, für die Landstraße eine entschiedene Ausnahme gemacht. Er hat heute den Namen Landstraße, wenn ich recht gehört habe, überhaupt nicht in den Mund genommen. (Sehr richtig!)

62 Debatte.

Er ift dieser Frage vollständig ausgewichen. In seinem Buch hat er aber bekanntlich auseinandergesett, daß es ein großer Fortschritt gewesen sei, daß man zu der unbedingten Abgabenfreiheit der Landstraße gekommen ist, daß man die Landstraße als allgemeines Genußgut der Bolkswirtschaft zu Gebote stellt, seitdem sie einen allgemeinen gleichartigen Nutzen für jedersmann hat. Ich glaube übrigens, nebenbei gesagt, daß dem Herrn Kollegen Schumacher dieser Beweis in seinem Buch nicht gelungen ist. Die Landsstraße ist tatsächlich von viel größerem, allgemeinerem volkswirtschaftlichen Nutzen gewesen, als sie auch noch die Eisenbahn ersetze, und gerade in dieser Zeit sind Gebühren erhoben worden. Die Abgabenfreiheit der Landsstraße kommt vielmehr jetzt einem Teil der Bevölkerung, der landwirtschaftslichen Bevölkerung zugute (sehr richtig), was ja schon an und für sich außerordentlich vielsagend ist.

### (Seiterkeit.)

Nun hat Herr Kollege Wirminghaus nachher zu meiner Freude gegen ben Schluß seiner Auseinandersetzungen sich auf einen sehr fortschrittlichen Standpunkt gestellt. Er hat theoretisch, aber freilich auch nur als ein Bufunftsbild, als einen Wechsel, der noch lange nicht einzulösen ift, die Ausbehnung eines berartigen allgemeinen Genußgutes auf alle Arten von Transportleiftungen uns vor Augen geführt. Das hat mich einigermaßen in Verwunderung gefett; benn mährend ber ganzen ersten hälfte ber Auseinandersetzungen des herrn Rollegen Wirminghaus habe ich durchaus ge= glaubt, er fpreche für die Ginführung von Wafferstraßenabgaben (Beiterkeit). und bin beswegen fehr angenehm enttäuscht gewesen, als am Schlusse eine entschiedene Gegenerklärung kam, ja als ein so weittragendes Prinzip aufgeftellt murbe, welches uns in fehr nebelhafter Bufunft eine Ausbehnung ber Abgabenfreiheit, eine Unentgeltlichkeit ber Leistung auf Kanälen, auf Klüffen, ja sogar auf Eisenbahnen in Aussicht stellte. Ich glaube, die Zeit ift heute zu furz bemeffen, als daß wir auf eine berartige prinzipielle Frage in der Debatte genau eingehen könnten. Das ist gelehrte Debatte; wir muffen uns aber hier auf die politische Debatte beschränken. Wir können unmöglich in einer fo furz bemeffenen Zeit auch nur bem geiftreichen bialektischen Aufbau bes Herrn Kollegen Schumacher nachgeben und können unmöglich biefes Gewebe wieder in feine einzelnen Faben auflöfen.

Was aber bas Gebührenprinzip anlangt, so hat ber Herr Kollege Schumacher es vor allem barauf gegründet, daß die einzelnen Wasserstraßen eine Einheit bilden und daß die Kosten derselben, die beständig gewachsen sind, gedeckt werden sollen durch die Schissahrt nach Berücksichtigung bestimmter Abzüge. Was denn aber diese Abzüge sind, die gemacht werden

sollen, darüber ist er auch wieder etwas leicht hinweggegangen. Wir können ja nun zunächst allerdings immer sein Buch zur Ergänzung heranziehen, und daraus ist ohne weiteres anzunehmen, daß er nur diejenigen Aufswendungen hierher rechnet, die im Interesse der Schiffahrt gemacht worden sind, so daß also alles, was im Interesse der Candwirtschaft aufgewendet worden ist, in Wegsall kommt. Das macht nun schon ganz außerordentlich viel aus. Wer rechnet das aber am Rhein überhaupt aus?

(Sehr richtig!)

Am Oberrhein — fönnen wir von vornherein fagen — ist durch ben landwirtschaftlichen Gewinn, wie schon oft betont worden ist, der Rostenbetrag der Regulation gedeckt, der Gewinn ift fast größer gewesen als die Auslagen. Am Mittelrhein steht die Sache anders. Am Niederrhein wiederum ist für Schiffahrt und Landwirtschaft ungefähr gleich viel aufgewendet. Bon ber Weichsel, für welche, wenn die Abgaben die Ber-Binfung und die Amortisation ber Regulierung beden sollen, wir den unerhörten Sat von 1,10 Pfg. für ben Tonnenfilometer erreichen mußten, fonnen wir boch eigentlich fagen, daß für die Schiffahrt fo gut wie gar nichts, für die Vorflut dagegen so gut wie alles durch die Kor= rektion geleistet worden ist. So stellen sich benn die allergrößten Berschiedenheiten in diefer Beziehung heraus, und eine Berechnung biefer Bosten ift überhaupt kaum möglich. Gine Berechnung in dieser Art ist ja nun in junaster Zeit für die preußischen Kanäle gemacht worden, und zwar von Herrn Beters, den wir das Bergnügen haben, heute in unferer Mitte zu sehen. Ich muß aber fagen, daß diese Rechnung eine folche ift, daß man dabei zu all und jeglichen Gebühren gelangen kann. Wenn felbst bie märkischen Wafferstraßen, bie bisher ftets als überlaftet burch Gebühren gegolten haben, nur eine leidlich knappe Berginfung herausbringen, wie müßten benn bann die Gebühren im allgemeinen bemeffen werden? Ich freue mich, daß der Herr Kollege Schumacher sich auf diesen fiskalischen Standtpunkt nicht gestellt hat.

Die Rechnungen, welche gewöhnlich für die Kosten des Flußlaufes zusgrunde gelegt werden, leiden auch noch an einem großen Mangel, daß nämlich die ganz außerordentlich kostspieligen Hafenbauten, namentlich bei uns am Rhein, überall mit eingerechnet worden sind. Wer hat denn die häfen gebaut? Die hat nur zum allerkleinsten Teil der Staat gebaut.

(Sehr richtig!)

Wenn er ben Ruhrorthafen gebaut hat, so hat er sehr gut gewußt, warum. Der Ruhrorthafen ist ein Sisenbahnhafen und außerdem ist der Ruhrsorthafen, so viel ich weiß, gebaut worden aus den Erträgen des alten

64 Debatte.

Ruhr-Schiffahrtsfonds. Die anderen Häfen bagegen von Cöln, Duffelborf bis nach Frankfurt hin — nicht hier in Mannheim, aber in ben preußisschen Städten — haben die Städte gebaut, und diese Aufwendungen der Städte mit hineinzurechnen, damit sie sich der Staat nachher verzinsen lasse (Heiterkeit), ist denn doch eine keineswegs berechtigte Rechnung.

(Sehr richtig!)

Bei den Gebühren hat Herr Kollege Schumacher ja in sehr geistreicher Weise, und ich möchte bas als ben Sauptteil seiner Ausführungen überhaupt bezeichnen, dem Prinzip des Ausgleichs das Wort geredet. Es ist ja in ber Tat ein schöner Zukunftsgebanke, baß fämtliche Berkehrswege eine große Einheit bilden, alle unter einheitlichen Gesichtspunkten behandelt werden, alle in gleicher Beife ber Bolfswirtschaft bienen, und herr Kollege Schumacher hat gesagt, erft bann murben bie natürlichen Verschiebenheiten auch recht zur Geltung fommen, benn bas alles werde geschehen, nicht zum Ausgleich dieser Verschiedenheiten, nein im Gegenteil, um fie richtig mirken zu lassen. Diese lettere Schluffolgerung ift mir einfach unverständlich. Diese großen Verschiedenheiten äußern sich gegenwärtig in ben verschiedenen Rosten, welche die einzelnen Wasserstraßen machen. Diese Verschiebenheit ber Koften, und auf ber anderen Seite die Berschiedenheit ber Schiffbarkeit ber einzelnen Ströme bleibt doch immer bestehen. Die vollspurige Gijen= bahn ift immer diefelbe. Die Fluffe bagegen find überall verschieben. Infolgebeffen fann man auf ben Gifenbahnen überall bas gleiche Tarif= schema durchführen, auf den Flüssen aber ist ein berartiger Ausgleich nicht summum jus, sondern summa injuria. Auch herr Wirminghaus hat darauf hingewiesen, daß diese einheitliche Zusammenfassung zur Zeit, ich füge hinzu, aller Wahrscheinlichkeit nach für immer, eine willfürliche Bemeffung bedeuten murde, und praktifch angesehen, mas fame babei heraus? Wir haben aus den Berechnungen gehört, der Rhein solle 0,04 Bg. pro Tonnenkilometer tragen. Kollege Schumacher hat eine fehr sanguinische Berechnung, so schien es mir wenigstens - man kann sie augenblidlich nicht nachprufen -, aufgeftellt, bag tatfachlich bie Schiffahrt 3. B. nach Frankfurt sich bei diesem Sate billiger als gegenwärtig stellen murbe. Aber wenn er es ausdrudlich in Aussicht nahm, daß ber Rhein für die Weser auffommen muß - von der Beichsel ist ja vorhin schon gesprochen worden, hoffentlich schließt er diese selbst aus -, wenn er für alle diejenigen Fluffe, welche forrigiert werden, mit auffommen muß, wenn er ichlieklich auch noch für alle Ranäle mit ihren mannigfachen Schleufenbauten auffommen muß, fo glaubt doch feiner von Ihnen, daß es bei ben 0,04 Pfg. bleibt.

(Sehr richtig!)

Dann mird natürlich diese Summe, die einstweilen als ein Beruhigungs= mittel, als eine weiße Salbe auf die Wunde verwendet wird (Sehr richtig!), sich in ganz anderer Beise entpuppen, und das ist die große Gefahr; benn die Tarishoheit, wenn einmal Schiffsabgaben bewilligt sind, hat nachher der Staat. Er setzt nachher die entsprechenden Sätze fest, und deswegen vor allem heißt es vorsichtig sein, ihm auch nur diese Möglichkeit zu gewähren.

(Sehr richtig!)

Nun haben allerdings die herren vom mafferbautechnischen Standpunft, in welchem ich nicht mitsprechen kann, außeinandergeset - und Berr Wirminghaus hat zu meinem Bedauern bas in vollem Make auch getan -, es seien Unterschiede zwischen ben verschiedenen Formen ber Wasserstraßen heutzutage gar nicht mehr zu machen. Es seien Übergänge zwischen ihnen vorhanden, und die Scheidungen seien beshalb im einzelnen, in ber Rausuistik nicht genau burchzuführen, so hieß es; und barum - fo fcbloß man - vernachläffigen wir fie, barum faffen wir bie gange Sache als Einheit! Meine Berren, wo gibt es in ber ganzen Welt zwei Erscheinungen, zwischen denen nicht Übergänge sind? Wo sind denn Gegen= fate ichroff voneinander geschieden? Reineswegs ift die Scheidung, wie fie in der Rheinschiffahrtsakte und im Artikel 54 der Reichsverfassung porgekommen ift, so willfürlich und unglücklich, wie sie von Herrn Rollegen Schumacher bezeichnet worden ift; benn er hat ja diefe Art der Abfaffung ber Berträge und ber Schiffahrtsafte als psychologisch erklärlich zwar ent= schuldigt, hat fie aber zugleich aufs entschiedenoste objektiv verurteilt. Nein, bamals, im Sahre 1867, find boch die Tatsachen schon gerade so gewesen wie jett. Ein klein wenig mehr Zwischenstufen find vielleicht hingugekommen; aber im wesentlichen war es damals gerade wie heute.

(Sehr richtig!)

Der Rhein war ja auch schon im Jahre 1867 im wesentlichen ein "Kunstwerk". Auch bamals hat es schon Kribben und Parallelbauten und Sprengungen im Bingerloch gegeben und schon bamals sind andauernd große Mittel aus Staatskosten aufgewendet worden, die, wenn wir den damaligen Finanzzustand mit dem jetzigen vergleichen, den Etats wohl reichlich so schwer gefallen sind, wie die heutigen Ausgaben.

(Sehr mahr!)

Die Scheidung ist also schon damals, im Jahre 1867, nicht aus Gedankenslosigkeit, sondern aus gutem juristischen Grundsatz, daß man eine scharfe und präzise Scheidung besitzen muß, bei der man eben an einer Stelle das Messer einsetzen muß, vorgenommen worden, und es hat sich in dieser Schristen CXVI. — Verhandlungen 1905.

Beziehung nicht so viel geändert, daß man diesen Unterschied nun ohne weiteres vernachlässigen könnte.

Ich habe nun von der Sohe ber Schiffahrtsabgaben schon gesprochen und gezeigt, daß mit ben einstweilen angegebenen niederen Säten feines= wegs auf die Dauer zu rechnen ift, ben niederen Säten, die, wie Berr Schumacher und auch herr Wirminghaus behaupten, ber Schiffahrt gar nicht schaden murden. Meine Berren, das können wir ja ohne weiteres zugeben : zugrunde gehen murbe die Schiffahrt nicht, zugrunde gehen murbe mahr= haftig diese gewaltige kommerzielle Entwicklung auf dem Rhein nicht. Ganz gewiß hat die Schiffahrt schon schlimmere Zeiten erlebt und wenn es fein mußte, murbe fie fich ben Berhältniffen auch anpassen. Aber ber Birkungs= freis, den der Wassertransport bisher gehabt hat, der Aftionsradius der Schiffahrt murbe allerdings alteriert werben; eine fofortige Schädigung, die aller Bahrscheinlichkeit nach eine andauernde sein wurde, wurde selbst die Folge sein. Ich kann auf die Einzelheiten nicht eingehen; die Herren Schiffahrtsintereffenten, die die Sache beherrschen, werden ja das Rotwendige noch vorbringen. Aber ich will betonen, daß die 18 Ufg. pro Tonne von Emmerich nach Mannheim bei einem großen Schleppkahn von 2000 Tonnen ichon 360 Mf. und bei einem Schleppzug eine Abgabefumme von über 1000 Mf. ausmachen auch bei biefem fo gering ausfehenden Sate von 0,04 Pfg. pro Tonnenkilometer. Glauben Sie denn, baß ben Schiffahrtsgefellschaften für jeden Schleppzug eine berartige Belaftung fo gang gleichgültig ift? Das scheint mir boch unwahrscheinlich. Unfere großen Gefellichaften ebenso wie unsere Partikulierschiffer find fo wie so nicht auf Rosen gebettet. Sehen Sie die Dividenden der letten Sahre nach, um fich zu überzeugen, daß harte Arbeit notwendig ift, um einen einigermaßen erträglichen Unternehmergewinn, ber in manchen Sahren auch gang verschwinden kann, herauszuwirtschaften.

(Sehr richtig!)

Wir stehen hier unter einer vollständig freien Konkurrenz und eine solche hat auf diesem Gebiete bisher sehr nützlich im allgemeinen volkswirtschafte lichen Interesse gewirkt. Nicht die Konkurrenz der Eisenbahnen, die ja hin und wieder durch Staffeltariffe zuungunsten der Wasserstraßen eine Ermäßigung allerdings erzwungen hat, hat das Sinken der Frachttarise auf den Wasserstraßen hervorgerusen, nein, die Senkung, die in den letzten Jahren rapide gewesen ist, ist dadurch zustande gekommen, daß trotz der Schifferbörse in Ruhrort der Partikulierschiffer, der seinen Raum verhandeln muß an den ersten besten Abnehmer, in großem Maße zu unterdieten genötigt ist. Das ist noch dadurch verschärft worden, daß die Kohlenschiffahrt

sich besonders im Kohlenkontor, das uns als ein rühmliches Beispiel — ich weiß nicht ganz, mit welchem Recht — (Heiterkeit) vor Augen gehalten worden ist, abgesondert hat. Jedenfalls wenn ein gutes Jahr vorhanden ist, vermehrt sich die Anzahl der Partikulierschiffer ganz außerordentlich, und wenn darauf die schwächeren Jahre kommen, ist der vermehrte Schiffseraum da, ist ein übermäßiges Angebot vorhanden, und es sinken alsbald die Frachten. Sine Kartellierung aber ist — und ich von meinem Standpuukt sage gern: zum Glücke in der Schiffahrt — auf die Dauer nicht möglich. Borübergehend ist sie, wie gerade Mannheimer Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben, einmal möglich. Dann muß sie aber aus den eben angeführten Gründen sehr bald wieder aufhören. Aus allem dem geht aber hervor, daß bei der Schiffahrt die Unternehmergewinne recht geringfügig sind.

Nun hat Herr Schumacher besonderen Wert darauf gelegt: die Frachten schwanken ja so außerordentlich, und gegenüber diesen Schwankungen, die uns unter den geschilderten Umständen übrigens nicht in Berwunderung setzen können, kommt eine derartige kleine Abgabe, die nur einen Bruchteil dieser Schwankungen, ein Zwölstel oder ein Dreizehntel ausmachen, gar nicht in Frage. Meine Herren, diese Logik, um auch einmal mit der Logik zu kommen, verstehe ich nicht ganz.

## (Sehr gut!)

Mir scheint, daß, wenn dauernd auf eine Wagschale ein Gewicht gelegt wird, das auch dauernd auf der einen Seite wirkt, und daß die Schwankungen dadurch noch vergrößert werden (sehr richtig!), und zwar, weil alle diese Schiffahrtsabgaben mit ungleicher Stärke drücken, weil sie auf dem Nieder-rhein sich nicht fühlbar machen, dagegen auf dem Oberrhein im höchsten Grad.

Run hat Herr Schuhmacher die Eisenbahnen, seitdem sie in Staatshänden sind — wohl bemerkt, erst von diesem Augenblicke an — als ein Kind der Unschuld, jedenfalls als einen Heros der Entsagung dargestellt.

#### (Seiterkeit.)

Er hat die Eisenbahnen als Vorbild für die Schiffahrt hingestellt. Er hat sogar das Reichseisenbahnamt als eine sehr wesentliche Errungenschaft gerühmt (Heiterkeit), und ich vermute stark, daß die von ihm in Aussicht gestellte Aussichtsbehörde der Schiffahrt mit diesem Reichseisenbahnamt, mit dessen Wirksamkeit Sie wohl auch näher vertraut sind, eine große Ahnlichkeit haben wird. Nun, was die Eisenbahnen anlangt, so ist mir leider bisher, wenn ich unser Eisenbahntariswesen ansehe, nichts davon bekannt, daß sie in ihren Tarissessengen sehr einheitlich versahren, und es scheint mir, daß herr

Rollege Schumacher auch hier die von ihm fo logisch entwickelte Zukunft etwas mit der leider noch nicht so vollkommenen Gegenwart verwechselt hat. Was die Eisenbahnen anlangt, so haben ja die früheren Vertreter ähnlicher Gebanken, vor allem der um die Entwicklung aller dieser Fragen am meisten verdiente Mann, Berr Ulrich, fich auf einen andern Standpunkt geftellt, nämlich auf den robust fiskalischen. Dieser Ulrich tritt in seinem Ressort= patriotismus für möglichste Begunftigung ber Gifenbahnen in jedem Fall Bei Ulrich, von beffen Buch schließlich biefe ganze Bewegung auß= gegangen ift, die nachher vom Kollegen Schumacher nur in ein ftrenger wissenschaftliches und feineres Gewand gekleibet worden ist, ist es unzweifelhaft, daß er die Wafferstraßen belaften will, damit Wind und Sonne in biefem großen Gefecht ber beiben Berkehrsmittel beffer verteilt merben, mit anderen Worten, daß die notleidenden Gifenbahnen gunftigere Bedingungen erhalten, als fie bei Freiheit der Schiffahrt bisher haben, und es ist doch auch Gerr Schumacher an verschiedenen Stellen, namentlich wo er ausgerechnet hat, mas ber Staat für die Schiffahrt aufwendet und mas die Eisenbahnen im Gegenfat hierzu gablen muffen, in einen ahnlichen Gebankengang eingegangen. Nun heutzutage ist — ich glaube, das wird selbst Herr Guftav Cohn zugeben — bei einer folden Überschußwirtschaft ber Gifenbahnen, wie wir fie kennen, von der Notwendigkeit einer Subventionierung biefer, badurch, daß man die Wafferstraßen schlechter stellt, felbst aus dem höchsten Prinzip ethischer Gerechtigkeit, welches ja auch bei bem Herrn Rollegen Schumacher eine beträchtliche Rolle fpielt, nicht mehr die Rebe. Sind denn die Eisenbahnen so unbedingte Freunde der Schiffahrtsabgaben? Ja, sie sind es überall, wo sie ihnen nüten. Aber da, wo sie ihnen ichablich find, ist unter Umftanden der Gifenbahnfiskus ein eifriger Gegner ber Schiffahrtsabgaben. Das feben wir hier vor ber Tur, in Frankfurt. Dort, auf bem kanalisierten Main, gilt bekanntermaßen eine vollständige Abgabenfreiheit für alle Güter, die auf die Bahn umgeschlagen werden (hört! hört!), aus bem einfachen Grunde, weil kein Zentner in Frankfurt umgeschlagen werden wurde, fondern alles in Mainz und Mannheim, wenn man von ihm bie Gebühren für ben fanalifierten Main erheben wollte.

(Sehr richtig!)

Ich möchte nun, um nicht in das falsche Licht etwa eines Gegners unserer Eisenbahnen zu kommen, betonen, daß ich nicht auf dem Standpunkt der Schiffahrtsinteressenten stehe, namentlich auch der Mannheimer, die den Eisenbahnen verübeln, wenn sie für sich selbst forgen. Ich stehe in dieser Beziehung ganz auf dem Standpukt der Herren Kollegen Schumacher und Wirminghaus und freue mich über jede Maßregel, welche zur Ermäßigung

von Tarifen im gesamten Interesse führt. Dabei ist es allerdings nicht ausgeschlossen, daß hin und wieder die Tarisierung so gemacht wird, daß sie eine kleine Spihe gegen einen besonderen Blatz gewinnt. Aber das ist vielleicht menschlich. In diesem Konkurrenzkampf hat schließlich ebensowohl die Sisendahn gewonnen wie die Schiffahrt. Es ist namentlich von dem früheren Minister Thielen öfters betont worden, daß diese Konkurrenz nützlich für die Sisendahn sei. Das ist auch eigentlich ein Grundgedanke, der sich durch das Ulrichsche Buch seinerzeit durchzog: er begrüßt die Anwendung von Staffeltarisen und die Verviersachung der Verklassen für die Gütersfrachten auf dem Rhein, weil dadurch der Gesahr zur Versumpfung und büreaukratischen Einrostung des Tariswesens auf den Sisendahnen vorgebeugt werde. Sbenso sind auch umgekehrt die guten Sinwirkungen der Sisendahnen auf die Schiffahrt nicht zu leugnen; das ist eben der Segen der freien Konkurrenz für die allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen.

Nun aber kommt die große Frage: werden denn die Schiffahrtsabgaben, wenn fie erst eingeführt merben, bei ber Schiffahrt haften bleiben, wie es doch offenbar gemeint ift, oder werden sie abgewälzt werden auf die Weiter= verarbeitung, auf die Konsumtion? Herr Schumacher ift über diese Frage leicht hinweggegangen. Er hat gefagt, fie ließe fich nicht entscheiben. Das ift auch richtig. Entscheiben läßt fie fich nicht, aber man muß fich trotbem bei einer so einschneibenden Magregel nach Möglichkeit flar werben, mas bie praktischen Folgen sein werden. Ich möchte hier nur hervorheben, daß die Berfrachtung wertvoller Stuckguter mit großen Anstrengungen und teilweise auch unter Opfern von der Schiffahrt gewonnen worden ist. Man braucht bloß in unsere Lagerhäuser zu gehen, um zu sehen, welch eminente Bedeutung gerade für die Mannheimer Schiffahrt und für den Transit nach dem Hinterlande, namentlich nach ber Schweiz, ber Zweipfennigtarif für die Stückgüter gewonnen hat. Es ift nun höchft mahrscheinlich, daß bei allen wertvollen Frachten diefe Abgaben an der Schiffahrt haften bleiben; in demfelben Mage aber wird die Frage, ob noch irgendwelcher Nuten dabei heraus= springt, zweifelhaft, und ob die Schiffahrt diese Güter nicht wieder an die Bahn abgeben muß. Dagegen halte ich für ebenfo mahrscheinlich, ja ficher, daß in den Rohlenfrachten, welche allein 40 % fämtlicher Frachten auf dem Rhein ausmachen, die Abwälzung auf die Konsumenten sofort stattfindet. Laffen Sie dafür nur das Rohlenkontor forgen. Das wird ichon den Pfennig abzurunden miffen, aber nicht nach unten.

(Heiterkeit.)

Also bei einem berartig wichtigen Artikel, schließlich bem wichtigften,

ben unsere Volkswirtschaft hat, wird allerdings der Konsument eine Erhöhung, einstweilen eine sehr niedrige, aber immenhin eine, die den Preis mitbestimmt, zu ertragen haben, und auch bei anderen, bei Massenartikeln, beim Petroleum, wo die Verhältnisse ähnlich liegen, und auch beim Getreide ist eine derartige Abschiebung nicht so ganz unwahrscheinlich.

Und nun, wenn wirklich das eintritt, mas trot aller gegenteiligen Bersicherungen bes Kollegen Schumacher, ber leiber nicht an leitender Stellung in Preußen steht, nicht gang unwahrscheinlich ift, wenn agrarische Tendengen fich einmal bei ber Abgabenbemeffung geltend machen, mas wird ber Erfolg sein? Schon jest sind die Preise bes Getreides zwischen Oberdeutschland und Niederdeutschland ober zwischen ben Einfuhrpläten und ben am weiteft entlegenen Abfatpläten enorm verschieden, die Spannung zwischen ihnen ift ungefund groß. Sie brauchen bloß durch etliche Jahre die Notierungen, zwischen Duisburg und Lindau, miteinander zu vergleichen. Die Schiffahrtsabgaben aber, die sich ja summieren, je höher hinauf auf dem Rhein es geht, muffen Diefe Spannung noch fortwährend erhöhen. Es liegt in keinem Interesse, auch nicht im agrarischen, daß biese starken Unterschiede in den Getreide= preisen Deutschlands immer weiter gefördert werden. Es liegt außerdem nicht im Interesse bes größten Teils ber Landwirtschaft Dberdeutschlands. daß eine derartige Forcierung des Getreidebaues, wie fie durch Verkehrs= hindernisse veranlaßt werden würde, eintritt. Was bewirfen denn die Rheinschiffahrtsabgaben in jedem Fall, ob niedrig oder hoch? eine Belaftung bes oberen Deutschlands und eine Subventionierung bes niederen Deutschlands. Kollege Schumacher hat immer nur von Often und Westen gesprochen. Run, die Bertreter des ihm zufolge burch die Abgabenfreiheit der Ströme so mißhandelten Oftens werden wohl nachher felbst ihre Sache führen, ich vermute aber, in anderem Sinne als Rollege Schumacher. Aber wenn bisher ber Westen Deutschlands in wirtschaftlicher Beziehung immerhin als eine Ginheit betrachtet werben konnte, fo laffen Sie biefe Berkehrsabaaben kommen! Die entsprechende Ermäkiaung von Gifen= bahntarifen ist ein Wechsel auf die Zukunft, mit dem wir nicht rechnen tönnen, die Erhöhung der Schiffahrtsabgaben aber ist eben eine Tatsache, mit ber wir sofort rechnen muffen - laffen Sie fie kommen, und jedenfalls ift der mißhandelte Teil bann ber Süben Deutschlands: Denn bas ift evident, daß für Ein- und Ausfuhr, für Tal- und Bergfahrt das gange Schwergewicht ber Schiffahrtsabgaben einzig und allein auf die Pläte außerhalb Preußens fällt. Man kann schon jest mit aller Bestimmtheit behaupten: bis Bingen werden die Schiffahrtsabgaben nicht empfunden, von Bingen, von Mainz ab, welches jett schon etwas höhere Frachten wie Mannheim hat, aber in erster Linie, und bann werben sie mit immer verstärktem Gewicht empfunden werben.

(Sehr richtig!)

Auf diese Weise ist ein solcher Binnenzoll — etwas anderes ist es nicht — ein preußischer Schutzoll.

(Sehr richtig!)

Es tut mir leid, das sagen zu müssen; denn ich bin selbst Preuße und begeifterter Preuße und werbe es immer bleiben; aber mas recht ift, muß recht bleiben. Es bleibt bestehen, daß für die wichtigsten Waren bem fo wie so schon durch die natürlichen Berhältnisse eminent begunftigten Niederrhein noch weitere große Subventionen zu Teil werden sollen, und für eine Stadt wie Mannheim, die eine große industrielle Entwicklung gewaltiger Art hat, eine Entwicklung, von der wir boch fagen konnen, daß fie gang und gar auf billiger Zufuhr von Rohstoffen beruht (fehr richtig!), ift bas eine Haupt- und Kardinalfrage. Nicht unfer Umschlag nur, nicht unfere Schiffahrt nur, fondern unfere Industrie ift hier ber Beteiligte, fie murbe ber Notleidende werden. Und mas sollte bann geschehen? Dafür gibt in diesem Falle einmal die sonft als unpraktisch berufene Geschichte gang bestimmte Aufschlüsse. Es ift schon einmal fo gewefen, daß Preußen es mar in den dreißiger Jahren - in diefer Beife feine Rheinzölle benutte. Damals erließ es seinen eigenen industriellen Konsumenten die Rheinzölle und erhob fie für die Durchfuhr den Rheinzoll, um auf solche Weise die Entwicklung im Oberlande unmöglich zu machen. Was haben bamals die oberdeutschen Staaten getan? Recht ungern — benn fie hatten nicht viel Gelb in ber bamaligen Zeit, womit ich nicht gesagt haben will, daß fie es jest hatten (Beiterfeit) - haben fie bie Bolle guruderstatten und zu Refaktien greifen muffen. In bemfelben Augenblid, wo eine ichwere Schädigung von Sandel und Industrie fich wiederum geltend machen murbe, murben auch die Handelskammern ganz ficher mit einem derartigen Wunsche wieder fommen, und ba bas Schriftchen, bas Sie heut Morgen befommen haben, zeigt, daß Mannheim auch in finanzieller Beziehung ber wichtigste Bunkt für Baden ist, so murde fich mahrscheinlich das hohe Ministerium der Not= wendigkeit nicht entziehen können, die ausgelegten Bolle wiederzuerstatten in Form von Refaktien. Etwas Uhnliches haben wir fogar jest schon anläglich ber Rohstofftarife, die, ich will nicht fagen, gegen Mannheim gerichtet find, bie aber Mannheim boch geschädigt haben. Es bestehen gemiffermaßen inbirefte, verschleierte Refaktien, bie man zum Ausgleich einer Frachtenbenachteiligung burch die preußisch=heffischen Gisenbahnen Mannheim in Geftalt von Frachtnachläffen hat zu teil werden laffen. Bon der berühmten Bleich=

heit würde also auch später nicht die Rede sein, es würde im Gegenteil demjenigen gegeben werden, der schon hat, um Herrn Rollegen Schumachers Wort auch einmal zu meinem Ruten anzuwenden, es würde der niederscheinischen Jndustrie und dem niederrheinischen Handel gegeben werden und es würde demjenigen genommen werden, der sichs sauer genug werden lassen muß, nicht Mannheim allein, sondern auch Württemberg, dem Stiessind des deutschen Verkehrs, das auf alle Weise zu günstigeren Absatz und Transportverhältnissen gelangen möchte. Vor allem würde auch unser Transit leiden, der so wichtig ist. Der Transit ist wahrhaftig kein sicheres Gut und kein Privileg, auf welches man beständig bauen kann, sondern er unterliegt den größten Schwankungen; hier muß mit Bruchteilen von einem Pfennig gerechnet werden, und die Transite von Frankreich und Genua über die Gotthardbahn nach der Schweiz sind Transite, mit denen man bei einer Verteuerung des Rheintransportes noch stärker würde rechnen müssen als schon bisher.

Und nun vollends die äußeren Berhältnisse! Den Transit nach der Schweiz habe ich schon berührt. Auf der Elbe ist es mit Österreich derselbe Herr Professor Schumacher hat gemeint, erst mit bem Zollverein hätten all diese Bestrebungen begonnen. Das, glaube ich, ist historisch nicht richtig. Gie haben begonnen mit ber Rheinschiffahrtsafte ober ichon früher mit dem Wiener Frieden. Damals ift der Gedanke des internationalen Stromes, deffen Berhältniffe völkerrechtlicher Regelung unterftehen, ausgebildet worden. Das ift das große Berdienst von Wilhelm von humboldt gewesen, daß er biefen neuen Weg für die Behandlung der internationalen Aluffe eingeschlagen hat. Wir haben freilich hierdurch früher schwere Nachteile gehabt, indem andere hineingeredet haben. Rhein ift zwar Deutschlands Strom, aber nicht auf ber ganzen Strecke; ebenso ist es mit der Elbe. Sie wissen, wie verhängnisvoll die Rolle gewesen ift, die Holland gespielt hat. Dann aber kam seit 1848 mit Holland ein vollständiger Umschwung aller Verhältnisse, und das hat der Herr Kollege Schumacher, mit dem ich bezüglich seiner Behandlung der 1848 er Ereignisse überhaupt nicht übereinstimme, zu erwähnen vergessen.

Damals hat Holland, wie es auch gegenwärtig tut, sich auf ben Standpunkt unbedingter Berkehrsfreiheit gestellt, zu seinem eigenen Borteil. Die Hollander wissen wohl, was sie an der Abgabenfreiheit haben. In dem Augenblick, wo wir den als ewig betrachteten Staatsvertrag kündigen, kommen wir in den alten Zustand.

(Sehr richtig!)

Nicht als ob die Hollander wieder Transitabgaben wie früher aufstellen

würden, nein, aber sie können bei der Neuregelung mit hineinreden, gerade wie die Ofterreicher in die Elbe wieder mit hineinreden können. Sie können ihre Bedingungen ftellen. Die Hollander find meines Wiffens Leute, Die sich immer fehr gut auf ihren Borteil verstehen. Glauben Sie, daß die Hollander die gunftige Position, die Schleusen bes Rheins in den handen ju haben, fich entgehen laffen werden, daß fie uns noch dankbar fein würden, wenn man ihnen, mas ja nur eine Lockspeise für Coln ift, und heute noch nicht erwähnt worden ift, auch noch zumuten wollte, ben Rhein für Seefchiffe zu vertiefen, daß fie auch das noch bloß mit Dank akzeptieren. daß man ihnen Schiffahrtsabgaben auferlegt, die ihren zahlreichen Bartikulierschiffern, die den Niederrhein beinahe beherrschen, die Fracht verteuert? Nein, die Hollander werden miffen, mas fie zu tun haben. Legen Sie mir es nicht als einen latenten Verrat aus, wie es hin und wieder heutzutage Mode ift, daß man derartige Eventualitäten im voraus schon bespricht. Die Hollander find flug genug, um fich bas allein zu fagen. Da braucht fein beutscher Professor zu kommen, um es ihnen bemerklich zu machen.

Es sind gerade die internationalen Verhältnisse von allergrößter Wichtigkeit. Die Geschichte des Rheins zeigt uns, wie verhängnisvoll es war, daß die internationalen Verhältnisse nicht genügend geregelt waren. Wir haben nun jetzt eine mustergültige Regelung; denn in juristischer Beziehung bleibt sie musterhaft, und wir geben die gesicherte Position, die wir haben, aus der Hand! Wir geben sie aus einseitig preußischen Interessen, die denen der anderen Staaten schnurstracks zuwiderlausen, von vornherein aus der Hand, und ich glaube nicht, daß das Preußens Popularität im Süden Deutschlands oder im Königreich Sachsen beträchtlich erhöhen würde.

(Sehr richtig!)

Es wäre aber nicht nur eine Anderung eines Staatsvertrags, sondern vor allem eine Anderung der Reichsverfassung nötig. Kollege Schumacher hat mit bemerkenswerter Dialektik, der ich leider nicht in allen ihren Gängen habe folgen können, den Gedanken ausgeführt, daß eigentlich eine Anderung gar nicht notwendig sei, sondern nur eine andere Auslegung. Und er hat auch deshalb zeigen wollen, daß der Rhein jetzt eben keine natürliche Wasserstraße sei. Sine solche Auslegung kann jedenfalls nur eine geswungene sein. Herr Schumacher hat sich sogar zu meiner großen Berswunderung auf das Beispiel der Unterweser berufen. Wie ist es denn zugegangen, als die Unterweser mit Schiffahrtsabgaben belastet wurde? Zugunsten einer einzelnen Stadt, die einen enormen Auswand für einen kurzen Stromlauf gemacht hatte, den man in seiner ganzen Länge als

Hafen betrachten kann, ist das geschehen, und auch hierzu ist eine ausbrückliche Anderung der Reichsversassung nötig gewesen. Lesen Sie, bitte, die Debatten nach, lesen Sie, was ein Mann wie Windthorst, der ein gewiegter Jurist war, damals gesagt hat, wie schwer es ihm geworden ist, wie aber von allen Seiten gleichmäßig betont worden ist, eine Anderung der Reichsversassung sei diesmal nötig. Eines der Vorstandsmitglieder des Bereins, das wir heute vermissen, herr Löning, hat im herrenhause und in der Juristenzeitung vor kurzem juristisch auseinander gesetzt: es ist eine Anderung der Versassung ist nichts getan. Meine Herren, eine Anderung der Reichsversassung ist aber etwas sehr bedenkliches. Die Versassung ist eben dazu da, das seste Rückgrat des gesamten Reichs zu sein, und an sie zu tasten soll man sich zehnmal überslegen. Um solcher Vorteile willen, die für einen großen Teil des Volkskeine Vorteile sind, ist eine Änderung doppelt bedenklich.

(Sehr richtig!)

An der Reichsverfassung zu rütteln, werden sich hoffentlich die maßegebenden Faktoren nicht so leicht entschließen. Vom Bundesrat, von den beteiligten Staaten ist das wohl von vornherein, wenigstens was die außerpreußischen Staaten anlangt, kaum anzunehmen. Es handelt sich dabei um ein Prinzip, ja, um ein principium im doppelten Sinne; um einen Anfang ebenso wie um einen Grundsat handelt es sich. Sinmal mit der Abgabenfreiheit der Ströme gebrochen, heißt einen Ansanz zu machen, und man kann nicht wissen, wohin der Weg führt. Darum ist und bleibt für alle Freunde des disherigen versassungsmäßigen und international gesestigten Zustandes doch schließlich das Schlagwort: principiis obsta!

(Lebhafter Beifall.)

Oberbürgermeister Beck (Mannheim). Ich erkläre mich außerstande, ein dialektisch so künstlerisches Gebäude Ihnen vorzuführen, wie die Herren Brosessoren, die bisher das Wort ergriffen haben. Ich spreche nur als Praktiker, aber darum umso kürzer: Sodann spreche ich — wie begreislich — nur vom Rheine, so sehr ich auch die Elbinteressenten als Schicksalsgenossen anerkenne.

Was juristischer Scharfsinn, dialektisch gewandte und überzeugungsvolle Zusammenstellung aller der durchschlagenden Gründe gegen die Schiffahrtse abgaben, was ehrliche, gerechte Entrüstung gegen eine solche Schädigung weiter Erwerdsfreise vorzubringen vermag, ist in Schrift und Wort in so erschöpfender Weise in Versammlungen und Presse und in den soeben vernommenen glänzenden Ausführungen des Herrn Professor Gothein ges

schehen, daß Neues kaum mehr hinzugefügt werden kann, und doch sah man mit begreiflicher Spannung — wie allen Bereinspublikationen — bem Drudberichte und mündlichen Bortrage ber herren Referenten entgegen. Ich glaube, daß in all ben Kreifen, Die feit Jahren mit außerster Energie, sozusagen mit Feuer und Schwert jeden Gebanken an eine Schiffahrtsabgabe zu bekämpfen gewohnt waren, eine gewisse Enttäuschung bei aller Anerkennung ber Gründlichkeit und lichtvollen Darstellung Blat griff. Reine Enttäuschung griff Blat bezüglich bes Berrn Professor Schumacher, in bem wir einen der ersten Rufer im Abgabenstreite und zwar als einen der begabtesten Bertreter ber Abgabe kennen lernen. Anders liegt bie Sache hinsichtlich bes Professors Wirminghaus, von dem wir eine energische Befämpfung der Abgaben erwarteten, die mir aber in feiner etwas lauen, mit so vielen "Wenn und aber" bepackten Verfechtung der Abgabenfreiheit nicht zu finden vermögen. Und doch muß man dem herrn Referenten darin zustimmen, daß man feit dem letten preußischen Landtage mit der bisherigen Kampfesführung nicht mehr durchkommen fann. Denn: roma locuta est, der preußische Staat, die überwältigende Majorität der Landstände will die Abgaben, die Staatsregierung und der oberfte Reichsbeamte muß und wird alles aufbieten, fie bis zur Beendigung ber Kanaltorsobauten durchzuseten.

Es bleibt sonach bis dahin für uns nur noch eine Galgenfrist zum Vorbringen von Einsprachen. Schutz gegen die schwere Bedrohung des Verkehrs, des Handels und der Industrie ist nicht mehr zu suchen bei unserer deutschen Vormacht, dei Preußen, sondern hinsichtlich der Rheinschiffahrtsakte nur noch bei den Regierungen und Landskänden der drei beteiligten Bundesstaaten, deren Nackensteisheit bisher allerdings eine so schwere Belastungsprobe — wie diese — noch nicht bestand, und ferner bei der Regierung der Niederlande, mit der — nach der von dem Abgeordneten Lattmann mitgeteilten Äußerung des Ministers — "Preußen schon fertig werden wird".

Über die Anderung des § 54 der Reichsverfassung aber kann jedensfalls nicht die unheimliche Interpretationskunst der Kronjuristen hinübershelsen, sondern nur der Reichstag entscheiden; denn hier — wie Herr Professor Gothein so zutreffend aussührte — muß das treffliche Wort des sonst leider abgabefreundlichen Herrn Professor Löning im Herrenhause gelten: "Das unerschütterliche Vertrauen in die Vertragstreue des preußischen Staates darf durch keine erzwungene Auslegung im Volke erschüttert werden". Im Reichstage aber haben wir ein stetes Anwachsen der Zahl der Freunde der Abgabenfreiheit bestimmt zu erhoffen.

Zwar führte Herr Professor Schumacher aus, die Fülle der von ihm konstruierten Widersprücke nötige zur Abänderung des § 54 der Reichse verfassung. Aber, meine Herren, fast 30 Jahre lang ist der Artikel 54 völlig undeanstandet geblieben; niemand war sich bei Erlassung und bei der Durchführung dieser Bestimmung unklar über seine Tragweite. Und erst seit die Abgabenfreunde mit aller Mühe in diesen Paragraph fünstlich die Möglichkeit einer Abgabeerhebung hinein interpretieren wollen, ist diese Unklarheit und die angebliche Abänderungsbedürftigkeit entstanden.

Als ibeales Ziel bezeichnet Herr Professor Schumacher die Tatsache, die Transportkosten allgemein auf der Grundlage der bloßen Kostendeckung festzusetzen. Da nun nach seiner Meinung die Schiffahrtsfreiheit diesem Ziele widerstrebe, so müsse, so argumentiert er, die Abgabe auf den Flüssen eingeführt werden. Meine Herren! Wir in Süddeutschland sagen: Hansmann, geh' Du voran; d. h. Du Eisendahnsiskus, gehe Du voran und setze zuerst Deine Tarise auf die Transportkosten zurück, dann wollen wir, d. h. die Interessenten des Handels und der Industrie die Abgabe akzeptieren. Aber wir nehmen an, daß ein Staat, der in seiner liberalen Versehrspolitik 400 Millionen opfert, seinen Ruf nicht mehr gefährden wird wegen — verzeihen Sie das häßliche Wort — lumpiger 10 Millionen Mark.

Herr Professor Schumacher hat vergebens versucht, die Kreise, aus denen sich der ganze Abgabekrieg entsponnen hat, völlig zu entlasten, indem er nur ganz flüchtig in ironischem Tone von "Esenbahnkanatikern" und den "bösen Agrariern" sprach. Es heißt aber, den historischen Berlauf völlig auf den Kopf stellen bei dieser Darstellung. Den Ausgangspunkt der Abgabenagitation hat Herr Professor Gothein bereits in der bekannten Ulrichschen Schrift — also aus Eisenbahnkreisen kommend — festgestellt und dem haben sich aus handelspolitischen Gründen weitere — namentlich agrarische Kreise — ansgeschlossen und zwar mit Kücksicht auf den verhaßten Import ausländischen Getreides auf dem Rheine. Der Gegenbeweis, daß nicht aus diesen Kreisen — durchaus nicht von der preußischen Regierung, die anzuklagen durchaus unsbillig wäre — die Abgabeerhebung in das Geset hineingelangte und daß dieselben kein Wässerlein getrübt hätten, ist dem Herrn Professor Schumacher nicht gelungen.

Aber die Argumentationen des Herrn Professor Schumacher sind auch noch aus anderen Gründen angreifdar: Sowohl in den Ausstührungen des selben und teilweise auch in denen des Herrn Professor Wirminghaus als auch bei den Berhandlungen im preußischen Abgeordnetenhaus scheint mir ein grundlegender Irrtum insofern unterlaufen zu sein, als man sich mit der Frage beschäftigte, ob gute Gründe sich dafür geltend machen lassen,

Abgaben für einen Flußlauf einzuführen. Nicht aber barum handelt es sich, ob man nicht etwa s. Z. bei der Erlassung der Rheinschiffahrtsakte ober bei einer neu zu eröffnenden Schiffahrtsftraße eine Abgabe für Berftellung ober Berbefferungen ber Fahrrinne hatte festfeten konnen. Nein, bei bem Streit um die Rheinabgaben handelt es fich um einen Strom, der seit Jahrhunderten schiffbar ist, bessen Fahrrinne nach freier Entschließung ber Regierungen mit erheblichen Opfern im Interesse teils ber Schiffahrt, teils der allgemeinen Landeskultur, namentlich auch der Landwirtschaft, ver= bessert wurde, ohne jemals auch nur mit einer Silbe der Aflicht eines Rückersates ausschlieklich auf Rosten ber Schiffahrt zu gebenken; es handelt fich um eine Schiffahrt, um fostspielige Schöpfungen zur Ermöglichung und Erleichterung berfelben, um staatliche und städtische Hafenanlagen, um eine Berkehrs= und Industrie= entwicklung, die lediglich auf dem felfenfesten Bertrauen ber völligen Abgabenfreiheit fich aufbauten und beren Schäbigung unzweifelhaft durch die Abgabe erfolgt, furz: Nicht um fünftige "Leiftung und Gegenleiftung" bei einem neu zu schaffenben Unternehmen handelt es sich, sondern um finanzielle rückwirkende Rraft eines nach = träglichen, ich weren, verhängnisvollen Gingriffes in Sahrzehnte lang blühende Entwicklungsreihen, ein Gingriff, ben Niemanb auch nicht ber Weitsichtigste, ahnen und bei seinem Talent und seiner Rentabilitätsberechnung berücksichtigen konnte.

Darin läge meines Erachtens ein Unrecht. Aber sind benn die wirts schaftlichen Nachteile dieses Eingriffes so verhängnisvoll?

Bunächst die Schiffahrt, fie ift heute icon notleibend. Über alles Verhältnis des Anwachsens des Verkehrs hinaus hat sich aus eigenartigen Gründen der disponible Schiffsraum vermehrt. Kommt zu dem Überangebote besselben noch eine Schiffahrtsabgabe und wenn auch anfänglich eine nicht erhebliche, so ist, da bei der übergroßen Konkurrenz eine sofortige Über= mälzung im vollen Betrage auf die Berfrachter ausgeschloffen, hierdurch, jedenfalls aber durch Verminderung der Frachtmengen eine schwere Krifis in Reedereifreisen unter Bedrohung oder Vernichtung mancher, namentlich fleineren Eristenz die nächstliegende Folge. Die unvermeidliche, allmähliche Über= mälzung der Abgabe auf die Verkehrsinteressenten — Handel und Industrie verteuert nicht nur die Ware, sondern wird zweifellos ben heutigen großen Aftionsradius ber Schiffahrt, ben umfassenden Bereich, innerhalb bessen die Rheinfrachten verbilligend auf Handel und Industrie einwirken konnten, einengen, also weite Rreise bes bisherigen wirtschaftlichen Borteils mit Schabi= gung ihrer Erwerbs= und Steuerfraft ichabigen.

Mit ber allgemeinen Behauptung, eine niedere Abgabe könne weder die Schiffahrt, noch Handel und Industrie am Rheine "ruinieren", kommt man nicht durch; denn blühender Berkehr und sehr bescheidener, ja schlechter Berdienst treffen nicht selten zusammen. Und ferner muß denn gerade ein sofortiger, totaler Zusammenbruch vieler Berkehrs- und Industrieunternehmungen vor der Türe stehen, um die Sinführung von Abgaben unannehmbar erscheinen zu lassen; genügt nicht die unzweiselhafte Gefährdung solcher Unternehmungen, die als Ergebnis soliden Unternehmungsgeistes, langjährigen Fleißes und loyalen Vertrauens auf ungestörte Entwicklung des Wassersstraßenverkehrs entstanden und groß geworden sind?

Warum hat man nicht gleichzeitig auch ben Rückersatz eines verhältnis= mäßigen Unteils des Flußbauauswandes von der rheinländischen Landwirtschaft stipuliert, um den naheliegenden Berdacht abzuwehren, daß die Machtshabenden nicht einseitige Klasseninteressen fördern, sondern nur den Grundstatz Leistung und Gegenleistung — wenn auch mit rückwirkenden Kraft — durchführen wollen?

Burde benn in der blühenden Entwicklung von Verkehr, Handel und Industrie, in der enormen Steigerung der Steuerkraft ganzer Provinzen, soweit der Rheinverkehr seine segensreiche Wirkung entsaltet, nicht eine mehr als ausreichende Gegenleistung für den Millionenauswand der Rheinkorrektion — vor allem auch zur Entlastung des steuerkräftigeren Ostens — dem Staate geboten?

Böllig einer Meinung mit den Abgabefreunden bin ich darin, es sei Die Abgabe nicht ein Finanzzoll, wenigstens vorerst nicht, solange die fiskalischen Krallen noch in der sammetweichen Beschwichtigungepfote zurückgehalten werden. Nicht ein Finanzzoll, aber ein "Neidzoll" ist es. Propter invidiam - ift hinter ben schönen sogenannten staatsmännischen Worten bie Parole bes ganzen Abgabefeldzuges, ift die Parole manches - fagen wir eifrigen Freundes des Gifenbahnfiskus, der sein Verkehrsmonopol, seine Tarifallmacht durch die mäffrige Verkehrsschwester beschränkt sieht, noch vielmehr aber die Parole unfrer machthabenden lieben Freunde, der Agrarier, die endlich einmal — namentlich durch ad hoc abgestufte Abgabentariffate — die verhaßte Einfallspforte bes ausländischen Getreides verrammeln zu können hoffen. Aber nicht nur die Agrarier werden ein Freudenfest feiern, sondern vor allem unfre handels= und Berkehrsrivalen in Genua, Marfeille, benen allein der sehr beträchtliche Handel und Transport der fünftig dem abgabebelasteten Rhein entzogenen Getreidemengen zufallen. Aber auch hier trifft jum Vorteile frangösischer, italienischer und ichweizerischer Bahnen ber Schaben in der Hauptsache ja nur die bisweilen unbequeme badische Bahn.

Die wird nun das Schickfal der Rheinschiffahrt sich gestalten? Wird der preußische Staat, der jest in einer von den agrarischen Fraktionen geschaffenen Zwangslage nach widerspruchsvollem Schwanken seiner verantwortslichen Leiter sich zur Einsührung von Schissabgaben bereit erklären mußte, schließlich brechen mit einer jahrhundertalten ruhmvollen Tradition, die in konsequenter Durchführung einer verkehrsfreundlichen Wasserkraßenspolitik endlich die völlige Aushebung der lästigen Abgaben vor kaum mehr denn vier Jahrzehnten erzwang? Gab ihm in dieser 40 jährigen Periode die glänzende Entwicklung der Rheinlande auch nur einmal Veranlassung, seine damalige befreiende Tat zu bereuen? Wird durch Einführung eines unser ganzen modernen Verkehrsentwicklung widerstrebenden Wasserzolles das stolze kaiserliche Wort: "Unse Zeit steht im Zeichen des Verkehrs" kläglich zu schanden werden? Und wird es nötig fallen, den Partikularismus auszurussen zum Schuse der Reichsverfassung?

Tempora mutantur! Menschen, sogar Staatsmänner verschwinden, und auch Parteikonstellationen sowie Fraktionsverbände sind ein gebrechlich Ding. Werden nicht vielleicht nach einem Lustrum, währenddessen eine bessere Einsicht wiederkehrt, die rauschenden Fluten des Altvaters Rhein uns erzählen, daß es allen Anschlägen zum Trope nicht gelang, seinen stolzen Nacken nochmals unter das Joch der neuen Abgaben zu beugen?

Bis dahin aber stets unfre Waffen scharf und blank allen Waffer-

## (Lebhafter Beifall.)

[Der Vorsitzende schlägt nunmehr vor, mit Rücksicht auf die große Zahl der noch angemelbeten Redner — 17 — und die vorgerückte Zeit —  $^{1}/_{4}4$  Uhr — die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken. In einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte sindet dieser Vorschlag größeren Widerspruch. Nachdem einige Redner erklärt haben, daß sie bereit seien, ihre Wortmeldung zurückzuziehen, erklärt der Vorsitzende:]

Vorsitzender: Meine Gerren! Dieser Vorschlag ist für mich sehr akzeptabel. Wenn eine größere Anzahl Herren bereit ist, ihre Wortmelbung zurückzuziehen, würde nicht das mindeste Bebenken vorliegen, die Rebezeit noch nicht zu beschränken.

Professor Lot (München): Ich möchte bitten, daß wenigstens einer von den Herren, die für die Wasserstraßenabgaben sprechen werden, eine längere Redezeit bekommt. Ich sage das von sehr unparteiischem Standspunkt aus; denn ich bin nicht Anhänger der Flufzölle; aber im Interesse

ber Sache wäre es nicht ganz gerecht, wenn wir in ber Diskussion bem Herrn Professor Cohn, ber nachher bas Wort ergreifen wird, die Zeit kurzen würden, seinen abgabefreundlichen Standpunkt hier noch zu entwickeln.

[Es wird beschlossen, Herrn Generalbirektor Anecht und Herrn Professor Cohn das Wort zu geben, ehe die Redebeschränkung zur Abstimmung kommen soll.]

Direktor Anecht (Mannheim): Meine Berren! Wenn ich mich zum Wort gemeldet habe, so geschah es beshalb, weil man es wohl in Mannheim nicht für verständlich halten würde, wenn die Rheinschiffahrt nicht selbst zum Wort gekommen wäre. Ich werbe mich daher auf den Standpunkt bes Rheinschiffahrttreibenden stellen und die andern Fragen außer acht laffen muffen. Übrigens möchte ich meinen Dank Herrn Professor Gothein aussprechen, der die aufgeworfenen Fragen in einer Weise behandelt hat, daß ich ihn fast als meinen Rollegen in der Schiffahrt begrüßen könnte. Ich möchte nur eins hinzufügen. Bei ber Berechnung ber Bilangen ber Rheinschiffahrtgefellschaften ift ein wesentlicher Umstand außer acht geblieben. Diefe Gefellschaften blicken nicht auf 10 bis 20, sondern auf 40 und mehr Sahre gurud, und Sie fonnen fich benken, bag in biefer Zeit gemäß ber Aftiengesetzgebung die Abschreibungen einen fehr erheblichen Teil ausmachen, und daß das werbende Kapital eine Sohe erreicht hat, die mit dem Aftien= fapital selbst in keinem Berhältnis mehr steht. Um nun also bie vorhin geschilderten Verhältnisse in den Dividendenzahlungen der Rheinschiffahrtsgesellschaften herbeizuführen, die farg genug gewesen sind - man braucht nur die Berichte ber letten Sahre ju lefen -, muß ein unverhaltnismäßig hohes werbendes Rapital ba fein, um dem Aftienkapital einigermaßen zu einer Rente zu verhelfen. Meine Berren, es ift dies ein fehr mefentlicher Bunkt, ben zu prufen ich ben Freunden ber Schiffahrtsabgaben nicht warm genug ans Berg legen fann.

Wir fürchten, daß die Schiffahrtsabgaben sämtlich den Gesellschaften zur Last fallen werden; denn sowohl Handel wie Industrie werden die Möglichkeit sinden, sie auf uns abzuladen, und dadurch werden uns, selbst bei gutem Berdienst, mindestens zwei Drittel des Verdienstes entgehen. Die Herren, die diese Frage vorhin behandelt haben, verkennen vollständig die inneren Verhältnisse der geschäftlichen Ausbeutung der Rheinschiffahrt. Ich muß mich darauf beschränken, den Herren den Rat zu geben, einmal bei einem Praktiker in die Lehre zu gehen; denn dann werden sie einssehen — ich halte sie für gerecht genug —, daß derartige Theorien nichts

taugen. Als wir in Mannheim zuerst Nachricht bavon bekamen, daß man Schiffahrtsabgaben auf bem Rhein einführen wolle, glaubte ein großer Teil unserer Handelswelt, die Nachricht nicht ernst nehmen zu muffen; man fonnte fich nicht recht benten, bag wir zu Buftanben gurudfehren follten, die nicht einmal im Mittelalter entsprechend maren, daß es im 20. Sahr= hundert, im Zeichen bes großen Bertehrs, ernsthafte Leute geben konne, Die bem Berkehr auf den freien Strömen hindernd in den Weg treten wollten. Wir konnten uns ferner nicht vorstellen, daß berjenige Staat, den die Vorsehung zur Führung Deutschlands berufen hat, ber die große Verkehrs= aktion in der zweiten Sälfte der sechziger Jahre des vorigen Sahrhunderts unternommen hat, biesem großen Berkehrsaufschwung selbst hindernd in den Weg treten wolle. So unglaublich uns das schien, so muffen wir heute allerdings bekennen, daß diese Frage nun doch, wie es scheint, akut zu werden droht. Ich glaube, mich nicht zu wiederholen, wenn ich noch einmal hervorhebe, daß die Verhältnisse bezüglich des Verkehrs in Deutschland in den früheren Sahrhunderten überhaupt nicht mit den heutigen verglichen werden können. Die wirtschaftliche Rückständiakeit, bas Kehlen jeder über die eigenen Landesgrenzen hinausgehenden Initiative und vor allem der Mangel jedes Nationalbewußtseins machte eine großzügige Berkehrspolitik überhaupt bebeutungslos; damals war es ganz gleichgültig, ob man Schiffahrtsabgaben erhob ober nicht, ber Verkehr mare mit folchen ober ohne solche weber größer noch kleiner geworden. Heute liegen die Berhältnisse aber anders. Mit der nationalen Ginigung und der Freiheit des Berkehrs kam ein wirtschaftlicher Aufschwung in alle Teile bes Reiches, und wenn die an schiffbaren Strömen belegenen Gegenden eine gang besondere Prosperität dank jenen zeigten, dann sollte man fich doch mahrhaftig barüber freuen und nicht icheel zuseben.

Mit unendlicher Mühe und mit großem Scharssinn hat man versucht, eine Begründung zu konstruieren, welche die Schiffahrtsabgaben als einen Akt der Gerechtigkeit gegenüber benjenigen, welche nicht an schiffbaren Strömen wohnen können, darstellen. Ich bestreite auf das entschiedenste diese Theorie. Ich halte es für einen verhängnisvollen Irrtum, zu behaupten, daß die Berkehrswege eines großen Staates nur denjenigen zu gute kommen, die direkte Nutznießer sind. Derartige Anlagen lassen sich nicht mit einem sokleinen Maßstab messen. Die Prosperität eines Landesteils und seine gesteigerte Steuerfähigkeit wirkt unbedingt direkt auf die übrigen und wird von allen wohltätig empfunden. Wie sehr dies der Fall ist, zeigt ein Schristen, das der Berein der Rheinschiffahrtsinteressenten in Mainzseinerzeit herausgegeben hat. Es heißt darin — Sie werden mir gestatten,

einen kurzen Sat baraus vorzulesen —: Bon der Gesamtfläche der preußischen Monarchie entfallen 18 % auf die Provinzen Rheinland, Westfalen und Heffen Naffau, bagegen von der Bevölkerung 31,5 %, von dem gesamten steuerpflichtigen Ginkommen 38 %, von dem Gesamtguthaben der Einleger bei den Sparkassen 37,7%. Bon den genannten Provinzen wurden früher aufgebracht von der gesamten Grundsteuer der Monarchie 24,4 % und von ber Gebäudesteuer 32,6 %. Ihr Anteil an ber Stempel= fteuer beträgt 27,2 %, an der Erbschaftssteuer 37,8 %, an den Verbrauchs= steuern (einschließlich der Berwaltungskostenbeiträge) 26 % und an den Röllen aar 45 %. Bon ben in der Monarchie verwendeten Dampfpferbefräften (biejenigen ber Lokomotiven, sowie bie in ber Berwaltung bes Landheeres und in der Raiserlichen Marine benutten PS. sind nicht ein= gerechnet) entfallen mehr als die Sälfte, nämlich 52,5 % auf die erwähnten Provinzen. Endlich sei noch hervorgehoben, daß diese Provinzen in Berbindung mit dem Großherzogtum Seffen vom Güterverkehr der preukischhessischen Eisenbahngemeinschaft 56,8% im Inlands= und 54,3% im Auslandswechselverkehr, sowie 42,4% im Inlandslokalverkehr stellen. gesamten Güterverkehr Deutschlands beträgt ihr Anteil 47,5 % im Inlands. 37,8% im Auslandswechselverkehr und 31,4% im Inlandslokalverkehr. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß fie von der gesamten Beleise= länge der preußisch-hessischen Gisenbahngemeinschaft nur 27,1 % und von ber des Deutschen Reiches nur 18,8 % umfassen, sowie daß in jenen Landes= teilen auf je 100 000 Einwohner nur eine Geleiselänge von 81,6 km ent= fällt, mährend im Often der Monarchie 124,6 km, im Durchschnitt der Monarchie 90,9 km und im Durchschnitt bes Reiches 92,2 km barauf entfallen.

Inbezug auf bas rheinisch=westfälische Industriegebiet erwähnt der Kommissionsbericht, daß es räumlich den 150. Teil des Deutschen Reiches darstelle, daß aber sein Eisenbahnverkehr ein Viertel des gesamten Verkehres ausmache (S. 53.) Un einer anderen Stelle (S. 67) sagt der Kommissions=bericht: "Noch vor einigen Jahren hat das Einsehen einer ungünstigen Konjunktur im rheinisch=westfälischen Kohlengebiete 100 Millionen Mark Mindereinnahme im preußischen Eisenbahnetat zur unmittelbaren Folge gehabt." Der Vericht fügt dann bezeichnenderweise hinzu: "Wer also dieses Gebiet fördert oder hemmt, der hebt oder drückt die Staatsfinanzen."

Und nun, meine Herren, was wollen berartige kleine Mittel wie Schiffahrtsabgaben heißen? Glauben Sie benn, daß damit der Often geförbert wird, wenn wir im Westen einige Millionen Schiffahrtsabgaben zahlen? Es ist doch die Tendenz in der heutigen Sozialpolitik, die wirt-

schaftlich Schwachen zu schüßen. Haben benn die Freunde der Schiffahrts abgaben gar nicht daran gedacht, daß sie Tausende von Schiffahrts existenzen gefährden, welche unter harter Arbeit für die Ernährung ihrer Familien im ungleichen Wettbewerb mit den Sisenbahnen tämpsen? Oder sollte gerade dieser Wettbewerd ohne Auswahl getrossen werden? Wo bleibt dann da die ausgleichende Gerechtigkeit, von der so viel gesprochen wird? Den Gegensah, den man zwischen Sisenbahnen und Schiffahrtwegen konstruiert hat, ist so gewalttätig, wie nur möglich. Die Schiffahrt hat einen ganz andern Entwicklungsgang gehabt und beruht auf ganz andern Existenzebedingungen als die Sisenbahn. Der Wasserweg des Rheins ist nie Brivateigentum gewesen, und das Element, auf dem sich die Rheinschiffahrt vollzieht, wird von der Natur geliefert. Was haben dem Often alle diese Schiffsbauten im vorigen Jahre genützt, da der Himmel kein Wasser schische Schiffahrt nicht ausführen, und trozdem wurden die Schiffahrt nicht ausführen, und trozdem wurden die Schiffahrtsädgaben erhoben.

Die Frage, ob es wirtschaftlich richtig ist, Schiffahrtsgaben auf Ranälen zu erheben, möchte ich denjenigen überlassen, die die Kanäle erbauen und darauf fahren. Frankreich mit seinem großen Kanalnet hat die Abgaben Tropbem gilt Frankreich in Europa als einer berjenigen Staaten, ber am wohlhabenoften ift, und es wird faum jemand behaupten wollen, daß Frankreich ihrer Wiedereinführung bedürfe. Auf den früher französischen, jett elfässischen Kanälen hat die Schiffahrtsabgabe für die kleinen Schiffer ruinös gewirkt. In französischen Zeiten war der Schiffer von Abgaben befreit, heute erzielt er nicht nur geringere Frachten, sondern muß auch noch die Abgabe von feiner Fracht bestreiten, und dieser Borgang wird sich gang gewiß auch bei uns in Deutschland wiederholen, wie er sich auf den deutschen Kanälen im Elfaß vollzogen hat. Aber, wie gefagt, mögen die Leute sich damit abfinden, die auf den Kanälen, die gebaut werben, fahren. Meine Berren, bas ift eine gang andere Sache. Bier habe ich die freie Wahl, ob ich den Kanal benuten will ober nicht; ich kann ja einfach von einem Kanal wegbleiben. Etwas anderes ist es mit der bestehenden Schiffahrt auf dem freien Strom; sie hat sich zum Heile von handel und Industrie durch diese Freiheit hoch entwickeln können und sich ben Forderungen des Berkehrs angepaßt. Ihre ganze finanzielle Grundlage beruht auf bem Beftehenden. Die Abgabenfrage ber Kanäle mit den Schiffahrtsabgaben auf bem Rhein in ber Weise verschmelzen zu wollen, wie es geschehen ift, ist ein ungeheuerliches Beginnen, bem nicht scharf genug entgegengetreten werden kann. Wir wurden sonst in Deutschland dahin kommen, daß bei einer folchen gewalttätigen Politik kein Gewerbe,

kein Erwerbsstand mehr sicher ist, nicht von heute auf morgen in seinen Lebensinteressen erschüttert zu werden. Deshalb sage auch ich: Widerstehe bem Anfang!

(Lebhafter Beifall.)

Universitätsprofessor Dr. G. Cohn (Göttingen): Meine Herren, ich hoffe, ich werbe mit den 10 Minuten auskommen. Der Herr Kollege Schumacher hat mir fast nichts zu sagen übrig gelassen. Leider ist derzienige Mann nicht hier, der statt meiner hier zu reden gehabt hätte, nämlich mein alter Freund, der Präsident Ulrich. Er war bereit, zu kommen, ist aber im letzten Augenblick in Kassel durch das Verbot des Arztes zurückgehalten. Ich will wenigstens einige Worte sagen, die die Sache vielleicht, wenn Sie mir's nicht übelnehmen, auf ein etwas höheres Niveau heben, etwas professoraler machen. (Heiterkeit.)

Ich spreche die Wahrheit nur, ohne zu fragen, ob ich Parteien und Interessenverbänden damit ein Vergnügen bereite.

Der Berr Rollege Gothein hat am Schluffe seiner Rede mit besonderem Pathos von der Unantastbarkeit unserer Reichsverfassung gesprochen. über möchte ich einige Worte reben. Die Verfaffungsurkunden 1, wie wir fie feit hundert Sahren und länger in Europa und Amerika besitzen, sind aus Beftandteilen zusammengesett, die von fehr verschiedenem Range find. bestehen einerseits aus fundamentalen Bestandteilen und anderseits aus flüchtigen Niederschlägen einer Zeitströmung. Das älteste Land dieser modernen Verfaffungen find die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Sier find schwere Schäben baraus entstanden, daß biefe Niederschläge ber Strömung bes 18. Jahrhunderts sich versteinert haben, und sich dem Fortschritt des Lebens, der Erkenntnis und der Gesetzgebung entgegengestellt haben. was ihre Bersteinerung veranlaßt hat, ist verfassungspolitisch für eine große Demokratie fehr beachtenswert. Es find nämlich baburch Schranken gefett, welche bem Flugfande der wechselnden Majoritäten Dämme entgegenseten follen. Es ift infolgebeffen bie Gesetzgebung unter die Judikatur des höchsten Berichtshofes gestellt, ber die neuen Gesetze zu messen hat an den festen unverrückbaren Paragraphen alter Verfassungen, die teilweise bis in bas 18. Jahrhundert zurückdatieren. So ist es gekommen, daß im Jahre 1894 ein Einkommensteuergesetz burch den Kongreß verabschiedet wurde, das dann durch den höchsten Gerichtshof der Vereinigten Staaten fassiert murde. Barum? In ber Berfaffung ift ein Grundfat: es foll eine Befteuerung

¹ Eine nähere Ausführung bes Obigen vgl. "Art. 54 ber Reichsverfaffung", Zeitschrift f. b. ges. Staatswiffenschaft, 1906, S. 1--24.

für die Union nur nach der Kopfzahl stattfinden, nicht nach dem Wohlstand. Dieser Grundsatz, ein Niederschlag primitiver Ansichten von der Besteuerung hat sich den um ein Jahrhundert fortgeschrittenen Ansichten von der Besteuerung entgegen gestellt.

In den Einzelstaaten der Union ist etwas Ahnliches passiert. Da sind Gesetz zum Schutze der Frauenarbeit im letzten Jahrzehnt gemacht und ebenfalls vom höchsten Gerichtshof des Staates als nichtig beseitigt worden, weil in dessen Versassung eine Vorschrift enthalten ist, es dürse niemand im freien Gebrauche seiner Person und seines Eigentums beschränkt werden. In der Schweiz hat man durch die Bundesversassung von 1874 im Interesse einheitlichen Charafters der Gewerbegesetzgebung Verwandtes angestrebt. Der Art. 31 sagt: der Grundsatz der Handels und Gewerbefreiheit ist gewährleistet. Dabei bleiben gewisse Einschränkungen vorbehalten, die den Grundsatz der Gewerbefreiheit nicht verletzen. Die Folge ist gewesen, als die Strömungen der achtziger und neunziger Jahre kamen, daß fortwährend Konslikte zwischen der Gesetzgebung der Kantone und dem Bunde darüber entstanden: was sind erlaubte Einschränkungen der Gewerbefreiheit und was nicht?

Bei uns im Reich ift es anders gegangen, gar nicht im Sinne der beshaupteten Heiligkeit, jener Heiligkeit, von der man in finanziellen Dingen mit Borliebe redet, wenn der Staat etwas haben will und man nicht zahlen will. (Beifall.)

Bir haben einen Artifel in ber Reichsverfaffung, ber gang im Sinne ber irrtumlichen Anschauungen von der angeblich alleinseligmachenden Konkurrenz gefaßt ist, angeblich seligmachend in dem Gebiete, in dem sie am wenigsten felig macht, im Gifenbahnmefen. Das ist ber Art. 41. Diefer ift alsbald nach 1871 durch die Wiffenschaft widerlegt worden und wenige Sahre fpäter durch einen Mann, der sich um die Wiffenschaft sehr wenig gekümmert hat. durch Bismarck. Das System der Verstaatlichung der Eisenbahnen ist das vollendete Gegenteil jenes Art. 41. Wir haben ferner ben Art. 70. Diefer Artikel ift gerade im Laufe ber letten Zeit, wo von Reichsfinanzreform wieder einmal die Rede ift, in seiner Gebrechlichkeit enthüllt worden. Art. 70 -(bie Herren, die diesen Artikel gemacht haben, kennen die Elemente ber Finanzwissenschaft nicht) — Art. 70 fagt: "Solange Reichssteuern nicht eingeführt find, follen ufm.", wie wenn all die Bolle und Berbrauchsabgaben, die aus dem Rollverein dem Reiche in die Wiege gelegt find, keine Reichssteuern maren. Was sollen benn Reichssteuern in bem bier gemeinten engeren Sinne fein? Doch mohl nur birekte Reichssteuern, 3. B. eine Ginkommen= steuer, die seit der Begründung des Reiches fortwährend gespukt hat, ohne Wirklichkeit werden zu können aus guten Gründen. Was geschieht jest, in

einem Augenblick, wo von einer Steuerreform geredet wird, insbesondere von ber Erbschaftssteuer? Die mird ja ebenfalls als direfte Steuer bezeichnet und ware an fich mehr zu einer Reichssteuer geeignet als die Einkommensteuer. Es erklärt der preußische Kinanzminister gegen dieses Projekt: die biretten Steuern gehören ben Einzelstaaten. Das erklärt er angesichts bes Urt. 70 und feiner Beiligkeit!

### (Beiterkeit.)

Und nun, meine herren, möchte ich von dem Art. 54 fprechen, der uns hier beschäftigt. Ich will mich an bessen Interpretation nicht beteiligen, ich nehme die herrschende Interpretation an. Dieser Artikel hat zwei Gesichter. Das eine Geficht gehört mit zu ben großen ewigen Fundamenten unserer Reichsverfaffung, zur Festlegung ber Ginheit, ber Berftellung eines einheit= lichen beutschen Wirtschaftsgebietes, ber Beseitigung aller Miseren und Querelen ber alten Zeit. Das ist bas, mas uns nie genommen werden fann. Die andere Seite ift durchaus ein Rind jener Strömung, die wir mit einem Wort als freihandlerisch im weitesten Sinne bezeichnen können. Das war die Strömung, wo man alle hemmnisse beseitigen wollte, alle Abgaben, Gebühren und indirekten Steuern, fo daß man, wie es in Art. 70 geschehen ift, von selber auf birekte Steuern, Einkommensteuer u. beral. fam. Denn irgendwie muffen die Rosten doch gededt werden. Es ist hier so oft von Fiskalität gesprochen worden. Meine Berren, von Fiskalität wird immer gesprochen, wenn man bem Staate nicht gablen will, mas ihm gu= fommt.

## (Seiterkeit.)

Wer ift benn ber Fistus? Der Fistus ift die Gefamtheit. Wenn ber eine nicht gablen will, muß ber andere gablen; benn eine Staatswirtschaft kann nicht leben nach dem noblen Grundsate jener beiden Bolen: "Und da keiner wollte leiden, daß der andre für ihn gahle, gahlte keiner von den beiden!"

(Beiterkeit.)

Nun, meine Berren, biese Begeisterung für birefte Steuern mar in gewiffem Sinne eine fehr begrundete. Gerade ber Berein für Socialpolitif ift — ich glaube, kaum mit einer Ausnahme — bafür eingetreten und mit großem Erfolge. Gin Praktifer, ber gang vorzugsweife in enger Fühlung mit unserem Berein geftanden hat, hat fein gut Stud geleistet für die Reform bes preußischen Einkommensteuergesetzes. Ich brauche ben Namen nicht zu Wie aber, wenn man die Sache übertreibt ober übertreiben will, alsbald Sinderniffe fich zeigen, habe ich aus nächster Nähe im Kanton Zurich erlebt, wo unter eigentümlich gunftigen Bedingungen der Berfassung und ber Gesellschaft eine bemokratische Regierung mit einem Sprunge ein Maximum der Einkommensteuer erreichte, auf dem sie seit mehr als dreißig Jahren jett festsitzt.

Wie ist es bei uns nun damit gegangen? Es sind Fortschritte gemacht worden; und ich rede hier von preußischen Berhältnissen, die typisch für das ganze übrige Deutschland sind. Aus dem kläglichen Sinkommensteuergeset, das wir dis 1891 gehabt haben, haben wir ein sehr viel besseres gemacht, das freilich noch keineswegs auf dem Gipkel der Vollkommenheit angelangt ist. Die Schwierigkeiten einer Fortbildung liegen auf der Hand. Miquel selbst war froh bei dem, was er 1892/93 zustande brachte und dachte nicht an größeres.

Wenn man fich alfo bei Erlaß ber Reichsverfaffung über Die Schwierig= feiten getäuscht hat, die birekten Steuern je nach ben wechselnden Bedurf= nissen des Gemeinwesens zu vergrößern, so ist freilich noch ein sehr er= schwerender Umftand hinzugekommen: nämlich bas ungeahnte Wachstum ber Ausgaben von Gemeinden, Staaten und dem Reiche. Im großen und ganzen ift bas ja ein gludliches Zeugnis für bas Fortschreiten ber materiellen Rultur, neuer großer Bedürfnisse, neuen Wohlstandes. Wie ist es aber mit ber Gestaltung ber Finanzen gegangen? Man ift reuig zurückgekehrt zu jenen individuellen Entgelten, Gebühren, indireften Steuern, die man in ber Periode vor 30—50 Jahren ober gar vor 150 Jahren bekämpft hat. Warum? Weil ber Mensch — und das beweifen gerade diese beständigen Klagen über bie Fiskalität - bas, mas er bem Gemeinwesen schuldet, lieber in ber Weise bes individuellen Entgeltes, Stud für Stud bezahlt, als bag er Steuern bezahlt allein fraft feiner Leiftungefähigkeit und feiner ftaateburgerlichen Berpflichtung. So ift es gekommen, daß in die Lucke bes preußischen Staatshaushalts wie im Traum jener Gludfgewinn ber großen Gifenbahn= überschüffe gefallen ift, ber es uns möglich gemacht hat, mächtig wachsende Bedürfniffe (namentlich bes Volksunterrichts) zu befriedigen, ohne bie Steuern zu erhöhen. Diejenigen, die an jenen Überschüssen mäkeln, muß man einfach fragen: Seid ihr bereit, bafür zu forgen, daß die Einkommensteuer und die Bermögenssteuer verdoppelt wird? So lange ihr euch für ben Staat nicht verantwortlich fühlt, fo lange ihr über Fiskalität flagt, habt ihr es fehr leicht. Run waren die Illusionen damals, als wir die Gisenbahnen verstaatlichten, so große, daß sich selbst Maybach eines Tags hinreißen ließ, als die Opposition ihm entgegenhielt, durch die Berlufte an den Erträgen ber Staatseisenbahnen würden die preußischen Finanzen zerrüttet werden, zu entgegnen: "Was kommt es auf die Rentabilität an? fragt man bei ben Kriegshäfen, bei ben Festungen nach ber Rente?" Die Tatsachen haben ja noch unter feinem eigenen Regime ein anderes Wort gesprochen, und die

Notwendigkeit der Dinge hat dazu geführt, daß man sich mit klammernden Organen an diese Überschüffe gehalten hat und daß man sie heute erst recht festhält.

Meine Herren, welches ist das Berhältnis dieser Eisenbahnüberschüsse du den Finanzen der Wasserstraßen? Wie steht es mit der behaupteten Überlegenheit der Wasserstraßen, ihrer technischen Leistungsfähigkeit gegensüber den Eisenbahnen? Da sage ich einfach: die Wasserstraßen sollen noch höhere Überschüsse leisten als die Eisenbahnen; dann ist für mich die höhere Leistungsfähigkeit der Wasserstraßen bewiesen.

(Heiterkeit.)

Solange das nicht der Fall ist, kommt mir das Verhältnis immer so vor — und damit möchte ich schließen — wie in jener alten Geschichte von dem Bater, der seinen Sohn auf der Universität besucht; der Sohn offeriert ihm allerbeste Zigarren, der Vater raucht die Zigarre mit Befriedigung und sagt: Ich kann mir das nicht gönnen, aber du hast einen reichen Vater! Der Vater, das sind die Eisenbahnen, der Sohn, das sind die Wasserstraßen.

(Heiterkeit.)

Dixi.

(Lebhafter Beifall.)

[Der Vorsitzende erneuert nunmehr seinen Vorschlag, die Redezeit auf zehn Minuten zu beschränken. Die Versammlung beschließt so nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte.]

Professor Log (München): Meine Herren! Ich bin weber Vertreter ber Elbe, noch der Ober oder des Rheins, sondern der Wissenschaft. Wenn ich als solcher das Wort ergreise, geschieht es mit einer gewissen Zurückshaltung; denn meine Stellungnahme zu der Abgabenfreiheit ist in einem Punkt, wie ich gestehen muß, gegen früher etwas erschwert. Ich habe die Abgabenfreiheit auf den natürlichen Wasserstraßen, wie wir sie haben, immer als ein Korrektiv gegenüber dem Eisenbahnmonopol befürwortet. Dieses Argument ist etwas erschüttert, insoweit ein großer Teil des Berskehrs auf dem Rhein heute nicht mehr in freier Konkurrenz stattssindet, sondern in Abhängigkeit von einer monopolistischen Unternehmung. Ich muß das voraußschicken. Im übrigen sind jedoch die Gesichtspunkte, die für die Beibehaltung des bestehenden Zustandes sprechen, so zahlreich, und die Freude über diezenige Art der Eisenbahnpolitik, wie wir disher erlebt haben, ist dei mir nicht so uneingeschränkt, daß ich etwa eine neue Epoche in der ganzen Stellungnahme zu dieser Frage, wie der Herrent,

Brofessor Schumacher, seit der Verstaatlichung und insbesondere seit der schutzzöllnerischen Zuspitzung unserer Eisenbahntarispolitik andrechen lassen könnte. Ich habe auch nicht die Fähigkeit, mich in der Diskussion auf ein Gebiet zu begeben, was so fern liegt, wie das ideale Wunderland, das uns Herr Prosessor Schumacher vorgeführt hat. Ich habe die nüchterne Gegenwart vor Augen und die Vorschläge, die vorliegen.

Es ift so viel über Widersprüche bes heutigen Zustandes gesprochen worden, daß ich zunächst feststellen möchte: Die Widersprüche unter benen, die die heutigen Zustände verbeffern wollen, erscheinen mir noch viel größer. Der eine von ben Abgabenfreunden vertretene Standpunkt lautet: Jeder Strom foll seine Koften aufbringen. Dem preußischen Landtage ift eine Berechnung vorgelegt worben, wie groß feit bem Jahre 1866 nach Schätzung ber Regierung ber Unteil ber Ausgaben fei, ber auf die Schiffahrt entfalle; diese Summen find mit Berginsung und Tilgung in Rechnung gestellt, und dem hat man gegenübergestellt: wie viel Tonnenkilometer werden ge= leistet und wie viel hat jedes aufzubringen? Meine Herren, mas heißt bas? Es wird uns gesagt, im Often gibt es Strafen, die mit Abgaben schon heute belegt werden, und zwar sogar natürliche Wafferstraßen, die in merkwürdigem Widerspruch mit unserer Berfassung bereits so belegt werden; folglich schadet es angeblich auch nichts im Westen, und die Gerechtigkeit erfordert angeblich, daß der Reiche die von ihm verursachten Lasten im Westen und Often entsprechend bezahlt. Dann wird ausgerechnet, auf bem Rhein seien 0.04 Bfg. zu bezahlen — und herr Professor Schumacher hat mit diefen 0,04 Pfg. immer wie mit einer bestimmten Größe operiert -, auf der Mosel nicht weniger als 4,3 Pfg., auf der Weser 0,6 Pfg., auf ber Weichsel vollends 1,3 Pfg., auf ber Ober 0,7 Pfg. und auf ber Memel 0,5 Bfg. Jett frage ich: wie steht es nun mit ber Gerechtigkeit? Denn man darf doch nicht die Gerechtigkeit eine halbe Stunde lang anwenden und die andere halbe Stunde lang wieder vergeffen. überhaupt ein Bringip, zu fagen: weil einige Wafferstraßen im Often bisher mit Abgaben belaftet find, foll nun der Rhein etwas, etwas weniges, follen ferner die bisher im Osten noch freien Ströme enorm viel aufbringen. Der Rhein hätte, wenn jeder Strom seine Kosten aufbringt, nur wenig Abgabe pro Kilometer zu tragen. Denn der Rhein hat schon viel Berkehr, und da verteilt sichs auf viele Tonnenkilometer: aber die Weichsel, die Memel und die Ströme, die sich bisher überhaupt nicht recht entwickeln konnten, muffen nun, obwohl sie bisher gar nichts aufgebracht haben, bes schönen Gerechtigkeitsprinzips willen fo viel aufbringen, daß man recht zweifeln möchte, ob dabei der Verkehr bestehen kann. Wenn das bie Be-

rechtigkeit ist, daß jeder Strom seine Kosten tragen soll, so möchte ich mich barüber nicht aufregen, denn das ist so widersinnig, und diese angeblich zur Entlastung des Oftens geschaffene Gerechtigkeit wirkt gerade für den Often so drückend, daß so das Projekt nicht praktisch werden kann.

Nun hat uns Herr Professor Schumacher nicht gesagt, daß er dies System für falsch hielte; benn er hat mit 0,07 Pfg. bei der Elbe und 0,04 Pfg. beim Rhein operiert, und seine ganzen Forderungen gingen von diesen Tarisen aus. Aber er hat — ich mache ihm daraus keinen Borwurf, denn auch in 1<sup>8</sup>/<sub>4</sub> Stunden ist immer nur ein Teil der Dinge zu behandeln — gesagt, es sei das einzig Richtige, daß für die Abgabensberechnung die Ströme in zwei große Systeme, ein östliches und ein westeliches zusammengesaßt werden sollten; er hat aber nicht gesagt, wie viel da herauskommt. Für das System von Elbe die Memel fämen wir da zu Abgaben von 0,2 Pfg. pro Tonnenkollschung des Ostens, aber auch für das westliche Netz. Wir kämen aber auch wohl dann im Westen zu höheren Tarisen als 0,04 Pfg. pro Tonnenkssloweter.

Ich bin nun ganz mit Herrn Professor Cohn einverstanden: wenn es wirklich für die Gesamtheit und um der Gerechtigkeit willen notwendig wäre, würde es mir selbst bei der Stromzollfrage nicht als Argument imponiern, daß der Deutsche überhaupt nicht gern Steuern zahlt. Es ist gewiß Pflicht jedes Interessenten, daß er sich bei in Aussicht stehenden Belastungen eine Zeit lang wehrt, und in Deutschland wird diese Pflicht sogar furchtbar ernst genommen.

## (Heiterkeit.)

Aber was heißt benn quantitativ biese ganze Gerechtigkeit? Preußen rechnet aus, daß es noch nicht ganz 10 Millionen jährlich aufbringen müsse, um nachträglich die Zinsen und Tilgung der Auswendungen hereinzubringen; hiervon für den Rhein 12/8 Mill. Mk. Dafür sollen wir also die Verfassung ändern, dasür das Prinzip proklamieren: das einzig Gerechte ist, daß Sonderinteressen, für die Auswendungen gemacht werden, auch entsprechend durch Gebühren zahlen, und dieses alles sollen wir zunächst auf den Rhein anwenden. Ich will heute nicht untersuchen, ob es wirklich sonst in Deutschland so gehalten wird, daß nie für Sonderinteressen Aufswendungen gemacht werden, ohne daß diese entsprechende Lasten tragen. Im Lande der Ideale wäre das denkbar, Deutschland wird zurzeit ein wenig anders regiert. Aber wir könnten ja untersuchen, ob auf diesem Gebiet der Stromabgabe das Prinzip zuerst zu verwirklichen ist. Seit wann steht es aber dann sest, daß die Grundsätze einer gesunden sinanze

politischen Theorie dazu zwingen muffen, in jedem Fall die Kosten der bisherigen Regulierungen der Fluffe durch eine neue Abgabe aufzubringen? Das ist entschieden zu verneinen. Es fehlt leiber in unseren theoretischen Untersuchungen noch Klarheit über die soziale und wirtschaftliche Wirkung von Verkehrsfortschritten; es fehlt recht sehr die Feststellung, wie die allgemeine Steuerfähigkeit und ber Wohlstand von ber Berbilligung bes Berkehrs beeinflußt mirb; aber das weiß jeder aus der praktischen Routine, daß eine ganze Anzahl von anderen Möglichkeiten, für Verkehrsauswendungen sich bezahlt zu machen, für ben Fistus existieren als gerade die spezielle Deckung burch Berkehrsabgaben. Das Problem ift, daß ber Fiskus zu feinem Geld fommt, und das fann auch der Fall fein in anderen Mehreinnahmen als Stromgebühren, fofern wir nur eine Besteuerung haben, welche bei steigendem Wohlstande Mehrerträge liefert. Im übrigen vermisse ich bei allen Ausführungen ben Beweis, daß eine Verteuerung des Verkehrs burch Stromzölle nicht eintreten fann. Wenn aber eine Berteuerung eintreten fann, fo find die Stromabgaben eine unverhältnismäßig größere Zumutung und Belastung ber Volkswirtschaft in ben Produktionskosten, als bem entfpricht, mas für ben Fistus mit ben 10 Millionen herausspringt; und von biesem rein rechnerischen Standpunkt aus, meine ich, ift bisher die Frage nicht genügend vom Standpunkt ber Gefamtheit gewürdigt worden.

Ich sehe, daß meine Zeit vorüber ist. Obwohl ich meinen Gedankengang nicht zu Ende führen kann, möchte ich nicht das üble Beispiel geben, meine Zeit zu überschreiten, und breche daher ab.

(Beifall.)

Bergrat Gothein, Mitglied des Reichstags: Meine Herren! Ich fann Ihnen nicht versprechen, die Debatte auf einen höheren Standpunkt zu heben, aber ich kann Ihnen versprechen, wenigstens zur Sache zu sprechen. (Beifall.)

Ich bin ein Vertreter bes mißhanbelten Oftens, ber im Interesse ber Gerechtigkeit verlangen soll, baß auf ben offenen Wasserstraßen Schiffahrts=abgaben erhoben werben. Nun, wer verlangt benn bas im Often? Sind bas die wirklichen Interessenten ber Wasserstraßen? Sind bas die Schiff=fahrttreibenden? Ist bas Handel und Industrie? Sind bas die Verfrachter? D nein, mein Herren, wenn Sie sich die Voten aller dieser Gremien ansehen, werden Sie sinden, daß sie alle Gegner der Erhebung von Abgaben auf den offenen Wasserstraßen sind, und wenn die oftbeutsche Landwirtschaft, speziell die an der Ober interessierte, ihre Interessen richtig verstände, müßte sie sich sagen, daß, wenn auch nicht der Menge der Waren, so wenigstens

ihrem Wert nach die Landwirtschaft die größte Interessentin an der Oberschiffahrt ist, und frühere Vertreter der Landwirtschaft haben deshalb auch mit aller Energie die Forderung der Abgabenfreiheit erhoben. Ich glaube, es ist eine "flüchtige Zeitströmung", die jest in der Landwirtschaft auf dem entgegengesetzen Standpunkt steht.

Meine Herren! Warum sind wir denn, obgleich wir mit einem stillen Neid den großartigen Rheinstrom betrachten, der ganz ohne Abgaben ist, der ganz andre Massen bewegen kann mit ganz anders billigen Frachten, trothem Bertreter der Abgabensreiheit auf den offenen Wasserstraßen? Der Neid wird bei uns nicht dazu führen wie bei jenem Geizhals, dem eine gütige Fee sagte, er könne sich wünschen, was er wolle, es werde ihm erstüllt werden, aber gleichzeitig werde seinem Feinde das Doppelte davon zuteil werden, und der sich dann wünschte, daß er ein Auge verlieren möge, damit sein Feind blind werde.

#### (Seiterkeit.)

Bei uns murbe die Sache gerade umgekehrt liegen, wie Brofessor Lot eben zutreffend auseinandergesett hat: Der Rheinstrom und die Interessenten baran würden ein Auge verlieren, und wir würden blind werden; benn wenn wir auch auf ber oberen Ober Abgaben gahlen und auf ben märkischen Wasserstraßen durch Abgaben bedrückt werden, so haben wir doch wenigstens noch einen Teil Freiheit, nämlich auf ber Ober unterhalb Breslaus. Es ift bas für uns allerdings fehr wefentlich; benn wir, die wir unter dem "Siegen", wie Berr Professor Schumacher annimmt, ber Abgaben ichon leben, miffen, was es bedeutet, wenn jahraus jahrein nicht diese feste Abgabe, die man mit 0,04 Pfg. in Aussicht stellt, erhoben wird, sondern wenn die Abgaben jahraus jahrein gesteigert werden. Ich habe es noch im preußischen Abgeordnetenhause erlebt, daß als dasjenige, mas notwendig fei, um die Aufwendungen für die Schiffahrt auf offenen Strömen zu beden, 3 Millionen von dem damaligen Chef der Wafferbauverwaltung bezeichnet murde. wie find diese Summen gewachsen? Jett find es bereits 12 ober find es gar 27 Millionen geworben. Das gibt zu benfen.

Nun ift gesagt worden, man verstehe nicht, warum wir im Osten nicht verlangten, daß auch für die besondern Veranstaltungen an offenen Strömen Abgaben nicht erhoben würden. Meine Herren! Wir würden das sehr gern verlangen, wir halten es bloß bei der gegenwärtigen Zusammensehung des Abgeordnetenhauses nicht für erreichdar. Wir freuen uns aber außerordentlich, in Herrn Prosessor Wirminghaus darin einen Mitstreiter zu sinden. Aber was hat es denn für einen wirklichen inneren Grund, daß man die offenen Wasser, die natürlichen Flußläuse von Abgaben befreien wollte? Der

Grund ist ein technischer. Der Mann, der länger als ein Menschenalter hindurch an der Spitze des preußischen Bauwesens gestanden und die gesamte Leitung unter sich gehabt hat, der Oberbaudirektor Hagen, der Altmeister des deutschen Wasserbaus, führt in seinem berühmten Werke "Der Wasserbau" aus:

"Bei dem überwiegenden Einfluß, den die Kultur des Bodens auf die Bewohnbarkeit und den Reichtum der Landschaft ausübt, muß man die Beförderung der Vorflut oder die Verhinderung der Versumpfungen als den wichtigsten Zweck der Stromeregulierungen ansehen."

Meine Herren! Uns Mitgliedern der Oberstromschiffahrtskommission — und die besteht auch aus Landwirten — wird jährlich eine Schrift überreicht, die von der Oberstrombaudirektion, also von der amtlichen Behörde, heraussgegeben ist, und darin steht:

"In der für die Vorflut geschaffenen Rinne geht die Schiffahrt vor sich. Je mehr die Stromregulierung ihren obersten Zweck erreicht, der Landwirschaft durch eine ordentsliche Vorslutrinne zu dienen, um so mehr nutt sie auch der Schiffsfahrt. Letztere ist der Prüfstein für die Schaffung einer ordentslichen Vorslutrinne."

Ich habe es selbst erlebt, daß, als einmal bei der Beratung der großen Kanalvorlage in der auch für die untere Oder eine Vorlage gemacht war, wonach der Schiffahrtsweg von dem Vorslutweg getrennt werden sollte, gerade von konservativer agrarischer Seite der lebhafteste Einspruch dagegen erhoben wurde; denn, hieß es da, wenn der Vorslutstromschlauch versandet und die Schiffahrt geht durch, merkt sie es sofort und fängt an, zu klagen und zu schreien und dann wird er geräumt. Wenn die Schiffahrt aber durch einen besondern Schiffahrtskanal geht, kann der Vorslutschlauch ruhig versanden und dann merkt man es erst, wenn wir die Überschwemmungen haben; also gerade von agrarischer Seite wurde dieser unlösliche Zusammen-hang zwischen der Regulierung im Vorslutinteresse und im Schiffahrtinteresse betont. Meine Herren! Das ist eben der innere Grund für diese Bestimmung der Reichsversassung. Das macht es notwendig, daß für das, was im Vorslutinteresse geschaffen worden ist, nicht die Schiffahrt bezahlen soll.

Meine Herren! Wie find benn die Berechnungen über die Aufwendungen im Schiffahrtsinteresse gemacht? Roch bei der Kanalvorlage haben wir geseschen, daß massenhaft Anlagen, die tatsächlich lediglich dem Vorslutinteresse

bienten, aufs Konto ber Schiffahrt gesetzt wurden. Ich möchte Ihnen ein klassisches Beispiel von der Ober anführen. Da ist ein siskalischer Hafen gebaut worden aus der Anleihe, welche für die Kanalisierung der oberen Oder ausgeworfen wurde. Sämtliche Ausgaben und die Berzinsung sür das Hasenbecken und Grunderwerb werden aufs Konto der Schiffahrt gesetz; aber die Einnahmen aus dem gesamten Hafen, aus der Hasenbahn, den Kranen kommen der Eisenbahn zugute. Und dann wundert man sich, wenn die Schiffahrt kein Erträgnis bringt. Es ist eben der Eisenbahn zugeflossen.

Meine Herren! Herr Professor Cohn hat ausgeführt, die Bestimmung der Reichsversassung, welche die Abgabenfreiheit auf den offenen Strömen sestllege, sei ein flüchtiger Niederschlag einer Zeitströmung. Ich habe den technischen Grund dieser Bestimmung auseinandergesetzt, und möchte nur noch erinnern, daß diese Zeitströmung eine recht lange gewesen ist. Am Rhein hat diese Zeitströmung 75 Jahre und länger gedauert, ehe sie den vollen Erfolg gezeitigt hat, bei der Elbe auch noch länger. Diese Zeitströmung begann bereits unter dem Großen Kursürsten, der auch nicht wollte, daß die wirtschaftliche Wirksamkeit der Wasserstraßen, die er gedaut hatte, durch sinanzpolitische Maßregeln hintan gehalten werden, ein Wort, das beim Bromberger Kanal von Friedrich dem Großen wiederholt worden ist. Man hat diese beiden Fürsten, die zusammen 100 Jahre regiert haben, trozbem sie dieser flüchtigen Zeitströmung Rechnung trugen, die Großen genannt.

Nun, meine Berren, wir haben alle ben einen Bunfch, unfer Baterland zu fördern, und mit Recht hat Herr Professor Schumacher hervorgehoben, welche Bedeutung billige Frachten für die Entwicklung von Handel und Industrie haben. Wir fprechen fo viel von einer amerikanischen Gefahr. Ich halte sie nicht für so groß; aber wenn sie vorhanden ist, beruht sie zum bei weitem größten Teil in den niedrigen Frachten, mit denen die Amerikaner rechnen. Wenn man aber nun diese niedrigen Frachten für uns badurch herbeiführen will, daß man zuerst die Frachten erhöht, indem man neue Schiffahrtsabgaben einführt, fo kommt mir bas ungefähr vor, wie wenn jemand von Mannheim nach Frankfurt reisen will und sich zu diesem Zwed bas Billet erft nach Bafel nimmt. Das ift boch tatfachlich bie Wirkung, bie allein diese Borschläge haben können. Ich halte ben Niederschlag, den die Abgabenfreiheit in der Deutschen Reichsverfassung gefunden hat, nicht für bas Ergebnis einer flüchtigen Zeitströmung, sonbern für ben Nieberschlag einer durch Sahrhunderte instematisch geführten großzügigen Berkehrspolitik, und ich will hoffen, daß das deutsche Volk über die Notwendigkeit der Anderung der Reichsverfassung nicht so leicht hinweg geht, wie das von andrer Stelle empfohlen worden ift, sondern daß es auch hierbei eingedenk

sein möge des Wortes: Was du ererbt von beinen Bätern haft, erwirb es, um es zu besitzen!

## (Lebhafter Beifall.)

Dr. Brandt, Geschäftssührer ber Handelskammer (Düsselborf): Meine Herren! Ich stehe mit Ihnen unter bem Eindruck des ausgezeichneten Berichts des Herrn Professor Dr. Schumacher. Aber bei der außerordentslichen Hochachtung vor ihm oder gerade vielleicht wegen dieser Hochachtung muß ich erwähnen, daß er einen alten Vorwurf erhoben hat, der eigentlich in dieser Versammlung nicht auftauchen sollte. Er hat gesagt: Die Interessenten schreien, der Verein für Socialpolitik hat die Pstlicht, seine Meinung zu bekunden. Und herr Professor Cohn hat gesagt, er sei nicht auf das Katheder gekommen, um Interessentenverbänden ein Vergnügen zu machen. Diese Äußerung kann nur auf uns Geschäftssührer wirtschaftlicher Körpersschaften abzielen. Meine Herren, diesen Kniff muß ich ausdrücklich zurückweisen.

#### (Bravo!)

Wenn ich hier das Wort ergreife, so darf man in mir nicht den Vertreter einer Interessengruppe erblicken, sondern ich erhebe den Anspruch, genau mit derselben wirtschaftlichen Gründlichkeit zu arbeiten, wie jeder andre das für sich in Anspruch nimmt.

#### (Beifall.)

Meine Herren, es wird hier bei den Schiffahrtsabgaben immer mit außerordentlich großen Zahlen operiert, und ich muß beshalb darauf hinweisen, daß die Rostenberechnung, wie fie in bem letten Band ber Schriften bes Bereins für Socialpolitik von herrn Dr. Nasse aufgestellt worden ift. beshalb burchaus unrichtig ift, weil fie, wie Berr Professor Gothein schon ausführte, die Koften ber Bafen einschließt, für beren Benutung Staat und Gemeinde Abgaben bekommen, für die fie also das Kapital nicht umsonst aufwenden. Bei ber Schiffahrtsabgabenfrage handelt es fich lediglich barum: wie bekommt der Staat für die Rosten, die er ohne Berginsung, Tilgung usw. aufgewendet hat, nun jest einen Erfat ? Deshalb find bie Gate bes herrn Dr. Naffe viel zu hoch. Wenn nun aber ein folcher Rechner Ihnen ausrechnet, daß Breußen nur 45% ber gesamten Aufwendungen für die Schiffahrtszwecke gemacht hat, fo feben Sie icon, bag um die Sache ein viel zu großes Geschrei gemacht wird, daß man der Öffentlichkeit immer viel zu große Summen vorführt, die in Wirklichkeit gar nicht für die Schiffahrt verwandt worden find.

Herr Professor Cohn hat gesagt: wann spricht man vom Fistus?

wenn einer nicht zahlen will, aber ber andre zahlen soll. Also wenn ber preußische Eisenbahnsiskus von 400 Millionen Mark Eisenbahnüberschüssen nichts herausgeben will, die Schiffahrt aber auf einmal 27 Millionen Mark für Wasserbauten ersetzen soll. So liegt die Sache, das ist der Fiskus! (Sehr richtia!)

Nun hat Herr Geheimrat Peters in seiner neuesten Arbeit in ber beutschen Wirtschaftszeitung eine ganz überraschende Entdeckung gemacht. Er hat nämlich gefunden, daß das Fahrwasser zu den Schiffahrts="An=stalten" gehört.

(Beiterfeit.)

Meine Herren, bas mar ja ichon lange ber fehnlichste Bunsch ber preußischen Regierung, das endlich einmal einwandfrei begründen zu können; darauf gehen ja feit 11/2 Jahren alle Bestrebungen hinaus, die Reichsverfassung, bie zu beseitigen man sich scheut, so zu interpretieren, daß man gemäß ber jekigen Fassung schon Schiffahrtsabgaben erheben kann. Nun, meine Herren, ift der Beweis gelungen? herr Geheimrat Beters schreibt: Der Artikel 54 ber Verfassung bes Deutschen Reichs vom 28. März 1849 gibt eine Legalbefinition des Begriffs der Schiffahrtsanstalten und erwähnt dabei das Kahrmaffer bei ber Seefchiffahrt; für die Alufichiffahrt ist diese ausbrückliche Reftstellung an jener Stelle nicht gegeben. Herr Geheimrat Beters schlieft nun folgendermaßen: Im Laufe der Zeit hat man diefen ursprünglichen Artifel 4, § 20 der alten Verfassung zu dem jetigen Artifel 54 der Reichs= verfassung zusammengezogen. Man mußte sich baber, ba jener zwei Begriffe von Schiffahrtsanstalten aufstellte, Die Legalbefinition aber nunmehr megfiel, für eine Auslegung des Begriffs entscheiden. Aus andern Gründen ift es mahrscheinlich, daß die Entscheidung für die Definition fiel, die ehe= bem für die Seeschiffahrt galt, also gehört das Fahrwasser zu den Schiffahrts= anstalten. Ich fann biefem Schluffe nicht beitreten. Benn vorbedachterweise bie Ausdrücke für See- und Flußschiffahrt in der Berfassung von 1849 gang verschieben befiniert werben, so muß man barauf ein großes Gewicht legen und kann nicht sagen, daß, weil zufällig 1849 das Fahrwasser bei ber Seeschiffahrt als Schiffahrtsanftalt ermähnt ift, nunmehr auch für bie Klußschiffahrt bieses Fahrwasser Schiffahrts="Anstalt" sei. Bor allem aber ift barauf hinzuweisen, bag bie Trennung zwischen Flußschiffahrt und Seeschiffahrt auch heute noch im Artikel 54 der Reichsverfaffung bestehen geblieben ift, also bie Bufammenziehung ber Begriffe, auf ber Berr Geheimrat Peters feinen Schluß aufgebaut hat, gar nicht erfolgt ift. Meine Herren, aus biefen Gründen kann ich mich der Anficht bes Herrn Geheim= rat Peters nicht anschließen und ich glaube auch nicht, daß es ihm gelingen

wird, in seiner großen Arbeit über ben Artikel 54 seine Auffassung zu begründen.

Man hat immer gefagt, die Maßregel der Einführung der Schiffahrts=
abgaben sei nicht so schlimm, weil sie sich gegen großkapitalistische Organi=
sationen richte, und es ist von Herrn Professor Lotz gesagt worden, sein
Widerstand gegen die Verkehrsfreiheit der Ströme sei erschüttert worden,
seitdem das Rohlenkontor seine bekannte Frachtpolitik durchgesetzt habe.
Meine Herren, ich habe die seste überzeugung, wenn Sie die Rheinschiffahrt
durch Abgaben in eine Krisis hineintreiben, gibt es kein besseres Mittel,
die Syndikatspolitik in der Rheinschiffahrt hoch zu bringen, wie gerade
diese Schiffahrtsabgaben; es gibt kein besseres Mittel, die kapitalistische Ent=
wicklung der Rheinschiffahrt zu fördern und den Partikulierschifferskand ent=
gültig zugrunde zu richten, als die Schiffahrtsabgaben.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, ber Berein für Socialpolitik ist boch wohl die Stelle, wo man berartige Bebenken zu allererst einmal in ben Vordergrund rücken barf.

Es ift vorhin von herrn Professor Schumacher ermähnt morben, bag politische Erwägungen bei ber Aufhebung ber alten Rheinzölle und auch ber anderen Flugzölle fehr ftark mitgefpielt haben, und herr Professor Wirming= haus hat in seiner Schrift barauf hingewiesen, bag es auch politische Ermagungen find, welche jett bei ber Wiedereinführung ber Schiffahrtsabgaben nicht die kleinste Rolle fpielen. Meine Berren, das ist gerade ber fpringende Bunkt ber Sache. Man hat uns viele Versprechungen gemacht und macht sie uns noch, man werbe uns loyal behandeln, man werde die Schiffahrtsabgaben so niedrig halten wie möglich, man werde die Guter bifferenzieren, die Maffengüter nicht so hoch belasten, wie die anderen Güter. Meine Herren, das ift, wie sehr richtig vorhin gesagt wurde, ein Wechsel auf die Zukunft und zwar ein Wechsel auf eine fehr dunkle Zukunft, weil man eins dabei ausgeschaltet hat, mas auch fein preußischer Minister tun fann, nämlich ben politischen Ginfluß. Wir haben, glaube ich, allen Grund bazu. Miftrauen gegen eine gemiffe reaftionare Birtichaftspolitif zu haben. Bir haben, meine Herren, nicht nur bas Recht, sondern auch die Aflicht zum Widerstand, in einem solchen Augenblick der innervolitischen Lage. Ober, meine herren, find Sie ber Ansicht, daß die zufünftigen Zeitalter das Ranalgeset als unter einer verkehrsfreundlichen Ara zustande gekommen betrachten werden? Ich glaube das nicht. Ich bin mit herrn Professor Birminghaus ber Anficht, bag es eine große Übertreibung ift, wenn man behauptet, jede Schiffahrtsabgabe ruiniere die Schiffahrt; aber bennoch wollen wir die Schiffahrtsabgabe nicht. Heute ist die Gebühr mäßig,

Schriften CXVI. — Berhandlungen 1905.

morgen wird sie vielleicht eine kleine Verkehrssteuer werden und übermorgen kann sie eine prohibitive Abgabe im agrarischen Interesse sein, die nicht nur den Einfuhrhandel hemmt, die auch unserm Aussuhrhandel schadet und die einen großen Einfluß auf die Spannung zwischen den Tarisen der Wasserstraßen und Eisenbahnen ausübt.

Meine Herren, Herr Professor Schumacher hat gesagt, es gäbe auch Gesichtspunkte ber Schutzollpolitik, die für Einführung von Schiffahrtssabgaben sprechen. Meine Herren, wer hat jemals aus Industrie und Handel einen derartigen Schutz verlangt? Überlassen Sie das doch der schutzzöllnerischen Industrie, oder wollen Sie der Landwirtschaft angesichts der neuen Handelsverträge noch einen weiteren Schutz durch Schiffahrtsabgaben geben? Ich meine, diesen Mut kann doch niemand besitzen.

Meine Herren, wir haben zu trübe Erfahrungen gemacht, wir dürfen keinen Optimismus haben. Es kann niemand den Beweis führen und es hat ihn auch heute niemand trot der Thesen des Herrn Prosessor Schumacher geliefert, daß wirtschaftlich die Rheinschiffahrtsabgabe eine Notwendigkeit ist. Man kann nur beweisen, daß die Abgabenfrage eine politische Frage von großer Bedeutung geworden ist, und aus diesem Grunde fürchten wir sie. Ich würde mich einer wirtschaftlichen Notwendigkeit fügen; politischen gewaltsamen Machtansprüchen werde ich niemals nachgeben.

(Lebhafter Beifall.)

Reichs= und Landtagsabgeordneter Dr. Beumer (Duffelborf): Meine Herren, ich murbe auf das Wort verzichtet haben, wenn ich nicht als ein im praktischen Leben stehender Mann einige Bemerkungen zu den Außerungen bes herrn Professor Schumacher und bes herrn Professor Cohn zu machen Herr Professor Schumacher hat von der Interessentenversammlung in Duffelborf, die am 17. Dezember v. 38. stattfand und in der, wie jeder, ber ben stenographischen Bericht - und ben muß herr Professor Schumacher kennen — nachliest, zugeben wird, sehr sachlich diskutiert murbe. lediglich zu erzählen gewußt, daß ein alter jovialer herr ben Nifolaus Bederschen Bers: "Sie follen ihn nicht haben, ben freien beutschen Rhein" vorgetragen hat. Er hat ferner die Schrift, die von wissenschaftlichen Männern im Auftrage der Rleinschiffahrtsinteressenten herausgegeben worden ift und die fo schätzenswertes Material enthält, daß ber Berein für Social= politif nicht hatte ju erroten brauchen, wenn fie feiner Schriftenfammlung einverleibt worben ware, keiner Erwähnung murbig gefunden. Das gehört alles mit zur Beurteilung ber Außerung bes herrn Professor Cohn, bag er die Debatte auf einen höheren Standpunkt bringen, d. h. sie etwas "professoraler" gestalten wolle. Daß das Professorale immer das Höhere sei (Heiterkeit), kann ich von meinem Standpunkte nicht zugeben, die Anwesenden natürlich und namentlich Herrn Professor Cohn immer ausgenommen.

### (Heiterkeit.)

Auch die weitere Außerung des Herrn Professor Cohn, daß die Professoren berufen seien, die Wahrheit zu suchen und zu sagen, womit er wohl ans beuten will, daß andre das nicht täten, gehört zu den Zeichen unserer Zeit, in der man sagt: die Interessenten verstehen von der Sache nichts (Heiterkeit), die anderen alles. Das würde wahr sein, wenn die Interessenten Scheuskappen anhätten und Kirchturmspolitik trieben. Und doch sind es hier die Interessenten im Lande, die gerade die Blüte unseres wirtschaftlichen Lebens hervorgerufen haben, eine Blüte, die nicht vorhanden sein würde, wenn wir lediglich Wahrheit suchende und sagende Professoren in unserem Deutschen Reiche hätten.

### (Heiterkeit.)

Nun ist der Vortrag des Herrn Professor Schumacher gelobt worden als ein Erzeugnis großer logischer Schärfe. Dem stimme ich zu, nur möchte ich seine Aussührungen ähnlich kritissieren, wie mein hochverehrter Lehrer, Herr Professor Jürgen Bona Meyer-Bonn einmal vom Zedlitzschen Schulgesehentwurf sagte: ein Werk von großer logischer Schärfe, das aber auf unrichtigen Prämissen aufgebaut ist! Es war vor allen Dingen unrichtig, Sisendahn und Schiffahrt nur in dem Gegensah zu betrachten: 600 Millionen Überschuß auf seiten der Sisendahn, 27 Millionen Zuschuß auf seiten der Schiffahrt; während der Vortragende von dem Einfluß der Flußkorrektion auf unsere Landeskulturverhältnisse in diesem Zusammenhang nichts gesagt, wenigstens nicht den Versuch gemacht hat, einmal den Teil auszuscheiden, der auf die preußische Landwirtschaft entsallen müßte, wenn es sich um das von Gerrn Professor Cohn erwähnte Zahlen handelte.

# (Heiterkeit.)

Daß bas die preußische Staatsregierung nicht tut, begreife ich. (Heiterkeit.)

Daß aber ein beutscher Professor hier verschweigt, daß die Landwirtschaft auch verpflichtet wäre, einen Teil zu zahlen, das verstehe ich nicht. Daß es die preußische Staatsregierung nicht tut, begreife ich; denn bei der preußischen Staatsregierung ist Herr v. Podbielski Ressortminister, wenn es sich um die Schweinenot handelt (Heiterkeit); wenn es sich aber um die Schissart handelt, dann haben sich der Herr Handelsminister und der Minister der öffentlichen Arbeiten der Mehrheit des Staatsministeriums

unterzuordnen. Diese Strömung haben wir gegenwärtig, und dieser Strömung ist auch das Verlangen nach Schiffahrtsabgaben einzig und allein entsprungen.

Nun hat Herr Professor Cohn gesagt: "Was ist der Fiskus? Das ist der Staat." Das ist an sich richtig. Aber wir reden hier nicht vom Fiskus, sondern von der Fiskalität. Das ist ein ganz bestimmter Begriff, und Fiskalität werden Sie doch nicht mit Staatsweisheit indentisizieren. Der Fiskus handelt sehr häusig dadurch, daß er etwas haben will und in die Tasche steckt, was er nicht herausgibt, unwirtschaftlich. Wir haben auch in der Zeit des Finanzministers Miquel sehr häusig erlebt, daß für produktive Ausgaben das Geld nicht vorhanden war.

Also ben Fistus als ben heiligen hinzustellen, ber immer für bas Wohl ber Bürger sorgt, während die Bürger nicht bezahlen wollen, bas kann ich nicht für richtig halten.

Und nun meine Herren, berselbe Herr Miquel würde, wenn er noch lebte und aus seinem Heraus sprechen wollte, sagen: Kinder, die Schiffahrtsabgabe von 0,04 Pfennigen ist eine ungeheuer entwicklungsfähige Sache.

### (Große Beiterkeit.)

Der selige Miquel schwärmte überhaupt für das Entwicklungsfähige. Deshalb hat er auch die Vermögenssteuer eingeführt. Meine Herren! Wenn der Fiskus beim Entwickeln bleibt, dann kann der Zeitpunkt kommen, wo die Schiffahrt ruiniert wird.

Dann begreife ich nicht, daß Herr Professor Schumacher die internationalen Verkehrsverhältnisse, die er mit so vollem Recht hervorgehoben hat, nicht zum gegenteiligen Schluß benutt hat. In Frankreich, wo, wie Herr Professor Schumacher hervorgehoben hat, die Gisenbahnen in absehbarer Zeit zuschußloß an den Staat fallen, hat man Freiheit der Schissart. Der Vortragende hätte also gerade zum umgekehrten Schluß kommen mussen.

Nun, meine Herren, beneibe ich Herrn Professor Schumacher um die Naivetät der Anschauung, die er in bezug auf die Bureaukratie bei der Erhebung der Abgaben hat. Er tut das mit einer Handbewegung ab, indem er sagt: das kann mit der statistischen Anschreibung geschehen. Meine Herren! Den heiligen Bureaukratius kennen in seiner Wirkung nicht die Professoren auf dem Katheder und nicht die Gelehrten in den Studierstuben; die Wirkungen des heiligen Bureaukratius empfindet der in der Schiffahrt, in Industrie und Handel tätige Mann an seinem eigenen Leib, und ich bin selt überzeugt, daß diese Erhebung der Schiffahrtsgebühren wenigstens in der ersten Zeit zu bureaukratischen Ausschreitungen führen würde.

Ich will mich hierauf beschränken und nur noch einem Bedauern Ausdruck geben. Ich habe gehört, der Berein für Socialpolitik sei einsgeladen worden, das hiefige Altertumsmuseum zu besuchen; Mangel an Zeit gestatte aber nicht, das zu tun. In diesem Museum würden Sie wichtige Akten über die alten Rheinzölle gefunden haben und Sie hätten Gelegenheit gehabt, ebendort auch den Plan der neuen Rheinzölle, wie ich sie nenne, niederzulegen; denn dahin gehört eine solche Scharteke.

(Beifall.)

Dr. Schneiber (Dresden): Meine Herren! Ich möchte in der Diskufsion einige wenige Worte sprechen, die sich vorwiegend auf die Elbschiffahrt beziehen. Es werden Tatsachen sein, die allerdings von Interessenten stammen, die aber deshalb nicht falsch und nicht widerlegt sind, weil sie von Interessenten stammen. Geplant sind Abgaben in Höhe von 0,07 Pfgn. für die Elbe. Wenigstens ist dieser Satz vorläusig unverdindlich, rein rechnerisch ermittelt worden. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, namentlich wenn die Abgaben für die Flußgebiete im Osten ausgeglichen werden sollen, daß eine Abgabe in Höhe von 0,1 Pfg. für die Elbe erhoben wird.

Das klingt fehr wenig, ist aber sehr viel, da es sich mit großen Faktoren multipliziert. 0,1 Pfg. pro Tonnenkilometer, das multipliziert sich für die Strecke Dresden—Hamburg mit 560 für 560 km und noch einmal mit 600 für 600 Tonnen bei mittleren Kähnen, d. h. im ganzen mit 336 000; die Ladung wird also belastet mit 336 Wk.

Einige Beispiele! Unsere Elbsanbsteinbrüche liefern vorwiegend in das Gebiet, welches durch die Elbschiffahrt erreichdar ist. Unsere Sandsteinsindustriellen sind meist notleidend, sie verdienen sehr wenig und müssen sich mit ganz geringen Profiten begnügen. Wenn die Kahnladung nun noch mit über 300 Mk. belastet wird, muß ihr Absatz ohne weiteres zurücksgehen. — Bon Dresden sind in den letzten Jahren zahlreiche Ladungen Ziegel nach Hamdurg und Berlin gegangen. Biele Ziegeleien der Dresdener Gegend haben sich eingerichtet auf das sogenannte Hamdurger Format, weil man im Dresdener Baugeschäft sehr wenig verdienen konnte. Eine einzige Schiffsladung, 800 t dis Hamdurg, wird belastet mit 448 Mk. Die Fracht dafür beträgt 1200 dis 1600 Mk. Die Abgaben sind also eine Berteuerung der Fracht dis zu 35%. Wenn auch nur 1/10 Pfg. für den Tonnenkilometer erhoben wird, dann büßen diese Leute ohne weiteres einen großen Teil ihres Absatzes ein.

Biele Geschäfte kommen zustande, an denen nur eine Kleinigkeit verdient wird, und wenn dann für jede Schiffsladung noch 200 bis 300 und

400 Mf. an Schiffahrtsabgaben zu zahlen sind, so kommen berartige Geschäfte nicht mehr zustande. Der Schiffahrt entgehen dann gewisse Massengüter, die sich bei sehr billigen Frachten gerade noch an der Grenze der wirtschaftlichen Transportfähigkeit befinden; die Benutzung der Lagershäuser usw. wird infolgedessen eingeschränkt.

Es handelt sich hier um einen Eingriff in gewordene Verhältniffe. Wir haben bisher die verfassungemäßig garantierte Abgaben= freiheit und viele Leute haben fich barauf eingerichtet. Db es nun gerecht ift oder nicht, Abgaben einzuführen, das ändert an dem Umstande nichts, daß die Verhältniffe nun einmal aufgebaut find auf dem Vertrauen auf die verfassungsmäßig garantierte Abgabenfreiheit. Durch den geplanten Eingriff in die gewordenen Berhältniffe werden so und soviele Existenzen untergraben. Ferner: Der Elbverkehr wird konkurrenziert in Böhmen und in Teilen von Mähren und den angrenzenden Gebieten durch den Verfehr über Trieft. Samburg und Trieft führen dort schweren Wettbewerb. Berkehr von Triest wird von der öfterreichischen Regierung auf die mannigfachste Weise unterftütt: burch ermäßigte Bolle für die Seeeinfuhr, durch die Tarifpolitik ber Gifenbahnen in Ofterreich, die gang barauf zugeschnitten ist, Trieft gegenüber Hamburg zu begünstigen; ferner burch die neugebaute Tauernbahn, die teilweife ichon im nächsten Jahre eröffnet wird, ebenso fünftig burch den Donau-Moldau-Kanal. Durch die preußische Schiffahrtsabgabenpolitik wird Trieft im Bettbewerb mit hamburg mehr begünstigt werben, als die öfterreichische Regierung bazu jett in ber Lage ift.

(Sehr richtig!)

Die Elbe ist durch die jetige preußische Kanalpolitik schon schwer benachsteiligt: der ursprüngliche Mittellandkanal wird nicht gebaut, der Unschluß an die Elbe fehlt, und der Industrie des Elbegebietes entstehen neue Wettbewerber in der Gegend, die vom neuen Kanal durchzogen wird. Während aber andere Gebiete bei dem Kanalkompromiß mit Erfolg Kompensationen gefordert haben, werden die Kompensationen für die Elbe darin bestehen, daß sie doppelt belastet wird; denn gerade die Kanalvorlage hat den Unlaß zur Planung von Schiffahrtsabgaben gegeben.

Bon herrn Professor Schumacher sind die Schlsfahrtsabgaben vorwiegend auch unter dem Gesichtspunkte geprüft worden, inwiesern sie die Sisenbahnen im Wettbewerb mit der Schiffahrt unterstützen können. Es gibt aber noch einen anderen Gesichtspunkt: inwiesern wird die Gisenbahn durch Schiffahrtsabgaben unterstützt im Wettbewerd mit Eisenbahnen anderer Staaten? — Meine herren, die Schiffahrtsabgaben sind ein eminentes Mittel, die preußische partikularistische Eisenbahnpolitik zu fördern gegenüber

Sisenbahnen anderer Bundesstaaten (sehr richtig!) und ich meine vorwiegend Sachsens. Der Umschlagsverkehr, den die sächstischen Staatseisenbahnen durch vielerlei Entgegenkommen sich über Riesa und Dresden erhalten haben, der auch ganze Teile von Bayern und Süddeutschland berührt — viele Güter werden durch ermäßigte Tarise dorthin zur Elbe geleitet und von da nach Hamburg —, dieser Verkehr wird nur zum kleinen Teil aufrecht zu erhalten sein, sobald Preußen seine 500 km lange Elbstrecke Hamburg dis Sachsen mit Schiffahrtsabgaben belasten kann. In dieser Hinsicht sind Schiffahrtsabgaben ein sehr wesentliches Mittel, partikularistische Sisendahnpolitik zu fördern, und ich glaube, das ist auch ein Gesichtspunkt, der im preußischen Eisendhmministerium ausschlaggebend ist.

(Beifall.)

Dr. Stein, Syndifus ber Sandelskammer Duisburg: Meine Berren! Ich will nur noch einmal gurudtommen auf bas Verhältnis bes Oftens gum Weften Preußens. herr Professor Schumacher hat ausgeführt, daß der arme Often die Ranalgebühren tragen muffe, mahrend ber reiche Weften bavon befreit fei, er hat es als ein "phantaftisches Gebilbe" bezeichnet, wenn man die Forderung erheben wolle, die Kanalgebühren auf den öftlichen Kanälen aufzuheben, um auf diese Beise die öftlichen Bafferftragen mit den mest= lichen gleichzustellen. Aber um welche Beträge handelt es sich benn überhaupt bei den Kanalgebühren, die die preußische Finanzverwaltung vereinnahmt. Nach einer Zusammenstellung, die anläglich des Duffeldorfer Schiffahrtskongreffes gemacht worben ift, machen die gesamten Ranalgebühren für bas Sahr 1902 2,3 Millionen aus. Nun, meine Berren, bei einem Etat bes preußischen Staates von 3 Milliarben machen 2,3 Millionen Mt. Einnahmen aus Ranalgebühren wirklich nichts aus, und es ift kein phantaftisches Gebilbe, wenn man fagt: auf diefe 2,3 Millionen fann die Staatsverwaltung verzichten. Der Westen ift bas finanzielle Ruckgrat bes preußischen Staats. Wir im Westen wurden uns auch nicht einen Augenblid bedenken, wenn der preußische Finanzminister den Antrag einbrächte, bie Gebühren auf fämtlichen Kanälen aufzuheben. Der Weften hat niemals einen Widerspruch dagegen erhoben, wenn man im wesentlichen durch seine Hilfsmittel ben Often burch Gifenbahnen wirtschaftlich aufzuschließen ver-Das geschah durchaus nicht aus einer Art von Noblesse. Gegenteil, wir wollen, daß der Often wirtschaftlich gehoben werde, damit nicht die Hilfsquellen des Weftens fortgefett in fo hohem Mage für die wirtschaftliche Bebung bes Oftens notwendig find. Es ift auch eine gemiffe Interessenvolitif, wenn wir sagen, durch die verkehrspolitische Aufschliekung

bes Oftens werben bort vielleicht wirtschaftliche Berhältnisse entstehen, wie sie im Westen bereits vorhanden sind, und dann kann der Osten mehr für seine eigenen Bedürfnisse sorgen, als es jett der Fall ist. Ein Abgeordneter aus Westfalen hat einmal im Reichstag oder im Landtag gesagt, daß unsere Gemeinden im Westen, in Rheinland-Westfalen an und für sich arm seien. Obwohl die größten Einnahmen aus den Eisenbahnen, aus den Bergwerken usw. in ihren Grenzen entstehen, haben sie kaum die Mittel, ihre wichtigsten Kulturbedürfnisse zu befriedigen. Schullasten und Straßenbaukosten nehmen das meiste in Anspruch. Wenn wir im Westen nicht mehr so viel an den Osten abzugeben haben, so würden wir manches Kulturbedürfnis unserer Gemeinden besser erfüllen können als jett.

Herr Brofessor Gothein und nach ihm Herr Direktor Knecht haben auf Die Berhältniffe ber Ginzelschiffer Bezug genommen. Ich kann aus meiner als Geschäftsführer der Westdeutschen Binnenschiffahrts-Berufsaenoffenschaft ein praktisches Beispiel für ihre Beweisführungen mitteilen. Die wirtschaftlich-kummerlichste Berufsgruppe unter unseren Mitgliedern ift die elfaß-lothringische Kanalschiffahrt. In Frankreich werden keine Abgaben auf den Ranälen erhoben; in Elfaß-Lothringen find fie feit der Bertiefung der Schleusen noch in die Sobe gesetzt worden. Unternehmergruppe in ber Berufsgenoffenschaft ift die Einziehung ber Beiträge so schwierig wie bei ben elsaß-lothringischen Ranalschiffern, und ich trage nach diesen Erfahrungen kein Bebenken, mich den Schlußfolgerungen bes herrn Professor Gothein über die Wirkung ber Schiffahrtsabgaben auf ben fleinen Einzelschiffer anzuschließen. Werden Schiffahrtsabgaben auf bem Rhein eingeführt, so entsteht die Gefahr, daß unser rheinischer Einzelschiffer in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen ebenfo geschwächt wird wie ber elfaß= lothringische Kanalschiffer. Und, meine herren, ob ber Berein für Socialpolitik Beranlassung hat, sich jum Träger berartiger Tendenzen zu machen, stelle ich dem Urteil der Versammlung anheim.

Run noch ein anderes! Herr Professor Schumacher hat zu meiner großen Genugtuung anerkannt, daß ein innerer Zusammenhang besteht zwischen Transportkosten und Arbeitslöhnen. Meine Herren, in dem Maße, in dem wir die Transportkosten erhöhen, vermindern wir den Spielraum für die Erhöhungsfähigkeit der Arbeitslöhne. Auch hier mache ich Sie auf die Aufgaben des Vereins für Socialpolitik aufmerksam und frage Sie, ob Sie wirklich eine Veranlassung haben, Bestrebungen zu unterstüßen, die derartige Wirkungen im Gesolge haben müssen.

(Lebhafter Beifall.)

Bergmeifter Engel (Effen): Meine hochverehrten Damen und Berren! Die beiden Berren Referenten und die Berren Borredner in der Diskuffion haben im wesentlichen alle Gesichtspunkte, die in Frage kommen, behandelt. Es liegt mir aber als Angehörigen des niederrheinisch-westfälischen Bergbaus baran, barzustellen, welche Bebenken ber Bergbau gegen bie Ginführung von Schiffahrtsabgaben hat. Auch für ihn gilt bas "principiis obsta", und zwar auf Grund der Erfahrungen, welche man seinerzeit mit der Berstagtlichung ber Gisenbahnen in Preußen gemacht hat. Ich habe noch vor wenigen Tagen die Denkschrift in der hand gehabt, die damals bem Landtage vorgelegt wurde. Darin befinden sich eine Reihe von Ausführungen über ständige Berbilligung ber Tarife, die ich nur als Sirenenflänge bezeichnen kann. Die Macht ber Berhältnisse hat es mit fich gebracht, baß die Bahnüberschüffe eben nicht zur steten Berabsetzung der Tarife verwendet werden, wie es in der Denkschrift in Aussicht gestellt murde, sondern zum erheblichen Teile für allgemeine Staatszwecke beansprucht murben. Rein vernünftig benkender Mensch wird heute in Preußen der Meinung sein, wir fonnten biefe Sachen rudwärts revidieren; es ist eben notwendig, die Uberfcuffe bem allgemeinen Staatsfäcel jur Berfügung ju ftellen. Aber biefe Erfahrung warnt uns, benfelben Weg bei ben Schiffahrtsabgaben jest noch einmal zu gehen. Wiederholt ift ichon die Entwicklungsfähigkeit der Schifffahrtsabaaben betont worden, und die könnte doch recht bebenklich werden. Ich erinnere daran, daß feinerzeit Miquel als Finanzminister einem Abgeordneten entgegnete, der die Busagen wegen der Tarifverbilligung in Erinnerung brachte: Ja, wie konnten Sie fo toricht fein, bas ernft zu nehmen? (Seiterkeit.)

Das würde uns möglicherweise später auch gesagt werden, wenn wir darauf hinweisen würden, es ist ja damals nur von 0,04 Pfg. gesprochen worden: Ja, ihr hättet nun doch etwas klüger sein sollen! Deshalb principiis obsta!

Der Herr Vorredner hat schon auf den Zusammenhang hingewiesen, der zwischen den Arbeitslöhnen und der Entwicklung der Verkehrsverhältnisse besteht.

Ja, meine Herren, da kommen wir an den springenden Punkt. In Rheinland und Westfalen und alle andern großen deutschen Arbeitgeber bestrachten es als ihre größte Aufgabe, für unsre in jedem Jahre um 800000 Köpfe sich vermehrende Bevölkerung Arbeit zu schaffen. Das ist der Schwerpunkt unsrer Tätigkeit, und das ist außerordentlich schwierig. Wir haben mit einer Konkurrenz des Auslands zu tun, die sich auf günstigere Verhältnisse, auf ältere Erfahrungen stützt, und sind gezwungen, wenn wir unsern Absat erweitern wollen, billiger und besser zu produzieren als diese;

benn barin liegt bas Geheimnis bessen, baß wir unsre um 800 000 Köpfe jährlich anwachsende Bevölkerung bem Vaterlande erhalten und ernähren.

Meine Herren! Man hat das Kohlensyndistat berührt. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Tatsache, daß seit dem Bestehen des Syndistats die Auswanderung auf die Hälfte gefallen ist. Es ist eine wirtschaftliche Kräftigung im Westen unfrer Monarchie eingetreten, die sich auf ganz Deutschland übertragen hat.

Der Herr Vorredner hat vorhin zu meiner Befriedigung davon gesprochen, daß wir im Westen besondere Auswendungen für den Osten ohne Empfindliche keit geschehen sehen. Die Entwicklung des Westens muß auch der des Ostens zugute kommen; ich halte es nicht für richtig, wenn man in diesem Zusammenshang von einer Bevorzugung einzelner Landesteile spricht. Wir sollen alle zusammenstehen als ein Volk.

Direktor Schäfer (Mannheim): Meine Herren! Ich möchte in meiner Eigenschaft als Vertreter bes Partikulierstandes sprechen, also der wirtschaftlich Schwächeren in der Rheinschiffahrt.

Es wurde heute Bormittag gesagt: "Warum man auf den Kanälen Abgaben erhebe und auf den Flüssen nicht; entweder soll alles frei sein oder nichts." Nun ist aber die Rheinschiffahrt auf die Abgadensreiheit aufgebaut, während bei der Kanalschiffahrt die Leute von vornherein mit Abgaden rechnen mußten. Der Partikulierschifferstand auf dem Rhein, der noch außersordentlich bedeutend ist — ihm gehören etwa 4/s von der stattlichen Flotte der Rheinschiffe an; zirka 1/s fällt auf das Großunternehmertum, dem nur von der Dampferflotte das Groß gehört, aber auch an dieser ist der Partikulierschifferstand mit Schraubenschleppdampfern nicht unwesentlich beteiligt —, hat seine und seiner Familie ganze Existenz von vornsherein ausschließlich auf die Abgabensreiheit basiert. Kämen Abgaben, würde zwar nicht die Existenz der gesamten Rheinschiffahrt in Frage gestellt, aber ganz bestimmt, zum sehr erheblichen Teil, die der Partikulierschiffer, was ich später des näheren ausschleren werde.

Nun ist gesagt worden: "Die Bahnen brächten dem Staat so große Einnahmen, während die Schiffahrt Zuschüsse ersordere." Das ist auch nicht ganz richtig. Die Schiffahrt hat dem Staat sogar ganz kolossale Einnahmen gebracht, wenn auch nur zum Teil direkt. Direkt hat sie schon durch die Gewerbe= und Einkommensteuer welche gebracht. Die Bahn bezahlt bekanntlich keine. Außerdem aber hat die Schiffahrt durch ihre billigen Frachten die Industrie am Rhein derart gestützt, und den Wohls

stand der ganzen Rheingegend berart gestärft, daß die Steuerkraft, wie eben schon Herr Dr. Stein hervorgehoben hat, das Rückgrat der ganzen preußischen Finanzpolitik bildet, aber nicht nur der preußischen, sondern auch der badischen und hessischen (Mainz, Offenbach, Darmstadt, deren Industrie durch die Nähe des Rheins billige Frachten genießt). Also zu behaupten, daß die Schiffahrt dem Staat noch nichts gebracht hätte, ist grundsverkehrt.

Nun ist noch gesagt worden: "Was leistet denn die Schiffahrt? Eine Berbilligung des Konsums könnte nur hervorgebracht werden durch die Bersbilligung der Eisenbahntarise." Darüber Auskunft zu geben, was die Schiffahrt leistet, ist jedenfalls ein Professor, der sich auf Statistiken gründet, nicht in der Lage, das können aber die Industriellen am Rhein, der Handel am Rhein und die Leute, die in der Schiffahrt drin stehen. Die Rheinschiffahrt hat den Handel an den großen Handelsmetropolen des Westens geschaffen, hat tatsächlich den Konsum in seiner Umgebung derart verbilligt, wie die Sisenbahn das zu tun niemals in der Lage sein wird.

Es wurde — allerdings mit ganz andrer Absicht — barauf hinsgebeutet, daß die Frachten in der Schiffahrt sehr schwanken, daß die Schwankungen sogar ganz kolossale seien. Die Schwankungen sind sehr groß, aber sie werden auch von den betressenden Industriellen ausgenützt. Es gibt eine ganze Menge Produkte, die nur importiert werden können zu Zeiten billiger Frachten; sobald die Frachten hoch gehen, werden sie nicht mehr importiert. So sind z. B. sehr billige Rohstosse überhaupt nur zu importieren und die Industrie ist überhaupt nur entwicklungsfähig, wenn die Fracht auf dem niedrigsten Minimum steht und für gewisse Zeiten auf diesem Minimum erhalten bleibt. Das ist heute den ganzen Tag noch niemals hervorgehoben worden, das ist aber gerade das Wesentliche; denn alle die Regierungsvertreter und Theoretiser stützen sich auf die Durchschnittszahlen von Statistisen auf Jahre hinaus. Das ist gerade das Verkehrte, da muß der Braktiser eingreisen und zeigen, daß dies sehlerhaft ist.

Die Rheinschiffahrt bringt also ganz bedeutende volkswirtsschaftliche Vorteile, die Industrie wird gehoben und wird exportfähig durch die außerordentlich billigen Frachten für Rohstoffe. Dadurch dietet sie anderseits auch wieder Arbeitsgelegenheit. Durch die Leistungsfähigkeit, die die Schiffahrt innerhalb des Industriegebiets schafft, wird der Bevölkerung Arbeit geboten und dadurch Ernährung und, was nicht außer acht zu lassen ist, der Kleinbürgerstand wird durch den Kleins bezw. Lokalhandel und die sich dem Handwerkerstand bietende Arbeit erhalten.

Es ist heute früh ausgeführt worben: "Wenn bas Rohlenkontor so und foviele Millionen verdient habe, trot ber Schwierigkeiten bes erften Sahres, fo fonne boch die Sache mit ben Schiffahrtsabgaben nicht fo fclimm fein." Der betreffende Berr hat aber seine Meinung auf die Annahme gegründet, baß bas Rohlenkontor biefen Berdienst an ber Schiffahrt gemacht habe. Das ift aber gang entschieben zu beftreiten. Der Berdienft, ben bas Rohlenkontor erzielt hat, ist nur ein Sandelsverdienst, denn das Rohlenkontor ist zunächst ein Handelskontor. Das Rohlenkontor hat ben ganzen Sandel des Kohlen= syndifats, nach gemiffen Richtungen, in sich monopolisiert. Dieser Sandel bringt ben Berdienst, nicht die Schiffahrt. Die Schiffahrt im großen und ganzen hat auch dem Rohlenkontor noch keine Borteile gebracht. Wenn Sie aber Abaaben einführen, werden Sie bie Bestrebungen bes Rohlenkontors noch mehr unterftüten. Diefe Konzentrierung ber Kapitalmacht und die wirtschaftliche Macht, die das Kohlenspndifat und das Kohlenkontor in sich bergen, wird noch verftärkt burch Schiffahrtsabgaben; benn baburch erschweren Sie ben Import englischer Rohle noch mehr, weil die englische Rohle größere Streden zurücklegen muß als die Ruhrfohle und baher höhere Abgaben hatte. Das ift nicht außer acht zu laffen.

Nun komme ich noch zurück— und das hängt auch mit den Schiffahrtsabgaben zusammen— auf die einseitige Verbilligung der Bahnfrachten. Die Bahn wäre sehr gut in der Lage, dem Osten noch helsen zu können und gleichzeitig dem Westen. Die Bahn konkurrenziert heute die Schiffahrt ganz wesentlich durch ihre Seehäsen-Ausnahmetarise. Warum kann die Bahn nicht Ausnahmetarise für den Osten schaffen, auf ganz gleicher oder noch niederer Basis?— So billige Ausnahmetarise, wie sie Bremen und Hamburg von und nach Süddeutschland bekommen, würden dem Osten für Kartoffeln und Getreide sehr zu statten kommen. Warum ist denn die Bahn nicht in der Lage, diese Tarise für Produkte nach dem Westen auf so niedriger Basis auszubauen? Wenn man der Landwirtschaft im Osten helsen will, dann sollte die Bahn eingreisen. Dagegen wird auch die Rheinschiffahrt nichts einwenden.

Es ist dann heute morgen versucht worden, sestzulegen, was eine künstliche und was eine natürliche Wasserstraße ist, und da möchte ich nur ganz kurz auf Art. 28 Abs. 1 der Rheinschiffsahrtsakte zurückgreifen, der außebrücklich sagt: "Die vertragenden Teile machen sich wie bisher verbindlich, innerhalb der Grenzen ihres Gebiets das Fahrwasser des Rheins in guten Zustand zu setzen und darin zu erhalten." Es ist hier also deutlich gesagt, daß eine Verbesserung des Fahrwassers erfolgen soll, trot der Absgabenfreiheit für die Befahrung; also waren die Vertragschließenden damals

boch nicht der Ansicht, daß die Verbesserung, die zur Pflicht gemacht wurde, dem Rhein den Charakter einer Anstalt oder einer künstlichen Wasserstraße geben könnte. Wäre dies der Fall gewesen, würde bezüglich Deckung der Auswendungen für die Verbesserung auch etwas bestimmt worden sein, als 1868 auf Grund der revidierten Rheinschiffahrtsakte die vollständige Abgabensteiheit für die Vesahrung eingeführt wurde, tropdem die beteiligten Staaten schon damals, im Verhältnis der berzeitigen Etats und des damaligen Wirtschaftslebens, ganz bedeutende Auswendungen gemacht hatten und weitere wesentliche Auswendungen aus den gegenseitig eingegangenen Verspssichtungen erfolgen mußten.

Die Reichsverfassung von 1871 hat diese Auffassung respektiert und die Abgabenfreiheit für die Befahrung aufrechterhalten im vollen Bewußtsein der fortlaufenden und steigenden Auswendungen, ohne nur im geringsten daran zu benken, dem Rhein den Charakter einer künstlichen Wasserstraße im Sinne der Abgabenpflicht zu geben.

Die Absicht kann doch nur gewesen sein, den Verkehr auf dem Rhein zu heben durch die Verbesserung der Fahrstraße ohne Absgabenerhebung und dieser Zweck ist erreicht worden.

Somit wollten die Staaten z. Zt., daß die verbefferte Wafferstraße abgaben frei sein soll. Wenn wir nun die Abgaben einstühren, so wird die Wirkung sein, daß gewisse Transporte dem Rhein verloren gehen, und das fühlen zuerst die Partikulierschiffer. Sie sind ein gut Stück Mittelstand, und diesen Mittelstand wollen wir schützen, und der Berein für Socialpolitik sollte das in erster Linie tun. Es ist zunächst ein Ausfall an Transporten nach der Schweiz wahrscheinlich und zwar im wesentlichen Getreidetransporte, die dem Rhein heute schon zum Teil verloren gehen, weil sie über Genua geleitet werden. Diese Konkurrenz des Auslandes wird ja von der preußischen Sisendahnpolitik noch unterstützt durch billige Ausnahmetarise.

In dem großen atlantischen Verkehr besteht bekanntlich für die Fahrten von und nach den nordeuropäischen Häfen, zwischen den mächtigen Konkurrenzlinien, mehr oder weniger eine Interessengemeinschaft, Kon-vention, Pool.

Die preußische Bahn führt diesen großkapitalistischen Reedereien — beren Bedeutung für Handel und Industrie ich sicher nicht unterschätze — die Transporte nach und aus dem Westen und Südwesten Deutschlands, durch ganz ungewöhnlich billige Seehafenausnahmetarise, in Konkurrenz zur Rheinroute, zu, weigert aber beharrlich den Rheinhafen die gleiche Be-

günstigung. Hierin liegt schon ein bitteres Unrecht, das durch die Abgabeneinführung geradezu schreiend wird. Dieselben Reedereien, die sich der liebenswürdigen zuvorkommenden Unterstützung der preußischen Bahn erfreuen — die ich ihnen gönne aber auch für den Rhein fordere —, schädigen die Rheinschiffahrt in kolossaler Weise durch den Dampserpark, den sie, über das Maß des Verkehrs, auf die Route Amerika—Genua geworsen haben. Dadurch werden die Waren, durch Unterdietung der Seefracht, dem nordischen Verkehr genommen und Genua zugeführt. Diese Verluste an Seefracht zugunsten Genuas gegen den Norden können die nordbeutschen großen Gesellschaften leichter ertragen mit der Unterstützung im nordischen Verkehr durch die preußische Bahn, in Artikeln, die für Genua ohnehin nicht in Frage kommen und für die die Bahn so niedere Anschlußfrachten gewährt, während die Seekonvention bezw. der Pool seinerseits in seinen Seefrachten nicht nachgibt.

Den Schaben bieser Frachtenpolitik hat ganz Deutschland, nicht nur die Rheinschiffahrt, sondern auch die badische, baprisch-pfälzische und reichs- ländische Bahn. Den Borteil haben Genua, Marseille und die italienischen und französischen Bahnen. Neuerdings tritt auch Triest in Konkurrenz zur Rheinschiffahrt. Es handelt sich bei alledem um die bedeutenden Transporte der Schweiz, vorzugsweise Getreide.

Borfigenber: Ich muß ben Herrn Rebner barauf aufmerksam machen, baß feine Redezeit schon überschritten ist.

Direktor Schäfer: Ich hätte gern noch einige den Partikulierschiffers ftand betreffende Dinge vorgebracht, bin aber jest daran gehindert.

Nur Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse kann dazu führen, statt die Rheinschiffahrt zu unterstüßen, diese mit Abgaben zu schwächen. Auch Unkenntnis ist es, wenn man glaubt, daß man der Rheinschiffahrt durch Vertiesung der Fahrstraße nützen oder gar helsen könne, oder sei es nur, dadurch volkswirtschaftliche Vorteile zu schaffen. Die ganze Frachtsschiffahrt hat sich auf die heutige Fahrstraße eingerichtet und ist mit dem Zustand derselben ganz zusrieden. Die Frage, ob noch größere Fahrzeuge, denn 1600 oder selbst 2000 Tons Ladefähigkeit, billiger arbeiten, ist zu verneinen. Die Pragis am Niederrhein, wo man heute schon noch größere Fahrzeuge fahren lassen könnte, hat ergeben, daß die einzelnen ganz großen

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die nachfolgenden Ausführungen sind von dem Herrn Redner nachträglich hinzugefügt worden.

Schiffe unvorteilhaft sind und besonders auch in ihrer Manövrierfähigkeit; nicht nur während der Fahrt, sondern auch in den Häfen. Die Seefahrt — etwa auswärts dis Cöln —, kann deshald keinen Frachtvorteil dieten, weil die Seedampfer, infolge des viel höheren Kapitalwertes und ihres größeren und teueren Personals, beträchtlich höhere Tagesunkosten haben denn die Rheinkähne. Die Umschlagskosten an den Seehäfen sind mit der Zeit so billig geworden, infolge Vervollkommnung der Einrichtungen, daß diese durch die billigere Kahnfracht weit aufgewogen werden. Die Konkurrenzskähigkeit der heutigen Rheinschiffe gegenüber den Seeschiffen auf dem Rhein, einerlei bei welchem Wasserstand, ist unbestreitbar und deshald hat eine Vertiefung der Fahrstraße dis Cöln auch volkswirtschaftlich keinen Wert.

Der Ausfall von Transporten, den die eventuelle Abgabeneinführung — an die ich immer noch nicht glauben kann, so absurd ist mir der Gestanke — mit sich führen wird, trifft in verheerender Wirkung ausschließlich den Partikulierschifferstand als den wirtschaftlich schwächern. Die großen Kapitalinstitute werden sich Beschäftigung zu jedem Preis suchen. Berluste ist das Resultat. Dadurch werden die Schiffswerte heruntergesetzt und der Partikulierschiffer, der fast ausschließlich eine kleinere oder größere Hypothekenschuld auf seinem Schiff hat, weil sein und seiner Angehörigen eigenes kleines Bermögen nicht ausreicht, geht vollständig zurück. Die Schiffe werden, weil mangels Verdienst die Abzahlungen und Jinsen nicht bezahlt werden können, verkauft und fallen dem Großkapital anheim und der kleine Mann verliert seine und seiner Angehörigen Vermögen und Existenz. Der Kapitalist hat nie seine Existenz auf die kleinen Dividenden der Rheinschiffsahrtsgesellschaften gegründet, aber wohl der Partikulierschifferstand auf die mit seinem Schiffe, für sich und seine Familie.

Im Jahre 1903 ftand diese Katastrophe nahe bevor infolge des Ausfalls an Transporten, verursacht durch den Kückgang im Industriegebiet, und nur der wirtschaftliche Ausschwung des kommenden Jahres hat die Leute vor dem Untergang gerettet. Das war ein vorübergehender Ausfall, während die Abgaben einen dauernden Ausfall bringen. Es handelt sich um viele Tausende Menschen, wie schon gesagt, um ein gut Stück vaterlandstreuen, religiösen und lebensfrohen Mittelstandes, den man im Interesse des Staates erhalten muß. Das Großkapital, dem die Schiffe dieser Leute, naturgemäß mit deren Bermögen, billig anheimfallen würden, wird nachher schon die Mittel in Kartells oder Syndikatsform finden, mit dem Material Geld zu verdienen. Im volkswirtschaftlichen Interesse liegt eine solche Entwicklung nie und nimmer. Wenn man einwenden wollte, daß sich die Schiffe, welche durch den Ausfall von Transporten, infolge von Abgaben, auf die neuen

Ranäle ziehen könnten, dann mache ich darauf aufmerksam, daß die großen Rheinkähne, wie sie die Partikulierschiffer meist besitzen, diese Kanäle nicht befahren können; außerdem aber wird sich Großkapital sinden, das den Kanälen angepaßte Schiffe bauen und regelmäßige Verkehre unterhalten wird, so daß der frachtsuchende Partikulierschiffer überhaupt keinen Boden sinden wird, erst recht keinen, auf dem er sich erhalten kann, denn die kapitalistischen Unternehmungen werden auf den Kanälen in den ersten Jahren ebensowenig von Verlusten befreit bleiben wie die rheinisch-westfälische Transportgesellschaft in Dortmund auf dem Dortmund=Ems=Kanal, die noch jedes Jahr mit Unterbilanz abgeschlossen hat.

Durch die Abgaben, wenn folche auf die Verfrachter wirklich abgewälzt werden könnten, würde sich die Industrie immer mehr aus dem Süden nach dem Niederrhein ziehen, wenigstens würden für den Export und die Verarbeitung von Rohstoffen, die Neuanlagen dahin gelegt werden. Erwägen doch jetzt schon große Industriezweige, die vorzugsweise in Südwestedeutschland ihre Anlagen haben, die teilweise Verlegung einzelner Vetriebe nach dem Niederrhein. Die Frachtfrage ist für viele Fabriken eine ungeheuer wichtige und entscheidende. Diese Konzentrierung der Industrie am Niederrhein auf Kosten Süddeutschlands liegt ebenfalls nicht im vaterländischen und volkswirtschaftlichen Interesse.

Wenn bergleichen auch noch zu erwarten ist, wird die vorgeschilderte Entwicklung zum Untergang des Mittelstandes in der Rheinschiffahrt noch gefördert werden!

Wollte man etwa sagen, die Verkehrszunahme schaffe einen Ausgleich, so läßt man außer acht, daß die Bildung des Kohlenspndifats und die neuerdings auftauchende Verdindung der Zechen mit den Eisenhütten schon zum Teil dazu geführt hat und ganz dazu führen wird, daß sich diese konzentrierte Kapitalmacht, immer mehr bezüglich seiner Transporte, von dem Frachtmarkt lossagt und sich emanzipiert; ferner, daß jeder Partikulierschiffer sein ganzes Leben Tag und Nacht arbeitet, um seinen Kindern, die mit ihm auswachsen, wenn sich solche verheiraten, die gleiche Existenz zu schaffen, wie er sie hat, was aber schon heute lange nicht mehr in dem Maße wie früher möglich bezw. der Fall ist.

Ich empfehle, die Regierung aufzuklären, dann wird sie notwendigerweise, aus innerem Pflichtbewußtsein, auf die Verwirklichung der Ginsführung von Schiffahrtsabgaben auf den Strömen, also auch auf dem Rhein, verzichten müssen und es erübrigt sich, die Verfassung zu ändern und Vershandlungen mit den an den Rheinschiffahrtsakten beteiligten Regierungen zu

führen, die im Interesse ihres eigenen engeren Baterlandes eigentlich un= möglich den Abgaben zustimmen können.

Dahin zu wirken, ift, aus ben von mir hervorgehobenen Gesichts= punkten, meines Erachtens unbedingt die Aufgabe eines sozialpolitischen Bereins, der die wirtschaftlich Schwachen stügen soll und er wird damit selbst dem Vaterland einen großen Dienst erweisen.

Ich befinde mich seit Beginn der Attacke in einer peinlichen Stimmung. Einerseits fürchte ich die preußische Regierung, und mein Bertrauen in die Standhaftigkeit der Einzelregierungen gegenüber der preußischen gerät ins Wanken, und anderseits ist mir der Gedanke, daß es tatsächlich zur Einstührung der Abgaben kommen sollte, so schrecklich unheimlich, daß ich daran wieder nicht glauben kann. Kämpfen wir dagegen so lange wir können, lassen wir uns begeistern von den traurigen Folgen für die harmlosen, gutdeutschen Kleindurgerleute, die Partikulierschiffer. Hoffen wir das Beste!

Vorsitzender: Das Wort hat nun Herr Dr. Behrend (Magdeburg). Derselbe verzichtet. Dann gebe ich das Wort Herrn Neumann (Danzig).

Kaufmann Neumann (Danzig): Meine Herren! Ich möchte wegen ber Weichsel einige Worte an Sie richten. Die Verhältnisse bort sind ja so außerordentlich unbedeutend, daß sie eigentlich wenig Beachtung verdienen. Es ist aber doch notwendig zu betonen, daß wir durchaus gegen die Schiffahrtsabgaben sind. Die ganze Regulierung der Weichsel hat statzgefunden im Interesse der Landeskultur, keinesfalls im Interesse der Schiffsahrt; die Schiffahrt ist niemals dabei gefragt worden. Die Regulierung der Weichsel ist auf einem Niveau von einem Meter eingerichtet worden. Diese Abmessung hat die Wasservaltung ganz freiwillig gewählt, ohne jemals die Schiffahrtsinteressenten zu befragen, so daß die Schiffer sich jetzt wundern, daß nunmehr die Regierung verlangt, die freiwillig geleisteten Ausgaben nachträglich durch Abgaben von den Schiffern zurückzuerheben.

Wie liegen nun die Besityverhältnisse der Schiffer auf der Meichsel? Hauptsächlich gibt es nur Einzelschiffer, wie wir die Partikulierschiffer nennen; es gibt wenig Reedereien. Die Einzelschiffer sind durchweg arme Leute, die in ihrer Lebensführung auf dem Standpunkt des Tagelöhners stehen. Die großen Reedereien verdienen schon seit Jahren keine Dividende. Wenn hohe Abgaben eingeführt werden sollten, so wüßte ich nicht, wie man sie von den Leuten eintreiben wollte, die noch im vorigen Jahre und dis in dieses Jahr hinein von der öffentlichen Wohltätigkeit Almosen empfangen haben. Kurz und gut, die Schiffer können sich heute noch gar kein Bild Schriften CXVI. — Verhandlungen 1905.

bavon machen, wie sie es möglich machen sollen, die an sie herantretenden Aufgaben zu erfüllen. Nur ein Umstand würde alles ändern: wenn nämlich der Weichselschiffahrt die Möglichkeit gegeben würde, in die Eisensbahntarispolitik ein Wort hineinreden zu dürfen. Wäre das der Fall, dann könnten sie bestehen. Nach unserm Dasürhalten ist es nicht nötig, daß die Eisenbahn überall so billige Frachtsätze ansetzt, daß sie auch die Schiffahrt zwingt, zu billigen und sogar verlustbringenden Frachten zu fahren.

#### (Beifall.)

Geheimer Kommerzienrat Michel (Mainz): Meine Herren, ich barf wohl als feststehend annehmen, daß hinreichend bewiesen ist, daß die gesplanten Schifffahrtsabgaben einerseits den Staaten im Berhältnis zu ihren übrigen Ausgaben und ihren Budgetverhältnissen nur eine kleine Einnahme bringen werden, während sie denjenigen, die sie bezahlen sollen, eine schwere Belastung auferlegen.

Den vielen Worten, die gefallen sind, habe ich in sachlicher Beziehung nichts beizusügen. Ich wollte nur um die Erlaubnis bitten, ein kurzes Wort über die allgemeine Stimmung zu sagen, welche die beabsichtigte Wiedereinführung von Schiffahrtsabgaben im Volke erregte. Herr Professor Schumacher gab zu, daß die Beseitigung der bis 1868 bestandenen Abgaben einerseits die Bedeutung der Hinwegräumung eines alten Gerümpels hatte und anderseits die Bedeutung, dem Unwillen des Volkes nachzugeben. Ich unterschreibe das. Nun wird uns aber angesonnen, dieses alte Gerümpel wieder einzuführen, und zwar gegen den ausgesprochenen Bolkswillen, der heute noch dagegen ist, wie er vor 40 Jahren dagegen war. Das halte ich volkswirtschaftlich und ethisch nicht für richtig; es ist falsch, gegen die allgemeine Meinung eine Abgabe wieder einzusühren, die man bereits vor Jahrzehnten als unvernünftig abgeschafft hatte.

#### Dies muß erbittern!

Um so mehr, wenn die Maßregel lediglich aus fiskalischem Interesse und zum Vorteil der ostelbischen Agrarier getroffen werden soll, während Industrie und Schiffahrt auf dem oberen Teil des Rheins, um nur dei diesem Fluß zu bleiben, damit belastet werden. Es ist das meiner Meinung nach eine Maßregel, die nicht geeignet ist, die Einheit der Bevölkerung zu stärken und bestehende Vorurteile zu verscheuchen. Außerdem aber steht die Einführung dieser Abgaben im Gegensat zur Reichsversassung; denn daß die Versassung die Abgaben beseitigen wollte, ist eigentlich jedem gerade denkenden Mann zweisellos, und wenn man heute etwas anderes herauss

lesen will, ist das eine Deutung, die den Respekt vor der Verfassung nicht gerade verstärkt.

(Sehr richtig!)

Aber nicht allein die Berfaffung wurde vergewaltigt, sondern auch die Rheinschiffahrtsafte aus bem Jahre 1868, mnlche ein absolutes Sindernis für die Einführung diefer Abgaben bildet. Diefe Rheinschiffahrtsafte ift nicht ein Vertrag zwischen Frankreich, Holland und bem Deutschen Reich, das damals ja noch nicht bestand, sondern sie wurde geschlossen zwischen Frankreich, Holland und ben einzelnen Rheinuferstaaten Deutschlands. Sie ift ein Bertrag, der nicht gefündigt werden und nur aufgehoben werden fann unter allfeitigem Einverständnis ber Kontrabenten. Meine Berren. bas Großherzogtum Heffen hat vom Sahre 1831-1867 aus den Rheinichiffahrtsabgaben eine Ginnahme von rund 10 Mill. Mt. gehabt und für die Unterhaltung feiner Rheinstrecke nur rund 41/2 Mill. Mt. ausgegeben. Seffen hat auf die beträchtlichen Mehreinnahmen verzichtet nur unter ber Boraussetzung, daß auch die andern Uferstaaten nunmehr von einer Er= hebung von Abgaben absehen und die von ihm erlittene Ginbuge bem Sandel und Berkehr zugute kommt. Meine Herren, ich halte die Wiedereinführung von Abgaben für einen unglücklichen Gedanken. Ich halte fie finanziell für zu wenig bedeutend für ben Staat und für zu ichwer belastend für den, der sie zahlen muß, um so mehr, da wir wahrscheinlich balb auf bas vielfache bes geplanten Sates kommen werben.

(Beifall.)

Professor Dr. von Zwiedined=Südenhorst (Karlsruhe): Meine Herren. Es sind von praktischen Gesichtspunkten aus verschiedene Einswendungen gegen die Aussührungen der Referenten gemacht worden. Ich muß gestehen, daß mir auch manche theoretischen Bedenken ausgetaucht sind. Ich will Sie damit nicht länger behelligen. Ich kann nur andeuten, daß mir eine Inkongruenz darin vorzuliegen scheint, daß auf der einen Seite vom Herrn Referenten immer der Kostendeckungspunkt betont wird, also ausgesprochen das Gebührenprinzip, während auf der andern Seite immer wieder von der Leistungsfähigkeit der Rheinschiffahrt gesprochen, und—namentlich hat das Herr Professor Schumacher getan— von einem Ausgleich geredet wurde, der durchzusühren sei bezüglich der Ungleichheit in der wirtschaftlichen Situation des Ostens einerseits und des Westens anderseits. Nun, es lag freilich nahe, die Idee einer solchen Ausgleichung ins Auge zu fassen, die durch die Abgabe herbeigeführt würde; denn damit stehen wir auf dem Boden der Wirtungssphäre des Bereins für Social=

politik. Aufgabe dieses Vereins ift es ja auch, Ungleichheiten, die in den wirtschaftlichen Verhältnissen auftauchen, ins Auge zu fassen, zu prüfen und zu untersuchen, wie weit dieselben zu beseitigen sind.

Aber um was für eine Ausgleichung soll es sich da handeln? Doch nur um die Ausgleichung eines Zustandes, der in die Kategorie jener ökonomischen Erscheinungen zu rechnen ist, welche Schäffle als ausschließende Absatverhältnisse bezeichnet hat. Wenn der Westen einen Vorzug vor dem Osten in wirtschaftlicher Beziehung wirklich voraus hat, so hat man es mit einem ausschließenden Absatverhältnisse zu tun, dem jedoch auf der anderen Seite ein ganz analoges zugunsten des Ostens gegenübersteht, nämlich die durch die Zollpolitik gesteigerte agrarische Grundrente. Bekämpfen wir zuerst die Grundrente, welche vor allem im Osten wirksam ist, dann können wir auch diese natürliche Bevorzugung der westlichen Gebiete des Reiches durch die Schiffahrt auf dem Rheinstrom bekämpfen. Zudem aber möchte ich meinen, daß dieses ausschließende Absatverhältnis doch recht stark schon vorweg eskomtiert ist durch die ungleich teurere Lebensführung, unter der die Konstumenten in diesem Teile des deutschen Wirtschaftsgebiets leiden.

Ich will mich aber, wie gefagt, auf diese theoretischen Fragen nicht weiter einlaffen, sondern nur ein paar Erganzungen zu den Bemerkungen bes herrn Brofessor Gothein machen. Er hat barauf hingewiesen, bag sich Holland jedenfalls auch gegen die Einführung einer Erschwerung des Berfehre auf bem Rhein wehren wird und ebenso, meine ich, werben auch die übrigen Bertragestaaten, die hierbei mit in Betracht fommen, ihre Stimme bagegen erheben, die bei jeder Gefährdung ber Raschheit des Schiffsverfehrs burch einen Brückenbau ober bergleichen Ginfpruch erheben, und bie Hollander, gegen die bas "jusqa' à la mère" ber Wiener Afte in ein "jusque dans la mere" umgewandelt werden mußte, fich ein Sinwegfegen über verbrieftes Recht gewiß nicht zu ihrem Schaden bieten lassen. Und die anderen Staaten? Öfterreich ift freilich nicht in solchem Mage an der Freierhaltung bes Rheins intereffiert, aber Ofterreich ift gang erheblich intereffiert an der Freierhaltung der Schiffahrt auf der Elbe. Ich glaube, daß der vorhin geltend gemachte Gefichtspunkt, daß der Verkehr nach Trieft abgelenkt murbe, wenn Schiffahrtsabgaben auf ber Elbe eingeführt murben, nicht zu= treffen durfte; vielmehr werden sich die österreichischen Industriellen. namentlich die Induftriellen von Böhmen und Mähren ganz merklich bebrudt fühlen durch eine Abgabe, die den Berkehr auf der Glbe belaftet. Aber nicht nur Österreich kommt in Betracht, sondern auch die Schweiz, freilich - und damit komme ich auf den eigentlichen Lunkt, den ich berühren will — die Schweiz hat weit weniger Grund, sich gegen eine

Erschwerung des Verkehrs auf dem Rhein zu wehren, weil die Schweiz immer eine Konkurrenz ausspielen kann für die Befriedigung ihrer Transport= bedürfnisse auf beutschen Berkehrswegen. Es ift in ber babifchen Staats= bahnverwaltung nur allzu oft schon arg mißlich empfunden worden, daß bie Schweizer Industriellen und Konsumenten von Artikeln, welche nach bem Umschlag in Mannheim auf den badischen Staatsbahnen nach ber Schweiz verfrachtet werben, immer barauf hinweisen können, baß fie über bie elfässisch = französischen Kanalstraßen und auch über die französischen und italienischen (Genua) Gisenbahnen günftigere und leichtere Einfuhr= beziehungen erreichen können, als dies auf den badischen Bahnen der Fall ift. Ich komme damit zu ber Tatsache, daß da nicht nur, wie Berr Brofessor Gothein hervorgehoben hat, Breugen fich gegen ben übrigen Teil bes Reiches, gegen Subbeutschland burch einen Roll abschließt, sonbern baß biefer Zoll zu einem großen Teile auch noch nicht etwa von den Gin= wohnern Preußens, sondern von den Bewohnern Suddeutschlands wird bezahlt werden muffen. Wenn wir die Situation Babens ins Auge faffen, fo werden nicht nur die Industiellen des Landes an die Regierung herantreten mit dem Verlangen um Gewährung neuer Refaktion, fondern es wird durch die fiskalische Erscheinung der Rheinschiffahrt aufwärts bis Mannheim auch eine Abnahme ber Verfrachtung auf ben babifchen Staats= bahnen eintreten, wodurch diese vor die Tatsache gestellt sein werden, daß sie entweder bedeutende Frachtnachläffe machen ober auf einen großen Teil bes Transports verzichten muffen, weil die Transportmöglichkeit auf den fonkurrierenden elfässische französischen Kanälen (Rhein-Marne und Rhein-Rhone), auf den frangöfischen, schlieglich aber auch auf den Reichseisenbahnen nur zu fehr von den Schweizern gegenüber den Tarifforderungen der babischen Staatsbahnen ausgespielt werben fann. Ich glaube nicht, bag hier ein Widerspruch mit den Bedenken bes herrn Bürgermeister Beck vorliegt, der bemerkt hat, daß die Schiffahrt die Steuer zu tragen haben wurde. Es wird zunächst mahrscheinlich so geben, daß eine Erschwerung bes Berkehrs, eine Berteuerung der Schiffahrt die fleineren minderleiftungs= fähigen Schiffer aus dem Sattel heben wird, dann aber wird die Ber= teuerung des Rheinumschlagsverkehrs außer den Konsumenten Sudwest= beutschlands auch die badischen Staatsbahnen gang eminent treffen, weil ber stärfere Teil ber Verfrachter, bas ift 3. B. bas Rohlensyndifat, die Steuer wegwälzen wird. Wir fteben bann vor ber Tatfache einer un= mittelbaren und mittelbaren Belaftung bes badischen Konsumenten, und die Folge davon ift eine Abnahme der Steuerkraft. Diese mittelbare Wirkung wird zweifellos eintreten und schließlich eine Reduzierung ber babischen

Staatseisenbahneinnahmen. Wenn wir badischen Konsumenten auch nichts anderes damit in Kauf nehmen müßten als die zur Ausgleichung des Einnahmeentganges notwendige Verteuerung der Personentarise, insbesondere die Abschaffung des Kilometerheftes, so wäre das für die Bewohner Badens immerhin Belastung genug, so daß sie alle Ursache haben, gegen die Einssührung einer Abgabe auf dem Rhein Stellung zu nehmen, durch die der Umschlagsverkehr erschwert und damit die vitalsten Interessen der badischen Staatseisenbahnverwaltung getrossen würden. Die badische Staatsbahn hat ja nicht bloß mit den elsässischen würden. Die badische Staatsbahn hat ja nicht bloß mit den elsässischen Sie hat auch für manche Artisel— ich weiß das aus bestimmter Quelle— mit dem Umweg über Genua zu rechnen. Das spielt z. B. in der Frage der Versorgung der Schweiz mit Getreide eine sehr erhebliche Rolle.

Ich möchte also von diesem Gesichtspunkt aus Herrn Professor Schumacher die Frage vorlegen, ob er denn nicht glaubt, daß man zunächst die Boraussetzung dafür schaffen muß, daß eine solche Ausgleichung zwischen West und Ost, wie er sie im Auge hat, überhaupt erst wirksam werden kann, und die Boraussetzung dasür wäre eine Allgemeinheit der Belastung oder eine Sisendahnfinanzgemeinschaft; nicht aber die Belastung eines Teiles des Verkehrs auf Kosten derzenigen, welche von den Ginnahmen aus der Belastung so gut wie gar nichts haben. Ich din durchaus nicht prinzipiell gegen die Sinführung einer Steuer; ich könnte mich sogar für eine Transportsteuer sehr wohl erwärmen, zumal die Erfahrung vorliegt, daß z. B. die österreichische Fahrkartensteuer nur sehr vorübergehend den Berkehr geslähmt hat, und zwar für eine Transportsteuer als Reichssteuer, nicht aber sür eine solche Steuer, die in Preußen vereinnahmt, zum größten Teile aber von Württemberg und Baden bezahlt wird.

Vorsitzender: Ich gebe nun, nachdem die Herren Kommerzienrat Richter (Deffau) und Dr. Harms (Tübingen) verzichtet haben, zunächst Herrn Professor Wirminghaus das Schlußwort.

Professor Wirminghaus (Köln): Meine Herren! Nur einige wenige Worte. Wenn ich vom Standpunkt desjenigen, der speziell die Rheinschiffahrt behandeln sollte, hier kurz meine Schlußbemerkungen mache, so könnte ich nach dem Verlauf der Debatte mit dem Ergebnis wohl zufrieden sein, insofern man ja durchweg die Abgaben abgelehnt hat. Und was das Besondere andetrifft, so könnte ich mich noch auf die Einzelheiten meines Vortrags berufen, wo ich manches nur streisen konnte, was hier ausführlich dargelegt worden ist.

Trothem macht mich das heutige Votum nicht besonders glücklich. Es sind zwar die politischen Momente und die Bedenken der Interessenten, die gegen die Abgaben hervorzuheben sind, vollauf zur Geltung gekommen; aber es ist gerade darum für mich der Eindruck entstanden, daß es sich um eine Art Kundgebung gegen die Abgaben handelt, um eine Stimmungsäußerung, die man wohl begreisen kann von dem Mannheimer, von dem rheinischen Interessentenstandpunkt aus, die ich aber nicht für genügend erachte, mit Kücksicht darauf, daß wir als Verein für Socialpolitik hier einen allgemeinen Standpunkt einnehmen müssen. Ich habe das Gefühl, daß die Herren zum großen Teile die politische Situation verkannt haben; sie haben lokale Gründe geltend gemacht, aber die allgemeinen Gründe, die schließlich bestimmend sein werden für das Schicksal der Rheinschisfreiheit, großenteils vermissen lassen, oder, wenn ich mich anders ausdrücken darf, ich din überrascht über die Dürftigkeit der Gründe

(lebhafte Rufe: Dho!),

allerbings die Dürftigkeit ber Gründe, wenn man nicht alle biejenigen Gründe, die mit "Sehr richtig!" bekräftigt worden sind, ohne weiteres als solche allgemeine Gründe anerkennen will.

Meine Herren, bei der eigenartigen, schwierigen Lage der preußischen Staatsregierung, bei der Stimmung des preußischen Abgeordnetenhauses, bei der Stimmung insbesondere auch der außenstehenden Kreife, ist meines Erachtens die Frage nur zu lösen, wenn man sich auf einen etwas höheren sinanzpolitischen Standpunkt stellt. Ich habe deswegen von vornherein gesagt, daß nur von diesem Standpunkte aus die ganze Frage gelöst werden kann. Es genügt nicht, ohne weiteres die Absichten des Staats sozusagen zu diskreditieren. Wenn man einfach alle diesenigen Motive, die von Staats wegen angeführt werden, als "Fiskalismus" bezeichnet, dann kann man überhaupt nicht mehr ernsthaft über allgemeine Staatsaufgaben sprechen.

(Bravo!)

Es ist nach meinem Dafürhalten gegenüber ben Beschwerben ber Interessenten bie Aufgabe bes Vereins für Socialpolitik, diesen allgemeinen Standpunkt innezuhalten. Der das tut, braucht kein Professor zu sein, kein Handelskammersyndikus, das können wir alle in unserem Kreise.

Herr Professor Gothein hat gesagt, indem er auf den Hauptpunkt einging, man könne einen Unterschied machen zwischen natürlichen und künstlichen Wasserstraßen hinsichtlich der Besteuerung. Ich din aber der Meinung, daß er den Beweiß schuldig geblieden ist. Ich habe nach dieser Richtung hin gesagt: man kann grundsätlich die Deckung der Staats- ausgaben durch Abgaben für die natürlichen Flüsse ebensogut verlangen

wie für die Kanäle; und ich habe nicht gehört, daß irgend ein stichhaltiger Grund dagegen geltend gemacht worden ist.

Dann hat man auf die Praktiker hingewiesen, bei ihnen sollten wir in die Lehre gehen. Ich habe mich redlich bemüht, den Einwänden der Interessenten gerecht zu werden. Aber jene Mahnung hört man auch sehr häufig, wenn man Ansichten vertritt, die den Praktikern unbequem sind.

(Sehr mahr!)

Meine Herren, es liegt mir persönlich an meiner Auffassung in dem speziellen Punkte der finanzpolitischen Lösung der Frage gar nichts, aber ich bin der Meinung, daß wir nicht weiterkommen, wenn wir nicht die Sache mehr von einem höheren Gesichtspunkte aus auffassen; denn dies muß der Standpunkt des preußischen Staats sein, der sich nicht bloß um den Rhein zu bekümmern hat und dessen Freiheit, sondern um die Gesamtheit der Fragen in betreff der sinanziellen Behandlung der Binnenswasserstraßen, um die Interessen der Landwirtschaft, um die Tendenzen derzenigen, welche im Landtage auch sonst noch dabei in Frage kommen — ich erinnere an die politischen Parteien.

Es ist hier in bewegten Worten von dem Schickfal ber Rheinschiffahrt gesprochen worden. Stellen Sie sich doch vor, meine Herren: es gibt wohl faum ein Gewerbe im Deutschen Reiche, bas sich in ben letten 30 bis 40 Sahren mit folder Ungehindertheit und Ruhe hat entwickeln können wie Während auf fast allen anderen Gebieten durch die die Rheinschiffahrt! fremde Konkurrenz eine scharfe Ginwirkung erfolgt ift, hat sich die Schiffahrt mit einer gewissen Rube entwickelt, wenn man nicht behaupten will, daß die Gifenbahnen fie mighandelt haben, mas in feiner Beife ber Fall gemesen ift. Wenn Mifftande fich zeigen, die, wie es heift, geradezu einen sozialen Notstand in die Erscheinung treten laffen, so ist die Schiffahrt felbst für Diesen Zustand verantwortlich zu machen. Es ist Sache ber Schiffahrtsinteressenten, sich durch vollkommenere Organisation, durch Zusammenschluß beffer einzurichten. Glauben Sie nicht, daß ich verfäumt habe, Intereffenten zu fragen. Ich habe das vorher getan, und die Interessenten haben mir bestätigt, daß gerade darin ber ganze Schwerpunkt der zukunftigen Entwidlung speziell ber Rheinschiffahrt liegt. Ich will auf biesen Punkt nicht weiter eingehen. Ich resumiere mich bahin, daß die Herren speziell vom Rhein im eigenen Interesse bei ber vorliegenden Frage sich mehr nach ben allgemeinen staatsmännischen Erwägungen richten möchten und nicht bloß immer ihre eigenen Intereffen in den Vordergrund stellen.

(Beifall.)

Professor Dr. Schumacher (Bonn): Meine Herren, ich habe ben zweiselhaften Borzug, daß die Mehrzahl der heutigen Angrisse sich gegen mich gerichtet hat. Ich hatte gehosst, jedem einzelnen im Kleinbetrieb gewissermaßen entgegentreten zu können. Das ist mir leider von dem Herrn Borsitzenden nicht gestattet worden. So wird mir eine Rolle aufsgenötigt, die wiederum den Schein der Rückständigkeit hat, nämlich die Rolle eines altägyptischen Heldenkönigs. Sie kennen von ägyptischen Monumenten jenes so oft sich wiederholende Bild von Namses II. oder III., der die Gesamtheit seiner Gegner am Schopse hat und mit einem kühnen Schwertzriff sie allesamt zu köpfen trachtet. Als Befürworter des Großbetrieds schrecke ich auch vor dem Großbetried in dieser blutigen Form nicht zurück.

Ehe ich, meine Herren, auf die sachlichen Argumente eingehe, die hier vorgebracht sind, habe ich zunächst formell eine Reihe von Angriffen zurückzuweisen. Es sind hier Ausdrücke gefallen, die, wie ich glaube, nicht dem Inhalt und der Art der heutigen Referate entsprachen. Es ist einmal gesagt worden, es wären nicht nur in meinem Vortrag, sondern auch in den Ausführungen eines von mir hochverehrten älteren nationalökonomischen Dozenten "Kniffe" angewendet worden. Ich glaube nicht, daß der Herr Redner sich bewußt gewesen ist, was mit diesem Ausdruck bezeichnet wird. (Sehr richtig!)

Ich möchte ihm gegenüber nur hervorheben, daß ich nie allgemein von "Interessentenstandpunkt" gesprochen habe, sondern stets ganz bestimmte Zitate angeführt habe, und niemals habe ich in dieser Berbindung, wie Herr Dr. Brandt sagte, von "Geschrei" gesprochen, sondern meine große Hochachtung vor den Interessenten habe ich auch hier dadurch zum Ausdruck gebracht, daß ich von "Bosaunentönen" sprach, und ich wüßte auch jetzt noch keinen klangvolleren Ausdruck für solche Ausführungen zu sinden.

Dann, meine Herren, ist gesagt worden, was von mir ausgeführt worden wäre, sei im wesentlichen Dialektik gewesen. In die Spezialuntersuchung will ich nicht eintreten, auf welcher Seite, ob auf seite des Herrn, der diesen Vorwurf gegen mich erhoben hat, oder auf meiner Seite in dieser Beziehung mehr geleistet worden ist. Aber etwas anderes darf ich nicht übergehen. Ein Redner hat hier seinen Shrgeiz darin gesucht, besonders schroff sich in Gegensat zu setzen zu den Professoren. Tatsächlich hat er nur mit großem Sifer und unleugdarem Erfolge sich in scharfen Gegensat gesetzt zu dem einen Professor: Herrn Professor Cohn, der das Niveau der Diskussion heben wollte. Von demselben Herrn Redner ist sodann — ich will ihm in seinem Cohn entgegengeseten Bestreben nicht folgen —

hervorgehoben worden, daß aus einer Denkschrift der Interessenten von mir nur wenig entnommen worden sei. Ich muß auch das als einen nicht berechtigten Vorwurf zurückweisen. Denn dem, was ich an Gründen in mühsamer Arbeit aus der Wortfülle dieser Ausführungen herausgesucht habe, bin ich im einzelnen in meinem Referat dort, wo es systematisch geboten war, sachlich entgegengetreten. Aber wenn der Herre Redner in dieser Beziehung etwas vermißt hat, so will ich jetzt erklären, was ich disher in nachsichtiger Höslichkeit verschwiegen habe: die meisten patriotisch gestärbten Superlative, die ich angeführt habe, sie stammen wörtlich von Herrn Dr. Beumer.

#### (Beifall.)

Wenn Herr Professor Gothein nun gemeint hat, ich hätte mir nur "minderwertige" Gegner ausgesucht, so möchte ich das doch nicht so unbedingt gelten lassen; ich möchte vielmehr hervorheben, daß fast alle Herren, gegen deren Aussprüche ich mich gewendet habe, auch heute mir gegenüber aufsgetreten sind. Ich habe deren Qualität niemals gering geachtet; aber wenn diese Qualität, wie Herr Professor Gothein sich bemühte, noch verbessert wurde, so din ich dafür nur dankbar; denn die Qualität der Gegner ist bezeichnend auch für die Qualität des Angegriffenen.

Eine Reihe von Mißverständnissen habe ich sodann noch richtigzustellen. Im einzelnen kann ich vollständig das nicht tun; es hieße das, den allzu langen Vortrag von heute Morgen noch einmal hier zu wiedersholen. Ich will deshalb z. B. nicht aussühren, daß ich keineswegs die Tätigkeit des Reichseisenbahnamts überschätzt habe; habe ich doch ausdrücklich das Neichseisenbahnamt als einen "Torso" bezeichnet; und wenn ich davon sprach, die Bestrebungen, für das ganze Reich eine einheitliche Gestaltung des Eisenbahnverkehrswesens herzustellen, seien heute wieder aufgewacht, so habe ich natürlich nicht an das Reichseisenbahnamt gedacht, sondern — Sie wissen — an die Betriebsmittelgemeinschaft.

Es ift ferner bavon gesprochen worden, ich hätte das Kohlenkontor verherrlicht. Auch da ift ein gewisser Frtum untergelausen. Ich habe das Kohlenkontor vor allen Dingen darum angeführt, weil der psychologische Moment, der für die Durchführung einer jeden staatlichen Maßregel möglichst abgepaßt werden muß, durch die Begründung des Kohlenkontors und seine Tätigkeit mir gegeben zu sein scheint. Denn gerade jest in Verbindung mit der Ausbildung des Großbetrieds, die eine Verbildigung der Selbstkosten des Betriedes bedeutet, sind die Schiffahrtsfrachten in die Höhe gesetzt worden, und sie sollen nach dem ausdrücklich angeführten Zweck des Kohlenkontors weiter in die Höhe gesetzt werden. Und das wird auch

tatsächlich geschehen bis zu einer ganz fest gegebenen Grenze, bis zu ber Grenze, die gezogen wird durch die Eisenbahnfrachten. Da fragt es sich, meine Herren, soll diese sicher bevorstehende Steigerung der Frachtsätze ausschließlich dem Großunternehmertum zugute kommen, oder soll an dieser möglichen Steigerung zu einem kleinen, bescheidenen Teile der Staat teilsnehmen?

Berr Professor Gothein hat weiter die Unterweserkorrektion angeführt und gesagt, ich hätte es versäumt, auszuführen, daß diese Unterweserkorrektion herbeigeführt worden mare durch eine Verfassungsanderung. Meine Berren. ist benn ber Art. 54 ber Reichsverfassung geändert worden? Er ist es boch eben nicht und lautet heute wie 1871. Die Unterweserkorrektion ift vielmehr burchgeführt worden ohne eine Berfassungsänderung; und zwar war man sich anfangs gar nicht klar, daß ein notwendiger Fall ber Berfaffungs= änderung vorliege; erft nachträglich erfannte man das und beruhigte sich bamit, daß man feststellte, ber Beschluß, die Unterweserabgaben einzuführen, sei im Bundesrat mit einer folchen Majorität gefaßt worden, wie fie für Berfassungsänderungen vorgeschrieben ist. Und obwohl Herr Professor Gothein nicht gang korrekt behauptete, eine Berfassungsänderung sei damals vorgenommen worden, fügte er merkwürdigerweife hinzu, niemand werde es heute, wie er hoffe, magen, eine Verfassungsänderung vorzunehmen! erscheint eine Verfassungsänderung murdiger als eine gefünstelte Auslegung.

Endlich ist ausgeführt worden, die Abgabenfreiheit der Flüsse wäre bereits, dank des Berdienstes von Wilhelm v. Humboldt, mit der Wiener Kongresakte erstrebt worden. Meine Herren, das ist ein Irrtum, der immer wiederholt wird. Die Wiener Kongresakte hat im Art. 109 ausdrücklich nur bestimmt, der Rhein "sera entièrement libre et ne sera pas interdit à personne", d. h. es sollte niemand von der Besahrung des Rheines ausgeschlossen werden, und unmittelbar folgt der Artikel, der ganz genau den Oktroi für den Rhein festsest.

Meine Herren, ich komme jett nach allgemeinen formellen Richtigstellungen auf den eigentlichen sachlichen Inhalt. Zunächst handelt es sich darum, welche Zwecke mit den Binnenschifffahrtsabgaben verfolgt werden sollen. Da ist zunächst die Frage, ob die Einführung von Binnenschiffahrtsabgaben eine "Korrektur der Natur" bedeutet, so vereinzelt und schüchtern nur bejahend beantwortet worden, daß ich wohl nicht aussührlicher darauf zurückzukommen brauche; ich beschränke mich darauf, zu wiederholen: erst wenn die künstliche Differenzierung beseitigt wird, kann die natürliche Differenzierung voll zur Geltung kommen. Zweitens handelt es sich um das handelspolitische Ziel. Da hat Herr Dr. Brandt zu meinem Erstaunen

behauptet, ich hätte auch handelspolitische Motive für die Wiedereinführung der Abgaben in meinem Referat hier angeführt. Ich glaube, ich darf sagen, daß das Gegenteil der Fall ist. Ich habe ausdrücklich angeführt, eine handelspolitische Ausnützung der Rheinzölle, überhaupt der Binnenschiffshrtssabgaben, sei nur in außerordentlich beschränktem Maße möglich, da, selbst wenn Abgaben von einem doppelt so hohen Saß, als der in Aussicht genommene, für Getreide eingeführt würden, sie noch nicht einmal 1/100 des Zolls, und ich kann hinzusügen, etwa nur 1/250 des Mannheimer Weizenspreises ausmachen würden.

Dazu kommt noch ein zweiter Grund. Wenn der Betrieb auf den Wasserstraßen nicht in den Händen des Staates ruht, so kann der Staat auch diesen außerordentlich beschränkten handelspolitischen Einsluß mit Hilfe der Abgaben nur in außerordentlich fragwürdiger Weise ausüben; denn es kommt, so lange Schiffahrtsweg und Schiffahrtsbetrieb geschieden sind, nicht auf das an, was die Fracht in der Berg- oder Talfahrt beträgt, sondern entscheidend sur den einzelnen Privatschiffer ist das, was hin- und Rücksahrt zusammen eindringen. Wenn das der Fall ist, dann hat der Schiffer selbst sehr vielsach die Möglichkeit, eine handelspolitische Differenzierung der Abgaben durch eine entgegengesetzte Differenzierung der Frachtsätze größtenteils zu paralysieren.

Wenn in Verbindung hiermit hervorgehoben worden ift, daß die ganze Bewegung zur Einführung von Schiffahrtsabgaben einen wesentlich agrarischen Ursprung habe, so will ich das nicht bestreiten; aber meine Herren, eine Sache, die an sich berechtigt ist, kann nicht dadurch unberechtigt werden, daß ihr Ausgangspunkt vielleicht nicht zu billigen, vielleicht irrümlich war.

(Sehr richtig!)

Nachdem ich damit nur wenige Worte über die Zwecke geäußert habe, die mit den Binnenschiffahrtsabgaben versolgt werden sollen, wende ich mich den Fragen der Ausführung des Binnenschiffahrtsabgabewesens zu. Da habe ich zunächst dem Einwand zu begegnen, den Herr Professor Lotz gemacht hat. Herr Professor Lotz wies darauf hin, daß im wesentlichen nur der Abgabesat für den Rhein im Betrage von 0,04 Pfg., dagegen nicht die anderen Säte von mir hervorgehoben worden seien. Zum Teil verbot das die Zeit, ge bot das der Ort dieser Tagung. Aber, meine Herren, bei diesem Einwand schien mir durchzuschimmern, daß die Bedeutung dieser Säte, die von der Regierung berechnet worden sind, ganz verkannt worden ist. Diese Säte sind nicht berechnet worden, um festzustellen, wie die Absgabe auf jedem einzelnen Fluß bemessen werden soll, sie sind vielmehr aufsgestellt worden, einem Wunsch der Kanalkommission entsprechend, um fest

zustellen, wieviel auf jeder einzelnen Wasserstraße der Staat für jede einzelne auf der Wasserstraße transportierte Tonne jest zuzahlt.

Was nun, meine Herren, die Durchführung der Binnenschiffahrtsabgaben im einzelnen anlangt, so lege ich darauf nicht den Wert wie meine herren Gegner. Ich lasse da auch gern mit mir handeln und versteife mich nicht auf irgendwelche Ausrechnungen. Am allerwenigsten habe ich mich mit den Ausrechnungen von herrn Dr. Nasse identsiziert; sie erscheinen mir vielmehr unter den verschiedensten Gesichtspunkten sehr ansechtbar.

Wenn aber Herr Dr. Beumer mir zum Vorwurf gemacht hat, die wichtige Frage, wie die Kosten sich auf Landwirtschaft und Schiffahrt verzteilen, sei von mir nicht erörtert worden, und behauptet, ich hätte die Interessentenschrift nicht eingehend studiert oder nicht genügend hier zitiert, so kann ich darauf, meine Herren, nur erwidern, daß, wenn Herr Dr. Beumer mein Buch über die Vinnenschiffahrtsabgaben oder, um bescheidener zu sein, die Veröffentlichungen des Vereins für Socialpolitist gelesen oder auch nur durchgeblättert hätte, daß er dann gesehen haben würde, daß solche Verechzungen im ausgiedigsten Maße dort angestellt worden sind, viel gründlicher als Herr Dr. Beumer anscheinend sich vorzustellen vermag, so eingehend und gründlich, daß ihre Wiederholung in einem zeitlich beschränkten Referat auszeschlossen ist. Meine allgemeinen Bemerkungen zu diesem Punkte scheint aber Herr Dr. Beumer überhört zu haben.

Meine Herren, was die Ausgestaltung der Abgaben sonst anlangt, so scheint mir eine der wichtigsten Fragen — auch gerade hier für Mannheim — die zu sein, ob die Abgaben erhoben werden sollen für jede einzelne Wasserstraße, oder ob sie erhoben werden sollen für eine größere Gesamtheit von Basserstraßen. Auch diese Frage halte ich nicht für entscheidend; doch scheinen mir, wie ich bereits ausgeführt habe, prinzipielle Gesichtspunkte dafür zu streiten, die Einheit des Schiffahrtsbetriebs möglichst maßgebend sein zu lassen, d. h. diesenigen Wasserstraßen, die von denselben Schiffen benutzt werden können, auch in bezug auf Abgaben möglichst als eine Einheit zu behandeln. Aber ich halte es dabei keineswegs für ausgeschlossen, eine weitergehende Spezialisierung vorzunehmen, eine Spezialisierung beispielsweise für die einzelnen großen Flußgebiete.

Benn dann die schon in meinem Reserate behandelte Befürchtung besonders nachdrücklich mehrsach ausgesprochen worden ist, es würde sich aus dem anfangs vielleicht geringen Abgabensatz eine immer stärkere sinanzielle Belastung der Schiffahrt entwickeln, so möchte ich demgegenüber doch auf eine Tatsache hinweisen. Auf dem Dortmund-Ems-Kanal ist tatsächlich eine Abgabe eingeführt worden, die weit, weit zurückleibt hinter dem, was vom

Abgeordnetenhause beschlossen worden ist. Anderseits kann ich nur wiedersholen, daß man in einem Wasserstraßenbeirat und in Spezialkassen sür die Schiffsfahrt weitgehende Garantien und Sicherheitsmaßregeln zu schaffen vermag. Es handelt sich aber überhaupt bei der befürworteten Resorm des Binnenschisschlagedenwesens — auch das möchte ich nochmals betonen — nicht ausschließlich um eine Verteuerung der Schiffahrt, sondern vielsach auch um eine Verbilligung. Wenn auf dem Rhein die Abgabe einheitlich einsgeführt wird für den Hauptstrom und alle seine Nebenslüsse, wie es Gründen der Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit entspräche, dann würde die Möglichleit geschaffen werden, beispielsweise, wie der schon mehrsach von mir zitierte Anonymus in der beutschen Wirtschaftszeitung ausgeführt hat, auf dem kanalisierten Neckar für die ganze Strecke von Emmerich dis Heilbronn eine Abgabe von nur 22,6 Pfg. zu erheben, während disher nur für die Strecke von Mannheim dis Heilbronn eine Abgabe von 49,3 Pfg., also mehr als das Doppelte, in Aussicht genommen worden ist.

Ich komme brittens zu ber Frage ber Konkurrenz von Wasserstraßen und Eisenbahnen. Ich kann im einzelnen auch auf diese Frage nicht noch einmal eingehen. Es ist jedoch hervorgehoben worden, ich hätte mit dem Ressortpatriotismus nicht genügend gerechnet. Wie überwindet man aber diesen Ressortpatriotismus? Das ist doch die Frage. Überwindet man ihn etwa, wenn man die Hände in den Schoß legt und resigniert sagt: Alles soll bleiben wie es jetzt ist? überwindet man ihn nicht besser, wenn man klare, bestimmte Ziele ausstellt und den Weg weist, zu diesen Zielen zu gelangen?

Sodann, meine Herren, ist wiederum hervorgehoben worden, es sei wünschenswert, die Abgabenfreiheit unserer natürlichen Wasserstraßen zu ershalten, um einen Druck auf die Eisenbahnen auszuüben, die jest zwar nicht mehr ein privates, aber ein nicht minder gefährliches öffentliches Monopol seien. Meine Herren, was zeigen uns denn die Tatsachen? Es war unzweiselhaft vom Standpunkt des gesamten Verkehrs aus ein großer Fortschritt, als der Rohstosstaris im Jahre 1897 auch auf die Brennstosse außegedehnt wurde, und niemals vielleicht hat sich in den Kreisen der Binnenschisssatzenstressenten eine lebhaftere Opposition gegen eine Ermäßigung der Schilte uns ja ausgeführt hat — diese Maßregel ausdrücklich als "Kennzeichen einer bewußten allmählichen Erdrosselung der Rheinschisssätzich und es wurde behauptet, der Stusensatz von 350 km sei besonders mit Rücksicht darauf eingeführt worden, daß die Entsernung von Ruhrort dis Mannheim ungefähr 350 km betrage, was Schulte dadurch mit Recht widerlegt, daß

berselbe Tarif mit derselben Staffelung bereits 7 Jahre vorher für Güter, die für den Oberrhein eine größere Bedeutung überhaupt nicht hatten, in Anwendung gebracht worden war. Trot dieser Ersahrungen ist hier von dem hochverehrten Herrn Oberbürgermeister dieser gastlichen Stadt befürwortet worden, es sollte mit Resormen von seiten der Eisenbahnverwaltung der Ansang gemacht werden; die Eisenbahnen sollten zunächst auf das Kostenbedungsprinzip herabgehen. Meine Herren, ein "Geschrei" würde erhoben, "Posaunentöne" würden angestimmt werden, gegen die alle bisherigen Klagen der Schiffahrtsinteressenten verstummen würden, wenn wirklich von den Eisenbahnen eine derartige Herabsehung der Tarise vorgenommen würde.

Meine Herren, ich habe ausgeführt, daß zwei Mittel existieren, die verschiedenen Inkongruenzen und Ungerechtigkeiten, die mir im heutigen Binnenschiffahrtswesen vorhanden zu sein scheinen, zu beseitigen. Ich habe mich für das eine Mittel ausgesprochen, mein hochverehrter Herr Korzeferent für das zweite, für die Abgabenfreiheit auf allen Wasserstraßen.

Bunächst einige Einwendungen gegen die Gründe, die für folche völlige Abgabenfreiheit vorgebracht worden find. Es ift, glaube ich, übersehen worden — und herr Dr. Nasse begeht in dieser Beziehung geradezu un= begreifliche Rechenfehler —, daß bei den Binnenschiffahrtsabgaben regel= mäßig ber wichtigere Bosten nicht die Berzinsung und Amortisation bes Unlagekapitals ift, sondern wenigstens jest die Unterhaltungekosten. Die Unterhaltungekoften murden ftete beftehen bleiben, fie murden niemals verschwinden, Wenn daher auch vielleicht die Aufwendungen für amortisiert werden. Binsen und Amortisationsquoten beseitigt werden könnten, es mußten boch bie Unterhaltungskoften noch stets gebeckt werben. Aber auch was die Amortisation anlangt, so ist es boch sehr fraglich, ob eine solche ohne weiteres durchgeführt werden könnte. Berr Brof. Wirminghaus hat sich selbst in einen gewissen Widerspruch insofern gesetzt, als er nachher — im Gegensat zu dieser Unnahme der Amortisationsmöglichkeit — als Argument gegen die Durchführung des Gebührenprinzips die Tatfache angeführt hat, daß eine ganze Reihe von Wasserstraßen einstweilen nicht einmal die Rosten ber Unterhaltung aufzubringen vermögen.

Wichtiger ist die Frage: Wie sollen denn die Mittel, die notwendig sind, nicht nur um die Wasserstraßen zu unterhalten, sondern auch um sie weiter auszugestalten, aufgebracht werden? Eine Verpflichtung, solche über die Unterhaltung hinausgehende Mittel aufzubringen, ist für die Uferstaaten — darüber ist man wohl einig — bisher nicht vorhanden (Widerspruch) — ist jedenfalls niemals von den Staaten, insbesondere von Preußen ansersannt worden. Und was die politischen Schwierigkeiten anlangt, so

mögen die Herren hier in Baden in der angenehmeren Lage sein, mit solchen nicht zu rechnen zu brauchen, aber in Preußen liegen die Verhält=nisse doch anders. In Preußen besteht heute zu Recht der § 9 i der neuen Kanalvorlage, der die Einführung von Abgaben auf den natürlichen Wassersstraßen vorschreibt. Mit dieser Forderung muß gerechnet werden; es muß gerechnet werden mit den nicht unbedeutenden politischen Kräften, die hinter dieser Forderung stehen.

Endlich, meine Herren, ist als Argument für die Abgabenfreiheit auf allen Wasserstraßen hingewiesen worden auf die Landstraßen. Die Landstraßen aber unterscheiden sich von den Wasserstraßen nicht außschließlich dadurch, daß das Landstraßennetz ungleich viel dichter ist als das Wasserstraßennetz oder auch als das Eisenbahnnetz; viel wichtiger ist ein andrer Unterschied. Ich habe in meinem Referat auszusühren gesucht: je größer ein Transportgefäß, umso einseitiger die Förderung des Großbetriebs! Die Rehrseite heißt: je kleiner ein Transportgefäß, umso größer der Kreis der Interessenten. Gerade die Kleinheit des Transportgefäßes, das auf der Landstraße ausschließlich anwendbar ist, macht die Landstraße zu einem unsendlich viel allgemeineren Berkehrsmittel, bezeichnet den wichtigsten Unterschied zwischen den Wasserstraßen und den Landstraßen.

Gegen das Gebührenprinzip, das ich als Mittel zur Beseitigung der Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten befürwortet habe, ist sodann — wie ich schon andeutete — angeführt worden, daß auf manchen deutschen Wasserstraßen durch die Abgaben so wenig eingebracht wird, daß eine Kostensdeung überhaupt ausgeschlossen erscheint. Die Behauptung ist richtig. Es ist Tatsache, daß auf dem Dortmunds-Ems-Ranal beispielsweise nur einzebracht wird — wenn ich die berechnete Zahl richtig in Erinnerung habe — ungefähr 1/60 von dem, was diesenigen, die den Bau beschlossen, annahmen, und daß der Staat dort für jede einzelne Tonne, die transportiert wird, einen reinen Zuschuß von etwa vier Mark zu zahlen hat. Aber, meine Herren, als Wasserschusen-Interessent würde ich solche Tatsachen nicht vorbringen; denn sie lassen gewichtige, schwer zu beseitigende Zweisel aufstauchen, ob überhaupt der Bau derartiger Wasserstraßen im Zeitalter der hohen Entwicklung des Eisenbahnwesens so unbedingt gerechtsertigt werden kann, wie das von vielen Seiten gewünscht und behauptet wird.

Meine Herren, ich muß zum Schluß kommen. Es konnte nach ben Ausführungen mancher Gegner so erscheinen, als ob die ganze Frage, die uns hier heute beschäftigt hat, leichtsinnig angeschnitten, gewissermaßen vom Zaun gebrochen sei. Ich glaube, wer sein Auge für die jetzige tatsächliche Lage — in Preußen wenigstens — nicht verschließt, wird das nicht be-

haupten können. Eine Reihe tatsächlicher Mikstände — über bie Konsequenzen fann man verschieden benten, die Tatsachen muß man schließlich anerkennen - eine Reihe tatfächlicher Mißstände, wie ich auszuführen gefucht habe, sind vorhanden und außerdem der § 9 i des bereits erwähnten Gefetes. Und, wie fo die ganze Frage nicht aus Leichtfertigkeit angeschnitten worden ist, so noch viel weniger, zum mindesten heute, propter invidiam. Im Gegenteil, es sollen die Schwierigkeiten überwunden werden, die dem weiteren Ausbau der Wasserstraßen auch gerade in den kleineren deutschen Staaten fich entgegenstellen; und die Magregeln, die von mir heute befürmortet werden, bedeuten feineswegs ausschlieglich eine Benachteiligung bes Sübens, sondern fehr vielfach mehr noch eine Bevorzugung bes Sübens. beispielsweise mas die Ranalisierung des Mains, die Ranalisierung des Neckars, ja auch die weitere Ausgestaltung des Oberrheins zu einer wirksameren Verkehröstraße anlangt. Und wenn endlich das, was ich hier be= fürmortet habe, als Zukunftsmusik bezeichnet murde - nun aut, mas die herren Zukunftsmusik nennen, erscheint mir als bas notwendige große Ziel, bas endlich einmal im gesamten Binnenverkehrswesen aufgestellt und verfochten werden muß; und, meine Herren, verkennen Sie nicht, daß man biefem erstrebenswerten ibealen Ziel in fehr bebeutfamer Beife sich bereits genähert hat! Die Eisenbahntarife auf den preußischen Eisenbahnen haben seit ber Verstaatlichung in den letten 30 Sahren eine nicht unerhebliche, vielfach unterschätzte Ermäßigung erfahren; die Gisenbahnfrachten sind rund um 25 % ermäßigt worden, b. h. die Interessenten mußten, wenn heute noch die früheren Tarife beständen, für die Beförderung ihrer Guter fast ein Viertel Milliarde Mark alljährlich mehr aufwenden. Es ift also eine bebeutende Ermäßigung bereits eingetreten. Aber noch schneller muß man bem von mir aufgestedten Ziele fich nähern. Man mag biefes Ziel als ein ideales bezeichnen. Ich bekenne mich zu folchem Ibealismus; aber, meine herren, ich bin in der glücklichen Lage, als Idealist auch sehr reale Mächte als Bundesgenossen zu besitzen. Als sehr wirksame Bundesgenossen werden sich bewähren die von mir geschilderten Berkehrsverhältnisse in unseren Konkurrenzländern, auch die fog, amerikanische Gefahr. Sie zwingen geradezu, ben Blick zu erheben über die Lokalintereffen einer einzelnen Berkehrsftraße, unser Verkehrswesen nicht mehr aus dem Gesichtspunkt der Rleinstaaterei, sondern von dem Gesichtspunft ber Gesamtinteressen Deutschlands anzuseben. Benn bazu bie heutigen Verhandlungen bes Vereins für Socialpolitik beitragen, durfte trot allen Streits und Widerspruchs doch die heutige Bersammlung nicht ganz ohne positiven Erfolg bleiben.

(Lebhafter Beifall.)

Schriften CXVI. - Berhandlungen 1905.

Vorsitenber: Das Wort zu einer perfönlichen Bemerkung hat Herr Professor Gothein.

Professor Gothein (Heibelberg). Die sachliche Debatte ist geschlossen. Ich bin Herrn Professor Schumacher bafür bankbar, daß er auf unfre Argumente eingegangen ist, und daß sie ihm wichtig genug erschienen sind, um einer sachlichen Widerlegung gewürdigt zu werden. Nicht ganz dasselbe kann ich von Herrn Professor Wirminghaus sagen.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Er hat geglaubt uns eine Zensur erteilen zu müssen, und diese ist sehr schlecht ausgefallen, oder wie er gesagt hat: es hat ihn die Dürstigkeit der Argumente der Gegner der Wasserstraßenabgaben in Erstaunen gesetzt. Run, meine Herren, wir sind ja nicht Richter in eigener Sache, und vor allem gilt immer: jeder gibt das, was er hat; ein Schelm, wer mehr gibt, als er kann. Also die Dürstigkeit werden wir uns nun einmal selber gemäß unsrer eignen Bescheidenheit zu Gemüte führen müssen. Ob Herr Kollege Wirminghaus nun gerade als Schluß-Korreserent uns dieses Zeugnis ausstellen konnte, lasse ich dahingestellt. Aber einen Vorschlag zur Güte möchte ich machen. Wie wäre es, wenn die Herren Reserenten in Zukunst, um die Debatte reicher zu machen und damit sie nicht über Dürstigkeit zu klagen brauchen, ihre aussschrichen Reserate, ihre logisch und dialektisch sorssältig ausgebauten Vorträge drucken ließen (sehr gut!) und uns das Übrige mündlich nur kurz mitteilten.

(Burufe: In gehn Minuten!)

Dann würden wir uns wohl einem berartigen Borwurf nicht mehr aus= zusetzen brauchen.

(Beifall.)

Professor Dr. Wirminghaus (Köln), persönliche Bemerkung: Ich muß doch Beranlassung nehmen, mich gegen die letzten Bemerkungen meines verehrten Kollegen Gothein zu wenden. Wenn ich von Dürftigkeit sprach, so habe ich mich dabei auf einen ganz bestimmten Punkt bezogen. Ich habe durchaus nicht geleugnet, daß das, was vom hiesigen, rheinischen Interessentens Standpunkt gesagt werden konnte, gesagt worden ist, und an diesen Ersörterungen hat sich auch mein verehrter Kollege Gothein sehr lebhaft und wirkungsvoll beteiligt. Wenn ich von Dürftigkeit sprach, so habe ich mich lediglich auf die allgemeinen sinanzpolitischen Momente bezogen, auf Erswägungen vom Standpunkte der preußischen Finanzpolitis aus, und da habe

ich allerdings gesagt, daß diese Erwägungen über das Maß der rheinischen Interessen hinausgehen müssen, und daß die von mir, ganz besonders aber auch vom ersten Referenten angedeuteten Gesichtspunkte zu wenig in der Debatte hervorgetreten sind. Ich muß meine Behauptung vollkommen auf-rechterhalten. Übrigens werden wir ja nachher aus dem stenographischen Berichte ersehen, was der Debatte noch sehlt.

Professor Dr. Lot (München), persönliche Bemerkung: Ich glaube, baß, wenn die finanzpolitischen Debatten dürftig aussielen, das keine un= erklärliche Sache für den ist, der sich bei der Zehnminuten=Rebezeit gewisser= maßen unter der Guillotine gefühlt hat.

#### (Sehr mahr!)

Ich muß die Kritik energisch zurückweisen, da es mir einsach unmöglich geswesen ist, in zehn Minuten meine theoretischen Gedankengänge — so wie ich es wünschte — zu entwickeln.

#### (Sehr richtig!)

Borfitenber, Staatsminister Freiherr v. Berlepfch: Meine Berren! Wir find am Schluffe ber Debatte. Für biejenigen, die heute zum erften Male unfrer Generalversammlung beiwohnen, möchte ich mir die Bemerkung gestatten, daß im Berein für Socialpolitik über die Thesen und sonstigen Borschläge nicht abgestimmt wird. Es ist bagegen Sitte, bag ber Vorsitzende der Versammlung am Schlusse der Verhandlung ein Resumee über die Berhandlung gibt. Ich glaube mich auch in diefer Beziehung fehr beschränken zu follen, weil der erfte Berr Referent in feinem Schlufwort die ganze Diskuffion bis in die einzelnen Details hinein verfolgt und rekapituliert hat, so daß ich genötigt sein murbe, Ihnen zum zweiten Male zu fagen, mas Sie bereits gehört haben. Es erübrigt sich für mich nur, zu konstatieren, daß die weit überwiegende Mehrzahl der Redner, die heute aufgetreten sind, bem Herrn Referenten in ben Borschlägen, die er gemacht hat, nicht zu folgen geneigt gewesen ift. herr Professor Schumacher hat als Mittel zur Beseitigung ber Migstände, die augenblicklich auf bem Gebiete ber Schiffahrt vorliegen und namentlich in ihrer Verschiedenheit wurzeln, bezeichnet: entweder aleiche Abgabenfreiheit auf den Wasserstraßen oder gleiche finanzielle Belaftung unter Wahrung bes Gebührenprinzips und bes Koftenbeckungsprinzips. Der herr Korreferent ist ihm in feinen Ausführungen bis zu diefer Stelle, wo Herkules am Scheibewege steht, gefolgt. Dann aber folgte er bem ersten Borschlage bes ersten herrn Referenten, mahrend biefer fich für ben zweiten

entschieb. Beibe Herren haben sehr scharf betont, daß sie in ihren Außführungen wesentlich von einem Ibeal bestimmt sind, daß sie sich von der Zukunft des Abgabenwesens auf dem gesamten Verkehrsgebiet gebildet haben. Der eine ist mit diesem Ibeal zur Forderung einer gleichmäßigen Gebührenerhebung gelangt unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Verkehrs zu Wasser und auf den Eisenbahnen, der andre zu der Forderung einer gleichen Gebührenfreiheit, wenn er sich auch bewußt ist, daß dieses Ibeal sich erst in langer Zeit wird erreichen lassen.

Die Herren Redner nun haben in ihrer überwiegenden Mehrzahl keine Neigung gezeigt, auf diesen idealen Wegen den beiden Referenten zu folgen; fie haben von den Bedürfnissen der Gegenwart aus die Frage beurteilt, ob auf den Wasserwegen die Abgabenfreiheit zu beseitigen oder beizuhehalten ift. Sie haben biefe Frage im wesentlichen verneint aus wirtschaftlichen Gründen, fie haben fie verneint aus juristischen Gründen, fie haben fie verneint aus politisch-taktischen Gründen. Wenn ich genötigt bin, nach einem Moment des Übereinstimmens in der Diskuffion über diese verschiedenen Standpunkte zu suchen, fo bin ich in einer außerorbentlich großen Berlegenheit. Ich fann nur einen Buntt herausfinden, in dem fein Widerspruch zwischen ben Vertretern der verschiedenen Unschauungen obwaltet, das ift das Berlangen, daß die Abgabenerhebung auf den Wafferstraßen in feinem Fall beeinflußt sein darf durch irgend welche handelspolitischen Rücksichten, durch irgend welche agrar-politische ober sonst politische Rücksichten, daß unter allen Umftänden an dem Berlangen festgehalten werden muß, daß lediglich eine Dedung ber Rosten, wie ber erste Referent hervorhob unter Berücksichtigung ber Berginfung und Amortisation, herbeigeführt werden foll.

Meine Herren! Daß so überwiegend sich eine ablehnende Stimmung gegen die Erhebung von Schissabgaben gezeigt hat, liegt in den örtslichen Verhältnissen unser Versammlung. Wir tagen in Mannheim, einer Stadt, für die die Freiheit der Rheinschissahrt auch von Abgaben natürlich von großer Bedeutung ist. Wir sind hier umgeben von einer Industrie, von Handelspläßen, die wesentlich auf demselben Standpunkt stehen. Es ist ganz begreislich, daß ihre Vertreter in der heutigen Versammlung vorwiegend zu Worte gekommen sind. Meine Herren! Über diese Verschiedung der Parität, wenn ich es so nennen darf, kann man aber meines Erachtens getrosten Mutes hinwegsehen. Wenn man berücksichtigt, daß diesenigen politischen Kräfte, die über die Frage der Erhebung von Schissahrtsabgaben zu entscheiden haben werden, so überaus mächtig sind, daß es außerordentlich schwer sein wird, gegen sie anzukämpfen, so kann man nur jede Gelegenheit besprüßen, wo den Gegnern der Erhebung von Abgaben Gelegenheit gegeben

ist, zu Worte zu kommen. Bon biesem Standpunkte aus habe ich die Überzeugung, daß auch die heutige Versammlung wesentlich von Ruten sein wird zur Beurteilung der Frage, ob man bei der bisher bestehenden Freiheit des Verkehrs auf dem Rhein bleiben soll oder ob sie in Zukunft wegsfallen soll.

Meine Herren! Ich schließe hiermit unfre heutige Sitzung. (Schluß ber Sitzung 6 Uhr 45 Min.)

## Zweite Situng.

#### Dienstag den 26. September 1905.

Die Sitzung wird um 91/4 Uhr burch ben Borfitzenden herrn Oberburgermeifter Bed (Mannheim) eröffnet.

Vorsitzender Oberbürgermeister Bed (Mannheim):

Meine Herren, ich eröffne hiermit die Sitzung.

She wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich einige geschäftliche Mitteilungen zu machen.

(Geschieht.)

Runmehr treten wir in die Tagesordnung ein: Das Arbeits= verhältnis in den privaten Riesenbetrieben.

Ich erteile zunächst das Wort an den Herrn Referenten Geh. Rat Dr. Brentano.

# Pas Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben.

### Einleitender Vortrag

pon

Professor Dr. Brentano (München).

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Ausschuß des Bereins für Socialpolitik hat am 6. Januar besichlossen, daß wir heute das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben erörtern sollen. Die Statistik versteht unter einem Riesenbetrieb einen Bestrieb mit 1000 Arbeitern und mehr. Diese Begriffsbestimmung ist für die sozialpolitische Betrachtung zu äußerlich. Ich verstehe im Folgenden unter privaten Riesenbetrieben die Privatbetriebe, bei denen schon vermöge der großen Zahl der beschäftigten Arbeiter eine individuelle Regelung der Arbeitssbedingungen ausgeschlossen ist.

Man könnte meinen, der Ausschuß habe eine Borahnung gehabt von den Dingen, die da kommen follten. Kaum waren wir von der Berliner Sitzung zurückgekehrt, so bewies der größte Arbeiterausstand, den Deutschland jemals erlebt hat, die Dringlichkeit der beschlossenen Erörterung. 195 000 Arbeiter legten die Arbeit nieder, und niemand ist in diesem Saale, der nicht während drei Wochen mit angstvoller Spannung dem Berlauf dieses erbitterten Kampses gefolgt wäre.

Und es blieb in diesem Jahre nicht etwa bloß bei diesem Ausstand der Bergleute. Das ganze Jahr 1905 war ein Jahr ununterbrochener Arbeitskämpse. Besonders bemerkenswert ist die große Zahl Aussperrungen, die sich darunter besanden. Eine auffallende Zahl von Arbeitsstillständen nahm ihren Ausgangspunkt nicht von einem Vorgehen der Arbeiter, sondern der Arbeitgeber.

Ich sehe die Ursache dieser beklagenswerten Erscheinungen in dem unsfertigen Zustand unseres Arbeitsvertragsrechts.

Der Gesetgeber hat bas Arbeitsverhältnis zu einem Bertragsverhältnis gleichberechtigter freier Bersonen gemacht. Er hat in Anerkennung beffen, daß der Arbeiter bei Eingehen diefes Bertragsverhältniffes, wo er vereinzelt auftritt, sein Interesse nur felten zu mahren vermag, ben Arbeitern gestattet, sich mit anderen gleich Interessierten durch weitere Berträge zu organisieren. Allein er ift auf halbem Wege stehen geblieben. Er hat nicht nur allen folden Organisationsverträgen bie Rechtsgültigkeit abgesprochen. er hat auch bas Recht, fich zu organifieren, gegenüber allen Ungriffen entgegenstehender Intereffenten schutlos gelassen. Ja noch mehr: er hat dieses Organisations= recht mit folden Fallstricken verseben, daß, wer bavon Gebrauch macht, Gefahr läuft, bestraft zu werben. Durch den § 153 der G. D. werben gewiffe Handlungen, welche sonst straffrei sind, wenn sie in Berbindung mit Koalitionen vorkommen, mit Strafe bedroht, und etwa vorkommende wirkliche Delikte, wenn auch in Wahrnehmung berechtigter Interessen vorgenommen, werden, ftatt unter Zubilligung milbernder Umftande, mit befonderer Schärfe behandelt.

Diesen unfertigen Zustand unseres Arbeitsvertragsrechts haben sich die Arbeitgeber in unseren Riesenbetrieben zu Nutzen gemacht.

Man leugnet zwar nicht, daß das Arbeitsverhältnis lediglich auf Vertrag beruhe. Allein mas bedeutet es, daß biefer oberfte Grundfat unferes Arbeitsrechts die Magna Charta der perfonlichen Freiheit des Arbeiters ift! Man barf, so sagt man, bas Arbeitsverhältnis nicht losgelöst vom Unternehmungsbetrieb, fondern nur als integrierenden Beftandteil besselben be-Daber gebe man es auf, am Arbeitsvertrage herumzudoftern. Daß das Arbeitsverhältnis auf Bertrag beruht, ist von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung. Der Rernpunkt ift, daß Arbeitgeber wie Arbeiter Organe ber Unternehmung sind und baber ein gemeinsames Interesse an beren Gebeihen haben. Und nun verfällt man in gleiche Einseitigkeit wie die Sozialdemokraten, nur in die umgekehrte. Wie diese von der Tatsache, daß die Erzeugnisse ber Unternehmung von den Arbeitern hergestellt werden, jur Folgerung gelangen, daß ber ganze Produktionsertrag ben Arbeitern zukomme, so gelangen die Bertreter der Riesenbetriebe von jenem Interesse bes Arbeiters am Gedeihen bes Unternehmens zur Ausmerzung jeden Rechtes besselben, bei Festsetzung ber Arbeitsbedingungen mitzureden. meinsamkeit bes Interesses von Arbeiter und Arbeitgeber am Unternehmen nämlich sei weit wichtiger als die zwischen ihnen bestehenden Gegenfate. Und indem man übersieht, daß gerade das Gebeihen bes Unternehmens am

meisten bedroht ist, wo es an einer allseitig befriedigenden Ordnung zur Austragung dieser Gegenfäße sehlt, eilt man zu dem Schlusse: das, was das Interesse des Unternehmens erheischt, hat der Unternehmer allein zu bestimmen. Er muß Herr bleiben im Hause, soll das Ganze gedeihen. Jede Beschränfung seines Willens, sei es durch Gesetz, sei es durch vertrags= mäßige Abmachung mit den Arbeitern, ist eine betriedsstörende Einmischung, die das Gedeihen des Unternehmens und damit auch das Wohl des Arbeiters zu gefährden vermag. Die Autorität des Arbeitgebers, so schrieb noch vor kurzem Herr Bueck, hat als Axiom unserer Wirtschaftsordnung zu gelten, — Autorität hier im Sinne, wie der russische Burch die Zustimmung der Resgierten im Ansehen erhöhten Willens des Herrschers.

Es kann kein Zweifel sein, daß diese Auffassung mit der bestehenden Rechtsordnung in grellem Widerspruch steht, mit ihren sittlichen Grundlagen wie mit ihren Einzelbestimmungen. Mit ihren sittlichen Grundlagen: denn unsere Rechtsordnung geht davon aus, daß jeder Mensch Selbstzweck sei, zur Entfaltung aller seiner Anlagen und Fähigkeiten berusen; nach dieser Auffassung erscheint er nur als Mittel zum Zweck, untergeordnet unter den Zweck der Unternehmung, der er gerade angehört. Mit ihren Sinzelbestimmungen: denn sie kennt keine andere Pssicht des Arbeiters gegen den Arbeitgeber als die, welche er vertragsmäßig übernommen hat, und macht ihn dasur verantwortlich, wenn er es unterlassen hat, beim Abschluß des Arbeitsvertrags sein Interesse zu wahren. Sen zu dem Zweck hat sie ihm ja, wenn auch, wie gezeigt, nur erst unvollsommen, das Recht erteilt, sich mit anderen gleich Interessierten zur Wahrung seiner Interessen zu organisseren.

Und eben wegen bieses Widerspruchs der eigenen Auffassung mit der heute geltenden Rechtsordnung erscheint denn auch vielen Vertretern unserer Riesenbetriebe schon die bestehende Rechtsordnung als revolutionär. Denn gegenüber dem Prinzip der Autorität des Arbeitgebers, wie es von dieser Richtung verstanden wird, erscheint als revolutionär die dem § 105 der G. D. zu Grunde liegende Gleichberechtigung des Arbeiters beim Abschluß des Arbeitsvertrags. Revolutionär erscheint vor allem das den Arbeitern verliehene Recht, sich zur Wahrung ihrer Interessen beim Abschluß des Arbeitsvertrags zu veradreden und zu verbinden. Noch revolutionärer aber, wenn gemäß diesem Rechte die Ersetzung des individuellen Arbeitsvertrags durch den follektiven verlangt wird; denn erst wenn sich die Arbeiter zusammentun, um gemeinsam, durch frei gewählte Vertreter, mit den Arbeitsgebern über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln, entsteht die Gesahr, daß

jene dem Autoritätsprinzip widersprechende Gleichberechtigung des Arbeiters wirksam werde.

Das Mittel, um bies abzuwehren, holt man nun aus dem Arsenal der Berteidiger der Freiheit des Arbeiters. Man argumentiert, als ob durch den kollektiven Arbeitsvertrag gerade die individuelle Freiheit des Arbeiters empsindlich beeinträchtigt werde. Gerade der starke, der sleißige, der fähige Arbeiter werde dadurch auf das Niveau des schwächsten und unstähigsten heradgedrückt und verhindert, mehr zu verdienen als dieser. Und mit dieser Argumentation kann man sicher sein, gerade wohlwollenden, warmherzigen Menschen großen Eindruck zu machen.

Allein niemand laffe fich hierdurch täuschen!

Die Arbeitsbedingungen, um beren Regelung es sich im follektiven Arbeitsvertrage handelt, find nämlich weber individuelle, noch auch können fie individuelle sein, zumteil aus technischen, zumteil aus ökonomischen Handelt es sich um den Lohn, so ist dieser entweder Akkord-Iohn oder Zeitlohn. Die Akfordfätze pflegen für alle Arbeiter gleich zu fein, ob sie bem Arbeiter burch individuelle ober follektive Arbeitsvertrage auferlegt werden, und es gibt keine Beftimmung im kollektiven Arbeits= vertrag, welche den Arbeiter verhinderte, dabei so viel als er leiften kann zu verdienen; ganz im Gegenteil; burch ben follektiven Arbeitsvertrag wird verhindert, daß die Affordfate, wenn der Berdienst eine gemisse Bohe überfchreitet, gefürzt werden. Sandelt es fich um Zeitlöhne, fo find es nicht Maximal= fondern Minimallöhne, die im follektiven Arbeitsvertrage verein= bart werden, und niemand hindert, besonders leistungsfähige Arbeiter höher zu lohnen. Die Feststellung einer Untergrenze ber Löhne burch einen Rollektivvertrag heißt also nicht, daß alle den gleichen Lohn erhalten follen. fondern nur, daß gleiche Bezahlung für gleiche Leistung erfolgt; fie bedeutet nichts als einen Schut ber anftändigen Unternehmer gegen bie Schmut-Ober aber es handelt sich um prozentuale Lohnfonfurrenz anderer. erhöhungen oder Lohnherabsetungen, die gleichmäßig für alle Arbeiterfategorien ober alle Arbeiter einer Rategorie eintreten follen. Ift es benn nicht das ftändige Argument der Arbeitgeber, daß sie die Lohnhöhe nicht unabhängig festseten könnten, daß fie gebunden seien durch die Ronkurreng ber übrigen Arbeitgeber bes Diftrifts ober bes ganzen Gewerbes? Und wird nicht basselbe immer und immer wieder betont, wenn es sich nicht um Lohnfragen handelt, fondern um die Dauer der Arbeitszeit, um die Arbeitspausen oder um sonstige Betriebseinrichtungen, welche die Eristenz des Arbeiters tief einschneidend beeinflussen?

Betrachten wir doch die letzten Vorkommnisse im Ruhrrevier.

Die Berggesetnovelle hat die Arbeitszeit an Betriebspunkten, an denen die gewöhnliche Temperatur mehr als + 20 Grad Celfius beträgt, auf sechs Stunden täglich beschränkt. Dagegen Bergmeister Engel: denn es gebe Gruben, die neben Betriebspunkten mit hoher auch solche mit einer Temperatur unter 26 Grad auswiesen; beschränke man die Arbeitszeit an jenen, so werde damit die Arbeitszeit allgemein verkürzt, denn man könne nicht für die verschiedenen Arbeitergruppen getrennte Seilfahrten einrichten, ohne die Förderleistung zu schwächen. Hier wird also anerkannt, daß die Regelung der Seilfahrt eine der Gesamtheit der Arbeiter gemeinsame Ansgelegenheit ist, für die aus technischen Gründen besondere Abmachungen unmöglich sind. Kommt nun aber die Gesamtheit, um gemeinsam über die Regelung der Seilfahrt zu verhandeln, so erklärt man, nur mit den einzzelnen Arbeitern verhandeln zu können!

Ober ein anderes Vorkommnis.

Am 9. Januar forberte das Oberbergamt Dortmund Herrn Hugo Stinnes auf, er möge, wie die Bergleute es getan, das Einigungsamt ansufen; Herr Stinnes verweigerte dies, weil alle Streitpunkte nicht nur die Interessen der Zeche Bruchstraße, sondern die allgemeinen Interessen des ganzen rheinisch-westfälischen Bergdaus beträfen. Es wurde also anserkannt, die strittigen Arbeitsbedingungen seien nicht nur nicht individuelle der einzelnen Arbeiter, sondern nicht einmal individuelle des einzelnen Werks. Sben deshalb verwies man die eigenen Arbeiter auf die Notwendigkeit, die Gesamtheit der Arbeitgeber vorher zu befragen; der Sinn war offendar, daß man ohne deren Zustimmung nicht handeln könne. Als dann aber die Gesamtheit der Arbeiter, die von diesen Arbeitsbedingungen betroffen wurde, an die Gesamtheit der Arbeitgeber sich wandte, erklärte man, nicht mit ihr verhandeln zu können, denn die Feststellung der Arbeitsbedingungen sei Sache der Verhandlung zwischen dem einzelnen Werk und den einzelnen Arbeitern!

Es erhellt: wenn man im Namen der individuellen Freiheit des einzelnen Arbeiters, "nach seinem besten Ermessen zu handeln", gegen den kollektiven Arbeitsvertrag protestiert, ist es nicht die Freiheit des Arbeiters, die man wahren möchte, sondern die Freiheit des Arbeitgebers, durch Vershandeln mit widerstandsunfähigen einzelnen Arbeitern deren Freiheit zu brechen.

Eine andere Erscheinungsform dieses Strebens und dieser Taktik ist die ängstliche Fürsorge für die Freiheit der sog. Arbeitswilligen. Man versteht darunter jene eigentümliche Spezies von Arbeitern, die sich angeblich danach sehnt, zu schlechteren Arbeitsbedingungen als den von den organisierten Arbeitern verlangten zu arbeiten. Um biese ihre Freiheit zu schützen, hat man vor Jahren auf die Einbringung der sog. Zuchthaussvorlage gedrungen: sie würde statt die Mängel des derzeit geltenden Koalitionsrechts zu beseitigen, durch Verschärfung der bestehenden Rechtsungleichheit unfägliche neue Verbitterung geschaffen haben. Nachdem sie im Reichstag gescheitert ist, sucht man vielsach durch Dehnen und Strecken der bestehenden Gesetzgebung ihren Zweck zu erreichen.

Wer aber sind benn biese Arbeitswilligen, beren Freiheit, zu schlechteren Arbeitsbedingungen zu arbeiten, für eines jener Menschenrechte erklärt wird, bie zu schüßen die heiligste Pflicht unserer Rechtsordnung ift?

Bu einem Teil find es fremde Arbeiter, die man erst aus der Ferne heranschleppt. Oft find es fogar Ausländer, die herbeigeführt werben, um, nachbem man zum Schute ber nationalen Arbeit hohe Bolle erlangt hat, benen den Breis zu druden, die nichts anderes zu verkaufen haben als ihre Arbeit. Häufig wiffen fie gar nicht, daß in dem Unternehmen, in dem fie arbeiten follen, ein Streit über die Arbeitsbedingungen herrscht, und verlaffen, sobald fie es hören, die Arbeit. Mitunter find fie auch von so viel geringerer Qualität, daß fie alsbald nach Wiederherstellung bes Friedens wieder entlassen werden. Mitunter auch erhalten sie eben die besseren Arbeitsbedingungen, für welche die bisherigen Arbeiter ftreiten, nur um biefe burch Not zur Unterwerfung zu bringen. Unter keinen Umftanben aber läßt fich fagen, daß fie nicht die besseren Arbeitsbedingungen, für welche bie Organisierten streiten, benen vorziehen murben, benen sie, nur von Not gezwungen, fich berzeit unterwerfen. Go erhellt benn: es handelt fich bei bem Schutz ber fog. Arbeitswilligen nicht um ben Schutz ber Freiheit bes Arbeiters zu arbeiten, sondern um ben Schutz bes Rechtes bes Arbeitaebers, burch Streikbrecher feine eigenen Arbeiter ju zwingen.

Zu einem andern Teil dagegen pflegen die sog. Arbeitswilligen aus Arbeitern zu bestehen, welche durch die Gefahr, die Borteile gewisser Wohlsfahrtseinrichtungen zu verlieren, an ein Unternehmen dauernd gesesselt sind. Es handelt sich hier nicht um Wohlfahrtseinrichtungen von rein faritativem Gepräge; sie sind über alles Lob erhaben, aber für unsere Frage, eben weil sie rein karitativ sind, ohne Bedeutung. Es handelt sich vielmehr um Maßenahmen, die sich überwiegend nur auf den Teil des Lebens des Arbeiters beziehen, der sich außerhalb der Unternehmungen abspielt, wie Wohnungssürsorge, Darlehensgewährung u. dgl., deren Wirkung aber darin besteht, den Arbeiter innerhalb wie außerhalb der Unternehmungen zu jedweder Unterwerfung unter den Willen des Arbeitgebers zu zwingen. Ich brauche bei der Schilberung der Wohlsahrtseinrichtungen dieser Art und ihrer

Wirkungen nicht zu verweilen, da der Band, den unser Verein darüber veröffentlicht hat, in Ihrer aller Hände ist. Wie Sie daraus entnehmen können, wird jedwedes Recht, welches die Gesetzgebung des Reichs dem Arbeiter zum Schutze seiner individuellen Freiheit verliehen hat, durch sie vollständig ausgeschaltet! Die Macht, welche die Riesenbetriebe über die von ihnen Beschäftigten erlangen, erstrecht sich sogar über das Arbeitssverhältnis hinaus; sie erstrecht sich auf ihr gesamtes soziales, religiöses und politisches Dasein. Ja selbst bie Geschäftsleute, dei welchen die Arbeiter verkehren, können durch sie unter die Botmäßigkeit der Betriebsleiter geslangen. Innerhalb des Reiches entstehen Gebiete, in denen nicht der Wille des Gesetzgebers sondern der der Betriebsinhaber Geset ist.

Allein vielleicht hätte mancher unter Ihnen gegen eine folche Ordnung nicht allzuviel einzuwenden, wenn baburch nur für bas Wohlergehen ber Arbeiter wirklich geforgt und dabei der soziale Friede gesichert wird. Man benkt babei an die frühere Börigkeit, die ja gar nicht fo schlimm gewesen sei, wie die meisten sich vorstellen. Ich will das lettere gang unerörtert laffen und ebenfo die Frage, inwieweit fich ein gewerbliches Borigkeits= verhältnis mit unserer sittlichen, rechtlichen und politischen Auffassung vertragen murbe. Die hauptsache ift, daß bas neue Abhängigkeitsverhältnis, bas durch diese Art Wohlfahrtseinrichtungen geschaffen wird, gar nicht bas leiftet, mas ber Grundherr früher seinen Borigen geleiftet hat, und bag baher, wie die Erfahrung zeigt, der foziale Friede auch nicht feine Wirkung fein kann. Die Leistungen bes früheren Grundherrn erstreckten sich nämlich auf alle feine Untertanen. Sene Wohlfahrtseinrichtungen bagegen, welche bie neue Abhängigkeit begründen, kommen immer nur einem Teil ber beschäftigten Arbeiter zu gut; der größere Teil derselben hat daran keinen Unteil. "Es barf als bekannt vorausgesett werden", schreibt Bergmeifter Engel in Rr. 8 bes Glückauf, "baß im Bezirk bes Allgemeinen Knapp= schaftsvereins durchschnittlich jedes Anappschaftsmitglied einmal im Jahre die Arbeitsstätte wechselt, d. h., da natürlich auch eine große Anzahl von Bergleuten feghaft ift, daß einzelne zu wiederholten Malen im Sahr biefen Wechsel vornehmen". Im Bergbau, dem gewerblichen Gebiete, in dem biefe Ordnung bes Arbeitsverhältniffes gang besondere Anwendung findet, ist es also nur eine relativ geringfügige Minderzahl, welcher die Borteile dieser Wohlfahrtseinrichtungen zu teil werden. Nicht anders ift es in anderen Erwerbszweigen. Die damit verbundenen Nachteile werden dagegen fämtlichen Arbeitern fühlbar. Denn ift es stets auch nur eine Minderzahl, welche durch jene Wohlfahrtseinrichtungen in unmittelbare Abhängigkeit gerat, so erhalt jeder Betrieb bamit boch gemiffermaßen eine Garde, über die

er unumschränkt zu verfügen vermag. Bei ben Übrigen bagegen fortwährend um fo größerer Unmut, je mehr fie eben durch die Egiftenz biefer Garbe an der Nutbarmachung der ihnen von der Gesetgebung verliehenen Rechte verhindert werden. Und dann ab und zu jene Erplosionen, mitunter sogar wie im letten Bergarbeiterausstand, ohne präzis artikulierte Beschwerden. welche unser gefamtes Wirtschaftsleben bis in seine Tiefen erschüttern. Dann aber bilben jene durch Wohlfahrtseinrichtungen Gefesselten den Kern der fog. Arbeitswilligen, b. h. fie muffen, wollen fie nicht fich und bie Ihrigen erheblichen Bermögensverluften aussetzen, die Arbeit fortsetzen. Wenn es in Amerika ein besonderer Erwerbszweig geworden ift, als Condottiere eine Truppe gewerbemäßiger Streikbrecher zu mieten, die man je nach Bedarf gegen Entgelt bald biefem balb jenem Unternehmer gur Berfügung ftellt, fo hält man fich in unseren Riesenbetrieben mittels Wohlfahrtseinrichtungen also eine ständige Truppe von Streitbrechern. Die Wohlfahrtseinrichtungen erscheinen somit nicht als ein Mittel, bas bem sozialen Frieden bient, fondern als Kampfmittel, das den sozialen Kampf mit verursacht und in ihm die Übermacht der einen der beiden Barteien verftärft.

Allein an die Errichtung folder Wohlfahrtseinrichtungen kann doch nur von fehr kapitalkräftigen Firmen gedacht werben. Daher benn neuer= bings der Borschlag gemacht worden ift, die Kartelle sollten durch Wohl= fahrtseinrichtungen eine feste wirtschaftliche Grundlage zur Sicherung eines festen Arbeiterstands schaffen. Bis jett noch ohne Erfolg. Für die Betriebe in Grofftabten find megen gefteigerter Roftspieligkeit die üblichen Wohlfahrtseinrichtungen nur in sehr beschränktem Mage anwendbar. war denn eine höchst erfreuliche Entwicklung im Gang, sich durch den Abfolug von Tarifverträgen gegen bie Nachteile von Arbeitsstillständen zu Allein dabei ftieß man bald auf den heftigften Widerstand bes Bentralverbandes deutscher Industrieller. Morgen find es genau 15 Jahre, daß bessen Generalsekretar, Herr Bued, in unserer Bereinsversammlung in Frankfurt die denkwürdigen Worte gesprochen hat: "Die deutschen Arbeitgeber werden ber Organisation ber Arbeiter, soweit ich unterrichtet bin, keinen Widerstand entgegensetzen; aber niemals werben fie fich bereit finden, mit Bertretern biefer Organisation ober anderen, außerhalb stehenden Leuten zu verhandeln auf dem Juge der Gleichberechtigung, wie er hier verstanden wird. Niemals werben fie bas tun - foweit ,niemals' überhaupt zu fagen ift. - wenn nicht ein Zwang auf fie ausgeübt wird, ber von verschiebenen Seiten ausgehen kann." Der Abichluß von Tarifverträgen ftanb im Widerspruch mit diesem "niemals". Da ging ber Zentralverband an die Schaffung von Arbeitgeberverbänden, welche Unterhandlungen mit Bertretern

ber Arbeiter ober ihrer Organisation prinzipiell ausschließen. Das ift bas Grundpringip bes bem Bentralverband angeschlossenen Gesamtverbands beutscher Metallinduftrieller. Nach Überwindung mannigfacher Schwierigkeiten wurde auf Grund der Initiative des Zentralverbands im April 1904 die hauptstelle beutscher Arbeitgeber gegründet, und seitdem ein energisches Vorgehen gegen freundliche Stellungnahme des Reichsarbeitsblatts Tarifverträge. Die gegenüber Tarifverträgen wird heftig angegriffen. Noch dürfte das Be= bauern in Ihrer Erinnerung fein, mit welchem fich ber Delegiertentag bes Bentralverbandes am 2. März b. J. gegen eine Entschließung ber baprifchen Staatsregierung gewandt hat, welche "als eines ber erfolgreichsten Mittel zur Befferung der Lohn- und Arbeitsverhältniffe und zur Berbeiführung bes fo munichenswerten auten Einvernehmens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern" die Tarifverträge bezeichnet hatte. Um verhängnisvollsten aber mar, als lebiglich zur Aufrechthaltung bes Pringips bes Nichtverhandelns 195 000 beutsche Bergleute in einen Ausstand getrieben murben, ber bas gesamte beutsche Wirtschaftsleben aufs tiefste erschüttert hat. Und man ift übrigens ganz konfequent — nicht bei bem Kampfe gegen bas Verhandeln auf dem Juge der Gleichberechtigung geblieben. Im Widerspruch mit dem ersten Sate ber soeben wiedergegebenen Bueckschen Erklärung von 1890 ist man auch gegen die Organisationen der Arbeiter vorgegangen. Ich habe fcon zu Anfang ber zahllofen Aussperrungen gedacht, die uns seit Gründung ber Hauptstelle beutscher Arbeitgeberverbande heimgesucht haben. Da waren Tausende und Tausende von Arbeitswilligen. Wenn in der Fürsorge für die individuelle Freiheit bes einzelnen Arbeiters, "nach feinem beften Ermeffen zu handeln" auch nur ein Funke Wahrheit steckte, warum hat man sie nicht in Ruhe gelassen? Allein sie hatten von dem vom Gesetze ihnen erteilten Recht, sich zu organisieren, Gebrauch gemacht, und unerbittlich wurden sie ausgesperrt, bis sie ihre Organisationen abgeschworen hätten. Berlangen, das, wenn es erfolgreich ist, nur die Wirkung zu haben pflegt. die Arbeiter zu Lügnern und Heuchlern zu machen, und die deutsche Arbeiterbevölferung somit ber Best geheimer Organisationen überantworten würde.

Das deutsche Volk hat gegen diese Vorgänge wie noch nie vorher Stellung genommen, und nichts ist charakteristischer als die Unfähigkeit der Vertreter der geschilberten Arbeitgeberpolitik, diese Stellungnahme zu besgreisen. Hatte man sich doch bereit erklärt, Mißstände, die sich nach voraußegegangener Untersuchung heraußstellen sollten, zu beseitigen; nur das Vershandeln mit Vertretern der Arbeiter hatte man abgelehnt. Als ob es dieser oder jener einzelne Mißstand wäre, der den Kern aller dieser vers

hängnisvollen Kämpfe bilbete, und nicht eben die Verneinung des Grundprinzips, auf welchem unsere gesamte Rechtsordnung, unser gesamtes bürgerliches Leben beruht. Und trot aller Sympathie des Publikums, ja trot
der Stellungnahme der Behörde zugunsten des Prinzips des Verhandelns
haben die Arbeiter dessen Anerkennung weder in dem großen Ausstand im
Ruhrrevier noch in dem späteren Kampf der bayrischen Metallindustrie durchsetzen können. Nur die an verschiedenen Orten des Reichs ausgesochtenen
Kämpfe im Baugewerbe wurden neuerdings mit dem Abschluß von Tarisverträgen beendet.

So stehen uns benn noch weitere erbitterte Kämpse bevor lediglich, weil die Arbeitgeber sich weigern, eine Rechtsordnung anzuerkennen, welche wie in allen modernen Ländern so auch in Deutschland nun schon seit Dezennien Gültigkeit hat. Die Interessen des deutschen Bolks am sozialen Frieden sind aber zu groß, als daß es sie periodisch durch den Eigensinn relativ weniger Personen in Frage stellen lassen könnte. Bon zweien, die miteinander Händel haben, hat gewiß ein jeder das Recht, sich gegenüber dem anderen zu wehren, nicht aber, indem er inmitten eines Gedränges mit einem Revolver um sich schießt, sondern nur, indem er seinen Fall vor Gezricht bringt. Angesichts der geschilderten Verhältnisse ist aber ein neues Programm nötig, um dies herbeizuführen.

Bisher haben alle Freunde des sozialen Friedens lediglich sich bemüht, die Anerkennung der Berufsvereine durch die Gesetzgebung herbeizuführen. Und gewiß ist diese unentbehrlich, und es ist höchst erfreulich, daß endlich auch die Regierung zur Erfüllung dieses Postulates bereit ist.

Allein was nütt alle gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine, so lange jene Ausnahmegesetzgebung des § 153 der G.D. fortbesteht, welche diejenigen, welche von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen, teils wegen Handlungen, die sonst straffrei sind, mit Strafe bedroht, teils wegen Delisten, die gelegentlich der Wahrnehmung rechtlich anerkannter Interessen begangen werden, härter als gewöhnliche Delinquenten bestraft?

Es ist vor allem notwendig, daß der bestehende § 153 der Gewerbesordnung durch einen neuen ersett werde, welcher die gelegentlich des Gesbrauches des Koalitionsrechts vorkommende Anwendung körperlichen Zwangs oder Drohung mit Handlungen, zu deren Vornahme der Täter nicht besrechtigt ist, statt mit Ausnahmebestimmungen zu bedrohen, gemäß den Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuchs über körperlichen Zwang und Drohung bestraft.

Bas nütt ferner alle gesetliche Anerkennung ber Berufsvereine, wenn

die Arbeitgeber diesenigen verfolgen, welche von ihrem Organisationsrecht Gebrauch machen?

Soll die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine von Nuten sein, so ist ein Strasverbot nötig gegen Unternehmer, deren Angestellte oder Bersbandsangestellte, welche durch Drohung, z. B. Arbeitsentlassung, auf die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit von Arbeitern zu Organisationen einswirken. Wir brauchen einen Schutz des Sichkoalierens, nicht nur des Sichsnichtsoalierens.

Weiter: was nütt alle gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine, wenn durch Wohlfahrtseinrichtungen, wie sie der vom Berein veröffentlichte Band vorführt, alle dem Arbeiter von der Reichsgesetzgebung verliehenen Rechte ausgeschaltet werden?

Wir brauchen eine Kasuistik der Wohlfahrtseinrichtungen mit zwingenden Borschriften, welche den Mißbrauch derselben als Machtmittel absolut ausschließen. Professor Max Weber hat an analoge Borschriften der Bauernsbefreiungs-Gesetzgebung erinnert. Vorschläge dieser Art sinden sich bereits in der von den Abgeordneten Gothein, Prinz Arenderg, Dove, Erzberger, von Gerlach und Genossen, am 30 Januar 1905 im Reichstag eingebrachten Resolution und in dem sozialdemokratischen Antrag zur Bergwerksgesetzgebung.

Endlich: was nützt es, wenn die Gesetzgebung den Berufsvereinen eine rechtliche Grundlage verschafft, aber die Arbeitgeber sie weiter nicht anerstennen?

Selbst ein sozialpolitisch so konfervativer Abgeordneter wie Freiherr von Heyl hat sich gelegentlich ber Reichstagsbebatte über Arbeitskammern für ben Verhandlungszwang ausgesprochen. Unzählige Stimmen haben sich aus Anlaß des Bergarbeiterausstands und der Aussperrung der bayrischen Metallarbeiter in gleichem Sinne geäußert. In welchem Mage haben sich nicht die Behörden, bis zu deren oberften Spiten, aus Anlag biefer die gesamte Volkswirtschaft bedrohenden Katastrophen zugunsten einer Verftandigung zwischen ben Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitern auf Grundlage ber Gleichberechtigung bemüht! Wenn Rurzsichtigkeit und Leiben= schaft unsere Unternehmer an ber Erkenntnis verhindern, daß folche Berfländigung allein ihrem Interesse dauernd zu dienen vermag, so ist das Interesse der Gesamtheit an der Beseitigung des heutigen anarchischen Zu= fandes zu groß, als daß es nicht an der Zeit mare, daß fie jenen Zwang geltend mache, ohne ben, wie herr Bueck vor 15 Jahren gefagt hat, Die beutschen Arbeitgeber niemals mit Arbeiterorganisationen auf bem Fuße ber Bleichberechtigung verhandeln werden. Auch läßt sich biefer Zwang ohne Berletung irgendwelcher Prinzipien unserer Rechtsordnung burchführen. Es Schriften CXVI. - Berhanblungen 1905. 10

genügt dazu, daß sich der Gesetzeber den Gedanken des Artikels 4 des Gesetzentwurfs aneigne, den seinerzeit die Minister Waldeck-Rousseau und Millerand in der französischen Deputiertenkammer eingebracht haben, jenen Gedanken, es dei Regelung von Staatsaufträgen zur Bedingung zu machen, daß der Unternehmer sich verpslichte, alle Arbeitöstreitigkeiten in seinen Betrieben vor Einigungsamt und Schiedsgericht zum Austrag zu bringen, und keinerlei Verbindung angehöre, welche die Verhandlung mit Arbeitervertretern vor Einigungsämtern und Schiedsgerichten verweigert.

Allein es genügt nicht, den Arbeitgebern den Berhandlungszwang aufzuerlegen; man muß auch für Arbeiterorganisationen sorgen, mit denen man verhandeln fann. Un die bestehenden Berufsvereine können wir dabei nicht einfach anknupfen, benn wir haben fast in jedem Gewerbe neben einander bestehende Berufsvereine verschiedener Richtung. Den Ausweg zeigt ber Erfolg, ben die Siebenerkommission der Bergleute im Ruhrrevier mahrend des letten Ausstandes in der Vertretung der Arbeiterintereffen gehabt hat. Es muß eine Organisation geschaffen werben, welche unter Wahrung bes Fortbestandes biefer Berufsvereine fämtliche Arbeiter bes Gewerbes umfaßt. Eine folche Organisation kann nur geschaffen werden, wenn die Gesetgebung anordnet, daß alljährlich auf einer Bersammlung fämtlicher Arbeiter eines Gewerbes in einem Gebiete eine Bertretung biefer Arbeiter zu mählen fei. Findet dabei das Proportionalwahlsystem Anwendung, so gelangen natur= gemäß die einzelnen Berufevereine nach Maggabe ihrer Bedeutung in biefer Bertretung zur Geltung. Dabei muß es ben Arbeitern geftattet fein, als ihre Bertreter auch folche Personen zu mahlen, welche nicht mehr aktive Arbeiter in dem Gewerbe find oder dies sogar niemals gewesen find.

Diese Vertreter ber Arbeiter haben zusammen mit der Vertretung der Arbeitgeber unter dem Vorsit eines Unparteilschen alle Streitfragen über abzuschließende Verträge zu regeln. Selbstverständlich müssen auch die Arbeitgeber ihre Sekretäre, Geschäftsführer oder gleichviel welche andere Personen, die sie zur Vertretung ihrer Interessen für die geeignetsten halten, als ihre Vertreter zu wählen berechtigt sein. Der Unparteiische wäre zu Beginn jeden Jahres durch beide Parteien gemeinsam zu wählen, eventuell hätte der Vorsitzende des Gewerbegerichts des Bezirks als Unparteiischer zu fungieren.

Auf diese Weise würden wir zu einer korporativen Organisation der Arbeitgeber und Arbeiter, die alle auf beiden Seiten umfassen würde, geslangen. Ich unterlasse es, auf weitere Einzelheiten der Organisation einszugehen, denn es gilt heute nur, das Prinzip zu statuieren. Nur das sei noch bemerkt, daß, was hier vereindart würde, für alle an dem betreffenden

Gewerbe beteiligten Arbeitgeber und Arbeiter gleiche rechtliche Gültigkeit haben mußte, wie die Bedingungen bes individuellen Arbeitsvertrags beute für bie beteiligten individuellen Kontrabenten Geltung haben. Damit mare bas Recht der Arbeitseinstellung und Aussperrung zwar nicht aufgehoben. aber beträchtlich ausgeschaltet und ebenfo fiele bamit ber Schut ber Arbeits= willigen, beffen mahren Charakter wir oben kennen gelernt haben. dem Ideale konservativer Sozialpolitiker, der Wiederherstellung von Ordnung an Stelle Sahrzehnte mahrender Desorganisation bes Arbeitsverhaltniffes. wurde damit Genüge geleiftet. Bor allem aber mußte bas beutsche Unternehmertum felbst, das sich heute in Kartellen organisiert hat und weiter zu organisieren bestrebt ift, mit ben hier ausgeführten Gedanken einverstanden fein, wenn es irgend das von ihm proflamierte Ideal einer Neuorganisation ber Industrie konsequent durchführen will. Als in der Kartellenquete die Werke der weiterverarbeitenden Industrie fich über die Tyrannei beschwerten, mit ber die übermächtigen Rartelle in ben vorausgehenden Stadien ber Broduktion ihnen die Berkaufsbedingungen biktierten, lautete die Antwort: moaen boch auch die weiterverarbeitenden Industriezweige sich zusammen= finden und über eine Organisation sich verständigen; die bestehenden Syndifate können doch nicht mit jedem der ungähligen Werke ber Fertigfabrikation gesondert verhandeln und mit ihm in freiem Bertrage besondere Bedingungen vereinbaren; da bleibt nichts anders, als biefe nach dem einseitigen Er= meffen ber Syndikate festzustellen. Unders, wenn die verschiebenen Zweige ber Fertigfabrikation, in Berbanden organisiert, ihnen gegenübertreten. Dann könnte in gemeinsamer Berhandlung ein Ausgleich ber entgegen= stehenden Interessen gefunden werden. Un der Spite bieser Neuorganisation der Industrie denkt man sich das Kartell der Kartelle.

Alles was hier über das Berhältnis der Kohlen= und Eisenspndikate zu den Werken der Fertigfabrikation gesagt ist, gilt in verstärktem Maße für das Berhältnis der Riesenbetriebe zu ihren Arbeitern. Noch weniger wie mit jedem der Werke der Fertigfabrikation können sie mit jedem einzelnen Arbeiter gesondert verhandeln und mit ihm in freiem Vertrage besondere Bedingungen vereindaren. Dieselbe Unzufriedenheit über das einseitige Diktieren der Bedingungen wie bei der Fertigfabrikation auch bei den Arbeitern. Und wenn man den Fertigfabrikanten den Rat gibt, sich doch auch zu organisieren, damit man sich mit ihnen verständigen könne, dann erheischen es Konsequenz und Gerechtigkeit, daß auch die Kartelle derjenigen in die geplante Neuorganisation ausgenommen werden, welche ihre Arbeitse leistung als selbständiges Gut an die Betriedsunternehmer verkaufen. Sie sind es, welche seit dem Untergang der alten gewerblichen Ordnung das

Organisationsprinzip gegenüber dem Konkurrenzprinzip unentwegt aufrecht erhalten haben, und von denen die Kartelle der Betriebsunternehmer die Anpassung des Angebots an die Nachfrage erst wieder gelernt haben; die bestehende gesellschaftliche und staatliche Ordnung gibt ihnen ein Recht, daß ihre Verdände genau so wie die aller übrigen Verkäuser von Produktionselementen in die Organisation aufgenommen werden, und auch die bloße Klugheit empsiehlt es, der Forderung der Gerechtigkeit zu genügen, denn die Alternative besteht in der ewigen Wiederkehr privatwirtschaftlich wie volksewirtschaftlich gleich verderblicher, an Umfang stets zunehmender Ausstände. Eventuell droht die Festsetung der Arbeitsbedingungen durch staatliche Beshörden. (Lebhafter Beisall).

## Leitsätze.

- I. Das heutige Arbeitsverhältnis beruht auf einem Bertrage zwischen gleichberechtigten, freien Personen. Doch kennt das Recht nur erst den individuellen, noch nicht den kollektiven Arbeitsvertrag. Dieser unfertige Zustand des Rechts ist die Hauptursache der heutigen Arbeitsskreitigkeiten.
- II. Das Arbeitsverhältnis in den Riesenbetrieben beruht auf einsseitiger Festsetung der Arbeitsbedingungen durch den Arbeitgeber. Bon diesem Standpunkt aus erscheint schon das bestehende Recht als revolutionär, noch revolutionärer das Streben, das Grundprinzip des heutigen Arbeitsvertragsrechts durch Einführung des kollektiven Arbeitsvertrags zur Wahrheit zu machen.
- III. Teils aus technischen, teils aus ökonomischen Gründen sind die Arbeitsbedingungen, um deren Festsetzung es sich im kollektiven Arbeitspertrage handelt, weder individuelle, noch können sie individuelle sein. Bei Ablehnung des kollektiven Arbeitsvertrags ist es daher nicht die Freiheit des Arbeiters, nach seinem besten Ermessen zu handeln, die man wahren möchte, sondern die Freiheit des Arbeitgebers, durch Verhandeln mit einzelnen Arbeitern deren Gesamtheit seinen Willen aufzuzwingen.
- IV. Nicht anders verhält es sich mit dem Schut der sog. Arbeitswilligen. Diese pflegen entweder fremde Arbeiter zu sein, die meist ohne Kenntnis der Streitfrage während einer Arbeitsstreitigkeit erst herangezogen werden, um die eigenen Arbeiter zum Nachgeben zu nötigen, oder jene Minderheit von Arbeitern, die, durch Wohlsahrtseinrichtungen bestimmter Art gefesselt, außerstand gesetzt sind, von den ihnen von der bestehenden Gestgebung eingeräumten Rechten Gebrauch zu machen.

- V. Die Abneigung der Vertreter der Riesenbetriebe gegen den kollektiven Arbeitsvertrag hat ferner zur Organisation der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände durch den Zentralverband deutscher Industrieller geführt. Seitdem ein energisches Auftreten der Arbeitgeberverbände gegen Tarifwerträge und zahlreiche Aussperrungen wirklich Arbeitswilliger, weil diese von ihrem Organisationsrecht Gebrauch gemacht haben.
- VI. Gegenüber folchen Bestrebungen erscheint die gesetzliche Anserfennung der Berufsvereine als unzureichend, um den erwünschten sozialen Frieden zu sichern. Als notwendig erscheint außerdem:
  - 1. Ersehung der Ausnahmegesetzgebung des § 153 der G.D. durch die Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuchs über körperlichen Zwang und Drohung.
  - 2. Gefetzlicher Schutz des Sich=Roalierens, nicht nur des Sichnicht= Roalierens.
  - 3. Der Erlaß von kafuiftischen, zwingenden Vorschriften, durch welche der Mißbrauch der Wohlfahrtseinrichtungen als Machtmittel ausgeschlossen wird.
  - 4. Die Statuierung eines Zwangs für Arbeitgeber und Arbeiter, mit Bertretern der Organisationen der Gegenpartei über die Arbeits= bedingungen zu verhandeln.
  - 5. Zur Durchführung bes Berhandlungszwangs die Bestimmung, daß Staatsaufträge und Arbeiten anderer öffentlicher Korporationen nur an Unternehmer vergeben werden dürfen, die sich verpflichten, alle Arbeitösstreitigkeiten in ihren Betrieben vor Einigungsamt und Schiedssgericht zum Austrag zu bringen, und die keinerlei Berbindung ansgehören, welche das Berhandeln mit Arbeitervertretern verweigert.
  - 6. Zu bem gleichen Zweck muß für jedes Gewerbe eine Organisation der Arbeiter geschaffen werden, die unter Wahrung des Fortbestands der bestehenden Berufsvereine sämtliche Arbeiter des betreffenden Gewerbes umfaßt.
  - 7. Die freigemählten Vertreter beider Parteien, als welche auch Personen, die weber als Arbeitgeber noch als Arbeiter dem Gewerbe angehören, gewählt werden können, haben unter Vorsitz eines Unparteiischen alle Streitfragen über abzuschließende Arbeitsverträge zu regeln. Als Unparteiischer hat, wo eine Wahl desselben durch die Parteien selbst nicht zustande kommt, der Vorsitzende des Gewerbegerichts des Bezirks zu fungieren.
  - 8. Was im kollektiven Arbeitsvertrage vereinbart wird, muß für alle an dem betreffenden Gewerbe Beteiligten die gleiche rechtliche Gültigkeit haben wie die Bedingungen des individuellen Arbeitsvertrags.

Vorsitzender: Meine Herren! Ich danke dem Herrn Referenten — und ich glaube hier der Zustimmung der Versammlung zu begegnen — für die außerordentlich lichtvolle Behandlung des Gegenstands, dessen einzelne Leitsätze nunmehr zur Verteilung gelangen.

Das Wort erhält nun der zweite Referent Herr Regierungsrat Dr. Leibig.

Regierungsrat Leibig (Berlin): Meine geehrten Damen und Herren: In der Ankündigung über die heutige Versammlung stehe ich nicht, wie der Herr Vorsitzende eben so gütig war, zu bemerken, als zweiter Reserent, sondern nur als erster Diskussionsredner bemerkt. Von vornherein muß ich auch hervorheben, daß mir die Leitsätze des Herrn Reserenten auch erst in diesem Augenblick zur Kenntnis gekommen sind, ich muß deshalb um Ihre Entschuldigung bitten, wenn ich nicht ganz regelmäßig und systematisch aufbaue, sondern mich den Aussührungen anschließe, die der Herr Reserent in seinen Leitsätzen und in seinem Reserat gemacht hat.

Meine fehr geehrten Damen und herren, geftatten Gie mir vorweg. einige Berichtigungen tatfächlicher Art vorzunehmen, Berichtigungen, die mir perfönlich nahe liegen, weil ich in dem mehrfach erwähnten Bentralverband Deutscher Industrieller, der als ein so schwarzer Mann geschildert murbe. immerhin eine gemiffe mitbestimmende Stellung einnehme! Berr Professor Brentano ift davon ausgegangen, daß gemiffermaßen mit der Gründung ber deutschen Arbeitgeberverbande eine neue Epoche des Kampfes zwischen ben Arbeitern und ihren Organisationen auf ber einen Seite und ben Arbeitgebern auf ber anderen Seite angebrochen fei. Er hat darauf hin= gewiesen, daß gerade in den letten Monaten eine Fulle von Aussperrungen stattgefunden haben und daß das lette Sahr ein Kometenjahr hinsichtlich ber Streiks und ber Arbeiterbewegung gewesen sei. Ich habe mich eigentlich gewundert, daß zu all bem Schlimmen, mas die beutschen Arbeitgeberverbande getan haben follen, nicht auch noch der Bergarbeiterftreik hinzugekommen ift. Ich darf Ihnen fagen, daß die beiden großen Dragnisationen, zu benen sich die deutschen Arbeitgeberverbande in ihrer Mehrzahl heute zusammengetan haben, seit ihrer Begründung noch feine einzige Aussperrung angeordnet ober organisiert haben.

Wie liegt es benn mit ben Aussperrungen, die jest stattgefunden haben und die von dem Herrn Referenten als ein besonderes Zeichen der zunehmenden Macht und des Übermutes, des Eigenfinns, wie er sich ausdrückte, der Arbeitgeber bezeichnet worden sind? Alle diese Aussperrungen geschehen doch nicht, wie der Herr Referent annahm, um deswillen, um die Arbeitswilligen zu verhindern, zu arbeiten, sondern sie sind lediglich ein letztes Berteidigungsmittel der Arbeitgeber gegen die Angriffe der Arbeitersorganisationen. Es gibt keine einzige Aussperrung, der nicht ein Angriff der Arbeiterorganisationen vorhergegangen ist.

Der Führer ber beutschen freien Gewerkschaften, Berr Legien, hat noch vor furzem in Wort und Schrift barauf hingewiesen, bag bie fortwährende Beunruhigung der deutschen Arbeitgeber durch einen fortwährenden Guerilla= frieg die neue Taftif insbesondere der freien Gewerkschaften fei. meine herren, dieser neuen Taktik der Gewerkschaften, durch eine fortwährende Störung bes beutschen Wirtschaftslebens, sei es hier, sei es bort, die beutschen Arbeitgeber in ihrer Bereinzelung murbe zu machen, setzen die deutschen Arbeitgeber allerdings, und wie ich glaube, mit Recht, die andere Taktik gegenüber, daß fie fich nun ihrerseits jum gemeinsamen Widerstand ju= fammenschließen. Meine Herren, ich kann nicht gang verstehen, wie Berr Professor Brentano Wind und Sonne, Licht und Schatten gleichmäßig verteilen will, wenn er auf der einen Seite für die Arbeiterorganisationen bies alles in Anspruch nimmt und auf der andern Seite diesen Zusammenschluß der Arbeitgeber gemissermaßen als kulturfeindlich bezeichnet. einem stimme ich allerdings mit herrn Professor Brentano vollkommen überein. Für diejenigen Kreise, benen ich nahestehe, und beren Anschauungen mit ben meinigen im wefentlichen übereinstimmen — und bas ist heute bei weitem noch der größte und hinsichtlich der Förderung unseres Wirtschafts= lebens, wie ich wohl fagen kann, ber maßgebende Teil ber beutschen Industrie — ift es alledings Grundsat, daß innerhalb bes gesetzlichen Rahmens ber Abschluß bes Arbeitsvertrags eine rein private Angelegenheit ber beiden Bertragsparteien ift, und, meine Berren, ich ftimme bem Berrn Brofessor Brentano auch in der weiteren Ausführung zu, diese Kreise halten baran fest, daß dieser Arbeitsvertrag nur abgeschlossen werden soll und kann zwischen ben betreffenden Betriebsinhabern auf ber einen und bem einzelnen Arbeiter auf der andern Seite. Das ist der prinzipielle Gegensat zwischen Herrn Professor Brentano und dem größten Teil der deutschen Industrie.

Meine Herren! Ich will nicht einmal besonderen Wert darauf legen, daß, wie wir das ja schon sehr häusig hervorgehoben haben, die Organissierten innerhalb der Arbeiterschaft der deutschen Industrie heute jedenfalls nur einen kleinen Prozentsat der Arbeiter ausmachen. Ich glaube nicht salsch zu schätzen, wenn ich annehme, daß wir heute etwa 7 Millionen Arbeiter in Deutschland haben, die in der Industrie, im Baugewerbe und im Handwerf beschäftigt sind. Von diesen 7 Millionen Arbeitern werden in denjenigen Organisationen, die auf dem Standpunkt des Gegensates zwischen Arbeitaeber und Arbeiter stehen, die den Standpunkt der Harmonie

ber Interessen, ben wir vertreten, wie Herr Professor Brentano auch durchaus richtig dargestellt hat, verwerfen, also kurz gesagt in den Kreisen der freien Gewerkschaften, der christlichen Gewerkschaften, und nach der neuesten Ent-wicklung muß man auch sagen in den Kreisen der Hirschaften Gewerkschaften, werden etwa 1 ½ Millionen sein. Nun, meine Herren, diese kleine Minderheit soll dazu berufen sein, Bestimmungen zu treffen, denen sich die große Mehrheit der Unorganisierten, derzenigen, die sich nicht organisieren wollen, zu fügen hat.

Meine Herren. Wir befinden uns hier ja nicht in einem Verein für Sozialmiffenschaft, fonbern in bem Berein für Socialpolitik, und ich bin beshalb berechtigt, auch auf die augenblicklichen politischen Verhältnisse Deutschlands hinzuweisen. Unsere Gewerkschaftsbewegung, unsere Arbeiter= organisationen, soweit sie überhaupt von irgendwelcher Bedeutung auf diesem Gebiete find, gehen alle nicht aus von fachlichen Ausgangspunkten und zu fachlichen Rielen, sondern fie find verbunden und aufs engste verknüpft mit gemissen politischen Organisationen, mit gewissen politischen Parteien, vor allem diejenige Gewerkschaftsbewegung, die ben größten Teil ber organisierten Arbeiter umfaßt, die freien Gewertschaften. Ich glaube, die Berhandlungen der letten Tage in Jena haben diefe ganze Frage nach allen Richtungen hin völlig klargelegt. Sämtliche Führer ber Gewerkschaften haben erklärt, daß ein enger, unlöslicher Zusammenhang zwischen ben Gewerkschaften und ber fozialbemofratischen Partei bestehen muffe, und im "Bormarts" hat ber Führer der freien Gewerkschaften, Herr Legien, ausdrücklich nachgewiesen, daß felbstverständlich jeder intelligente Gewerkschaftler schließlich auch zu ben Endzielen der sozialdemokratischen Bartei kommen musse und kommen werde. Diefer Zusammenhang der Gewerkschaftsbewegung mit den augenblicklichen politischen Berhältnissen und Parteien, mit ben politischen Barteien, die programmmäßig der Entwicklung unserer deutschen Industrie in den jegigen Verhältnissen feindlich gegenüberstehen, wurde ja an sich für den deutschen Arbeitgeber völlig genügen, um ein Berhandeln und Anerkennen biefer Organisationen von vornherein auszuschließen. — Innerhalb der deutschen Arbeitgeberschaft — und ich glaube doch, mit recht vielen unserer führenden Männer in ber beutschen Industrie Fühlung zu haben - ift mir noch niemals ber Ausspruch ober die Behauptung begegnet, daß ben Arbeitern bas Roalitionsrecht beschränkt ober genommen werden solle.

(Lachen.)

Nein, meine Herren, ich kann Ihnen ja nur diese Mitteilung machen, die Herren haben vielleicht andere und bessere Quellen.

Etwas ganz anderes find zwei Folgerungen, auf die ich jest komme.

Einmal stehen alle beutschen Arbeitgeber, die ich kenne, auf bem Standpunkt. daß innerhalb ihrer Betriebe eine Agitation zugunsten irgend einer Organisation nicht zulässig ift, und alle bie Magregeln, Die Berr Brofessor Brentano erwähnt hat, die sich angeblich gegen die Zugehörigkeit zu einer Organisation richten, haben sich nach ben Kenntnissen, die ich habe, immer nur gerichtet gegen die Agitatoren der Organisationen, die innerhalb des Betriebes in irgend einer Beise agitatorisch wirksam geworben find, ober haben sich gerichtet gegen Agitatoren ober Bersonen, die die Betriebsleiter und die Betriebsbeamten in verletender Weise angegriffen haben, die öffentlich Behauptungen aufgestellt haben, die mit ber Wahrheit nicht gang übereinstimmen. Wenn Berr Professor Brentano mit foldem Nachbruck auf den Bergarbeiterstreif hingewiesen hat, so möchte ich dem gegenüber boch betonen, daß nach Beendigung bes Streiks, nachbem bie Arbeiter ju ihrer Arbeit haben zurückfehren muffen, feine ber Organisationen irgendwie von den Arbeitgebern gertrummert worden ift, daß gegen feine der Organi= fationen vorgegangen worden ist (Lachen), sondern daß lediglich in bezug auf beftimmte Bersonen, die fich mahrend des Bergarbeiterstreiks durch Beschimpfungen und Beleidigungen der Arbeitgeber, der Betriebsleiter oder Betriebsbeamteu hervorgetan haben, es abgelehnt worden ist, mit biefen weiter zusammenzuarbeiten. Ich glaube, meine Berren, kein Mensch fann doch verlangen, daß man mit Bersonen zusammenarbeitet, die furz vorher eine Fulle von Beschimpfungen und Kübel voll Beleidigungen über uns ausgegoffen haben.

herr Professor Brentano fagte, die Rechtsordnung verlange ichon heute die Anerkennung der Organisationen. Ich habe leider jeden Beweis dafür vermißt. Unfere beutsche Rechtsordnung erlaubt jedem, sich zusammen= zuschließen; aber mir ift keine Bestimmung befannt, die anordnet, daß ber eine mit irgend einer anderen Partei verhandeln muß. Wir stehen auf bem Standpunkt, daß es nicht Eigenfinn der einzelnen Arbeitgeber ift, wenn sie es ablehnen, mit betriebsfremden Personen zu verhandeln, sondern daß diese Ablehnung sich aus den internen Verhältnissen des Betriebs mit Notwendigkeit ergibt, und da halten wir fest an dem Ausspruch des Herrn Bued, daß innerhalb bes Betriebs die autoritäre Stellung bes Arbeitgebers geschützt und aufrechterhalten werden foll, nicht, Berr Professor Brentano, in bem Sinn, daß es fich um eine garische Selbstherrschaft handelt, aber in dem Sinn, daß in jeder Organisation — und jedes Unternehmen ist eine Organisation, die zu bestimmten Zielen hingeführt werben muß und in der es darauf ankommt, in dem schweren Wettkampf, den die deutsche Industrie heute mit den konkurrierenden Ländern zu führen hat, zu bestehen

— baß in jeder Organisation ein einheitlicher Wille als der herrschende notwendigerweise anerkannt wird. Und, meine Herren, wie liegt es denn? Ist denn diese Auffassung, daß der Arbeiter, der sich in ein Arbeitsverhältnis hineinbegibt, nunmehr nach gewissen Richtungen hin beengt und beschränkt ist, etwas besonderes für die Stellung des industriellen Arbeiters gegenüber seinem Arbeitgeber? Jeder von uns, meine Herren, die wir in irgend eine Beziehung eingetreten sind, ist in gleicher Weise beengt und beschränkt, sobald wir in diese Beziehung hineingetreten sind.

(Sehr richtig!)

Der Abschluß bes Arbeitsvertrags ist frei; aber wenn jemand mit freiem Willen in einen folchen hineingetreten ift, mag es fich um einen industriellen Betrieb handeln oder einen andern, so übernimmt er nicht bloß, wie herr Professor Brentano sagte, eine Anzahl von rechtlichen Verpflichtungen. Meine Herren, das Leben läft sich — und das ift m. E. der Grundfehler ber Auffassung, die Herr Professor Brentano seit langem haf — bas Leben läßt fich nicht reftlos in der Weise zerlegen, daß man hier überall Rechts= grundfate aufstellt (Sehr richtig!), fondern es bleibt immer eine Fulle von sozialen Beziehungen übrig, die namentlich diejenigen Verhältnisse ausfüllen, in benen man täglich und stündlich aufeinander angewiesen ist, und da halte ich allerdings an dem Grundsatz fest: viel wichtiger und viel größer als die Differenz zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ift die Harmonie ihrer Intereffen; benn, meine herren, schon gestern hat herr Bergmeifter Engel darauf hingewiesen, unsere deutschen Industriellen und namentlich diejenigen Männer, die den Ruf und die Größe unserer deutschen Industrie begründet haben und aufrecht erhalten, stehen alle auf dem Standpunkt, daß es bie erfte Aufgabe bes industriellen Unternehmers fei, für Arbeitsgelegenheit zu forgen, und, meine Herren, wenn die Arbeitsgelegenheit aufhört, fo find Diejenigen, Die am meisten barunter leiden, schließlich die Arbeiter felbst. Innerhalb bes einzelnen Betriebs hat u. E. nur berjenige zu entscheiben, ber auch die Ziele bes einzelnen Betriebs fennt und ber als Inhaber, als Eigentumer oder als verantwortlicher Betriebsleiter bas Risiko bafür zu übernehmen hat, daß das Unternehmen erfolgreich geleitet wird. Damit ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß nach den verschiedensten Richtungen bin der einzelne Betriebsleiter Rat und Bunsche von der einen oder anderen Seite Ich habe mich noch in den letzten Tagen bei verschiedenen empfänat. großen Unternehmungen Deutschlands erkundigt und überall erfahren, daß innerhalb bieser Riesenbetriebe überall bie Möglichkeit für jeden Arbeiter gegeben ist, jederzeit bis an die Spite des Unternehmens heranzukommen, daß er die Möglichkeit hat, in einem geordneten Instanzenzug oder badurch,

daß gemisse Sprechstunden eröffnet sind, seine Wünsche und Anschauungen und Beschwerden zur Kenntnis des Betriebsleiters selbst zu bringen.

Die andere Auffaffung, meine herren, geht nun bahin, daß ber einzelne Arbeiter in feiner Bereinzelung stets bem Arbeitgeber soweit unterlegen sei, daß er es kaum wagen werde, irgend welche Wünsche aus= zusprechen, und daß er im übrigen, bevor er in einen Bertrag hineingeht, ohne weiteres genötigt fei, jeden ihm entgegengebrachten Bertrag anzunehmen, daß beshalb an die Stelle des individuellen Arbeitsvertrages ber Kollektivarbeitsvertrag treten muffe. Meine fehr geehrten Damen und herren, ich glaube, auch hier liegen die Verhältniffe tatfächlich etwas anders. Ich erkenne burchaus an, bag ber Zusammenschluß ber Arbeiter, bas Koalitionsrecht als solches notwendig ist, um durch diesen Zusammenschluß ben Arbeitern eine gewiffe Macht zu verschaffen. Ich erkenne an, bag bie Arbeiter unter sich sehr wohl das Recht haben, sich zu verabreden: wir wollen in den Betrieb nicht gehen, wir wollen ihn sperren — davon machen sie ja jeden Tag einen recht reichlichen Gebrauch -, oder wir wollen unter Kündigung aus dem Betriebe herausgehen. Ich möchte übrigens in Parenthese bemerken, daß wir von der Hörigkeit der Industriearbeiter doch noch recht weit entfernt find, und daß die Arbeiter von ihrem Rechte ber Freizugigkeit in recht reichlichem Mage Gebrauch machen.

(Sehr richtig!)

Banz etwas anderes ist die Frage, ob im ganzen genommen, die Machtverhältniffe betrachtet, ber Arbeitgeber tatfächlich immer ber Stärkere ift. Ich beftreite bas burchaus. Der Arbeitgeber ist ber Stärkere bem Arbeiter gegenüber nur bann, wenn Sie ben Arbeiter als eine einheitliche Maffe betrachten. Wenn Sie aber eine Scheidung vornehmen zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern, bann werden Sie, wie die Berhältniffe heute liegen, fast immer feststellen muffen, daß durchaus kein Überfluß an gelernten Arbeitern besteht, sondern daß der Arbeitgeber vielfach auf die Meldungen der gelernten Arbeiter angewiesen ift. So ist jest im rheinisch= westfälischen Bergrevier ein Drängen nach bem einzelnen tüchtigen, gelernten Arbeiter, ebenso in der Metallindustrie und vor allen Dingen in der Textilindustrie. In der Textilindustrie besteht dauernd ein Mangel vor allem an gelernten Arbeiterinnen. Gewiß besteht für ben Arbeiter schließlich bie Notwendigkeit, irgendwo Arbeit zu fuchen und zu finden, um feines Lebens Notdurft zu befriedigen. Aber wie fteht es denn mit dem Arbeitgeber? Zum größten Teil sind bedeutende Kapitalien in seinen Unternehmungen investiert; ber Arbeitgeber hat Verträge geschlossen, er hat nach ben verschiedenen Richtungen bin Berpflichtungen, Die er erfüllen muß

und die unter Umftänden zu seinem Untergange führen können. Gerade aus dieser Berpflichtung heraus ist ja die neue Bewegung der Streikklaufel entstanden.

Diefe Schwierigkeit bes Arbeitgebers gegenüber bem einzelnen Arbeiter wird also immer bestehen bleiben, und biese Schwierigkeit wird burch eine nicht immer als aunftig zu bezeichnende neue Erscheinung unseres Wirtschafts= lebens noch vermehrt. In immer größerem Umfange werden unfere Unternehmungen umgewandelt in Aftiengefellschaften, in Gesellschaften mit beschränkter haftung usw. Diefe Erscheinung führt zu noch größerer Bindung ber Betriebsleiter nach ber Richtung hin, bafür zu forgen, daß ber Betrieb möglichst ungestört im Bange bleibt; benn es handelt sich jest nicht mehr um das Rapital und die Intereffen des Betriebsleiters, fondern eine Fulle von anderen Personen ist durch Kapital mit dem Betriebe verknüpft und wird mit lebhaftester Energie darauf bringen, daß das Unternehmen nach Möglichkeit in dauernd geminnbringendem Zustande bleibt. Das trägt sehr viel dazu bei, daß von jedem Betriebsleiter mit ungemeiner Vorsicht und Sorafalt erwogen werden muß, ob er nicht ben Wünschen seiner Arbeiter jo weit als möglich entgegenzukommen hat, um den Betrieb in geordnetem. ruhigem Gange zu erhalten. - Wir find ber Meinung, meine Berren, bag die Tarifverträge, von denen Herr Prof. Brentano gesprochen hat, vielleicht für die eine ober andere Industrie, die wesentlich auf die Befriedigung bes lokalen Bedarfs angewiesen ift, von Nuten sein können, daß aber für alle biejenigen Industrien, in benen es sich barum handelt, weitgehende Berpflichtungen einzugehen, ben Export zu pflegen, aufs forgfältigfte zu berechnen, ob man in der Weltkonfurrenz bestehen kann, die Tarifverträge eine Ressel und eine Bindung bedeuten, die namentlich der deutschen Erport= industrie geradezu gefährlich werden könnte. Gerade von dieser Auffassung aus ift auch der Kampf in Bapern geführt worden. Die baperischen Industriellen, die ja zum Teil, ich möchte sagen gerade in den führenden Rreisen, zu benjenigen gehören, die in sehr weitem Umfang ben Arbeitern und ihren Bunschen entgegenkommen, haben sich einmutig gesagt, daß es fich hier um eine Lebensfrage gerade ber beutschen Erportindustrie, insbesondere der deutschen Maschinenindustrie handelt, und deshalb der scharfe und prinzipielle Gegenfat, der fich aus diefen Berhältniffen entwickelte.

Meine Herren! Bei all den Ausführungen, die Herr Prof. Brentano gemacht hat, hat er m. E. zweierlei übersehen. Zu all den Waffen, die heute die deutsche Arbeiterschaft besitzt, um ihren Einfluß auf die Arbeitzgeber dahin auszuüben, daß sie bis an die Grenze dessen, was möglich ist, den Arbeitern entgegenkommen, treten zwei, die ich für die wichtigsten halte

und die dahin wirken, daß von einer Fabrikantendespotie heute nie und nimmer die Rebe sein kann. Das eine ist das allgemeine gleiche Stimmerecht, das den Arbeitern in die Hand gegeben ist, das andere ist die öffentsliche Meinung und die Presse, die heute gleichfalls von den Arbeitern in ganz umfassender Weise benutt werden. Diese Verhältnisse, wie sie ja in dieser ausgedehnten Weise zugunsten der Arbeiter in keinem anderen Staat der Kulturwelt bestehen, wirken an sich mit ihrer stillen, immer drückenden Macht darauf, daß alle politischen Parteien, die wir haben, den Kampf um die Stimmen der Arbeiter führen müssen, sie wirken dauernd dahin, daß die deutsche Arbeitgeberschaft sich unter einem Einsluß besindet, der darauf einwirkt, daß man bei jeder einzelnen Maßregel auß sorgfältigste zu erwägen hat: ist es denn auch absolut notwendig, das Verlangen der Arsbeiter abzulehnen?

Was nun endlich die Anerkennung der Organisationen selbst anbelangt, so stehen wir, wie ich schon aussührte, auf dem Standpunkt, daß der Arsbeitsvertrag nur mit dem einzelnen Arbeiter abgeschlossen werden kann, und weshalb meine Herren? weil — ich darf da auf das Referat des Herrn Rechtsanwalt Sinzheimer auf dem letzten Gewerbegerichtstag verweisen — die Organisationen niemals, auch wenn sie anerkannt werden, auch wenn sie den Arbeitgeber, der dauernd an die Verpflichtung mit den Organisationen gebunden ist, nunmehr auch zu diesen Bedingungen Arbeiter zur Verfügung gestellt werden.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, sobald die Konjunktur heruntergeht und solange sie heruntergeht, ist der Tarisvertrag für die Arbeiter diejenige Waffe, mit der sie an den Arbeitgeber herantreten und sagen: lediglich auf Grund des Tarisvertrags darfst du uns beschäftigen.

Der beutsche Arbeitgeber muß — in Amerika ist es ja etwas anders —, auch wenn die Konjunktur heruntergeht und die Preise schlecht sind, nach Möglichkeit seine Arbeiter weiter beschäftigen. Wenn aber die Konjunktur in die Höhe geht, dann wollen natürlich die Arbeiter unter den alten schlechten Berhältnissen, die der Tarif festgelegt hat, nicht weiter arbeiten, und der Arbeitgeber wird in solchen Fällen die Lohnsätze gleich in die Höhe seine müssen. Die Tarisverträge sind insolgedessen nichts weiter als eine einsseitige Bindung des Arbeitgebers, während den Arbeitern nach dieser Richtung hin keinerlei Berpslichtung auferlegt werden kann. Und wenn Sie nun das weitausgreisende Programm, das Herr Prof. Brentano in seinen Leitsätzen ausgestellt hat, ausschleren wollen, dann müssen Sie auch hineinseten, daß

nunmehr, wenn das Einigungsamt gesprochen hat, wenn der Staat in diese privaten Verhältnisse des einzelnen Arbeitgebers in dieser Weise hineingreift, der Staat auch verpflichtet ist, ihm die Arbeiter zu verschaffen, die zu den sestigesetzen Bedingungen bei ihm arbeiten. Das heißt auf deutsch, meine Herren: Sie müssen die Arbeitspflicht, die wir in unserer Erbuntertänigkeit gehabt haben, wieder einführen. Sie müssen sien Staat auch die Verspflichtung übernehmen, die Bestimmungen hinsichtlich bes Einigungsamtes so sestzusetzen, daß die Betriebe auch im Wettbewerd existieren können. Das ist meines Erachtens der erste große Schritt zur Durchführung eines sozialistischen Staates.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Oberbürgermeister Beck (Mannheim): Das Wort hat das Mitglied bes Reichstags Herr Molkenbuhr.

(Pause.)

Herr Molkenbuhr scheint nicht im Saale anwesend zu sein. Das Wort hat Exzellenz von Rottenburg.

Erzellenz von Rottenburg (Bonn): Bei ben Worten bes Herrn Borredners fiel mir ber Dichterspruch ein:

Dies Rind, fein Engel ift fo rein, Mög' eurer hulb empfohlen fein!

(Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, ich will nicht alle die Argumente prüfen, die der Herr Borredner zur Begründung dieser Auffassung geltend gemacht hat; denn dann würde ich zu wenig Zeit für den Gegenstand haben, auf den ich in der Hauptsache eingehen will. Allein eine Behauptung des Herrn Borredners möchte ich richtigstellen. Der Herr Regierungsrat Leidig hat es so hingestellt, als ob in der öffentlichen Meinung eine außreichende Bürgschaft gegen die seitens der Riesenbetriebe drohende Gefahr läge. Das berühmte Wort des Königs Lear:

Plate sin with gold And the strong lance of justice hurtless breaks,

bieses Wort ist heute hoffentlich nicht mehr wahr, allein es trifft leiber nur zu häusig zu, wenn man statt der "Lanze der Gerechtigkeit" die Lanze der öffentlichen Meinung setzt. Einem so gelehrten Herrn wie dem Herrn Resgierungsrat Leidig dürfte wohl die berühmte erste Satyre des Horaz bekannt sein, in der ein reicher Athener, nachdem er durch die Spießruten der öffentslichen Meinung gelaufen ist, heimkehrend zu sich sagt: wenn auch das Volk

über mich lacht, ich zolle mir Beifall, sobalb ich nach Hause komme und in meiner Trube die Golbstücke sehe.

Populus mihi sibilat, at mihi plaudo Ipse domi, simul ac nummos contemplor in arca.

(Seiterfeit.)

Meine Herren, Diese Spezies des Menschengeschlechts ift auch heute noch feineswegs ausgestorben. Ich möchte mir erlauben — ich habe bas zu= fällig hier mitgebracht -, Ihnen eine Außerung mitzuteilen, welche beweift, wie man in gemiffen Unternehmerfreisen über die öffentliche Meinung benkt. Berr Stumm (Denabrud) hat in einer Enquete erflärt: "Die fogenannte öffentliche Meinung hat es sich heute so bequem gemacht, daß sie sich bes Denkens im allgemeinen entwöhnt, und wenn mit einer Behauptung viel Standal gemacht wird, fagt ber brave bequeme Deutsche: ja, ja, bas mirb fo fein (febr richtig!), befonders wenn die Ausführung von einer Stelle fommt, hinter ber ein bekannter Name ftectt." Und weiter: "Die öffentliche Meinung ist heute so etwas Famoses, mit ber öffentlichen Meinung brauchen wir weiter keine Beweife." Aus fehr naheliegenden Gründen lehne ich es ab, diese Auffassung bier zu diskutieren; aber von Wert ift dieselbe, von Wert für die Lösung des uns hier beschäftigenden Problems; benn fie zeigt deutlich, wie wenig die öffentliche Meinung gewissen Arbeiterkreisen gegenüber auf Unerkennung rechnen barf.

Meine Herren, ich will hier weber als ein advocatus diaboli, noch als ein advocatus angeli auftreten. Meine Absicht ist, Ihnen rein theoretisch zu entwickeln: was kann der Arbeiter von den Riesenbetrieben erwarten? Ich fürchte, daß dabei, obgleich ich nicht Professor bin, etwas
professorale Weisheit mit unterlaufen wird, und daß diese bei gewissen Herren — ich muß das nach den gestern hier gefallenen Außerungen annehmen — auf keine freundliche Ausnahme zu rechnen hat. Ich werde mich
indessen darüber zu trösten wissen.

Meine Herren, um zu ber sicheren Erkenntnis von der Einwirkung zu gelangen, welche die Zusammenfassung der Güterproduktion in Riesenbetrieben auf die wirtschaftliche Lage des Arbeiters ausübt, muß meines Erachtens der Weg der Deduktion beschritten werden. Wir müssen aus dem Wesen der Riesenbetriebe einerseits und aus gewissen psychologischen Gesetzen herszuleiten suchen, wie unter der Gerrschaft solcher Betriebe sich die Chancen des Arbeiters stellen, für die Verwertung seiner Arbeitskraft eine passende Gelegenheit und günstige Bedingungen zu sinden. In solchen Fragen kann das Tatsachenmaterial immer nur als eine Kontrolle der Deduktion dienen. Das Wesen der Riesenbetriebe besteht nun in einer Steigerung der Macht

bes Arbeitgebers, der Macht, das wirtschaftliche Leben zu beurteilen und in basselbe wirksam einzugreifen; er kann bas in höherem Grabe als es ber fleine Industrielle vermag, und daraus ergeben sich folgende Konfequenzen: ber Unternehmer eines Riesenbetriebes ift in ber Lage, bas Berhältnis, in bem Produktion und Konfum zueinander stehen, sowohl für die Gegenwart wie für die Rukunft zutreffender zu beurteilen als der Kleinindustrielle. Ihm stehen auch wirksamere Mittel zu Gebote, um burch Ginschränkung ober Erweiterung bes Betriebes bem Gintritt eines Migverhältniffes zwischen Ronfum und Produktion vorzubeugen. Diese prophylaktische Tätigkeit ift er in ber Lage, fogar über bas Gebiet seines eigenen Betriebes hinaus auß= zubehnen; benn ber Leiter eines großen Betriebes hat es in ber Sand, burch Preiserhöhung die weiterverarbeitenden Industrien zu zwingen, in ihrer Produktion die durch die Marktlage gebotenen Grenzen einzuhalten; anderfeits fann er dadurch, daß er die Breise für seine Brodufte herabsett, den Ronfum heben und dadurch gleichfalls einem Migverhältnis zwischen Brobuftion und Konfum vorbeugen. Schließen sich die großen Unternehmer zu Berbänden zusammen — und nach dem Horazschen Sate:

Quot capitum vivunt, totidem studiorum Milia

ist das den Leitern von großen Betrieben sehr viel leichter gemacht, weil ihre Zahl eine geringere ist —, so muß jede derartige Einwirkung auf die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens sich verstärken, es wächst somit mit der Konzentration der Industrie in Riesenbetrieben die Chance für die Bersmeidung von Krisen.

Freilich bietet die Konzentration keine Chance in dem Sinne, daß sie dem Arbeiter absolute Sicherheit dafür verschafft, daß er immer eine dauernde Arbeitsgelegenheit sinden werde. Aber es ist möglich, in Riesenbetrieben die Arbeiterschaft vor Peripetien zu schützen; es kann Borsorge dafür gestroffen werden, daß notwendig werdende Entlassungen sich allmählich und in einer Weise vollziehen, daß den davon Betroffenen die Zeit gelassen wird, sich nach einer anderen Beschäftigung umzusehen. In den sogenannten gesmischten Werken stellen sich die Aussichten noch günstiger, weil in denselben ein Hins und Herschieben in der Produktion möglich ist, je nachdem sich die Absatrenkältnisse für die verschiedenen Produkte stellen. Ferner, je breiter die kapitalistische Grundlage eines Unternehmens ist, um so mehr lassen die Vorteile der modernen Technik in demselben ausnützen. Auch vermögen die großen Unternehmen auf die Bildung des Preises einen sehr viel wirksfameren Einsluß auszuüben als die kleinen. Manche Ausgaben, z. B. die für Generalunkosten, sind für sie geringer, und aus diesen und anderen

Gründen pflegt ihr Gewinn größer zu sein, so daß sie in der Lage sind, höhere Löhne zu zahlen und in einem umfassenderen Maße Wohlfahrtse einrichtungen zu treffen.

Allein, meine Herren, bei allen diefen, aus dem Wefen der Riefenbetriebe sich ergebenden Konfequenzen ist stets das festzuhalten, daß es sich lediglich um Möglichkeiten handelt. In den Riefenbetrieben fann die wirtschaftliche Lage ber Arbeiter sich gunftiger gestalten als in ben kleinen. aber fie muß es nicht. Der bekannte Sat, bag ber Mensch bas Mag aller Dinge ift, ift von bem berühmten griechischen Sophisten allerdings qunächst nur als ein theoretisches Erkenntnisprinzip aufgestellt morben. Sat läßt sich aber auch in dem Sinne anwenden, daß alle politischen und alle wirtschaftlichen Institutionen in ihrem Werte vornehmlich bedingt werden durch die intellektuelle und moralische Qualität der Menschen, für welche fie bestimmt sind. Das gilt auch für die Riesenbetriebe. Insbesondere ift für bie uns hier intereffierende Bewertung berfelben die Intelligenz und die Moralität der Leiter ausschlaggebend. Nur der kluge, nur der erfahrene Leiter eines Riefenbetriebes vermag die ihm durch feine Machtstellung ge= gebene Fähigkeit, wirtschaftliche Verhältnisse zutreffender als der kleine Induftrielle zu beurteilen und wirksamer in dieselben einzugreifen, richtig auszunuten. Soll seine Intelligenz dem Arbeiter zugute kommen, so muß er sein Tun nach dem Grundsatze regeln: leben und leben laffen! Anderen= falls wird die Konzentration der Industrie notwendig zum Nachteil der Arbeiter ausschlagen; benn so gut die Riesenbetriebe die Macht verschaffen, die wirtschaftliche Lage ber Arbeiter in höherem Maße als es ber Rlein= industrielle vermag zu verbessern, ebensogut geben sie ihm auch ein wirksameres Mittel in die Sand, um eine bem Arbeiter feindliche Politif gur Durchführung zu bringen. Es ift ohne weiteres klar, daß ber Mangel an Intelligenz bei bem großen Unternehmer für ben Arbeiter fehr viel verhänanisvollere Folgen haben muß als beim fleinen. Jede faliche Berechnung reflektiert in einer größeren Anzahl von Arbeitern und muß weitergreifende und tiefergehende Störungen im wirtschaftlichen Leben hervorrufen. Fehlt es ihm an ber altruiftischen Gefinnung — und in ben Wirkungen fteht bem gleich eine aus Mangel an politischer Bildung oder Begabung hervor= gehende faliche sozialpolitische Stellung -, so hat er, verglichen mit bem fleinen Industriellen, Die Macht, Den Arbeiter ber wertvollsten Waffe gu berauben, welche demfelben im Kampfe um die Arbeitsbedingungen gur Berfügung steht, oder wenigstens biese Waffe wesentlich abzustumpfen. meine damit den Streif. Einer der am schwersten wiegenden Nachteile, welche dem Arbeitgeber mit dieser Waffe zugefügt werben können, ift ber, Schriften CXVI. - Berhanblungen 1905. 11

daß er an der rechtzeitigen Einhaltung der Lieferungsfristen verhindert wird und dann seinen Kontrahenten den daraus erwachsenden Schaden ersetzen muß. Nun, die großen Unternehmer sind in der Lage, diese Gesahr von sich abzuwenden. Ihre Machtstellung ermöglicht es ihnen, ihrer Kundschaft die Bedingung aufzuerlegen, daß für den Streikfall ein Hinausschieben der Lieferungsfristen eintritt. Der Herr Vorredner hat zwar behauptet, daß das keineswegs in allen Industrien möglich sein werde. Soweit ich aber die Syndikatsenqueten kenne, ist in allen erklärt worden, daß die Syndikate sich eine derartige Bedingung von den Abnehmern haben konzedieren lassen. Große Unternehmer sind ferner in der Lage, eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß in einem Streikfalle einer dem anderen mit Arbeitskräften aushilft.

Und nun, meine Herren, die Sauptsache: wenn auch nicht ber einzige, so doch ein sehr entscheidender Faktor für die Normierung der Arbeits= bedingungen ift das Verhältnis, in welchem das Angebot und die Nachfrage nach Arbeitskräften zueinander stehen. Mit einigem Schein könnte man behaupten, daß diefes Verhältnis durch die Bildung von Riefenbetrieben nicht alteriert werden könne. Man könnte sagen, die Industrie benötigt immer besselben Quantums Arbeit, gleichviel ob Riefenbetriebe bestehen ober Riesenbetriebe find aber dank ihrer breiten finanziellen Grundlage nicht. beffer als fleine Betriebe in der Lage, die menschliche Arbeitsfraft burch eine maschinelle zu ersetzen. Nun wird man dagegen vielleicht replizieren wollen, ein maschineller Betrieb, indem er die Entstehungskoften vermindere, hebe den Konfum, und die Bebung bes Konfums habe wiederum ein Steigen ber Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft zur Folge. Allein das ift boch nur eine Teilmahrheit. Erfahrungsmäßig hat dieses Entwicklungsgeset für gewisse Industrien keine Geltung, und da wo es gilt, vollzieht sich die Bermehrung der Nachfrage nach Arbeitern fo langfam, daß inzwischen ein fehr fühlbarer Mangel an Arbeitsgelegenheit eintreten fann. Endlich: die Wirt= schaftsgeschichte beweift, daß Riesenbetriebe bisweilen auch die Neigung haben, jum Zwede ber Preiserhöhungen große Produktionsbeschränkungen eintreten zu laffen. Das ist wiederholt geschehen, seit ber Zeit, wo die oftindische Kompagnie bekanntlich auf den Gewürzinseln einen großen Teil der dortigen Rulturen zerftorte, bis in die neueste Zeit. Noch vor einiger Zeit ging durch die Zeitungen die Nachricht, daß die Gesellschaft, die den Robbenschlag von der Regierung der Vereinigten Staaten gepachtet hat, von 800 000 Fellen 700 000 verbrennen ließ. Bei kleinen Betrieben ift biefe Gefahr ausgeschlossen. Gefett nun aber auch, daß der Bedarf nach mensch= licher Arbeitstraft burch die Konzentration der Industrie nicht verringert

wird, so kann letztere doch auf die Art und Weise der Nachfrage nach derselben in einer für den Arbeiter unheilvollen Weise einwirken. Ist die Zahl der Arbeitgeber groß, so ist für eine Berständigung derselben zum Nachteil der Arbeitnehmer keine Chance vorhanden; die Arbeitgeber müssen dann in Konkurrenz miteinander treten, und diese Konkurrenz kann nur zum Borteil der Arbeitnehmer ausschlagen. Wenn dagegen nur wenige Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt erscheinen — und das ist der Fall, wenn sich viele Riesensbetriebe bilden —, so können sehr leicht Bereindarungen zum Nachteil der Arbeiter getroffen werden; bestenfalls ist die Konkurrenz eine sehr beschränkte. Wo Riesenbetriebe existieren, liegt es daher beispielsweise in einer gar nicht sehr entsernten Möglichkeit, bei Normierung der Arbeitsbedingungen den Arbeitnehmern das Organisationsrecht zu nehmen. Der Herr Vorredner hat behauptet, das sei nie geschehen. Ich möchte ihm raten, sich ein Abonnement auf die "Soziale Prazis" zu nehmen.

(Heiterkeit.)

Fast in jeder Nummer derselben wird er Fälle sinden, wo die Arbeitgeber den Arbeitnehmern ihre Organisationsrechte verkümmert haben.

(Sehr richtig!)

Ich will ein bestimmtes Werk nennen. Bor einem Jahre ungefähr sind von dem Farbwerke von Bayer die Arbeiter gezwungen worden, Reverse zu unterschreiben, in denen sie darauf verzichteten, irgend einer Organisation beizutreten.

Meine herren, bei ber Ginschätzung ber Riesenbetriebe muß auch bas psychologische Geset Berücksichtigung finden, daß Institutionen ihrerseits eine Rückwirfung auf die Intelligenz und die Moralität der Menschen ausüben. daß sie dieselben in ihrer Entwicklung hemmen ober fördern können. Große Betriebe eignen fich zweifellos bazu, Schulen für die Intelligenz ber Unternehmer zu werben, indem sie dieselben nötigen, ihre geistigen Fähigkeiten in besonders hohem Mage anzuspannen, und indem fie in den mannigfachen Transaktionen, die sich in den Riesenbetrieben abspielen, einen außerordent= lich wertvollen Lehrstoff bieten. Gine folche erzieherische Wirkung ber Riefen= betriebe kommt felbstverständlich ben Arbeitern zugute. Allein, meine Herren, schon weniger sicher muß das Urteil lauten, wenn wir untersuchen: wie mirken nun die Riefenbetriebe auf die Moralität des Arbeitgebers ein? Freilich, mit ber Ausdehnung eines Betriebes machst zugleich die Berantwortung des Unternehmers, und für manche berselben mag das Wort Senecas gelten: "crescit anima, quoties coepti magnitudinem attendit"; das heißt: Bei manchem mag in dem Grade, wie seine Verantwortlichkeit zunimmt, auch feine Gemiffenhaftigfeit in feinen Entschließungen fich fteigern.

11 \*

Allein, einmal glaube ich nicht, daß man für diesen Sat eine allgemeine Gültigkeit beanspruchen darf. Die Möglichkeit einer Schärfung des Gemissens steht immer in engstem Abhängigkeitsverhältnis zu der natürlichen und moralischen Begabung des Individuums, und letztere kann — ich behaupte nicht, daß das häusig ist, aber es kann sehr wohl vorkommen — derart sein, daß die Schwere der Berantwortung in der Richtung einer Steigerung der Leichtsertigkeit wirkt, daß sie die Neigung begünstigt, dem Grundsat nachzuleben: Vogue la galère. Arrive ce qui pourra. Sobann, der Inhalt der Borstellung, welche jemand von seinen Pflichten hat, wird das Gefühl der Berantwortlichkeit in keiner Beise bedingt. Wenn diese Borstellungen verkehrt sind, so ist mit einer Schärfung des Gewissens die Gefahr verbunden, daß unheilvolle Entschließungen mit verstärkter Energie zur Ausschhrung kommen.

Endlich kann der Besitz von Macht, wie ihn die Leitung eines Riesensbetriebes verleiht, auch demoralisierend wirken. Meine Herren! Ich untersschreibe keineswegs den allerdings durch erstklassige Denker vertretenen Satz, daß der Besitz von Macht die Neigung zum Mißbrauch derselben notwendig hervorruft. Allein zweisellos degradiert ein solcher Besitz gewisse Naturen insofern, als er sie zu einer Geringschätzung der Schwachen verleitet, und mit dieser Gesahr sollte gerade eine Zeit rechnen, in der eine soi-disant-Philosophie in weiten Kreisen geradezu pathologische Vorstellungen über die sittliche Berechtigung des Übermenschentums auslöst.

## (Beifall.)

So ergibt sich benn aus dem bisher Gesagten die Schlußfolgerung, daß Riesenbetriebe sowohl dem Wohl als dem Wehe der arbeitenden Klassen bienen können. Meine Herren! Wo immer der Mensch einen entscheidenden Faktor darstellt, da läßt sich nicht von strikten Gesetzen sprechen, nach denen mit mathematischer Sicherheit Borausberechnungen angestellt werden können. Es lassen sich nur Formeln geben, aber auch diese sind wertvoll; denn wenn man im konkreten Fall weiß, welche moralischen und intellektuellen Werte in diese Formeln einzusetzen sind, so kann man einen Ansatz aufstellen, der zum mindesten einen Wahrscheinlichkeitskalkül ermöglicht. Mit mathematischer Sicherheit aber darf man bezüglich der hier in Frage stehenden Bewertung der Riesenbetriebe den Satz aufstellen, daß sowohl die guten als die schlechten Eigenschaften des Unternehmers in Riesenbetrieben zu einer potenzierten Betätigung gelangen. Der lupus und der angelus kommen beide in ihnen zur stärksten Geltung.

Mit gleicher Sicherheit laffen sich nun aus bem Wesen ber Riesen= betriebe zwei weitere Schlüffe ziehen. Die perfönlichen Beziehungen zwischen bem Arbeitgeber und bem Arbeitnehmer können in Riesenbetrieben nur sehr geringe sein. Zwischen beibe müssen Mittelspersonen treten, und dieselben sind zu einem großen Teil homines novi, d. h. es sind Leute, welche sich aus dem Arbeiterstand emporgearbeitet haben. Run, meine Herren, das sind gewiß ausgezeichnete Leute, aber für eine leider nur zu große Anzahl dersienigen, welche dieser Spezies des menschlichen Geschlechts angehören, gilt, wenn auch abgeschwächt, das Wort des griechischen Dichters, daß sie "hoffärtig sind im Verkehr und zu den Dienern rauh". Das hat der letzte Ruhrstreif meines Erachtens sehr klar bewiesen. Man darf daher wohl sagen, daß ein direkter Verkehr zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die größere Wahrscheinlichkeit für eine friedliche und den Interessen beider Teile entsprechende Gestaltung für sich hat, als ein Verkehr, welcher durch das industrielle Beamtentum, insbesondere die niederen Klassen desselben, vermittelt wird.

Und weiter: in Niesenbetrieben kann die segensreiche Wirkung des Altruismus eines Arbeitgebers nicht voll zur Geltung sommen. Der große Unternehmer ist genötigt, sein Wohlwollen in generellen Maßnahmen zum Ausdruck zu bringen, und diese lösen in dem einzelnen Arbeiter nicht das Gefühl aus, daß sie aus einer persönlichen Teilnahme an seiner individuellen Persönlichkeit hervorgegangen sind. Das aber ist eine in der menschlichen Natur tief begründete Erscheinung, daß auf eine solche Teilnahme an der Persönlichkeit ein besonderer Wert gelegt wird, und nach meiner Kenntnis der Arbeiter bilden dieselben in dieser Beziehung keine Ausnahme von der allgemeinen Regel. Sodann: infolge des Mangels an persönlichen Beziehungen gelangt der Arbeitgeber sehr häusig zu einer falschen Beurteilung der Arbeiter. Für gar manchen unter den Arbeitgebern decken sich die Begriffe: "Arbeiter" und "ein der staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung seindliches Individuum". Meine Herren, das ist ein gefährlicher Irrtum und die Folgen dieses Frrtums halte ich für sehr bedenklich.

Noch in einer zweiten Beziehung muß die Konzentration der Industrie das Los der Arbeiter verschlechtern. Sine notwendige Begleiterscheinung der Bildung von Riesenbetrieben ist das Absterben der kleinen Betriebe. In einem bekannten Roman "Au bonheur des dames" hat der große französische Soziologe Emile Zola diesen Prozeß — man kann sagen — beduktiv nachgewiesen, und die Erfahrung steht seiner Deduktion zur Seite. Für den Arbeiter erwächst daraus ein Nachteil. Nicht als ob ihm der Aufstieg auf der wirtschaftlichen und sozialen Leiter nun vollständig abgeschnitten wäre, aber zum mindesten ist er ihm wesentlich erschwert. Es hat für ihn große Schwierigkeit, wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen. Er kann

nur sein eigener Berr werden, wenn er klein anfängt. Allein der kleine Unfänger wird alsbald in einen Konkurrengkampf mit den Riesenbetrieben verwickelt, in welchem die Chancen für ihn fehr gering find. Run könnte man sagen, der Verlust der Hoffnung, unabhängig zu werden, ist für den Arbeiter in der Regel ein illusorischer; denn wieviel Arbeiter können denn selbständig werden? Meine Berren, ich weiß nicht, ob Statistifen für Deutschland bestehen, welche es ermöglichen würden, die Richtigkeit dieses Einmandes zu beurteilen; für Frankreich bestehen folche Statistifen. einem im Sahre 1875 ber Assemblee Nationale erstatteten Berichte ift die Bahl der "patrons sortis des rangs des ouvriers" in der Kleinindustrie 80 %. In bemfelben Bericht heißt es weiter, in ber Großindustrie finde ein Selbständigwerben der Arbeitnehmer fast nie ftatt. Im Sahre 1850 schrieb Cherbuliez: J'entends un bruit de bottes vernies qui descendent et un bruit de souliers ferrés qui montent. Meine Herren, heutzutage kann eine solche Behauptung nicht mehr aufgestellt werden. Gesetzt aber. ber Verluft mare nur ausnahmsweise als ein realer anzusehen; in fehr vielen Fällen ift er von psychologischer Bedeutung. Wen, wie es im "Agamemnon" heißt, "fein Schickfal in die Dienstbarkeit verftieß", ber empfindet sein Los schwerer, wenn er sich einer Hoffnung, die stets bas Morgen verspricht, beraubt sieht, auch wenn die Aussicht, daß sich diese Hoffnung erfülle, eine außerordentlich schwache ist. Als im Jahre 1868 in Genf Arbeiterunruhen ausbrachen, richtete bas Zentralkomitee ber Arbeit= geber im Bauhandwerk an die Arbeiter eine Warnung vor dem Anschluß an die Internationale; es begründete diese Warnung in fehr charakteristischer Weise damit, daß es den Arbeitern zurief: Bedenkt, wie viele von euch eines Tages Herren sein werden, bebenkt, wie viele von uns aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind! Diese Erwägung scheint mir gerade in solchen Zeiten Beachtung zu verdienen, in benen leider in den arbeitenden Klassen der Glaube an die Religion und damit diejenige Hoffnung verschwunden ist, welche allerdings an versöhnender Kraft alle anderen hinter sich läßt. Es ist also meines Erachtens nicht nur vom politischen, sondern auch vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus zu beklagen, daß die Bahl ber felbständigen Eriftenzen im Deutschen Reiche, wie die lette Berufszählung eraibt, feit 1882 um 139 000 gurudgegangen ift, mahrend fie nach ber Be= völkerungszunahme um 600 000 hätte steigen muffen. Das macht ein Minus pon 739 000.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nun noch kurz die Frage berühren, inwiesern die durch Deduktion gewonnenen Erkenntnisse durch die Erfahrung bestätigt werden.

Die Erfahrung bestätigt die Behauptung, daß Riesenbetriebe bem Urbeiter zum Borteil dienen können. Die verschiedenen in den letzten Sahren angestellten Syndikatsengueten liefern nach diefer Richtung manches Beweiß= material. Allein aus biesen Enqueten ergibt sich auch bas. baß bie Riesenbetriebe zu einer Gefahr für ben Arbeitnehmer werden können. In ber Enquete über das westfälische Kohlensyndikat hat der Vorsitzende desselben intereffante Aufschluffe barüber gegeben, wie bie Wirtschaftspolitik ber Syndikate zustande kommt. Die Breise, sagte er, werden nicht von einzelnen festgesett, vom Borstand allein, der die gesamte Geschäftslage überfieht, sondern fie werden von einer größeren Gruppe festgesett. Aus diefer Gegenüberstellung darf man schon folgern, daß die größere Gruppe die Übersicht über die gesamte Geschäftslage nicht hat, und für die Richtigkeit dieser Folgerung läßt sich in ber Tat vieles anführen. Ich will mich hier auf den hinmeis beschränken, daß der herr Regierungerat Bolder, ein Mann, ber seine Hochschätzung für die Syndifate bekanntlich auch durch die Tat bewiesen hat, in der Enquete über bas Rohlensnndifat erflärte, es lagen Beweife bafür vor, daß es noch oft an dem weiten überblick ber Rartell= leitung über die wirtschaftlichen und allgemeinen Folgen ihrer Maknahmen Meine Herren, die Ergebniffe der verschiedenen Enqueten sprechen jebenfalls weiter bafür, daß die Leiter ber großen Betriebe auch nicht immer bas im allgemeinen Interesse munschenswerte Maß von Altruismus besitzen. herr Geh. Rat Kirdorf (Gelfenkirchen) hat allerdings in einer diefer Enqueten die Behauptung aufgeftellt: "Das Beftreben herricht bei uns, möglichst bas Richtige zu treffen." Es liegen nun aber auch Geständniffe von weniger schönen Seelen vor. Es ift z. B. in diefen Enqueten gesagt worden: "Der Starke benutt feine Macht" und "in ber ganzen Belt ift es fo; wenn einer kaufen will und ein anderer verkaufen, ist immer die Frage: wer ist ber mächtigere?" Sodann hat berselbe Berr Geh. Rat Kirdorf Die Erflärung abgegeben und in ber Enquete über bas Druckpapiersyndifat ift bieselbe bestätigt worden: Einzelne wollen die Macht bes Syndifats bis jum äußersten ausgenutt haben, um möglichst vorteilhafte Preise zu erzielen. Meine Herren, daß das Ausnuten der Macht bis zum äußersten nicht das Richtige ift, bas werden wohl auch biejenigen Syndifatsmitglieder eingesehen haben, welche eben für eine folche Ausnutzung votiert haben. Ihr Botum fann nur aus einer Sppertrophie bes Egoismus erklärt werben.

Nun heißt es allerdings in dem Protofoll der Enquete weiter: "Dank dem Einfluß der gemäßigten Richtung werden die Preise schließlich durchein Kompromiß geregelt." Ja, meine Herren, gesetzt auch, das wäre immer so, gesetzt, es fäme ausnahmslos zu einem Kompromiß, so würde selbst ein

folcher Abschluß bes Kampfes zwischen ben Egoisten und ben Altruisten in Syndikaten doch noch nicht als eine dem allgemeinen Interesse entsprechende Lösung angesehen werden. Denn das Kompromiß könnte doch immer nur zustande kommen dadurch, daß die Altruisten ein teilweises — ich möchte sagen sacrisicio del sentimento morale — machten. Und zweitens, wo ist die Sicherheit dasur, daß stets ein Kompromiß zustande kommt? Es liegt sehr in der Möglichkeit, daß eines Tages die Egoisten die Oberhand gewinnen und sich nicht mehr auf Kompromisse einlassen. Sine nach dieser Richtung hin sehr interessante Erklärung ist in der Kohlenenquete von dem Bertreter des Bremer Lloyd abgegeben worden. Der Herr sagte: "Wir haben uns eine eigene Zeche verschafft, weil man nicht wissen kann, ob diesselben Prinzipien und dieselbe Geschäftsführung für die Zukunst obwalten würden, wenn die jetzt an der Spitze stehenden Herren einmal ihren Nachsfolgern Platz gemacht haben."

Gegen alle Syndifate find Anschuldigungen erhoben worden. Teil waren dieselben wohl nicht begründet, zum Teil waren sie es. 3d kann bas hier nicht eingehend nachweisen. Allerdings steht meiner Behauptung bas Urteil zweier ber angesehensten Brofessoren zur Seite: aber nach den abfälligen Bemerkungen, die gestern hier über die professorale Weisheit gefallen find und, trothem fie meines Erachtens jeder Begründung entbehrten, bei vielen eine außerordentlich günftige Aufnahme gefunden haben, muß ich annehmen, daß Sie dieses Urteil schwerlich als beweisfräftig anfeben. Ich barf mich aber barauf berufen, bag vielfach von Syndikatsleitern felbst bas Borhandensein von Mikständen anerkannt worden ift. Beispielsweise ist von autoritativer Seite zugestanden worden, daß unter ber Herrschaft bes Syndikats ber Koks sich wesentlich verschlechtert hat, daß die Lieferungen in dem Waffer= und Aschegehalt sowie in der Tragfähigkeit variieren, und - ein anderer Syndifatsvertreter bruckte sich freilich in etwas optimistischerer Beise aus - es wurde hinzugefügt: Die Hoffnung auf Befferung ift fehr schwach; bas Syndikat konnte nur zustande kommen baburch, daß ben Produzenten, welche eine Garantieleiftung für die Qualität nicht übernehmen wollten, Ronzessionen gemacht murben. Der Fall ift auch insofern interessant, als er zeigt, daß bei gewissen Organisationen die Stimme eines Egoisten genügt, um ben Altruismus fämtlicher anderen Syndifats= mitglieder zu paralysieren.

Nun, meine Herren, handelte es sich in den angeführten Fällen um eine egoistische Preispolitik. Aber ich meine, als Regel wird man ansnehmen können, daß ein Egoist sich nicht darauf beschränkt, seinen Egoismus nur nach einer bestimmten Richtung hin zu betätigen. In der Pariser

nationalökonomischen Gesellschaft ist die Frage einmal erörtert worden und man kam meines Erachtens mit vollem Rechte zu bem Schluffe: Celui qui veut dicter des prix aux consommateurs veut aussi dicter les salaires de ses employés et de ses ouvriers. Allerdings ist in der Enquete über das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat von Serrn Geh. Rat Kirdorf die Behauptung aufgestellt worden: "Das Syndikat hat und wird fich niemals mit der Arbeiterfrage beschäftigen." Riefenbetriebe beschäftigen sich und muffen sich beschäftigen mit dieser Frage. Auch scheint mir trot ber Berficherung des Herrn Geh. Rat Kirdorf die Prognose richtig zu fein. welche Herr Professor Schmoller in seinem Lehrbuch aufgestellt hat, daß nämlich Syndikate, Kartelle und Trufts ftets versucht sein werden, auch Arbeiterpolitik zu treiben. Endlich möchte ich boch barauf aufmerkfam machen, daß ein Widerspruch zwischen ber Behauptung bes herrn Geh. Rat Kirdorf und den Tatsachen besteht. Im Jahre 1900 schrieb "Die Induftrie", bas Organ bes Bereins beutscher Industrieller, bie Ruhrzechen feien vielfach nicht imstande gewesen, die erforderlichen Kohlenmengen zu liefern, da feine Arbeitsfräfte vorhanden seien. Der Arbeitermangel habe für die Lohnerhöhung wie eine Schraube ohne Ende gewirkt. Und bann heißt es wörtlich: "Es brangt fich baber bie Frage auf, und fie mirb in ben rheinischen Zechenfreisen allen Ernstes ventiliert, ob es nicht angängig mare, die Wirksamkeit bes Rohlensyndikats, welches sich für die Regulierung des Absates und der Preise so vorzüglich bewährt hat, in ber Richtung zu erweitern, bag eine Schranke gezogen murbe, welche wenigstens dem gegenseitigen In-die-Bobe-treiben der Löhne durch die freie Konkurreng ber Zechen um ben einzelnen Arbeiter ein Biel zu feten geeignet wäre."

(Hört! hört!)

Bie ist dieser Widerspruch zu erklären? Meine Herren! Das ist zweisellos, es gibt in Deutschland Arbeitgebervereine, die auf die Lohnverhältnisse und die Arbeitszeit einwirken und zwar nicht zugunsten der Arbeiter. Beispiels=weise hat sich vor zwei Jahren der Berband deutscher Linnenindustrieller verpslichtet, die Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben dieser Branche nicht zu verringern. Ich beruse mich auf das Zeugnis des, wie ich glaube, answesenden Herrn Prof. Liesmann, der in einer seiner Publikationen sagt: es gibt Unternehmerverbände, deren Mitglieder gebunden sind, den Forderungen der Arbeiter auf Lohnerhöhung oder Verkürzung der Arbeitszeit gemeinsam entgegenzutreten.

Nun, meine Herren, fagt man: es handelt sich um eine junge Institution. Laßt derselben Zeit, sich zu entwickeln und ihre etwaigen Fehler zu korrigieren.

Ja, wer die Wirtschaftsgeschichte Europas kennt, weiß, daß dieser Einwand nunmehr fast 100 Sahre hindurch immer wieder erhoben worden ift; er weiß aber auch, daß die Geschichte biefen Einwand als nicht zutreffend, wenigstens in vielen Fällen nicht zutreffend erwiesen hat. Ich möchte Ihnen bas an einem Beispiel vorführen. In Frankreich find bis zum Beginn ber vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts Kinder, zum Teil vierjährige Kinder, bis zu 14 Stunden in den Fabriken, einer damals neuen Institution, beschäftigt worden. In den Berhandlungen über den Entwurf des erften Rinderschutgesetzes, welches in Frankreich erlassen worden ift, wurde festgeftellt, daß diese armen fleinen Wefen, wenn fie vor Ermüdung einschliefen, mit Beitschenhieben zur Arbeit getrieben murben. In ben Rheinlanden find bis in die breißiger Sahre Rinder vom garteften Alter bis 14 Stunden gegen 2 Grofchen Lohn beschäftigt worben. Nun, meine Berren, frage ich Sie: Bedurfte es der Erfahrung, um das Fehlerhafte, ja Sundhafte eines berartigen Berhaltens zu erkennen? Und tropbem, meine Herren, in Frankreich, England und Deutschland hat immer ber Staat intervenieren muffen, um den Kindern ihr Recht zu verschaffen. Die Lehre, die sich aus der Geschichte ergibt, ift die, daß die Fehler, die die Industrie begeht, jedenfalls zum Teil — ich sage nicht alle — nicht auf Mangel an Erfahrung, sondern auf Egoismus zurückgeführt werden müssen. Ich habe das schon an bem Fall ber Rokslieferungen nachgewiesen. Gin anderes Beifpiel, meine Herren! Den Klagen ber Verbraucher von Halbzeug gegenüber hat man in ber betreffenden Enquete immer ermibert: martet nur, bis mir ben Stahlwerksverband machen und dann die gewonnenen Erfahrungen ausnuten!

(Rufe: zur Sache!)

— Das ift zur Sache! — Das ift geschehen, und die Halbzeugverbraucher erklären: die Situation hat sich ganz außerordentlich verschlechtert. Fast in allen Enqueten ist geklagt worden: wir predigen tauben Ohren. Kurzum, es steht außer Zweisel: wenn die Syndistate vielsache Interessen verletzt haben, so ist die materia peccans nicht der Mangel an Erfahrung, sondern der Mangel an Altruismus.

Ich komme zum Schluß. Die Riefenbetriebe und speziell die Syndikate haben eine Ühnlichkeit mit dem Feuer, dessen Kraft wohltätig ist, wenn sie gezähmt und bewacht wird, aber ohne eine solche Bezähmung und Bewachung großes Berderben verursachen kann. Ich glaube, daß diese Bezähmung und Bewachung vertrauensvoll in die Hände des Staates gelegt werden kann. Meine Herren, ich diene einer Monarchie, deren Wahlspruch ist: suum cuique, und diese Monarchie hat es verstanden, sich ein Beamtentum zu erziehen, das sicherlich seine Fehler hat, das aber in seiner Achtung vor dem Recht

und in seiner Intelligenz von keinem anderen Beamtentum in Europa übertroffen wird.

(Stürmischer anhaltenber Beifall.)

Urbeitersekretar Giesberts (M.=Gladbach): Meine fehr geehrten Damen und herren! Die heutigen Berhandlungen erinnern mich unwillfür= lich an einen Ausspruch, ben S. Maj. Kaifer Wilhelm feinerzeit einmal gegenüber ben Bertretern ber Unfallberufsgenoffenschaften getan hat und ber dahin ausklang: der Arbeiterstand muß das Bewußtsein erlangen, daß er ein gleichberechtigter Stand im Staate ift. Meine Berren, bas Streben nach Gleichberechtigung ift wohl die Grundstimmung unserer heutigen Arbeiterbewegung. Die Arbeiterklaffe ftrebt einerseits nach wirtschaftlichem Fortschritt, nach besseren Löhnen, nach Sebung ihrer gangen Lebenslage. Aber diese Bestrebungen brauchen nicht zu ben schweren und harten Kämpfen mit den Arbeitern zu führen, wie wir sie in der Neuzeit zu verzeichnen haben. Die Bestimmung der Lohnhöhe, überhaupt des ganzen wirtschaft= lichen Ertrages der Arbeit hängt ja nicht einmal einseitig von dem Arbeit= geber ab, sondern ift auch von der jeweiligen Lage der Wirtschaft und dem allgemeinen Stand ber Industrie abhängig. Das bilbet sogar einen Berührungspunkt zwischen Unternehmern und Arbeitern auch auf wirtschaft= lichem Gebiete. Der Arbeiter ift genau wie der Arbeitgeber baran inter= effiert, daß die deutsche Industrie prosperiert und vorwärts kommt. diesem Bormartstommen beizutragen find beide Teile verpflichtet, indem fie ihre Pflicht in der Produktion nach besten Kräften erfüllen. Aber ein grund= fählich verschiedener Standpunkt ber Arbeitgeber ift es, ben auch Berr Regierungsrat Leibig bier vertreten bat, ber zu ben verhängnisvollsten Kämpfen geführt hat und noch führen wird. Der Arbeiter verlangt nämlich, daß die Lohn= und Arbeitsbedingungen nicht einseitig festgestellt werden sollen, sondern daß ihm eine forporative Mitwirfung zugebilligt wird. Meine Herren, die schwersten Streiks find geführt worden nicht um eine Stunde Arbeitszeitverfürzung ober einen Pfennig Lohnerhöhung; die schwerften Streifs find geführt worden um bas Pringip ber Anerkennung ber Berufsorganisation, ber Anerkennung ber Mitwirkung ber Arbeiter im freien Arbeitsvertrage. Der große Bergarbeiterausstand mare unfehlbar vermieden worden, wenn feitens bes Bergbaulichen Bereins in Berhandlungen ein= getreten worden mare. Ein Mitglied ber Siebenerkommission erklarte noch vor Ausbruch bes Streifs: hatte uns ber Bergbauliche Berein nur einen Nagel in die Wand geschlagen, an dem man anknüpfen konnte, so wäre ber Generalftreif vermieden worden. Aber, meine Berren, die Antwort des

Bergbaulichen Vereins war eine Provokation zum Streik; wenigstens wurde sie von den Arbeitern als solche aufgefaßt, so wenig die Position für einen Kampf selbst günstig war. Auch in Zukunft — davon bin ich überzeugt — werden die größten Streiks um dieses Prinzip geführt werden. Das beweist auch die Aussperrung in der Metallindustrie Süddeutschlands. Ich wundere mich, daß herr Regierungsrat Leidig den Revers nicht kennt, den die Metallindustriellen den Arbeitern vorlegen als Borbedingung, daß sie im Arbeitsverhältnis bleiben konnten, ein Revers, der wirklich das Organissationsrecht der Arbeiter mit Füßen trat.

Meine Herren! Es fragt fich, ob die Allgemeinheit und das außerhalb der streitenden Barteien stehende Bolk diesem Kampf ruhig zusehen soll ober ob wir nach Mitteln und Wegen suchen muffen, die ftreitenden Barteien einander näher zu bringen und wenigstens Vorbeugungsmaßregeln zu treffen, die diese erbitterten harten Kämpfe zu verhindern geeignet sind; benn es ist ohne weiteres klar, daß diese Rämpfe unser ganges Wirtschafts= leben ungeheuer schädigen. Ich möchte jedoch der Unficht entgegentreten, daß man aus dem Umstand, daß diese Kämpfe in der Großindustrie in jungfter Zeit für die Arbeiter meift ungunftig ausgefallen find, ben Schluß zieht, die Arbeiter maren überhaupt nicht in der Lage, mit Erfolg diese Rämpfe zu führen, und wenn Berr Regierungsrat Leidig anführte, daß ben 11/2 Millionen organisierten Arbeitern 7 Millionen Arbeiter überhaupt ent= gegenständen, fo muß er eins bedenken, daß die gewerkschaftliche Bewegung in Deutschland erft in ben letten gehn Jahren eigentlich in bas rechte Fahrwaffer hineingekommen ift, das allein einen richtigen Aufbau des Gewerkschaftswesens ermöglicht. Und wenn Sie die Fortschritte der letten gehn Sahre fich ansehen, wo nicht bloß die Mitgliederzahl der Organisationen fich verdreifacht hat, nein, wo die Beiträge fich fast vervierfacht haben, wenn Sie allein bedenken, daß ber lette Bergarbeiterausstand die beiden Bergarbeiterorganisationen um bas Doppelte ihrer Mitgliederzahl in die Höhe schnellen ließ, und diese gleichzeitig den Beschluß faßten, die Beiträge um 100 bis 150 % zu erhöhen, so sehen Sie, daß wir noch lange nicht am Ende dieser Entwicklung stehen und daß die Arbeiter den Kampf nicht aufgeben werden. Die verlorenen Gefechte, die bis jett geschlagen worden find, laffen burchaus nicht ben Schluß zu, daß es dauernd fo fein wird. Aber die Allgemeinheit hat ein Interesse baran, daß diese Rampfe möglichst vermieben werden, und das ift ja auch das Problem, das der verehrte Herr Referent, Brof. Brentano, sich in seinem Vortrag gestellt hat: eine Form zu finden, wie ohne diese heftigen Rämpfe den Arbeitern die Mitwirkung bei ber Festsetung ber Löhne und Arbeitsbedingungen gesichert werden könne.

Gewiß, in der Großindustrie hat die Tarisbewegung in Deutschland nicht die Fortschritte gemacht wie in der Rleinindustrie. Die Tarifftatistif, die seiner Zeit im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht worden ist, zeigt uns das Wir haben in ber Bergbau-, Butten- und Salineninduftrie, in der chemischen Industrie, in der Industrie der Leuchtstoffe keine Tarif= abschlüsse zu verzeichnen, und gerade diese Branchen find im vollsten Sinne bes Wortes Großindustrien. In der metallverarbeitenden Industrie haben wir nur da Tarifabschluffe, wo fleine handwertsmäßige Berufe in Frage fommen, wie Klempner, Metallichläger usw. Die meisten Tarife find im Bau-, Schreiner- und Buchdruckergewerbe vorhanden, wo eben kleinere und mittlere Betriebe vorherrschen. Mit ber Großindustrie ist es bisher, von Einzelheiten abgesehen, nicht gelungen, Tarife abzuschließen. Die Gewertschaften sehen bies auch längst ein und versuchen, auch mit ber Großinduftrie zu Tarifen zu kommen. Ich erinnere an den Berfuch in der bayerischen Metallindustrie, an den Bersuch der Tertilarbeiter in Aachen und auch an ben Bersuch seinerzeit in der niederrheinischen Samtindustrie; in den beiden letten Fällen kann natürlich an einen so geordneten Tarif wie im Buch: bruckergewerbe nicht gebacht werben. So geht jedoch immerhin bas Biel bahin, forporative Abmachungen mit ben Arbeitgebern zu treffen, um ein= heitliche Arbeitsbedingungen zu schaffen. Mir erscheint die Berufsorgani= fation, wie fie Berr Brofessor Brentano angeregt hat, ein geeignetes Mittel, biese Kämpfe zwischen ben Arbeitern und ben Unternehmern abzuschwächen und möglichst unnötig zu machen. Db wir es aber tatfächlich notwendig haben werden, eine gefehliche Organisation burchzuführen, will ich einmal vorläufig dahingestellt sein laffen.

Ich frage mich, um bamit zu ber praktischen Seite ber Angelegenheit zu kommen: wie nimmt sich ber Vorschlag einer Organisation ber Großeindustrie, der Riesenbetriebe, wie er in den Leitsätzen vorgelegt ist, aus im Vergleich mit dem, was wir bereits auf diesem Gebiete haben und was in den letzten Jahren als Ziel hingestellt worden ist? Unsere Gewerbegerichte haben auch einigungsamtliche Funktionen, und wenn auch die Resultate noch dürftig erscheinen, so haben sie doch schon recht demerkenswerte Erfolge erzielt. In den größeren Städten werden die Streiks immer mehr durch das Gewerbegericht geschlichtet oder es werden doch Versuche dazu gemacht. Es entsteht also zunächst die Frage, ob das Gewerbegericht als Einigungsamt für die Großindustrie besonders in Frage käme. Da muß ich allerdings gestehen, daß merkwürdigerweise die gewerbegerichtlichen Klagen zum weitaus größten Teil aus den kleinen Betrieben herkommen. Das liegt nicht daran, daß in den Großbetrieben keine Mißstände bestehen, sondern daran, daß

Konventionen verabrebet werben, wie ich eine am Nieberrhein kenne, in ber sich bie Arbeitgeber vereinbaren, einen Arbeiter, ber bas Gewerbegericht in einer Streitsache anruft, für vier Wochen zu bopkottieren.

(Hört! hört!)

Auch die einigungsamtliche Tätigkeit der Gewerbegerichte erstreckt fich wefent= lich auf die Streitigkeiten solcher Gewerbe, welche in Klein= und Mittel= betrieben arbeiten. Die Großindustrie lehnte es in der Regel ab, am Be= werbegericht zu verhandeln. Die Gewerbegerichte würden in ihrer heutigen Berfaffung beshalb weniger in Betracht fommen, bagegen mare zu ermägen, ob die Arbeitskammern, die wir ja feit Sahrzehnten immer wieder verlangen und die die Regierung uns leider noch immer nicht geben will, nicht wenigstens versuchsweise auf bieses Projekt bes Berrn Professor Brentano zugeschnitten werden fonnten. Die Beragesetnovelle hat den Bergarbeitern die obligatorischen Arbeiterausschuffe gebracht. Das ist ein grundfätlicher Erfolg und ein kleiner Schritt auf bem Wege nach bem Ziel, bas ber Berr Referent angedeutet hat. Ich will auf die Mangelhaftigkeit diefer Institution bezüglich ber Wahlen usw. nicht eingehen, aber auf einen Mangel der Gesetze möchte ich aufmerksam machen. Warum hat man diese Arbeiterausschüffe nicht nach Sprengeln, nach großen Revieren mit einander in Verbindung gebracht und aus ihnen heraus eine paritätische Bergarbeits= fanimer gebildet? Ich bin überzeugt, mare im Bergbau vor dem letten Streif eine berartige Institution vorhanden gewesen, wo die Bertreter ber Bechenbesitzer und die Vertreter ber Bergleute regelmäßig zusammengekommen wären, um die Fragen ihres Berufs zu besprechen, dann hätte sich eine folche Mißstimmung in der Arbeiterschaft nicht ansammeln können. Arbeitskammer mare ein Sicherheitsventil gewesen gegen eine berartige Volksftimmung. Hier hätten also — allerdings vorausgesett daß die Arbeitgeber wirklich ben guten Willen haben, Mißstände zu beseitigen — bie Mißstände von vornherein geprüft werden können, und in gegenseitigem Meinungsaustausch hätte man fie klar= und abstellen können. Dann hätte man nicht nötig, Ministerialkommiffionen im letten Moment einzuseten, um Die Klagen der Bergleute zu untersuchen, gemissermaßen um den Brunnen zuzubecken, nachdem das Kind ertrunken war. Das wäre allerdings noch keine generelle Regelung der Frage, aber es könnte dadurch gerade in der Bergbauindustrie die Probe aufs Exempel gemacht werden, inwieweit durch eine folche Bertretung die Arbeitsverhältnisse geordnet werden können. Meine Herren! Es wird ja auf die Dauer auch im Bergbau, speziell im rheinisch= weftfälischen, nach ber Richtung bin etwas geschaffen werden muffen; benn wir durfen nicht glauben, daß die Bergleute ben Migerfolg in ihrem Streif ohne weiteres in die Tasche gesteckt haben. Sie werden mit aller Energie bahin streben, wenigstens als gleichberechtigte Instanz in der Regelung solcher Fragen gehört zu werden. Darauf können Sie sich verlassen. Wer die Stimmung unter den Bergleuten kennt, wird mir Recht geben, und der Bergbauliche Verein würde recht klug gehandelt haben, wenn er gerade den Ausdau der Arbeiterausschüsse nach der Richtung hin im preußischen Landtag befürwortet hätte.

(Sehr richtig!)

Dann könnte man in Zukunft folchen Explosionen vorbeugen.

Das ganze Projekt ist ja vorläufig noch ziemlich unklar. Es ist ein Broblem, und hoffentlich wird fich in der Breffe und in miffenschaftlichen Beitschriften eine lebhafte Diskuffion an diese Frage anschließen, nach welcher Richtung hin und in welcher Form der Gedanke verwirklicht werden fann. Ich erinnere mich hier unwillfürlich ber Idee, die ein Arbeitgeber bereits vor 25 Jahren geäußert hat, nämlich daß forporative Organisationen ber Arbeiter ber einzelnen Betriebe gebildet werden follen, als beren Bertreter ber Arbeiterausschuß mit bestimmten Rechten ausgestattet dem Arbeitgeber gegenüberstehen foll und mit ihm nicht bloß die Wohlfahrtseinrichtungen verwalten, sondern auch die sonstigen internen Angelegenheiten des Betriebes, vor allem die disziplinarischen Magregeln beraten und festsetzen foll. Diese Ibee ift nicht zur Ausführung gelangt; aber etwas hat fich übertragen auf unsere soziale Gesetzgebung bei Schaffung ber Arbeiterschutgesete, mo befanntlich im Reichstag verschiebentlich ber Antrag auf Ginführung obliga= torischer Arbeiterausschüsse als Vertreter der Arbeiter gefordert wurden. Wir haben sie nur fakultativ erhalten. Wenn die Arbeiterausschuffe fo wenig wirksam sind, so liegt es daran, daß sie nicht obligatorisch sind und daß ihnen keine bestimmten rechtlichen Funktionen gegeben worden find. Auf die Dauer werden wir aber dazu kommen.

Nun gestatten Sie mir mit einigen Worten einen kleinen Vorbehalt zu machen bezüglich der Ausführungen des Herrn Referenten über die Wohlsfahrtseinrichtungen. Ich erkenne durchaus an, daß es sehr wertvoll ist, daß die jüngste Schrift des Vereins für Socialpolitik einmal gründlich die Schattenseiten unserer Wohlfahrtseinrichtungen klargestellt hat. Die Wohlsfahrtseinrichtungen find von ihrer besten Seite bisher so hinlänglich bekannt geworden, daß wir auch einmal die Schattenseiten betrachten dürsen, selbst auf die Gesahr hin, daß diese Betrachtung etwas einseitig ausfällt, wie es in jener Schrift wohl der Fall ist. Ich bitte aber, nicht zu vergessen, meine Herren, daß die ursprünglichen Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer aus den fünfziger Jahren, 3. B. die Betriedskrankenkassen, neben den freien

Hilfskaffen, die Vorläufer unferer sozialen Berficherungsgesetzgebung zum Teil gewefen find.

# (Sehr richtig!)

Das muffen wir der Gerechtigkeit halber anerkennen. Meine Berren, eine Reihe von Wohlfahrtseinrichtungen, die wir heute haben, find auch von den Arbeitgebern fo gestaltet, daß sie tatfächlich bie ichablichen Wirkungen nicht Ich hebe das deshalb hervor, damit man und nicht den Vorwurf ber Einseitigkeit machen kann, damit man uns nicht den Borwurf machen fann, wir wollten bas Rind mit dem Babe ausschütten. Was aus ehrlicher Absicht geleistet worden ist, wollen wir durchaus anerkennen. Aber anderseits müßten auch die Arbeitgeber anerkennen, daß die Art, wie heute vor allen Dingen die Wohnungen und die Benfionskaffen in vielen großen Betrieben benutt werden, um die Arbeiter an die Betriebe zu fesseln und ihnen die Bewegungsfreiheit und die Freizügigkeit und das Organisationsrecht zu erschweren, doch nicht mehr zeitgemäß ist und bem Prinzip ber Freiheit des Arbeitsvertrags widerspricht. Die Arbeitgeber können ja unter Umftanden der Notwendigkeit nicht entgehen, Wohnungen herzustellen. Das sehen wir im Industriebezirk Rheinland-Weftfalen. Wenn die Zechengesellschaften in einer vollständig volksarmen Gegend einen neuen Betrieb anlegen und Arbeiter haben wollen, so müffen fie Rolonien bauen. Wir feben beshalb, wie ganze Dörfer gebaut werden, die ausschließlich den Zechengesellschaften gehören. Aber bie Gesetgebung mußte es verbieten, bag bie Mietsverträge mit ben Arbeitsverträgen verbunden werden. Es ift nichts härter für den Arbeiter, der aus irgend welchem Grunde — und welche fleinlichen Grunde gibt es nicht alle in dem Betriebe? — entlaffen wird, daß er mit der Arbeitslofigkeit auch zugleich die Wohnungslofigkeit hat. Aus diesen Gründen hat man es beim letten Bergarbeiterstreif im allgemeinen nicht gewagt, die streifenden Arbeiter aus ihren Wohnungen zu feten. Das ist wohl ein Zeichen, daß allmählich felbst diese Praktiken versagen und daß fie den Arbeiter nicht hindern werden, feine Freiheit zu mahren; denn bei dem letten Bergarbeiterstreik haben durchschnittlich auch die Koloniebewohner wie eine Mauer mit den anderen Arbeitern zusammengestanden.

Ich möchte zum Schlusse kommen. Die Arbeiter haben ein außersorbentliches Interesse baran, daß gerade diese Frage der Organisation der Riesenbetriebe in der Öffentlichkeit angeschnitten wird. Wenn es gilt, die unausbleiblichen Kämpse zwischen den arbeitenden Klassen und den Arbeitzgebern um die Gleichberechtigung zu milbern, dann soll man nichts unsversucht lassen. Sie werden es uns Arbeitern nachfühlen, daß — ich will nicht das Wort "Hörigseit" gebrauchen — aber das Gefühl der Unfreis

heit, das auf uns lastet, uns vielmehr Ansporn gibt zu Organisationen und Kämpfen als wirtschaftliche Gründe.

Meine Herren, das ift der Idealismus, der in der deutschen Arbeiter= flasse lebt, und ich glaube, Sie sollten sich freuen, daß die deutschen Ar= beiter so viel Selbstbewußtsein, so viel Selbstaefühl haben, bak fie fich auflehnen gegen die Niederdrückung ihrer Rlaffe in ein neues Börigkeits= verhältnis. Mag sich bies auch hier und ba in Formen äußern, die uns unbequem und unangenehm find und die wir nicht für recht halten, meine herren, aus dem gärenden Most wird auch einmal ein klarer Bein. Wenn wir unsere gange wirtschaftliche Entwicklung überblicken, welche Fortschritte find da gemacht worden in den letten 40 Jahren! Ich las jüngst in einer Zeitschrift bes Bereins für das Wohl ber arbeitenden Rlaffen aus bem Sahre 1848 den Auffat eines Regierungsrats, der den Grundfat vertrat und begründete, der Arbeiterflasse könne weder wirtschaftlich noch moralisch anders geholfen werden als ausschließlich nur durch die Arbeitgeber allein, die Arbeiter felbst seien jeder Mitwirkung unfähig. Sehen Sie diese Anschauung aus ber bamaligen Zeit und vergleichen Sie bamit unsere heutige Anschauung und die Erfolge der Arbeiter auf dem Gebiete der Selbsthilfe. Der Gebanke ber Gleichberechtigung hat sich auch in weiten Rreifen Bahn gebrochen, und es ist nur noch eine Frage ber Zeit, daß die Arbeiterklasse ben Plat im allgemeinen Bolksrahmen einnimmt, der ihr von Rechts wegen gebührt. Daß diese Aufwärtsbewegung mit heftigen Rämpfen verbunden ist ift bedauerlich, aber einmal nicht ju andern. Sie zu milbern foll unfer Streben fein, und wenn die Borichlage bes herrn Brofeffor Brentano, eine Organifation ber Großinduftrie vorzunehmen, fei es nach einzelnen Betrieben, sei es nach Gewerbegruppen, sich als wirtsam und burchführbar erweisen, bann find die Arbeiter die ersten, die das begrüßen, weil uns dadurch die Rämpfe erleichtert und unser Ziel in um so größere Nahe gerückt wird.

(Lebhafter Beifall.)

Borsitzenber: Meine Herren! Es sind zwei Anträge eingegangen, der erste, von Herrn Professor Jacob gestellt, beantragt: Berlesung der Rednerliste in der Reihenfolge und Beschränkung der Redezeit auf 15 Minuten. Herr Dr. Heinrich Rauchberg beantragt: die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken. Der erste Antrag: Berlesung der Rednerliste, ist etwas ungewöhnlich; jedenfalls könnte ihm nur mit der Reserve stattgegeben werden, daß Schiebungen noch möglich sind, unter Zustimmung der Beteiligten. Benn aber die Versammlung es wünscht, würde die Rednerliste verlesen werden.

(Zustimmung.)

Schriften CXVI. — Berhandlungen 1905.

Es sind noch 15 Redner vorgemerkt. [Die Rednerliste wird verlesen.]

Was ben zweiten Vorschlag: Verkurzung ber Rebezeit, betrifft, so halte ich es für gut, zunächst eine folche von 15 Minuten eintreten zu lassen.

[Nach kurzer Geschäftsordnungsbebatte wird biefer Antrag bes Bor- sitzenden fast einstimmig angenommen.]

Bergmeister Engel (Essen): Meine verehrten Damen und Herren! Es gereicht mir zur Genugtuung, in Übereinstimmung mit dem Herrn Vorredner erklären zu können, daß, wie bei der Allgemeinheit, auch seitens des rheinisch= westfälischen Bergbauß, daß allergrößte Interesse obwaltet, Erschütterungen des Wirtschaftslebens zu vermeiden. Ich kann serner zu meiner Freude festestellen, daß der Herr Vorredner schon Gelegenheit genommen hat, einen Teil der Darstellungen, die der heutigen Verhandlung in Gestalt der Günthersschen Schrift zugrunde liegen, als einseitig zu charakterisieren. Das überschet mich der Mühe, auf diesen Gegenstand des näheren einzugehen.

Herr von Nottenburg hat vorhin betont, daß naturgemäß ein großer Teil seiner Aussührungen auf Deduktionen beruhe, und das ist ja nach Lage der bei ihm obwaltenden Berhältnisse natürlich. Ich betrachte es nun in dieser Bersammlung vorzugsweise als meine Aufgabe, tatsächlich klarskellend zu wirken, und deshalb bitte ich zunächst um Nachsicht, wenn ich Ihnen nicht einen abgerundeten Bortrag, wie die herren Borredner das getan haben, halte, sondern auf die einzelnen Aussührungen eingehe und, soweit mir positive Unrichtigkeiten aufgefallen sind, hier das entgegenstehende Tatsachenmaterial beibringe, um Klarheit über die tatsächlichen Berhältnisse im weiteren Kreise zu schaffen.

Zunächst möchte ich mir noch, auch wohl mit allseitiger Zustimmung, die Bemerkung gestatten, daß es wohl zweckmäßiger gewesen wäre, Fragen, die das Syndikat betreffen, für morgen zu versparen, um so mehr, als wir ja morgen die Freude haben werden, Herrn Geheimrat Kirdorf, wie heute wiederholt schon erwähnt worden ist, unter uns zu sehen und von ihm, dem eigentlichen Gründer und Träger des Kohlen-Syndikats, eingehende Ausführungen über dies zu erhalten.

Wie gesagt, ich beschränke mich angesichts der knappen 10 Minuten in bezug auf die Ausführungen des Herrn Professor Brentano auf ein paar Punkte. Was die Stellung des Unternehmers und des Arbeiters in der gesamten Wirtschaft betrifft, so bedarf es nach meiner Ansicht keiner Untersuchung, ob wirklich in einem geschlossenen Staats und Wirtschaftskörper— selbst im Einzelhaushalt — der Mensch ganz allein Selbstzweck ist, wie er

es hinstellt, ob nicht vielmehr der einzelne in Rücksicht auf seine Umgebung von seiner Selbständigkeit hergeben muß, um wirksames Glied des Ganzen zu sein. Ich möchte daran erinnern, daß die ganze Entwicklung unserer Berkehrsverhältnisse mehr und mehr die Demokratisierung unserer ganzen Wirtschaft zur Folge hat; während der Unternehmer durch seine Anlagen an die Scholle gebannt ist, und dort auch bei ungünstiger Entwicklung der ihn dort zur Niederlassung bestimmenden Gesichtspunkte außharren muß, besitzt der Arbeiter die Freiheit der Bewegung im vollsten Maße, die deutlich zutage tritt in dem häusigen Bechseln der Arbeitsstätte bei den Mitgliedern der Knappschaftsvereine. Nach der Statistik des Knappschaftsvereins für 1904 kommen im Ruhrbezirk auf 100 Leute der Belegschaft 100 Wechsel (Anund Abkehr) pro Fahr, obwohl die Arbeitsbedingungen auf den einzelnen Zechen nicht wesentlich differieren.

Ferner möchte ich mich gegen die von Geheimrat Brentano beliebte Charakteristif der sogenannten Arbeitswilligen verwahren. Herr Prossessor Brentano meinte, das wäre eine eigentümliche Spezies von Arbeitern, welche eigentlich nicht auf volle Würdigung Anspruch hätte. Ich muß dem durchaus widersprechen, daß man versucht, Leute, die ihre Pflicht unter unsausgesetzter körperlicher und moralischer Bedrohung getan haben, derart absprechend beurteilen zu wollen, oder daß man ihnen zum Vorwurf macht, daß sie die ihnen genehmen Arbeitsbedingungen sich nicht durch die Organissationen haben aufoktropieren lassen. Übrigens ist bei diesem Streif nicht ein einziger Ausländer herangezogen worden — ein weiterer Beweis für die Zuverlässigkeit der Brentanoschen Schlußfolgerungen —.

Die weitere Bemerkung, daß im Ausstande die Bewohner von Zechenswohnungen durch diesen Umstand zur Fortsetzung der Arbeit gezwungen gewesen wären, hat mein Herr Borredner bereits widerlegt.

Wenn weiter gesagt wurde, daß eine "Botmäßigkeit" der Arbeiter bestehe und daß diese selbst auf das religiöse und politische Leben sich erstrecke, so ist das ein großer Jrrtum. Denken Sie nur an die Zahlen bei der letzten Essener Reichstagswahl!

Aus biesem Grunde muß ich aufs lebhafteste bedauern, daß die Wohlsfahrtseinrichtungen, welche die Unternehmer mit vieler Mühe geschaffen haben, die weit über die gesetzlichen Vorschriften hinausgehen, als ein Kampfmittel haben bezeichnet werden können, anscheinend ohne ihre Bedeutung als eine Einrichtung zum Besten der Arbeiter auch nur entfernt zu würdigen.

Ich muß mangels an Zeit bei den mir insgesamt zur Verfügung stehenden 10 Minuten diesen Gegenstand verlassen und zu den Bemerkungen bes herrn von Rottenburg mich wenden. Wenn er meint, daß die Groß-

12\*

betriebe insbesondere deshalb bedenklich seien, weil sie Beeinflussung der Konjunktur sehr leicht vornehmen könnten, so erinnere ich daran, daß seit Bestehen des Syndikats bei uns im Gegensatzu amerikanischen Verhältnissen Verringerung des Absatzs in unserem Vergbau niemals von Arbeitersentlassungen begleitet gewesen ist. Selbst 1901, nach dem großen Niedersgang der Konjunktur, ist die Belegschaft unserer Vetriebe gewachsen, obwohl die Fördermengen gesunken waren.

			Förderung:	Belegschaft:
1901			<b>5</b> 8 <b>44</b> 8 000 t	<b>243</b> 926
1900			59 619 000 t	226902.

Ob und inwieweit Verantwortung erzieherisch wirkt ober nicht, ist eine Frage, die man nicht durch Beweis klären kann. Mit Recht hat Herr von Rottenburg betont, daß die Größe der Betriebe die persönliche Fühlung erschwert. Gewiß ist diese ein sehr wichtiges Moment, aber es ist unstreitig, daß insbesondere mit den in den Zechenkolonien wohnenden Familien von seiten der Werksbeamten ein in vielen Fällen sehr reger Zusammenhang besteht, dessen Anbahnung in unserem Beruse, im Gegensatz zu anderen Industrien, durch die fast völlig sehlende Schichtung der enormen Arbeiters massen besonders erschwert ist.

Im Widerspruch zu den Zweiseln des Herrn von Rottenburg wegen des Fortganges unserer Bolksentwicklung möchte ich Ihnen aus dem Werke eines englischen Autors ein Zitat vorlesen, dessen den Sozialtheoretikern unsbequeme Argumente man nicht, wie es allzuoft gegenüber den Unternehmern versucht wird, mit dem bequemen Einwande des "Interesses" beziehungssweise der "Befangenheit" zurückweisen kann. Es ist ein Werk von Professor Aschlen: "The Progress of the German working classes." 1904. Assetzelfegt bei Erörterung der revisioniskischen Richtung in der Sozialdemokratie:

And the tenet, taught by Marx, and since hardened into a dogma by militant Socialists, around which the whole controversy turns is that of the "Verelendung" the constant and inevitable tendency towards the progressive impoverishment of the masses.

But why are men like Bernstein ready, nay, anxious, to abandon a teaching which has been in the past the most effective weapon of popular propaganda? Simply because it has become glaringly untrue. The artisan cannot with any decency be told that he is bound inevitably to be driven down to the margin of bare existence, just as the peasant cannot be told that he is sure to be swallowed up by the big landowners, when both of them know, that just the opposite is happening."

Vorsitzender: Ich muß den Herrn Redner leider unterbrechen, da seine Redezeit abgelaufen ist. Das Wort hat nun Herr Redakteur Goldschmidt (Berlin).

Abgeordneter Rarl Goldschmidt (Berlin), Vertreter des Verbandes ber beutschen Gewerkvereine: Hochgeehrte Bersammlung! Es liegt in seinem Wesen, daß der Mensch nach Freiheit und Selbständigkeit strebt. Dieses fortschrittlich wirkende Wesen ber Menschen rief auch die deutsche Arbeiter= bewegung hervor, die der Arbeiterschaft dazu verhelfen will, geiftig felbständig zu sein und mitbestimmen zu können über bie Gestaltung bes Arbeitsvertrages. Nun hat aber Berr Professor Brentano ein Wort bes herrn Bued gitiert, wonach die Industriellen niemals bereit fein sollen, auf dem Juge bürger= licher Gleichberechtigung mit den Vertretungen der Arbeiter zu verhandeln. und auch der Herr Regierungsrat a. D. Dr. Leidig hat dieses gleiche Wort wiederholt; auch er glaubt, daß mit den Arbeiterorganisationen nicht zu verhandeln sei, daß die Unternehmer den industriellen Arbeitsvertrag so aufzufaffen hatten, daß nur mit bem einzelnen Arbeiter zu verhandeln fei; der einzelne Arbeiter habe ja Gelegenheit, bis zu dem Unternehmer selbst ober seinem Direttor mit seinen Klagen vorzudringen. Ich glaube, daß diese Auffaffung der Arbeitgeber nicht dauernd aufrecht zu erhalten ist. Es ist ber Zarismus in ber Industrie! Wir miffen aber, daß es auch auf beutschem Gebiete einmal einen König gab, ber erklärte, er werbe nie bulben, daß sich zwischen ihn und sein Bolt ein Blatt Papier stelle. Der Mächtige hat nachgeben muffen, zum Glud auch für die Monarchie. Denn es ift so gefommen, daß gerade die fonstitutionellen Staatswesen eine ftarke Entwicklung genommen haben, mahrend ber Zarismus bankerott am Boben liegt. so barf auch mit Sicherheit barauf gerechnet werben, bag wir wie im Staats= wesen so auch auf dem Gebiete der Warenerzeugung ein konstitutionelles Berhältnis bekommen, das die Autorität des Arbeitgebers in seiner Fabrik nach keiner Richtung bin beschränkt, aber bem Arbeiter die Möglichkeit sichert. über die Festsetung der Arbeitsbedingungen gleichberechtigt mitzuentscheiden. Diese gleichberechtigte Mitentscheidung fann der Arbeiter nur ausüben durch feine Organisation. Run weiß ich fehr wohl, daß ein erheblicher Teil ber beutschen Arbeiterschaft auf bem Boben bes grundsätzlichen Klassenkampfes steht. Dieser Teil scheint heute nicht zu Wort zu kommen, da der hierfür aufgerufene Redner nicht anwesend mar. Das bedauere ich. Ich möchte aber fagen, daß außerhalb dieses Teiles ber beutschen Arbeiterbewegung andere Arbeiterorganisationen bestehen, so auch der Verband der deutschen Gewerkvereine Hirsch-Duncker, Die, wie auch Herr Giesberts vorher aus-

einandergesett hat, in vollem Mage die hohe Bedeutung einer ftarken mirt= schaftlichen Entwicklung unserer Industrie für bas Baterland und bamit für bas gesamte Bolf anerkennen. Gerade die in den deutschen Gewerkvereinen organisierten Arbeiter bekunden dieses gemeinsame Interesse zwischen Unternehmern und Arbeitern an bem Gedeihen ber Arbeit. Dieses gemeinsame Interesse kann aber bann nicht zur Entfaltung gebracht werden, wenn bie Unternehmer den einseitigen Herrenstandpunkt einnehmen und die Arbeiter als ben einfach zu gehorchenden Teil ansehen möchten. Die Arbeiter ringen nach bürgerlicher Gleichberechtigung und wollen mit den Vertretern der Unternehmer auf biesem Juge die Arbeitsbedingungen vereinbaren. Das foll geschehen auch in gemeinsam festgestellten Tarifen. Herr Dr. Leibig hat aber gemeint, daß Tarife mit Rudficht auf ben Export nicht allgemein möglich seien. Gewiß, wenn er an Tarife gedacht hat, die jede einzelne Frage bis ins kleinste regeln sollen, so könnte ihm Recht gegeben werden; aber in den Tarifen, die die deutschen Arbeiter erstreben, soll vor allem bas Recht der Arbeiter zur Anerkennung kommen, über die Arbeitsbedingungen mitzubestimmen, und wenn biefes Recht im Grundfählichen feine Unerkennung findet, bann braucht ein Tarif nicht alle Einzelheiten festzulegen, es fann eine ausreichende Latitude bestehen bleiben, Tarife dieser Art murben auch für auf den Export angewiesene Industrien vollkommen möglich sein.

Ich habe mich noch gegen ein Wort Dr. Leibigs zu wenden, der da meinte, alle Organisationen ständen in parteipolitischer Abhängigkeit. Auch das ist nicht richtig! Der Verband der Deutschen Gewerkevereine hat allezeit Gewicht darauf gelegt, seine volle partei= und kirchenpolitische Unabhängigkeit zu bekunden, und er hat an dieser Aufsassung sest gehalten, weil er überzeugt ist, daß nur dann alle deutschen Arbeiter auf einem Boden gemeinsam zusammenarbeiten können, wenn die partei= und kirchenpolitischen Streitsragen ausgeschieden bleiben. Er nimmt sich darin ein Beispiel an den Organisationen der deutschen Arbeitgeber, die ihre Mitzglieder ohne Unterschied der partei= und kirchenpolitischen Anschauungen zum Zweck der Wahrung ihrer Interessen zusammenfassen.

Dann möchte ich noch ein Bemerkung bes Herrn Bergmeister Engel richtigstellen. Herr Engel hat Klage barüber geführt, daß die Arbeiter von ihrer Freizügigkeit einen viel zu breiten Gebrauch machen. Er hat behauptet, daß de facto im Ruhrgebiet 50 % ber Arbeiter zweimal im Jahre ihre Stelle wechseln. Ich hoffe, daß Herr Bergmeister Engel seine Klagen über die Freizügigkeit der Arbeiter nicht so hat auffassen wollen, daß dieselben durch irgend eine gesetzgeberische Maßnahme beschränkt werden müßte.

(Zuruf des Herrn Bergmeister Engel: Ich habe nur eine Tatsache festgestellt.)

Sie haben also nur eine Tatsache feststellen wollen. Dann möchte ich aber boch barauf hinweisen, daß diese Tatsache, ihre Richtigkeit angenommen, nur zutrifft für das Ruhrgebiet, daß das Arbeitsverhältnis im übrigen doch ein länger dauerndes ist, und daß wir auch in deutschen Betrieben Arbeiter haben, die jahrelang, solange sie überhaupt arbeitsfähig bleiben, in demselben Betriebe tätig sind. Wenn aber Herrweiser Engel einmal objektiv, nicht einseitig vom Standpunkt der Unternehmer, untersuchen wollte, welche Ursachen dieser starke Wechsel im Ruhrgebiet hat, dann würde er sinden, daß in zahlreichen Fällen die Arbeiter durch das Verhalten der bestreffenden Betriebsbeamten provoziert werden, daß sie geradezu veranlaßt werden, wieder aus dem Betriebe auszuscheiden, indem man nicht Rücksicht genommen hat auf ihre Persönlichkeit, ihren Charakter, ihre Eigenheiten.

Ich barf auch daran erinnern, daß das in den Gegenden mit Staatsbetrieb nicht anders ift, daß z. B. im Saargebiet — das hat der bekannte traurige Prozeß bekundet — die Abhängigkeit der Arbeiter in einem Maße besteht, daß diese Dinge geradezu zum Himmel schreien. Ich glaube erneut betonen zu sollen, daß unsere Forderung, die wir als organisierte Arbeiter stellen, berechtigt ist, durch die Organisation mit den Bertretern der Unternehmer zu verhandeln, und ich möchte glauben, daß es im Interesse der deutschen Industrie selbst gelegen ist, wenn ein Weg gefunden wird, der Arbeiter und Unternehmer auf dem Fuße bürgerlicher Gleichberechtigung zusammenbringt. Die bestehenden Kämpse werden auf die Dauer der deutschen Industrie sehr gefährlich werden müssen. Da sollten auch die Unternehmer einlenken, wenn sie wollen, daß in der Arbeiterschaft ein ausreichendes Verständnis für die Bedeutung der Industrie allgemein platzgreift.

(Beifall.)

Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat Ministerialdirektor Dr. Thiel (Berlin), zur Geschäftsordnung: Ich weiß nicht, meine Herren, ob meine Ansicht geteilt wird, daß dieser Zehnminutenzwang eigentlich der Tod jeder Diskussion ist.

(Sehr richtig!)

In dieser Zeit kann man eigentlich nur seine Stellung festlegen — und die ist bei den meisten Rednern schon vorher völlig bekannt —, aber ein Einsehen auf die Gründe des Gegners und eine längere Entwicklung von eigenen Gedanken ist unmöglich. Wir können aber darüber nicht mehr diskutieren, es ist ja durch den Beschluß der Versammlung entschieden. Ich möchte nur an die 14 Redner, die noch gemesdet sind, die Frage richten, ob sie sich

nicht abpaaren können. Es werden doch viele darunter sein, die genau in dieselbe Kerbe hauen. Ich glaube, daß der Herr Bräsident wohl geneigt sein würde, es zu genehmigen, wenn einer kommt und sagt: ich habe mir noch 10 oder 20 Minuten gekauft.

(Heiterkeit.)

Borsitzender Professor Dr. von Philippovich: Ich erkläre hiermit, daß ich meine Macht dahin auslege — und ich bitte zu gestatten, daß ich das tue, ohne eine weitere Diskufsion —, daß die Redezeit, die wir noch zur Verfügung haben, auf die bisher angemeldeten Redner aufgeteilt wird und daß die Redner darüber verfügen können, mithin ihre Zeit auch an einen andern Redner abtreten können.

(Zustimmung.)

Dr. Jüngst (Essen): Meine Damen und Herren! Ich fann Ihnen die Mitteilung machen, daß ich nur 5 Minuten sprechen werbe.

Herr von Rottenburg hat in sehr interessanter Weise die Schlüsse aus dem Wesen der Riesenbetriebe gezogen. Er ist nicht dabei stehen geblieben, von Möglichkeiten zu sprechen, sondern er hat am Schlusse seiner Ausstührungen auch dargelegt, inwieweit sich diese Möglichkeiten in der Erfahrung bestätigt gezeigt haben. Er ist soweit gegangen, den Mitgliedern des Kohlensyndikats Mangel an Altruismus zu vindizieren.

(Widerspruch.)

Ich habe mir ben Ausbruck notiert.

(Erneuter Widerfpruch.)

Ich habe so verstanden; gestatten Sie mir, mich daran zu halten. Wenn das Syndikat oder seine Mitglieder wirklich durchaus egoistisch handelten, müßte das in erster Linie zum Ausdruck kommen in dem Verhältnis des Arbeitslohns zum Geschäftsergebnis. Dieses Geschäftsergebnis spiegelt sich nun wider in der Dividende der Werke. Ich gestatte mir, Ihnen einige Zahlen (s. die Tabelle auf S. 185) anzusühren, die Ihnen zeigen werden, daß der auf die Tonne Förderung entsallende Dividendenbetrag sich seit dem Jahre 1885 — weiter zurückzugehen war nicht möglich — in absteigender Linie bewegt, während der auf die Tonne Förderung entsallende Lohnbetrag seit 1886 (nur dis zu diesem Jahre sind die Löhne voll vergleichdar) gestiegen ist. Die der Errechnung des Dividendenbetrags auf die Tonne zugrunde gelegte Statistik umfaßt einen in den einzelnen Jahren wechselnden Anteil der Förderung des Oberbergamtsbezirks Dortmund. Im Jahre 1885 betrug dieser Anteil nur 42% ober Förderung, um dann im letzten Jahre auf rund 70% zu steigen.

Von 1885—1892 ift nun von diesen Zechen auf die Tonne Förderung eine Dividende verteilt worden von 1,14 Pfennigen, dagegen in der Syndikatszeit von 1893—1904 eine solche von etwas über 1 Pfennig, 1,04 Pfennige. In derselben Zeit hat der Lohn auf die Tonne Förderung solgende Entewicklung genommen. Ich werde nur Durchschnittsziffern für eine größere Anzahl von Jahren geben, und zwar stelle ich wieder die Jahre 1886 bis 1892 mit der Syndikatszeit in Vergleich. In der Periode von 1886—1892 ist auf die Tonne Förderung ein Lohn gekommen von 3,24 Mk., in der Syndikatszeit von 4,32 Mk. Wenn man den Lohn pro Tonne von 1886 bis 1892 gleich 100 setzt, so ergibt sich für die Syndikatszeit ein solcher von 133,33, also 33½ on mehr. Nimmt man in gleicher Weise auch die Dividende auf die Tonne für den Zeitraum 1886—1892 mit 100 an, so errechnet sich dagegen sür die Syndikatszeit ein Sat von bloß 91,23, mit=

Jahr	Die Kohlenförberung ber Berggewertschaften u. Bergs werts Att. Ges., welche gur Ermittelung ber durchschaft ich gegahlten Ausbeute u. Divibende berüdsichtigt sind, betrug von der Gesamtsförberung des niederrhein. westf. Steinkohlenbegirts	Gezahlte Ausbeute u. Dividende auf die Tonne Förderung	Lohnaufwendung für die Tonne der ge= famten Steinkohlen= förderung im Oberbergantsbezirk Dortmund						
1885	41,83	0,49	<del>_</del>						
1886	$42,\!25$	0,45	2,71						
1887	42,77	0,53	2,60						
1888	45,13	0,66	2,66						
1889	55,03	0,99	$\frac{3,12}{2}$						
1890	63,88	2,11	3,73						
1891	66,37	1,83	3,91						
1892	67,27	0,91	3,66						
1893	69,24	0,49	3,49						
1894	68,23	0,56	3,51						
1895	70,67	0,68	3,54						
1896	71,59	0,88	3,62						
1897	71,93	0,99	3,98						
1898	70,96	1,04	4,28						
1899	68,45	1,10	4,57						
1900	67,96	1,34 1,35	4,91						
1901	67,81	1,00	4,96						
1902 1903	66,32 64,09	1,23	$\begin{array}{c} 4,61 \\ 4,62 \end{array}$						
1905	69,21	1,18 1,17	4,69						
1904	•	•							
		Jahre 1885 (1886) bis							
_	54,08	1,14	3,24						
Im Durchschnitt der Jahre 1893 bis 1904									
_	68,65	1,04	4,32						
1893 bis 1904 gegen 1885 (1886) bis 1892, wenn 1885 (1886) bis 1892 = 100									
_	l –	91,23	133,33						

hin annähernd 9 % weniger. Sie sehen also, wie die Tatsachen gerade das Gegenteil der Deduktionen des Herrn von Rottenburg als richtig erweisen.

Ich möchte noch ein anderes Beispiel anführen, das weiterhin beleuchten foll, daß man den hier vorgebrachten Deduktionen gegenüber etwas Borficht an den Tag legen muß. Serr Professor Brentano hat gefagt, daß die Arbeitswilligen bei bem letten großen Bergarbeiterstreif — es waren ihrer rund 60 000 — sich aus den Bewohnern der Zechenhäuser rekrutiert hätten. Das klingt sehr einleuchtend; aber es ift nur schade, daß es nicht den Tatsachen entspricht. Herr Giesberts hat schon barauf hingewiesen, daß die Koloniebewohner sich stark am Streik beteiligt haben, und ich möchte mir gestatten, einige beweisende Ziffern hierfür beizubringen, und zwar habe ich Bechen gegenübergestellt, auf benen (nach bem Stande bes Jahres 1900, ber fich inzwischen kaum nennenswert verschoben haben durfte) ein fehr hoher Brozentsat ber Belegschaft in Zechenhäusern wohnt und andere, wo bieser Brozentsat fehr gering ift. Da ergibt sich, daß sich auf der Reche "Deutscher Kaiser", die 79 % der Belegschaften in ihren Kolonien wohnen hat, 1,47 % mehr am Streif beteiligt haben als im Gesamtburchschnitt bes Bezirfs, nämlich 77.07% aggen 75.6. Das gleiche gilt für "Neumühl" mit rund 70% ber Belegschaften in Zechenhäusern; daselbst maren 13,36 % mehr am Streif beteiligt als im Durchschnitt. Auf "Schlägel und Gifen", wo die Roloniebewohner 79,6 % ber Belegschaft ausmachen, ging die Streikbeteiligung sogar um 16 % über ben Durchschnitt bes Bezirks hinaus. Dagegen streiften auf den Zechen "Minifter Achenbach" und "Tremonia", von beren Belegschaft nur 14,9 bzw. 4,8 % in Zechenhäusern wohnen, 16,28 bzw. 12,48 % weniger als bem Durchschnitt entspricht. Nur eine Ausnahme ift vorhanden, bie Zeche "Courl", auf ber 77,4% ber Belegschaft in Zechenwohnungen untergebracht sind, und 20 % weniger streiften als im Durchschnitt. Aber bie anderen Zahlen zeigen zur Genüge, daß die Deduktion, die Herr Profeffor Brentano vorgebracht hat und die ja fehr nahe liegt, unrichtig ift.

Daraus ergibt sich für mich der Schluß, gegenüber diesen Deduktionen die äußerste Vorsicht walten zu lassen; ich will nicht so weit gehen, daß ich sage: auch gegenüber den Herren, die so viel und so wenig zutreffend beduzieren.

Pfarrer D. Naumann (Berlin): Meine Herren! Wer die Vorverhandlungen bes Jenaer Parteitages ber Sozialdemokratie verfolgt hat, der hat einen neuen Zweig volkswirtschaftlicher Wissenschaft entstehen sehen, nämlich die verschiedenen Arten von Streiks genau unterscheiden zu lernen. Bisher hatten wir nur den einen Begriff: Streik im allgemeinen. Jett haben wir den Einzelstreif, den Gruppenstreif, den Demonstrationsstreif, den Sympathieftreit, ben Maffenftreit, ben Generalftreit, und es ift felbst für ben, der alle Kautskyschen Artikel gelefen hat (Heiterkeit), vorläufig noch immer fehr fcmer, die genauen Grenglinien ber verschiedenen Streikgruppen zu faffen. Aber ber Vorgang an fich ist überaus wefentlich und charakte= riftisch; benn biefe neue Problemftellung zeigt, bag auch bas Wefen bes Arbeitskampfes eine große Wandlung in der Gegenwart durchmacht. Bis= her hatten wir den einfachen, normalen, bekannten Streit, die Auseinanderfetung: mer halt es am langften aus?, und mer es am langften aushalt, ber hat dann die Möglichkeit, jenachdem, in den Friedensverhandlungen Arbeitszeit, Löhne usw. zu beeinfluffen. Mit anderen Worten, wir hatten ben Streif, beffen normales Ende ber Tarifvertrag ift. Nun besitzen wir über dieses normale Ende bes Streife, ben Tarifvertrag, in bem von Fanny Imle geschriebenen Buche jett eine fehr wertvolle Dokumentensammlung, aus ber sich im ganzen etwa folgendes ergibt: die Sphäre, innerhalb beren diefer normale Abschluß bes Streifs möglich ift, hört etwa bort auf, wo ber Mittelbetrieb nach oben hin aufhört. Es find zwar auch vereinzelte Berfuche des Tarifvertrags oberhalb diefer Grenze gemacht worden, aber trop= bem ift es eine Sphare für fich, wo man bem Arbeiter in alter Beife nach liberalem Rezept den Streif empfehlen fann, um damit zum Tarifvertrag ju kommen, und eine gang andere Sphare ift oberhalb bes Gebiets, mo mit feinem Streif für fich allein ein Tarifvertrag erreicht merben kann, aus bem gang einfachen Grunde, weil die elementare Frage: wer von uns beiben hält es am längsten aus? vom ersten Tag an für jeben rechnenden Menschen entschieden ift. Wenn wir einmal einen Bergarbeiterftreif wieder erleben, und wir haben vorhin gewiß mit allseitigem Interesse gehört, mas ein Bertreter bes Berggebiets in biefer Sinfict zu uns gesagt hat, fo weiß von vornherein ber Beteiligte und ber Unbeteiligte, daß die Arbeiter einen Sieg im Sinne ber alten Friedensverhandlungen nicht erreichen können, bag biefe Streiks von Saufe aus unter die neue Gattung ber Demonstrationsstreiks gehören. Denn feten mir felbst ben Fall, daß ein einzelner berartiger Streit einmal gewonnen murbe, eine gang hppothetische Boraussetzung, fo murbe bie Möglichkeit, eine Ruftung gegen bie Wiederkehr folder Vorkommniffe anzulegen, in den händen der kombinierten Großindustrie in höherem Maße vnrhanden fein. Es ift nicht lange ber, daß mir ein jungerer Bankier ein= fach vorrechnete: Welcher Zinsverluft ift es, wenn wir uns einen beständigen Borrat auf so und so viele Monate halten, ber uns vor jeder Streitnieberlage — Streif im alten Sinne gebacht — mahrend biefer Zeit absolut behütet?

Was folgt baraus? Daß ber Arbeiter, wenn er überhaupt eine Ber= besserung seiner Lage haben will, ben Streif nur unter bem Gesichtspunkt bes Appells an die übrige Bevölkerung auffassen kann. Das ist nun auch ber mirkliche Verlauf bes letten Bergarbeiterstreiks gewesen, und barin liegt ber große Unterschied bieses Streifs, 3. B. vom Crimmitschauer Streif. Warum war die öffentliche Meinung und warum war der Staat am Bergarbeiterstreik so anders intereffiert als in Crimmitschau? Etwa beshalb, weil es ben Bergarbeitern schlimmer ging als ben Crimmitschauer Webern? Doch mahrhaftig nicht; benn das Umgekehrte mar in jeder Weise ber Fall; fondern aus dem Gefühl heraus: Bier entwickelt fich eine neue Streikform, die unabsehbar ist in ihren Folgen? Weil bei der gefühlten Aussichts= losigkeit ber Großbetriebsarbeiter, beren Zahl beständig im Bachsen ift, ber schon immer teilweise vorhandene Radikalismus der deutschen Arbeiter= bewegung unbedingt psychologisch machfen muß. Solange es kein anderes Bentil ber Arbeiterbetätigung gibt, und es gibt bis jest feins, und folange ber Streik im alten Sinne ein aussichtsloses Unternehmen ist, solange werden diejenigen Stimmen, die in der Sozialbemokratie im Laufe von drei Jahren die Situation vollständig verändert haben, weiter an Kraft gewinnen. Wenn wir uns fragen, warum der Bernsteinsche Revisionismus innerhalb der beutschen Sozialbemokratie eine folde, nach Jena muß man fast fagen, bauernde Niederlage erlitten hat, fo liegt auch dieses, um bei bem gewöhn= lichen Wort zu bleiben, in ben öfonomischen Berhältnissen: bas heift, es liegt in ber Situation, daß fich ber Arbeiter mit feinem gangen Gehirn feinen ruhigen Weg mehr ausdenken kann, auf dem er normaler Beise ju einer Mitbeftimmung an feinem Geschick kommen kann. So ift es biefe Situation ber Aussichtslofigkeit, Die zugleich unfer ganzes übrige politische, gesellschaftliche und kulturelle Leben in Mitleibenschaft gieht. Wenn man ben Vertreter ber Großindustrie hört, dann scheint die Sache so auszusehen: weil die Sozialdemofratie fo radikal ift, beshalb fonnen wir nicht nachgeben, besmegen bulben mir feinen Bertretungeförper, besmegen gehen mir nicht auf Berbande ein! Meine Herren! Geben wir doch etwas grundlicher ju Werke und fragen: warum ist die Sozialbemokratie so radikal bei uns in Deutschland? Woher kommt bas? Ift bas Naturell bes Deutschen etwa an sich revolutionär? Haben etwa diese Arbeiter, die jett in Jena vertreten find, die im Deutschen Metallarbeiterverband und in den Bergarbeiterverbänden vertreten find, die Revolution in Blut und Knochen, sozusagen als erbliche Belaftung? Ich möchte wiffen, woher diese Sohne beutscher Erde, erzogen in der Bucht des alten deutschen Bolizeistaates, von ihren Bätern her das im Blute haben follten, wenn nicht konftruierte Notwendigkeiten diese pfochologische Haltung unserer Arbeiterklasse hervorriesen, vor der mir jetzt stehen; und alle die, welche die Staatsfragen ansehen mit dem Interesse einer normalen Weiterentwicklung, müssen fragen: wo liegen die staatserhaltenden Kräfte in unserem Staate und dürfen diejenigen sich unter die staatserhaltenden rechnen, die den Radikalismus unserer Arbeiterschaft durch Unnachgiedigkeit mit kaltem Bewußtsein stärken, wie es jetzt vor aller Augen liegt?

# (Lebhafter Beifall.)

Indem wir vom Staatsburgerbewußtsein aus die Frage der Arbeit in ben Großbetrieben als eine nationale und politische Frage betrachten, werden wir immer geneigt sein, objektiv zu hören, mas von seiten der Grokindustrie gesagt wird, wenn sie behauptet: wir fonnen aber doch nicht mit diesen Leuten verhandeln, wir können nicht auf ihre Berbande hören, wir können feine Fabrikverfassung haben! Warum nicht? Zuerst wird gesagt: weil allein mit dem monarchischen Prinzip überhaupt regiert werden kann! Es ist kein Zweifel, daß bas monarchische Prinzip, nachdem es im Staatswesen vielfach gelockert worden ist, in der Produktion eminent in die Höhe geftiegen ift. Bielleicht kommen wir morgen barauf, zu fagen, baß auch ben Besitzern gegenüber die industrielle Monarchie der Betriebskönige heute in gang anderer Weise hervortritt als bisher. Denn wenn die erste Stufe ber industriellen Entwicklung nach ber Formel von Marx hieß: "Die Trennung bes Arbeiters von ben Betriebsmitteln", fo heißt bie zweite Stufe, bie wir jest haben: "Die Trennung bes Besitzers von ber Betriebsleitung" (fehr gut!) und die Berfelbständigung der Betriebsleitung an sich mit der allmählichen Rudwärtsschiebung ber Besitzer in bas Reich einer willenlosen Rentenbeziehergemeinschaft, die auch ihrerseits genötigt fein wird, sich zu organisieren, wenn sie überhaupt noch etwas mitzureden haben will.

# (Sehr richtig!)

Indem nun in dieser Betriebsleitung ein neuer Herrschaftswille monarchiefter Art an der Spitze steht, verkündet diese neue Monarchie das alte Evangelium aller gewesenen Monarchien, nämlich, daß sie die einzige Form sei, unter der überhaupt die Gesellschaft existieren könnte (sehr gut!), und diese alte Verkündigung des Absolutismus erscheint heute noch mit derselben Sicherheit, mit der Friedrich Wilhelm IV. erklärte, er wolle nicht, daß ein Blatt Papier sich zwischen ihn und seine Untertanen schiede. Sie wissen, daß es damals nicht übermäßig lange gedauert hat, dis dieses Blatt Papier sich dennoch dazwischen geschoben hat, und daß die Konslikte, mit deren Hilfe dies geschieht, besser vermieden werden sollen, wenn man von vornherein das Kraftverhältnis klug in Ansat bringt. Der Übergang zu einem kon-

stitutionellen System in den Großbetrieben wird im Laufe der Zeit ebenso notwendig sein, wie der Übergang des absoluten Staats in die konstitutionelle Form es gewesen ist (sehr richtig!), und dieser Übergang des Staats in die konstitutionelle Form hat nicht den Untergang des Staats bedeutet. Man hat gesagt, die Welt geht unter, wenn der Untertan Staatsdürger wird! So sagt heute die Großindustrie: Diese Welt der Produktion geht unter, wenn der Untertan zum Mitarbeiter, wenn das Werkzeug zum Organ der Produktion wird. Aber so wenig dereinst die Wandlung des Untertanen in den Bürger den Staat ruiniert hat — denn seit wann beginnt denn überhaupt dei uns die Aktivität des ganzen Volksledens? seit jener Loselösung der Kräfte —, so wenig wird die Großindustrie durch Konstitutionalisemus ruiniert werden, sondern es wird eine Belebung, eine Hebung für sie sein, wenn auf normale, geschichtlich korrekte Weise dieser Übergang vollezogen wird.

Die Großindustrie fagt: Wir würden mit anderen verhandeln, aber mit Sozialbemokraten geht bas nicht; benn fie haben ja eine Theorie, die die Gefellschaft umfturzt! Diese Theorie ist nun aber in ihrem wesentlichsten Teil die Theorie gewesen, die jett in der Praxis von der Großindustrie befolgt wird. Denn mas mar an der fozialbemokratischen Theorie außer all= gemeinen bemokratischen Säten bas Spezifische und Gigentümliche? Das war die Behauptung: Diefes Syftem der Wirtschaft auf der Grundlage der freien Konkurrenz bes Einzelunternehmers ift bie wirtschaftliche Anarchie, und an Stelle beffen muß ein Sustem ber geregelten und geleiteten Besamt= produktion treten. Das war bas Sozialistische in der Sozialdemokratie, und bas Demokratische hieß bann: Diese Gesamtproduktion muß nachher bemofratisch geleitet und durchdemokratisiert werden. — Gerade ben sozialistischen Teil der fozialdemokratischen Theorie haben in rasendem Fluge unsere Großindustriellen bis jett zu verwirklichen begonnen; benn die vor und liegende Umgestaltung der Kombination der großen Industrie in jeder Fasson ist nichts anderes als das. Und nun ftellt sich die Großindustrie vor die Sozialdemokratie hin und spricht im Ton des handwerkers und Biebermeiers: Ihr wollt ben Brivatbetrieb stören, ihr wollt einen Umsturg ber Gefellschaftsordnung! Nein, wenn es irgendwo Brüder gibt in ber elementaren Auffassung, dann ift es biese Kombination der leitenden Ideen unserer Großindustrie mit dem sozialistischen Gedanken innerhalb ber Sozialdemofratie (fehr gut!), und wenn man diefe elementare, theoretische Gemeinsam= feit der Grundlagen zwischen beiden Richtungen aufgefaßt hat, weiß man erst, worum es sich handelt. Es handelt sich dann einfach um die Herrschafts= frage innerhalb eines Systems, über bessen Grundlinien beide Teile unter

sich einig sind. Es handelt sich um die Berrschaftsfrage: Ift die neue Broduftionsleitung griftofratisch oder demokratisch? Und nur um diese neue Auferstehung der alten Frage, die wir im Staat durchgekampft haben und die uns nun zum zweiten Male vergrößert und komplizierter in der Industrie wieder begegnet, handelt es sich heute; und alles moralische Pathos über die Berworfenheit der Sozialdemokratie kann man sich zur Not gefallen laffen vom Sandwerker oder Bauer, aber mahrhaftig nicht von benen, beren ganze Phantafie angefüllt ift von nichts anderem, als über bas Land hin ein Net von Organisationen zu schaffen, in dem der einzelne Unternehmer nichts ift als ber Funktionar einer Gefellschaft, Die schließlich von wenigen Röpfen geleitet wird. Es ist also ber Kampf um die monarchisch = aristo= fratische Führung ber Industrie, um ben es sich handelt, und die Formen, in benen ber Kampf läuft, werben, soweit man aus ber Geschichte lernen fann, ähnlich sein, wie ber Kampf im Staate gelaufen ist, nämlich nach ben zwei Grundgebanken, einmal ber Erweiterung bes Subjektes an fich: ber Staat murde geleitet von einem; aus dem einen murde ein erweiterter Rreis; es trat Souveranitätsverteilung ein — und auf ber anderen Seite ber Rompetenzbegrenzung: ber Staat mar schrankenlos in seiner Außbehnung; er konnte alle Dinge machen, die er wollte; da aber traten die Rompetenzbeschränfungen ein, "Menschenrechte" nannte man fie; bas mar eben bas, mas ber Staat nicht burfte. In biefen zwei Richtungen, Subjektserweiterung und Rompetenzbegrenzung, liegt im Grunde das, mas der Groß= industrie gegenüber nötig ist, bamit sie nicht zum staatsgefährlichen Element inmitten unseres Staates, unserer Gesellschaft werden kann. Und wenn bie Arbeiter bies tun, fo muffen fie ber Sympathie aller berer gewiß fein, benen an geschichtlich normaler, beutscher Staatsentwicklung liegt; und biese Sumpathien burfen nicht ben Arbeitswilligen gehören, biefen Silfsfraften jener zerftörenden Tendenzen, sondern die fraftigen Sympathien der für den Staat innerlich intereffierten Bolksgenoffen muffen auf ber Seite berer fteben, die die Organisation ber Arbeitsfrafte im Industriebetrieb fraftigen und verallgemeinern wollen. Wir müffen beshalb von unserer Seite ben Arbeitern, bie noch nicht in Organisationen hineingegangen find, zurufen: Mögt ihr euch im übrigen unterscheiben burch Konfessionen und durch alle möglichen anderen Auffassungen und Bedingungen, ihr mußt heute in die Organisation hinein; benn erst wenn ihr darin seid, dann werdet ihr in ihnen und durch fie ein volks= und staatserhaltendes Element. Es kampft in dieser Frage fozusagen ein altes Jahrhundert mit dem neuen. Das alte Jahrhundert, an bessen Anfang Rant und Richte gestanden haben, bas Sahrhundert, bas vom Einzelmenschen zu reben anfing, ist zu Ende gegangen; und kaum ist

bie Türe bes Jahrhunderts zugeschlagen, da fängt's von oben an: Laßt uns die wirtschaftliche Einzelperson begraben! Die Organisation der abhängigen Leute wird damit das Resugium, wo der Geist der Individualitäten, der Geist des Jahrhunderts, das mit Kant und Fichte begonnen hat, sich hinrettet, damit nicht Geist und Persönlichkeit verschlungen werde von monsarchischer Übermacht einer kollektivistischen Leitung der Produktion.

(Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Arbeitersekretär Erkelenz (Düsselvorf) : Verehrte Anwesende! Nach der im großen und ganzen sehr treffenden Charakteristik des Herrn Pfarrer Naumann ist es wohl sehr schwer, als nächster Redner zu dem zur Tagessordnung stehenden Thema zu sprechen. Wenn ich mir hinsichtlich der Aussführungen des Herrn Pfarrer Naumann eine Bemerkung gestatten darf, so ist es die, daß er nach meiner Auffassung die Aussicht eines Streiks im Bergbau zu gering schätzt. Ich sage ausdrücklich im Bergbau, weil dort durch einen längeren Kampf sehr wohl auch, ich will nicht sagen ein völliger Sieg, aber doch der Sieg erzielt werden kann, den Herr Pfarrer Naumann als das normale Ende eines Streiks bezeichnet hat.

Auf die Ausführungen einiger anderen Herren Medner will ich nicht eingehen, in Andetracht der kurzen mir zur Verfügung stehenden Zeit. Ich möchte nur erklären, daß auch nach meiner Ansicht der Verein für Social-politik mit der Erörterung dieses Themas sich ein außerordentliches Verdienst erworben hat, ein Verdienst auch um unsere Arbeiterorganisationen, schon deshalb, weil man dort disher der Verschiedenheit der Verhältnisse in diesen Riesenbetrieben mit den Verhältnissen in den übrigen Betrieben noch nicht die nötige Ausmerksamkeit geschenkt hat, und weil ich hoffe, daß aus den heutigen Verhandlungen vor allem die Folge entsteht, daß man sich innerhalb der Arbeiterbewegung selbst über die Verschiedenheit der Organisations-verhältnisse in den Großbetrieben klar wird.

Wenn ich mit einigen Worten auch feststellen darf, wo der eigentliche Großbetrieb sitzt, so ist es neben dem Bergdau namentlich die Eisenindustrie, während in allen anderen Industrien ein Großbetrieb doch nur verhältniss mäßig selten vorkommt. In den Berufsgenossensschaften im Steinbruchsgewerbe, in der Feinmechanik, im Maschinenbau beträgt die durchschnittliche Betriebsgröße kaum 30—40 Arbeiter, während in der Knappschaftberufssgenossenschaft die durchschnittliche Betriebsgröße 319, in der rheinischnenkt

<sup>1</sup> herr Erkelenz hat gebeten, einige sachliche Ergänzungen bem Schluß seiner Ausführungen beifügen zu bürfen. Es schien bies bem Borsitzenben und Schriftsführer unbebenklich.

fälischen Hütten= und Walzwerkberufsgenossenschaft 575 Arbeiter beträgt. Wir haben es also vornehmlich mit denjenigen Betrieben zu tun, die sich in unseren Gegenden befinden, und ich habe von diesem Gesichtspunkt auß gegen einige der Forderungen des Herrn Professor Brentano Einwendungen zu ersheben, wie ich anderseits dieselben in einigen Punkten zu ergänzen habe, und einige andere Forderungen aufstellen möchte.

Herr Professor Brentano hat als Forderung aufgestellt, daß die Bebrohung des Koalitionsrechts gesetzlich verboten werden müßte. Meine Herren! Soweit ich die Sache zurzeit übersehen kann, möchte ich sagen, daß ich mir von einem derartigen Berbot nicht gerade übermäßig viel verspreche. (Sehr richtig!) Wir haben eine Zeit gehabt, wo es den Arbeitern unmöglich gemacht wurde, für die Organisation tätig zu sein. Sie wurden entlassen, weil sie innerhalb und außerhalb des Betriebs für die Arbeiterorganisation tätig gewesen waren. Man ist heute so schlau geworden, mit dieser Begründung keinen einzigen Arbeiter mehr zu entlassen. Wenn man einen Stein sucht, so sindet man ihn sehr schnell, und in den weitaus meisten Fällen werden die Arbeiter, die für jeden, der die Sache rein objektiv bestrachtet, entlassen werden wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation, unter einem anderen Grund entlassen. Diesenigen, die auf diesem Gebiet bekannt sind, werden mir das bestätigen.

Für eine sehr vorzügliche Forberung, die sehr wirksam sein wird, halte ich die Forberung, daß Staatslieferungen nur an solche Werke vergeben werden, welche die Forderungen der Arbeiter anerkennen. Einige Bedenken habe ich zunächst gegen die Forderung einer besonderen Berufsorganisation außerhalb der Organisation der heutigen Arbeiter. Ich habe dagegen einige Bedenken, nicht prinzipieller Art, weil nach meiner Auffassung der Beruffür diese Großindustrien fast außscheidet. Wir haben kein einziges Eisenwerk, sondern wir haben die verschiedenartigsten Berufe darin vertreten, die man nicht in einen Beruf zusammenwersen kann. Das wären die Bedenken, die ich gegen einen Teil der Außführungen des Herrn Professor Brentano zu erheben hätte.

Ich möchte nun meinerseits diejenigen Anforderungen aufstellen, die mir bei meiner Kenntnis der Verhältnisse in Rheinland und Westfalen in den Großbetrieben als notwendig erscheinen. Zunächst ist über die Verhältnisse in den Eisenwerken, den Hochösen, den Walzwerken keinerlei Klarheit vorhanden, man weiß gar nicht, wie die Dinge in diesen großen Industrien liegen. Während man im Vergbau eine eingehende, ausgearbeitete Statistik hat, die fast auf jede denkbare Frage allgemeinen Charakters Auskunft gibt, wissen wir von der Eisenindustrie überhaupt nichts; ich habe vergebens verschriften CXVI. — Verhandlungen 1905.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57365-3 | Generated on 2025-11-04 22:28:35 OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fucht, für die heutige Verhandlung nach ben verschiedensten Richtungen bin positives Material zu bekommen. Ich möchte beshalb an den Berein für Socialpolitif die Frage richten, ob er imftande ift, einmal ben Beirat für Arheiterstatistif ober eine andere Behörde zu veranlassen, entweder einmalige. möglichst aber dauernde, statistische Feststellungen über die Arbeitsverhältnisse in den großen Eisenwerken herbeizuführen. Dann murben wir viel klarer feben als bisher. Es murbe fich aber auch nach meiner Auffassung genau so wie für die Bergarbeiter mindestens für die Feuerarbeiter die Forderung ber achtstündigen Schicht ergeben; benn die Lage ber Arbeiter in ben großen Eisenwerken ist keineswegs günftiger als die Lage ber Bergarbeiter, und die Unfälle und auch die Krankheitsziffern sind bedeutend höher als in anderen Während 3. B. in ber Rheinisch = Westfälischen Baugewerksberufsgenoffenschaft auf 1000 Arbeiter 32 Unfälle entfallen, betragen die Riffern in ber Knappschaftsberufsgenoffenschaft 120, in ber Rheinisch= Westfälischen Hütten= und Walzwerfsberufsgenossenichaft gar 183. Krupp, der einzigen Kirma, über die man Material hat, entfallen auf 100 Mitglieder der Krankenkasse 70,71 Krankheitsfälle, mährend der Reichsdurchschnitt zwischen 37 und 39 schwankt. Gin Sauptgrund der hohen Unfallziffern ist die Arbeiterfluktuation. Auf der Friedrich Alfredhütte bei Rheinhausen traten in einem Monat von 716 Arbeitern beren 208 aus.

Dann möchte ich befürworten, daß feitens der Gefetgebung das Berbot ber Abgabe von Waren an die Arbeiter durch das Werk ausgesprochen wird. Ich knüpfe dabei an das an, was sich bei Gelegenheit des Bergarbeiter= ftreiks mit großer Eindringlichkeit bei ber Gewerkschaft "Deutscher Raiser" gezeigt hat, welche ihre Arbeitsfräfte nicht nur in ihren eigenen Besitzungen angesiedelt hat, sondern auch alle Konsumwaren für die Arbeiter liefert. Infolge dieses Umstandes wäre es seinerzeit fast möglich gewesen, während bes Streifs die bortige Arbeiterschaft gang vom Warenkonsum abzuschließen. Es kommt bazu, daß die Arbeiter in der bortigen Konsumanstalt gepumpt bekommen und also auch in dieser Richtung von den Arbeitgebern abhängig Wir haben beim Streif die Erfahrung gemacht, daß es nach dreitägiger Dauer bes Streiks ichon notwendig murbe, in die Kolonie Neumuhl 52000 Mf. Geld hineinzustecken, weil die Leute überhaupt nicht mehr imstande waren, Waren zu kaufen, weil sie bei der Konsumanstalt verschuldet waren und kein Geld hatten, und weil fie, wenn nicht Geld hineingesteckt worden wäre, schon am nächsten Tage teilweise wieder zur Arbeit gegangen mären.

Ich fordere die zwangsweise Einführung des konstitutionellen Fabrikbetriebes. In jeder Werksabteilung ist ein Arbeiterausschuß zu mählen, dem bie Beschlußfassung über Arbeitszeit, über Strafen, über ben Abschluß von Akfordtarifen usw. obliegt. Diese Arbeiterausschüsse der einzelnen Abteilungen wären in einem Fabrikausschuß zusammenzufassen, der Appellationsinstanz zu sein hätte, wie er auch über allgemeine Betriebseinschränkungen usw. zu beschließen hätte. Diesen Fabrikausschüssen wäre eine besondere Abteilung in der Bezirksarbeitskammer zuzuweisen.

Ich fordere volle Selbstverwaltung ber Wohlfahrtskassen. Ebenso die Rückzahlung ber vom Arbeiter gezahlten Beiträge beim Austritt aus dem Arbeitsverhältnis. Nach offiziellen Angaben ber Firma Krupp wurden aus Anlaß der Krise im dortigen Werk entlassen:

1900 . . . . 94 Arbeiter 1901 . . . . 461 " 1902 . . . . 664 "

worunter fich sieben mit einer Dienstzeit von über zehn Jahren befanden. Sie alle gingen ihrer eingezahlten Beiträge zur Benfionskaffe verluftig.

Ich fordere wöchentliche Lohnzahlungen. Das jetige Lohnspstem führt mit Naturnotwendigkeit zum Borgspstem. Der Lohn bleibt jett 22 Tage lang stehen, im Bergdau noch länger. Ein Arbeitgeber mit 10 000 Arbeitern gewinnt durch diese Lohneinhaltung an Zinsen jährlich rund 20 000 Mk. Der Schaden der Arbeiter ist jedoch viel größer.

Die Arbeiterorganisationen ihrerseits mussen sich ber Frage besonderer Betriebsverbände für die Arbeiter zuwenden. Die heutige Agitationsmethode und Organisationsform wirkt in den Riesenbetrieben nicht, sie ist den Bershältnissen anzupassen.

(Beifall.)

Professor Dr. Bernharb (Posen): Meine Damen und Herren! Es ist unzweiselhaft, daß die Worte des Herrn Professor Brentano, die heute hier im Saale so viel Beisall fanden, morgen früh den Zeitungslesern als ein greuliches Attentat auf die deutsche Industrie erscheinen werden, und ich bin auch davon überzeugt, daß mancher, der heute hier mit geröteten Wangen Herrn Pfarrer Naumann lauschte, morgen blaß sein wird. Das ist die "Schwäche der öffentlichen Meinung", von der Ezzellenz von Rottenburg vorhin sprach, die Schwäche dieser Meinung besonders den Arbeiterverhält-nissen gegenüber, und doch müssen wir uns im wesentlichen auf diese öffentliche Meinung stügen, und da fragt es sich: Ist denn die öffentliche Meinung überhaupt orientiert? Sind denn die Grundlagen für die Fragen gelegt, die wir heute hier verhandelt haben? Ich leugne das, und es ist leicht, es zu beweisen. Die Wissenschaft der Nationalösonomie hat bisher zur Arbeiter-

frage erst das erste Kapitel geschrieben. Die ganze Literatur, auf der unsere soziale Gesetzgebung beruht, behandelt im wesentlichen nur die Arbeitsbedingungen. Das zweite Kapitel dagegen, das Hauptkapitel, ist noch nicht geschrieben, und dieses zweite Kapitel wird zu handeln haben vom Arbeiterleben. Das ist ein ganz unbekanntes Land. Was wissen wir denn heute überhaupt von der Herbunft, von der Zusammensetzung, von der Bewegung unserer Industriearbeiter? Nichts! Es ist ein unbekanntes Land.

# (Widerspruch.)

D boch, meine Herren! Erinnern Sie sich nicht, wie kurzlich bas "Tagebuch eines Arbeiters" aufgenommen wurde, als sei es eine Botschaft aus einer ganz fremben Welt? Wie ist bas zu erklären? Wir wissen vom Arbeiter nichts, wir kennen ihn nicht.

Dieses zweite Kapitel vom Arbeiterleben also ist zu schreiben, und in biesem Kapitel wird ber Hauptparagraph handeln von der "Regulierung bes Arbeiterlebens durch die Wohlfahrtseinrichtungen".

Ich glaube nun, es ift die Bedeutung des heutigen Tages, daß zu diesem Hauptparagraphen heute der Grund gelegt worden ist; denn bisher hat man sich nur darüber gestritten, ob eine Wohlsahrtseinrichtung eine himmlische Gabe ist oder ein Danaergeschenk. Auf der einen Seite sah man Prosessor Albrecht Material anhäusen, auf der anderen Seite kämpste Prosessor Brentano. Mit einem Wort, man stand sich schross gegenüber. Heute hat man sich, glaube ich, wenigstens über zwei Sätze geeinigt: 1. Es gibt in der deutschen Industrie prachtvolle Wohlsahrtseinrichtungen der Untersnehmer, die nichts zu wünschen übrig lassen, auch vom Standpunkt des Sozialpolitisers. Aber auch der zweite Satz kann nicht mehr angezweiselt werden, der so lautet: Es gibt in Deutschland auch eine "Wohlsahrtssschlaverei", und ich konstatiere, daß dieser Satz von Herrn Dr. Leidig nicht nur nicht widerlegt worden ist, sondern er hat nicht einmal den Versuch gemacht, ihn zu widerlegen.

Das sind die beiden Sätze. Es gibt Arbeiterfürsten im edelsten Sinn, aber es gibt auch eine Wohlfahrtsstlaverei. Dieser Kontrast reizt natürlich dazu, das Gebiet des Arbeiterlebens einmal zu untersuchen. Aber da schallt uns eben ein Ruf entgegen, den ich gern vor das Forum hier bringen möchte, der Ruf: das sind interne Angelegenheiten der Betriebsleiter! Besachten Sie, was das heißt, meine Herren! Das heißt z. B.: das Leben der 20 000 Arbeiter, welche die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft beschäftigt, ist eine interne Angelegenheit der Direktion jener Werke. Sobald man den Bersuch macht, in das Arbeiterleben, in das Volksleben einzudringen, wird

bie Ture bem Forscher vor ber Nase zugeschlagen, und bann wundern sich bie Herren, wenn ehrenwerte Professoren anfangen, burch die Schlüssellöcher zu guden.

(Heiterkeit.)

Meine Herren! Vieles wäre besser und manches aufgeklärt, wenn die Untersnehmer endlich aufhören wollten, das Arbeiterleben als Geschäftsgeheimnis zu behandeln. Dann könnten wir auch dem Vorwurf des Herrn Dr. Jüngst begegnen, der vorhin sagte, daß wir "nur deduzierten"; dann könnten wir induzieren.

Gewerkvereinsbeamter Gleichauf (Berlin): Geehrte Versammlung! Ich benke, daß am heutigen Tage von wissenschaftlicher Seite aus zur Genüge die Notwendigkeit der Arbeiterberufsorganisationen infolge ber Busammenschließung ber Unternehmerkräfte bargetan murbe. noch notwendig, jene Einwände zu widerlegen, die von dem Vertreter der Arbeitgeberverbände hier erhoben worden sind. Da schließe ich mich voll und ganz meinem Borredner an, der behauptete, man kennt das Arbeiter= leben noch nicht so, wie es notwendig wäre, um sich ein richtiges Urteil von Urfache und Wirkung zwischen Arbeiterorganisationen und den großen Kartellen machen zu können. Wenn ein Vertreter der Arbeitgeber sagen kann, alle Arbeiter haben ja die Gelegenheit, bis an die Spite des großen Werkes gehen zu können, jeder einzelne Arbeiter kann seine Beschwerde birekt beim ersten Direktor vorbringen, bann behaupte ich frischweg, biefer Berr versteht die Verhältnisse nicht, wie sie tatsächlich in den großen Riefen= betrieben für die Arbeiter liegen. Der Arbeiter, der es wirklich wagt, an die Spite heranzutreten, und das vielleicht zweimal tut, hat fo viel Inftanzen vor sich, daß diese leicht in der Lage sind, ihn bei der nächsten Gelegenheit aus biefem Betriebe zu entfernen.

(Sehr richtig!)

Die große Konzentration in diesen Betrieben hat es mit sich gebracht, daß die Leiter derartig große Aufgaben zu erfüllen haben, daß sie nicht in der Lage sind, all den kleinen Schmerzen und Beschwerden der Tausende von Arbeitern, die sie beschäftigen, nachgehen zu können. Was für den einzelnen Arbeiter eine Existenzfrage bedeutet, das ist für den großen Werksleiter eine Bagatelle, und mit solchen Bagatellen darf man ihm nicht tagtäglich kommen. Der Arbeiter, der sich beschwert, ist schon vorher scharf gekennzeichnet, weil der Werkbesiter zu allererst dem Werkführer recht zu geben geneigt ist, weil er mit seiner Betriebsleitung in erster Linie auf die Werkführer und Betriebsbeamten angewiesen ist, und erst, wenn vielleicht in zehnsach ein=

wandfreier Weise das Unrecht des betreffenden Werkführers nachgewiesen ist, erst dann vielleicht könnte einmal dem Arbeiter sein Recht zu teil werden. Aus dem immer weiter in die Arbeiterkreise eindringenden Gefühl heraus, daß sie bei den heutigen großen Riesenbetrieben nicht in der Lage sind, als einzelne Menschen ihre Rechte wahren zu können, ist der Gedanke der Organisation entstanden, der nun seit über 30 Jahren gesetlich befestigt ist. Wie heute noch Bertreter der Arbeitgeberverbände hierher treten und beshaupten können, es würden den Arbeitern, wenn sie für ihre Organisationen nur außerhalb der Werkstätten agitierten, keine Hindernisse in den Weg gelegt, das verstehe ich wirklich nicht. Wie kann Herr Regierungsrat Leidig so ahnungsloß sein angesichts der jüngsten Vorsommnisse in der Gelbmetallsindustrie in Berlin? Hat denn Herr Leidig gar keine Kenntnis von den Verhandlungen, die erst in den letzten Tagen in Berlin zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer stattgefunden haben?

Ich bin durch Diskretion gebunden, die Namen und die Versonen und die betreffende Industrie nicht zu nennen, aber es ist eine Industrie, in der sich erft in den letten drei Sahren gang gewaltige Rämpfe abgespielt haben. Dort gingen die Bertreter der Arbeitgeberverbände fo weit, daß fie endlich zugestehen wollten, daß eine Schlichtungstommission eingerichtet werden solle; aber in dieser Rommission sollten girka 20 Bunkte, die vorkommende Differenzen betreffen, nicht behandelt werden burfen, fo daß bei Ausschaltung aller diefer Punkte nichts mehr übrig geblieben mare für die Arbeiter, als anzuerkennen, daß die Arbeitgeber das Recht haben, jeden einzelnen Arbeiter beim Eintritt in die Arbeit zu fragen, ob er organisiert sei ober nicht. Es mare Selbstmord gemesen, wenn die Arbeitervertreter auf folche Bedingungen eingegangen mären. Aber heute noch mird in Berlin jeder Arbeiter gefragt, ob er einer Organisation angehöre ober nicht, und wie viel Hunderte von Möglichkeiten gibt es nicht vom obersten Werksleiter herab bis zum untersten Vorarbeiter, darauf hinzuwirken, daß organisierte Arbeiter zurückgesett und möglichst wenig organisierte Arbeiter in den Betrieb aufgenommen werden.

Es ist mit vollem Recht hervorgehoben worden, daß die heutigen großen Riefenbetriebe überhaupt nicht mehr bloß eine Frage des Interesses für Arbeitgeber und Arbeiter sind, weil eben durch die Folgen von Zwistigkeiten in solchen Riefenbetrieben ganz große Gemeinden und Kommunalwesen auf das schwerste geschädigt werden können. Die Öffentlichkeit und die allsgemeine Sympathie wird sich deswegen jenen Männern der Wissenschaft und Praxis zuwenden, die bestrebt sind, die Notwendigkeit der Arbeiterberusse organisationen zur vollen Anerkennung zu bringen und das Verständnis

bafür in immer weitere Kreise hineinzutragen, wenn nur die eine Möglichkeit für die Zukunft vorliegt, das deutsche Bolk vor gewaltsamen Erschütterungen zu bewahren, wenn es gelingt, einen Beg zu sinden, um in gesetzlich vorgeschriebener Art und Beise die widerstreitenden Interessen in irgend einer Form auszugleichen. Ich freue mich, seit über zwanzig Jahren einer solchen Arbeiterberussorganisation anzugehören; ich freue mich, nachdem ich selbst über 30 Jahre als Arbeiter zum Teil in großen Betrieben gearbeitet habe, daß endlich einmal das Leben des Arbeiters im Großbetriebe vor die große Öffentlichkeit gezogen wird, jenes Mannes, der heute vielsach an Bildung seinen Bertsührer überragt, der oft fachlich und moralisch nicht dem entspricht, was man von einem Vorgesetzten erwarten darf. Was für ein Gefühl müssen solche tüchtige, intelligente Männer haben, die fortgesetzt ihr Wissen vermehren, wenn sie gezwungen sind, unter solchen moralisch nicht vollswertigen Vorgesetzten zu arbeiten, und wenn ihnen keine Möglichkeit gegeben ist, sich gegen solche Verhältnisse zu wehren?

Ich bin mit dem Herrn Vorredner der Meinung, solche Tagungen, wie wir sie heute haben, haben, wenn sie nur größeres Wissen über die tatsächelichen Verhältnisse in die breite Öffentlichkeit tragen, ihren Zweck voll erfüllt. (Beifall.)

Schriftsteller Klam (Effen): Meine Berren! Berr Professor Bernhard aus Posen hat mit dem ihm eigentümlichen Pathos betont, daß die öffent= liche Meinung über die Verhältnisse ber Arbeiter in feiner Beise orientiert fei, und hat behauptet, daß unsere Gelehrten infolge der herrschenden Berhältnisse burchs Schlüffelloch in die Arbeiterverhältnisse resp. die Fabriken hineinsehen und dort lauschen mußten. Angesichts der geradezu ins unendliche gesponnenen Bahl von Werken, die uns das Arbeiterdasein, die Arbeiterverhältnisse auseinanderseten, ift das eine gang merkwürdige Be-Wir haben soviel Statistifen über die Arbeiterverhältnisse, und aus diesen hat man soviel herausgezogen, daß es wirklich nicht mehr am Plate ift, zu fagen, daß in Fabrikbetrieben ein Geheimnis überhaupt möglich ift. Meine herren! Es ift vollständig unmöglich, ich habe mich barüber bei uns im Ruhrrevier überzeugt, daß zwei Arbeitgeber miteinander etwas, ohne behorcht zu werden, als Geheimnis verhandeln könnten, es ift völlig ausgeschlossen, daß eine folche Berhandlung nicht in 48 Stunden im ganzen Revier bekannt ift. Es gibt feine Geheimniffe mehr.

Ich wende mich nun zu den Ausführungen des Herrn Pfarrer Naumann, der sagte: Es mussen sich die Verhältnisse in geschichtlich normaler Weise entwickeln. Meine Herren! Das ist auch ein merkwürdiges Wort, das von

ber geschichtlich normalen Beise. Es fragt fich babei immer nur barum, wo man bei ber Betrachtung ber einzelnen Ereignisse ber Geschichte anfangen und wo man abbrechen foll. Ich will Ihnen fagen, wie die Berhältniffe sich geschichtlich normal entwickeln. Wir haben vorzügliche, geradezu klaffische Beispiele dafür. Ich erinnere an die Kampfe ber Batrigier und Blebejer im alten Rom, an die Rämpfe der Graffi und Loppolani in Florenz, und aus neuerer Zeit an die Rampfe zwischen Ständen und Bunften noch zur Reit der Helvetik und mährend der Mediationsakte in der Schweiz. nehmen wir das klaffischste Beifpiel, bas ber frangofischen Revolution. Meine Herren! Man fagt immer, daß es im Wege der Konzessionen möglich ift, Verföhnungspolitik zu treiben. Es hat vielleicht nie eine größere Konzession gegeben und wird taum eine größere je wieder geben, als wie die in der schwülen vierten Augustnacht von 1789, in welcher ber vom Freiheitshauch ber Savanna berauschte Marquis de Noailles seine Kollegen vom Abel und ben Klerus bewog, auf fämtliche Vorrechte zugunften bes britten Standes zu verzichten. Meine Serren! Sat diese kolossale Konzession vielleicht ben britten Stand befriedigt? Nein, es famen immer mehr Konzeffionen, eine nach der anderen, ohne daß es zu einem Frieden gekommen mare, und wenn Die eiferne Fauft eines gludlichen Solbaten nicht bazwischen gefahren mare, wären wahrscheinlich zum Schlusse nur ber accusateur public, citoyen Fouquier-Tinville und monsieur de Paris, ber Benfer Sanfon übrig geblieben, um das Ideal von liberté, fraternité et égalité zur Berwirklichung zu bringen.

Es ift vollständig ausgeschlossen, daß im Wege einseitiger Konzessionen eine Versöhnung widerstreitender Interessen zustande kommen kann. So wird demnach der Kampf offen und ehrlich zwischen den sich gegenüberstehenden Weltanschauungen durchgesochten werden müssen, und dieser Kampf wird um so ehrlicher und offener durchgekämpst werden, um so früher sein Ende sinden, wenn die Herren Professoren, die man allgemein mit dem Namen der Kathedersozialisten bezeichnet, jene eigentümliche Betätigung einstellen, endlich aushören (Unruhe), jede Handlung, und ich gestehe zu, vom Standpunkt der Arbeiter als eine edle, ideal-schöne zu loben, wenn aber von seiten der Arbeitgeber in ihrem Interesse dieselbe Handlung ausgeübt wird, sie als gemeinstes und scheußlichstes Verbrechen hinzustellen. Das Aushören dieser Art von Tätigkeit der Herren Kathedersozialisten wäre im Interesse einer baldigen Beendigung des Kampses sehr erwünscht.

(Erneute Unruhe.)

Privatdozent Dr. Harms, Tübingen: Meine Herren! Wenn wir uns die lebhafte Arbeiterbewegung im letten Jahre ansehen, so werden bei

ung verschiedene Gefühle ausgelöft. Etliche unter uns werben fagen, ja bas ift lediglich ein Ausdruck unserer Konjunktur; die Arbeiter benuten eben Die aunstige Wirtschaftskonstellation bazu, um bas ihnen früher in ber Baiffe verloren Gegangene wiedereinzubringen. Zu einem Teil ift bas zweifellos richtig: Wenn immer Baiffe und Sauffe wechseln und immer Baiffe gur Folge hat, daß der Arbeiter in bezug auf seine Existenzbedingungen wieder bis an die Grenze des Möglichen heruntergedrückt wird, so wird er natürlich Die nächste Sausse benuten, um seine Eristenzbedingungen wieder beffer zu geftalten, mas mit anderen Worten zur Folge haben muß, daß jene unliebfamen Rämpfe niemals aufhören. Wie Sauffe und Baiffe, fo werden auch Rrieg und Frieden im Erwerbsleben einander ablösen. Diese, ich barf fagen pessimistische Auffassung, wird von unseren modernen Sozialpolitikern nicht geteilt. Sie find vielmehr ber Meinung, daß gerade biese milben Rämpfe den Anfang einer befferen Zeit bebeuten, ja, eine folche unmittelbar einleiten. Maggebend für diefen Standpunkt ist die einschlägige Entwicklung in England, wo ebenfalls ben jest vorherrschenden friedlichen Berhältnissen eine wilde Drangperiode voranging. Im allgemeinen fagt man: Die Entwicklung wird fo gehen, daß fich auf beiben Seiten die Barteien - Arbeiter und Unternehmer - organifieren. Stehen fich bann die Geaner in zwei Gruppen gegenüber, fo werden beibe Teile ben Kampf meiben. Es ift das Prinzip des bewaffneten Friedens, das man hier in das gewerbliche Leben einführt.

Indessen, meine herren, ich möchte, gerade an ber hand ber Thefen, die Herr Geheimrat Brentano aufgestellt hat, bavor marnen, daß mir uns im hinblid auf bas englische Beispiel allzu vertrauensvoll biefer Anficht von der natürlichen Entwicklung zuwenden. Ich glaube vielmehr, daß in Deutschland die Sache wesentlich anders liegt, benn hier haben sich die Unternehmer so stark organisiert, daß - wenigstens so weit die Großunternehmer in Frage kommen - Die Arbeiter ihnen gegenüber machtlos find. Bum Beweife hierfür brauche ich nicht einmal auf die A.B.C.=Aussperrung hinzuweisen, benn auch sonst stehen ben Unternehmern so viele Machtmittel aur Berfügung, daß bie Arbeiter in vielen Fällen gar nicht baran benten fonnen, ihren Standpunkt durchzuseten. Bor allem ift hier bie ichon in anderem Zusammenhange erwähnte Entperfonlichung bes Rapitals wirksam. Diese brängt ben an ber Spitze eines Unternehmens Stehenden geradezu dahin, unter allen Umständen hohe Dividenden herauszuwirtschaften. um dies zu können, ist er gezwungen - nicht felten gegen seine bessere Überzeugung — den Arbeiterforderungen entgegenzutreten. Es gibt gewiß Aftionärversammlungen genug, die mit Wohlfahrtseinrichtungen, hoben

Löhnen usw. einverstanden sind, wenn daneben anständige Dividenden außegeschüttet werden. Ich möchte aber jene Generalversammlung sehen, die dem Leiter ein Lob spendete, wenn er sagte: ja, Dividenden kann ich nicht geben, aber das und das ist den Arbeitern an Wohlfahrtseinrichtungen zuteil geworden.

# (Sehr richtig!)

Es ift ben Leitern absolut kein Borwurf zu machen, wenigstens in vielen Fällen nicht, sondern die Macht ber Berhältniffe ift es, die hier mitspricht.

Muß man somit m. E. der sog. natürlichen Entwicklung ziemlich steptisch gegenüberstehen, so fragt sich, mas benn überhaupt zur Abwendung ber hier entstehenden Gefahr geschehen fann, mas die Sozialpolitik angesichts biefer Berhältniffe tun foll. Run, ich meine, es ift zunächst wichtig, baß wir und frei machen von jenem noch in erklecklichem Make auf uns gefommenen Geifte bes laisser faire, laisser passer. Wir haben zwar in ber letten Sälfte bes 19. Sahrhunderts ben fog. Manchester-Liberalismus alücklich übermunden, aber boch stehen wir in bezug auf die Regelung des Arbeitsverhältniffes noch jett vollständig in seinem Banne. Um nicht miß. verstanden zu werden: Ich fordere keineswegs, daß etwa der Staat ober irgend eine Organisation der Arbeiter auf die Gestaltung des Unternehmens als folchen einen Einfluß gewinnen follen. Im Gegenteil. Wir burgerlichen Sozialreformer find ber Meinung, daß mir die Blüte ber beutschen Industrie in erster Linie der Tatkraft unserer Unternehmer verdanken. Unternehmer vor allem ist Träger ber Produktion. So lange unsere Bolkswirtschaft auf privatwirtschaftlicher Grundlage beruht, ift es in erster Linie ber Unternehmer, von beffen Tätigkeit ber Gang bes Wirtschaftslebens ab-Ihn trifft die Berantwortung für das Geschick einer Unternehmung, seiner Initiative ift es zu banken, wenn Sandel und Wandel erfreulichen Aufschwung nehmen. Diese verantwortungsvolle Tätigkeit bes Unternehmers aber ift bedingt durch völlige Handlungsfreiheit in bezug barauf, mas und wie produziert werden foll. Es mare m. E. toricht, die unumschränkte Initiative des Unternehmers in dieser Beziehung auch nur um ein Sota einschränken zu wollen. Auf einem gang anderen Gebiete inbeffen fteht die Gestaltung ber Bedingungen, unter benen ber Arbeiter bem Unternehmer seine Rräfte zur Berfügung stellt. Sier fordern wir mit aller Schärfe die unbedingte Parität, das weitestgehende Mitbestimmungsrecht für ben Arbeiter. Und, um zum Ausgangspunkt gurudzukehren, wenn wir nun feben, daß die neuere Entwicklung dahin geht, daß dem Arbeiter dieses Recht verfümmert werden kann, so muffen wir uns fragen: mas foll ge= schehen, um hier erträgliche Verhältnisse zu schaffen? Ich glaube, wir tun

in biefer Richtung einen großen Schritt, wenn wir uns entschließen, Drganifationen ins Leben zu rufen, in benen Unternehmer und Arbeiter gezwungenermaßen zusammmenwirken müffen. Die mir zu Gebote stehende Redezeit gestattet mir leider nicht, näher auf die Frage besonderer Interessenvertretungen von Arbeitern und Unternehmern (Arbeitskammern) einzugehen. Nur die eine Frage möchte ich erörtern: Wie fann folche Intereffenvertretung streitverhütend wirken? Berr Geheimrat Brentano hat mit Recht ausgeführt, daß für diefe Dragni= sationen der Berhandlungszwang nötig ift. Die Gegner sagen nun freilich, daß uns auch damit nicht gedient fei, benn mas folle beispielsweise geschehen, wenn 200 000 Bergarbeiter in ben Streif eintreten, ohne fich um ben Verhandlungszwang gefümmert zu haben. Man könne doch die Leute nicht ins Gefängnis fteden. Nun, ich meine, auch hier gibt es einen Ausweg. Wenn gefetlich bestimmt wird, daß ein Streif ober eine Aussperrung nicht vorgenommen werden barf, bevor Verhandlungen Blat gegriffen haben, so wird man beifügen muffen: Wenn trotbem die Arbeiter in den Streik eintreten, so ist auf die Raffen ihrer Berufsvereine (letteren ift die Rechtsfähiakeit zu geben) feitens bes Staates Beschlag zu legen.

(Widerspruch.)

Es muß bann auch von Staats wegen bafür gesorgt werden, bag feine Bersammlungen abgehalten und feine Drucksachen verteilt werden burfen. Ich möchte feben, ob ein ftarker Staat nicht bie Macht hatte, auf biefe Beife feinen Gejeten Achtung zu verschaffen, bezw. ben Berhandlungezwang Wenn aber die Unternehmer aussperren; ohne von dem durchzuführen. Berhandlungszwang Gebrauch gemacht zu haben, so ift ben Arbeitern ber zivilrechtliche Anspruch auf den ausgefallenen Lohn einzuräumen. Mögen uns folde Magnahmen zunächst wenig sympathisch fein, es wird uns trotdem nichts übrig bleiben, als im Sinblick auf die Regelung des Arbeits= verhältnisses nach neuen Rechtsnormen zu suchen. Dem Staate erwachsen hier Aufaaben, benen er fich auf die Dauer nicht entziehen kann, wenn anders er verhindern will, daß die sozialen Klassenkämpfe unserer Zeit ichlieklich eine Form annehmen, die unsere kulturelle und wirtschaftliche Beiterentwicklung auf das schwerste bedrohen. (Der Redner bricht megen Ablauf seiner Redezeit ab.)

Arbeitersekretär Fischer, Reutlingen: Sehr geehrte Versammlung! Gestatten Sie, daß ich als Vertreter der evangelischen Arbeitervereine Bürttembergs einige Worte sage. Es wurde verschiedentlich die öffentliche Neinung gestreift, und namentlich der Vertreter der Großindustrie hat diese

fehr ins Treffen geführt, und zwar als einen Gesichtspunkt, der den Arbeitern zu Nuten komme. Es kommt ja vor, daß fie auf feiten ber Arbeiter ift, aber sehr oft ist sie, namentlich wenn sie von der Arbeitgeberzeitung beeinflußt ift, nicht auf feiten ber Arbeiterschaft. In ber öffentlichen Meinung ift fehr oft die Stimmung gegen die gefamte Arbeiterbewegung, man fagt 3. B., es sei eine begehrliche und unzufriedene Masse. Die Arbeiter= bewegung wird ja noch viel mit allgemeinen Schlagworten abgetan. diese Kreise, das gebe ich zu, trifft es zu, daß sie die Arbeiterverhältnisse überhaupt noch nicht ober nicht genügend kennen. Aber warum hat man von jener Seite aus vor der öffentlichen Meinung, wenn sie einmal nicht bloß ausschließlich auf seiten ber Arbeitgeber ift, so fehr Angst! Warum brauchen benn die Arbeiterorganisationen und die Arbeiter selbst diese nicht fo fehr zu fürchten? Nur deshalb, weil wir uns nicht nur auf die öffentliche Meinung ftugen, sondern auch auf die Gerechtigkeit mit unseren Forberungen bauen, weil wir die öffentliche Meinung nur dann für uns in Unspruch nehmen und nur darauf Wert legen, daß, wenn dieselbe mit unferen Forderungen der Gerechtigkeit übereinstimmt, fie uns dann allerdings auch zugute kommt.

Es stehen ja heute die Berhältnisse der Arbeiter in den Großbetrieben zur Debatte, und wenn ba einer ber Herrn Borredner gefagt hat, es fei bedauerlich, daß das religiöse Bedürfnis und Verständnis der Arbeiterklasse immer mehr zurudgehe, man bann aber erlebt, bag von feiten ber Großbetriebe die Arbeiter, und zwar auf Grund der Wohlfahrtseinrichtungen, nicht bloß verhindert werden, sich an wirtschaftlichen Organisationen zu beteiligen, sondern daß man sogar, wenn man einen evangelischen Arbeiterverein gründen will, auf Widerstand nicht nur von seiten der Direktion ftößt, sondern auch auf den Widerstand des Pfarrers, der von dort beeinflußt ift, dann gibt man Herrn Pfarrer Naumann ohne weiteres recht, wenn er fagt, auf diesem Wege keine Konzeffionen zu machen, mare tatfächlich ein Mangel an idealer Gefinnung der Arbeitgeber. Da kann man der Arbeiterschaft bann nicht mehr kommen und sagen: Die Rirche ist kein Rlasseninstitut u. dergl., sondern man ift felber geneigt, zuzugeben, daß die Kirche ein Rlaffeninftitut ift, und zwar in erfter Linie im Dienste bes Großkapitalismus, wenn die Wohlfahrtseinrichtungen berartig ausgebeutet werden. Und sie werben es, ich weiß das aus einem Großbetriebe in Württemberg.

Was den Zwang der Berhandlungen bei Streitigkeiten anlangt, so ift ja schon von berufener Seite ausgeführt worden, daß es lediglich der Herrenstandpunkt der Arbeitgeber ist, und daß nicht Gesichtspunkte des Konkurrenzstampses u. dergl. die Arbeitgeber, namentlich die Großindustriellen, davon

abhalten. Warum sind denn die Arbeitnehmerorganisationen diesenigen, die in erster Linie zu Verhandlungen geneigt sind und zwar unter unsparteiischer Leitung? Weil wir wiederum den Standpunkt der Gerechtigkeit im Auge haben; die Arbeitnehmerorganisationen fordern nicht einseitig ihr Recht, sondern sie wollen Gerechtigkeit walten lassen, deshalb brauchen sie Verhandlungen nicht zu scheuen.

Es gabe ja noch manches herauszugreifen, aber mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit und die Länge der Rednerlifte will ich schließen und nur noch furz an eines erinnern. Wenn man sich immer barüber beklagt und namentlich nach bem Jenaer Parteitag, daß der Radikalismus in der Arbeiterbewegung zunimmt, und dann fagt, daß man beshalb bie Arbeiter= organisationen nicht anerkennen könne, so kann man sich barauf nicht stützen. Man kann nur entweder die Berufsorganisationen anerkennen und dann die herausgreifen, die grundsätlich nicht mit einer politischen Partei zusammen= hängen, und erklären, man wolle mit ihnen zusammenarbeiten; ober aber man muß so ehrlich sein und ben feigen Standpunkt verlassen, fich hinter einer zufälligen radikalen Bewegung zu verschanzen und zu fagen, wenn bas beiseite gelassen werde, bann wolle man verhandeln. Aber auf zwei Achseln Waffer tragen, das läßt fich die beutsche Arbeiterschaft auf die Dauer nicht mehr bieten, sondern man wird annehmen muffen, die Arbeitgeber wollen arundfätlich den herrenftandpunkt innehalten und die hörigkeit wieder ein= führen. Es gibt Leute genug, die das wollen, und die Börigkeit wird jest viel schlimmer und gang anders empfunden als von den früheren Bauern, weil an die Arbeiter von heute fehr viel größere intellektuelle Ansprüche gestellt merden.

(Bravo!)

Generalsekretär Dr. Alex. Tille (Saarbrücken): Meine Damen und Herren! Ich möchte nun vor allem zum Thema des heutigen Tages kommen. Es sind in den letzten zwei Stunden eine Reihe recht interessanter Aussführungen gemacht worden, die aber alle Dinge betrasen, die mit unserer Spezialfrage nur in sehr losem Zusammenhang stehen. Thema des heutigen Tages ist das ganze Arbeitsverhältnis in den deutschen Großbetrieben, das Arbeitsverhältnis nach allen Seiten hin. Allerdings liegt die Schuld, daß die Erörterung eine so einseitige Richtung eingeschlagen hat, zweisellos an dem einleitenden Referate. Statt uns ein Bild zu geben von dem Arbeitsverhältnis in den deutschen, den Unterschieden zwischen ihm und dem Arbeitsverhältnis in den Mittels und Kleinbetrieben, den Unterschieden zwischen dem Arbeitsverhältnis von heute und in der Vergangenheit,

hat uns herr Geh. Rat Brentano einen sozialmoralistischen Wunschzettel vorgetragen, wie man die von ihm als vorhanden angenommenen Verhältnisse ändern könne. Da fühle ich mich nun verpflichtet, etwas nachzutragen über die wirklichen Arbeitsverhältnisse im heutigen Großbetrieb.

Zunächst ift es eine bekannte Tatsache, daß unsere Bevölkerung sehr rasch wächst und daß im Deutschen Reich die Vermehrung der Arbeitsgelegenheit mindestens mit dieser Bevölkerungszunahme Schritt gehalten hat. Aber, meine Herren, sie ist im letzten Jahrzehnt noch weit stärker gewesen als diese Zunahme. Wenn Sie einmal das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich zur Hand nehmen und ein wenig rechnen, werden Sie sinden, daß seit 1895 die Einwanderung in das Deutsche Reich stärker gewesen ist als die gesamte Auswanderung, daß also ein Überschuß von Arbeitern in jedem Jahre in das Deutsche Reich einwandert, daß wir dauernd eine Fremdenzusuhr haben. Sie schwankt von Jahr zu Jahr. Seit 1895 ist sie vorhanden. Das bedeutet, daß die Vermehrung der Arbeitszgelegenheit im Deutschen Reich noch rascher vor sich gesgangen ist als die Bevölkerungszunahme.

Weiter, wenn Sie die Statistif der Großbetriebe und der Kleinbetriebe vornehmen und sich ansehen, wie viel Arbeiter heute und vor zehn Jahren auf die Riesenbetriebe und wie viele auf die anderen entfallen, so werden Sie sinden, daß die Riesenbetriebe in viel rascheren Schritten gewachsen sind in ihrer Arbeiterzahl als die Industriearbeiterschaft im allgemeinen. Und das ist der Fall gewesen, obgleich gerade in den Riesenbetrieben eine Fülle von arbeitsparenden Maschinen eingeführt worden sind, welche die Arbeiterzahl verringerten! Wenn also etwas wahr ist, dann ist cs das, daß die Tätigkeit der modernen deutschen Riesenbetriebe das Allermeiste in Schaffung von neuer Arbeitsgelegenheit sür die deutschen Arbeiter geleistet hat, und ich meine, wenn man von den Arbeitsverhältnissen in den Riesenbetrieben spricht, müßte man doch diese Tatsache von vornherein anerkennen.

Aber, meine Herren, etwas Weiteres! Es gibt keinen Teil der deutschen Industrieproduktion, in dem so hohe Löhne gezahlt werden, wie in den Großbetrieben. Es ist vielleicht einigen der Anwesenden bekannt, daß ich selbst zu einigen der größten Großbetriebe im Deutschen Reiche in nahen persönlichen Verhältnissen stehe. Ich kann Ihnen die Zahlen aus diesen Betrieben mitteilen. Es sind die Eisenhütten des Saargebietes. Bei uns beläuft sich das Jahreseinkommen des ständigen gelernten Hüttenmannes auf zwischen 1400—1600 Mk., das Einkommen der ungelehrten erwachsenen Arbeiter, der Handlanger, rund auf 900 Mk. Der Gesamtdurchschnittssohn

ber erwachsenen Arbeiter beträgt 1232 Mk. Nun mag man mir irgend eine Gruppe ber beutschen Industriearbeiterschaft außerhalb der Riesenbetriebe nennen, wo der Lohn der gelernten Arbeiter 1400—1600 Mk. und der Durchschnittslohn der erwachsenen männlichen Arbeiter 1232 Mk. beträgt. Ich bin überzeugt, das ist unmöglich. Ist es aber unmöglich, dann sind die Arbeiter der Riesenbetriebe im wesentlichsten Punkte des Arbeitsverhältnisses, im Lohne, besser gestellt als die Arbeiter anderer Betriebe. Woher also die Behauptung, ihr Arbeitsverhältniss sei ein schlechteres?

Sier muß ich junächst einen Punkt nachtragen, auf ben zwar Berr Dr. Leidig ichon andeutungsweise gekommen ift, ber aber gewöhnlich völlig vergeffen wird. Es gibt heute nicht mehr ben Arbeiter. Wer noch von bem Arbeiter rebet, ift einfach unwissend auf bem Gebiete ber industriellen Broduktion. Wir haben heute genau wie in England die gelernten Arbeiter und die Sandlanger, die zwei streng geschiedene Klassen bilden, in unseren Großbetrieben, d. h. eine Scheidung zwischen einer gelernten Industriearbeiterschaft und ungelernten Sandlangern. Das fommt in dem einen Betrieb so, in dem anderen so jum Ausdrudt; aber vorhanden ift der Unterschied überall. Ich kann in jedem Knappschaftsverein, bei ben Krankenkassenbeiträgen wie den Beiträgen für Penfionskaffen in den Beitrageklaffen die Grenzlinie ziehen, bis zu welcher ber gelernte Arbeiter geht und bei welcher der ungelernte Arbeiter anfängt. Da ist nämlich immer eine Klasse ver= hältnismäßig schwach besetht; bas ift die Grenzscheibe. Diefe spezielle Form ber modernen Entwicklung ber Arbeiterverhältniffe in ben Riefenbetrieben muß man kennen, wenn man die Berhältniffe überhaupt verstehen will. Es ist ganz etwas anderes, ob ich die Verhältnisse bes Handlangers, ber mit der Schippe arbeitet, oder den Haushalt des gelernten Arbeiters ansehe, bessen Tagelohn in einzelnen Fällen bis auf 8 und 10 Mf. steigt.

Eine gerechte, volle Würdigung müßte auch die Meistergehälter noch mit hereinziehen, da die Meister ja aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind. Nur wenn man die Frage in dieser Weise ansaßt, wird man ein Bild von den Arbeiterverhältnissen in den großen Betrieben gewinnen können. Ich muß aber hinzusügen, daß unsere Großbetriebe fast ausnahmslos auch noch die technische Ausbildung des Arbeiters kostenlos besorgen. In unseren fünf Riesenhütten an der Saar treten die Leute entweder schon als jugendliche Arbeiter ein oder später als einsache unsgelernte Arbeiter und werden von der Hütte für die Spezialdienste ausgebildet. Die Fähigsten steigen in verhältnismäßig kurzer Zeit dis zur erreichbaren höhe empor. Die untersten Schichten bleiben natürlich unten am Boden sitzen, und die nicht ein Modus gefunden wird, ihre Leistungen

zu steigern, solange wird man auch nicht ihre soziale Stellung heben können. Das ist gerade der Punkt in der Auffassung der überwältigenden Mehrheit der deutschen Industrie, in dem sie sich scharf unterscheidet von der Auffassung des Herrn Professor Brentano. Es ist Ihnen ja bekannt, daß Herr Professor Brentano einmal ein Buch geschrieben hat über Arbeitslohn, Arbeitszeit und Arbeitsleistung. Herr Professor Brentano fängt solche Sachen häufig am falschen Ende an.

(Lachen.)

Die Grundlage ist die Arbeitsleistung, daraus ergibt sich der Arbeits- lohn und die Arbeitszeit. Die Betriebe mit einer hohen Form der Arbeitszleistung haben überall in der Welt die kürzeste Arbeitszeit. Das hat sich bis ins einzelnste, z. B. bei dem großen Mechanikerstreik in England im Jahre 1897 und 1898 gezeigt. Dieses Kausalverhältnis muß auch Herr Prosessor Brentano schließlich anerkennen; denn er nimmt bei seinen Deduktionen ausdrücklich die unfähigen Arbeiter des Ostens, die Indier usw. aus.

Nun komme ich zu einer weiteren Frage. Es ist wiederholt von den Tarifverträgen gesprochen worden. Auf dem Gebiete des Baugewerbes hält man es z. B. für einen riesenhaften Erfolg, wenn es gelingt, die Arbeitgeber von ungefähr 5000 Arbeitern und ihre Arbeiter zusammenzubringen und zwischen ihnen einen Tarisvertrag zu schließen. Ob das vorteilhaft ist, will ich im Augenblick dahingestellt sein lassen. Wenn ich nun ein großes Hütten- und Walzwerk habe, das an sich schon 5000 Arbeiter beschäftigt, wozu da noch einen solchen Vertrag? Da ist ja schon eine Stelle da, die mit einer riesengroßen Masse von Arbeitskräften den Arbeitsvertrag schließt. Daß man da noch die Forderung stellen will, daß hier nun gerade zwischen mehreren solch großen Arbeitzebern und einer Zahl von vielleicht 30 000 Arbeitern ein Tarisvertrag geschlossen werden müsse, halte ich für unnötig.

Ich will nun noch auf die Frage des Tarifvertrages selbst näher eingehen. Ich muß auch da die Auffassung des Herrn Professor Brentano als eine schiefe Auffassung bezeichnen. Er hat uns als Allheilmittel Schiedsegerichte und alles mögliche vorgeschlagen. Ja, meine Herren, wosür denn? In der ganzen Geschäftswelt ist das Schiedsversahren bereits heute in einem Falle üblich: bei strittiger Auslegung eines geschlossenn Vertrages. Dies gilt auch vielsach von Verträgen zwischen Unternehmern und Arbeitern; da ist entweder das Gewerbegericht oder das ordentliche Gerichte zuständig, oder es wird ein besonderes Schiedsgericht eingesett.

(Lachen.)

Ich wiederhole, wenn es fich um Auslegung eines geschloffenen Bertrags

handelt, gibt es fast überall in der Geschäftswelt das Schiedsversahren, und wenn keine gütliche Einigung zustande kommt, wird das ordentliche Gericht angerusen. Aber, meine Herren, wer in der Geschäftswelt hat sonst schon jemals einen freien Vertrag unter dem Zwang eines Schiedsgerichts geschlossen? Ich will mir eine Wohnung mieten; sie gefällt mir nicht. Der Besitzer meint, ich müsse sie mieten; er ruft ein Schiedsgericht an, ob ich die Wohnung mieten muß ober nicht.

(Lachen.)

Ich will Ihnen sofort die Brücke zu diesem Beispiel bauen. Es sind hier eine Anzahl Damen anwesend. Nehmen wir an, ein Dienstmädchen kommt zu Ihnen. Sie sagen: "Soviel Lohn will ich geben; das und das haben Sie dafür zu leisten." Run erklärt das Mädchen: "Nein, ich will mehr Lohn haben." Wenn man sich nun nicht einigen kann, ja dann kommt eben der Bertrag nicht zustande. Das ist überall in der Welt so. Aber was würden Sie sagen, wenn das Dienstmädchen ein Schiedsgericht zu dem Zwecke anrusen wollte, daß es einen höheren Lohn erhalte?

(Erneutes Lachen.)

Das ist dieselbe Sache. Sie schlagen genau dasselbe vor, wenn Sie sagen: menn ein Unternehmer mit dem Arbeiter sich über den Lohn nicht einigen fann, foll, nach Ablauf einer etwaigen Rundigungsfrift, ein Schiedsgericht entscheiben, welcher Lohn gezahlt werden foll. Das ift eine Absurdität. Die Bertragsfreiheit im mirtschaftlichen Leben ift eines unserer größten Guter, und in dem Moment, wo fie aufgehoben murbe, murbe unser Wirtschafts= leben bem sozialistischen Staat mit Riesenschritten zuschreiten. So ift es, meine Berren; ein Ausnahmegeset für Riesenbetriebe wollen Sie; mas Sie für ben Arbeiter in diesen fordern, mögen Sie auf anderen Gebieten bes Ermerholebens felbst nicht in die Wirklichkeit umseten. Das ift bas Bezeichnende. Ich will noch ein Beispiel dafür geben, daß Sie hüben und brüben mit verschiedenem Dage meffen. Ich habe gesehen, daß ein großer Teil der anwesenden Damen und herren das Berhalten der sogenannten Arbeitswilligen verurteilt. Ihre Sympathien find in Diesem Kall auf feiten ber Streifenden, und gegen die Arbeitswilligen find Sie eingenommen. So ist es, wenn Arbeiter in Frage fommen. Wenn aber Unternehmer in Frage fommen, nimmt diefelbe Berfammlung ben umgekehrten Standpunkt ein. Eine große Bahl ber Anwesenden ift nämlich gegen die Kartelle eingenommen. Dort find infolgebeffen die outsiders die gefeierten helben. In bem einen Fall nehmen Sie Partei für die Roalition und gegen die outsiders und im andern Falle umgekehrt. So wird doch mit verschiedenem Daß gemessen.

Schriften CXVI. — Berhanblungen 1905.

Meine Damen und Herren! Wenn ein Vertrag nicht zustande kommt auf Grund einer freien Vereinbarung, dann wird er eben überall in der Geschäftswelt nicht geschlossen, und keine gesetzgeberische Macht der Welt kann jemand zwingen, einen Privatvertrag zu schließen, den er nicht schließen will. Wohin ein solches Verlangen führt, hat Herr Dr. Leidig bereits angedeutet. Es führt dazu, daß, wenn der Staat den Unternehmer zwingt, bestimmte Arbeiter einzustellen, er auch die Arbeiter zwingen muß, bei einem Unternehmer zu arbeiten, bei dem sie nicht arbeiten wollen, und daß er außerdem daß sinanzielle Risiko für den Betrieb des Unternehmers übernehmen muß, womit wir mitten drin im Sozialismus stehen. Diese Konsequenzen lehnen Sie heute noch ab. Aber auf dem Gebiete der Arbeiterverhältnisse fordern Sie Dinge, die ich einfach mit den angeführten Beispielen auf andere Bershältnisse übertragen habe.

Noch einige Worte über die Wohlfahrtseinrichtungen. Diese haben früher für eine gute Sache gegolten, und man lobte die Unternehmer, die sie einrichteten. Unternehmer, die keine schusen, wurden als hartherzig und unzugänglich sür menschliche Gesühle verschrien. Meine Herren! Heute ist es umgekehrt. Plötlich sollen die Wohlfahrtseinrichtungen ein Knechtungsmittel sein. Ja, meine Herren, wenn jemand von den anwesenden Rednern versucht hätte, nachzuweisen, daß dort, wo die hervorragenosten Wohlfahrtseinrichtungen vorhanden sind, die Löhne niedriger wären als wo anders, oder daß dort die Streiks seltener wären, daß dort die Arbeitswilligen sich stets rekrutiert hätten aus den Leuten, die die Wohlfahrtseinrichtungen genießen, dann wollte ich dagegen nichts sagen. Aber ein derartiger Nachweis ist absolut nicht erbracht worden und nach meiner Ansicht auch nicht zu erbringen.

Es ist dann die Frage gestellt worden von Herrn Pfarrer Naumann: warum sagen die Unternehmer, wir können eine Konstitution oder ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei den Arbeitsbedingungen in den Fabriken nicht einführen? Nun, zuerst muß man dagegen fragen: welche Gründe haben denn die Herren, die sagen, daß eine solche Verfassung in den Fabriken eingeführt werden müsse? Unsere heutigen Verhältnisse haben die deutsche Industrie groß gemacht, und solange nicht ein durchschlagender Grund gegen sie angeführt ist, wird man gut tun, dei diesen Verhältnissen zu bleiben. Aber das deutsche Unternehmertum, die große Masse der beutschen Industrie, hat sehr schwerwiegende Gründe, solche Sachen abzulehnen, und ebenso, Tarisverträge abzulehnen. Meine Herren, solange es möglich ist, daß in Rheinland und Westfalen 195 000 erwachsene Männer, von denen der größte Teil Reichstagswähler sind, einsach durch Vertragsbruch die Arbeit niederslegen, solange sehlt doch diesen Kreisen zweisellos diesenige sittliche Reise

(lebhafter Widerspruch), die die Voraussetzung für die Verleihung wichtiger neuer Rechte bilden muß. Wenn derartige Dinge nur vereinzelt vorkämen, so kann man sagen, das geschieht überall. Aber wenn auf einen Schlag 195000 Männer einen Vertragsbruch begehen können, dann sind doch nicht die Voraussetzungen gegeben, auf Grund deren man die beiden Parteien als für den Vertragsschluß gleich hinstellen könnte.

(Lebhafter Widerspruch.)

Haben Sie schon einmal gehört, daß 195 000 Unternehmer einen Arbeitsvertrag gebrochen haben? Ich möchte diese Gleichstellung auch in anderer Hinsicht nicht für richtig halten. Der Unternehmer steht faßbar mit seinem Unternehmen da und haftet mit seinem gesamten Kapital, seiner Stellung und allem für etwaige Rechtsansprüche des Arbeiters; dem Arbeiter dagegen ist meist nichts abzunehmen. Schon darin liegt eine ungeheuere Ungleichheit hinsichtlich des Vertragsabschlusses!

(Große Heiterkeit.)

Das Gefetz sucht nicht etwa diefe Ungleichheit möglichst zu beseitigen, nein, ce fanktioniert und vermehrt die Ungleichheit noch. Sie wissen, daß der Unternehmer fich ausbedingen fann, daß er im Falle eines Kontraktbruches ben sechsfachen Tagelohn des Arbeiters zurudbehalten darf; wenn aber anderseits der Unternehmer den Bertrag bricht, ift er dem Arbeiter haftbar für den zwölftägigen Tagelohn, d. h. für die 14 tägige Kündigungsfrift. Also auch da wieder die Ungleichheit, daß der Unternehmer das gleiche Berhalten doppelt so schwer zu bugen hat wie ber Arbeiter. Wenn das die Grundlagen find hinfichtlich ber Gleichheit beim Bertragsabschlusse, bann weiß ich nicht, mas Ungleichheiten find. Wenn man baran gehen wollte, eine wirtschaftliche Gleichheit - bie niemals zu erreichen sein wird - zu konstruieren, dann müßte man biese trennenden Merkmale erst aus der Welt schaffen. Ich glaube nicht, daß das anders möglich sein wird als durch sehr weitgehende Zwangsmittel. Der eine Herr Borredner hat ja solche gegen die Arbeiter vorgeschlagen — und er würde davor wohl auch nicht gegen die Industriellen zurudschrecken -, aber ich glaube nicht, daß das genügen murbe. Entweder heben wir die Bertragsfreiheit überhaupt endgultig auf und etablieren ben Grundfat: ber Staat hat bas Recht, jeben beliebigen Staatsbürger zu jedem beliebigen Vertrage zu zwingen (Heiterkeit), oder wir laffen auch hier die perfonliche Freiheit malten und überlaffen dem Unternehmer das heilige Recht, den Arbeiter anzunehmen und zu entlassen, ben er will, und überlaffen dem Arbeiter die Freiheit, bei dem Unternehmer zu arbeiten, bei bem er will.

(Beifall und Widerspruch.)

14\*

Professor Dr. Max Weber (Heibelberg): Meine Damen und Herren! Nicht auf alles, was der Herr Borredner gesagt hat, gehe ich ein. Ich möchte namentlich die etwas "übermenschliche" Logik mit dem Dienstmädchen und seinem Mietsvertrag Herrn Professor Brentano überlassen, da ich die Versammlung nicht um das äfthetische Vergnügen bringen möchte, welches eine Kritik seinerseits ihr bieten wird.

Der herr Borredner fprach fein Erstaunen barüber aus, bag es nach bem "fittlichen Standard" ber beutschen Arbeiter möglich gewesen sei, daß 195 000 Arbeiter unter Bruch des Kontrakts ohne Kündigung die Arbeit niederlegten. In der Tat: eine fehr auffallende Erscheinung! Beit auffallender aber als sie selbst ist, mas nun weiter geschah: der Reichskanzler, bie Staatsregierung, die öffentliche Meinung, die politischen Parteien ohne Ausnahme — die Konservativen nicht ausgeschlossen: erft als die Angst ihnen aus den Gliebern genommen mar durch die Wiederaufnahme ber Arbeit, befannen sie sich eines anderen — haben sich durch diesen Kontraktbruch nicht gehindert gefühlt, ben Bersuch zu machen, einen Druck auf die Arbeit= geber auszuüben, und aus dem Streif nicht die Konfequenz eines Vorgehens gegen die Arbeiter, sondern eines solchen gegen die Interessen der Arbeit= geber herzuleiten. Es scheint also, daß nach ihrer Ansicht die Sache so lag: Wenn diese 195 000 Arbeiter unter Bruch der Kündigungsfrist die Arbeit niedergelegt haben, um fo schlimmer - für bie Rundigungsfrift. Es ent= fpricht eben, das scheint mir daraus hervorzugeben, nicht mehr bem modernen Rechtsbewußtsein, daß ein Bertrag, ber ein einseitiger Unterwerfungsvertrag ift, durch irgendwelche Ründigungsfrist zugunften ber Exploiteurs, Die sich auf den Machtstandpunkt stellen, rechtlich gesichert wird (Beifall), und wenn ich für meine Person baraus eine Konsequenz ziehen soll, so könnte es nur die sein: Daß durch Gesetz die Möglichkeit beseitigt werden musse, den Arbeiter überhaupt an irgendwelche Kündigungsfristen zu binden, es sei benn, daß ber Kontrakt auf Brund eines Tarifvertrags geschloffen wird. Dies ift meine personliche Stellung zu biefer Bemerkung über ben fittlichen Standard ber Arbeiter. Nach bem, mas hier über die Arbeiter gefagt worden ift, wurde ja jedenfalls auch der herr Reichskanzler nicht mehr zu den sittlich voll qualifizierten Personen gehören dürfen; denn er hat den Kontraktbruch zwar mit Worten, aber - worüber ber Berr Borredner felbst gewiß mit mir ber gleichen Meinung ift - nicht mit Taten mißbilligt. -

Nun verlasse ich aber ben Herrn Borrebner, um zu etwas allgemeineren Betrachtungen innerhalb ber kurzen Zeit, die ich habe, überzugehen. Meine Damen und Herren! Wenn man sich über berartige sozialpolitische Dinge wie die heute hier zur Debatte stehenden verständigen will, so muß der ein-

zelne vor allen Dingen sich klar fein, welches benn ber entscheidende Wertgesichtsvunkt ist, von dem aus er personlich die Erscheinung, um deren gesetzgeberische Behandlung es sich handelt, betrachtet. Ich konftatiere nun, daß für mich ausschließlich die Frage in Betracht kommt: Was wird "charakterologisch" - um das modische Wort zu gebrauchen - aus den Menschen, Die in jene rechtlichen und faktischen Eristenzbedingungen hineingestellt find, mit benen wir uns heute beschäftigen? Und biefe Seite ber Sache möchte ich burch eine kleine Barallele bes näheren veranschaulichen. Meine Damen und Herren! Bahrend bes venezolanischen quasi-Kriegs erschien in einer venezolanischen Zeitung eine Erklärung einer beutschen Kolonie, welche bem Bräfidenten Caftro ihr Bertrauen aussprach und die venezolanische Nation um Berzeihung bat für die Taktlosiakeit und Gewalttätigkeit, die vermöge feines barbarifchen Regimes von feiten Deutschlands an einem so zivilifierten Volf wie den Benezolanern verübt worden sei. — Kanaillen! werden Sie sagen. Gut; — in den Zeitungen des Saarreviers, im Tätigkeitsbereich also des Herrn Dr. Tille, erscheinen gelegentlich der Reichstagsmahlen durchaus regelmäßig Unnoncen, in welchen fich Bergleute öffentlich verwahren gegen den Verdacht, für eine bestimmte Partei, 3. B. die Zentrumspartei, gestimmt zu haben. Kanaillen! fage ich, gleichviel, um welche Partei es sich handelt. Ich frage Sie aber: Wer erzieht benn nun diese Leute zu Kanaillen? Nicht die ehrenwerten Staatsbürger hier, mit benen wir heute uns streiten, wohl aber bas System, welches sie im Saarrevier und anderwärts vertreten. Ich selbst z. B. fenne bas Saarrevier und die Stickluft fehr wohl, welche jenes System dort verbreitet, - nicht für Sie, gerr Dr. Tille, und die Ihrigen, wohl aber für andere, und zwar nicht nur für Arbeiter, sondern für jeden, der es magt, in einer Art politisch tätig zu fein, die diesen herren mißfällt. Bei Gymnafiallehrern und Beamten, bei allen, mit benen ich feinerzeit in Berührung tam, ftand fest, daß alles, mas Staatsbehörde heißt, bis zum Oberpräsident hinauf, nach der Pfeife biefer Berren tangte, jede Selbständigkeit der Ansicht die Gefahr der Bersetzung ober Maßreglung brachte. Die einzige Macht, die unter diesen Umständen überhaupt einen Rüchalt bietet, ift die fatholische Rirche, vertreten 3. B. burch Leute wie ben Kaplan Dasbach, nicht aber ber Staat. Der preußische Staat und das autoritäre System erziehen solche Ranaillen, wie fie sich da= mals in Benezuela manifestierten. Und nicht nur dort wirkt dieses System bepravierend und charafterschwächend. Ich fonnte Ihnen bei genügender Zeit im einzelnen analysieren, nach meinen eigenen Ginbruden im Auslande, wie groß die Nachwirkung — der Fluch, möchte ich geradezu sagen — des autoritären Empfindens, des Reglementiert-, Kommandiert- und Eingeengt-

feins, welchen der heutige Staat und das heutige System der Arbeitsversassung im Deutschen erhält, und wie darin z. B. die Schwäche der
Deutschen in Amerika, die geringe werbende Kraft unserer reichen Kultur
mitbegründet liegt, wie die Berachtung des Deutschen in der ganzen Welt
herrührt von den Charaktereigenschaften, die eine gedrückte Vergangenheit
ihm aufgeprägt hat und der Druck des autoritären Systems in ihm verewigen möchte.

(Beifall.)

Und warum nun eigentlich? Ich kann das nicht ausführlich erörtern, namentlich nicht, inwieweit die selbstverständlich bis zu einem gewissen Grade berechtigte Behauptung der Herren Arbeitgeber zutrifft, daß ihnen die allers verschiedensten technischen und ökonomischen Schwierigkeiten durch das Borshandensein von Gewerkvereinen gemacht würden. Ich kann nur darauf hinsweisen, daß die hochstehendsten Industrien der Welt in England und Amerika trotz aller Schwierigkeiten eben im Erfolge doch damit vorzüglich auskommen.

(Sehr richtig!)

Es liegt das zum auten Teil nicht in öfonomischen Notwendigkeiten, sondern in unseren deutschen Traditionen. Meine verehrten Anwesenden! Wer die Wirkung unseres Gebarens auf die ausländischen Nationen, mit benen wir in der Politif zu rechnen haben, betrachtet, bemerkt leicht, wie unsere gegen= wärtige Politik nicht felten ben Gindruck erweckt und erwecken muß, daß sie nicht etwa die Macht, sondern vor allem den Schein der Macht, bas Aufproten mit ber Macht fucht. Und wenn bie Welt barin etwas Parvenumäßiges findet - parvenus de la gloire, wie die Franzosen nicht ganz mit Unrecht fagen -, fo teile ich biefe Empfindung und möchte hinzufügen: So etwas ftedt auch unferen Arbeitgebern im Blute, fie kommen über ben Herrenkitel nicht hinmeg, fie wollen nicht bloß die Macht, die gewaltige, faktische Berantwortung und Macht, die in ber Leitung jedes Großbetriebes liegt, allein, — nein, es muß auch äußerlich die Unterwerfung des anderen bokumentiert werden. Bitte, sehen Sie sich nur einmal den Dialekt einer beutschen Arbeitsordnung an! "Wer bas und bas tut, ber wird bestraft", "wer das und das tut, bekommt erstmalig einen Berweis, zweitmalig eine Gelbstrafe usw."; man fann nur fagen: es ist Schutzmannsjargon, ber ba, in einem Kontraktsverhältnis, als welches boch gerade die Berren Arbeit= geber die Beziehungen anfehen, geredet wird.

(Sehr richtig!)

Es könnte auch anders formuliert werden, und es ist anderwärts anders formuliert worden. Aber gerade dieser Tonfall ist es ja, der, so scheint es, ben eigentümlichen psychischen Reiz bildet. Und wie in diesen, wenn Sie

wollen, Rleinigkeiten, so im Großen. Diesen Herren steckt eben die Polizei im Leibe, und je weniger der deutsche Staatsbürger offiziell im Deutschen Reiche politisch zu sagen hat, je mehr über seinen Kopf hinweg regiert wird, je mehr er Objekt der Staatskunst ist und nichts anderes, desto mehr will er da, wo er nun einmal pater familias ist — und das ist er eben auch im Riesenbetriebe —, denjenigen, die unter ihm sind, zeigen, daß er nun auch einmal etwas zu sagen hat und andere zu parieren haben. Dieser spießbürgerliche Herrenkizel hat wieder und wieder die Nation Millionen und Abermillionen gekostet, er ist es auch, der den Charakter unserer Arbeiters bevölkerung verfälscht, und in diese Kategorie gehört auch, und damit komme ich zum Thema des heutigen Tages, unser geltendes Arbeiterrecht.

Berehrte Unwesende! Bei dem Kongreß unseres Vereins in Köln hat jemand, ich glaube Herr Professor Jastrow, gesagt: Wenn heute ein Streifender zu einem Arbeitswilligen sagt: streisst du nicht mit, so tanzt meine Auguste nicht mehr mit dir, so macht er sich strafbar.

#### (Seiterfeit.)

Das ist kein Scherz, sondern wörtlich geltendes Recht, und ich möchte den Juristen sehen, der es zu bestreiten vermag. Die Tatsache nun, daß es ein solches Recht in Deutschland gibt, ist nach meiner subjektiven Empfindung nichts anderes als eine Schande.

Es ist ein Recht für alte Beiber. Es schütt bie Feigheit. Denken Sie gum Bergleich an die Umgrenzung, die das römische Recht, das Recht des mannlichsten Bolkes ber Erbe, ber rechtlichen Wirkung ber Bedrohung gegeben hatte: metus qui in constantissimum virum cadere potest, Drohungen, Die auch den furchtlosesten und standhaftesten Mann beeinflussen können, gelten als rechtlich relevant. Es ist unmöglich, ein folches Recht wie bas unfrige in irgendeinem Sinne zu halten, und ich bin ber Meinung, bag etwas Zweifaches unbedingt geschehen muß, wenn man diesen Baragraphen nicht einfach über Bord werfen und fich auf ben Boben bes gemeinen Strafrechts stellen will, welches ja Bedrohung mit einem Berbrechen und Erpressung ohnehin vollkommen genügend unter Strafe gestellt hat. Will man barüber hinausgehen, bann fann nur Bedrohung mit einem unmittelbar präsenten materiellen Schaben in Frage kommen. Das zweite ist - zu meiner Freude ist herr Geheimer Rat Brentano bereits barauf eingegangen -: bie schneibende Einseitigkeit bes heutigen Rechts, daß zwar ber fogenannte Arbeitswillige, ber alle Borteile bes Streifs genießt, aber fie nicht bezahlen, fondern den Rämpfern in den Ruden fallen will, den Schutz bes Rechts genießt — bie Gefinnungslofigkeit und ber Mangel an famerabschaftlicher

Ehre also geschützt wird —, daß es aber auf der anderen Seite den Arbeitzgebern unbenommen bleibt, dem Arbeiter mit der Kündigung zu drohen, wenn er von seinem Koalitionsrecht Gebrauch machen will, ohne daß dieser strafbestichen Schutz genösse. Die Forderung einer Strafbestimmung für diesen Fall ist doch eine ganz selbstverständliche, so lange irgendein Ausenahmerecht zugunsten der Arbeitswilligen besteht.

Nun, verehrte Anwesende, komme ich noch zu den großen Fragen, die Herr Professor Brentano am Schluß seiner Thesen angeschnitten hat. glaube, daß diese Zwangsorganisation, wie er sie vorschlägt, nur als ein Wechsel auf eine ziemlich ferne Zukunft akzeptabel ift. Augenblicklich murbe ich fie für recht bebenklich halten. Denn wenn man fich bie Sache praktisch vorstellt, kommt sie boch barauf hinaus, bag ber Staat im Falle bes Ausbruchs einer Arbeitsstreitigkeit zunächst einmal einfach alle Betriebe fistiert, die in dem betreffenden Gewerbe überhaupt eristieren. — sonst hat ja die Zwangsorganisation feinen Sinn. Er verbietet also bann nicht nur allen Arbeitern des Gewerbes, auch wenn sie weiterarbeiten wollen, die Arbeit fortzuseten, sondern er verbietet auch allen Arbeitgebern, welche den Arbeitern entgegenkommen wollen, dies ohne gemeinsamen Beschluß zu tun. lettere ist in gewissem Sinne ja freilich einfach die offizielle Dekretierung beffen, mas mir von feiten ber Arbeitgeberverbande annähernd ichon jett erleben. Der Staat schafft badurch unzweifelhaft sowohl die Arbeitswilligen wie alle übrigen Schwierigkeiten auf fehr einfache Weise aus ber Welt und fagt: nun, bitte, jest wird einfach gewartet, wer von beiben es am längften aushält! Bon herrn Dr. Naumann find ja nun bereits die heutigen Chancen bes Ausgangs dergestalt staatlich reglementierter Mensuren nach gewissen Richtungen hin indirekt mitkritisiert worden. Mich interessiert aber noch etwas weiteres an der Sache: Wie foll man fich eigentlich das Weiter= bestehen der Gewerkvereine bei solchen Zuständen denken? Wozu dienen sie noch? Nur dazu etwa, daß die nichtorganisierten Mitglieder des Zwangs= verbandes es in ber Sand haben, zu beschließen: es wird gestreift, wenn fie feben, daß die Gewerkvereine volle Kaffen haben, und diese dann die Koften bezahlen lassen?

Es kommt noch etwas anderes hinzu. Wenn wir uns auf den Boben der Zwangsorganisation stellen, dann wird unbedingt eines eintreten: das Eindringen rein politischer Gesichtspunkte in das Streikwesen. Es ist ja Herrn D. Naumann gewiß zuzugeben, daß wir heute bereits auf dem Wege zum politischen oder doch zum sozialpolitischen Demonstrationsstreik sind. Wir sind aber noch nicht so weit, daß der politische Streik alleinherrschend oder auch nur überwiegend ist. Wenn aber eine Zwangsorganisation besteht

und sie den Streif beschließt, so wird dasselbe geschehen, was in den Kommunen und anderen Zwangskörperschaften auch geschieht: die gewaltige Attraktionskraft der politischen Parteien wird es sein, welche alles andere über den Hausen rennt, und die Frage, ob gestreikt wird oder nicht, wird aus parteipolitischen Gesichtspunkten und nicht aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten beantwortet werden. Das Interesse an den Gewerkvereinen aber wird dahin sein: — man hat ja nun den Zwangsverband —, und auch für diesen wird, zumal wenn er Zwangsabgaben eintreibt, um zu existieren, wenig aktive Begeisterung auskommen können.

Ich perfonlich stehe gang offen auf bem Standpunkt, bag, gleichviel ob Die Gewerkvereine viel oder wenig faktisch im offenen Rampf erreichen, fie für mich einen Eigenwert barstellen. Sie sind z. B. — und bas ift für mich das Entscheidende — die einzigen, die innerhalb der sozialdemokrati= schen Partei, mit der wir für Generationen als gegeben zu rechnen haben, und die für lange hinaus allein die Erziehung der Maffen in der hand hat, fich nicht geduckt haben und die den Jbealismus gegenüber dem Partei= banausentum aufrechterhalten. Die Gewerkschaften werden die Partei nicht fprengen, baran ift nicht zu benken, bas ift eine lächerliche gaufion. Jeber, der mit den Arbeitern verkehrt hat, weiß, daß der tägliche Kleinkrieg mit bem preußischen Staat und seiner Polizei sie zwingt, die Partei hinter sich zu haben, daß die Bartei ersunden werden mußte im Interesse der Gewerkschaften, wenn fie nicht da ware. Aber fie werden hindern, daß diese Partei Die Wege nimmt, die das amerikanische Parteileben genommen hat. Der einzige Hort idealistischer Arbeit und idealistischer Gesinnung innerhalb ber fozialdemokratischen Bartei find und werden, unter unseren deutschen Berhältnissen, sein: die Gewerkschaften. Darum lehne ich jeden Vorschlag ab, ber ihr Wesen bedroht, gleichviel ob er sich auf materielle Interessen ber Arbeiter beruft.

### (Lebhafter Beifall.)

Landtagsabgeordneter Franken (Gelsenkirchen): Meine Damen und Herren! Zu den vielen vortrefflichen Ausführungen des Herrn Professor Weber gehört auch die, daß er die Reichstagswahl von Saarbrücken genannt hat. Es ist ein trauriges Kapitel, das Buhlen um die Bolksgunst bei den Reichstagswahlen! Wollten wir hier Stellung dazu nehmen, so muß man in der Beurteilung objektiv sein. Herr Professor Weber hat dieses aber nicht getan.

Ferner meint Herr Professor Weber, bei den Arbeitgebern sehe man vielfach den Herrenstandpunkt. Er kennt doch wohl die Gewerbeordnung,

bie bereits fünfundzwanzigmal abgeändert worden ift, und daraus wird er boch entnehmen müffen, daß der Unternehmer viel mehr durch gesetzliche Bestimmungen bedroht wird als der Arbeiter.

Borhin hat Herr Professor Bernhard (Posen) geraten, etwas mehr durch's Schlüsselloch in die Gewerbebetriebe zu sehen. Es wäre recht gut für die Herren Professoren, wenn sie in unsere Fabriken kämen und sähen, wie es in den Fabriken zugeht, mit welchen Sorgen und Mühen ein Geschäft geleitet wird und daß der Arbeitnehmer auch nicht immer nur ein Engel ist.

Was Herrn Pfarrer Naumann betrifft, so glaube ich, daß er eigentlich erst später mehr in unsere Reihen hineingehört. Ich kenne und höre seine sozialpolitischen Neben seit vielen Jahren. Borab ist er für mich trot aller Begabung kein Wegweiser.

Es haben hier einige Arbeitersekretäre gesprochen, die einige Male das Bedürfnis gehabt haben, zu sagen: ich war früher Arbeiter. Nun, ich war es auch und machte in der Kruppschen Fabrik meine ersten Ersparnisse. Ich habe ein Handwerk gelernt, aus dem eine Fabrik geworden ist. Ich habe auch die englischen Verhältnisse studiert und gesehen, was für unsere Insbuftrie resp. mein Unternehmen notwendig ist.

Was nun den Bergarbeiterstreif betrifft, so hat Herr Giesberts gesagt, der Streif wäre nicht ausgebrochen, wenn man die Siebenerkommission geshört hätte. Meine Herren! Als die Siebenerkommission sich bildete, war der Bergarbeiterstreif längst vorhanden, und ich kann Sie versichern, dieser große Streik ist nicht aus Not entstanden, er ist lediglich die Folge der großen Agitation bei den Neichstagswahlen. Da hat man den Leuten versprochen: Wählt den und den! Dann wird das Fleisch billiger, die Löhne gehen in die Höhe. Diese Versprechungen der Parteien resp. Arbeiterstandidaten erfüllten sich nicht. Man konnte die Leute nicht länger hinhalten, und so kam über Nacht der Streik.

Herr Giesberts sagte unter anderem auch, die Wohnungsfürsorge dürfe nicht zu einer Beschränkung der Freizügigkeit führen. Ich will ihm zugeben, daß er nach manchen Richtungen den Arbeitgebern gerecht geworden ist. Meine Herren! Ich hörte am Polytechnikum in Charlottenburg einmal einen Bortrag des Herrn Professor Riedel, worin es hieß: Nicht der Bildungsdünkel, sondern die Technik ist berufen, die soziale Frage zu lösen, und die Wohnungsfrage ist von der allergrößten Bedeutung für das deutsche Bolk. Auch ich stehe auf dem Standpunkt. Wenn man aber sagt: "Die Wohnung des Arbeiters soll ein kunstgeschmückter Raum sein", so frage ich,

wie man das eigentlich machen foll, wenn man den Arbeitgebern die Luft nimmt, dahinzuwirken.

Man hat die Wohlfahrtseinrichtungen angegriffen. Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk haben die Zechen diese schönen Landhäuser als Arbeiterwohnungen in jüngster Zeit gebaut, Die sich mit 1 1/4 00 verzinfen. Das will man abfällig fritisieren? Meine Berren! Wenn wir aufhören, ben Arbeiter zu lieben und für ihn zu forgen, ift es mit bem guten Berhältnis zu dem Arbeiter vorbei. Wie mar es vor 50 Jahren? Als die erste Tiefbauzeche gebaut wurde, wurde sie mit ausländischem Kapital gebaut. Namen wie Sibernia, Mont Cenis, Holland, Shamrock erinnern uns noch baran. Wir hatten fein Gelb. Rein einziges beutsches Bankhaus mar in der Lage, Kapital für eine Tiefbauzeche hinzugeben. Run kamen die Unternehmer und Arbeiter aus England; man mußte die hauer aus bem Auslande herbeiholen. Meine Berren! Wie fah es im Sahre 1870 im rheinisch-westfälischen Industriegebiete aus? In ben Emscherniederungen verfumpfte, elende Dörfer und Tagelöhne von 15-17 Silbergrofchen. Sehen Sie fich jett unfere Städte an! In unferem rheinifch-westfälischen Induftriegebiet finden mir die reichsten Sparkassen im gangen Deutschen Reiche. Und wer macht die Ginlagen? Die Arbeiter. Ferner, in Gelfenkirchen haben wir drei neue, große Schulen gebaut, Gymnasien und Realschulen, abgefehen von ben größten Volksichulen, Schmudplate und Wohlfahrtseinrichtungen. Da ift es nicht angebracht, wenn man, wie herr Professor Brentano, ber in Deutschland ein fo großes Unsehen genießt, unsere Arbeit= geber so auf die Anklagebank bringt. Ich hoffe, daß unsere Arbeitgeber in Rheinland und Westfalen sich badurch nicht werden abhalten laffen, nach wie vor treu zum Arbeiter zu halten und feine Interessen mahrzunehmen.

Als letzten Ausweg, den er wußte, stellte Herr Professor Brentano die Arbeitskammern hin. Meine Herren! Als Mitglied des Reichstags bin ich wiederholt für Arbeitskammern eingetreten. Deshalb wollen wir hier in dieser Frage zusammengehen. Aber wenn Sie hier Vorträge halten über Sozialpolitik, so möchte ich bitten, daß sie etwas objektiver lauten. Sie müssen auch einmal die Schäden studieren, die seitens der Arbeiter da sind, nicht bloß seitens der Unternehmer. Es ist nicht so leicht, diese Menschen in der Arbeit anzulernen und in der Fabrik zu behandeln und, wenn sie unter sich Streit haben, die Interessen des Arbeiters zu vertreten und den Streit beizulegen. Man muß den Arbeiter vornehm und nett und schön behandeln; aber es nimmt sich auch in Wirklichkeit die ganze Sozialpolitik ganz anders aus, als wie es sich auf dem Papier niederschreiben läßt.

(Beifall.)

Fabritbesiter Dr. Eduard Schwanhäuser (Nürnberg): Meine Berren, ich bin auch Arbeitgeber wie mein Herr Vorredner und auch national= liberaler Arbeitgeber, aber freilich nicht in einem Riesenbetriebe, wie sie im Rheinlande bestehen, sondern nur in der Nürnberger Bleistiftindustrie, bei der es keine Riesenbetriebe gibt. Aber ich stehe doch in vielen Dingen, fast in allen, auf durchaus anderem Standpunkte als der Herr Vorredner. Ich bin der Ansicht, daß, wenn irgendwo Schwierigkeiten und Differenzen bestehen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, es nur ein Mittel gibt, bas dem Interesse ber Gesamtheit entspricht, nämlich bas Mittel, sich gegen= feitig auszusprechen. Dieses Mittel ift vielleicht ba, wo es fich um fleinere Betriebe handelt, möglich, ohne daß die Organisationen herangezogen werden, und ich fann ben Arbeitgeber verfteben, ber bei verhältnismäßig fleinen Betrieben erklärt, er wolle es nur mit feinen Arbeitern zu tun haben. Aber im Riefenbetriebe, wo es sich um viele Tausende von Arbeitern handelt, in der Aftiengesellschaft, wo gewissermaßen etwas Unversönliches die Rolle des Arbeitgebers spielt, da ist meiner Ansicht nach der Grund, mit den Arbeiterorganisationen nicht verhandeln zu wollen, nur ein Scheingrund. Auch die Arbeitgeber in einer ansehnlichen Minderheit, wenn auch nicht zum überwiegenden Teil, haben sich daran gewöhnt, in dem Bestreben der Arbeiter, vorwärts zu kommen und sich besser zu stellen, etwas Berechtigtes zu erkennen. Gerade in dem Riesenbetrieb mit seinem boch im mefentlichen vorherrschenden Egoismus ift es am wenigsten angebracht, wenn man dem Arbeiter gegenüber die Betätigung egoistischer Gefühle für nicht berechtigt erklärt und zu verhindern fucht.

Meine Herren! Ich glaube, die Industrie hat selbst auch ein berechtigtes Interesse daran, daß es den Arbeitern ständig besser geht, und in dieser Hinsicht betrachte ich es und viele andere Arbeitgeber in Deutschland mit mir als den wahren Egoismus, auch mit auf dieses Ziel hinzuarbeiten.

Die Frage der Arbeitszeit und der Arbeitslöhne kann hier nicht gestreift werden, aber soviel darf zur Zurückweisung der Angriffe des Herrn Dr. Tille gesagt werden, daß eine Berkürzung der Arbeitszeit nicht immer dazu führt, daß die Arbeitsleiftung zurückgeht. Insofern ist durch die Praxis bewiesen, was die Nationalökonomie in der Theorie solange gelehrt hat. —

Wer heute Tarifverträge ablehnt, kann nicht für sich in Anspruch nehmen, politisch modern zu denken. Ich stehe auf dem Standpunkt: wer das Koalitionsrecht ernsthaft will, muß auch die Konsequenz aus diesem Rechte ziehen, muß auch die Arbeiterorganisationen als solche anerkennen, und das kann der Arbeitgeber nur, wenn er mit ihnen verhandelt. Ich glaube, es sehlt gerade in den Riesenbetrieben, soweit ich sie kenne, an der

Erkenntnis der eminenten sozialen Bedeutung, die diese Riesenbetriebe heute haben; und die Vergleiche, die Herr Dr. Tille gebracht hat, passen vor allem deshalb nicht, weil es sich in dem einen Fall um ein eminent öffentsliches Interesse und im anderen um eine Bagatellangelegenheit von Privatpersonen handelt.

Meine Herren! Es hat zu allen Zeiten Leute gegeben, die jeden Fortschritt und jede Anderung der Arbeitsbedingungen als einen Ruin der Induftrie bezeichnet haben, und doch find alle folche Magnahmen mit wenigen Ausnahmen zum Segen ausgeschlagen. Die Industrie konnte trottem leben. Freilich gibt es manchmal Grenzen, über die man nicht hinaus kunn; und felbst der Arbeitgeber, der auf modernem Standpunkte steht, kann in die Lage kommen, ju fagen: Das kann ich nicht. Der große Unterschied aber zwischen dem modernen und dem alten, dem Herrenftandpunkt, besteht barin, daß der eine garnicht mit sich reden läßt, während der andere in Verhandlungen seine Gründe vorbringt. Soviel ich verstanden habe, handelt es sich jett hauptfächlich barum, daß die Arbeitgeber und insbesondere die der Riesenbetriebe das Verständnis dafür gewinnen sollen — und wenn sie es nicht freiwillig tun, bann mit einem fanften Druck -, bak es ihre Aflicht ift, mit den Arbeiterorganisationen sich auf Verhandlungen einzulassen dann, wenn es sich um Interessen des öffentlichen Wohles handelt. Ich glaube, daß ein Teil dieser Forderungen sicherlich diskutabel ist, daß er auf greif= bare Resultate hinausläuft, und daß es wohl möglich märe, unter dem weiteren Blühen der deutschen Industrie einen Teil dieser Forderungen zu verwirklichen.

#### (Beifall.)

Privatdozent Dr. Golbstein (Zürich): Auch ich wollte zunächst einige Worte über die Ausführungen des Herrn Dr. Alexander Tille über seine Auffassung des Berhältnisses zwischen den Dienstmäden und den Herrschaften, ferner bei der Bermietung von Wohnungen usw. sagen. Da aber Herreschen, will ich auch diesem Beispiele folgen und hier nur sagen, daß Herr Dr. Tille die Hauptsache nicht bemerkt hat, nämlich daß wir heute nicht über das Verhältnis von Arbeitern und Arbeitgebern in kleinen Betrieben verhandeln, sondern über die diesbezüglichen Verhältnisse in den Riesenbetrieben, und ein Dienstmädchen vermietet sich doch in der Regel an eine einzelne Person oder Familie. Das ist ein so gewaltiger Unterschied, daß die ganze Diskussion auf einen ganz anderen Boden geschoben wird, wenn man an dieser einseitigen Auffassung der fraglichen Verhältnisse seinseinisse suchstattnisse seinseinigen Auffassung der fraglichen Verhältnisse seinseinigen Auffassung der fraglichen Verhältnisse seinseinigen Auffassung der fraglichen Verhältnisse seinse

hält, zumal ja kein einziger Mensch, ber über biese Frage vom Standpunkte bes Herrn Professor Brentano aus gesprochen hat, je bestritten hat, daß bei kleinen Betrieben das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vom persönlichen Standpunkte aus behandelt werden kann, wie das in patriarchalischen Zeiten auch tatsächlich der Fall war.

Ich überlasse diese Frage, wie gesagt, Herrn Professor Brentano zur weiteren Erörterung. Sier dagegen möchte ich einige Außerungen bes Berrn Regierungsrat Leidig berühren, zumal sie nach meiner Ansicht nicht ge= nügend zurückgewiesen worden sind. Dr. Leidig hat erklärt, sie könnten bamit ift gemeint fein Auftraggeber, ber Bentralverband beutscher Industrieller — mit den Gewerkschaften deshalb nicht verhandeln, weil diese ber Sozialdemokratie angehören. Ich habe bisher noch niemals gehört, baß die Grubenbesitzer bei bem letten Streif, ber ja nichts anderes mar als ein Protest gegen alte Migbräuche und Migstände im Berhältnisse zwischen Bergarbeitern und Unternehmern, jemals sich bereit erklärt hätten, mit dem driftlichen Gewerkverein zu verhandeln, der ja im großen und gangen abfichtlich gegründet murde, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen. die Grubenbesitzer rechtzeitig die Bunsche der chriftlichen Arbeiter berudfichtigt, fo mare ber große Streif nicht nur vermieben, fondern er mare überhaupt sinnlos und unnötig gewesen. Denn die Siebenerkommission hat ja später im großen und ganzen nichts anderes verlangt, als was die driftlichen Bergarbeiter ichon lange Zeit vorher verlangt haben, mas aber von ben Unternehmern leiber burchaus nicht berücksichtigt murbe. Ich kann alfo in diesem Falle meine Ansicht nicht unterdrücken, daß das nur eine Ausrebe ist, wenn man fagt, man wolle mit den freien Gewerkschaften nicht verhandeln, weil sie zur Sozialdemokratie gehören; denn man wollte auch nicht mit den christlichen Vereinen, die die Sozialdemokratie bekämpfen, verhandeln. Ich glaube, daß in diesem Falle der Zentralverband deutscher Industrieller sowie die gleichgefinnten Unternehmer Deutschlands sich das große Verdienst erworben haben, daß sie die christlichen Gewerkvereine in die Hände ber Sozialbemokratie getrieben und auf diese Weise eine Ginigung ber Arbeiterklaffe zustande gebracht haben.

Wie ich die Tätigkeit des Zentralverbandes deutscher Industrieller kenne, würde dieser übrigens auch mit den englischen Gewerkvereinen niemals vershandelt haben, zumal die englischen Gewerkvereine viel mehr erreicht haben, als es der deutschen Sozialdemokratie bisher zu erreichen gelungen ist; denn die englischen Gewerkvereine haben die Autorität des Unternehmers innershald des Betriebes bedeutend mehr eingeschränkt, als es gegenwärtig in Deutschland der Fall ist. Also wenn auch in Deutschland durchaus kons

fervative Gewerkvereine ba fein wurden, wie bas in vielen Gewerben Eng= lands noch etwa vor einem Jahrzehnt der Fall mar, wurde man von feiten des Zentralverbandes anftatt der Ausrede, daß die Mitglieder der Gewerkvereine Sozialbemokraten feien, mit irgendeiner anderen Ausrebe kommen. Übrigens möchte ich bemerken, daß es ein fehr eigentumliches Ding ift, die Sozialdemokratie bekämpfen zu wollen, indem man die berechtigten Forderungen der Arbeiter, die fie in den Gewerkschaften vorbringen, einfach vernachlässigt ober bekämpft. Denn gerade badurch, daß man diese Forderungen nicht erfüllt, erreicht man, daß bei den Arbeitern fich der Glaube festsett, daß sie unter ben heutigen Bedingungen überhaupt nichts erreichen können, und badurch treibt man fie natürlich gewaltsam in die Bande ber Sozial= bemokratie. Bon diesem Gesichtspunkt aus kann die beutsche Sozialdemokratie mit dem Zentralverband beutscher Industrieller und ber Tätigkeit feiner Ungestellten burchaus zufrieden sein; benn nicht die Leiter ber sozialbemokratischen Gewerkschaften, die auf dem letten Parteitag in Jena erklärt haben: ein guter Gewerkschafter muffe zugleich ein guter Sozialdemokrat sein, find bie besten Agitatoren für die Sozialbemokratie, sondern gerade diejenigen Herren, welche jede noch so berechtigte Forberung der Arbeiterklasse mit allen mög= lichen Mitteln zu hintertreiben fuchen.

Nur eine Bemerkung noch. Herr Dr. Leidig hat gesagt, daß, wenn die Forderungen, die Herr Geh. Rat Brentano aufgestellt hat, durchgeführt wurden, dies ein Schritt zum Zukunftsstaat mare. Ich möchte barauf binweisen, daß eine folche Außerung vielleicht in einer Situng bes Zentralverbandes deutscher Industrieller am Plate mare, nicht aber in einer Gelehrtenversammlung, zumal wir ja alle wissen, bag jedesmal, wenn es fich um einen sozialpolitischen Fortschritt handelte, ber große Teil ber Industriellen einfach erklärt hat: das sei ein Schritt zum Zukunftsstaat. Ich erinnere in dieser Hinsicht sowohl an die Berhandlungen des Zentralverbandes inbezug auf die sozialpolitische Gesetgebung in Deutschland als auch an feine Erörterung ber Berficherungsgesetzgebung, ber Underung ber Gewerbeordnung ufw. Wenn in einem ober in zwei Sahrzehnten wieder eine Situng des Bereins für Socialpolitik stattfinden wird, wobei irgendwelche neue Borschläge zugunsten der Arbeiter diskutiert werden, wird vielleicht der Redner noch darauf hinweisen können, daß auch die heute diskutierten Vorschläge vom Zentralverband als ein Schritt zum Zufunftoftaat bezeichnet murben, während sie in Wirklichkeit der Entwicklung der Industrie — auch vom Standpunkte ber Unternehmer - nicht im mindeften geschadet haben.

Borfitenber: Die Rednerliste ist nun erschöpft. Zu einer tatsäch= lichen Berichtigung hat das Wort Herr Affessor Oppenheim.

Afsessor Oppenheim (Berlin): Meine Damen und Herren! Ich will nur wenige Minuten lang Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, um eine tatsächliche Mitteilung von Erzellenz von Rottenburg zu berichtigen. Er hat nach meinen Notizen als ein gewichtiges Beispiel dafür, daß Arbeitzgeber das Organisationsrecht ihrer Arbeiter einschränkten, auf die Farbensahriken vorm. Friedr. Bayer & Co. in Elberfeld hingewiesen und gesagt, daß dort die Arbeiter gezwungen würden, sich durch Revers zu verpflichten, keiner Arbeiterorganisation beizutreten.

Ich habe nun, als Angehöriger eines mit den Elberfelber Farbenfabriken zu einer Interessemeinschaft verbundenen Werkes, soeben telephonisch bei den Elberfelder Farbenfabriken angefragt und folgenden Bescheib erhalten:

Es handelt sich bei biesem Revers nicht um eine Maßregel in dem Sinne, daß der Beitritt der Arbeiter zu irgendwelchen Arbeiterorganisationen ganz allgemein verhindert werden soll, sondern es handelt sich, und zwar aus einem ganz bestimmten Anlaß, nur um die Hirsch-Duncker- und die sozialdemokratischen Gewerkvereine.

(Zuruf: Nur?!)

Ja, meine Herren, es ist doch wohl ein gewaltiger prinzipieller Unterschied, ob man ganz allgemein sagt, der Beitritt zu allen Organisationen ist untersagt, oder ob man diesen Beitritt nur für ganz bestimmte Organissationen und aus einem ganz bestimmten Anlaß verhindert. Ich will Ihnen auch diesen Anlaß kurz mitteilen, damit Sie die Bedeutung der erwähnten Maßregel richtig beurteilen können.

Die beiben genannten Gewerkvereine hatten, wie die Farbenfabriken Elberfeld in Erfahrung gebracht hatten, in deren Werk in Leverkusen einen Streik veranlaßt und infolge dieses Streiks eine Sperre über das Werk in Leverkusen verhängt. Als Rückschlag gegen diese Maßregel ist von der Direktion der Farbenfabriken angeordnet worden, daß die Arbeiter, ehe sie in Leverkusen eingestellt werden, einen Nevers unterschreiben, daß sie diesen beiden Gewerkvereinen nicht angehören.

Regierungsrat Leibig (Berlin), Schlußwort: Meine geehrten Herren! Ich will versuchen, möglichst kurz zu sein, aber wie gesagt, ich kann es auch nur versuchen.

Zunächst gestatten Sie mir einige Einzelheiten, die in der Debatte berührt worden sind, hervorzuheben. Ich fange an mit dem, was eben besprochen worden ist. Ich bin über die Verhältnisse, die die Farbenfabrisen Bayer dazu geführt haben, diesen Beschluß zu fassen, doch ziemlich orientiert. Während des letten Streifs sind die leitenden Personen in einer Weise

persönlich angegriffen und beschimpft worden, daß sie geglaubt haben, in Übereinstimmung mit den übrigen Organen der Gesellschaft es ihrer Selbst= achtung schuldig zu sein, Angehörige dieser Organisationen, die so vor= gegangen sind, nicht mehr in ihren Betrieben zu beschäftigen.

Ich glaube, die Sache gewinnt badurch boch ein anderes Gesicht.

Es ift hier so ungemein viel von bem Bergarbeiterstreik gesprochen worden. Nun, ich glaube, wenn irgend ein Beispiel nicht paßt für diejenigen Herren, die dafür eintreten, daß die Anerkennung der Arbeiterorganisationen notwendig sei, dann ist es der Bergarbeiterstreik. Wer hat denn den Bergarbeiterstreik angesangen, arrangiert, geseitet? Nicht die Organisationen! Der Bergarbeiterstreik ist ja gegen den Willen der Organisationen von unsorganisierten Arbeitern zunächst begonnen worden. Die Führer haben das gegen gesprochen, haben versucht zu bremsen, und haben schließlich, weil sie fürchten mußten, daß die Wellen über sie hinweggingen, sich an die Spitze des Streiks gestellt. Wie also dieser Streik ein Beweis für die Notwendigkeit der Organisation sein soll, das vermag ich mit meiner bei Arbeitgebern ja nun einmal immer ziemlich mäßigen Logik nicht zu erkennen.

#### (Heiterkeit.)

Eine fleine Parenthese! Ich glaube, es kann ben Berhandlungen, in benen nun einmal zwei Weltanschauungen sich gegenüberstehen, nicht schaben, wenn wir alle kleinen Spigen aus der Debatte wegließen. Ich spreche hier nicht als Beauftragter des Zentralverdandes deutscher Industrieller, sondern ich spreche auf Aufsorderung des Vorsigenden des Vereins für Socialpolitik, und ich spreche die Anschauung aus, die ich habe. Daß diese Anschauung im wesentlichen mit den Anschauungen des Zentralverdandes sich deckt, das ist selbstverständlich; denn sonst wäre ich nicht im Zentralverdand deutscher Industrieller. Sbensowenig, meine Herren, wollen wir über die Frage debattieren, wie es Erzellenz von Rottenburg getan hat, aus welchen Gründen Herr Regierungsrat Völcker den Staatsdienst verlassen hat. Ich glaube, das wollen wir dem Herrn Regierungsrat Völcker überlassen, zumal er nicht hier ist.

## (Sehr richtig!)

Ich gehe jetzt auf die sachlichen Grunde ein. Die Differenzen, die zwischen uns vorliegen und die in der Debatte immer wieder hervorgehoben worden sind, betreffen eigentlich die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter.

Meine Herren! Ich glaube, wir muffen scheiden. Meines Wiffens gibt es nur sehr wenige deutsche Arbeitgeber und Unternehmer, die irgends Schriften CXVI. – Berhandlungen 1905.

wie und irgendwann die bürgerliche Gleichberechtigung der Arbeiter bestreiten. Die erkennen wir alle an, und der Zentralverband deutscher Industrieller zuerst.

(Zurufe.)

Gewiß, es ist aber immer von ber burgerlichen Gleichberechtigung gesprochen Deshalb will ich biesen Unterschied hervorheben. Meine Berren! Unfer Gegenfat breht sich um ganz etwas anderes. Hier handelt es sich barum, daß wir die Auffassung vertreten: nachdem ein Arbeiter sich in ein Bertragsverhältnis begeben hat, hat der Unternehmer die Entscheidung, und Sie haben die Auffassung, daß auch mährend dieser Beit der Arbeiterausschuß ober die Organisation ber Arbeiter auf die Ausgestaltung und Weiterführung des Bertragsverhältnisses einen mitbestimmenden Einfluß haben foll. Nun, meine herren, ich glaube, daß ba von herrenkitzel nicht die Rede fein kann. Ich glaube, mein hochverdienter Freund Professor Max Weber verkennt doch die Bedeutung dieser wichtigen Bewegung im beutschen Wirtschaftsleben, wenn er sie auf so kleinliche Gesichtspunkte zurückführt. Gemiß, meine Herren, es gibt auch unter den Unternehmern Leute, die hochmütig find. Wer wollte das bestreiten? Auch die Arbeiter find nicht die Engel, als die sie immer hingestellt werden, die nur von verständigen und ethischen Erwägungen ausgehen. Keineswegs. Wir vertreten aber die Auffaffung, daß wie beim Militär (Zurufe: Hört! hört!) und in jeder großen Organisation, auch in den industriellen Betrieben Ordnung und Unterordnung da fein muß.

(Erneute Burufe.)

Herr Professor Weber bemängelte, daß es in den Arbeitsordnungen nicht heißt: "Wir ersuchen unsere Arbeiter" usw. Ja, Gesetze macht man im Gesetzesstil.

(Burufe: Gefete?)

Meine Damen und Herren! Herr Pfarrer Naumann hat dem deutschen Unternehmertum den schweren Borwurf gemacht, es sei die Ursache, daß die deutsche Arbeiterbewegung immer mehr in das Fahrwasser des Radikalismus hineinkomme und zwar deshalb, weil die deutschen Arbeiter durch die Gestaltung ihres Arbeitsverhältnisses in eine Situation der Aussichtslosigkeit hineingekommen seien. Ja, meine Herren, ich kann mir nicht denken, wie es möglich sein sollte, daß, nachdem sich im letzten Menschenalter die wirtschaftliche Lage der Arbeiter nach allen Richtungen gehoben hat, nachdem die Arbeiter in der Lage sind, in einem erheblich größeren Maße an den Früchten unserer nationalen Kultur teilzunehmen als es früher der Fall war, daß da lediglich um deswillen, weil der Arbeitgeber es ablehnt, mit dem

Vorstand ihrer Organisation, der sie zu  $^{9/10}$  überhaupt nicht angehören, zu verhandeln, daß um deswillen die deutschen Arbeiter in eine Situation der Ausssichtslosigkeit und Verzweiflung gekommen sein follten. Ich glaube, daß dies doch wohl nur Ausssührungen sind, die sich mehr an das Gefühl als an die Logik richten wollen.

Es ist dann meine Außerung angegriffen worden, daß es sich bei den Borschlägen des Herrn Professor Brentano um einen Schritt in den sozialistischen Staat oder vielmehr, wie ich glaube und gesagt habe, um ein Hineinspringen mit beiden Füßen in den sozialistischen Staat handle. Ich muß an dieser Auffassung sesthalten. Ich din allerdings der Meinung, daß, wenn diese gewaltige Machtbesugnis dem Staat gegeben werden sollte, daß dann der Staat auch das Risito hinsichtlich der ganzen Produktion und Berteilung übernehmen müßte. Nur dann könnte man eine derartige Organisation, wie sie Herr Professor Brentano vorschlägt, auch durchführen.

Herr Pfarrer Naumann hat zum Schluß barauf hingewiesen, und bas ift auch schon im Reichstag von seiten bes herrn Stoecker geschehen, daß, wie Friedrich Wilhelm IV. nicht das Wort aufrecht erhalten konnte, baß zwischen sein Bolt und ihn fich kein Blatt Papier schieben burfe, fo auch die deutschen Arbeitgeber gezwungen werden murden, den Konstitutio= nalismus im Fabrikbetriebe anzuerkennen. Meine geehrten Damen und Herren! Ich glaube, nichts ist falscher als dieser Bergleich. Organisation des konstitutionellen Staates handelte es sich darum, daß die Ungehörigen bes Staates - benn ber Staat, bas find bie einzelnen qufammen in ihrer Organisation - in ihrem eigensten Interesse zusammen wirken follen und zur Teilnahme herangezogen werden follen. Bei ben einzelnen Fabriken handelt es fich darum, daß innerhalb der Kompetenz= beschränkungen, die der Staat gegeben hat, der einzelne versucht, feine Intereffen mahrzunehmen; benn das Unternehmen gehört nach ber heutigen Organisation unserer Wirtschaft bem Unternehmer. Deshalb glaube ich, bak dieser Vergleich in keiner Weise angewandt werden kann. Wir verkennen nicht, daß es Aufgabe des nationalen Staates ift, entsprechend den Bedürfnissen der Zeit und der Gesamtheit, auch Kompetenzbeschränkungen, wie Herr Naumann sich ausgedrückt hat, für das private Erwerbsleben eintreten zu laffen. Es mare töricht von uns, bas beftreiten ju wollen. Wir vertreten aber die Auffaffung, daß die von Ihnen gewünschten Beschränkungen bagu führen, daß innerhalb der heutigen Wirtschaftsordnung eine regelmäßige, ordnungsmäßige und unsere nationale Stellung fördernde Wirtschaft nicht mehr möglich ift.

(Beifall.)

Geheimer Hofrat Professor Dr. Brentano (München): Sehr verehrte Anwesende! Erschrecken Sie nicht über die Menge Papiere, die ich mitbringe! Sie müssen nicht baraus den Schluß ziehen, daß ich lange reden werde. Es ist mir ja nur kurze Zeit zum Schlußwort vergönnt. Ich kann daher auch nicht auf alles erwidern, was in der Diskussion gegen mich vorsgebracht worden ist. Nur auf einige wenige mir gemachte Einwürfe möchte ich antworten.

Darf ich zunächst am Schlusse unserer anstrengenden Debatte, die seit heute morgen währt, einen allgemeinen Eindruck wiedergeben? Die heutige Debatte hat mich an etwas erinnert, was ich sehr oft empfinde, wenn ich Schriften über die heute behandelten Fragen aus dem Lager meiner heutigen Gegner lese. Ich habe dabei oft die Empfindung, daß man sich im gegnerischen Lager ein bischen zu wenig Mühe gibt, das zu studieren, was von unserer Seite wirklich vorgebracht wird; dementsprechend reden unsere Gegner sorts während um das, was wir eigentlich sagen, herum.

(Sehr gut!)

Diefen Eindruck habe ich heute ftark gehabt. Ich habe ein Referat erstattet und habe, um zu verhüten, daß um den Inhalt besselben herum= gerebet werde, nach Beendigung meiner Rebe die Sauptgedanken berfelben als Leitsätze verteilen laffen. Allein, ich muß fagen, daß in der darauffolgenden Debatte seitens meiner Gegner über das, was ich in meinem Referate vorgebracht habe, und was ihnen in diefen Leitfätzen gedruckt in die Hand gegeben worden ist, sehr wenig gesagt worden ist. Auch aus diesem Grunde bin ich der Aufgabe enthoben, auf alles, mas gegen mich voraebracht worben ift, hier zu antworten. Es befanden fich nämlich barunter eine Menge Dinge, die garnicht zu dem heutigen Thema gehören. So berühren zwar die Ausführungen des Herrn Dr. Tille über das Berhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleiftung ein an fich fehr intereffantes Thema; aber mit dem, mas wir heute zu bebattieren hatten, stand es in gar keinem Zusammenhang. So steht es auch mit einer Anzahl anderer Punkte, die er vorgebracht hat. Es war, als ob er sich auf irgend etwas vorbereitet hätte, mas er hier vorbringen wollte, meil er ermartet hatte, daß ich es vorbringen werde; da dies nun nicht der Fall mar, wollte er seinen Aufwand doch nicht umsonst gemacht haben.

#### (Seiterfeit.)

Nun zu einigem von dem, womit er besonders wirkungsvoll zu werden beabsichtigte! Dazu gehört seine schon erwähnte Exemplifikation mit dem Dienstmädchen. Ich war einigermaßen verblüfft, als er damit kam. Un= mittelbar vorher hatte er gegen mich den Vorwurf erhoben, daß ich nichts

von den Arbeitern in den Riefenbetrieben verstünde. Ich wüßte gar nicht, daß es gelernte und ungelernte Arbeiter gabe und daß ein gewaltiger Unterfcied zwischen diesen bestehe. Ich will gang dahingestellt sein laffen, ob mich der Vorwurf wirklich trifft und wie weit dieser Unterschied unsere heute behandelte Frage berührt. Allein, wer aus diesem Unterschiede den Schluß gieht, daß es verkehrt fei, eine für beibe Arten pringipiell gleichartige Ordnung des Arbeitsverhältnisses zu fordern, darf nicht unmittelbar barauf bas Verhältnis bes Dienstmädchens zur hausfrau auf bie gleiche Stufe stellen mit dem Berhältnis der Arbeiter in unseren Riesenbetrieben zu ihren Arbeitgebern. Wenn eine Sausfrau fich mit einem Dienstmädchen nicht über die Arbeitsbedingungen zu einigen vermag, so mag dies für ben betreffenden Saushalt eine beklagenswerte Ralamität fein; allein, fieht Berr Dr. Tille nicht den gewaltigen sozialen Unterschied zwischen diesem Borfommnis, beffen Wirkungen fich auf eine individuelle Wirtschaft beschränken, und dem Fall, daß infolge einer Nichteinigung über die Arbeitsbedingungen nicht nur Taufende und Abertaufende brotlog merben, eine ganze Anzahl nichtbeteiligter Betriebe eingeftellt werden muffen, ja, unfer gefamtes Wirtschaftsleben in Mitleidenschaft gerät? Solche Argumente hat er uns vorgeführt als Grund bagegen, bag bie Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in ben Riefenbetrieben burch ein geordnetes Einigungs= und Schiedsverfahren geschlichtet merben!

Berr Dr. Tille hat fich bei diefer Gelegenheit auch darüber verbreitet, welch weltumsturzendes Ereignis es sein wurde, wenn man ein obligatorisches Schiedsgericht einführen wollte. So etwas existiere nirgends in der Welt; ber Gedanke fei unerhört. Ein neuer Beleg, meine Damen und herren, für das, mas ich vorhin gesagt habe: daß die Berren, die immer gegen uns schreien, unsere Schriften nicht gelesen haben. Sätten fie fie jemals orbent= lich studiert, so mare es ganz unmöglich, daß sie nicht Kenntnis genommen hätten sowohl von den zahllosen Bersuchen, solche obligatorische Schiedsgerichte einzuführen, als auch von den gelungenen Durchführungen derfelben. 3ch will aber Herrn Dr. Tille nicht einmal auf die Schrift eines Ratheder= fozialisten verweisen; hier habe ich ein offizielles Aftenstud in Sanden, bas ich ihm dringend empfehlen möchte. Es ift dies Nr. 2172 ber Drucksachen ber Deputiertenkammer ber französischen Republik, session extraordinaire de 1904: Rapport concernant les différends relatifs aux conditions du travail et le droit de grève, vom Abgeordneten Colliard, ein ausgezeich= neter Bericht. Sie finden da fämtliche in den verschiedensten Staaten der Welt bereits bestehende Gesethe über obligatorische Schiedsgerichte abgedruckt. Das Weltumfturgende also ist längst Ereignis!

Noch eines will ich aus ben sonstigen Bemerkungen bes Herrn Dr. Tille hervorheben. Er hat gesagt, es sei niemals der Beweis erbracht worden, daß Wohlfahrtseinrichtungen von niedrigen Löhnen begleitet seien. Ein Beleg dafür, daß Herr Dr. Tille nicht einmal die Schrift gelesen hat, die zur Vorbereitung dieser Verhandlungen vom Vereine veröffentlicht worden ist. Hätte er sie gelesen, so hätte er darin den Nachweis des Herrn Dr. Günther gefunden, daß gerade unter dem Einsluß der Wohlfahrtseinrichtungen die Löhne im Saarrevier weit niedriger sind als im Ruhrrevier. Der vermißte Nachweis ist also erbracht, um der früheren Außerungen des Herrn Charles Grad über die Wirkungen der Wohlsahrtseinrichtungen auf die Löhne ganz zu geschweigen.

Gendu so steht es mit anderem, was meine Gegner vorgebracht haben. Bei der Kürze der mir verstatteten Zeit kann ich mich nicht bei solchen Einzelheiten weiter aufhalten. Auch habe ich allen Anlaß, der großen Anzahl von Rednern dankbar zu sein, die mich der Mühe enthoben haben, auf eine Fülle einzelner Gegendemerkungen zu antworten, indem sie das Unhaltsbare derselben bereits dargelegt haben.

Dagegen möchte ich noch ein paar Worte über etwas fagen, auf mas ich von Freunden im Privatgespräch aufmerksam gemacht worden bin, ba es vielleicht allgemeines Interesse erregt. Es ist mir gesagt worden, mein heutiger Vortrag zeige, daß in meinen Anschauungen über die Organisation bes Arbeitsverhältniffes und die Fortbildung des Arbeitsvertrags eine große Wandlung vor fich gegangen fei. Früher fei ich immer dagegen gewefen, baß fich ber Staat in biefe Organisation irgendwie einmische; heute erscheine ich als einer der energischsten Staatssozialisten. Darf ich da etwas retro= spektiv einige Worte sagen über bas, mas ich biesbezüglich in einem langen Beitraum — leiber erftrectt er fich fchon über 30 Sahre — veröffentlicht habe? Als wir den Verein für Socialpolitif ins Leben riefen, ftand ja biefes Thema, das wir heute behandeln, schon auf unserer Tagesordnung; und ich darf wohl fagen — ich sehe hier meinen verehrten Rollegen und Mitstreiter Schmoller vor mir -: in so manchen Dingen wir auch auseinander gingen, in einer Anschauung waren wir einig, nämlich, daß in früheren Jahrhunderten eine positive Ordnung der Industrie nicht nur eristiert, sondern auch wohl funktioniert hat; daß dann die Entwicklung der Berhältnisse zur Auflösung bieser Ordnung geführt hat, und daß aus ben Rämpfen, die mit diefer Auflösung verknüpft find, allmählich neue Organi= sationen herauswachsen werden. Und ich glaube auch sagen zu bürfen, daß Berr Professor Schmoller und ich noch in einem weiteren Bunkt einer Meinung gewesen find, darin nämlich, daß einmal die Zeit kommen werbe,

wo diese Organisationen sich als den Bedürfnissen entsprechend erprobt haben und eine folche Bedeutung erlangt haben würden, daß der Staat nicht umhin können werbe, zu fagen: jetzt erkenne ich euch an und gliedere euch, so daß ihr in das Staatsganze hineinpaßt, in meinen Verwaltungsorganismus ein. Das ift, wie ich glaube fagen zu burfen, von Anfang an unsere gemeinsame Anschauung gewesen. Dann ift eine Zeit gekommen, wo unfere Unschauungen etwas außeinander gegangen find. Berzeihen Sie, Berr Rollege, wenn ich hier über fo Perfonliches spreche; allein, es gehört hier gemiffermaßen gur Sache. Es kamen Zeiten, wo ber eine von uns bafür war, daß Gefetgebung und Berwaltung diese Entwicklung von oben herab leiten follten, mahrend ber andere etwas ffeptisch, ja widerwillig dem gegen= überftand, weil er nicht basselbe Bertrauen hatte zu bem Guten, mas von oben kommen wurde. Diefer andere war ich. Ich war der Meinung, daß man abwarten folle, bis die Dinge da seien, die man regeln wolle, damit fie nicht durch die Regelung von oben von vornherein verpfuscht murden. Meine Herren, wenn die Arbeiter von oben herab organisiert worden wären, fo hatte man die Organisationen von vornherein auf Gefinnungstüchtige beschränft; man hatte alle die Nichtgefinnungstüchtigen ausgeschloffen, und die existieren doch auch, und manchmal in größerer Zahl als die Gesinnungs= tüchtigen (Beiterkeit), und bamit mare die gange Organisation von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt gewesen. Als wir noch vor 15 Jahren über dasselbe Thema diskutierten, maren wir Gegner aus dem einfachen Grunde, weil die Berufsvereine in beachtenswertem Mage damals noch nicht Beute sind fie aber ba, und heute find fie fo ba, baß fie fein Mensch mehr umbringen kann, heute sind sie in einer fast allzugroßen Unzahl da; und die Frage ist nun: wie fangen wir es an, daß aus diesen Berufsvereinen wirkliche Organe einer Organisation ber Industrie werben?

Und nun komme ich zu dem Vorschlage, den ich gemacht habe. Wenn man sagen wollte, wir erkennen die christlichen Gewerkschaften als Berufse vereine an, so wäre zwar Herr Giesberts sehr vergnügt (Heiterkeit), aber die freien Gewerkschaften wären alle dagegen. Wir müssen also etwas schaffen, was die Organisationen jedweder Denomination fortbestehen läßt und wobei sie leben können nach ihrer Art, sonst haben wir sie zu Gegnern, und dann scheitert das ganze Beginnen. Wir müssen dafür sorgen, daß es eine allumfassende Arbeiterorganisation gibt, deren Vertretern man nicht entzgegenhalten kann: Wo ist eure Legitimation, um im Namen der Arbeiter zu reden?, indem diese Organisation gebildet und ihre Vertreter gewählt werden von der Gesamtheit der Arbeiter eines Gewerbes. Daß die betressend Gerren, Gerr Giesberts und Genossen und — nennen wir sie die

entgegengesette Richtung —, dabei auf ihre Rechnung fommen, daran besteht für mich kein Zweifel; die sorgen schon dafür, daß sie in dieser offiziellen Vertretung zu ihrem Rechte kommen. Und dann hätten wir eine Organisation, die auch in anderer Hinsicht, vom Arbeiterstandpunkt aus bestrachtet, als besonders vorteilhaft erscheint.

Es wurde heute sehr oft gefragt: Bas für eine Garantie bietet man bem Arbeitgeber bafür, daß ber follektive Arbeitevertrag auch von ben Arbeitern gehalten wird? Es wurde vorgefchlagen, ich glaube von herrn Dr. Harms, die Berufsvereine mit ihrem Bermögen haften zu laffen. Allein, dieser Preis ift den Berufsvereinen für ihre Anerkennung ju hoch; da ziehen fie es vor, lieber nicht anerkannt ju werben. Auf ber anderen Seite ift es ein höchst berechtigtes Verlangen der Arbeitgeber, eine Garantie zu erhalten, daß ihnen der Schaden, der ihnen aus Nichteinhalten des kollektiven Arbeits= vertrages seitens ber Arbeiter ermächst, ersett wird. Nichts mare ungerechter, als die Berechtigung biefes Berlangens zu verkennen. Wenn wir nun eine besondere offizielle Organisation schaffen, der fämtliche Arbeiter des Ge= werbes angehören, fo muß jeder Arbeiter regelmäßig einen fleinen Beitrag an diefe zahlen; außerbem muß die Organisation das Recht haben, Um= lagen von fämtlichen Arbeitern des Gewerbes zu erheben; das ist nötig, bamit die offizielle Organisation ihren Aufgaben gerecht werden kann. Da= mit erhält die amtliche Organisation Mittel, an die man sich halten kann, und mit denen sie dafür aufzukommen hat, daß die kollektiven Arbeits= vertrage auch gehalten merden; die Berufsvereine aber bleiben als besondere Gebilde baneben beftehen.

Es scheint mir nun heute die Entwicklung so weit vorgeschritten zu sein, daß der Staat sich damit zu befassen hat, die Gebilde, welche die natürliche Entwicklung hervorgerusen hat, anzuerkennen, mit welcher Unserkennung naturgemäß auch eine Ordnung des ganzen Arbeitsverhältnisse verbunden sein würde; und indem ich dies sage, glaube ich nicht inkonsequent gegenüber meiner Vergangenheit zu handeln. Es ist ja klar, daß man in politischen Fragen nicht in jedem Augenblick seine letzten Gedanken darüber, wie man sich die Zukunft denkt, ausspricht. Wenn ich vor 15 Jahren dasüber, wie man nicht zwangsweise offizielle Berufsvereine ins Leben rufen solle, so war ich nicht der Meinung, daß nicht der Tag kommen könne, wo der Staat sich mit der Anerkennung dieser Vereine befassen müsse. Man lese nur meine früheren Schriften.

Nun noch ein paar Worte über eine Frage, die Herr Professor Mag Weber angeschnitten hat. Ich glaube, daß er, was ich will, nicht richtig verstanden hat, was ich ihm nicht übel nehme; denn bei der Kürze der Zeit

konnte ich nicht viel Worte gerade auf diese Frage verwenden. Wenn ich ihn recht verstehe, benkt er sich meinen Borschlag so: Der Staat habe, wo eine Einigung nicht zustande kommt, ahnlich wie dies der Gesetzentwurf Millerand vorsieht, zu erklären: Wenn ihr euch mit den Arbeitgebern nicht einigen könnt, tritt im Augenblick, da die Mehrheit der Arbeiter dies befcließt, ein Arbeitsstillstand ein, bis ihr euch geeinigt habt; beschließt die Mehrheit, daß kein Arbeitsstillstand stattzufinden habe, so ift eine Arbeits= einstellung unterfagt. Das ift nicht mein Gebanke. Ich gehe bavon aus, daß die Bertreter ber Arbeitgeber und Arbeiter nicht erst, wenn ein Streit schon entbrannt ober im Werden ift, sondern in ein für allemal festgesetzten Beiträumen zusammentreten, um für eine begrenzte fommende Beit bie Arbeitsbedingungen zu vereinbaren, daß für die Dauer dieser Zeit dieser kollektive Arbeitsvertrag Gültigkeit hat und Lokalausschüsse und Betriebs= und Werkstättenausschüsse gemeinsam mit ben Arbeitgebern etwaige Streitig= feiten über die Subsumtion der einzelnen Fälle unter die vereinbarten Bestimmungen zu schlichten haben, daß die amtlichen Organisationen in der Weise, wie ich es vorhin angedeutet habe, bafür aufkommen, daß der Bertrag wirklich innegehalten wird. Bei folcher Ordnung ist, m. E., für eine Bestimmung ähnlich ber im Gesetzentwurf Millerand kaum Gelegenheit. Das ift in ber Hauptfache, mas ich noch nachtragen wollte. Es ift, wie Sie feben, weniger eine Polemif gegen ben verehrten Redner, als eine Erganzung deffen, mas ich fagen wollte.

Im übrigen danke ich meinen Zuhörern für die Nachsicht, die fie mir geschenkt haben.

### (Lebhafter Beifall.)

Borsitzender Professor Dr. v. Philippovich: Meine Herren, wenn ich nun, zum Schlusse schreitend, die heutige Diskussion zusammenkasse und sie zu einem Punkte führe, der mir eines der wichtigkten, wenn auch nicht alle wichtigen Momente deutlich hervortreten zu lassen scheint, so sei es mir gestattet, dies dadurch zu tun, daß ich an ein französisches Wort erinnere, das Chensson einmal gesprochen hat: Es gab bisher für die Unternehmer zwei Methoden, sich zugrunde zu richten: nicht zu verstehen, wie man produziert, oder nicht zu verstehen, wie man die Produkte an den Mann bringt. Heute gibt es noch einen dritten Weg: den, nicht zu verstehen, wie man Menschen behandelt.

## (Sehr gut!)

Das ift die Grundfrage, um die sich, glaube ich, hier die ganze Diskufsion gebreht hat. Ich nehme an, daß wir alle auf bemselben Boben stehen, die

Gegner wie die Anhänger der Thesen, welche Herr Professor Brentano vertreten hat, daß die Erhaltung der deutschen Industrie, die Erhaltung und Kräftigung und Förderung der Arbeiterschaft innerhalb dieser Industrie, ihre Führung zu einem körperlich und geistig entwickelteren Dasein ein von allen angestredtes Ziel ist. Das bestreiten wir auch den Gegnern des Herrn Professor Brentano nicht. Sie sind der Meinung, daß dieses Ziel erreicht werden kann auf Grund einer Auffassung des Arbeitsverhältnisses, welches wir als ein Herrschaftsverhältnis bezeichnen, und das auch in ihrem Sinne ein Herrschaftsverhältnis sein soll. Die entgegengesetze Meinung, die vertreten wurde, war die: das Arbeitsverhältnis soll ein Hilfsverhältnis sein, was durchaus nicht ausschließt, daß die helsenden Mitarbeiter dem Arbeitzgeber unterworsen sind während dieses Arbeitsvertrages auf Grund der Bedingungen des Arbeitsvertrages, die eingegangen worden sind. Dagegen bedingt diese Ausseitsvertrages die Gleichsberechtigung tatsächlich, nicht bloß formell, ausrechterhalten werde.

Das waren die beiden Gegenfätze, die einander gegenübergetreten sind. Ich will nicht so weit gehen wie der Herr Regierungsrat Leidig und erstlären, es waren zwei Weltanschauungen, die einander gegenübergestanden sind, es möchten sonst unsere Erörterungen den Charakter des Theologens gezänks bekommen. Ich glaube vielmehr, es waren allerdings zwei scharfe Gegensätze, die sich aber doch zu einem Ziele hindewegen, zu dem Ziele, eine Klärung der Meinungen, der Anschauungen über die tatsächlichen Vershältnisse herbeizusühren, damit auf Grund dieser Klärung die maßgebenden Faktoren in der Gesetzgebung und in der praktischen Politik denjenigen Weg einschlagen, der zu dem ersterwähnten, von uns allen gemeinsam erstrebten Ziele führt.

Dazu hat, wie ich glaube, diese Diskussion in großem Maße beigetragen; und wir können mit Befriedigung auf dieselbe zurücklicken. Sie war ausgezeichnet dadurch, daß eine große Anzahl Arbeiter an derselben teilgenommen und zu dem Thema in sachlicher Weise mit wertvollen Beiträgen, sofern sie geschöpft waren aus dem praktischen Leben, gesprochen haben. Sie war ausgezeichnet dadurch, daß die Herren Bertreter der Arbeitzgeberinteressen ihren Standpunkt mit aller Klarheit und wünschenswerten Offenheit und Geradheit hier vertreten haben. Sie war ausgezeichnet daburch, daß in der Entwicklung der Anschauungen in bezug auf die Ordnung des Hilßarbeiterverhältnisses — wie wir es auffassen — sich zweisellos ein Fortschritt gezeigt hat, der nun auch zu uns übertragen will, was außerhalb Deutschlands und außerhalb Österreichs bereits durch praktische Maßnahmen erprobt ist. In Genf, in Neuseeland, Viktoria, Südaustralien, Kanada be-

stehen berartige Einrichtungen, wie sie Herr Geheimer Rat Brentano vor= aeschlagen hat. Aber ich glaube, wir burfen bas jum Schluß mohl bervorheben, so weit find wir auch durch die heutigen Berhandlungen noch nicht gekommen, daß wir fagen könnten, welches die Form diefer Organisationen. zu benen die Entwicklung treiben wird, sein wird. Ich erinnere in diefer hinsicht an die Bemerkungen, welche von den herren Dr. Leidig, Dr. Tille, Dr. Harms, Dr. Weber gemacht worden find. Aber wir haben, glaube ich, die Diskussion des Problems gefordert. Der Berr Referent, Professor Brentano, hat durch seine Thesen zu weiteren Erörterungen und Diskussionen Unlaß gegeben, und feinem Bunfche, daß die Gefetgebung auf bem Gebiete ber Förderung der Arbeiterorganisationen eingreife, haben sich mit Ausnahme ber ersterwähnten Richtung viele Rebner angeschlossen, wenn auch nicht alle von ihnen die Thefen bes Referenten afzeptierten. Es fei mir gestattet, hier hinzuzufügen, daß wir doch auch unterscheiben muffen zwischen formalem Recht und der Auslegung des Rechts. Ich glaube, daß heute schon vieles anders werden könnte, wenn die Auslegung des Rechts anders märe.

#### (Sehr richtig!)

Es brauchte nur der Geist der Richter ein anderer zu sein, es brauchte nur die heute in ihrer Bedeutung vielsach angezweiselte öffentliche Meinung eine andere zu sein. Und in dieser Richtung eingewirkt zu haben, der öffentslichen Meinung, dem Geist der Richter bzw. aller derzenigen, die praktisch zu handeln haben, einen Anstoß zu einer vertiesten, freieren Auffassung des Arbeitsverhältnisses zu geben, dazu hat, glaube ich, unsere heutige Versammslung beigetragen, und damit können wir mit Befriedigung auf sie zurücksblicken.

(Schluß der Sitzung 3 Uhr 45 Min.)

## Dritte Sißung.

Mittwoch, den 27. September 1905.

Die Sitzung wird um 101/4 Uhr durch den Vorsitzenden Professor Dr. Rathgen (Heidelberg) eröffnet.

Borsitzender Professor Dr. Rathgen (Heidelberg): Der gestern gewählte Ausschuß hat sich in üblicher Weise ergänzt durch die Wahl der fämtlichen Herren, die vorher in dem Ausschusse waren, und hat hinzugewählt Erzellenz von Rottenburg und Herrn Dr. Schott aus Mannheim. Der Ausschuß hat sich konstituiert und zum ersten Vorsitzenden Herrn Professor Dr. Schmoller, zum zweiten Vorsitzenden Herrn Professor Dr. Gierke (Berlin), zum ersten Schriftsührer Herrn Dr. Geibel, zum zweiten Schriftsührer Herrn Prosessor Dr. France, zum Schatzmeister Herrn Stadtrat Ludwig-Wolf (Leipzig) gewählt.

Ich eröffne die Berhandlung über die Kartelle und bitte Herrn Professor Schmoller, die Debatte einzuleiten.

# Das Verhältnis der Kartelle zum Staate.

## Referati

von

## Professor Dr. Gustav Schmoller (Berlin).

Hochverehrte Versammlung! Ich soll die Debatte über das Thema: "Das Verhältnis der Kartelle zum Staate" einleiten. Dem volkswirtschaftslichen Thema der Kartelle kommt an Bedeutung heute kein anderes gleich. Denn es schließt die ungeheuren sozialen und organisatorischen Veränderungen in sich, die seit 40-50 Jahren im Begriffe sind, sich durchzusehen. Die Kartelle sind nur ein Glied in der Kette, die vom alten lokalen Kleinbetried zur Fabrik, zum Großbetrieb, zur Aktiengesellschaft, zum Riesenbetrieb, von der freien Konkurrenz vieler kleiner und mittlerer Geschäfte zur zentralistischen Leitung immer größerer Unternehmerorganisationen, zum halben oder ganzen Monopol derselben, vom freien individualistischen Arbeitsvertrag zu Arbeiterzund Arbeitgeberverbänden und deren Kollektivverträgen, vom laissez faire zur gesellschaftlichen und staatlichen Organisation der nationalen Arbeit, vielleicht gar zur sozialistischen Staatswirtschaft führt.

Lassen Sie mich, scheinbar abschweisend von unserem Thema, zuerst ein Wort darüber sagen, wohin diese Entwicklung da geführt hat, wo sie am freiesten sich entwickeln konnte: in den Vereinigten Staaten. In diesem Lande hat man das gesamte Vermögen im Zensus von 1900 auf etwa 396 Milliarden Mark geschätzt, und das Kapital, das in den Trusts, in den Riesenaktiengesellschaften, in den Eisenbahnen, in den großen lokalen Monopolen und Uhnlichem steckt, 1903 auf etwa 80 Milliarden. Ein oder

zwei Dutend Milliardare und einige Dutend Millionare, die jährlich um viele Millionen sich bereichern, regieren alle die Riefenbetriebe, in welchen jett schon etwa 1/5 des gangen nationalen Vermögens steckt. Die Tendeng auf Vereinheitlichung ber Leitung aller großen Geschäfte, auf die möglichste Stillstellung ber Konkurreng hat babin gewirkt, daß in die Leitung all ber großen industriellen Trusts immer wieder dieselben Bersonengruppen berufen werden, welche die Eifenbahnen und ihre großen Gruppen, die Banken und ihre wenigen Hauptgruppen lenken. Von Lierpont Morgan hat man 1903 berechnet, daß er Geschäfte mit 30 Milliarden Mark leite, in den vorher= gehenden 11/2 Jahren folche von 8 Milliarden Mark gegründet habe. Dieselben relativ engverbundenen Gruppen übermächtiger Geschäftsleute beherrschen bie Presse, Die Parteien, Die Gerichtshöfe, Die lokalen und staatlichen Bertretungen, zulett im ganzen auch die innere und äußere Politik bes Landes. natürlich nicht, ohne daß ftarke Gegenbewegungen ber von ihnen Geschädigten, der gefamten von ihnen unabhängigen Kreise, der Gebildeten und der Arbeiter entstanden maren und nicht, ohne daß vorübergehend sehr ftarke Sakgefühle ausgelöft worden maren, und diese überstürzte Gesetze gegen die Berrschaft ber Geldmagnaten herbeigeführt hätten.

Die an der Spite stehenden Geschäftsleute find vielleicht die genialften, energischsten, klügsten, die je die Welt gesehen; aber es sind wohl auch die geriebensten und rudfichtelosesten. Böchstens bie Gelbfürsten Rarthagos und bie Spiten ber römischen Gelb= und Publikanenaristofratie jur Zeit ber Bürgerkriege laffen fich etwa mit diesen Truftführern vergleichen; aber jene beiden Klaffen hatten doch mohl noch mehr politischen Sinn und politische Schulung, fie gingen nicht so im reinen Geldmachen auf wie biefe. Die Rapitalmagnaten ber Renaissance, vor allem die Medizäer, besonders Cosimo der Alte, der pater patriae, aber auch die Fugger und Welser waren ebenso Baterlands- und Runftfreunde, große Staatsmänner, als königliche Raufleute; ihnen sind die Rockefellers und Genossen in keiner andern Weise, als in der rein geschäftlichen Fähigkeit zu vergleichen. Den unbestritten ersten Führer der amerikanischen Trustmagnaten, John Rodefeller, fennzeichnet ein von ihm ruinierter Hamburger Raufmann 1, der lange in dem Lande seiner Tätigkeit und in seiner Nähe lebte, folgendermaßen: "Dieser Schotte ift nüchtern, streng firchlichfromm und völlig ruchlos: fein Seelenleben ist nur von ftupidem Gottesbienft und Geldmachen ausgefüllt; fein Gemiffen hat ihn je gehemmt, andere zu vernichten." Man hat ihn in Amerika vielfach einen Tiger genannt; "seine hervorragenden Gigenschaften find feige Ber-

<sup>1</sup> Th. Duimden, Die Trufts und die Bukunft ber Rulturmenschheit, 1903.

schlagenheit und vollendete Empfindungslosigkeit für all die Tränen und das Elend der Tausende, die er durch Gewalt und Betrug zugrunde gerichtet hat." Schon in den neunziger Jahren wurde sein Bermögen auf über eine Milliarde Dollars geschätzt; einer Tochter gab er 100 Millionen mit. Er selbst ist jetzt gesundheitlich ein ruinierter Mann, der 5 Millionen Dollars dem versprach, der ihn heile; er spendet jährlich 30 Millionen für kirchliche Zwecke, hat es aber erlebt, daß ihm eine angesehene kirchliche Gemeinschaft neuerdings sein Geld zurückwies, sie nehme kein geraubtes Geld.

Ich weiß nicht, wie viel von dieser, so viel ich weiß, unwidersprochen gebliebenen Schilderung wahr ist; aber sie kennzeichnet jedenfalls die Stimmung, die über ihn herrscht. Zur Charakterisierung dieser Stimmung noch ein paar beweiskräftige Dokumente. Der sogenannte Boß der jetzt regierenden republikanischen Partei, M. Hanna, bis zu seinem unlängst erfolgten Tode dem Präsidenten der Republik nahe stehend, hat in einer Versammlung der ersten Finanzgrößen im April 1903, als eine Krisis, ja eine revolutionäre Bewegung zu drohen schien, erklärt: "Wenn wir uns weiter benehmen, wie in den letzten zehn Jahren, so gehen wir einer sozialen Revolution entgegen. Der Schuldige ist Wallstreet (der Ort der New-Yorker Vörse). Die mittleren Klassen sind erschöpft, die Kauskraft der Arbeiter hat außerordentlich absgenommen. Wenn der Tag der Revolte kommt, so wird man den Kopf von P. Morgan für alle Übel verantwortlich machen."

Während so in einem Moment ber Angst einer ber Eingeweihtesten sprach, schrieb eben damals einer der Führer der Sozialisten an denselben Mann, den Hanna als den von der Bolksmißgunst bedrohtesten bezeichnet hatte, an den Schüler und Genossen Rockefellers in einem offenen Brief: "Sie sind der Leiter der großen Trustbewegung, welche die Kulturvölker auf den kommenden Sozialismus besser vorbereitet als die schwachen Versuche der Arbeiter es tun könnten. Die alte Schule hat immer gesagt, daß einzelne Menschen keine Riesenunternehmungen leiten könnten. Die Trusts beweisen das Gegenteil. Die wachsende Stimmenzahl der Sozialisten nötigen uns, unsere Schuld gegen Sie und Ihre Genossen anzuerkennen, denn Sie demonstrieren die Durchführbarkeit und Unverweidlichkeit des Sozialismus."

Während so ber Sozialismus über die Trusts urteilt, will ber frühere bemokratische Präsidentschaftskandidat William J. Bryan jest ein Bundessgeset durchseten, das von jedem über einen Staat hinausgehenden Trust die

¹ Ich weiß wohl, daß auch in den Bereinigten Staaten edlere und höher ftehende Männer an der Spige mancher Trusts stehen. Aber ich wollte in Rockesseller einen Typuß zeichnen, der, wenn er siegt, alle wirtschaftliche und soziale Resform erschwert, wenn nicht unmöglich macht.

Konzession einer Bundesbehörde fordert; diese soll verweigert werden, 1. wenn eine Verwässerung des Kapitals stattsindet; 2. wenn der Trust ein Monopol darstellt, und das soll angenommen werden können, je nachdem er  $25-75\,^{\rm o}/_{\rm o}$  der Produktion umfaßt. Zedem dagegen Handelnden soll jede Benutzung von Eisenbahn, Post und Telegraphen von Bundeswegen gesperrt merden.

Sie werden nun vielleicht fagen, wozu diese Anführungen über die Justände der Bereinigten Staaten, über die dortigen Trusts, die mit unseren Buständen, unseren Kartellen gar nicht zu vergleichen sind. Ich gebe zu, daß unsere Bersassungs- und Rechtsverhältnisse gänzlich andere sind, daß unsere Kartelle, wenigstens die meisten, wesentlich andere Gebilde sind, daß ihre Leiter von den Schattenseiten der Führer der amerikanischen Trusts meist mehr oder weniger frei sind. Aber die Grundtendenzen in der wirtschaftlichen Bewegung sind doch dieselben. Amerika ist nur viel schneller und kühner auf der Bahn vorgedrungen. Es gibt viele kluge Geschäftsleute und manche spekulativ denkende Gelehrte, welche auch für uns eine rasche Berwandlung unserer losen auf Zeit geschlossenen Kartellverbindungen in zentralistische Riesenaktiengesellschaften, wie es jetzt die meisten Trusts sind, erhossen.

Bor allem aber ber Kern bes Problems ift hüben wie brüben vom großen Teich berfelbe; und in biefen Kern wollte ich Sie burch meine Erzählung einiger amerikanischer Tatsachen etwas lebendiger einführen, als es ein Bericht über deutsche Tatsachen vermöchte. Ich sehe ben Kern eben in der Frage, die mir heute zu diskutieren haben: d. h. in dem Berhältnis der privaten, auf Gewinn berechneten, Milliarden umfassenden Geschäftsorgani= fationen mit monopolistischer, ben Markt regierender Tendenz gegenüber dem Vertreter ber allgemeinen Volksinteressen, gegenüber ber Staatsgewalt. Wenn M. Hanna seine Trust= und Geschäftsfreunde beschwört, umzukehren, weil fonst die soziale Revolution komme, wenn die Sozialbemofraten sich feierlich bei P. Morgan bedanken, wenn ein Präsidentschaftskandidat alle Trusts unter harte bundesgesetliche Normen zwingen will, so ist das alles nur der Ausbrud ber mit Bucht burchbrechenden Erfenntnis, bag man jest vor ber Frage stehe, ob der Staat und die Gesamtinteressen oder einige riesenhafte, private Rapitalistenverbande und ihre Gewinninteressen bie Berrschaft über Die Bolkswirtschaft und ben Staat haben follen? Die Amerikaner gedenken jett wohl ber Worte ihres größesten alteren Nationalökonomen, bes sterbenben General Walker: Die Trusts konstituieren eine wirkliche Tyrannei, und Amerika wird sich von ihr befreien, wie es sich von allen anderen Tyranneien befreit hat. Sie gebenken vielleicht auch ber Worte des fähigsten Beobachters und Schilberers der amerikanischen Trusts: des Herrn Rousiers vom Musée sociale aus Paris: Die Trusts wären ungefährlich, wenn der Staat seine Pflicht täte, die öffentlichen Dienste an sich nähme, wenn er nicht künstlich die Trusts förderte, durch Schutztarise züchtete. Dann wäre die industrielle Konzentration keine Bedrohung der Konkurrenz.

Und bereitet sich nicht ein ähnlicher Umschwung in dem Urteil über die Kartelle in Deutschland vor, wie in Amerika über die Trusts? Sehr lange hatten wir eine überwiegend optimistische Stimmung, aber seit ein dis zwei Jahren sieht man doch auch mehr die Gefahren und Schattenseiten, fordert vom Staate Maßregeln gegen die Auswüchse dieser ganzen Entswicklung.

Lange hatte die Wissenschaft fast nur Gutes von den Kartellen zu sagen gewußt. Selbst die erheblichsten sozialdemokratischen Vertreter der Wissenschaft betonten die Notwendigkeit und Heilsamkeit der Kartelle. Unsere maßegebenden Minister trieften bei jeder Gelegenheit von Lob. Sine Kartellsenquete wurde gemacht, in der man den Wünschen der Kartelleiter möglichstentgegenkam. Es war nicht ganz falsch, wenn man von ihr sagte, es sei jedenfalls mehr eine Enquete für als gegen die Kartelle geworden.

Und nun seit 1-2 Jahren. Der Juristentag hat mit großer Majorität eine energische Staatskontrolle der Kartelle gesordert. Unsere Minister gesstehen jett, daß sie zu optimistisch gesehen; so nötig und heilsam die Kartelle seien, so müßte doch ihre Macht eine Schranke an den Gesamtinteressen sinden, deren Wahrung der Staatsregierung obliege. Die Ausdehnung der staatlichen Kohlenwerke, die Versuche, die Hibernia zu erwerden, die gesetzliche Sistierung der Verleihungen von Kaliz und Kohlenschäßen sind ebenso Schachzüge gegen die großen Kartelle, wie die aus der Initiative des Landstags hervorgegangene Ausschließung derselben Kapitalorganisationen von der Herrschaft auf den neuen Wassellichung derselben Kapitalorganisationen von der Herrschaft auf den neuen Wassellichung der Kohlenz und Kalischäße, erinnert man daran, daß diese, wie alle ganz beschränkten Naturschäße eines Landes, nach einem unvertilglichen Rechtsgefühle in der Haupssache der Gesamtheit des Bolkes zugute kommen sollten, nicht einigen Wenigen, die daraus ein Privatsmonopol für sich zu machen wüßten.

Es ist natürlich und berechtigt, daß dieser Umschwung der Stimmung den Kartelleitern und allen durch die Kartelle Gewinnenden unangenehm ist. Sie sind erstaunt und empört, daß die Sprache der Minister um einige Rüancen anders geworden ist; sie klagen elegisch, daß man den großen Industrien und den Kartellen keine Ruhe lasse. Ja sie verlangen ziemlich Spriften CXVI. — Verhandlungen 1905.

offen Befeitigung der Störenfriede in den höchsten Amtern; ein Bertreter dieser Richtung verstieg sich zu der öffentlichen Behauptung im Herrenhaus, der Ministerpräsident, der natürlich diese Dinge nicht so recht verstehen könne, bei dem man also mildernde Umstände annehmen könnte, sei von den maßegebenden Ministern getäuscht worden.

Meine Herren! Was heißt es, man folle die Kartelle in Ruhe lassen? Kein Verständiger wurde diesem Wunsche nach Ruhe entgegen fein, wenn bie Kartelle ihrerseits die ganze übrige Bolkswirtschaft in Ruhe, d. h. in ihrem alten Buftande ließen, wenn die alte Breisbildung, die alte Art der Marktversorgung, ber Konkurrenz bieselbe bliebe, wenn die Behandlung der Konsumenten, ber Arbeiter, ber Sändler, aller übrigen Geschäfte in ben althergebrachten Bahnen geblieben wäre. Aber bavon ift ja gar keine Rebe. Die Kartelle schaffen eine gang neue Berfassung ber Bolkswirtschaft, eine gänzlich andere Machtverteilung auf dem Markte und zwischen den Gefellschaftsklaffen, eine gang neue Art ber Preisbilbung und Geminn- resp. Einkommensverteilung, furz wirtschaftliche Zustände, welche von den 1815 bis 1880 gewordenen schon jett fehr verschieden find und immer verschiedener Und fie haben dabei die Initiative; fie find die fortschrittlich fühnen Neuerer. Das ift ihr Ruhm und Verdienst, aber auch die Ursache, baß sie angefeindet werden. Die Träger jeder großen Neubildung in der Gefellschaft schreiten über Leichen, weil fie Reues schaffend bas Alte beseitigen. Mögen viele ein noch so reines Gewissen haben, mögen die Formen bes mirtschaftlichen Lebens, die fie ausbilden, in der Linie liegen, der die Zufunft gehört, die unserem Baterlande frommt, zufrieden kann die Masse bes Bolkes nicht leicht sofort mit ihnen fein. Nur die Weiterblickenden verstehen sie, und sie felbst erschweren meist noch dieses Verständnis, weil sie naturgemäß weber für ben Staat, noch für die Gesamtinteressen einen ebenso scharfen Blick haben wie für ihre Geschäfts- und Gewinninteressen, weil unter ihnen, als fühnen Bahnbrechern, ftarke Willensmenschen, einseitige Gewalt= menschen nicht fehlen können. -

Meine Herren! Wenn ich nun versuchen soll, das Verhältnis der beutschen Kartelle zur Staats= resp. Reichsgewalt kurz zu erörtern, so schicke ich voraus, daß ich in dem kurzen Rahmen einer kleinen Stunde weder die Verfassung der Kartelle und der Trusts, noch ihre Vorteile und Rachteile, ihre Politik im einzelnen schildern kann. Ich darf das ja auch alles in diesem Kreise als bekannt voraussen. Ich will nur versuchen, Ihnen kurz vorzusühren, daß und warum die Kartelle und die ganzen Konzentrations= tendenzen unserer Industrie naturgemäß zunächst mit Notwendigkeit in Gegensat und in Kämpfe mit den meisten übrigen Kreisen der Volkswirtschaft

kommen muffen; ich will kurz Ihnen vorführen, wie die Neugestaltung zusgleich große Machtverschiebungen und Machtkämpse erzeugt, und wie daraus wieder die Notwendigkeit der Erwägung eintritt, ob nicht eine neue Gesetzgebung anstelle der alten von den Kartellen beiseite geschobenen treten muffe, ob nicht im Gesamtinteresse das Recht und die Politik des Staates auf die bestimmte neueste Art des wirtschaftlichen Konzentrationsprozesse einzuwirken berusen sei. Ich gehe zunächst vom wichtigsten praktischen Punkte, der Preisbildung aus.

Die Kartelle wollen in erster Linie höhere Breise für ihre Brodufte. nur badurch kommen die notleidenden Industriezweige wieder in gute Lage. Das Publifum muß die höheren Breise gahlen; es kann damit nicht ohne weiteres zufrieden sein. Bleiben wir einen Moment bei den deutschen Kohlenpreisen stehen: Die Tonne westfälischer Kohle 1 kostete 1861-69 zwischen 5,50 und 6,40 Mf., bann wieder 1876-88 zwischen 4,71 und 6,60 Mf., nur vorübergehend maren die Preise dagwischen höher; mit den Kartell= bestrebungen am Ende der 80er Jahre stiegen die Preise 1889-1903 dauernd auf 8-11, ja zeitweise 12-13 Mf. Mag man dabei dem Publikum mit Recht fagen, ohne die Kartelle mare bas Steigen 1898-1901 viel ftarker, ber Fall nachher viel jäher gewesen; es bleibt doch natürlich, daß die Gifen= industrie und das Publikum sagt, so lange die Rohle 5-6 Mk. kostete, waren wir beffer baran als in ber Zeit mit 8-11 Mf. Die Kohlenverbraucher können jedenfalls nicht fo zufrieden fein wie die Aftienbesitzer, beren Dividenden von 2-3 auf 6, oder von 6-10 auf 20-50 % stiegen, oder wie die Augenbesitzer, beren Augenwerte gewaltig, g. B. bei "Graf Bismarck" von 12000 auf 74000 Mf. stiegen. Die Aktien stiegen 1893 bis 1905 z. B. bei "Nordstern" von 40 auf über 300, bei "Konsolidation" von 140 auf etwa 450.

Auch wenn man den Kohlenverbrauchern sagt, die früheren Kohlenpreise seinen verlustdringend gewesen: in der Kartellenquete sprach ein Sachverständiger von 15 Mill. Mark jährlicher Zubuße, die damals für die Zechen nötig gewesen seien; auch wenn man ausführt, wie die Produktionskosten gestiegen, die Arbeitslöhne in die Höhe gegangen seien, wenn man versucht nachzuweisen, daß ohne die Steigerung der Kohlenpreise der ganze große volkswirtschaftliche Ausschung von Rheinland-Weststelen, von Oberschlessen usw. nicht möglich

¹ Ich folge in ben Preisangaben bem vom Berein ber bergbaulichen Intereffen usw. herausgegebenen Werke: Die wirtschaftliche Entwicklung des niederrheinische westfällschen Steinkohlenbergbaues in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts I, S. 230 und sonst.

gewesen mare, - immer bleibt bie Frage, ob bie Breife nicht ftarker ftiegen, als biefe Urfachen es nötig machten. Und alle Wahrscheinlichkeit spricht für ein folch ftarkeres Steigen. Wenn bas Syndikat seine Zwecke überhaupt erreichen wollte, so mußte es ja erhöhte Durchschnittspreise und erhöhte Geminne bringen, nicht bloß ben Erfat ber erhöhten Produktionskoften. Die Rurse und Werte der Kohlenindustrie konnten nur bei wesentlich erhöhten Gewinnen steigen. Und auch Herr Geh. Rat Kirdorf sprach in ber Enquete bavon, daß "bie Werte ber Rohleninduftrie unter bem Schute bes Rohlensynditats fich ungeheuer gehoben hatten". Ein Stadtrat gab in ber Enquete 1 aus einer Stadt mit großen Rohlenwerksbesitzern und bedeutenden Kohlenhändlern vertrauliche Mitteilungen darüber, wie 1897 bis 1901 das Einkommen der einzelnen hier in Frage stehenden Personen "aus Gewerbe und Sandel" geftiegen; es handelte fich um eine Zunahme von Hunderten von Prozenten, absolut um Hunderttausende von Mark. Und mas die Befitzer mehr einnahmen, haben die Rohlenkonsumenten mehr bezahlt. Auf bem Markte gilt, wie oft im Leben: "Was bem einen sein Uhl, ift bem andern feine Nachtigall."

Steht man nun auf dem Standpunkt der alten freien Konkurrenzlehre. fo fagt man, bas ift eben unabanderliches Schidfal; die herrschaft von Angebot und Nachfrage hat stets folche Folgen. Aber die Kartelle wollen ja eben die freie Preisbildung vom höheren Standpunkt eines Gesamtinteresses forrigieren; fie tun es auch da und dort; aber ihre Macht und ihre Monopol= ftellung verführen fie auch zeitweise und unter Umständen zu einer Preissetzung, welche bem einen zu viel gibt, bem andern zu viel nimmt. Als bie gablreichsten Industrien in der Enquete flagten, das Rohlensyndifat hatte 1901-1902 die Tonne Kohlen nicht bloß um 25 Pfg., sondern mindestens um 1 Mf. heruntersetzen muffen, widersprach ein naiver Syndikatsintereffent nicht etwa mit Argumenten, die der Marktlage entnommen waren, sondern mit der Bemerkung, das hätte ja bei einer Förderung von 60 Mill. Tonnen ben Zechenbefitern 60 Mill. Mark gekoftet, bas fei für fie eine zu große Rumutung. Die vielfach recht notleibenden Rohlenfäufer werden gegen eine folche Argumentation einwenden, diese 60 Mill. Mark hätten sie noch viel nötiger gebraucht als die Zechenbesitzer, deren fette Dividenden durch Berabfetsung um 1 Mf. vielleicht von 12-30 % auf 8-24 % herabgegangen In Preußen murben 1895-1902 723 Mill. Tonnen Steinfohlen gefördert; hätten sie noch 6 Mf. gefostet, so hätten die Zechen 4248 Mill.

<sup>1</sup> Ich führe hier nichts aus den Mitteilungen an, die im gedruckten Protokoll weg blieben, sondern nur das, was da gedruckt steht, also publici juris ist.

Mark bafür eingenommen; sie haben in Wirklichkeit 8—10 Mk., durchschnittlich 9 Mk. pro Tonne eingenommen, das gab eine Mehreinnahme von 2116 Mill. Mark gegenüber dem Preis von 6 Mk. Die Kohlenverbraucher fragen mit Recht: war es notwendig, daß wir so über 2 Milliarden mehr zahlten; hätten entsprechend dem berechtigten Zwecke der Syndikate, entsprechend dem Mehrbedark, den gesteigerten Produktionskosken nicht vielleicht 1 oder  $1^{1/2}$  Milliarden Mehreinnahmen gereicht? Hätte das nicht ebenso oder besser Warktlage entsprochen als die Mehreinnahme von über 2 Milliarden?

Die Rlagen über die höheren Rohlenpreise und Breise der Rohstoffe überhaupt kommen einerseits aus der Masse der Konfumenten, anderseits aus der fohlenverbrauchenden Induftrie. Die Ronfumenten find nicht organisiert; wenn nicht der Staat oder öffentliche Bertretungen ab und zu an ihre Interessen benken, kommen sie nicht zu Worte, vollends heute nicht, wo man ftets nur die Broduzenten fragt, ihr Interesse berücksichtigt. So haben in der Diskuffion der letten Jahre nur die Rohlenkäufer, welche zugleich Produzenten find, das Wort geführt. In der Kartellenquete brachten die Vertreter der Gasanstalten, der Kleineisen= und Maschinen= industrie, der weiteren und feineren Gisenverarbeitung überhaupt naturgemäß die stärksten Rlagen darüber vor, daß ihnen die Rohle, der Roks, das Eisen feit Sahren durch die großen starten Rohstofffartelle verteuert worden sei. Der Maschinenfabrikant Bengki sprach aus bem Munde Taufender, als er in der Enquete rief: "Die gangen deutschen Berfeinerungsindustrien liegen auf dem Rücken, mahrend die Rohlenzechen nicht miffen, wo sie mit dem Gelde bleiben follen." Und zwei wichtige Umstände, welche durch die Syndifatsbildung ftarf gefördert murden, verschärften diese Rlagen. Einmal ber Erport von Rohstoffen ins Ausland zu Preisen, die tief unter den Inlandspreisen standen. Ich ermähne, daß nach der Enquete die Tonne Koks im Ausland zu 8 Mf. verkauft wurde, mährend der deutsche Inländer 17,50 Mt. zahlte. So notwendig in Zeiten der Überproduktion billige Auslandsverfäufe an fich find, um ben inneren Markt zu entlaften, fo naturgemäß ift doch die Mißstimmung des Inlanders. Die Differenzen der Mus- und Inlandspreise sollten gemisse Grenzen nicht überschreiten. wenn die Syndifate das Mifliche diefer Preisdifferenzen durch Erportprämien an die weiterverarbeitenden Induftrien teilweise gut zu machen suchen, so ift bas für die Betreffenden ein Geschenk, bas abhängig macht. Und es bleibt mahr, daß mit billigem Rohstofferport die fremden Konkurrenten unserer Berfeinerungsindustrien auf Rosten Deutschlands geforbert werden, und daß es im Prinzip normaler ift, verfeinerte Produkte, in welchen viel Arbeit steckt, und nicht Rohstoffe zu exportieren. Unsere ganze deutsche Wettbewerbsfähigkeit auf bem Weltmarkt, sagte Bentki in ber Enquete, wird durch die Kartelle bis ins Mark erschüttert.

Der zweite durch die Syndikatsbewegung geförderte, auf viele Eisengewerbe drückende Umstand ist der, daß die großen führenden Werke der Syndikate durch Fusionen und Angliederung eines Teils der verarbeitenden Produktionsskadien die selbskändigen Walz- und ähnlichen Werke mehr und mehr tot machen. Durch die Verbindung von Kohlenzechen, Hochösen, Stahlewerken, Walzwerken und anderen Verarbeitungsskadien dis zur Maschineneindustrie wird an löhnen, Feuerung, Spesen aller Art gespart. Es liegt in dieser Tendenz ein technischer und betriebsmäßiger Fortschritt. Aber die daburch geschädigten mittleren und kleineren Unternehmungen fühlen natürlichnur ihren Schaden; es ist nur zu begreiflich, daß sie Gegner dieser ganzen Bewegung sind.

Auch die Sändler stellen ein erhebliches Kontingent zu benen, Die sich geschädigt fühlen. Der Rohlengroßhändler beherrschte die Bechen, die Kohlenpreise, die Bedingungen des Kohlenhandels zur Zeit der Kartelllosiafeit, zur Zeit der starken Konkurrenz der Zechen untereinander. Das wurde mit bem Syndifat anders. Best ift ber Rohlenhandler ber gehorfame abhängige Diener ber Kohlenerzeuger. Und es wird nicht jedermann für bas Natürliche und einzig Berechtigte finden, daß der Händler vom Erzeuger und nicht diefer vom Sändler abhänge. Einzelne ber Großhändler haben freilich in ber Kartellenquete bas Lob ber Syndikate reichlich gefungen: man hatte aber gewiffe Zweifel, ob bas aus innerfter Seele komme, ober ob nicht bie Gunft der allmächtigen Syndikate auf diese Weise gesucht werden sollte. Und andere Sändler hatten den offenen Mut, es auszusprechen, daß die Bändler mehr und mehr abhängige Beamte oder Agenten des Syndifats werden. Der Großhändler Fulda aus Frankfurt rief: "Die freie Bewegungs= möglichkeit ift ben Kohlenhändlern genommen, die Intelligenz bes einzelnen ift völlig ausgeschaltet; ber Flinke und ber Faule, ber Große und ber Kleine, fie find alle gleich." Bohminkel, ein alter murbiger Duffeldorfer Großhändler, meinte, er und feine Rollegen fonnten vor den Synbifatsherren nur mit bem Rufe erscheinen: Morituri te salutant. Die Mitgliedschaft bei einer vom Syndikat begründeten Rohlenverkaufsgesellschaft sei zur blogen, fünftig aussterbenden Sinefure herabgefunken. Er bat das Syndikat, doch zu bedenken, ob fie wirklich den Großhandel fo fehr in Fesseln schlagen müßten. Und ebenso ftarke Rlagen famen von seiten ber Rleinhandler zu= tage, die von den Berkaufsgenoffenschaften nun die Waren zu übernehmen haben.

Die Arbeiter muffen in den Kartellen, Syndifaten und Trusts zu-

nächst eine Machtverstärfung der Arbeitgeber sehen, und sie merden den Ge= brauch dieser Machtsteigerung gegen ihre Interessen um so mehr fürchten, je mehr die betreffenden Arbeitgeber noch auf dem Standpunkt ftehen, daß fie ihre eigene Organisation für berechtigt und heilfam, die der Arbeiter aber für gefährlich und schädlich halten. Db dabei die Kartelle felbst die Arbeits= fragen in die Sand nehmen oder die einzelnen Unternehmer oder besondere hierzu gegründete Arbeitgeberverbande, ift im ganzen irrelevant. Es fommt hinzu, daß naturgemäß heute noch in Deutschland und in anderen Ländern vielfach ein Arbeitgebertypus weit verbreitet ift, ber nicht mehr ober nicht mehr gang die Tugenden des alten humanen, patriarchalischen Unternehmers und noch nicht voll die Einsichten eines weiterblickenden Sozialpolitikers hat. In neuen Aftiengesellschaften foll um jeden Preis rasch eine erhebliche Dividende herausgewirtschaftet werden; das geschieht leicht auf Rosten der Arbeiter. Die besten self made men unter den Fabrit= und Werkbesitzern haben häufig einen sehr harten sozialen Sinn, weil es ihnen selbst im Leben hart ging. Immer werden wir aber für Deutschland behaupten können, daß die Kartelle als solche von den möglichen sozialen Gefahren kaum erhebliche gezeitigt haben; von Machtmißbrauch gegen die Arbeiter wird man nur in beschränktem Mage, in einzelnen unferer Groß- und Riesenbetriebe sprechen können. Und man wird nicht leugnen können, daß der große Aufschwung vieler kartellierter Industrien und die Gleichmäßigkeit der Beschäftigung infolge der Kartelle im ganzen in Deutschland auch den Arbeitern dieser Industrien zugute getommen find, fo fehr fie auch im einzelnen und über beftimmte Bunkte ber Behandlung Ursachen zu Klagen haben, und so berechtigt beshalb das neue Bergarbeiterschutzgeset, gerade auch in seiner ursprüng= lichen Regierungsfassung gewesen ift.

Der Chor ber über die Kartelle Klagenben und sie Verwünschenben ist bamit aber noch nicht abgeschlossen. Ich erwähne nur kurz die immer noch zahlreichen Outsiders in allen möglichen syndizierten Industrien; sie werden teilweise hart bedrängt, zum Eintritt genötigt, stehen teilweise in schwerem Kampf mit den Kartellen. Viele haben freilich allen Vorteil von den ershöhten Preisen, ohne an den Lasten und Beschränkungen des Kartells mit zu tragen. Einer der Altesten der Berliner Kaussnannschaft, B. Kantorowicz, erzählt in seiner Schrift zur Psychologie der Kartelle über die Bedrängnis der Outsiders sehr Lehrreiches. In einem Kartellzirkular, das er anführt, heißt es: "Der Außenbleibende, er und seine Abnehmer werden wie ein Bild gehetzt werden, denn Enade kennen wir nicht." "Gegenüber den Outsiders," sagt Kantorowicz, "gilt keine Schonung; man schreckt vor Versleumdung und Beschimpfung nicht zurück." Auch ich könnte auf diesem Ges

biete schlimme Dinge erzählen, wenn ich bokumentarische Mitteilungen, die mir vertraulich als Mitglied der Enquetekommission wurden, benutzen dürfte. Da die Unternehmer so viel über den Zwang der Gewerkschaften gegen die nicht beigetretenen Arbeiter klagen, so ist es nicht unwichtig, zu konstatieren, daß die Kartelle denselben Zwang üben. Es liegt im Wesen jeder Versbindung, die den Markt und die Preise beherrschen will.

Außer diesen direkt Betroffenen steht nun aber auch die ganze übrige Gefellschaft, alle Konsumenten und Unbeteiligten, die die hohen Preise gahlen muffen, den Kartellen überwiegend fritisch, zweifelnd, unsympathisch gegen= über; vollends die Sandwerker, die Beamten und Offiziere, die gangen agrarischen Kreise sehen nur, bag bei ben führenden Kartellmännern ein enormer Reichtum und eine Macht sich ansammelt, die alle Berhältnisse verschiebt. Es kommt die weitverbreitete Befürchtung hinzu, unsere heutigen Kartelle seien nur ein Lorspiel zu viel Schlimmerem, zu Trufts im amerikanischen Sinne. Und biese Befürchtung grundet fich einerseits auf Tatsachen, die aerade auch innerhalb der Kartelle seit 1898 vor sich gehen, auf die Bernichtung der mittleren Geschäfte, der fog. reinen Werke, und die Bergrößerung der großen gemischten Werke durch Fusionen und Kombinationen; anderseits gründet sie fich auf die Erwartung, daß die Schwierigkeiten und Rämpfe innerhalb der Kartelle diefe fprengen werden, und daß dann von felbst monopolistische Riefenaktiengesellschaften oder ganze Provinzen beherrschende industrielle Dynastien entstehen, zu welchen wir in Rheinland= Westfalen und Oberschlesien nicht bloß Ansate haben.

Alle diese Rlagen einzelner Interessenfreise und der Gesamtheit des Bolfes hatten am Ende aber nicht allzuviel Gewicht, wenn fie nicht alle einmundeten in große, ich möchte fast sagen weltgeschichtliche Prinzipien= fragen. Zulett ift die Kartellfrage die Frage der Organisation der Bolkswirtschaft; mit der Kartellfrage wird bei uns in Deutschland die Frage aufgerollt, ob, wie es feit den Tagen Adam Smiths gelehrt wird, das oberfte wirtschaftliche Prinzip die individuelle Freiheit, die freie Bewegung aller individuellen Rrafte fei und bleiben foule, ob die unbeschränkteste und ftarkfte freie Konkurrenz bas für bie wirtschaftliche Entwicklung fegensreichste fei. Das lehrten im 18. Jahrhundert erft die Gelehrten, aber im 19. wurde es bas Glaubensbekenntnis ber Maffen. Gerade bas Bürgertum und bie großen Industrien sind mit diesem Glauben, mit diesen wirtschaftlichen Sbealen groß geworden, und fie halten teils aus Tradition, teils aus Interesse vielfach noch an diesem Glauben fest. Aber baneben zwang sie die Not auf einen Weg, ben fie erft schüchtern betraten, auf bem fie nun aber rasch und rudfichtslos vorangehen. Und fie find im Begriff, auf diesem Weg eine

herrschaftliche Organisation zu schaffen, beren letztes Ziel die Stilllegung ober Beseitigung der Konkurrenz ist. Die Kartelle und Trusts wollen die freie Preisdildung auf dem Markte aufheben; sie stellen damit eine wirtschaftliche Freiheit nach der anderen in Frage, arbeiten auf Monopole hin. Können wir uns da wundern, daß alle strenggläubigen Liberalen und Insbividualisten Zeter rusen und die obersten und heiligsten Prinzipien der Bolkswirtschaft in Gesahr erklären?

Ich füge bei, daß ich persönlich auf dem Boden dieser optimistischen, individualistischen Freiheitslehre nie unbedingt stand, daß ich seit langen Jahren ihre Theorien für übertriebene Generalisationen erklärte, daß ich stets auch auf die Kehrseiten all der wirtschaftlichen Freiheiten und vor allem auf die einer ganz rücksichslosen und überspannten Konkurrenz aufmerksam machte. Ich habe seit lange betont, daß die wirtschaftliche Freiheit nur an bestimmten Stellen Segen bringe, daß nur die maßvolle, da und dort mannigkach regulierte Konkurrenz anregend wirke, neue Kräfte entbinde und die vorhandenen steigere, daß eine überspannte Konkurrenz vielsach lähme, zerstöre und wirtschaftliche Vergeudung bedeute.

Aber wer Derartiges 1860—90 lehrte, galt als Sonderling und Reaktionär oder als Sozialist. Bor allem die Geschäftswelt wollte nichts hören als Freiheit und freie Konkurrenz, Beschränkung der wirtschaftlichen Staatstätigkeit, Einschränkung aller wirtschaftlichen Gesetzgebung auf ein Minimum. Und teilweise stehen unsere ganz großen Geschäftsleute, auch unsere Leiter und Begründer der Kartelle noch heute auf demselben Boden; sie leugnen daher auch am liebsten, daß ihre Tätigkeit die Konkurrenz aushebe, die freie individuelle Bewegung, wie sie der echte Liberalismus verlangte, einschränke. Sie verlangen vollste Freiheit für sich, während sie sie für alle anderen beschränken oder ausheben. Um so mehr aber berufen sich natürlich alle die einzelnen verletzten Interessen auf die sog. obersten wirtschaftlichen Prinzipien, auf die sog. ewigen Naturgesetze der Volkswirtschaft, wie man die Ideale Abam Smiths gern nennt.

Und sie haben von ihrem Standpunkt nicht unrecht. Seit über 2000 Jahren war es innerste Rechtsüberzeugung aller Kulturvölker, daß alle Preisverabredung im Sinne der Preiserhöhung auf dem Markte strafbar sei; bis tief ins 19. Jahrhundert reichen derartige Gesetz; sie sind noch in manchen Ländern zu recht bestehend, werden nur nicht mehr ausgeführt. Und das Grundprinzip aller Kartelle sind solche nach dem tiessten Volksebewußtsein strafbare Preisverabredungen. Ihr Ziel ist immer irgendwelche Beseitigung oder Einschräftung der Konkurrenz. Schon die lose Verabredung

über Lieferungsbedingungen und Preife will die Motive des Wettbewerbes ftill setten. Die Ruteilung von ausschlieftlichen Marktbezirken an große Unternehmungen ober Händler beseitigt die Konkurrenz gang, schafft eine Anzahl Bann= und Monopolbezirke usw. Die Übertragung des Verkaufs der fartellierten Produkte an eine Zentralstelle hebt mehr ober weniger die individuellen Beziehungen der Produzenten und Kunden untereinander auf und damit einen erheblichen Teil der psychischen Triebkräfte des freien Marktverkehrs. Un die Stelle bes täglichen Schwankens ber Preise burch bas Marktfeilschen sind die für Monate und Sahre feststehenden Breisdiktate ber Kartelle getreten, über welche mit Kunden oder organisierten Rundenfreisen auch nur zu verhandeln die Kartelle bis in die lette Zeit oft ablehnten. Die Entstehung neuer Ronfurrenzunternehmungen neben bem Kartell hat man allerdings bis jett nicht leicht gang hindern können; bas wiberfpräche ju offen dem noch formal bestehenden Bringip der Gewerbefreiheit; faktisch hat man fie aber boch vielfach zu hindern verstanden, mit allen möglichen direften und indireften, erlaubten und unerlaubten Mitteln, 3. B. durch monopolistischen Auffauf aller brauchbaren Grundstücke, Erge, Rohlenlager, burch Unfauf ober Bachtung von Konfurrenzwerken, durch Verträge über Nichtsteigerung ber Produktion. Die tropbem neu entstandenen Werke hat man vielfach zum Beitritt, zur Unterwerfung gezwungen. Die Erweiterung ber einzelnen kartellierten Werke hat man auch teilweise schon von der Erlaubnis bes Kartells abhängig gemacht, fo z. B. viel weitergehend als früher im neuen Kohlensyndikatsvertrag; nach diesem befindet die Kartellleitung nach Berücksichtigung ber Marktlage barüber für alle Beteiligten. Den Abnehmern ift meist ber Bezug nichtfartellierter Produfte entweder gang verboten ober nur gegen einen Strafzuschlag für die vom Kartell bezogenen Waren gestattet. Oft ist ben Abnehmern die Benutung der bezogenen Waren nur zu eigenem Berbrauch, nicht zur Wiederveräußerung gestattet. Ift bas noch wirtschaftliche Freiheit? Daß die kartellierten Werke gebunden find, je nach Marktlage und Befehl bes Kartells 5, 10, 25 Prozent weniger, als ihrer Leiftungsfähigkeit entspricht, im Sahre zu produzieren, verfteht sich von felbst. Das liegt eben im Wefen bes Kartells. Biel schlimmer sind die Bindungen und Schranken, welche die Kartelle den ihnen abnehmenden Bändlern auferlegen. Es ift ihnen z. B. vom Rohlenfyndikat jeder Geminn= zuschlag verboten, ber "zur Tätigkeit und bem Rifiko ber Betreffenden in einem Migverhältnis ftehe", und über biefes Migverhältnis entscheidet ev. fein Gericht, sondern die Effener Sandelskammer. Bas murben die Syndifatsherren fagen, wenn die übrige Gefellschaft und ber Staat nun auf den Gebanken fämen, auf ihre Gewinne und Dividenden eben dieses Bringip anzuwenden, auch gegenüber ihnen fragten, ob die Gewinne stets zu ihrer Tätigkeit und ihrem Nissko im richtigen Berhältnisse stünden?

Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, alle Diese Bestimmungen stellten den Anfang einer ganz neuen Ordnung des volkswirtschaftlichen Lebens bar, welche mit ber älteren mittelalterlichen vielfach mehr Uhnlichkeit habe, als mit den gewerbefreiheitlichen Zuständen des 19. Jahrhunderts. das Mittelalter verbot manchen Käufern die Wiederveräußerung als Fürfauf. Das justum pretium bes Mittelalters hatte mit ben Preisfatungen des Kartells viel Ahnlichkeit. Natürlich will ich damit nicht sagen, daß die volkswirtschaftliche Ordnung ber Kartellepoche bas Mittelalter wieder herftelle. Nur das haben beibe Epochen gemeinfam, daß fie nach einer gemeinfamen, im Gefamtintereffe liegenden Ordnung ftreben, und bag beibe eine große Summe von Schranken beshalb gutheißen. Es ist möglich, daß beibe fich auch barin gleichen werben, festgefügte, rechtlich befestigte Ordnungen zu schaffen, die in der ersten Zeit heilsam, später schwer anderbar, leicht als immer härterer Druck wirken. Es ist Diese Zukunftsfrage ber Kartelle heute noch gar nicht zu übersehen. Seute erträgliche und gutverwaltete Monopole fönnen in Bufunft unerträglich werben.

Ich betonte schon im Jahre 1894, in dem Resumee über die Kartellbebatte unseres Vereins in Wien, daß mir zulet die Kartellentwicklung in zwei Punkten zu kulminieren scheine, in der sukzessiven Aushebung der Grundsätze der Gewerbefreiheit und in der Bildung von Monopolen.

Ich darf über beide Gedanken noch zwei Worte der Erläuterung hinzufügen: die Gewerbefreiheit besteht heute natürlich formell noch zu Recht; aber ihrem innersten Geist, ihrer Tendenz sind die Kartelle und Trusts und alles, was sie tun und bezwecken, zuwider, wie ja schon die Arbeiterorganissationen, ja sogar die Aktiengesellschaften, nicht recht in ihr System passen. Letztere hatte ja auch die französische Revolution verboten. Die Läter der Gewerbefreiheit von Turgot die zu ihren Verteidigern von 1869 hatten eine große Zahl kleiner, mittlerer Geschäfte in den Händen individueller Untersnehmer im Auge.

Was die Monopole betrifft, so ist ja selbstverständlich, daß die deutschen Kartelle fast noch nirgends absolute Monopole darstellen: das Kohlensyndikat kann die englische, sächsische und schlesische Kohle, die staatliche Kohle nicht ausschließen; andere Kartelle können die fremden Waren nicht ganz ausschließen, haben sie freilich durch überhohe Schutzölle schon sehr in der Zulassung beschränkt. Auch zwischen den einzelnen Werken eines Syndikatsbleibt die Konkurrenz der technischen Verbesserung, die um höhere Veteiligung; bei vielen ist den Geschäften der Auslandsabsabsat freigegeben und damit eine

Konkurrenz gestattet usw. Fast nirgends haben die Kartelle die Outsiders ganz beseitigt, oft freilich mit ihnen sich zu einem modus vivendi zusammensgesunden, der von Konkurrenzausschließung nicht sehr weit entsernt ist. Jebenfalls die Tendenz bleibt, daß die fortschreitende Kartells und teilweise noch mehr die Trustentwicklung immer mehr der Monopolbildung sich nähert, daß wir damit zu rechnen haben. —

Meine Herren! Damit stehen wir vor der Enscheidung: Kann der Staat dauernd die Hände in den Schoß legen, wenn das vorherrschende Prinzip der disherigen Wirtschaftsordnung, die freie Bewegung und die freie Konkurrenz, mehr und mehr durch Anordnungen und Organisationen beseitigt wird, auf die er keinen Einsluß hat. Er hat über 100 Jahre lang für die Gewerbefreiheit und freie Konkurrenz gekämpst, in Hunderten von Gesehen diese freiheitliche Ordnung Stück für Stück sestgeseht und im einzelnen zu sichern gesucht. Und jetzt soll sich eine ganz neue, entgegengesetzte Ordnung bilden, ohne daß er eingreift, ihr Maß und Grenzen setzt, auf die Art der neuen Organisationen irgendeinen Einsluß gewinnt. Er soll mit gebundenen Händen zusehen, wie sich ein System gewerblicher Monopole und zentralistischer Organisationen bildet, die ihm bald an Macht über den Kopf wachsen können, deren Leitung keine sichere Gewähr dietet, daß sie neben den egoistischen Gewinninteressen der Eigentümer die Gesamtinteressen im Auge haben.

Man kann allerdings fragen, ob notwendig die Ausbildung dieser neuen Monopole schädlich sei. Seit lange weiß ber Geschichtskundige, daß es wirt= schaftliche Monopole geben kann, die fegensreich für die Gesamtheit mirken, nicht bloß für die Inhaber; benn letteres tun fie ja stets. Ich erinnere nur an das feit Sahrtaufenden bestehende staatliche Monopol der Münzprägung, an bas Monopol ber Zünfte in ihrer Blütezeit, an bie heutigen Monopole ber Staatsbahnen und ber großen Notenbanken. Aber mit biefen Beispielen ist auch gesagt, daß die wirtschaftlichen Monopole nur gunftig wirken, wenn ihre Leitung eine staatsmännische und gemeinnützige ist, wenn fie, in Privathanden, gemissen starken Schranken unterworfen, nicht bloß bem egoistischen Erwerb ber Eigentumer bienen. Es könnte scheinen, ber beste Ausweg sei stets bas Staatsmonopol. Und gewiß kann es angezeigt sein; aber es ift es nicht immer, und es hat andere Schattenseiten und Gefahren. Nicht immer verfügt der Staat über sachkundige, durchaus rechtschaffene, unermüdliche Beamte; leicht läuft das Staatsmonopol die Gefahr fiefalischer Behandlung, fiskalischer Migbräuche. Die Staaten und Bolkswirtschaften haben jahrhundertelang in vielen Ländern unter der Riskalität der ftagt= lichen Münzen furchtbar gelitten. Und beshalb liegt es nabe, zunächst zu

fragen, ob die möglichen Mißbräuche der sich heute bildenden großkapitalistischen Monopole nicht durch andere Mittel bekämpft werden können. Solche liegen einmal im Prinzip der Öffentlichkeit und dann in einer Berfassung der betreffenden Organisationen, welche die Wahrscheinlichkeit bietet, daß das Gemeinwohl in der Leitung zu seinem Rechte komme. Unter Umständen kann schon eine einzige große Persönlichkeit, die an der Spize steht, eine solche Garantie bieten, zumal wenn sie in steter Fühlung mit der Staatsregierung handelt, wie das z. B. bei unseren großen ozeanischen Dampferlinien tatsächlich geschieht. Aber die Personen wechseln, und daher sind dauernde Garantien münschenswert, ja notwendig.

Wollen wir nun diese wohl von keiner Seite zu bestreitenden Sätze auf unsere heutigen deutschen Konventionen, Syndikate und Kartelle answenden, so mussen wir, um das mit Erfolg zu tun, zunächst und noch mit einem flüchtigen Worte klar machen, in welchem Stadium die heutige deutsche Kartellsbewegung sich befindet, welchen Charakter diese Bildungen gegenwärtig haben.

Wir hatten in Deutschland Mitte ber 80er Jahre etwa 50-60, heute wohl 4-500 Vereinigungen selbständiger Unternehmungen, also Konventionen, Syndikate, Kartelle; ihr Ziel ift bei allen gewesen: Ordnung der Preise, bes Abfates. Aber ihre Organifation und ihre Größe find ebenfo verschieden, wie ihre Mittel. Sie reichen von lokalen, fleinen, lofen Bereinigungen, aus benen jeder jederzeit scheiden kann, bis zu großen, halb oder ganz Deutsch= land umfassenden, fest organisierten Korporationen mit jahrelanger Bindung, großer Gewalt ber leitenden Organe, strammer Straf= und Zwangsgewalt. Aber diese letteren sind noch ganz in der Minderzahl. Die Mehrzahl befindet fich noch im Stadium ber Ausbildung, ber Bersuche, ber unfertigen Verfassung. Vielen broht immer wieder die Auflösung. Da die meisten fich nur auf den Verkauf einer speziellen Warenart beziehen, gibt es Werke und Unternehmungen, die an mehreren Syndifaten beteiligt find. Fast fein Werk, keine Fabrik ist nicht für gewisse Arten ihrer Waren frei. Die Technik und innere Geschäftsorganisation jeder teilnehmenden Unternehmung ist, abgesehen von gewissen Kontrollen, frei, vom Kartell nicht berührt. wenige Kartelle haben neuestens begonnen oder wollen beginnen, gewisse Geschäftszweige selbst in die Sand zu nehmen. So hat das Rohlensyndikat (refp. die für basselbe handelnde Aftiengesellschaft) in den neuesten Satungen (1. Oftober 1903) außer bem gemeinsamen Un= und Berkauf von Kohlen ufw. in Aussicht genommen: Die Aufbereitung von Kohlen, den Erwerb von Grubenfeldern und Bergwerksanteilen, ben Betrieb von Unternehmungen aller Art, die auf die Lagerung, den Absatz und die Beforderung von Bergwerks= produften gerichtet sind, sowie die Beteiligung an folchen Unternehmungen.

Damit hat sich das Syndikat die Türe geöffnet, zum Trust zu werben, unter Umständen auch die bisher freien Teilnehmer und die Outsiders zu versichlingen, eine zentralistische, auf Eigentumsverfügung beruhende Korporation zu werden.

Im übrigen und ganzen aber liegt das Wesen ber beutschen Konventionen und Kartelle heute noch in einem bemokratisch-genoffenschaftlichen Bringip, in ber freien Bereinigung felbständig bleibender Geschäfte. So oft man einzelne zum Beitritt gezwungen haben mag, im ganzen famen alle biefe Berbanbe durch freien Willen der Beteiligten zustande. Nicht durch Kauf und Gründung, Börfe und Spekulation, fondern burch genoffenschaftlichen Vertrag, burch Unterordnung, burch Ginsicht in die Notwendigkeit, durch ben Sieg gemiffer gemeinsamer Interessen über Eigenfinn und furzsichtigen Egoismus kamen fie zustande. Darin liegt ihre große, nicht bloß wirtschaftliche, sondern psychologisch-fittliche Bedeutung. Sch möchte sagen, wie wir Deutsche unserer auf ähnlichen Prinzipien beruhenden Genoffenschaftsentwicklung uns freuen, fo können wir auf unfere Kartellbildung eben beshalb ftolz fein. Und noch stolzer als auf die, welche sich dazu überreden ließen, können wir auf die hervorragenden Männer sein, die die anderen überredeten, in deren Ropfe bie Blane geschmiedet murben. Es maren Manner bes größten Weitblickes, ber höchsten Zähigkeit und Findigkeit, aber auch des größten Taktes und Gemeinfinns; man brauchte bazu Raufleute, die zugleich diplomatisches, ja staatsmännisches Talent besagen, welche mit großer Schonung an die beftehenden Einrichtungen herantraten, mit großer Mäßigung die Neuorgani= fationen leiteten, um nicht zu rasch die allseitigen Widerstände zu zeitigen. Die fähigsten und besten berselben maren feine Geldmacher. Ich habe manche kennen und beurteilen gelernt, die ich unsern besten Generalen, Ministern, Staatsmännern gleichstellen möchte, in Begabung, Charafter und Leiftung.

Zugleich freilich liegen in diesem genossenschaftlichen Charafter der Kartelle allerlei Schwierigkeiten, die Ursachen zu Kämpsen im Innern und zur Schwäche nach außen. Sine Genossenschaft hält meist nur fest zusammen, wenn sie aus relativ Gleichen zusammengesetzt ist; in manchen Kartellen sind aber jetzt die größten und stärksten Aktiengesellschaften mit kleinen, veralteten Werken zusammen. In einer Genossenschaft wollen alle mitreden; das geht, wenn es 6—12 sind, wird schwierig, wenn 50, 100 und mehr teilhaben. Ich muß über diese Punkte noch ein Wort hinzusügen, zuerst über die materielle Ungleichheit, dann über die Verkassungsfragen.

Zuerst blieben bei manchen der wichtigsten Kartelle die ganz großen Produzenten, Einzelgeschäfte und Aktiengesellschaften, draußen. Man konnte beshalb noch vor 10—12 Jahren die Kartelle bezeichnen als eine Organis

fation der kleinen Werke gegen die großen. Das wurde aber mehr und Man munschte die großen babei zu haben, machte ihnen für mehr anders. ben Beitritt allerlei Konzessionen; die Abstimmung erfolgt nach ber Größe ber Produktion; sie hatten bald das heft in den händen. Und sie hatten nun vielfach entgegengesette Intereffen wie die kleinen. Sie wollten fich vergrößern, mas die kleinen nicht konnten; es entstand ber Rampf um die Beteiligung bei ber prozentualen Verteilung der Produktion an die einzelnen Mitalieder. Im Kohlensyndikat von 1893-1903 hatte man den einzelnen Werken eine ziemlich freie Vergrößerung gestattet, indem jedem Werke für jeben neuen Schacht eine fehr auskömmliche Steigerung feiner Beteiligung bei ber Verteilung ber Aufträge eingeräumt wurde. Das beseitigte man im Jahre 1903 im neuen Bertrag, wie schon erwähnt; aber ben neu eintretenden Hüttenzechen hatte man als Belohnung für ihren Beitritt eine überreiche Beteiligung eingeräumt. Und man hat hier, wie im Stahlwerksverband ben Hüttenzechen und Sochofenwerken, die ungeheuer wertvolle Konzession gemacht, daß in beiden Berbänden die felbstverbrauchten Kohlen und Robeifenmaffen den betreffenden Werken nicht in ihre Beteiligung an der kartellierten, gemeinsam zu festem Breis zu verkaufenden Produktion eingerechnet werden. Je mehr diese Werke also Kohlen und Gisen selbst konsumieren, desto mehr haben sie nur die Vorteile, nicht die Nachteile des Kartells. Daraus ist ber geradezu unerträgliche Zuftand entstanden, daß gegenwärtig die alten Syndikatswerke zur felben Beit Reierschichten einlegen muffen, mahrend bie Grubenzechen mit Überschichten arbeiten, dabei weiter alle kleinen Werke faufen, fie ftilllegen, um in ihren neuen großen Schächten beren volle Beteiligungsziffer auszunüten1. Daher die allgemeine Rlage, die Kompromiß= freudigkeit der reinen Bechen habe den Süttenzechen mehr konzediert, als die Rufunft ertrage2. Daher die Furcht, bas Rohlensnndikat gehe außeinander. Man hört neuerdings die ernste Frage aufwerfen, ob nicht einige unferer Hauptkartelle Teiche seien, welche die größten Sechte so eingerichtet hätten, daß sie die kleinen noch bequemer verspeisen könnten, als im großen Meere der freien Konfurrenz. Es wird die Frage fein, ob hiergegen Berfaffungs= änderungen möglich feien.

Und nun noch ein Wort über die Verfassung. Sie hat und hatte noch mehr früher ihren Schwerpunkt in der Generalversammlung; das sind vielsfach zu große Versammlungen; aber die genossenschaftliche Idee, der freie Vertrag verlangt, daß jeder mitreden könne. Es liegt nun an sich ein Forts

<sup>1</sup> Industrie 1905, Nr. 22.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Daj. Nr. 11.

schritt barin, daß man dem Borstand, Beirat, Ausschuß größere Gewalt gibt; aber das geht nur, wenn gang überragende Berfonlichfeiten an ber Spite stehen, benen bann auch wieber bie Generalversammlung pariert. Und es ift nur bann unbedingt zum Segen, wenn in ben fleineren ausschlaggebenden Gremien die flügften, weitblickenoften Röpfe und die, welche gerecht gegen alle Mitglieder find, die Berrichaft behalten. Es handelt fich in allen Organen ber Kartelle immer barum, bem Zufunftsinteresse ben Sieg über bas Augenblicksintereffe, ben fogenannten "Mäßigkeitsaposteln" bas übergewicht über die Geldmacher und Preistreiber, ben Gesamtintereffen ben Vorrang vor bem gemein egoiftischen Gewinninteresse zu verschaffen. Daß bas mannigfach Leuten, wie Herrn Geh.=Rat Kirdorf, gelungen ift, macht ben Ruhm ber Kartelle aus. Aber oft gelingt es auch nicht. Und baher einerseits immer wieber die ftarten Rlagen über einzelne Rartellmagnahmen, ihre Fehler, ihre Breistreiberei, ihr Monopolgebaren, und anderseits die Furcht, daß die Kartelle nicht erneuert werden, weil die harten Röpfe lieber wieder ihren eigenen Weg gehen, als fich beugen wollen, daß es biefen Bemaltmenschen gelinge, burch Vertruftung die anderen Werke zu verschlingen. —

Ich muß mich auf die kurze Charakteristik der Verkassung und inneren Zustände unserer deutschen Kartelle beschränken und frage nun, was kann in nächster Zeit von seiten der deutschen Reichsgesetzgebung oder auch des preußischen Staates in bezug auf diese Entwicklung durch die Gesetzgebung und die Wirtschaftspolitik geschehen. Ich beschränke mich absichtlich auf die nächste Zeit. Was künftig kommen wird, übersehen wir nicht; dabei kommen wir auf das Feld der Vermutungen und Spekulationen. Darüber aber zweisle ich nicht, daß das ganze jetzt begonnene Jahrhundert sich gesetzgeberisch mit diesen Fragen beschäftigen wird — ähnlich wie die Zeit von 1770—1870 mit den Gewerbesreiheitsfragen und den Zünsten sich beschäftigte.

Ich beschränke mich zuerst auf die Frage, was hat gegenüber den heute bestehenden Kartellen zu geschehen, gehe nachher erst auf die Frage ein, wie sich neich und Staat gegenüber der beginnenden sogenannten Trustbildung zu verhalten haben.

Drei Wege stehen gegenüber den Kartellen offen: Berbot, Berstaatlichung und Reform.

1. Einige findliche Heißsporne rusen, die Kartelle sollen gesetzlich versboten werden. So können nur Fanatiker des Individualismus reden, die von der wirklichen Welt und ihren heutigen Wirtschaftsverhältnissen recht wenig wissen; nur Leute, welche von der inneren Notwendigkeit der historischen Entwicklung zu immer größeren sozialen Gebilden keine Uhnung haben; nur Bolkswirte, welche von den Übelständen der alten freien Konkurrenz nichts

wissen oder wissen wollen, welche nicht begreifen, daß eine einheitlichere Leitung der volkswirtschaftlichen Prozesse von erhöhter Warte aus ein Fortschritt ist. Also schwerständigen wir davon; die große Masse der Sachverständigen, der Theoretiker wie der Praktiker gibt zu, daß die Kartelle notwendig und in gewissen, ihren Hauptwirkungen, heilsam sind; sie behaupten nur, daß viele derselben auch große Übelstände zeigen. Also schlagen wir die Kartelle nicht tot, sondern verbessern wir sie, oder aber sehen wir noch Bessers an ihre Stelle mit denselben Tendenzen.

2. Letteres wollen die Fanatiker der Berstaatlichung. Sie sagen: wenn eine zentralistische Leitung gemisser Zweige ber Bolkswirtschaft nötig ift, wenn die Entwicklung nun boch zu Monopolen hindrängt, bann lieber das Staats= als das Brivatmonopol. Der Borschlag fann ernstlich höchstens für einige wenige Gebiete bes Kartellwesens gemacht werben. Kür 90 bis 95 % aller bestehenden beutschen Kartelle, Syndikate und Konventionen ist eine Berstaatlichung der beteiligten Unternehmungen undenkbar, weil es sich überwiegend um Geschäfte und um Aftiengesellschaften, um größere ober fleinere Betriebe handelt, für beren Bermaltung ber Staat und feine Beamten absolut ungeschickt maren; er hatte weder die technischen noch die kauf= männischen Kräfte dafür. Gin großer Teil Diefer Bereinigungen ift noch lose organisiert, der Schwerpunkt alles Geschäfts liegt noch ganz in den Einzelbetrieben; von eigentlichen Monopolen sind die meisten noch weit ent= fernt. Mit einer Berstaatlichung dieser Geschäftszweige mare ber sozialistische Staat fertig. Und bazu fehlen heute bie psychologischen, wirtschaftlichen und politischen Vorbedingungen gänzlich, sie werden wohl auch in der Zufunft fehlen.

Ernsthaft mar auch nur von der Verstaatlichung der syndizierten Rohlen= bergwerke die Rede. Sie steht auf einem ganz anderen Blatte, als die der übrigen kartellierten Industrien. Wie bei allen ganz beschränkten Schätzen ber Natur ist bei ben im Boben liegenden Kohlen ber ftarkste Zweifel auch bei gemäßigten Juriften, Bolitifern, Bolfswirten und Staatsmannern vorhanden, ob es richtig sei, auf sie bas private Eigentum anzuwenden. Das preußische Berggeset von 1865 verfolgte ben Zwedt, Dieses Bergwerkseigentum möglichst vielen zugänglich zu machen; daran, daß die Kohlenschätze bald vergeben sein werben, dachte niemand. Seute nähert man fich dieser Bergebung, und ein mit dem Geiste des Gesetzes von 1865 in schroffem Wider= fpruch stehendes. längst reformbedürftiges Mutungsverfahren hat dieses Eigentum gegen minimale Gebühren in den Besitz weniger Privatpersonen und Gesellschaften gebracht. Das Rohlensnndifat hat für große Teile Deutschlands bereits ein tatfächliches Monopol; es ift das ausgebildetste deutsche Schriften CXVI. - Berhanblungen 1905. 17

Kartell. Die Stilllegung einer Anzahl kleiner, freilich längst auf dem Aussterbeetat stehender Bechen in Busammenhang mit der Syndikatsverfaffung hat unendlich mehr bofes Blut gemacht, als die Sache wert ift, aber fie steigerte die Bopularität der Verstagtlichung. Andere Magregeln bes Syndifats, der lette Bergarbeiterstreit, die Opposition gegen den Ankauf der Gesellschaft Sibernia durch den Staat haben den Gedanken der Berstaatlichung der preußischen Kohlenwerke weiter verstärkt. Das Snnbikat trug felbst bazu bei, indem es hinter dem Hiberniaankauf die allgemeine Berstaatlichung mitterte. Die Kreise der Arbeiter, der Beamten, des Mittel= ftandes, aller Agrarier vom größten bis jum fleinsten, stehen bem Gedanken sympathisch gegenüber. Wenn ein großer, fühner Staatsmann wie Bismard einen folden Plan ernstlich verfolgte, fo murben bie Parlamente heute zu= ftimmen und bas ganze Bolk jubeln: Die Sache mare nicht viel schwieriger als seinerzeit die Eisenbahnverstaatlichung. Und wenn die großen Kohlenund Gifenmagnaten fortfahren, wie in der letten Zeit, einer Regierung bei ber mäßigsten Sozialreform, bei kleinen Korrekturen bes Bergrechts und ber Kohlenbesitzverteilung erbitterte Opposition zu machen, wenn sie äußerste Entruftung zeigen, falls die Regierung einmal magt, ihnen nicht den Willen zu tun, so kann es zu einer Verstaatlichung eines großen Teils ber Kohlenbergwerke kommen. Dann fpitt fich die Frage zur Alternative zu: Brivatoder Staatsmonopol, Herrschaft des Staatsgedankens ober der Rohlenbarone.

Hoffentlich kommt es dazu nicht. Denn kein politisch und wirtschaftlich tiefer Blidender kann die Verstaatlichung munschen. Nicht weil die preußische Regierung erklärt hat, sie plane nichts berart; neue Minister wären nicht baran gebunden; nicht weil unsere guten staatlichen Bergbeamten nicht am Ende ben Aufgaben gemachsen maren; auch nicht, weil notwendig die Berstaatlichung zu teuer wäre und damit die Rohlen noch verteuerte; eine finanziell geschickt operierende, halbwegs rücksichtslose Regierung hat viele Mittel in ber Sand, die Erwerbspreise so ju gestalten, daß sie damit bestehen kann. Auch die heutige Berbindung vieler Rohlenzechen mit großen Gifenwerken ware fein absolutes hindernis, zumal nicht in bezug auf die übrigen Zechen. Wohl aber ift die Magregel aus anderen triftigen Gründen unerwünscht, ja fie mare falich. Wir haben in Deutschland heute nach unseren Berfaffungs= und Rechtsverhältnissen, nach unseren gesellschaftlichen Zuständen, nach ber Art unseres Beamtentums gerade genug Büreaukratie, Staatsbetrieb, Mandarinenschematismus und Barlamentsrederei; fo wie die Dinge heute liegen, garantieren die Kreise, welche heute gerade die Kohlenwerke verwalten, sicherer den technischen und betriebsmäßigen Fortschritt. Und vor allem: bas, was wir mit der Verstaatlichung wollen, erreichen wir ebensogut, ohne

so viel Opposition, so viel Kampf, so viel Umwälzung, mit anderen ein= facheren Mitteln.

Wenn der preußische Staat seinen Ruhrkohlenbesit, wie er schon seit 1890 plant, so weit ausbehnt, bag er bort ein gewichtiges Wort mitreben fann, wenn er bann bei einer Neufonstruftion bes Syndifats mitmirft, in dasselbe eintritt, wenn dieses vielleicht auf ganz Breuken in diesem Moment ausgebehnt wird, fo fann eine Berfaffung und Wirksamkeit bes Syndifats erreicht werden, welche allen berechtigten Bunichen und Interessen entspricht. Der Staat muß babei freilich nicht bloß ein Betorecht gegen Preiserhöhungen erhalten, sondern eine folche Stimme in allen wichtigen Angelegenheiten, daß er zusammen mit bem vernünftigen Teil ber Privatintereffen und mit ben in den Syndikatsorganen sitzenden Vertretern der Rohlenkonsumenten in dubio die Majorität hat. Und der berechtigten Forderung, daß aus dem nationalen Rohlenschat nicht bloß Privaten Monopolgewinne, sondern auch ber Gefamtheit etwas zukommen solle, kann baburch unschwer ohne Berstaatlichung Genüge geschehen, daß man die Gewinne ber Privatmerke, Die über ein gemiffes Maß hinausgehen, zwischen Staat und Eigentümern nach bem Borbild der Reichsbankgewinne teilt, wozu natürlich ein Gefet nötig wäre. Ich glaube, daß man fo beffer alles Bunfchenswerte erreicht, als wenn man dem Rohlensyndifat die Preisbildung wie bisher läßt, aber eine aus Beamten und Intereffenten zusammengesetzte staatliche Kommission beauftragen will, falsche und übertriebene Preise zu forrigieren. Das Syndifat muß so konstituiert sein, daß es keine falschen Preise statuiert, bag keine Revision seiner Breise nötia ist.

3. Mit der Auseinandersetzung dessen, was statt der Zechenverstaatlichung aus dem Kohlensyndikat werden soll, haben wir eigentlich schon die Ersörterung dessen begonnen, was uns jetzt noch übrig bleibt, die Besprechung der staatlichen Wirtschaftspolitik und Gesetzgebung gegenüber den Kartellen überhaupt.

Wir haben kaum ein Wort barüber zu verlieren, daß wir jede Erneuerung der aus alter Zeit stammenden Verbote und Strasbestimmungen
gegen die Kartelle, die da und dort noch formell zu Recht bestehen und vereinzelt auch angewandt wurden, ablehnen. So den Gedanken, daß alle
Preisverabredungen mehrerer strasbar oder nichtig, daß solche Preissäße durch
ben Richter annullierbar oder durch richterliches Urteil ersehdar sein sollen;
oder den Gedanken, daß man die Kartelle oder ihre Beschlüsse als gegen die
guten Sitten und die öffentliche Ordnung laufend angreisbar mache. Damit
brächte man eine weitgehende und schädliche Unsicherheit in geschäftliche
Verhältnisse, welche vor allem der Sicherheit von Treu und Glauben be-

bürfen. Das hieße gesetzgeberische Mittel vergangener Jahrhunderte wieder fünstlich beleben, welche unter ganz anderen Markt-, technischen, Betriebsverhältnissen entstanden, seiner Zeit heilsam und notwendig waren, heute aber wie die Faust auß Auge passen.

Auch barüber werden wir mit den meisten sachverständigen Juristen und Nationalökonomen wie mit den Kartellen selbst einig sein können, daß eine sofortige systematische Gesetzebung über die Kartelle, welche ihre ganze rechtliche Struktur sixieren, sie spezialisierten Normativbestimmungen oder gar staatlicher Konzession unterwersen würde, heute nicht möglich ist. Die Berseinigten Staaten haben genug Unheil damit angerichtet, wie wir noch sehen werden. Eine solche Gesetzgebung wird später vielleicht mal kommen. Heute aber sind alle Dinge noch zu sehr im Flusse, im Stadium der Bersuche und Experimente. Die Konventionen und Kartelle sind unter sich zu verschieden, als daß man sie alle demselben Rechte unterwersen könnte. Viele haben sich als Gesellschaften mit beschränkter Haftung, andere als Altiengesellschaften konstituiert. Es ist kein Grund, ihnen das zu verbieten, alle unter dieselbe Schablone zu zwängen. Daß wir für gewisse trustartige Aktiengesellschaften eine gewisse Resorm fordern, darauf komme ich nachher.

Damit ist aber nicht gesagt, daß nicht ein Kartellgesetz recht balb gegeben, und einzelne Bunkte vorläufig geordnet werden könnten. Das halte ich für dringend nötig.

Ein solches Geset müßte unter Umfassung aller hierher gehöriger Konventionen bestimmen, daß jedes Kartell einer Reichsstelle seine Konstituierung anzeige, seine Statuten einreiche, gewisse Artell einer michtigsten Beschlüsse fortlausend mitteile, auch verpslichtet sei, dieser wahrheitsgetreue Auskunft über erhebliche Fragen, deren Beantwortung für die Erkenntnis des Kartells und seiner Wirssamkeit nötig erscheint, zu geben. Diese Pflichten müßten durch Strasen erzwingdar gemacht werden. Das Geset müßte bestimmen, welcher Teil dieser Nachrichten veröffentlicht werde. Es werden die sein, welche die übrigen Klassen der Gesellschaft und ihre Interessen betreffen. Daß so Publizität und eine Art Staatsaufsicht hergestellt werde, darüber sind kast alle Unparteisschen einig; auch jenseits des Ozeans, z. B. Präsident Roosevelt und Professor Jenks.

Zu diesem ersten Punkt kommen einige andere mehr untergeordneter Urt, über welche heute schon eine gewisse gesetzliche Grenzziehung möglich ist, welche, ohne die Entwicklung der Kartelle zu hemmen, gewisse Mißsbräuche derselben hindern, die wirtschaftliche Freiheit gewisser Gebiete retten kann.

a) Es ware zu fixieren, bis wohin die Befugnis ber Kartelle geben

barf, durch Verweisung von Streitigkeiten an von ihnen mehr oder weniger abhängige Schiedsgerichte alle ordentlichen Gerichte ausschließen zu dürfen. So berechtigt und heilsam unparteiische derartige Schiedsgerichte, zumal für unbedeutende Sachen, sein mögen, so gehört es doch zum Wesen des Staates und zur Heiligkeit des Rechtes, daß sie unter den staatlichen Gerichten stehen, daß die wichtigsten prinzipiellen Fragen an staatliche Gerichte kommen können.

- b) Das Kartell muß wie andere Bereine, 3. B. auch die Gewerkschaften, eine gewisse Strafgewalt gegen seine Mitglieder haben. Aber sie entartet leicht, die Handhabung ist oft zu formlos, die Strafen außer allem Bershältnis. Das Gesetz muß bestimmen, welche Strafen zulässig seien, welche Garantien die strasverhängenden Organe bieten müssen, welche Rechtsmittel gegen ungerechte Strafen ergriffen werden können. Ohne solche Grenze entsartet solche Strafgewalt zu willkürlicher Herrschaft, ja zur Despotie, wie darüber vielsach geklagt wurde 1.
- c) Eines der wesentlichsten Mittel für Kartelle und Arbeiterverbindungen ist es, zu beschließen, daß an bestimmte Personen nicht oder teurer geliesert werde, daß den Kunden der Bezug anderer Waren erschwert oder verboten werde, daß bestimmte Gruppen sich verpslichten, nur von verbündeten Gruppen zu beziehen, daß bei bestimmten Firmen nicht gearbeitet werde, und umgekehrt verbundene Firmen bestimmte Arbeiter nicht beschäftigen. Mit Recht sagt Liesmann, daß das moderne Wirtschaftsleben mit seinen Verbänden solche Exklusionsverträge nicht entbehren könne. Aber die Gesteggebung hat die Pflicht, zu bestimmen, wo, an welcher Grenze diese Verträge zu weit gehen und damit Unrecht werden. Liesmann hat den Vorschlag gemacht, solche Verträge jedenfalls nur in Verbindung und für die Dauer von Preisvereinbarungen gelten zu lassen, d. h. so lange die Gegenpartei keine Preisvereinbarungen vornehme<sup>2</sup>.
- d) Endlich scheint mir die Frage der Erörterung wert, ob nicht schon gesetzlich bestimmt werden könnte, in jeder Preiskonvention, in jedem Syn=

¹ Bgl. darüber die Abhandlung in Schmollers Jahrbuch XXVI, 1, S. 67 von A. Leist: Die Strafgewalt moderner Bereine. Dazu Landesberger, Kartellsgutachten, Verhandlungen des 26. Deutschen Juristentages, Vd. 2, S. 324 und 325; L. führt aus, daß in einzelnen Kartellen aus den Vertrags- Herrschaftsverhältnisserhaltnis erscheint nach seinen Inhalt als eine Art Herrschaftsverhältnis werhaltnis mit freiwilliger Unterwerfung der Kartellmitglieder unter ein Kartellsimperium, und die Kartellorgane erscheinen als Kartellbehörden, die Funktionen dersselben als verwaltungsrechtlich organisierte Herrschaft."

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Kartelle und Trufts, 1905, S. 128 und 129.

bikat und Kartell müßten alle Mitglieder ganz gleiche Rechte pro rata ihrer gesamten Produktion haben, sofern sie direkt oder indirekt für den Markt bestimmt ist, ob die Produzenten die weiteren Berarbeitungsstadien selbst in der Hand haben oder nicht. Dadurch würde der besondere künstliche Anstrieb, der heute in der Verfassung mancher Syndikate liegt, die kleineren, reinen Werke totzumachen oder aufzukaufen, beseitigt, ohne daß diese Bewegung ihrerseits künstlich aufgehalten wird. Ein Hauptzankapsel innerhalb der Syndikate wäre beseitigt. Ich meine, es sprächen hiersur erhebliche Gründe, 1. der Gerechtigkeit, 2. einer Besörderung gesunder innerer Kartellspolitik.

Daß in künftigen Zeiten die allgemeine Gesetzebung sich wahrscheinlich auf weitere Punkte erstrecken werde, deutete ich schon an. Zunächst ist dazu aber noch nicht die Zeit. Vielleicht könnte es bald notwendig werden, daß für einzelne der großen und entwickeltsten Kartelle Spezialgesetze gegeben werden; z. B. über das Kohlenkartell, den Stahlwerksverband, das Kalikartell. Ich meine nicht im Sinne einer Ausnahmegesetzebung, sondern nur in der Richtung, in welcher eine solche Gesetzebung überhaupt künftig sich bewegen wird, und um gewisse besondere Schwicrigkeiten zu beheben, die auf Grund der Verhandlungen der Beteiligten im Augenblick nicht ohne staatlichen Zwang zu beseitigen sind.

Neben der Gesetzgebung kann nun aber auch die laufende Berwaltung und die allgemeine Wirtschaftspolitik eingreifen. Dem Reiche und bem Einzelstaate stehen da manche Mittel gegen besondere Migbrauche zu Ge-Die Staaten können 3. B. burch Gifenbahntarifherabsetzungen gegen monopolistische Preise einschreiten, die Konkurrenz fordern. Das Reich kann vielleicht in einzelnen Fällen gegen dieselben Migbräuche, soweit die Sandelsverträge es gestatten und die Parlamente zustimmen, durch Zollermäßigungen die fremde Konkurrenz beleben. Gegenüber den Klagen über billigen Berkauf der Waren im Ausland und teuren im Inland wird das Reich schwer vorgehen können, am wenigsten etwa burch variable Zollfäte; am ehesten baburch, daß es alle diefe Borgange genau verfolgt, da Borftellungen macht, wo es glaubt, daß diese Verkaufspolitik zu weit gehe, die inländische Induftrie und die Ronfumenten schädige. Über die Erportprämien, welche die Kartelle zahlen, sich stets auf dem Laufenden zu erhalten, haben die Reichs= regierungen ein bringendes Intereffe. Db fie aber birekt eingreifen können, erscheint mir zweifelhaft. Über kurz ober lang freilich muß die ganze Exportprämienpolitik Gegenstand internationaler Bereinbarung werden, weil sonst ein unerträglicher wirtschaftlicher Kriegszustand baraus entsteht. In bezug auf die staatlichen Zuckerprämien ist das schon geschehen. Internationale Berträge über einige ber wichtigsten anderen Industrien und ihre Privatprämien muffen balb kommen.

Daß heute schon Kartellgerichtshöfe ober andere Staatsbehörden in die Preissetzung der Kartelle eingreifen, halte ich, wie schon erwähnt, nicht für richtig. Wohl aber könnte eine mit der Aufsicht über die Kartelle betraute Reichsbehörde vermittelnd und anregend dahin wirken, wohin die Kartelle ja selbst streben: nämlich, daß über Kartellpreise klagende Interessenzuppen sich organisieren und mit den ihnen gegenüberstehenden Kartellen die Preisse je für bestimmte Zeit vereinbaren. Ich habe in meinem Grundriß der Allsgemeinen Volkswirtschaftslehre (§ 174) zu zeigen versucht, wie in steigendem Maße heute an die Stelle des individuellen Preisseilschens auf dem Warkte durch kollektive Vereindarungen der Käuser und Verkäuser eine neue Art von auf Zeit sixierten Taxpreisen trete. Wenn künstig das Kohlensyndikat seine Kohlens und Kokspreise mit dem Stahlwerksverband und anderen Hauptabnehmern verabredet, so werden die meisten der Klagen, die 1901 bis 1903 erschalten, verschwinden. Und Ähnliches ist auch sonst möglich.

Wenn die Kartelle aber sich prinzipiell auf diesen Boden stellen, so müssen sie eigentlich ebenso von den Arbeitern wie von den Kohlenkäusern verlangen oder es wenigstens zulassen, daß sie sich organisieren, und müssen über die Löhne mit den Organisationen der Arbeiter verhandeln. Und sie müssen auch einverstanden sein, wenn der Staat die Arbeiter organisiert und die Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen zwischen den Unternehmern und Arbeitern leitet. In den Vereinigten Staaten begreifen die ersten Trustleiter mehr und mehr solche Notwendigkeiten. Sollten unsere Kartellsleiter nicht auch so weitsichtig und konsequent sein, das einzusehen? —

Mit diesen Vorschlägen, was direkt gegenüber den Kartellen zu geschehen habe, bin ich aber noch nicht fertig mit meinem Thema. Sie wissen alle, und ich habe es auch schon erwähnt, daß man vielsach die Kartelle nur für eine Vorstuse der Trusts hält. Sie wissen, daß, als man in den Bereinigten Staaten von 1890 an eine übereilte ungeschickte Gesetzebung gegen die Kartelle ging, die größten dieser bedrohten Vereinigungen sich in einsache Riesenaktiengesellschaften, die man dann auch Trusts nannte, verwandelten und so die neueren Antitrustgesetze umgingen. Ühnliches kann bei uns geschehen, auch gegenüber der bescheidensten Kartellgesetzgebung. Viele erwarten, Derartiges werde wegen der Unvollsommenheit unserer Kartelle mehr und mehr ohnedies eintreten. Und es ist ja unzweiselhaft, daß solche Riesenaktiengesellschaften, welche eine ähnliche Produktionsfähigkeit wie die heutigen Kartelle erhalten, eine unendlich größere Einheitlichseit und Macht darstellen, aber auch größere Gesahren bieten.

Daher hätte ich mein Thema nicht erschöpft, wenn ich nicht zum Schluß auch noch barüber spräche, wie der Staat sich gegenüber einer solchen Bewegung, die man auch bei uns jest allgemein als Trustbewegung bezeichnet, zu verhalten habe. Ich kann mich in dieser Beziehung nur den Borschlägen von Prosesson Wenzel und anderen anschließen: das Deutsche Reich habe eine sosortige Resorm der Gesetzgebung über die wirtschaftlichen Korporationen, insbesondere über die Aktiengesellschaften in der Richtung anzubahnen, daß der Staatsverwaltung diesen Körperschaften gegenüber die Wahrung der öffentlichen Interessen ermöglicht wird. Diese Privatsörperschaften, sagt Menzel, müssen an das Recht der öffentlichen Korporation angenähert werden; statt Verstaatlichung muß ein Zusammenwirken der Eigentümer der Proseduktion und der öffentlichen Verwaltung herbeigesührt werden.

Wie ift aber dieser allgemeine Gedanke auszugestalten? So sehr ich ihn für richtig halte, so großen Schwierigkeiten wird er in der Aussührung begegnen. Ich möchte daher die Reform beschränken auf die allergrößten Aktiengesellschaften und die ihnen etwa ganz gleichstehenden anderen Korporationen oder Privatunternehmungen; beschränken auf solche, welche durch ihre Größe und Macht schon einem Monopol sich nähern, mehr und mehr eine Stellung erhalten, wie sie die sog, modern amerikanischen Trusks innehaben. Wenn man z. B. sagte, das neue Recht soll sich nur erstrecken auf Riesenunternehmungen, welche an Attien- und Obligationskapital 75 Mill. Mk. und mehr beschäftigen, so schwährt man die Resorm von vielen Tausenden von Aktiengesellschaften auf einige Duxend Riesenunternehmungen ein.

Man könnte nun für diese Riesenbetriebe daran denken, die staatliche Konzessionspslicht, übertragen auf den Reichskanzler oder den Bundesrat, wieder einzusühren. Für einzelne Arten von Aktiengesellschaften besteht sie ja noch. Das französische Verwaltungsrecht hat sie und die damit versknüpften Cahiers des Charges für bestimmte Zwecke sehr gut ausgebildet, so z. B. für das Pariser Verkehrswesen: die Vorzüge der Aktienverwaltung bestehen hier fort, unter einer weitgehenden staatlich kommunalen Aufsicht und Gewinnbeteiligung. Aber jedes staatliche Konzessionswesen hat seine großen Schattenseiten; Langsamkeit, unsautere Einslüsse, Entscheidungen ohne volle Sachkenntnisse lassen sich schwer verweiden. In unserem Falle käme hinzu, daß die meisten betressenden Gesellschaften, längst mit geringerem Kapital ohne Konzession bestehend, nun mit 75 Mill. Mk. plötzlich konzessionspslichtig würden. Ich möchte also die freien Entschließungen unserer großen Geschäftswelt durch eine Konzessionspslicht nicht einschränken.

Die Kartelle und die Rechtsordnung. Zweite, vermehrte Auflage 1902.

Dagegen scheint mir wohl möglich, daß man neben den mancherlei Einflüssen, denen heute schon die Leitung der großen Riesenunternehmungen von außen her unterliegt, auch einen solchen Einfluß des Reiches resp. vielsleicht besser des Reiches und des betreffenden Staates hinzusügt. Oft haben heute schon nicht die Hauptaktionäre den Haupteinsluß, sondern z. B. in lokalen Aktiengesellschaften die betreffenden im Aufsichtsrat sitzenden Oberbürgermeister usw., in anderen die großen Banken und ihre Delegierten. Jeder ganz große Kapitalist kann es heute durch Aktienkäuse, Aktiensscheinkäuse, provisorische Aktienübertragung usw. durchsetzen, daß er in diesen oder jenen Aufsichtsrat kommt und dort seinen Interessen dient. Bon Herrn Thyssen wird erzählt, er habe unlängst erklärt, er werde sich selbst in einen Aufsichtsratsstalltellen aus. Ist es da unnatürlich, wenn Reich und Staat vielleicht unter Mitwirkung der Großbanken einen analogen Einfluß anstreben? Um es zu formulieren, möchte ich also folgendes vorschlagen:

- 1. Jede Aftiengesellschaft, deren Aftien= und Obligationskapital 75 Mill. Mk. erreicht oder überschreitet, ist verpflichtet, in ihrem Aufschäftstat ein Biertel der Stimmen Personen zu übertragen, welche der Reichskanzler und die Landesregierung als geeignet bezeichnen, und welche verspslichtet werden, die politischen und wirtschaftlichen Interessen von Reich und Staat neben denen der Gesellschaft zu vertreten.
- 2. In jeder solchen Aktiengefellschaft muffen ein Biertel der Direktoren bie gleichen Gigenschaften haben.
- 3. Der Gewinn jeber folchen Unternehmung (Dividenden, Tantidme, Dotierung des Reservesonds, Neuanlagen, Aktienausgabe an die Aktionäre ohne volle Gegengabe), welcher 10 % übersteigt, fließt halb an die Aktionäre, halb an Reich und Staat. Bilanzstreitigkeiten über die Höhe des Gewinns unterliegen einem halb vom Reichskanzler, halb von der Gesellschaft besetzen sachverständigen Schiedsgericht.

Die Bestimmungen 1—3 finden sinngemäße Anwendung, wenn statt der Aktiengesellschaft andere Rechtsformen oder Einzel= resp. Familien= unternehmungen in Betracht kommen.

Zweckmäßig würde sein, einem Reichsgeset mit solchen Bestimmungen noch die Einschränkung beizufügen, daß, wenn von einer solchen Uktiensgesellschaft über  $25\,^{0}/_{0}$  des Uktienkapitals in Händen von Ausländern ist, dieser  $25\,^{0}/_{0}$  überschreitende Aktienbesitz in der Generalversammlung kein Stimmrecht habe.

Ich füge gleich bei, daß, wenn ein folches Gefet heute nicht durch- zusehen wäre, ich es für Pflicht der Reichsregierung resp. der Ginzelftaaten

hielte, durch Aktienerwerb und im Bündnis mit der einen oder anderen Großbank sich einem solchen Ziele zu nähern, was gar nicht so sehr schwierig wäre.

Ist aber Aussicht auf ein solches Geset? Ich weiß es nicht. Aber ich glaube, eine richtig geleitete und aufgeklärte öffentliche Meinung könnte es schon durchseten, trot anfänglichen heftigen Widerspruchs der Interessenten, deren Pläne und Gewinnchancen dadurch gekreuzt werden. Jedenfalls scheint mir ein solcher Ausweg nötig, wenn wir den großen Gesahren des Trustssystems einen Riegel vorschieben und auch die Verstaatlichung der Riesensaktiengesellschaften, z. B. der großen Stahlwerke, ablehnen wollen, wie ich es verlange.

Ich will nicht barüber entscheiden, ob unsere beutschen Kartelle mirklich bald in Trusts übergehen. Ich glaube, es wird nicht allgemein geschehen, ich hoffe, ihre bisherigen Schaben laffen fich befeitigen. Aber vorhanden find fie. Und wo ein Kartell sich auflöst, wird ein Truft resp. ein ober mehrere übereinstimmend handelnde Riesenaktienaesellschaften mit monopolistischer Tendenz entstehen. Neulich schrieb ein großer praktischer Sachfenner in ber "Industrie": "Biel gefährlicher für unfere Syndifate, als Regierung, öffentliche Meinung, Politiker, ist ber innere Feind. Man kann die unbefriedigende Entwicklung des deutschen Syndikatswesens dahin zufammenfaffen, daß in den bisherigen Syndifaten von einzelnen die berechtigten Intereffen ber anderen gar nicht ober zu wenig gewürdigt wurden, und daß anderseits die externe und interne Geschäftsführung der Berkaufs= stellen insuffizient mar." D. h. unsere Kartelle sind noch zu lose, es fehlt die Einheit und Unterordnung unter die gemeinsamen Interessen. Derfelbe Autor fügt in einer ber folgenden Nummern ber "Industrie" bei: "Die beutschen Kartelle find Repräsentanten des Individualismus und Barlamentarismus, der Erhaltung unabhängiger Individualitäten, die Trufts sind Repräsentanten ber Autofratie, ber Oligarchie, bes Generalismus."

Ja, meine Herren, es ift wahr, autofratisch ist viel leichter und einfacher zu regieren als parlamentarisch. Und darin liegt die Möglichkeit zusnehmender Vertrustung. Wer ein sehr geschickter Spekulant ist, die Börsensgeheimnisse und die Reklame versteht, 10 oder 20 Werke, die bischer karstelliert waren, vereinigt, d. h. zusammenkaust, der kann dabei viele Millionen gewinnen und dann als Diktator sehr viel leichter die 10—20 Werke regieren, die vorher der parlamentarische, verantwortliche Kartellleiter nicht mehr recht zusammenhielt. Die Börse und die Banken, die ihm dabei helsen müssen, werden nichts dagegen haben, sie machen mit der Vertrustung gute und große Geschäfte und sehen dabei ihren Einsluß wachsen. Daher wird

von dieser Seite eine Bewegung berart Förderung und nicht Hinderung er- fahren.

Aber auch, wenn die Kartelle gedeihen, in ihrer Berfassung reformiert werden, die Tatsache bleibt, daß innerhalb und außerhalb derselben eine sehr starke Tendenz zur raschen Bergrößerung unserer Banken, unserer Elektrizitätswerke, unserer Montan- und Hüttenindustrie vorwaltet, und daß diese Bewegung auch auf die ganzen übrigen Gewerbszweige mehr und mehr übergreift. Es ist neuerdings oft und gut geschildert worden, welche technischen, betriebs- und freditmäßigen Ursachen darauf hinwirken, und welche Fortschritte der besseren, billigeren Produktion darin liegen. Ich wiederhole Derartiges hier nicht. Ich will nur daran erinnern, daß die Harpener Berg- werksaktiengesellschaft die Bergbau- und Schiffahrtsgesellschaft Kannengießer erworden hat, daß die Gelsenkirchener Bergwerksaktiengesellschaft unter Aktien- austausch mit zwei bedeutenden Eisenwerken, dem Schalker Gruben- und Hachener Hüttenaktienverein und dem Aachener Hüttenaktienverein "Nothe Erde", eine Interessengemeinschaft begründet hat. Mehr und mehr entstehen Gesellschaften mit hundert und mehreren hundert Millionen Kapital.

Das ist nicht zu hindern. Und es kann ja auch in richtiger Weise geschehen, ohne die Begleiterscheinungen der amerikanischen Trusts. Diese aber von Deutschland fernzuhalten, halte ich für sehr wünschenswert: nämelich die übermäßige Kapitalverwässerung, die maßlose Förderung des Börsenspiels, die Züchtung einiger weniger Milliardärdynastien, die viel raschere und gewaltsamere Vernichtung der kleinen und mittleren Geschäfte und Existenzen.

Ich möchte kurz ben Trust und die Kartelle so gegenüberstellen. Die Bertrustung schafft sehr leicht ein System des Raubes und des Betruges, die richtige Kartellierung mehr oder weniger ein System der Gerechtigkeit und Billigkeit. Die Gründer der Trusts sind sehr häusig Geldmacher, die sich egoistisch den Beutel füllen wollen, die Leiter der Kartelle sind Erzieher, welche den Gesamtinteressen eines Gewerbszweiges den Sieg über die egoistischen Einzelinteressen verschaffen wollen. Das Trustsystem braucht brutale und verschlagene Gewaltmenschen, die meist ohne höhere Kultur des Geistes und Gemütes, ohne sympathische und soziale Gesühle nur in dem Geschäft und Geldverdienen ihr Glück sinden; sie hinterlassen meist Kinder und Enkel, die gewinnsüchtig die Riesenverwögen verprassen, die der Dynastiengründer schuf. Das Kartellsystem ist, wie Genossenschaft und kaufmännische Gesellschaft, ein wichtiges Glied in der Erziehung kaufmännischer und technischer Beamten, welche wohl verdienen wollen, aber daneben gelernt haben, sich in den Dienst allgemeiner Interessen, fremder Vermögensverwaltung treu

und ehrlich zu stellen. Die Kinder und Enkel, die aus diesen Kreisen hervorsgehen, steigern diesen Geist weiter und bereiten so mehr und mehr die neue Art wirtschaftlicher Motive vor, welchen die Zukunft gehört.

Das Geset, das ich über die großen Aftiengesellschaften vorschlage, soll die heutigen Fusionen und Vergrößerungen nicht unmöglich machen, aber die betreffenden Organisationen hindern, amerikanische Trusts zu werden. Es soll die bestehenden Kartelle etwas schützen, indem es die meisten der in ihnen vereinten Unternehmungen von diesen neuen Schranken freiläßt.

Immer läßt es ja auch die Gesellschaften mit über 75 Mill. Mk. im ganzen sich frei bewegen; es gibt den öffentlichen Gewalten einen beschränkten Einfluß in ihnen, der nur von Bedeutung wird, wenn er die besseren Elesmente unter den frei gewählten Leitern der Gesellschaft auf seiner Seite hat. Er fordert nur einen kleinen Anteil an dem, was dem öffentlichen Bewußtsein als Monopolgewinn erscheint.

Was wir vorschlagen, hat bewährte Vorbilder in unserem alten Bergrecht, im Eisenbahnrecht der Privatbahnen vieler Staaten, in dem Borgehen
unserer Großbanken gegenüber den Industrien. Unser Vorschlag hat die
politische Analogie der Stellung der Städte, Kreise und Provinzen für sich. Unsere riesenhaften Kapitalorganisationen werden heute zu ebensogroßen Machtzentren wie die Selbstverwaltungskörper. Wenn man diese zwar in vieler Richtung frei gewähren läßt, aber daneben an rechtliche Normen bindet und
unter eine gewisse Staatsaussicht stellt, so ist nur billig, auch die Machtorganisationen des großen Kapitals ähnlichen Grundsähen zu unterwersen.

Wir brauchen große zentralistische, mit Riesenkapitalien ausgestattete Unternehmungen, wie wir die Kartelle brauchen. Aber die ersteren bieten noch viel größere Gefahren des Monopols, des Machtmißbrauches, der einseitigen Verfolgung der Gewinninteressen Weniger. Wir haben, um diesen Gefahren zu entgehen, nur die Wahl zwischen Verstaatlichung oder einer gemischten Verfassung dieser neuen Organisationen. Nur durch solche gemischte Versfassung können die allgemeinen Volks- und Staatsinteressen ohne Verstaatlichung zu ihrem Rechte kommen; sie gelangen nach unserem Vorschlag zur Vorherrschaft über egoistische Privatinteressen nur dann, wenn die staatlichen Vertreter durch gute Gründe noch ein Viertel des übrigen Aussichtsrats auf ihre Seite ziehen.

Wie wir auf politischem, militärischem, sozialem Gebiete in Deutschland seit 40 Jahren zu ganz großen Reformen kamen, so muß es auch auf diesem wichtigen wirtschaftlich organisatorischen gelingen. Und die Richtung der Reform kann nur in der gleichen Linie liegen, in welcher sich unser ganzes Gesellschafts= und Staatswesen bewegt. Ein Bolk, das seit 400 Jahren den größeren Teil des Bauernstandes gegen feudale und kapitalistische Auf=

saugung durch seine staatliche Agrarpolitik schützte, das seine Sisenbahnen verstaatlicht hat, das seine Diskontopolitik einer durch Staatsbeamte ge-leiteten, aber Privatkapital benutzenden Reichsbank übergab, das den Arbeiter-versicherungszwang und die öffentlichen Versicherungsinstitute hierfür schuf, muß auch über die Kartelle und die Trusts die Hand des Staates halten, durch eine richtige Gesetzgebung die freien, großen Kräfte unseres wirtschaft-lichen Lebens in Bahnen leiten, deren höchstes Ziel nicht das Geldmachen und der Gewinn der Millionen, sondern das Gemeinwohl ist.

Ich bin zu Ende! Die Leitfätze, in welchen ich meine Ausführungen turz zusammenfatze, sind in Ihren Händen. Ich brauche sie nicht zu verlesen.

## Die Leitfäte lauten folgendermaßen:

- 1. Die Tenbenz auf Zentralisierung der Leitung großer wirtschaftlicher Geschäfte, wie sie von 1875 an überall mehr oder weniger, bei uns in Deutschland in der Form der Kartellbildung, in den Bereinigten Staaten in der Form der Trusts (Riesenaktiengesellschaften) eintrat, ist eine so natürliche und notwendige, als in dem Jahrhundert vorher die Tendenz auf freie wirtschaftliche Bewegung und Steigerung der Konkurrenz. Wie es sich 1700—1870 um die Beseitigung der mittelalterlichen Wirtschaftsversassung und um die Freisetzung aller individuellen Kräfte, um die erste Entstehung kleiner moderner Unternehmungen in mäßig großen Staaten, auf dem Boden ziemlich kleiner Marktbezirke handelte, so haben heute die Großbetriebe und neueren Verkehrsmittel auf dem Boden großer Staaten und Weltreiche, auf dem Weltmarkte eine so gewaltige Steigerung der Produktion und Marktübersührung, solche Krisen erzeugt, daß Versuche einheitlicher und sosseren Leitung der Produktion und des Verkehrs entstehen mußten. Alle höhere Kultur und Vergeselsschaftung führt, wie zu immer größeren Staaten, so zu größeren zentralisierten Wirtschaftsbetrieben und deren Zusammenfassung.
- 2. Diese Bewegung, welche die Aktiengesellschaften, die Kartelle und die Trusts erzeugte, hat ihre Rechtsertigung in der bessern Anpassung der Produktion an den Bedarf, in einer Preisbildung, die geringere Schwankungen zeigt, die Krisen und Bankerotte beseitigt oder an Zahl und Intensivität beschränkt. Sie hat ihre Kehrsseiten in der starken Bermögenskonzentration, in der Bildung von wirtschaftlichen Machtorganen, welche, nach Monopolstellung und Ausschaltung der Konkurrenzsitrebend, nicht immer ihre Macht auf dem Markte richtig gebrauchen, die Preise der kartellierten Produkte im Durchschnitte erhöhen, ferner in der Berwandlung von Tausenden kleiner Geschäfte und Handlungen in abhängige Organe der Kartelle und Trusts, endlich in der Möglichkeit, daß diese großen, zentralistischen Organissationen, wie die Berbraucher, so auch die Arbeiter ungünstiger behandeln.
- 3. Diese Mißstände sind am größten, wo neben der Produktion der ganze Bersker (Gisenbahn usw., Banken) in die Hände streng zentralistischer, spekulierender, privatwirtschaftlich egoistischer Gewinnorganisationen siel, wo nicht genossenschaftsliche Kartelle, sondern Truste resp. Riesenaktiengesellschaften sich zu diesem Zwecke gebildet haben, wo Produktion, Berkehr und Bankwesen gleichmäßig und gemeins

sam das Monopol desselben engen Kreises weniger Milliardare wurde, wie in den Bereinigten Staaten. hier wirkte die Zentralisierungstendenz neben dem technische betriedsmäßigen Fortschritt vielsach doch auch wirtschaftlich, politisch und moralisch korrumpierend; sie erzeugte wenige Überreiche und Millionen Berarmender; sie gab Anlaß zu künstlichen und wucherischen Preismanövern, da die Beherrscher der Geschäfte und Märkte die Preise beliedig heraufs und herabdrücken konnten; sie bestörderte maßloß das Börsenspiel und die Kapitalverwässerung. Noch gefährlicher als in den Bereinigten Staaten wäre eine solche Entwicklung in Deutschland, weil hier manche Korrekturen und Gegengewichte sehlen, welche dort die Übelstände mildern.

- 4. In Deutschland haben wir bis jett wohl auch einige sog. Trusts, sowie seit 1890 ein sehr rasches Anwachsen des Kapitalumfangs und der technischen Funktionen vieler Werke, Fabriken und Aktiengesellschaften; hauptsächlich aber wird die Zentralisierungstendenz charakterisiert durch einige hundert Kartelle, Syndikate, Konventionen, d. h. durch Bereine technisch und betriebsmäßig selbständig bleibender Unternehmungen; diese Bereine sind genossenschaftlich organisiert, sie haben keine eigenen Betriebe, keine Selbstproduktion, kein oder kein erhebliches Aktienkapital; sie haben nur gemeinsam die Regelung der Preise und des Angebots, ein kleiner Teil von ihnen den gemeinsamen Verkauf ihrer Produkte in die Hand genommen.
- 5. Während die sog. Trusts Eigentümer der ganzen beteiligten Werke sind, technisch, betriebsmäßig und kaufmännisch von wenigen an der Spike stehenden Personen
  diktatorisch geseitet werden, sind unsere Kartelle freie Genossenschaften großer und
  mittlerer Werke und Fabriken, durch Vertrag auf Zeit zu gemeinsamer Marktbeherrschung gebildet, mit einer Art demokratischer Versassung. In ihrem genossenschaftlichen Geiste, in der Notwendigkeit, das gemeinsame Interesse zum Siege über
  das egoistische Einzelinteresse zu bringen, liegt der Vorzug der Kartelle; ihre Schwäche liegt in der Schwierigkeit, die selbständigen Teilnehmer immer wieder unter einen Hut zu bringen. Aber ein großer Fortschritt in der Versassung derselben ist möglich und teilweise schon erreicht.
- 6. Auch die deutsche Kartellbildung bedeutet eine Revolutionierung der Verfassung der deutschen Bolkswirtschaft. Die Preiserhöhung auf vielen Gebieten schädigt alle Berbraucher, alle nicht kartellierten Gewerbe. Der Großhandel, früher der Herrscher der erzeugenden Gewerbe, wird ihr Diener. Die auf freier Bewegung und freier Konkurrenz aufgebaute, durch eine Gesetzgebung von anderthalb Jahrshunderten geschaffene liberale, volkswirtschaftliche Berfassung, das Prinzip der Gewerbefreiheit, sie werden in einem Punkt nach dem andern umgebildet, aufgehoben, durch neue Formen und Organisationen, vielsach durch solche, welche Monopole anstreben oder schon sind, ersetzt. Daher zunächst der allgemeine Widerstand dagegen, das allgemeine Berlangen nach einer gesetzlichen Ordnung der Kartelle, nach einer sie an bestimmten Punkten beschriehen Wirtschaftspolitik.
- 7. Dieses Berlangen ift natürlich und gerechtfertigt. Nur darf es weber in eine Unterdrückung der Kartelle, noch in eine überstürzte, allgemeine Verstaat-lichung, z. B. aller Kohlenwerke, einmünden. Auch eine Rormativgesetzgebung, welche alle Kartelle in gleiche Versassfungs- und Rechtssätze einzwängen wollte, ist heute noch nicht denkbar. Die Entwicklung ist dazu zu unsertig, die einzelnen Kartelle zu verschieden. Bohl aber muß der Staat sofort durch ein Gesetz alle Kartelle und ähnliche Vereine anhalten, ihre Konstituierung einer Reichsstelle an-

zuzeigen, ihre Statuten und alle wichtigeren Beschlüsse berselben einzureichen. Alles was die übrigen Klassen und ihre Interessen betrifft, ist von dieser Reichsstelle zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Außerdem wird dasselbe Gesetz gewisse Grenzsbestimmungen zu geben haben: a) bis wohin die Kartelle die öffentlichen Gerichte ausschließen dürsen, b) bis wohin ihre Strafgewalt gegen ihre Mitglieder gehen dürse, c) bis wohin ihre Extlusionsverträge reichen dürsen; endlich wird das Gesetz webstimmen haben, d) ob und inwieweit die Kartelle ein ungleiches Recht für ihre Mitglieder statuieren dürsen.

Gegenüber einzelnen Mißständen, hauptsächlich unbilliger Preissetzung der Kartelle, gegenüber den Kartellexportprämien und Ühnlichem können Reich und Staat durch Eisenbahntarise, durch Zollpolitik und Handelsverträge unter Umständen korrigierend eingreisen. Sine maßvolle, dem Angebot und der Nachfrage weitsichtig angepaßte richtige Preispolitik der Kartelle können Reich und Staat dadurch fördern, daß sie mit Nachdruck darauf hinwirken, alle Preissetzung der Kartelle aus einsseitigen Anordnungen möglichst in zweiseitige Kompromisse zwischen den organisierten Berkäufern und Käufern zu verwandeln. Dies gilt vor allem auch für die Lohnssessischen gelfsetzungen.

8. Außerdem hat das Deutsche Reich die Pflicht, sofort eine Anderung der Aftiengesetzgebung in dem Sinne eintreten zu lassen, daß die Aftiengesellschaften mit 75 und mehr Millionen Mark Aftien= und Obligationskapital verpslichtet werden, in ihrem Aufsicksrat ein Viertel der Stimmen Personen zu übertragen, welche der Reichskanzler und die Landesregierung (je zur Hälfte) als solche bezeichnen, daß sie geeignet und verpslichtet seien, die politischen und wirtschaftlichen Interessen von Neich und Staat zugleich mit denen der Gesellschaft wahrzunehmen. Sbenso sind von einem Viertel der Direktoren diesellschen Eigenschaften zu fordern. Das Geseth hat serner zu bestimmen, daß diese Gesellschaften die Hälfte ihres 10% übersteigenden Gewinnes an Neich und Staat (je hälftig) abgeben müssen. Nuch auf andere Rechtssormen, Korporationen, Privatgeschäfte von gleichem Umsange, welche als Geschäftsunternehmungen erscheinen, haben diese Bestimmungen sinngemäße Anwendung zu sinden.

Die erstere hat den Zweck, derartigen Rieseninstituten den Charakter als gemischte Unternehmungen mit einem Beisat öffentlicher Pflichten auszuprägen, den Reichs- und Staatsinteressen, den nationalen Gesamtinteressen eine gewisse, aber nicht ausschlaggebende Bertretung in der Leitung dieser Institute zu sichern und so insdirekt monopolistische Mißdräuche und falschen Machtgebrauch zu hindern resp. schwieriger zu machen. Die zweite soll der Gesamtheit einen kleinen Anteil an den Gewinnen geben, welche durch ihre Höhe die Bermutung monopolistischer Berursachung an sich tragen. Durch beide Bestimmungen soll und wird eine gesunde und zwecksmäßige Bergrößerung unserer Attiengesellschaften nicht gehindert, wohl aber einer trustartigen, rein spekulativen, monopolistische Zwecke versolgenden Schaffung von Rieseninstituten ein gewisser Zügel angelegt werden.

Vorsitzender: Ich spreche bem Herrn Redner für das Referat unsern Dank aus, dem Sie ja selbst so lebhaften Ausdruck gegeben haben, und gebe nun das Wort Herrn Geh. Kommerzienrat Kirdorf.

272 Debatte.

Geh. Kommerzienrat Kirdorf (Gelsenkirchen): Hochgeehrte Versammlung! Wenn ich an dieser Stelle erscheine, so muß ich in erster Linie eine Bezichtigung geben, in welcher Sigenschaft ich erscheine. Durch die Bekanntsgabe Ihrer Tagesordnung ist, wie ich aus der Presse ersehen und aus vielsfachen Anfragen bestätigt gefunden habe, die Meinung verbreitet, daß ich hier nächst Ihrem hochverehrten Herrn Vorsitzenden als zweiter Berichterstatter zu der heute zur Tagesordnung stehenden Frage sprechen würde. Das ist nicht der Fall, meine Herren! Wenn ich heute erscheine und, um heute erscheinen zu können, als Ihr Mitglied, das ich nicht war, so solge ich dem persönlichen Wunsch Ihres Herrn Vorsitzenden, dem ich ein hohes Maß von Hochachtung und Verehrung schenke infolge der sachlichen Beurteilung, die er dem von mir und meinen Berufsgenossen vertretenen Standpunkt bei allen Gelegenheiten, wo diese Fragen zur Verhandlung standen, hat zuteil werden lassen.

Ich habe stets und auf das dankbarste anerkannt, wie herr Professor Schmoller bemüht ist, diese Frage sachlich zu beurteilen, abweichend von vielsachen Beurteilungen, die wir beim redlichsten Willen leider ersahren müssen. Ich habe mich nicht für berechtigt gehalten, dieser Aufsorderung ein Nein entgegenzusezen, so schwer — das muß ich hier bekennen — mir auch die Zusage geworden ist, denn ich weiß, meine Herren, daß ich bei der Mehrzahl der Mitglieder Ihres Vereins für die Aufsassung für verpslichtet halte, kein Versteten ich mich nach innerster Überzeugung für verpslichtet halte, kein Verständnis sinde. Nach meiner Aufsassung segenüber, und es ist außerordentlich schwer, wenn man weiß, daß man einen so entgegengesetzten Standpunkt hat, dann in so wichtige Erörterungen, wie sie heute vorliegen, einzutreten.

Ich stehe auf bem Standpunkt, den bei uns die Arbeitgeber der Großindustrie einnehmen. Ich selbst und meine engeren Berufsgenossen sind nicht Arbeitgeber, sondern ihre Vertreter, die von den Besitzern der Gesellschaften, die wir leiten, ihr Mandat haben, von der Gesamtzahl der Aktionäre, vertreten durch den Aufsichtsrat. So sind wir, gerade wie die Beamten unserer Gesellschaft, in gleichem Maße, verschieden rangiert, Arbeiter desselben Unternehmens, und als erster und verantwortlicher Leiter habe ich in gleicher Weise meine Weisungen entgegenzunehmen wie die Arbeiter; deshalb verlangen wir, daß die Ordnung in unseren Betrieben in gleicher Weise aufrecht erhalten werde. Ich selbst fasse meine Stellung so auf, daß, wenn meine Auftraggeber mit der Richtung, wie ich sie vertrete, unzufrieden sind, es meine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit ist, zurückzutreten. Ich weise auch barauf hin, daß wir in den Unternehmungen eigentlich alle verpflichtet sind, auch die Interessen des Unternehmers zu fördern, jeder nach dem Maße seiner Stellung. Bon dem geringeren Arbeiter wird es selbstwerständlich nicht erwartet, auch Sie stehen ja auf dem Standpunkt, daß er nur seine Interessen zu wahren hat. Wir dagegen sind mit höherer Berantwortung belastet. Da dürsen wir doch wohl erwarten, daß bei der Prüfung und Beurteilung unseres Standpunktes und unserer abweichenden Meinungen auch einmal gefragt wird: vertreten diese Leute nicht aus Überzeugung ihren Standpunkt, so daß sie es mit ihrer Pflicht und Ehre nicht verbinden können, wenn sie anders handeln würden? Da könnte man doch wohl beanspruchen, daß man für diese Haltung, die man einnehmen muß, nicht verächtlich ges macht und beschimpft wird.

(Bravo!)

Ich möchte auch auf einen Unterschied hinweisen: warum haben benn in unseren Betrieben nur diejenigen, die Handarbeit leisten, Ihr warmes Interesse? Warum schätzen Sie benn die Geistesarbeit so gering? Nur deshalb, weil sie auf gewinnbringendem Gebiete sich betätigt? Gerade in Ihren Kreisen, den hervorragenden Vertretern deutscher Wissenschaft, sollte man doch die Geistesarbeit nicht so gering schätzen. Oder glauben Sie, daß unsere ja an sich bescheidene Kraft für die Industrie überslüssig ist? Nun, dann kann sie ja beseitigt werden.

Dieses, meine herren, die Erklärung, die Sie mir verzeihen werden! Und nun fomme ich zu ber Aufgabe, die ich übernommen habe und die nun bahin geht, wie Berr Professor Schmoller mir aufgab, auf seine Ihnen hier zu machenden Darlegungen zu der vorliegenden Frage meinerseits, wie er schrieb, zustimmend oder entgegentretend, zu antworten. Meine Herren! Satte ich aus grundsätlichen Bedenken gegen Ihren Berein eben nicht die Neigung, hier zu fprechen, fo muß ich fagen, find meine Bebenken noch ge= waltig gewachsen, aber nicht aus diesen Gegenfäten, sondern als mir die Leitsätze bekannt wurden und ich heute den glänzenden Vortrag des hochverehrten Berrn Borfitenden gehört habe. Meine Berren! Ginem folchen Bild, wie auf miffenschaftlich-theoretischer Grundlage ein hervorragender Gelehrter die Notwendigkeit der Entstehung der Kartelle behandelte, einem solchen Mann gegenüber und auf folchem Gebiet, wie foll ich, der einfache Mann ber Praxis, ihm ba folgen, ber nicht von ber miffenschaftlichen Seite bie Kartelle und Syndikate bisher ftudiert hat, sondern, meine Herren, dem ja nur die in Ihren Augen viel bescheidenere Aufgabe zugefallen ift, eines der wichtigsten und grundlegenden Kartelle mitzuschaffen, mit auszubauen und das darf ich für mich in Anspruch nehmen — seine Leitung in der Richtung Schriften CXVI. - Berhandlungen 1905.

274 Debatte.

zu halten, daß neben der Erfüllung der Zwecke des Syndikats dem allgemeinen Staatsinteresse volle Wahrung zuteil wird.

(Beifall.)

Meine Herren! Mit dem größten Interesse bin ich den Ausführungen Ihres hochverehrten herrn Borfitenben gefolgt; ich muß fagen, es hätten mich biese Ausführungen, bieser geistreiche Blid in die Entwicklung, in die Raturnotwendigkeit der Kartelle, wie sie die wirtschaftliche Umgestaltung gebracht hat, mit höchster Freude erfüllt, wenn nicht schließlich aus den Folgerungen wieder so reichliche Bedenken erwüchsen, die ja um so schlimmer find, als, nachdem fie aus fo hervorragendem Munde gefallen find und, wenn es bazu kommt, sie in die Pragis umzuseten, für meine engeren Berufsgenoffen leider wieder die schwere Aufgabe kommt, fie praktisch durchzuführen bezw. mit ihnen überhaupt zu rechnen. Das ift ja ber gewaltige Unterichied, meine Berren! Sie empfehlen vom Lehrstuhl herab gesetliche Magnahmen, wir, die nachher damit arbeiten muffen, find leider die einzigen, die die Berantwortung tragen muffen, wenn ein folder Gingriff ins Wirtschafts. leben vorgenommen wird. Und wenn wir damit Migerfolg haben, bann nimmt keiner von denen, die die Gesetze gemacht ober befürwortet haben, Die Berantwortung auf sich. Dann sind wir die unfähigen Leiter, Die die uns anvertrauten Betriebe zugrunde gerichtet haben.

Meine Herren! Ich kann als einfacher Mann der Praxis nur nach Maßgabe meiner praktischen Erfahrungen an Hand der Leitsätze mich über einige Punkte äußern und halte mich selbstverskändlich auch für verpflichtet, eine Begründung meiner Bedenken zu geben, wenn mir auch die außersorbenkliche Inanspruchnahme der letzten Tage nicht ermöglicht hat, mich eingehender damit zu beschäftigen.

Meine Herren! Ich stimme ja dem vollständig zu, was Herr Prof. Schmoller in ebenso glänzender wie klarer Weise ausgeführt hat, daß durch diese Notwendigkeit der Kartellbildung, die in unser industrielles Leben gestommen ist, eine vollständige Umwälzung der bestehenden volkswirtschaftlichen Berfassung, und ein Gegensatzu den volkswirtschaftlichen Joealen, mit denen wir seit Jahrhunderten und seit Jahrtausenden wohl gerechnet haben, eingetreten ist. Meine Herren, das kann man ja wohl bedauerlich sinden, aber trozdem wird man sagen müssen, daß, wenn solche Notwendigkeiten vorliegen, man eben damit rechnen muß. Gibt es denn einen größeren Gegensatz gegen das Ideal der persönlichen Freiheit, mit der wir doch in unseren Kulturländern rechnen, als die Richtung, die auch Ihr Berein verstritt, daß aus sozialer Fürsorge durch Gesetze die freie Arbeitstätigkeit bes schränkt und unter Umständen in erheblichem Maße unterbunden wird? Soll

ich die glänzende Schilderung, die Herr Professor Schmoller gegeben hat über die Notwendigkeit der Entstehung von Kartellen, als Mann der Braris in ein Wort zusammenfassen, so fann ich von ben Kartellen, die mir näher bekannt find, den beiben großen Berkaufsverbanden der Rohlen= und Gifen= industrie, nur aus voller Überzeugung sagen: es find Kinder ber Not; un= haltbare wirtschaftliche Zustände haben sie hervorgerufen; sie sind gebildet worben unter bem Drucke der Not unhaltbarer Berhältniffe. Man hat, wie Sie aus ber Geschichte bes Rohlensyndifats miffen, schon im zweiten Sahre bes Bestehens anfangen muffen, grundliche Beranderungen vorzunehmen, weil man fich bei ber erften Errichtung nach vielen Richtungen bin getäuscht hatte. Dieser zweiten Underung ift eine britte gefolgt, Die ja, wie der herr Bericht= erstatter ermähnt hat, eine erhebliche Lude zeigt, nämlich die der Ungleichheit ber Rechte. Wir haben geglaubt, an ber Sand zehnjähriger Erfahrung etwas Glanzendes zu schaffen, und ich muß doch sagen, daß ich, der ich an der Spite ftehe und die Erfahrungen auf das eingehenofte geprüft habe, mir nicht verhehlen kann, daß wir einen grundlegenden gehler begangen haben. Es ift leicht, Kritik zu üben und angebliche oder tatfächliche Mißstände hervor= zuheben; aber es ist außerordentlich schwer, ihnen rechtzeitig vorzubeugen und ben Weg zu geben, der eben allen Interessen entspricht.

Meine herren, in ben Leitfäten bes herrn Professor Schmoller ift neben der Anerkennung der Notwendigkeit, der Borteile, der gunftigen Wirkungen ber Syndikate an verschiedenen Bunkten ja auch auf die Schattenfeiten hingewiesen worden, auf die Gefahr einer privaten Monopolbildung, bie Gefahr des Zwanges gegen die Außenseiter, die Gefahr der Macht= konzentrationen, der Herrschaft über die Breisbildung. Meine Berren, eine gemisse Monopolstellung — bas hat ja auch ber Berr Berichterstatter zu= gegeben - ift notwendig, sonst erfüllt eben bas Syndikat feinen 3med nicht, ben Preis zu regeln, wie es die Bedürfnisse ergeben. Aber wird benn aus diefen Schattenseiten ber Syndifate nicht eigentlich immer ein Schreckgespenst gemacht? Sind es nicht vielfach bloß Schlagworte? Bei allen diesen Erörterungen über Syndifate handelt es fich doch nur um das Rohlensyndifat und ben Stahlwerksverband. Ich glaube, die übrigen find im allgemeinen von zu geringer Bedeutung; ich habe wenigstens zu wenig von ihnen sprechen hören, ich kenne zu wenige von ihnen, um darüber zu urteilen.

Ja, meine Herren, man hört immer nur diejenigen, die sich beschweren, biejenigen auch, die draußen stehen; die mit ihren Einrichtungen zufrieden sind und Vorteil davon haben, pflegen sich nicht zu äußern. Das geht überhaupt so im Leben. Aber, meine Herren, zwischen einem Brivatmonopol,

18\*

276 Debatte.

bas ja von vielen Birtschaftspolitikern auch in Ihrer Mitte scharf versurteilt wird, und einem Staatsmonopol ist doch ein gewaltiger Unterschied. Ein Privatmonopol wird, wenn es mißbraucht wird, nie von langer Dauer sein. Das trägt von selbst das Heilmittel in sich. Ein Staatsmonopol aber werden Sie, wo Sie es einmal haben, niemals wieder los, selbst wenn es die schlimmsten wirtschaftlichen Folgen hat.

Was den Zwang betrifft, meine Herren, der, wie behauptet wird, auf die Außenseiter ausgeübt wird, — ja, wenn ein solches Rundschreiben, wie es Herr Professor Schmoller erwähnte, ergangen ist, so müßte ich die Leute, die so etwas schreiben, auß entschiedenste verurteilen —, so glaube ich, saßt man die Sache immer falsch auf, als ob ein Zwang ausgeübt werde, während es so ist, daß man auf alle Weise diejenigen, die der Syndikatsbildung widerstreben, zu überzeugen, zu überreden sucht, Einfluß auf sie auszuüben sucht, daß sie dem Syndikat beitreten. Sind daß, meine Herren, maßgebende Faktoren des wirtschaftlichen Lebens, ohne die das Syndikat seine Ausgade nicht erfüllen kann, nun, so kommt eben das Syndikat nicht zustande. Als wir das Kohlensyndikat gründeten, sagten wir zu den Widerstrebenden: Wenn ihr nicht beitretet, machen wir es auch nicht; wir haben sie vor die Entscheidung gestellt, mitzutun oder die Syndikatsbildung uns möglich zu machen.

Meine Herren! Aus der Gegnerschaft gegen die Syndikate entwickelt sich eine hochgradige Sympathie gegen die Außenstehenden, und das sind boch diejenigen eigentlich, die in der schlauesten Weise sich die ganzen Borteile des Syndikats verschaffen (sehr richtig!), ohne an den Lasten teilsunehmen. Ist das nun ein loyaler und lobenswerter Zug, meine Herren, oder nicht? Das werden Sie wohl zugeben, daß es immer ein hochsuhaltender Zug ist, daß wirtschaftliche Verbände, Industrien gleicher Art auch gemeinsam für ihre Interessen einstehen.

## (Beifall.)

Meine Herren! Dann ist die Machtkonzentration, die durch die Synsbifate entsteht, als eine große Gefahr hingestellt worden. Auf der andern Seite aber ist ja von Herrn Professor Schmoller richtig hervorgehoben worden, daß die Syndikate gerade die ganz großen Bildungen, die Trusts, eher verhindern als fördern, und in den Syndikaten selbst, meine Herren, liegt doch eine Machtkonzentration nicht. Wenn sie wirtschaftlich ihre Macht durch ihr Monopol ausüben, so reguliert sich, wie schon gesagt, ein Mißsbrauch von selbst. Wie sie aber sonst eine Macht ausüben sollen, ist mir unverständlich. Wenn es als Gesahr bezeichnet wurde, wie es seinerzeit in

Außerungen ber Regierung geschah, die in der Begründung für den Ankauf der Hibernia mitgeteilt wurden, daß die Industrien sich vereinigen, größere Zusammenballungen vornehmen, so kann es, meine Herren, eine Gesahr in politischer Beziehung doch nicht sein; benn ich kenne keine Klasse im bürgerslichen Leben unseres Staates, die von geringerem politischen Einfluß ist als die Industrie.

(Burufe: Leider! — Heiterkeit.)

Wir haben boch leiber, meine Herren, gar nichts zu sagen. Wie häusig ist bie Aufforderung an die leitenden Personen der Industrie, auch an meine Person, ergangen: Sie sind verpflichtet, eine Vertretung im Parlament zu übernehmen. Ja, meine Herren, in den Reichstag wählt mich kein Mensch (große Heiterkeit), und um in den Landtagen, wo mir ja von Parteien, die möglicherweise die Mehrheit bekommen hätten, einmal ein Mandat angeboten worden ist, überhaupt etwas zu leisten, ist man verpflichtet, einer Partei beizutreten, der man aus innerster Überzeugung nicht beitreten kann. Ich wüßte wenigstens keine Partei in unseren Parlamenten, der ich beitreten könnte.

## (Seiterkeit.)

Man wäre also wirkungslos. Außerbem stehe ich aber auch auf bem Standpunkt: man kann nie im Leben zwei Herren dienen, und ein bezahlter Arbeiter, wie ich es bin, ist verpslichtet, seine Aufgabe zu erfüllen und die Interessen der Gesellschaft zu wahren. Ich möchte aber einmal sehen, wie ich eine große Gesellschaft leiten sollte, trozdem ich gleichberechtigte und gleichwertige Kollegen zur Seite habe — wir sind eine kollektive Direktion, ich habe absolut keine übergeordnete Stellung in ihr —, wie ich meiner Aufgabe gerecht werden sollte, wenn ich das halbe Jahr mit anderen berufslichen Ehrenpslichten zu tun hätte.

Meine Herren, die Herrschaft über die Preisbildung wird vielfach überschät, und die Gefahr wird größer geschildert, als sie tatsächlich ist. Denn ich komme immer wieder darauf zurück: man schädigt sonst die eigenen Insteressen. Die Preisherrschaft kann sich nur auf einen beschränkten Kreis erstrecken. Z. B. für die Kohlen kann doch die Preisvorschrift des Syndikats nur für einen ganz bestimmten Bezirk, für das sog, natürliche Absagebiet wirksam seine. Sowie die Preisstellung ungesund wird und nicht den allsemeinen wirtschaftlichen Berhältnissen, namentlich auch gegenüber dem Ausslande, entspricht, verringert sich dieser Kreis, und die Peripherie, an der sosiet der Kampf mit der ausländischen Erzeugung beginnt, rückt immer näher. Man würde sich also ins eigene Fleisch schneiden, wenn man zwar auf dem Papier einen höheren Preis hätte, aber durch die minderen Preise,

278 Debatte.

bie nach ber anderen Richtung hin erzielt werden, im Durchschnitt ein uns gunftigeres Resultat hatte.

Meine herren, ich meine, man mußte allen biesen Gebilben, die fich ja aus einer wirtschaftlichen Notwendigkeit heraus gebildet haben, eine gewiffe Beit der Entwicklung laffen. Sie haben gefehen, daß felbst ein zehn= jähriger Zeitraum — jett find es sogar zwölf Jahre —, wie ihn bas Rohlensyndikat durchgemacht hat, nach dem Urteil der eigenen Mitarbeiter noch immer nicht die genügende Erfahrung bietet, um nun ftets und für alles die richtige Form zu finden. Ich meine, man muß prufen, wo der wirtschaftliche Vorteil für das Ganze liegt, und da kann man wohl keinen Zweifel haben, wenn man ben Blid zurud richtet auf ben Buftand, ber vor der Bildung des Kohlensyndikats bestanden hat. Da kann ich nun dem herrn Professor Schmoller nicht zugeben, daß seit den sechziger und fiebziger Jahren durch den Einfluß des Syndikats die Breise gewaltig gestiegen waren und fich fogar verdoppelt hatten. Ich behaupte bas Gegenteil. Die großen Schwankungen, Die es früher infolge ber wirtschaftlichen Bewegung gab, sind vermieden worden, und die gleichmäßigere Preislage ist fast genau in gleichem Berhältnis ben Arbeitern zugute gekommen, also ber Rlaffe, ber Sie ja in erster Linie Ihre Fürsorge weihen, und grundsätlich stehe ich ba mit Ihnen in voller Übereinstimmung, nur find wir über die Wege nicht Ich habe hier eine Preisstatistik, die ich als zuverlässig bestätigen fann, weil sie von meiner Gesellschaft herrührt, an beren Spite ich seit Anfang stehe. Wenn Sie biese Statistik verfolgen, meine herren — bas Entstehungsjahr ist 1873, frühere Angaben habe ich nicht —, so werden Sie eine Preisbewegung finden von 15,19 Mt. im Jahre 1873 bis jum Jahre 1888 von 5,71 Mf., ber burchschnittlich erzielte Erlös für den Berkauf der Rohlen der Gesellschaft. Im Jahre 1893 hat sich dieser Preis auf 6,91 Mk. gestellt, im letten Jahre war er 9,33 Mk. Ich habe Ihnen hier eine graphische Tabelle aufgestellt, die die Bewegung der Löhne und Preise darstellt und ihre Schwankungen. Und wenn ich da darauf hin= weisen darf, wie diese Linien eine gewisse Übereinstimmung zeigen, wie un= weigerlich die Löhne zurudgehen, wenn die Preisbildung sich zu weit nach unten bewegt, so wird man mir zugeben, daß auch für die Arbeiterschaft ber Vorteil bes Syndikats klar zutage liegt.

Meine Herren! Es ift bann von Herrn Professor Schmoller in seinen Ausführungen auch bei ber Anerkennung ber Kartelle und bes Vorzugs ber Berkaufsverbände, wie ich sie nennen möchte, barauf hingewiesen worden, wie bem die Gefahren der Bilbung ber großen Aktiengesellschaften gegenüberstehen, und schließlich gipfelten ja seine Ausstührungen hauptsächlich barin,

diesen Gefahren zu begegnen. Da möchte ich, meine Herren, darauf hin= weisen, mas ja auch aus Syndikatskreifen zugegeben worben ift, bag in ber Tat größere industrielle Berschmelzungen burch bie Syndikate geförbert werben. In einem gewiffen Umfang gebe ich bas zu. Das tritt ja überall da ein, wo schwächere Glieder vorhanden sind, die natürlich die Neigung haben, die durch die Syndifatsbildung gebotene gunftige Gelegenheit gur Bermertung ihrer Betriebe zu benuten. Die Verwertung liegt eben in ber Beteiligung, die jedes Mitglied hat, und felbst das Werk, das kein lohnendes Erträgnis hat, ift für ein anderes Syndifatsmitglied immer noch etwas wert der Beteiligung halber. Ich bin aber der Ansicht, meine Berren, wenn die Syndikate nicht existierten, murden diese Berschmelzungen meines Erachtens in noch größerem Umfang ftattgefunden haben, soweit eben bie nicht leistungsfähigen Betriebe unter bem Druck bes wirtschaftlichen Kampfes nicht zugrunde gegangen wären. Meine Herren, unfere ganze wirtschaftliche Lage brangt mit Notwendigkeit auf die Schaffung gemischter Betriebe und des= halb auch größerer Betriebe. Ich glaube, bas muß doch jeder einsehen, daß ein wirtschaftliches Unternehmen, das vom Rohstoff an bis zum Fertig= fabrikat die Breisbildung für fich vollständig in der Sand hat, eine gewisse Überlegenheit besitzt, abgesehen von den technischen Vorteilen. Die Über= legenheit Englands beruht ja in der Bereinigung der Lagerstätten von Erzen und Rohlen. Diese gunftige Lage haben wir in Deutschland nirgends; aber fie kann boch zum Teil badurch erreicht werben, daß bie Fabrikationsftelle an die Stelle der Rohlen ober an die Stelle der Erze gelegt wird. Meine Herren, vom kaufmännischen Gesichtspunkte aus ist die Überlegenheit doch schon badurch zu erklären, daß biese gemischten Betriebe für ihre Fertig= fabrikate jederzeit noch Abschlüsse annehmen können zu Preisen, die eben manchem eine zu große Gefahr bieten; benn bemjenigen, ber alle Borprodukte in Händen hat, kann es ganz egal sein, woran er verdient, wenn er nur etwas verdient. Dieser wirtschaftlichen Richtung entgegenzustreben, würde einfach zur Folge haben, daß wir gegen das Ausland wirtschaftlich rückständig werden.

Meine Herren, wir sind nur Arbeitgebervertreter: Ich kenne in unseren Kreisen keinen einzigen, der als Alleinbesitzer anzusehen wäre in der Art, wie die Berhältnisse in Amerika sind, wo gewaltige Kapitalien von einer Person beherrscht werden. Auch die vielgenannten Herren Thyssen und Stinnes sind immer abhängig von dem Botum derzenigen, die mit ihnen in der Leitung der betreffenden Betriebe sind. Meine engeren Berufsgenossen und ich müssen bei den Abstimmungen immer die Frage vor Augen haben: kann dabei unser Unternehmen noch gedeihen? können die Erwartungen ers

280 Debatte.

füllt werden, die die Beteiligten an unsere Arbeit und an das Ergebnis des Unternehmens stellen? Die schwachen Betriebe werden deshalb geswungen sein, für eine höhere Preisstellung in den Syndikaten einzutreten. Gibt man ihnen nicht nach, so wird den Syndikaten, wie das schon geschehen ist, der Vorwurf gemacht: Ihr vernichtet die kleinen Betriebe. Werden sie ihrer Beteiligung wegen noch ausgekauft, so daß die Beteiligten wenigstens Geld kriegen, dann sind wir die frivolen Urheber des Stilllegens von Zechen, die die Gemeinden und die Arbeiter schädigen. Vergeblich haben wir darauf hingewiesen, daß die Arbeiter nicht geschädigt werden können, daß sie bereitwilligst überall aufgenommen werden, wie ja übershaupt bei uns nur eine Nachfrage nach Arbeitern und kein Angebot von Arbeitern ist.

Ich möchte Ihnen nun ein Beifpiel vor Augen führen, um zu zeigen, daß die Kritik leicht, das Bessermachen aber ungeheuer schwer ist. Wie murben Sie in biefem Falle handeln, wenn Sie heute por ber Entscheibung stehen, eine Zeche mit 120 000 t Förderung aufzunehmen — und der Fall lieat bei uns im Rohlenfyndikat vor --? Wir haben uns gefagt, die gang fleinen Betriebe können wir nicht aufnehmen. 120 000 t ift die Grenze. Run fagt die Zeche: ich will aufgenommen sein, ich kann 120 000 t leisten. Lehnen wir nun die Aufnahme ab, so werden Sie fagen: die Beche entfpricht allen Vorbedingungen und tropbem find biefe großen Gefellichaften fo rudfichtslos, nein zu fagen. Wenn wir fie aber aufnehmen, fo bin ich fest überzeugt, nächste Woche ift bas Ding verkauft und bie Beche ftillgelegt. Die Besitzer wollen bann die Beteiligung, die fie bekommen, verwerten. Wir haben nun einen Umweg gewählt, meine Herren, und den Borftand ermächtigt, die Beche aufzunehmen unter ber Bedingung, daß festgelegt wird: Die Beteiligung muß dauernd auf der Zeche geleistet werden. Ja, meine Berren, wie wollen Sie bas aber rechtlich burchführen? Wenn bie Reche von einem anderen Mitglied gekauft wird bezw. wenn fie alle Mittel anwendet, um gekauft zu werden, fo fteht im Bertrag: ber Besither kann die Beteiligung seiner Zeche als ein Ganzes rechnen. Wie können Sie nun jest diesem Mitglied, wenn Sie es aufgenommen haben, rechtlich eine Ausnahmestellung aufzwingen? Sie feben also, daß es Fragen gibt, die fehr schwer zu lösen sind, vor allem für uns, die wir nachher dann den öffentlichen Vorwurf zu tragen haben.

Meine Herren, Herr Professor Schmoller hat auch barauf hingewiesen, daß durch die Umgestaltungen, die wir vornehmen, das Händlertum ganz beseitigt werde. In den Leitsätzen steht: "Der Großhandel, früher der Herrscher der erzeugenden Gewerbe, wird ihr Diener." Ja, meine Herren,

ich empfinde es mit, daß es ein schwerer Schlag für den Großhandel ist, daß dieses Herrschertum ihm genommen wird. It es denn aber berechtigt, daß die Industrie, die doch tatsächlich die Grundlage für unsere ganze wirtschaftliche Entwicklung, für das Aufblühen des deutschen Wirtschaftslebens ist, der Knecht der Händler ist? Daß sie, meine Herren, aus eigenen Kräften sich aus dieser Lage herausgehoben hat, möchte doch wohl eine billige Beurteilung sinden, und wenn sie nicht sofort und nach allen Richtungen den richtigen Weg gefunden hat, so dürfte das doch wohl entschuldbar sein. Daß viele Widersprüche, viele Klagen und Beschwerden von allen Seiten vorhanden waren, ist uns recht wohl bekannt, und Sie dürfen sicher sein, keine Beschwerde hat ein taubes Ohr gefunden. Wir waren bemüht, ihnen abzuhelfen. Daß die Beschwerden vielsach kamen, ist klar. Jahrzehntelang stand an den Eingangstüren mancher Kontore der Hauptabnehmer der Kohlen, der Eisenindustrie: "Der Eintritt ist den Rohlen= und Schmierölreisenden verboten." War das ein berechtigter Zustand?

Daß bei solchen Zusammenschließungen immer ein Gefühl des Zwanges unangenehm empfunden wird, liegt nun einmal in der Natur der Sache. Meine Herren, ich kann konstatieren, daß längst vor der Gründung des Stahlwerksverbandes diese Klagen in der großen Eisenindustrie verschwunden waren und daß wir auf ein außerordentlich befriedigendes Handinhandarbeiten hinweisen konnten. Das Verhältnis des Kohlensyndikats zum Stahlwerksverband weist gerade darauf hin, daß, wie Herr Prosessor Schwoller ganz richtig ausführte, die Verständigung zwischen den Kartellen den Weg zeigt, um zu einer richtigen Preisdildung zu kommen. Wenn deshalb die Klagen der weiterverarbeitenden Industrie, der Fabrikatindustrie, namentlich beim Sisen, bei den reinen Walzwerken nicht verstummen, so kann ihnen immer wieder der Rat gegeben werden: schreitet zu den selben Verbänden! Dann wird die Heilung kommen, dann wird auch das Bestehen der reinen Walzwerke noch lange möglich sein; ohne Verband, glaube ich, werden sie viel schneller ein Opfer der wirtschaftlichen Umgestaltung werden.

Dann möchte ich an dieser Stelle zu dem von Herrn Professor Schmoller auch angeführten Mißstande der Kartellexportprämien ein Wort sagen. Wir haben da leider die große Ungeschicklichkeit begangen, einen falschen Ausdruck zu wählen. Wenn wir den Ausdruck "Aussuhrvergütungen" nicht gewählt hätten, so würde man sich über die Sache nie so ereisert haben, da diese Vergütungen absolut nicht mit den Aussuhrprämien der Zuckerindustrie in Parallele gestellt werden können. Diese Aussuhrvergütungen bestehen darin, daß wir suchen, der Fahrikatindustrie, die aussühren muß — und das ist eine gesunde Aussuhr —, ihr Rohmaterial billig zu verschaffen. Wir sind

nach unseren Satungen und Bestimmungen gezwungen, in dem natürlichen Absatzeitet einen einheitlichen Preis zu stellen. Wir sagen nun: wenn ihr Fertigsabrikate aussührt, so sind wir gern bereit, für diesen Teil unserer Fabrikation einen billigeren Rohlenpreis, einen billigeren Roheisenpreis zu berechnen, und das sindet in der Form einer Rückvergütung statt, von Bersband zu Verband gerechnet und durch die Verbände überwacht. Ich glaube, daß das eine höchst günstige Einwirkung auf unsere einheimische Arbeitstätigkeit aussübt, und statt zu verurteilen, sollte man es als einen Vorteil der Verbände ansehen.

Meine Herren, ich will mich nicht zu weit in Einzelheiten verlieren, ba ich nicht in so interessanter und durchsichtiger Weise wie Ihr hochs verehrter Herr Borsitzender ein Bilb entwickeln, sondern nur einige Erschrungen aus der Praxis Ihnen vorsühren kann. Ich möchte nur noch um die Erlaubnis bitten, den Standpunkt der Industrie, wenigstens meiner Industrie, und meinen Standpunkt zur Arbeiterfrage kurz zu beleuchten, wenn ich auch grundsätlich auf dem Standpunkt stehe, daß diese Frage mit der Kartellfrage nicht das geringste zu tun hat.

Meine Herren! Herr Professor Schmoller sagt dann in seinen Leitssätzen unter anderem auch, daß das Gesetz gewisse Grenzbestimmungen zu geben habe, dis wohin die Kartelle die öffentlichen Gerichte ausschließen dürsen. Ich glaube, daß man im großen und ganzen dagegen kaum Beschen hat; die Ausschließung dient mehr zur Erleichterung der Verständigung über innere Fragen. Es wird im Kohlensyndikat, wenn man in grundsätzlichen Fragen über die Ausslegung des Vertrags uneinig ist, im Sinverständnis beider Parteien — die Prazis haben wir wiederholt geübt — vereinbart: Wir sehen von einem Schiedsgericht ab und wollen lieber den ordentlichen Rechtsweg beschreiten, schon um eine endgültige Entschedung über die Ausslegung des Vertrags zu bekommen. Ob das nun durch Gesetz seitzgeicht werden soll oder nicht, erscheint mir unerheblich; ich glaube, damit niemand ein Unrecht geschieht, wird man in grundsätzlichen Fragen nicht durch Schiedssegerichte entscheiden lassen, sondern durch ein ordentliches Gericht.

Was dann die Strafgewalt betrifft, so scheint man vielsach der Meinung zu sein, daß das ein Boykott wäre. Das Kohlensyndikat hat bisher, und so geht es wohl auch dem Stahlwerksverband, immer noch mit einzelnen Außenstehenden rechnen müssen, die alle Vorteile des Syndikats für sich in Anspruch nehmen, aber an demselben nicht teilnehmen wollen. Augenblickslich ist es ja nur der Fiskus. Aber, meine Herren, es ist ein alter Grundsat im kaufmännischen Leben, daß man demjenigen Abnehmer, der den ganzen Bedarf bei einem kauft, immer einen Borzugspreis gegenüber dem gibt, der

nur einen Teil nimmt. Deshalb zahlt nach diesem alten Grundsatz derjenige, der nicht den ganzen Bedarf nimmt, 50 Pfennig mehr. Das wird aber durchaus nicht überall angewandt. In den Grenzgebieten, im Gebiet der Saar, wo man weiß, die Leute sind durch ihre ganze Lage an andere Kohlen geradezu gebunden, sehen wir meist davon ab, weil es vielsach in der Natur der Betriebe liegt, daß sie neben Saarkohlen Ruhrkohlen gebrauchen müssen. Auch hier wird dem Kind ein schlimmerer Name gegeben, als es verdient.

Dann heißt es hier weiter: "Ob und inwieweit die Kartelle ein unsgleiches Recht für ihre Mitglieder statuieren dürsen." Dann wird seitens des Herrn Prosesson Schmoller auf Bestimmungen des Kohlensyndistats hinzeweisen, die ich selbst als einen Fehler bezeichnet habe, den ich aber heute noch innerhalb des Vertrags nicht gut zu machen wüste, und ich kann nicht sagen, daß hierin gegen den Grundsat versehlt ist: gleiches Necht für alle. In dem neuen Syndikatsverband ist auf Drängen der schwächeren Mitzglieder — das sind namentlich die Ruhrzechen, dei denen der Selbstverbrauch sür ihren eigenen Zechenbetrieb einen hohen Prozentsat ausmacht, weil sie ihren gesamten Damps mit Kohlen erzeugen müssen, während die Fettkohlenwerke das dei der Kokerei gewonnene Gas für diese Zwecke ausnutzen — der Selbstverbrauch ausgeschlossen und frei. Das ist der allgemein gültige Grundsat, und nun mußten wir die Hüttenzechen hereinnehmen, also ihnen das gleiche Recht einräumen. Das schafft nach anderer Seite ja eine Lücke, die, wie ich hoffe, sich ausfüllen läßt.

Herr Professor Schmoller hat unsere Stellung zur Hiberniafrage als einen großen Fehler bezeichnet. Meine Herren, ich muß darüber wie über alle diese Fragen, die die Regierung betreffen, mit Stillschweigen hinweggehen, da leider meine Amtspflicht mir nicht gestattet, meine offene Meinung hier auszusprechen, wie ich das gern täte.

(Beiterkeit.)

Ich befürchte sonst, gerade zu der jetigen Zeit, mir dadurch den Vorwurf zuzuziehen, daß ich Kreise gestört hätte, die doch auch Ihnen vielleicht nachher Befriedigung geben würden, indem Berständigungen erzielt werden. Ich möchte nur eines sagen: Mein Vorschlag, den ich schon bei den Verhandelungen im Vorvorjahre dem Fissus gemacht habe wegen Betritts zum Kohlenssphölist, also das Angebot des Betorechts, ist doch nicht so kindlicher Art, wie Herr Prosessor Schmoller meint. Er meinte, ein Betorecht gegen Preiserhöhungen habe keinen Zweck; es müsse ein Recht auf Preisserabsetzungen sein. Nun, meine Herren, das ist es ja, man kann nach den Einrichtungen des Syndikats durch ein Vetorecht ebensogut die Herabsetzung erzielen wie

bie Heraufsetzung verhindern. Denn der Preis wird alljährlich neu festsgestellt: und wenn die Versammlung beschließen will, dieselben Preise für das Jahr 1906 bestehen zu lassen, nach denen der Vorstand sich zu richten hat und auf welchen er seine ganzen weiteren Maßnahmen aufbauen soll, so kann das Mitglied, das ein Vetorecht hat, dagegen Einspruch erheben und kann durchsetzen, daß der Preis herabgesetzt wird. So war mein Gesdanke. Er ist aber nicht praktisch geworden, der Fiskus hat ihn nicht ansgenommen; ich hätte es an seiner Stelle auch nicht getan.

(Große Beiterkeit.)

In Punkt 7 der Thesen ist noch der Vorschlag enthalten, gemisse Gessetz gegen die Syndikate in Aussicht zu nehmen. Bom Standpunkte der Praxis aus glaube ich, daß mit den gesetzlichen Maßnahmen absolut nichts Praktisches zu schaffen ist. Ich glaube nicht, daß der Zweck erreicht wird, den der Herrichterstatter im Auge hat, wie ich das an einigen Punkten ja schon beleuchtet habe.

Ich komme nun zu Punkt 8, zu den Vorschlägen, größere Berschmelzungen der großindustriellen Gebilde zu verhindern. Soweit ich diese Vorschläge hier habe übersehen können, muß ich meine persönliche Ansicht dahin aussprechen: meine Herren, da ist mir das Staatsmonopol lieber.

(Sehr wahr!)

Ich glaube, meine Herren, daß die freie wirtschaftliche Tätigkeit, die unsere Industrie fo hoch gebracht hat, vollständig unterbunden wird, wenn Sie die Betriebe auf biese Weise unter Staatskontrolle stellen. Wir machen bei uns in Preußen — ich weiß nicht, ob es in andern Teilen unseres Vaterlandes auch so ist - die Erfahrung, daß die Gefete der Gewerbeaufsicht, der Bergpolizei in unserm Bergbau fehr scharf gehandhabt merden. Niemals fann es in Preußen heißen, die Gesetze stehen nur auf bem Lapier. Einzelne Beamte gehen mit einer Scharfe vor, baß man schon häufig gesagt hat: Unter biefer bureaukratischen Aufsicht ift furchtbar schwer zu arbeiten. Bedauern muß man namentlich die verantwortlichen Beamten, die ja für jedes Verfehlen gegen die bergpolizeilichen Berordnungen sofort und zwar mit den schlimmsten Bestrafungen betroffen Diese Unzahl von bergpolizeilichen Berordnungen, die so bureaufratisch gehandhabt werden, ist schon ein erschwerendes Hemmnis und schuld daran, wenn unsere Industrie hart gegen die ausländische zu kämpfen hat. Ich fenne die amerikanischen Verhältnisse nicht; aber nach dem, was ich von meinen Freunden gehört habe, muß ich annehmen, daß bort völlige Freiheit von jeglicher Aufficht vorhanden ist, und wenn ich das auch nicht billigen kann und namentlich vom Standpunkt der Sorge für die Sicherheit der

Arbeiter eine gewisse Aufsicht anerkennen muß, so ist doch die bei uns geübte ein großes Hemmis und eine Beengung der freien wirtschaftlichen Tätigkeit.

Wenn ich mir nun benke, daß wir so büreaukratisch handelnde Staatsbeamte in unsere Betriebe als mitratend und statend hereinbekommen sollten, dann möchte ich wenigstens auf die Tätigkeit, die ich heute ausübe, versichten. Will man ihnen mit  $25\,^{\circ}/_{\circ}$  Bertretung im Aufsichtsrat eine Entscheidung nur dann geben, wenn sie noch weitere 25 oder 26 der übrigen Mitglieder auf ihre Seite bringen, dann, meine Herren, sind sie im Aufsichtsrat von sehr wenig Einfluß und werden fast immer überstimmt werden. Es können ja bei den hervorragenden Eigenschaften unserer Staatsbeamten manche sein, die sehr günstig und wohltätig wirken, die meisten aber werden sich von der Aufgabe beeinslussen lassen, daß sie eben Aufsichtsorgane sein sollen, die jedes angebliche Übermaß oder Überschreiten der wirtschaftlich zusläfsigen Grenzen verhindern sollen. Ein praktisches Zusammenarbeiten kann ich mir auf diesem Weg nach Maßgabe meiner bisherigen Ersahrungen und Anschauungen nicht denken.

Meine Herren! Wenn nun hier wieder — und leider ist dieser Glaube sehr verbreitet — hervorgehoben wurde, etwas Ahnliches wäre schon vorshanden, denn die Großbanken, die Großsinanz beherrschten ja unsere Industrie vollständig, so bestreite ich das an dieser Stelle auf das entschiedenste. Niemals ist der Einsluß der Großbanken in der Großindustrie Rheinlands und Westfalens so gering gewesen, wie er zur Zeit ist.

## (Hört! hört!)

Man kann heute, wollte man ein solches Wort anwenden, im Gegenteil sagen: Die Großbanken buhlen um das Wohlwollen der Industrie, aber nicht etwa umgekehrt.

(Sehr mahr!)

Und, meine Herren, das muß ich richtig stellen: Wenn Herrn Thyssen das Wort zugeschoben wird "ich wähle mir selber" — wenn er es so außegesprochen hat, dann hat er es sicher nicht gesagt.

## (Große Heiterkeit.)

Nun gestatten Sie mir noch, mit einigen Ausstührungen auf die Stellung unserer Industrie zur Arbeiterfrage zu kommen. Die Sache hätte ja, so viel ich gelesen habe, mehr zu dem gestrigen Thema gehört. Ich konnte aber gestern unmöglich hier sein, ich konnte wegen wichtiger Verhandlungen erst mit dem Nachtzuge nach hier kommen. Ich sagte vorhin schon, daß die Arbeiter- und Lohnfragen mit den Kartellen an sich auch nicht das Geringste

zu tun haben. Was man hier von ben Kartellen verlangt, ift mit beren Natur und Aufgabe gänzlich unvereinbar. Unsere Syndifate — ober wie ich sie nenne: Berkaufsverbände — haben allein die Aufgabe, geschlossen ben Verkauf für die in ihnen vereinigte Industrie zu bewerkstelligen; sie haben rechtlich den Mitgliedern der Industrie gegenüber die Stellung des alleinigen Abnehmers, des Händlers, der die ganzen Produkte kauft. Natürlich müssen sie gewisse Rechte haben, die aber wieder durch die Mehrheit der Beteiligten in vollständig demokratischer Verfassung, wie das richtig auszgesührt worden ist, bestimmt werden; sie müssen ein Mittel haben, insofern die Betriebe zu beeinslussen, als sie eine gewisse Regelung der Erzeugung vornehmen können, denn sonst können sie ja ihre Aufgabe nicht lösen. Geben Sie den Kartellen das Recht der Eingriffe in die Betriebe, in die technischen Verhältnisse und in einen Hauptsaktor des Betriebes, die Arbeitsz und Lohnzverhältnisse, so kommen Sie unweigerlich zum Trust. Ein anderes gibt es nicht.

(Sehr richtig!)

In dem Moment, wo Sie die Syndifate hierbei mitsprechen laffen, wird jedes beteiligte Mitglied fagen: gut, wenn du über meine ganzen Verhältniffe verfügen willst, bann mußt bu auch einen Ertrag garantieren! ober, wenn bas Syndifat das nicht kann, bann fagt ber Betreffende: gut, bann kaufe mir das ab, mas ich befite! Meine herren! Weber die Vorstände der Gewerkschaften noch die Vorstände der Aktiengefellschaften könnten einem folchen Syndifat beitreten; benn fie haben die Berantwortung, auf ihnen ruht die Verantwortung, daß fie die Betriebe leiten und zwar fo leiten, daß fie Erträge bringen; benn das ist doch der Zweck der Industrie und des Gewerbes. Will ich aber bas gange Verfügungsrecht über ein Unternehmen, bas ich zu leiten habe, in andere Hände geben, so verletze ich meine Pflicht, und deshalb kann niemand bas annehmen, ober, wie gefagt, ein gewiffer Ertrag muß garantiert werden. Nun, meine Herren, habe ich schon barauf hingewiesen, wie gerade die schwächeren Betriebe nach ihren ganzen Berhältnissen an die Preisstellung gebunden sind. Wollte man den schwächeren Betrieben die Löhne vorschreiben, so murbe einfach verlangt werden: Nun auch die entsprechende Breisstellung! Damit kame man auf eine fehr gefähr= liche Bahn. Braktisch ift eben die Sache undurchführbar. Wollen Sie ben Kartellen diese Lohnfrage mit aufbürden, so kommen Sie unweigerlich zum Truft, und da find Sie doch wohl einig, daß es besser ift, die Kartelle ju erhalten.

(Lebhafter Widerspruch.)

Die Herren munichen also ben Truft? Darüber möchte ich kein abschließen=

bes Urteil fällen. Ich glaube, daß es richtiger ist, dem Zwang, ben bie Berhältnisse auf uns ausüben, langsam zu folgen. Ich habe schon barauf hingewiesen: gemischte Betriebe sind durch unsere ganzen wirtschaftlichen Berhältnisse bedingt und werden sich weiter bilden. Davon bin ich fest überzeugt. Aber ob sie sich zu Trusts auswachsen, mußte ich heute nicht zu sagen. Offen gestanden, mein Geschmack mare es nicht. Warum foll man sich also nicht vorläufig mit dem Mittel der Kartelle aushelfen? es später zu Trufts kommt, diese Frage möchte ich offen laffen. Ich murbe fie an keiner Stelle entschieden bejahen. Das muß man ber wirtschaftlichen Entwicklung überlaffen. Sie wird aber bei uns die Wege vermeiden, die in Amerika boch mahrhaftig nicht zu preisen find und nicht zur Nachahmung anspornen. Meine Berren! Der Berichterstatter hat ja schon barauf hingewiesen, und ich glaube, barin fteht boch unsere Industrie etwas höher, folde Überbildungen, folche Überkapitalisierungen, wie sie dort stattgefunden haben, wo maklofe Zwischengewinne benen zugefallen find, die bas Geschick hatten, sie zu leiten, werden, auch wenn die Entwicklung bei uns in Deutschland zur Truftbildung fommt, bas glaube ich fagen zu dürfen, in unserem Industriegebiet sicherlich unmöglich fein. Wie bei ber Bildung ber Syndifate, meine herren, aber auch jeber fich unmöglich gemacht hätte, ber gewagt hätte, einen Heller dabei zu verdienen, so bin ich auch fest überzeugt, daß, wenn die wirtschaftliche Notwendigkeit zur Ausbildung von Trufts führt, fie sich auf normalem wirtschaftlichem Weg vollziehen wird, und daß jedenfalls die Leiter, die an der Spite stehen, und die Mitbesitzer sich nicht die Bande beschmuten merben, wie es an anderer Stelle geschehen ift.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Herren! Ich glaube, Ihnen die Gründe dargelegt zu haben, die eine Berbindung der Lohntariffragen mit den Kartellen unmöglich machen. Run wird man ja sagen: das hat auch nicht viel zu bedeuten. Sie haben ja ihre anderen Bereinigungen. So wird es mir wohl gestattet sein, auf unsern Bergdaulichen Berein mit einigen Worten zu kommen, den man sosort, davon bin ich überzeugt, an die Stelle setzen wird. Meine Herren! Auch dieser wirtschaftliche Verband, den man immer im Zusammenhang mit der Arbeitersrage nennen sollte — denn er besaßt sich mit ihr — ist viel älter, als das Kohlenspndisat, er blickt auf mehr als ein halbes Jahrhundert zurück. Aber, meine Herren, er nimmt bei der Handhabung dieser Arbeitersstragen und aller technischer Fragen nur die Stelle eines Ratgebers ein, er ist nicht in der Lage, irgend einem Mitgliede seinen Willen aufzuzwingen, und wenn er im letzten Bergarbeiterausstand gesprochen hat, so war es nur ein Rat, den er den Mitgliedern gab. Kein einziges Mitglied war ges

zwungen, ihn zu befolgen, und ich sollte meinen, bei sachlicher Beurteilung bürfte man wohl einmal fragen, wenn ein solcher Rat sast einmütig besolgt wird, ob ihm bann doch nicht eine gewisse Berechtigung zu Grunde liege. Daß es tatsächlich nur ein Rat ist, geht ja auch baraus hervor, daß, wie wohl allen bekannt ist, die sich mit der Frage besast haben, einzelne Mitzglieder gegen diesen Rat doch zu Verhandlungen übergegangen sind, die aber, wie es unsere Voraussetzung war, ohne jeden Ersolg gewesen sind.

Meine Herren! Unter ben heutigen Verhältniffen, mo der Bergbauverein nur ein wirtschaftlicher Berein ift, ber feinen Mitgliedern nur als Ratgeber gegenübersteht, hatten Sie die volle freie Beweglichkeit und Freizügiakeit der Arbeiter. Sie mar im niederrheinisch-westfälischen Gebiete so weit ausgebildet, daß z. B., wenn zwischen ben einzelnen Tiefbauanlagen meiner Gefellschaft die Leute wechseln, baran von den Betriebsführern gar fein Anstok genommen wurde, sie einfach aufzunehmen. Sie wissen, daß im Staatsbetriebe eine ber schwersten Strafen die Ablegung ift und baf es häufig langer Anträge bedarf, ehe dem Arbeiter die Erlaubnis gegeben wird. pon einer Betriebsstelle zur anderen übersiedeln zu durfen. Bei uns hatten bie Arbeiter das vollständig frei in der Hand, und ich meine, das ist eine ber gunstigsten Bedingungen für die Arbeiter, aber durchaus nicht vorteil= haft für den Betrieb; denn daß der Betrieb unter einem starken Wechsel erheblich leidet, ist wohl klar. Nach der Statistik wechselt fast die gesamte Belegschaft in unserm Bezirke einmal im Jahre ihre Stelle. Darin ift ja eine kleine Anderung eingetreten: Nach dem Kampfe hat man sich dagegen gewehrt, daß der Wechsel in dieser schroffen Weise stattfindet, man schränkt biefe Freizugigkeit durch gegenseitige nachbarliche Verständigung ein. Das ift aber wieder nur ein freiwilliger Aft, und es liegt absolut kein Zwang vom Berein vor; benn trothem kommt ein erheblicher Arbeiterwechsel vor. Davon konnte fich jeder überzeugen, als auf der Beche "Boruffia" das bedauerliche Unalud mar; ba hat fich ber Betriebsführer, als bie Beche fchließlich ftill= liegen mußte, für feine letten 120 Leute nach Arbeitsgelegenheit umgesehen, ba find die westlichen Zechen gekommen und haben sofort 600 Mann aus bem betreffenden Revier weggeholt. Im übrigen mache ich gar fein Sehl baraus - und ich bin überzeugt, Ihrer vollsten Migbilligung zu begegnen -, daß ich nichts dagegen habe, daß ich fogar munfche, daß diefer Berein fich zu einem geschlossenen Arbeitgeberverband zusammenschließt und den Arbeits= nachweis in die Sand nimmt. Ich bedauere, daß der Berein diese Gigen= schaft noch nicht hat.

Aber, meine Herren, auch wenn wir eine festgefügte Organisation hatten, so wurde ich nach meiner festen Überzeugung nach wie vor auf bem Stand=

punkte stehen, daß ich das Berhandeln mit Arbeiterorganisationen ablehnen würde.

(Hört! hört! Zuruf: Sehr bedauerlich!)

Ich würde es beshalb tun, weil ich mir nach meinen Erfahrungen nicht das Geringste in der Richtung versprechen kann, daß es dadurch, wie es ja von dem Herrn Berichterstatter angedeutet wurde und wie es auch in Ihren Schriften und in Ihren Versammlungen vielsach betont wird, zu befriedigenden Kompromissen, zu einer gewissen Ruhe für einige Zeit kommen würde. Ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß der Kampf dann ein viel schärferer werden wird; denn, meine Herren, der Zweck der Arbeiterorganisationen ist nach meiner sesten Überzeugung — und das ist auch nach den eigenen Äußerungen der Organisationen bewiesen — der Kampf um die Herrschaft bezw. die Vernichtung des ganzen wirtschaftlichen Blühens unserer Industrie. (Lebhafter Widerspruch.)

Meine Herren! Soweit diese Arbeiterorganisationen deutlich erkennbar unter sozialdemokratischem Einfluß stehen, ist doch die Hauptrichtung, die sie leitet, politisches Bestreben, und wenn, wie es vielsach der Fall ist und wie auch der Glaube oben vertreten ist, der christlich-soziale Teil dieser Arbeitervorganisationen weniger gefährlich erscheint, so muß ich das nach meiner innersten Überzeugung und Erfahrung bestreiten. Dann ist mir doch die sozialdemokratische Organisation, meine Herren, noch lieber.

(Bewegung. — Lebhaftes: Hört!)

Die kämpft offen, wohin sie zielt, auf ben Umsturz. Die christliche Organissation, meine Herren, kämpft unter falscher Flagge, unter bem Mäntelchen christlicher Liebe und Eintracht und steuert schlimmeren Zielen zu. Sie weiß ganz genau, daß, wenn die sozialbemokratische Seite ihr Endziel erreicht hat, den Umsturz und die sozialistische Gesellschaft, diese nicht von langer Dauer ist, und dann rechnet sie darauf, daß sie die Herrschaft bekommt, und dann wird nicht allein die Industrie von ihr geknechtet, sondern auch die ganze Geistesfreiheit.

(Widerspruch und Lachen.)

Meine Herren! Neulich, bei einer Erörterung, wies mein verehrter Freund, der hochverdiente Generalsekretär des Zentralverdandes Deutscher Industrieller, auf eine Äußerung des Korrespondenzblattes der Generalskommission der Gewerkschaften Deutschlands hin. Sie ist, wie man mir mitgeteilt hat, in Nr. 31 vom 30. Juli enthalten. Dort wird ausgeführt, was ich eben behauptet habe: "Der Tarispertrag könnte für die Gewerkschaften kein Friedensvertrag, kein Freundschaftsbündnis sein, sondern nur eine Etappe des Klassenkampses, ein Wassenstüllstand mit dem Erfolg der Schriften CXVI. — Verhandlungen 1905.

Anerkennung der Gewerkschaft als gleichberechtigte Macht. Ein Friedenssvertrag sei ein Tarifvertrag nur im Sinne des Abschlusses jeweiliger Kämpfe. Bei den Arbeitgebern könnte für den Abschluß von Tarifverträgen das Friedensbedürfnis mitsprechen, um einmal Ruhe zu haben vor den Forderungen der Arbeiter und Sicherheit für ihre eigene Kalkulation. Bei den Gewerkschaften könne das Bedürfnis, Tarifverträge abzuschließen, in dem Bunsche liegen, neue Kräfte zu sammeln und aktionsfähiger zu werden. Es sei ein Friede auf keinen Fall, da er von beiden Teilen immer nur als ein Waffenstüllstand empfunden werde, aus dem herauszukommen das Klasseninteresse dringend erfordere!"

Meine Herren! Das ift also ausgesprochene Ansicht und Wille der Arbeiterorganisationen, die unter sozialdemokratischer Flagge handeln, wie es hier in ihrem eigenen Organ dargestellt ist. Es dienen also darnach die Verhandlungen und Abmachungen und die erzielten Tarisverträge nur zur Schwächung des Gegners. Meine Herren! Der Kampf bleibt uns nach wie vor, und da muß ich doch sagen, hier stehe ich auch wieder auf dem Standpunkt: Mit dem Amt, das mir anvertraut ist, habe ich auch die Versantwortung und ich halte es für pflichtvergessen, von meinem Standpunkt, und auch nicht dem Ehrenstandpunkt entsprechend, wenn ich mich in den Waffen, mit denen ich den Kampf zu führen habe, augenscheinlich schwächen lasse.

Meine Herren, meiner Ansicht nach ist daraus die Stellung gegeben: Durch Eingehen auf die Verhandlungen kommen wir zur Anerkennung der Organisation, und um diese herbeizuführen, müssen wir den Zwang ausüben, daß fämtliche Arbeiter der Organisation beitreten müssen. Haben wir dazu Veranlassung und sind Sie fest überzeugt, daß es zur Wohlsahrt der Arbeiter und zur Förderung ihrer Interessen dient, wenn sie in die Organisation gezwungen werden?

(Lebhafte Zurufe: ja!)

Gewiß, meine Herren, Sie beantworten diese Frage mit ja; aber in der Praxis, für die Leitung der industriellen Betriebe wird sich dieses Experiment nicht bewähren.

(Zurufe: England!)

In bem genannten Korrespondenzblatt steht, daß im Jahre 1904 nur 20,82% ber Arbeiter den Organisationen angehörten. Trot des Zwischenruses dieser überzeugten Anhänger der Arbeiterorganisationen halte ich es für sehr gewagt, zu behaupten, daß es der richtige Weg ist, wenn man solche Zwangsmaßregeln ergreist. Ich befürchte, daß auf diesem Wege nur Bestrebungen gefördert werden, die ausgesprochen zum Umsturz der Staatsordnung und der Monarchie sühren. Aber wenn auch das Schlimmste nicht erreicht werden

sollte, so müssen Sie sich boch die Gefahr vergegenwärtigen, daß durch eine falsche Handhabung der Fürsorge für die Arbeiter, durch eine Berkennung und Irreleitung dei der Lösung der sozialen Frage ein Rückgang der Industrie und unserer ganzen wirtschaftlichen Berhältnisse verursacht wird, und daß an die Stelle der jetzigen wirtschaftlichen Blüte der Industrie eine gewisse Angst und Befürchtung tritt, sich ferner an ihr zu beteiligen. Glauben Sie denn, meine Herren, wenn das Kapital scheu wird und sich zurückzieht, und wenn vor allen Dingen die zen ig en Kapitalbesitzer sich zurückziehen, die heute nach Maßgabe ihrer Neigung und Fähigkeit mitwirken, daß dann die Industrie als sozialistischer Betrieb weiter blühen und gedeihen kann?

Ist benn nach bem Standpunkt, der in Ihrer Mitte vielfach einsgenommen wird, nur das Kapital mit einer gewissen Anrüchigkeit versehen, das werbend, schaffend, befruchtend in der Industrie arbeitet, während das Kapital, das nur dem Genusse dient, bessen Besitzer sich um die soziale Frage nicht bekümmern, ruhig und in Frieden bleibt?

(Sehr gut!)

Soll berjenige, ber fich felbst in ben Dienst ber Arbeit stellt und sein Rapital befruchtend hingibt, den schlimmften Anfechtungen und Berdächtigungen ausgesetzt fein? Und, meine Herren, weiter! Wenn Sie wirklich glauben follten, das Kapital fei entbehrlich: halten Sie benn auch die Personen für entbehrlich, die heute in der Industrie als leitende Bersonen tätig find - nicht etwa auf Grund bes Befites -? Glauben Sie benn, bag meine engeren Berufsgenoffen und ich, wenn uns Magnahmen aufgezwungen werden, nach benen wir nicht arbeiten können, wenn wir feben muffen, wie ber Betrieb jurudgeht und die wirtschaftliche Blüte unterdrückt wird, dann noch mit Luft und Liebe die Sache fördern? Meine Herren, ich bin an der Stelle, an der ich ftehe im Syndikat und als erftes Direktionsmitglied ber Gelfenkirchener Gefell= schaft, stets bemüht gewesen, nicht von dem Wege abzugehen, den die allgemeinen Interessen weisen, so sehr ich bas Interesse ber mir anvertrauten Unternehmungen zu mahren gefucht habe. Aber daß man dafür größtenteils nur Unfechtungen, Berbächtigungen und Berleumdungen zu hören bekommt, baß jebe Verdächtigung und Verleumdung, die aus bewußter Absicht in die Presse geschleubert wird. Berbreitung und Glauben findet, bas hat mir wenigstens, und ich glaube vielen meiner Berufsgenoffen, längst die Freude an der Arbeit genommen. Wir stehen heute meist noch auf dem Posten, weil wir den Rücktritt nicht verantworten können. Es find hier vielleicht auch Aftionäre ber Gelfenkirchener Bergwerksaktiengefellschaft. Es könnte kein größerer Befallen mir geschehen, als wenn in einer Generalversammlung ausgesprochen murbe: Wir find froh, wenn Sie fich zurudziehen. Meine Herren!

Gefahr wird aber eintreten, daß sich folche Leute, die gerade die geeigneten Qualitäten haben, die auch das Bewußtsein der höheren Aufgabe haben, fich von ber Leitung ber Industrie gurudziehen. Es werden fich genug Leute finden, die der Gelberwerb lockt; aber sind das die richtigen Bertreter, und ift es bann gewiß, daß fie bas Blüben ber Industrie weiter aufrecht erhalten? Und wie ist es, wenn Sie die Arbeiter in diese gleichmachenden Verbande, bie Organisationen hineingezwungen haben, mas fie für die größte Förderung ihrer Intereffen halten, wenn Sie die perfonliche Entwicklungsmöglichkeit unterbinden? Es ist durch Zwischenruf auf die englischen Berhältnisse hin= Meine Herren! Ift es nicht das Bestreben in diesen gewiesen worden. gewerkschaftlichen Vereinigungen, Die Leistung schematisch herabzudrücken? Sie wollen so gegen geringere Leiftungen einen höheren Lohn erreichen. Sie fagen "nein", meine Herren. Nach meinen Erfahrungen und Mitteilungen ich habe keine Zeit, große wirtschaftliche Studienreisen zu machen - sind die Berhältniffe fo und werben auch bei uns in ben Arbeiterorganisationen so burchgebrückt werden. Und damit, meine Herren, schaffen Sie gerade ben Übelstand, der es unmöglich macht, daß auch der einfache Arbeiter sich herauf-Sie werben fagen, bas ift eine Utopie. Wenn Sie fich im arbeiten fann. rheinisch-westfälischen Gebiet umsehen, werden Sie eine ziemlich große Bahl von Bersonen finden, die dem unteren Arbeiterstand entstammen. Bon mir felbst kann ich es nicht fagen. Ich habe eine verwöhnte Kinderstube gehabt. Ich entstamme einer industriellen Familie. Aber, meine Herren, als wir, mein Bruder und ich, ins gewerbliche Leben traten, maren unfere Berhält= nisse nicht anders wie die des gewöhnlichen Sandarbeiters. Die große wirtschaftliche Umgestaltung mar auch über ben elterlichen industriellen Besitz hinmeggegangen, und wir haben von ber unterften Stelle anfangen muffen, und wenn ich, meine Berren, mit gefetlichen Vorschriften hätte rechnen muffen, Die nur die achtstündige Arbeitszeit gestatteten, mare ich heute noch der kleine Arbeiter und nicht ber Generalbireftor und Geheime Kommerzienrat.

(Beifall.)

Meine Herren! Wenn biese Gesahr bes wirtschaftlichen Rückgangs einmal eintritt mit ben Begleitungen, die ben wirtschaftlichen Rückgang verstärken, wer wird dann am meisten getroffen? Das ist doch der Arbeiter, der heute in unserer Industrie eine reiche und lohnende Arbeitsgelegenheit sindet. Und dann, meine Herren, möchte ich Sie dringend bitten, Sie haben ja die beste Absicht auf dem Gebiet der Fürsorge zur Lösung der sozialen Frage, prüfen Sie einmal, ob es nicht die beste Lösung der sozialen Frage ist, eine stets zur Hand befindliche, ausreichende und lohnende Arbeitstätigkeit zu haben. Das ist der größte Borteil für die Arbeiter, und dient am besten

dazu, die soziale Frage zu lösen. Daher, meine Herren, möchte ich Sie bitten, so sehr Sie in den grundsätlichen Anschauungen meinen Berufsgenossen und mir gegenüberstehen, wenigstens zu prüsen, ob die Leute nicht wenigstens eine gerechte Beurteilung verdienen, die bemüht sind, diese Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Daß heute unsere Industrie diese Arbeitsgelegenheit in vollem Maße schafft, das haben Sie den Leuten zu verdanken, die viele hinstellen als unersättliche, geldgierige Erwerber. Es sind darunter Personen, die häusig in dieser Art beurteilt werden, die ich aber nach meiner Kenntnis eben als die wirklichen Industriellen anerkenne; denn nicht der Geldwert, die Geldgier ist ihr leitendes Prinzip, sondern die befruchtende wirtschaftliche Tätigkeit.

(Lebhafter anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Brofessor Dr. Rathgen: Ich danke dem Herrn für die ergänzenden Bemerkungen, die er zu unserem Referate beigetragen hat. Die Aufmerksamkeit, mit der wir ihm zugehört haben, und der Beifall, den er gefunden hat, werden ihn jedenfalls überzeugen, daß er von einem Frrtum ausgegangen ist, wenn er geglaubt hat, daß Männer wie er in diesem Verein als solchem einer grundsätlich feindseligen Stimmung gegenüberständen.

(Sehr richtig!)

[Es entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungsbebatte über den weiteren Verhandlungsmodus und über die Frage, ob morgen noch eine Sitzung abgehalten werden soll. Die Versammlung einigt sich dahin, zu=nächst keinen weiteren Beschluß zu fassen, aber die Redezeit von vornherein auf 25 Minuten zu beschränken.

hierauf tritt eine einstündige Mittagspause ein.]

## (Nachmittagssitzung.)

Vorsitzender Professor Dr. Fuchs: Ich erteile zunächst das Wort Herrn Brofessor Schmoller.

Professor Schmoller: Meine Herren! Ich habe bem Verein mitzuteilen, daß Herr Geh. Kommerzienrat Kirdorf leider zu seinem großen Bedauern durch ein starkes Unwohlsein verhindert ist, wieder hier zu ersicheinen. Er hat an mehreren Tagen an sehr erschöpfenden Verhandlungen teilgenommen und ist die Nacht durchgefahren, um hier sprechen zu können. Sie erkennen daraus, wie sehr wir ihm zu Dank verpslichtet sind, daß er troß seines Zustands sein Wort eingelöst hat und hier erschienen ist.

(Beifall.)

Vorsitzender: Ich erteile jett das Wort an herrn Professor Lief= mann (Freiburg).

Professor Liefmann (Freiburg): Meine Damen und Berren! Das Thema, das uns heute hier beschäftigt, das Berhältnis ber Kartelle jum Staat, mochte ich in einem engeren Sinne auffassen, als bas feitens ber Berren Borredner geschehen ift und will nur die Aufgabe bes Staats aegenüber ben Kartellen besprechen. Außerdem möchte ich eine weitere Begrenzung noch eintreten lassen, indem ich mich nur mit der Frage beschäftigen will, mas heute gegenüber ben Kartellen geschehen kann. Auch mit dieser Begrenzung aber ift das Problem, um das es sich handelt, fo mannigfaltig und fompliziert, daß ich in der mir zur Verfügung stehenden Zeit jedes Eingehen auf Einzelheiten unterlassen und mich barauf beschränken muß, in gang kurzen Bügen die wichtigsten und allgemeinsten Gesichtspunkte, die sich dabei heute ergeben, hervorzuheben. Ich muß dabei auch jedes Eingehen auf die juriftische Seite der Sache unterlaffen, ba im Gegensatz zum beutschen Juriftentag, ber in seinen beiden Bersammlungen in Berlin und Innsbruck fich mit der Frage beschäftigt hat, unfre Versammlung hier einen wesentlich nationalöfonomischen Charafter trägt. Diese Beschränkung auf die nationalökonomische Seite des Problems ift umso= mehr angebracht, als sich heute immer mehr bie Überzeugung Bahn bricht, baß im Wege einer allgemeinen gesetzlichen Regelung ber Kartelle, wie bas auch herr Professor Schmoller ausführte, burch richterliche Ge- und Berbote nur fehr wenig geschehen kann, um Migbräuche ber Monopole zu bekämpfen, daß vielmehr die Hauptaufgaben des staatlichen Gingreifens auf wirtschaftlichem Gebiete liegen. Diese Möglichkeit wirtschaftspolitischen Eingreifens muß aber für jebe Industrie besonders erörtert merben. ben Auswüchsen und Migbräuchen monopolistischer Verbande hat man im Bergbau in ganz anderer Weise zu rechnen, wie in der Eisenindustrie, hier in andrer Beife wie in ber Spiritusinduftrie ufm.

Wenn ich nun dem Wunsche des Herrn Vereinsvorsitzenden folgend speziell die Eisen in duftrie und ihr wichtigstes Kartell, den Stahlwerks verband meinen Ausführungen zu Grunde lege, so muß ich die Ent-wicklung dieser Industrie und ihrer Kartelle als im allgemeinen bekannt voraussezen. Die Organisation des Stahlwerksverbands, um das kurz zu erwähnen, ist im wesentlichen die des Kohlensyndikats, d. h.: eine von den Kartellmitgliedern begründete Unternehmung, Aktiengesellschaft, verkauft die Produkte für ihre Mitglieder. Das eigentliche Kartell ist dabei die Verseinbarung der Mitglieder, ihre Produkte nur durch diese Gesellschaft zu verseinbarung der Mitglieder, ihre Produkte nur durch diese Gesellschaft zu verseinbarung der Mitglieder, ihre Produkte nur durch diese Gesellschaft zu verseinbarung der Mitglieder, ihre Produkte nur durch diese Gesellschaft zu verseinbarung der

taufen. Der Stahlwerksverband hat aber das Eigentümliche, daß er nicht nur ein bestimmtes Produkt, sondern verschiedene Produktionsstadien umsfaßt, und zwar geht er aus vom Rohstahl, während das Roheisen nach wie vor den verschiedenen Roheisensyndikaten untersteht. Er umfaßt prinzipiell alle Produkte der schweren Stahlindustrie, also mit Ausnahme der Maschinen- und Kleineisenindustrie. Tatsächlich aber hat er den gemeinsamen Verkauf übernommen bisher nur für die sogenannten Produkte A, nämlich Rohstahl, Haldzeug, Sisendahnbaumaterial und Formeisen, wogegen sir die Produkte B: Stabeisen, Walzdraht, Bleche, Röhren, Uchsen usw. die Produkte B: Stabeisen, war sestgelegt ist, der Verkauf aber seitens eines jeden Werks frei und zu beliedigen Preisen erfolgt. Für diese Produkte B besteht jedoch in Oberschlessen wenigstens die vier größten, sür die Produkte A dem allgemeinen Verbande angehören.

Für manche der Produkte B bestanden aber schon vor dem Stahlwerksverdand Spezialkartelle, so sür Walzdraht, Grobblech, Feinblech, Gas- und
Siederohre usw. Manche dieser Kartelle bestehen noch heute, wie der Walzbrahtverdand. Der Stahlwerksverband übt jedoch auf sie nach Aussage der
Leiter in den Berliner Verhandlungen keinen Einsluß aus. Immerhin ergibt sich eine gewisse Beziehung, da die großen gemischten Werke allen diesen
Verbänden gleichzeitig angehören. Einige dieser Kartelle haben sich seit dem
Bestehen des Stahlwerksverbandes aufgelöst, so z. B. der Feinblechverband
und der Drahtstiftverband. Es sehlt mir hier die Zeit, um auf die Einzelheiten, unter denen die Auslösung dieser Verbände ersolgt ist, und auf die Frage, wer denn die Schuld trägt — was in der letzten Zeit viel erörtert
worden ist —, einzugehen 1. Es würde das auf die speziellen Verhältnisse
einzelner Werke zurücksühren, wie überhaupt in der ganzen Kartellfrage die
einzelne Persönlichkeit und die Individualität einzelner Werke eine größere
Rolle spielt, als Außenstehende gewöhnlich anzunehmen pflegen.

Nur eines darf ich vielleicht anführen und damit ausnahmsweise hier etwas in die Details eingehen, weil sich die allerneueste Entwicklungstendenz daran knüpft, die in der Eisenindustrie erst seit einigen Monaten zu Tage getreten ist. Der Drahtstiftwerband hat sich aufgelöst, weil zwei rheinische Fabriken austraten, denen andere nachfolgten. Dieser Austritt geschah auf die Beranlassung der Firma Gebrüder Stumm, welche mit ihnen eine ganz neuartige Form der Interessengemeinschaft geschlossen hatte. Um für ihre

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Siehe jest meinen Auffaß: Die heutige Lage der deutschen Großeisenindustrie, Conrads Jahrbücher, Oktober 1905.

große Quote an Walzdraht im Stahlwerksverband einen sicheren Absatz zu haben, hat sie diese beiden Stiftsabriken veranlaßt, mit ihr in das Vershältnis der Lohnindustrie zu treten, in der Weise, daß die Firma beiden Fabriken den Draht in Lohn verarbeiten läßt und die Stifte dann auf ihre eigene Rechnung verkauft. Beide Fabriken haben sich zu diesem Zweck versgrößern mussen und konnten infolgedessen die Bindung im Drahtstiftverband nicht mehr auf sich nehmen.

Boraussichtlich wird diese neue Form der Interessengemeinschaft, die hier zum ersten Male zu Tage getreten ist, womit die großen Werke wiederum mehr in die Weiterverarbeitung eindringen, ohne sich aber die weiterverarbeitenden Werke anzugliedern, noch häusiger angewendet werden.

Jebenfalls ist die Organisation des Stahlwerksverbandes in dem ursprünglich geplanten Umfange, solange die Produkte B nicht einbezogen sind, noch lange nicht vollendet. Daß dies noch nicht geschehen ist, daß die B-Produkte noch nicht in die Regelung des Stahlwerksverdandes einbezogen sind, ist aber die Folge des Gegensaßes und der verschiedenen Interessenzichtung zwischen den großen kombinierten Werken und den reinen Werken in der Eisenindustrie, welch letztere ausschließlich diese B-Produkte herstellen und den Rohstoff, das Haldzeug von den großen kombinierten Werken kausen müssen. Dieser Gegensaß zwischen den reinen Werken und den großen kombinierten Werken, von denen die reinen Werke abhängig sind, ist die Grundlage für die ganzen heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Eisenindustrie.

Es ist dieser Gegensat aber ein solcher zwischen alten und neuen Betriebsformen, und die Kartellfrage spielt dabei eigentlich nur eine, gleich zu kennzeichnende, sekundäre Rolle. Die produktionstechnische Überlegenheit der gemischten Werke, die ihre gesamten Walzprodukte in einer Sitze herstellen können und für den Antrieb ihrer Maschinen die Hochosengase den nutzen, kann nicht geleugnet werden und ist auch in den Berliner Berschandlungen ausdrücklich zugestanden worden. Diese Vorteile der Kombination machen sich jetzt schon bis in die letzten Stusen der Verseinerung hinein bemerkdar, wie z. B. die Konstruktionswerkstätten, die keine eigenen Hochsösen, Stahlwerke und Zechen haben, durch die Konsturrenz der großen Werke immermehr ins Hintertreffen geraten, wosür in den Berliner Verhandlungen interessante Beispiele zu Tage gefördert worden sind.

Der Gegensatz zwischen reinen und gemischten Werken beschränkt sich also heute nicht mehr auf die Walzwerke, die auch meist nur Halbsfabrikate herstellen, sondern dehnt sich auch auf solche Fälle aus, wo, wie z. B. bei Brückenbauten, durch Mitwirkung der höchstqualifizierten Arbeit

bes Architekten und bes Konstrukteurs Produkte ber Maffenherstellung zur Stufe höchstwertiger Gebrauchsgüter emporgehoben werden.

Eng bamit verbunden ist eine Berschiebung in ben besten Standorten ber Industrie. Durch bie Benutung ber Hochofengase, und seit ausländischer Eisenstein immer größere Bedeutung gewinnt, find die reinen Walzwerke im Siegerland ichon aus Bründen ber Transportverhältniffe immer weniger konkurrenzfähig. Sie werden aber nicht vollständig verdrängt. Es vollzieht sich vielmehr heute in der Eisenindustrie auf einer höheren Stufe, nämlich innerhalb bes Großbetriebs, die gleiche Entwicklung wie früher zwischen Fabrikbetrieb und Hausindustrie, wo auch der erstere die lettere nicht gang verdrängte. Wie der Fabrikbetrieb die Sausindustrie beibehielt. um sie in Zeiten starker Nachfrage als Reserve heranzuziehen, in ungunstigen aber ftillzulegen, fo benuten heute die großen gemischten Werke die reinen. Diefe stellen, nach Sombarts treffender Bezeichnung, ein elast if ches Moment ben Konjunkturenschwankungen gegenüber bar. Die ganze Organisation ber großen gemischten Werke erfordert konstanten Massenbetrieb. Bei gunftiger Ronjunktur überlaffen fie die Beiterverarbeitung zum Teil ben reinen Berken. Die damit auch bei ftarker Nachfrage Gewinn erzielen, bei ungünstiger aber suchen sie die Halbfabrikate, deren Produktion sie der Kontinuität ihres Betriebs megen nicht einstellen können, felbst weiterzuverarbeiten, oder fie exportieren fie um jeden Preis. In den beiden letteren Fällen, menn er= portiert oder weiterverarbeitet wird, leiden die reinen Weiterverarbeiter.

Es ift auch zuzugeben, daß unter diefen Umftanden die Kombination, Die Angliederung weiterverarbeitender Stadien zu weit gehen fann, daß die großen gemischten Werke fich Produktionsstadien angliedern können, für die sie technisch nicht geeignet sind. Namentlich wo Kartelle für diese weiter= verarbeiteten Produtte bestehen, ift die Gefahr, daß die Kombination zu weit geht, groß und führt schließlich zur Auflösung ber betreffenden Ber= bande. Tatfachlich ift die Auflösung einiger Berbande der weiterverarbeitenden Broduktionsstadien auf diese Berhältnisse zurückzuführen. Die Grenze für die gemischten Werke und für die Kombination ist im allgemeinen da, wo die Maffenproduktion weniger einheitlicher Qualitäten und Mufter nicht mehr hier ist daher auch noch das Feld für die reinen Werke, die sogenannte Spezialisation. Wo von einem bestimmten, nicht bas Normale darstellenden Profile nur wenige Tonnen verlangt werden, kann das große Werk seine Maschinen nicht mehr nutbringend verwenden; da muß ein Spezialwerk mit eigenen Maschinen eintreten. Diese Spezialisation ist auch ber Weg, auf dem sich die reinen Werke, wofern sie sich nur in gunftiger örtlicher Lage befinden und genügend kapitalkräftig find, halten können, und

wo sie teilweise eine sehr lohnende Tätigkeit noch finden können. Erforderlich ist freilich, daß für diese Spezialitäten auch entsprechend höhere Preise zu erzielen sind. Daß das in ungünstigen Zeiten oft nicht der Fall ist, daran ist aber die Konkurrenz der reinen Werke untereinander ebenso schuld wie die der gemischten Werke. Es ist aber natürlich schwerer, für derartige Spezialprodukte Kartelle zustande zu bringen, und es wird dies in größerem Umfang erst möglich sein, wenn ein Ausleseprozeß die lebensunsähigen unter diesen reinen Werken aus dem Wege geräumt hat. Der neueste Plan des Stahlwerksverbands, den reinen Werken zu helsen, besteht übrigens, wie mir Herr Direktor Schaltenbrand vor einigen Tagen mitteilte, darin, dieselben in der Form der Lohn in dustrie, wie ich das eben schon in einem Beispiel schilderte, zu beschäftigen. Sie sollen das Haldzeug der großen gemischten Werke in Lohn auswalzen, wosür sie von den gemischten Werken mit einer bestimmten Quote an dem Gewinn, der aus dem Stabeisenverkauf erzielt wird, beteiligt werden.

Ob auf dieser Grundlage der Anschluß der reinen Werke an den Stahlwerksverband zustande kommen wird, läßt sich noch nicht sagen. Ich glaube aber, daß diese neue Entwicklung der Lohnindustrie eine Erscheinung ist, die von großer wirtschaftlicher Tragweite in Zukunft werden kann, eine Neuentwicklung des Verlagssystems auf einer höheren Stufe, innerhalb des Großbetriebs.

Welches ist nun die Stellung der Kartelle in diesem ganzen Ent= wicklungsprozeß? Im allgemeinen hätte fich bie Berbindung von Sochöfen und Stahlwerfen aus technischen Gründen auch ohne die Kartelle vollzogen. Darin stimme ich mit Herrn Geheimrat Kirdorf vollständig überein. Tendenz zur Angliederung von Kohlenzechen ift freilich durch das Kohlenfartell erheblich verstärkt worden. Auch die Aufnahme der weiteren Broduktionsstadien in das Arbeitsfeld der großen gemischten Werke ist wohl durch die Rohstoff= und Halbfabrikatstartelle etwas gefördert worden, in der Weise, daß die Kontingentierung und Absatbeschränkung für folche Produkte, namentlich in ungunftigen Beiten, Diefe großen Berke, für Die eine regel= mäßige Produktion Lebensbedingung ift, immermehr in die Weiterverarbeitung hineindrängte. Im allgemeinen aber liegt die Entwicklung zur Kombination und zum größeren Betriebe in ber Gisenindustrie in den technischen und wirtschaftlichen Berhältnissen begründet und hätte sich — darüber ist meines Erachtens fein Zweifel möglich - unter allen Umständen, auch ohne die Kartelle vollzogen. Bei freier Konkurrenz allerdings mare ben reinen Werken ihre allmähliche Verdrängung und ihre ungünftige Lage als etwas Unabanderliches, als ein Fatum erschienen, sie hatten keine einzelne wirt-

schaftliche Erscheinung bafür verantwortlich machen können. Als sich aber bie Rohstoffindustrien zu Berbanden zusammenschlossen, ba hatten fie ein fonkretes Objekt, bem fie ihre ungunftige Lage gemeinsam in bie Schuhe schieben konnten, und so murben die Kartelle für eine Entwicklung verantwortlich gemacht, die auch bei freier Konkurrenz eingetreten wäre. Natürlich haben die Kartelle auch die Zusammenfassung verschiedener Brobuktionsstadien in einer Unternehmung gefördert, aber das gleiche hatte mindeftens ebenso auch ein heftiger Konkurrengkampf getan, und nur, wenn unsere Rohstoffindustrie dauernd gleichmäßige Beschäftigung gehabt hatte. wären wir vielleicht in den alten Betriebsformen verblieben. Nachdem aber heute unser Kapilalreichtum in jeder Zeit günftiger Konjunktur zu einer Ausbehnung ber Industrie Beranlassung gibt, ist bei ungunftiger Lage ber Ronfurrengkampf ftets äußerft icharf, und biefer Konfurrengkampf führt fowohl zum Eindringen der großen Werke in die Weiterverarbeitung als auch Rombinationsunternehmungen und Kartelle stehen also weniger im Berhältnis von Ursache und Wirkung zu einander, fondern beide find die Folge der Konjunktur= schwankungen, beibe sind ein Mittel, dieselben für die einzelne Unternehmung möglichst wenig fühlbar zu machen.

Soll nun der Staat in diesen Entwicklungsprozeß eingreifen? Selbst, wenn man ihn als Fortschritt aufsaßt — und daß er ein Fortschritt ist, darüber kann meines Erachtens kein Zweisel obwalten —, kann doch die Frage aufgeworfen werden, ob es nicht zweckmäßig sei, ihn etwas zu verlangsamen. Ich bespreche also zunächst nicht die Frage, ob in Mißbräuche, die sich im einzelnen dabei herausstellen, eingegriffen werden soll, sondern zunächst nur die, ob der Staat diesen Entwicklungsprozeß, als ein Ganzes aufgefaßt, verlangsamen soll.

Ich glaube, diese Frage heute verneinen zu sollen, und zwar in der Hauptsache aus Gründen nationaler Politik, wegen unserer Konkurrenzsfähigkeit gegenüber dem Austande. Im allgemeinen bin ich der Meinung, deß die Kartelle, wenn wir den großen Ausschwung feststellen, den die deutsche Volkswirtschaft seit der Zeit, in der sie bestehen, genommen hat, als Ganzes betrachtet nützlich gewesen sind, und ich glaube, daß keiner unter und ist, der verkennt, was das deutsche Unternehmertum in ihnen geleistet hat, und zwar an wirklicher geistiger Arbeit. Deswegen glaube ich auch, gegen eine Bemerkung des Herrn Geheimrat Kirdorf protestieren zu sollen, als ob die deutsche nationalökonomische Wissenschaft die Bedeutung der geistigen Arbeit, die die großen Unternehmer und die Leiter der Kartelle leisten, nicht anerkenne. In dieser Bersammlung ist gestern, wo doch viels

fach Gelegenheit vorhanden gewesen wäre, von keiner Seite diese geistige Arbeit der großen Unternehmer angegriffen oder bestritten worden. Auch heute ist es nicht geschehen. Herr Professor Schwoller war weit entsernt, in derartigem Sinne zu sprechen, und ich glaube, daß auch aus der gessamten wissenschaftlichen Literatur Herr Geh. Rat Kirdorf kein Beispiel dafür wird anführen können, daß diese große geistige Arbeit, die das deutsche Unternehmertum geleistet hat, seitens der Wissenschaft nicht anerkannt worden sei. —

Im allgemeinen halte ich also, wie gesagt, diesen Entwicklungsprozeß, ber zu Kartellen und großen Riefenunternehmungen führt, trot feiner Barten im einzelnen für unvermeiblich, weil er ben wirtschaftlichen Fortschritt verförpert, ohne den unsere Kulturstellung nicht denkbar ist und dessen Aufhören unsere ganze wirtschaftliche Zukunft in Frage stellen würde. Staat hat daher meines Erachtens auch nicht die Aufgabe, diese ganze Entwicklung bes Kapitalismus zu hindern, sondern nur die Migstände, die sich im einzelnen dabei herausstellen, zu bekämpfen. Bier stehen nun gerade in Deutschland, wo die Kartelle die größte Ausdehnung erfahren haben, die Mifftande, die fich aus beren monopolistischem Charafter ergeben, heute in erster Reihe. Die Kartelle sind monopolistische Vereinigungen, und in ber Sorge bafür, daß nicht burch übermäßige Ausbeutung einer errungenen Monopolftellung die Konfumenten und Weiterverarbeiter benachteiligt werden, liegt heute die Hauptaufgabe des Staats. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe aber können in erster Linie nur wirtschaftliche Magregeln in Betracht kommen. Auf das radikalfte Mittel, das über bloge mirtschaftliche Magregeln weit hinausgeht, die Verstaatlichung ber betreffenden Erwerbszweige, brauche ich hier nicht näher einzugehen. Was den Kohlenbergbau betrifft, so habe ich meine Ansicht barüber vor einiger Zeit schriftlich ausgesprochen 1. Bezüglich ber Gifenindustrie, die mich hier hauptfächlich beschäftigen foll, und anderer Unternehmungszweige kann meines Erachtens kein Mensch, der etwas in das praktische Leben hineingeblickt hat, heute an Berftaatlichung benken. Bei ben wirtschaftlichen Magregeln zur Bekampfung übermäßiger Breise kommen vor allem solche ber Bollpolitik und ber Tarifpolitik der Verkehrsanstalten in Betracht. Besonders sind es die billigen Auslandsverkäufe, welche den Ruf nach zollpolitischen Magregeln veranlaßt haben. Doch die Schädigungen der Weiterverarbeiter durch diefen Erport werden häufig ftark übertrieben. Es kommt natürlich immer einmal vor, daß in ungunftigen Zeiten, wenn die inländischen Abnehmer mit

<sup>1</sup> Annalen des Deutschen Reiches 1905, Beft 6.

ihrer Nachfrage zurüchalten, die Mitglieder des Kartells aber brängen, ihnen Absat zu verschaffen, die Leiter einmal einen sehr billigen Abschluß ins Ausland machen. Es ift auch zuzugeben, bag in einzelnen Fällen bie beutschen Weiterverarbeiter im Auslande nicht konkurrieren konnten, weil die ausländischen das deutsche Rohmaterial billiger bekommen haben. Aber es find das Ausnahmefälle, die in ungunftigen Reiten breitgetreten werden: in gunftigen aber — und bas zeigt fich auch heute wieder, wo die Beschäftigung ber Eisenindustrie fehr gunftig ift -, wird biefe Frage von fehr viel ge= ringerer Bebeutung. Natürlich ift es immer vorteilhafter, Fertigprodukte zu exportieren, weil bei diesen — ich darf wohl sagen, bekanntlich — auch bei billigem Berkauf von einer Schädigung der inländischen Volkswirtschaft nicht die Rede fein kann. Es ift auch Aufgabe der Kartelle, dafür zu forgen, daß die Produkte in möglichst verarbeiteter und daher hochwertiger Form zur Ausfuhr gelangen. Aber Bersuche, die man g. B. beim Feinblechverband gemacht hat, um ftatt Halbzeug möglichst Bleche zu erportieren. scheiterten an dem Widerstand der englischen Walzwerke, welche fich nicht aus ihrem Markte in den Kolonien verdrängen ließen und statt des deutschen Halbzeugs amerikanisches ober belgisches kauften. So ift man in vielen Fällen vor die Frage gestellt, entweder Rohstoffe und Halbfabrikate zu erportieren ober gar nicht. Dann ift es aber immer noch wunschenswerter. Rohstoffe ober Halbfabrikate zu exportieren, wenn dadurch in ungunstigen Beiten bie Unlagen ausgenütt werben und ben Arbeitern Befchäftigung gewährt wird, und hauptfächlich zu diesem Zweck wird ja in ungunftigen Beiten ber billige Export betrieben. Übrigens ift barauf aufmerkfam ju machen, daß gerade in dieser Sinsicht, um den Fabrifatenerport zu fördern. die Entwicklung der kombinierten Werke, die ja immermehr in die Fertiafabrifation eindringen, von großer Bedeutung ift.

Die reinen Werke klagen auch meist weniger über den billigen Rohstoffund Halbsabikatsexport, als über eine zu geringe Spannung im Inlande zwischen den Preisen für Halbzeug, das sie von den gemischten
Werken kausen müssen, und für die Produkte, die sie daraus herstellen und
in denen sie mit den gemischten Werken konkurrieren müssen, also vor allem
in den Preisen für Stabeisen. Die Möglichkeit übermäßig hoher
Preisselfsungen im Inlande ist ja die Hauptgesahr eines jeden
Kartells. Daß diese Gesahr durch hohe Zölle verstärkt wird, ist klar. Auch
ist zuzugeben, daß starke Kartellbildung in einem Lande, wenn es sonst die
wirtschaftlichen Verhältnisse erlauben, ein wichtiges Argument für eine freihändlerische Gestaltung der Zollpolitik bildet. Aber einseitige, dauernde
Zollherabsetungen würden nur das Ausland auf Kosten des Inlandes stärken.

Daher können nur internationale Bereinbarungen, von benen Herr Professor Schmoller vorhin gesprochen hat, für jeweils ein bestimmtes Produkt in Betracht kommen, also nach Analogie der Zuckerkonvention. Wohl aber sind als ein Mittel, übermäßige Preiskestschungen zu bekämpsen, vorübersgehende Bollermäßigungen denkbar und könnten im Notfalle angewendet werden. In vielen Fällen würde dabei schon die bloße Erörterung einer solchen Maßregel im Parlament genügen, um die Kartelle vorsichtiger in der Preispolitik zu machen. Der früher mehrsach vertretene Gedanke, bei billigeren Berkäusen ins Ausland die Zölle heradzusetzen, ist, abgesehen davon, daßer auf einer falschen Auffassung dieser Tatsache beruht, auch praktisch undurchsührbar. Ich brauche daher auf diesen Borschlag kaum näher einszugehen.

Zu erwähnen ist dagegen noch, daß neuerdings wieder, und gerade auch in der Eisenindustrie, die Tendenz zur Bildung von internationalen Kartellen eine starke Ausdehnung erfahren hat. Der Stahlwerksverband hat eine Reihe von internationalen Abmachungen, so z. B. für Schienen und Träger, mit den wichtigsten fremden Staaten abgeschlossen. Welche Folgen ein weiteres Fortschreiten auf diesem Wege für unsere Handelspolitik haben kann, ist noch nicht abzusehen.

Wenn zoll= und verkehrspolitische Maßregeln nicht anwendbar sind ober nicht genügen, müssen als äußerstes Mittel zur Bekämpfung übermäßiger Preise staatliche Preissestseungen in Betracht kommen, die aber nie von Staatsbeamten einseitig vorgenommen werden sollen, sondern bei denen die Mitwirkung der Beteiligten selbst erforderlich ist; und indem ich die Mitwirkung der Beteiligten dabei betone und als erforderlich ansehe, glaube ich auch, die Bedenken des Herrn Prosessor Schwoller gegen diese staatlichen Preissestsetzungen beseitigen zu können. Um solche Preissestsestzungen unter Mitwirkung des Staates im Notsalle in die Wege zu leiten und auch um die erforderliche Aussicht über das Kartellswesen und alles, was damit zusammenhängt, vorzunehmen, wäre, wie auch Herr Prosessor Schwoller gefordert hat, die Errichtung eines Neichsefartellamtes wünschenswert. Solche Preissestsesungen würden sich meist auf Rohstosse und Halbfabrikate, die nur in wenigen Qualitäten vorkommen,

¹ Um Mißverständnissen, wie sie in den Verhandlungen zutage kamen, entgegenzutreten, bemerke ich, daß ich die Bildung staatlicher Preiskommissionen, bei denen die Beteiligten mitzuwirken haben, schon in meinem Aufsatze: Zur Frage eines Kartellgesetzes, Soziale Praxis X, Nr. 14 u. 15, Januar 1901 als äußerstes Mittel vorgeschlagen habe, übermäßige Preise der monopolistischen Vereinigungen zu bekämpfen.

beschränken können, während bei allen anderen Waren, die weniger den Charakter eines natürlichen Monopols besitzen, die Konkurrenz wohl stetz genügend sein wird, um die übermäßige Ausbeutung einer errungenen Monopolstellung zu verhindern. Auch für Kohle bin ich der Meinung, daß im Notfalle staatliche Preiskestsetzungen ein einfacheres und besseres Mittel sind, um die Interessen der Allgemeinheit zu wahren, als für eine Berstaatlichung unter den heutigen Verhältnissen Hunderte von Millionen aufzuwenden.

Aber die Wirkungen des Zusammenschlusses in Kartellen zeigen sich nicht in ben Breisfestsetzungen allein. Säufig wird mehr als über biefe über die Berkaufsbedingungen geklagt. Bon ihnen werben neben ben Weiterverarbeitern namentlich die Händler betroffen, und es scheint die Entwicklung des Kartellmefens hier zu großen Ummälzungen zu führen, die namentlich auf dem Gebiet des Kohlenhandels zu Tage getreten und noch lange nicht zum Abschluß gebracht find. Die dabei entstehenden äußerst manniafaltigen Probleme hier zu erörtern kann ich mir verfagen, weil staat= liches Eingreifen dabei meines Erachtens heute noch nicht in Betracht kommt. Auch zahlreiche fonstige hierher gehörige andere Fragen, wie die willfürliche Aufstellung gemiffer Orte als Basis für die Frachtberechnungen, mas gerade auch beim Stahlwerksverband zu vielen Angriffen geführt hat, muß ich hier übergehen. Erwähnt sei nur die Frage ber Ausfuhrvergütungen und ber bamit zusammenhängenden Pragis ber großen Kartelle, folche nur an Berband e zu gemähren. Gerade fie fpielen auch beim Stahlmerkeverband eine große Rolle und haben ju Angriffen geführt, die meines Erachtens die berechtigtsten maren, die gegen den Verband erhoben worden sind.

An und für sich ist das Prinzip der großen Kartelle, Aussuhrvergütungen nur an Berbände zu gewähren, berechtigt. Die Rohstofffartelle können damit den schwierigeren Zusammenschluß der Weiterverarbeiter fördern und so deren wirtschaftliche Lage verbessern helsen. Man kann den Rohstofffartellen auch nicht zumuten, durch ihre Bergütungen nun dazu beizutragen, daß sich die Weiterverarbeiter untereinander noch schärfer bekämpsen und die Preise im Konkurrenzkamps doch um den Betrag der Aussuhrvergütungen herabdrücken, so daß diese ihren Zweck ganz versehlen. Aber auf der andern Seite ist nicht zu leugnen, daß große Mißstände mit diesen Maßregeln verbunden sind. Das gemischte Werk, das sein Halbzeug selbst herstellt, erhält für alle weiters verarbeiteten Produkte, die es exportiert, Aussuhrvergütung vom Kohlens, Roheisens und Stahlwerksverband. Das reine Werk, das sein Halbzeug kaufen muß, erhält diese Vergütung nur für solche Produkte, für die Kartelle bestehen. Dies ist natürlich eine große Ungerechtigkeit, und badurch unters

stützen die Rohstofffartelle noch die natürliche Überlegenheit der großen kombinierten Werke in der Weiterverarbeitung. Hier müßte unbedingt Abshilfe geschaffen werden. Der Stahlwerksverband muß für alles von ihm gekaufte Haldzeug, aus dem Waren hergestellt werden, die exportiert werden, Aussuhrvergütung gewähren. Als staatliches Mittel, um hier eine Gleichstellung der Weiterverarbeiter herbeizuführen, käme der zollfreie Versedlung sverkehr in Betracht, der unter den Mitteln einer staatlichen Kartellpolitif vielleicht am ersten praktische Anwendung sinden dürfte. Ich kann aber hier nicht näher darauf eingehen.

Noch eine andere Wirkung der Kartelle, die mit den Verkaufsbedingungen zusammenhängt, ift aber hier zu ermähnen, ber 3mang zu ausschließ= lichem Berfehr, ber Bonfott, Die Lieferungsfperre, furz Die Erflusionsverträge. Ich barf die Erscheinung wohl bei den herren ber Wissenschaft als bekannt voraussetzen, bei ben herren ber Praris ist dies, wie das aus den Ausführungen des herrn Geh. Rat Rirdorf hervorging, ber die diesbezügliche Bemerkung des Herrn Professor Schmoller gar nicht verstanden hat, leiber noch nicht ber Fall. Im Stahlwerksverband haben biefe Erscheinungen von Bonfott, Lieferungesperre, und ähnlichen Magregeln noch keine große Rolle gespielt. Er besteht ja erft seit wenig über einem Jahr. Es handelt fich bei biefen Dingen um Probleme, die weit über ben Rahmen der Kartellfrage hinausgehen, um die Frage nach den Grenzen von Zwang und Freiheit, um bas Problem, inwieweit die Bewegungefreiheit bes einzelnen durch Anwendung wirtschaftlichen Drucks im Interesse eines ober mehrerer Underen eingeschränkt oder beseitigt werden barf. Dies fann burch wirtschaftliche Magnahmen nicht geregelt werden. Bier ift es Sache ber Rechtswiffenschaft, Normen bafür zu finden, mann ein folches Borgeben als berechtigt anzusehen ift und mann nicht. Die Juristen haben bisher nur versucht, wie das ja auch ihre erste Aufgabe ift, die vorhandenen Rechtsfätze auf diese neuen Erscheinungen anzuwenden; aber die Entscheidungen, die in biefer Hinsicht getroffen worden sind, sind durchaus willkürlich, und es ist fein Zweifel, daß die Sätze über ben Verstoß gegen die guten Sitten nicht genügen; benn diese Magregeln sind keinesfalls als ausschlieklich schädlich anzusehen, sondern es wohnt ihnen eine starke organisierende Kraft inne, die 3. B. in den Tarifgemeinschaften der Arbeiter so außerordentlich nützliche Wirkungen hervorbringt. Derartige Berträge können daher im modernen Wirtschaftsleben gar nicht entbehrt werden. Die Rechtswissenschaft hat baber hier die Aufgabe, zunächst die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens zu studieren und dann zu versuchen, zu geeigneten Normen für die Regelung dieser Erscheinungen zu gelangen.

Bu den Personenkreisen, welche durch den wirtschaftlichen Druck der Monopole getroffen werden und badurch in ihren Interessen geschädigt werden fönnen, gehören schließlich auch die Arbeiter. Zwar bezwecken die Kartelle, wie immer wieder zu betonen ist und wie Herr Geheimrat Kirdorf mit Recht hervorgehoben hat, feine Einwirkung auf die Arbeiterverhältniffe, überlaffen dies vielmehr den einzelnen Mitgliedern oder befonderen Urbeit= geberverbänden, die auch da entstehen können, wo Kartelle gar nicht möglich find, z. B. zwischen ben Angehörigen ganz verschiebener Industrien. Aber doch hat auch die Kartellbewegung unter Umftänden ungünstige Wirkungen auf die Arbeiter. Durch die Berschmelzung und die damit verbundene Still= legung von Werken können Arbeiter brotlos werden. Es find dies aber Folgen, wie sie immer mit dem technischen Fortschritt und der Ersparung von Produktionekosten verbunden sind. Aber überhaupt wird schon durch den Busammenschluß ber Unternehmer in Kartellen ihre Lage den Arbeitern gegen= über verstärkt und dadurch die Aussicht der letteren, mittelst ihrer Koalitionen Arbeitskämpfe glücklich durchzuführen, vermindert. hier kann nur die Gemährung voller Koalitionsfreiheit, eventuell staatliche Organisierung von Bertretungsförpern der Arbeiter, Durchführung des follektiven Arbeitsvertrages und aller der Magnahmen, von denen gestern die Rede mar, Abhilfe schaffen. Der Übergang zum konstitutionellen System im Großbetriebe, um mit Herrn Naumann zu reben, ift auch meiner Überzeugung nach unvermeidlich. Im übrigen muß ich ein Eingehen auf die Arbeiterverhältnisse mit Rücksicht auf die gestrigen Verhandlungen unterlassen.

Nachdem wir so die Wirkungen der Kartelle auf die verschiedenen Wirtschaftsgruppen und die Aufgaben, die der Staat dabei hat, in kurzen Bugen betrachtet haben, muß ich jum Schluß Ihre Aufmerksamkeit noch einmal auf die allgemeine Seite bes Problems hinlenken. Die Kartelle find nur eine Teilerscheinung; die Kartellfrage ift nur ein Spezialproblem in dem größeren ber Weiterbildung unserer ganzen Wirtschaftsordnung überhaupt. Die wirtschaftliche Entwicklung geht auch bei uns schon in hohem Grade über die Kartelle hinaus und führt teils neben ihnen, teils unter ihrem Einfluß zu Neubildungen, die bisher die Wiffenschaft noch kaum beschäftigt haben. Durch Fusionen, burch Kombinationen, durch Bildung von Interessengemeinschaften, durch gegenseitige und gemeinsame Aktienbeteiligungen wird nicht nur ber Charafter ber einzelnen Unternehmung und ihre Stellung in ber Bolkswirtschaft, sondern auch die gange Struftur ber letteren vollständig umgestaltet. Bedeutsam ift babei vor allem die zunehmende Berflechtung ber großen Unternehmungen miteinander und mit ben Banken, die Schaffung großer, in ihrem Innern oft fehr verschiedenartig gestalteter Kapitalkompleze — Schriften CXVI. - Berhanblungen 1905. 20

um bas Modewort concerns zu vermeiben -, die Bilbung mannigfacher großkapitalistischer Interessengruppen, die fich in ganz neuartigen Formen organisieren. Ich fann auf diese interessanten Erscheinungen leider hier nicht näher eingehen. Wenn fie auch nicht zu Trustbildungen im monopolistischen Sinne bes Wortes führen, mas ich für bie großen hauptindustrien in Deutschland nicht glaube, so wird bennoch die Berfassung ber Großunternehmen burch diese Entwicklung vollkommen verändert. Damit tritt auch bei uns, ähnlich wie früher schon in Amerika, die Notwendigkeit immer mehr hervor, bas Recht und die innere Organisation ber Gesellschaftsunter= nehmungen weiter fortzubilben und ben neuen Bedürfniffen anzupaffen, eine Aufgabe, die die volkswirtschaftlichen Braktiker, die Juristen und den Staat in Zukunft in gleicher Weise beschäftigen wird. Auf Diesem Gebiete bewegten sich ja vor allem die Vorschläge, die Herr Professor Schmoller gemacht hat hinsichtlich ber Weiterbildung ber Aktiengesellschaften. Es find dies aber Borfclage, die meines Erachtens erft in weiterer Bukunft in Betracht kommen können, mahrend die nachste Aufgabe des Staats meines Erachtens in ber Berhütung übermäßiger Preise liegt. Die Entwicklung vollzieht sich so schnell, daß vielleicht schon in kurzer Zeit auch das Recht der Gefellschaftsunternehmungen einer Umgestaltung bedarf. kann ich dem Grundgedanken des Herrn Prof. Schmoller: Durchführung größerer Öffentlichkeit in ben großen Unternehmungen, nur voll= kommen zustimmen. Dagegen habe ich gegenüber einzelnen seiner Borfcblage bas Bedenken, ob fie fich in absehbarer Zeit realisieren laffen werden. Bon bem Institut staatlicher Aufsichtsräte erwarte ich weniger als er; ich glaube. baß der Staat mit der Delegierung folcher eine ganz außerordentliche Berantwortlichkeit auf sich nehmen wurde, die ihm unter Umständen sehr gefährlich werden könnte (fehr richtig!) und zur Beschränkung bes Unternehmergewinns scheinen mir staatliche Preisfestsetzungen im Notfall immer ein einfaches Mittel, bas volkswirtschaftlich weniger einen vollkommenen Bruch mit unserer heutigen Wirtschaftsordnung darstellen würde, ber Borschlag einer staatlichen Beteiligung am Unternehmergewinn. Sch glaube, es ift einfacher, diese großen Kartelle, Trufts und Riefenunternehmungen burch Preissetzungen baran zu hindern, übermäßige Preise und damit übermäßige Gewinne zu erzielen, als daß man fie zuerst folche Gewinne machen läßt und bann ihnen im Wege einer Beteiligung am Untergewinn einen Teil wieder wegnimmt, und namentlich ist zu beachten. daß durch diese lettere Magregel die Interessen der Konsumenten nichts gewinnen murben. Die Unternehmer erzielen diese hohen Gewinne, die zum Teil für ben Staat konfisziert werben sollen, ja burch übermäßige Breise;

bie hohen Preise aber schäbigen die Konsumenten und Weiterverarbeiter, wogegen sie von einer Beteiligung des Staats am Unternehmergewinn keinen Borteil haben. Dagegen glaube ich, daß auf dem Weg des Bilanzrechts mancherlei zur Durchführung größerer Öffentlichkeit, die auch Herr Prof. Schmoller wünscht, geschehen kann, und daß hier staatliche Maßregeln leichter zu erlassen sind als auf dem Weg einer so weitgehenden Umgestaltung des Rechts und unserer Wirtschaftsordnung, wie sie von ihm empsohlen wurde.

Dagegen glaube ich, in einem andern Punkt den Auskührungen des Herrn Prof. Schmoller wieder vollständig zustimmen zu können. Es tritt bei uns neuerdings, wie ebenfalls früher schon in Amerika, immer mehr zu Tage, daß durch diese neueste Entwicklung des modernen Kapitalismus die Aktienspekulation stark angesacht wird. Die Börsenjobberei, die ruhelose Beseicherung durch Börsenspiel ist ja immer einer der Hauptgründe des Widerstrebens weiter Kreise gegen diesen Kapitalismus und die ganze moderne Entwicklung; und eine Eindämmung scheint mir hier ebenso notwendig, wie dei der Bodenspekulation, wobei nur die Gesahr vermieden werden muß, daß das Kapital sich dem ausländischen Börsenspiel zuwendet.

Mit unferen letten Erörterungen aber mundet die ganze Frage ber Unternehmungsformen ein in das große Hauptproblem jeder Wirtschafts= ordnung, in die Frage nach einer möglichst gunftigen Ginkommens= Die wirken in dieser Hinsicht die neuesten Erscheinungen in unserer Volkswirtschaft. Kann und foll ber Staat auch in diese Berhältnisse heute schon regelnd eingreifen? Indirekt bezweckt ja fast jede wirtschaftspolitische Magnahme bes Staates eine Regelung ber Einkommeneverteilung, eine birekte staatliche Neuordnung und Umgestaltung ber sie bestimmenden wirtschaftlichen Faktoren kann aber meines Erachtens in abseh= barer Zeit nicht in Betracht kommen. Zwar liegt die Gefahr nahe, baß die neuesten Entwicklungstendenzen des Großbetriebs eine für die Gesamtheit ungunftige Ginkommensverteilung zur Folge haben könnte. Aber ein über die üblichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Staats hinaus= gehendes Eingreifen in die Einkommensverteilung, wie ber Sozialismus forbert, murbe eine kunftliche Umgestaltung ber heutigen Wirtschafts= und Rechtsordnung bedeuten, und zu einer folchen liegt einstweilen noch umso weniger Anlaß vor, als die Kartelle und die damit zusammenhängenden modernen Erscheinungen, die sich ja erst in den Anfängen ihrer Entwicklung befinden, offensichtlich selbst auf natürlichem Wege immer mehr zu einer folden hindrängen. Ich glaube, daß die wirtschaftliche Entwicklung schließlich aus sich selbst heraus die neue Wirtschaftsordnung schaffen wird und baß ber Staat mit feinen Machtmitteln biefe Entwicklung vielleicht etwas

unterstützen ober auch hemmen kann, daß es aber nicht seine Aufgabe und ihm vielleicht nicht einmal dauernd möglich ist, eine nicht aus sich selbst gewordene, sondern von Weltverbesserren erfundene Wirtschafts- und Rechtsvordnung von heute auf morgen einzuführen.

Welchen Weg nun die wirtschaftliche Entwicklung selbst zu jenem Ziele einschlagen wird, darüber kann man ja nur Vermutungen aussprechen. Zwar sind derartige Hypothesen, wenn Sie von den heute vorhandenen Erscheinungen ausgehen und annehmen, daß aus ihnen heraus allmählich die neue volkswirtschaftliche Organisation herauswachsen werde, nicht ganz ohne Wert gegenüber der heute in weiten Kreisen herrschenden sozialistischen Aufsfassung, wonach nur der Staat, wie ein deus ex machina, durch Aufsheben des privaten Sigentums an den Produktionsmitteln die Neuorganisation des Wirtschafts und Nechtsledens herbeizusühren imstande sei. Und auch deswegen sind solche Hypothesen nicht ohne Bedeutung, weil das Zukunstsideal, das sich einer gebildet hat, auch für den Standpunkt, den er dei Beurteilung der heutigen Entwicklungsstuse einnimmt, von Wichtigkeit ist. Nichtsdestoweniger aber glaube ich, an dieser Stelle den Boden der heutigen Tatsachen und der Frage, was heute geschehen kann gegenüber den Kartellen, nicht verlassen zu sollen.

(Lebhafter Beifall.)

Borfitender Professor Dr. C. J. Fuchs (Freiburg): Ich darf wohl auch Herrn Professor Liefmann, da er gewissermaßen als dritter Referent gesprochen hat, den Dank der Versammlung für seine lichtvollen Ausführungen aussprechen.

Bergmeister Engel (Essen): Meine hochverehrten Damen und Herren! Der Ausgangspunkt bes Herrn Geheimrat Schmoller bei seinen heutigen Ausssührungen und bei Stellung der Thesen war der Gedanke, daß eine wesentliche Verschiebung in der Einkommensverteilung einsgetreten wäre. Ich darf mir wohl gestatten, Ihnen dazu einige wenige Zahlen vorzusühren. Der Bergdauliche Verein hat in den letzten Jahren eine größere Arbeit über die technische und wirtschaftliche Entwicklung des rheinisch-westsälischen Bergdaues herausgegeben, in der naturgemäß auch die Frage des Ertrages, so kompliziert und schwierig sie ist, einer Prüfung unterzogen worden ist. Die Zahlen, die wir gefunden haben, gelten für 60 bis 70 % der Gesamten Fördermenge im Ruhrbezirk. Für diese 60 bis 70 % der Gesamtsörderung in den Jahren 1885 bis 1892 hat der Werksgewinn pro Tonne 1,14 Mark betragen, während er in den Jahren 1893 bis 1904 1,04 Mark betrug. Demgemäß ist eine Abnahme in bezug auf die Ges

winne des Unternehmens pro Tonne eingetreten. Was nun ferner den Anteil des Lohnes am Ertrag betrifft, so hat er 1886 pro Tonne Förderung 2,71 Mark betragen, 1904 4,69 Mark. Der Durchschnitt der Jahre 1886-92, in welchen befanntlich ber erfte Verfuch zur Bilbung bes Syndifats gemacht wurde, war 3,24, der Durchschnitt der Jahre 1893-1904, 4,32. Es ist interessant, einen Blick auf die Verhältnisse zu werfen, wie sie in anderen Bezirken bestehen. Da gestatten Sie mir, barauf hinzuweisen, bag nach ben Ermittelungen, die wir angestellt haben, von 1887-1903 die Lohnsteigerung bei ber Gesamtbelegschaft bei uns eine Steigerung um 56 % er= fahren hat, in Oberschlesien 75%, an ber Saar, wo ber Staatsbetrieb vorherrscht, beträgt die Steigerung 32 %, in Belgien 54 %, in Frankreich 28 %. in Großbritannien 37 %. Hier möchte ich von vornherein zwei Ein= wendungen begegnen, einmal dem, als sei der höhere Gewinn durch die vermehrte Schichtzahl gefommen; benn diese betrug 1886-1892 307, von ba bis 1904 308 1/2, und ferner möchte ich darauf hinweisen, daß in den englischen Löhnen naturgemäß nach ber bortigen Organisation ber Versicherung ber Berficherungsbeitrag enthalten ift, mit dem ber einzelne Arbeiter fich felbit zu versichern hat, mährend bei uns 171 Mark pro Kopf bes Arbeiters über die angegebene Summe hinaus geleistet find. Wenn diese Bahlen gu ben Löhnen gerechnet wurden, fame also noch ein höherer Lohnsat heraus. Ich glaube also, daß von einer übertriebenen Sohe bes Unternehmergewinns teine Rebe fein kann.

Nun, meine Herren, hat Herr Prof. Schmoller in seinen Thesen auch den Vorschlag gemacht, soweit der Gewinn über  $10^{\text{o/o}}$  hinausgeht, die Hälfte desselben an Staat und Gemeinde zu überführen. Was würde die Konsequenz dieser Vorschrift sein? Das Anlagekapital würde hoch gegriffen werden, und ich stelle anheim, ob es zweckmäßig ist, für ein Unternehmen mehr Anlagekapital auszuwersen als notwendig ist, umsomehr als man mit der Chance des Verlustes rechnen muß; denn gewöhnlich, wenn von den glänzenden Erträgen der Industrie gesprochen wird, werden die minder glänzenden mit Stillschweigen übergangen; das ist auch eine reichliche Anzahl.

(Sehr richtig!)

Sie mürben damit das unwirtschaftliche "watering of the stock" geradezu herausfordern! Meine Herren! Herr Geh. Rat Kirdorf hat einen großen Teil der Fragen, die ich behandeln wollte, schon erschöpft. Ich möchte nur einige furze Bemerkungen dem noch hinzufügen. Ich knüpfe an die gestern von Herrn Prof. Brentano gemachte Bemerkung, ohne auf diese sonst einzugehen, an, wonach der Mensch nach seiner Auffassung der Rechts-

ordnung Selbstzweck sei. Heute morgen hat Herr Geh. Rat Kirdorf schon vorgeführt, daß wir alle, jeder an seiner Stelle, ein Glied im großen Zahnrad unseres Wirtschaftsbetriebes sind. Meiner Auffassung nach ist jeder Mensch in dem Augenblick, wo er in die Welt tritt, nicht einsach Selbstzweck, sondern ist zugleich Staatsbürger, er ist "Interessen", ohne die bose zu Unrecht angewandte Nebenbedeutung des Wortes; er ist an dem Wachsen und Blühen des Staates mit Rechten und Pflichten beteiligt.

Meine Herren, im vorigen Jahre hat der Juristentag sich mit der Kartellfrage beschäftigt; auf das Referat des Herrn Sektionschefs Dr. Klein hat man eine Resolution angenommen nach einem blendenden Vortrage und nach erregter Diskussion, bei der auch Andreas Hofer als Beschützer gegen die Übermacht der Kartelle ins Feld geführt wurde. Aber als die Verssammlung zu Ende war, sagte mir Ezzellenz Hamm: ja, das ist eine auszeichnete Resolution, aber ob sie praktische Bedeutung hat, steht auf einem ganz anderen Blatt. Ich möchte glauben, daß man hier ebenso wie dort gegenüber derartig komplezen Fragen, wie die der Kartelle, mit Leitsätzen nichts zu erzielen vermag und man besser täte, der Entwicklung auch etwas Spiel zu lassen.

Geftatten Sie mir anzuknüpfen an ein Wort, welches Professor von Kaufmann in seinem nach meinem Erachten hervorragenden Buche "Die Geschichte der französischen Sisenbahnen" außspricht. Er untersucht dort die verschiedene Gestaltung der Verhältnisse in Frankreich mit seinem groß ansgelegten, von vornherein methodisch außgebauten Sisenbahnspstem und bei und; er stellt auch eine Vergleichung von Privats und Staatseisenbahnbetried an und sagt dort in der Sinleitung: Der große wichtige Unterschied zwischen der Entwicklung im französischen Sisenbahnwesen und überhaupt der wirtsschaftlichen Entwicklung in Frankreich und der in Deutschland ist der, daß man in Frankreich revolutionär in der Politik, konservativ in der Wirtsschaftspolitik ist, und daß in Deutschland gerade das Umgekehrte der Fall ist.

Meine Herren, die Unterschiede zwischen Trust und Kartell und die Fragen, die sich baran knüpfen, sind ja schon von Herrn Geh. Rat Kirdorf ausführlich behandelt worden. Ich möchte mir nur zu den Zahlen des Herrn Professor Schmoller über die amerikanischen Trusks, die ja auf den ersten Blick erschreckend erscheinen, eine Bemerkung gestatten. Das Trusksvermögen ist nicht ein Vermögen der toten Hand, sondern darin ist auch der kleine Besitz mit vertreten. Es ist nicht etwa so, daß die Leute, die diese Millionen vertreten, diese in der Tasche hätten; sondern die Zersplitterung des Aktienbesitzes, die auch in England in den Pfundshares vorsliegt, führt dahin, daß der Besitz des Trusks auch in kleine Kreise übergeht.

Wir haben bekanntlich die Einheit von taufend Mark für Aktien, aber bort ift es ja ganz anders.

Bei der Beschränkung, die mir auferlegt ist und die mich auf weitere Erörterungen zu verzichten zwingt, darf ich mir vielleicht vorbehalten — Ihre Zustimmung vorausgesetht —, im Stenogramm die Ausführungen, die ich gestern noch machen wollte, als Ergänzung anzubringen.

Herr Geh. Rat Kirdorf hat bereits auf die Vorteile und Wohltaten ber durch das Rohlensyndikat geschaffenen ständigen Arbeitsgelegen'= heit hingewiesen, darin liegt die bedeutsame Erstarkung unseres wirtschaft= lichen Rückgrats. Ich verzichte barauf, aus Ashlen, den ich gestern schon zitierte, Ihnen noch mehr vorzulesen; ich weise aber ausdrücklich barauf hin. Ich barf nur baran erinnern, daß ber Lohnanteil in ben letten Jahr= zehnten gestiegen und ber Unternehmergewinn zurückgegangen ift; Berr Beh. Rat Kirdorf hat schon angebeutet, daß es unserer aufmerksamsten und leb= haftesten Arbeit bedurft hat und stets bedarf, bei bem natürlichen Fortschreiten bes Lohnniveaus, mit dem wir durchaus einverstanden find, angefichts des beständig sich verschärfenden Wettbewerbs auch die Unternehmer zu ihrem Rechte kommen zu laffen. Daß wir bamit einverftanden find, das ist in den Sahresberichten des Bergbauvereins niedergelegt; dafür nenne ich Ihnen als Kronzeugen den vor furzem verstorbenen Abgeordneten Dr. Hirsch, der im Abgeordnetenhause diese Bemerkungen in den Sahres= berichten als "goldene Worte" bezeichnet hat.

Wenn gesagt worden ift, wir perhorreszieren die Organisationen ber Arbeiter, wir verlangten aber felber bie Organisation bei unseren Ab= nehmern und hätten für uns felbst eine straffe Organisation geschaffen, fo liegt darin ein großer Unterschied vor. Ich habe in einer Broschüre, die wohl vornehmlich beshalb viele Angriffe erfahren hat, seiner Zeit auseinander= gesett, daß der Zweck der Berufsorganisationen der Arbeiter nur ein Kampf= zweck sein könne, weil ben Organisationen burch unsere soziale Gesetzgebung wichtigste positive Aufgaben abgenommen worden find. Es murde heute in einem Zwischenruf auf England hingewiesen, und man hat fich hiermit auf einen Zeugen berufen, der nicht aus Deutschland stammt. Ich möchte meinerseits ebenfalls auf einen Ausländer hinweisen, auf den bedeutenden amerikanischen Finanzmann Banberlip. So erörtert Banberlip in feinem Buch: "Umerikas Eindringen in bas europäische Wirtschaftsgebiet" auf S. 67 ff. eingehend die Ursachen, welche ben in Großbritannien schmerzlich empfundenen Stillstand, ja Rudfdritt ber britischen Industrie herbeigeführt haben; er nennt bort bas "municipal trading", b. h. bie zu weit außgebehnte Industrietätigkeit durch öffentlich-rechtliche Korporationen, ben allzu

konservativen Standpunkt der Betriebsunternehmer in der Anwendung der Fortschritte der Technik, insbesondere in Gestalt mangelnden Unternehmungsseistes, vornehmlich aber in dem Verhalten der Gewerkvereine, die — unter Zurückstellung ihrer früher überwiegenden Fürsorgeaufgaben — auf die beständige Herabsetzung der Arbeitsleistung pro Mann und Tag hinarbeiten, obwohl damit notgedrungen die Wettbewerdsfähigkeit der britischen Industrie auf dem Weltmarkte vernichtet würde.

Im Gegensatz zu den ausschließlich Kampfzwecken dienenden Organisationen der deutschen Gewerkvereine hat unsere lose Bereinigung, die keinerlei Machtmittel gegenüber ihren Mitgliedern besitzt, eine Neihe positiver Aufgaben. Bornehmlich liegt es uns ob, den deutschen Gewerhsleiß zu unterstützen in dem Streben, unter Steigerung des Lohnniveaus die sonstigen Produktionskosten zu verringern. Bei der sich überstürzenden Entwicklung der Technik liegt allein hierin eine ungeheuer schwere Ausgabe. Zu dem Zwecke haben wir im bergdaulichen Verein z. B. Anstalten getroffen, die Kessel- und Maschinenüberwachung auch in wirtschaftlicher Beziehung zu organisieren, nicht allein zu dem Zwecke, die Selbstkosten zu verringern, sondern zugleich in dem Bestreben, damit unseren Maschinensabriken neue Anregungen zu geben und ihre Wettbewerdssähigkeit auf dem Weltmarkte zu erhöhen.

Gestern ist uns der Borwurf gemacht worden, wir seien mit der Literatur der Herren, die sich ex professo mit diesen Fragen beschäftigen, nicht vertraut. Ich glaube, man sollte uns keine Borwürse machen. Jeder liest nach besten Kräften und soweit andere Aufgaben es ihm gestatten. Es ist unmöglich, alles im Detail zu studieren. In dem Streben nach Wahrheit aber stehen wir hinter niemand zurück; auch vermögen wir einer ausschließlich deduktiv versahrenden Wissenschaft, die zum erheblichen Teile auf Belesenheit sich zurücksührt, kein Borrecht in der Beurteilung praktischer Fragen einzuräumen.

Es ist auf die ungünstige Behandlung der Verbraucher hingewiesen worden mit dem tragischen: morituri te salutant. Nun ich darf sagen, daß diese morituri sich sehr wohl fühlen, wie ein Blick auf den Rückgang der Auswanderung beweist. Unsere Auswanderung hat sich seit Bestehen des Syndikats erfreulicherweise in erheblichem Maße vermindert. Während sie in den Jahren 1881—1890 2,85 pro Mille der Gesamtbevölkerung betrug, ist sie in den Jahren von 1901—1903 auf 0,5 pro Mille gesunken.

Sobann ist auch die Frage der Preisbildung hier behandelt worden; es sind in dieser Beziehung Vorwürfe gegen das Kartell erhoben worden.

Ja, wenn die Festsetzung eines Preises auf ein Vierteljahr ober ein ganzes Sahr voraus - damit die Abnehmer mit festen Konjunkturen rechnen können — so einfach wäre, dann wären allerdings die Vorwürfe nicht unbegründet. Aber, meine Herren, man kann Sonnenfinsternisse auf Tausende von Sahren, glaube ich, genau voraus berechnen; Sie können aber nicht zuverlässig voraussagen, wie am nächsten Tage bas Wetter sein wird. Ahn= liches gilt auch vom Wetter auf wirtschaftlichem Gebiete, von ber Kon= junktur, und das, je mehr unsere kleine Erde fast aar keine Entfernungen mehr kennt. Goethe konnte noch ben Burgersmann gleichgültig bleiben laffen, wenn "hinten weit in der Türkei die Bolker aufeinander schlugen". Das ist alles anders geworden; wenn noch viel weiter weg die Bölfer heute aufeinander schlagen, so berührt uns das ganz außerordentlich, wie wir noch Das Preisemachen ift nicht Sache jungft haben mahrnehmen muffen. größerer oder geringerer Willfur, wie man es hier barftellen wollte, fondern das Ergebnis fehr sorgfältiger Brüfung der wirtschaftlichen Lage und ihrer mahrscheinlichen Geftaltung.

Wenn dem Bergbau zum Vorwurf gemacht wurde, er hatte 1901 beim Niedergang der Konjunktur die Preise nicht ermäßigt, so möchte ich darauf hinmeisen, daß man nur nach sorgfältigster Brufung an den Preisen fest= zuhalten beschlossen hat in der Erwägung, daß eine Verringerung der Preise eine Deroute notwendig hatte zur Folge haben muffen; denn wenn einmal eine Breisermäßigung unter Berlaffen ber geschloffenen Berträge eintritt, fo ift bie Erwartung ber Berbraucher berechtigt, bag eine meitere Ermäßigung folgen werbe, und damit wird die Nachfrage nicht hervorgelockt, sondern geradezu verscheucht und zum weiteren hinhalten animiert. Meine Berren, wir als Rohstoffproduzenten sind in ungunstigerer Lage als alle Verbraucher. Weht die Konjunktur aufwärts, so haben wir jedes Lot zu liefern; geht fie rudmärts, bann regnet es leicht Bemängelungen. Erzellenz von Rottenburg glaubte gestern, daß ber Rots infolge bes Syndifats schlechter geworden mare. Das ist nicht richtig; an den Roks werden jett ganz andere Anforderungen geftellt als früher, indem die Hochöfen ein Bielfaches des früheren Faffungsraumes besitzen und somit Koks von besonderer Festigkeit verlangen und geliefert erhalten.

Die Behauptung von der Vernichtung der felbständigen Existenzen, die man so oft hört, trifft meines Erachtens auch nicht zu. In der Ent-wicklung unserer Volkswirtschaft hat sich die Bildung eines ganz neuen Mittelstandes volkzogen. Herr Kirdorf hat sich schon als Arbeiter bezeichnet. Für mich gilt das gleiche, und so sind wir eben alle Arbeiter; der eine arbeitet mit dem Kopfe, der andere mit der Hand, wie es seine Fähigkeiten

mit sich bringen. Es hat sich eine Umbilbung bes Mittelstandes vollzogen, aber keine Bernichtung, vielmehr ganz das Gegenteil.

Es ist so viel von den Segnungen einer Verstaatlichung gesprochen worden. Aber auch da heißt es: in die Höhle des Löwen geht es leicht hinein, aber heraus ungeheuer schwer. Vestigia terrent! Ich darf vielleicht einiges vorlesen aus einer Landtagsdrucksache bezüglich der Verstaatlichung, das ich nach der berg= und hüttenmännischen Zeitschrift "Glückauf" Nr. 33 vom 13. August zitiere.

So sagt die amtliche Denkschrift zur Begründung des Gesetzentwurfs betreffend den Erwerb mehrerer Privateisenbahnen für den Staat (Anlagen zu den Stenographischen Berichten, I. Session 14. Legislaturperiode, 1879/80, S. 55) unter dem Marginal "Ermäßigung der Eisenbahntarise":

"Der Staat hat daher das eminenteste Interesse an einer angemessenen Begrenzung der Höhe der Eisenbahntarife." und meiter:

"Für eine gebeihliche Entwicklung und Gestaltung des Sisenbahnwesens ist es daher unbedingt erforderlich, daß dem Staate die Einwirkung auf die allmähliche, dem wirtschaftlichen Bedürfnis des Landes entsprechende Reduktion der Tarife
gesichert wird."

Daß diefer Forberung bisher nicht genügt ift, lehren die folgenden Zahlen: Bei den preußisch-heffischen Staatsbahnen betrug:

im Beersting im Berhältnis zum durchsnungssigahr in %0	die Einnahme für 1 tkm						
	im Güter= verfehr überhaupt	bestens 10 t	für Frachtgut in Wagenladungen der Spezialtariftlasse				
			I	II (inladungen v. 10000 kg)	II (inLadungen v. 5000 kg)	Ш	
4.88	3.83	2.84		3.63			
5,26	3,80	2,83	5,12	4,09	4,16	2,89	
			5,24			2,94	
		2,72	5,25		4,15	2,95	
		2,66			4,11	2,96	
					4,08	$\frac{2,99}{2,99}$	
						3,00	
641						3,00	
6,54	3,54	2,59	5,17	4,04	4,12	3,01	
	sinfung im Berbältnis sum burds- jomittliden Unlage- fapital in %  4,88  5,26  6,75  7,15  7,14  7,07  7,28  7,14	sinfung im Berbättnis   sum burch=   fonittliden   werkehr   überhaupt   werkehr   überhaupt   werkehr   überhaupt   werkehr   überhaupt   werkehr   uberhaupt   werkehr   uberhaupt   werkehr   uberhaupt   werkehr   uberhaupt   werkehr   uberhaupt   werkehr   werke	in Magen   ladungen   ladungen	In   Magen   Gür Fr   Magen   Gür Fr   Magen   Munlage   Munlage	The first content of the content o	The first content of the content o	

Einen ber Hauptnachteile ber Verstaatlichung, wie man sie ja auch gegenüber bem Bergbau forbert, sehe ich in der Ausschaltung werbenden

Kapitals auch in Händen von kleineren Kapitalisten. Bei der Eisenbahnverstaatlichung sind unzweiselhaft erhebliche Kapitalien im Kleinbesitz auf
ausländische Werte höheren Zinsertrages, aber geringerer Sicherheit abgedrängt worden. Wie hätte sonst wohl der Kurs der sogenannten exotischen
Staatsanleihen — der fortschreitenden inneren Festigung jener Länder ungeachtet — diese Steigerung erfahren, welche ihnen bei dem Andrängen des
Kapitals erlaubte, ihre frühere mit 6 % normale Verzinsung auf 4 % herabzuschen! Welche Unsummen von deutschem Gelde sind dann in den folgenden
Jahren an ausländischen Unternehmungen, die durch die Aussicht einer guten
Verzinsung das aus den Eisenbahnpapieren freiwerdende Kapital angezogen
hatten, verloren gegangen!

Deshalb bekämpfen wir das Staatsmonopol; wir bekämpfen es aber auch noch aus den Gründen, die seiner Zeit Friedrich der Große anführte, als man ihm ein Eisenmonopol für Schlesien vorschlug. Er sagte:

"Daß Eisen und Stahl im Lande gemacht wird, ift eine sehr gute Sache; aber ein Monopolium wollte Ich nicht gerne haben; denn das hat immer einen üblen Erfolg. Der Monopolist wendet keinen rechten Fleiß und Betriebsamkeit an auf die Sache, weil er niemanden neben sich hat, der ihm nacheifert; daraus kommt denn, daß er seine Arbeit negligieret und schlechte Ware macht."

Nur noch zwei Worte zum Schluß. Im Gegensatz zum kategorischen Imperativ der Pflicht, der als Wahrspruch Deutschlands Befreiung von der Fremdherrschaft durchführen half, hat man am Ausgange des letzten Jahrshunderts versucht, einer einseitigen ethischen Auffassung Boden zu verschaffen, welche allzu bereit ist, den Arbeitern nur Rechte zu geben, ohne ihnen auch Pflichten aufzuerlegen.

So muß es geradezu als eine verderbliche Hypnose in sozialpolitischer Beziehung bezeichnet werden, wenn man glaubt, jeden, doch wechselseitig gemeinten Zwang im Arbeitsvertrage für den Arbeiter perhorreszieren zu wollen, gleichwohl aber die Beugung der Unternehmer unter Tarisverträge ohne Widersinn glaubt befürworten zu dürsen; wenn man weiter glaubt, die Zugehörigkeit zur Arbeiterorganisation erzwingen zu sollen, indem man diesen Organisationen ein förmliches Besteuerungsrecht verleihen will, wiewohl sie heute schon von ihren Mitgliedern Beiträge einziehen, welche ein Mehrsaches der staatlichen Steuerleistung dieser Mitglieder ausmachen!

So nimmt man ferner die zum Teil maßlosen Außerungen vom sozials bemokratischen Parteitage in Jena ruhig hin, ohne daß die dort entwickelten Tendenzen über den Massenstreit den einmütigen Protest der bürgerlichen Gesellschaft gegen diesen Uffront herbeiführten!

Ich verzichte auf weitere Ausführungen. Ich glaube gleichwohl, daß diese gegenseitige Aussprache ganz erwünscht war, wir sehen uns Auge in Auge, sprechen miteinander über diese Sachen, und dies ist ja die erste Boraussezung für eine Berständigung. Kommen Sie auch einmal zu uns ins Revier und sehen Sie die Berhältnisse einmal aus der Nähe an. Beschränken Sie sich nicht darauf, sie von der hohen entsernten Warte zu bestrachten. Troz aller Fortschritte der Optif sind die Gläser häusig getrübt. Sehen Sie auch nicht durchs Schlüsselloch — warum auch —, wir machen Ihnen gern die Tür auf. Dann werden Sie sich freisich auch überzeugen, daß wir nicht solche Sydariten sind, wie wir im Simplizissimus in der unslätigsten Weise in Wort und Vild dargestellt worden sind.

(Lebhafter Beifall.)

Nein, meine Herren, wir haben auch einen Arbeitstag, ber länger ist als acht Stunden. Wir tun die Arbeit gern, weil wir uns unserer Aufgaben für das deutsche Wirtschaftsleben und der darin liegenden Verantwortung bewußt sind. Wir stehen auf dem Boden des kategorischen Imperativs und nicht auf dem des Übermenschen. Wenn Sie dann zu uns kommen, so werde ich Sie an das Denkmal Krupps führen, der Essen aus einer Ackerstadt in eine Großindustriestadt verwandelt hat, um Sie dann auf die auch uns stets vorschwebende Inschrift des Denkmals hinzuweisen: "Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein!"

(Lebhafter Beifall.)

Reichstagsabgeordneter Bergrat Gothein (Breslau): Meine Damen und Herren, ich bin Herrn Bergmeister Engel außerordentlich dankbar für die freundliche Einladung, die Wirksamkeit des Syndikats und die Tätigkeit der Betriebsbeamten einmal in der Nähe zu sehen. Aber so ganz fremd sind mir, der ich selbst Bergmann gewesen din oder noch bin, diese Bershältnisse nicht, so außergewöhnlich viel Neues würde ich dabei nicht sehen.

Ich bin ihm aber noch weit bankbarer bafür, daß er die Worte Friedrichs des Großen über die Schädlichkeit der Monopole zitiert und sich rückhaltsloß zu benselben bekannt hat. Ich wünschte bloß, daß er auch die Nuhanwendung daraus ziehen möge, besonders für das Monopol, welches das Kohlensyndikat und der Stahlwerksverband hat; denn das ist zweisels los in weit größerem Maße ein Monopol als das, was Friedrich der Große für die Eisenindustrie in Schlesien ablehnte.

Nun zur eigentlichen Sache: Es ist von allen bisherigen Referenten und Rednern als vollständig selbstverständlich hingestellt worden, daß die natürliche technische und gewerbliche Entwicklung zu dieser Konzentration in ber Großindustrie, zur Politik der Kartelle und event. Trusts führen müsse. Meine Herren, es ist mir doch fraglich, ob das so unbedingt notwendig war. Sine Begründung dieser Notwendigkeit ist bisher von niemand unternommen worden. Wir müssen uns doch ehrlich sagen: gibt es nicht ein Land, in dem diese Entwicklung sich nicht vollzogen hat, ein Land, das noch dazu das älteste ist, welches eine industrielle Entwicklung hat, England? Ich weiß, es ist uns in der Kartellenquetekommission eine Tabelle vorgelegt worden über die Kartelle und Trusts in England; aber derzenige, welcher sich die Mühe nimmt, diese Kartelle genauer zu studieren, der sieht, daß es sich um einzelne kleine agglomerations handelte, um Zusammen-legung kleiner Werke, die nicht entsernt den Charakter der Fusionen dei uns haben, daß England, das Großindustrieland, auch heute noch das Land ist, in dem es keine eigentlichen großen, sestgefügten Kartelle, keine Syndistate gibt.

Nun hat Herr Professor Abolph Wagner in ber letten Sitzung ber Rartellenquetekommission ausgeführt, daß die Schuld an der Ronzentration ber Industrie in Deutschland sowohl wie in ben Vereinigten Staaten barin beruhe — ber Gedanke ist ja auch heute wiedergekommen —, daß in diesen beiden Staaten die Borfe eine gang andere Macht hatte und bas Borfen= fpiel so außerordentlich entwickelt mare. Ich halte das für eine wesentliche Überschätzung ber Börse; benn es gibt kaum ein größeres Land, in bem die Börsentätigkeit so außerordentlich zurückgegangen ist, wo die Börse eine fo geringe Macht hat, wie gerade in Deutschland. In ben Bereinigten Staaten ist fie noch eine Macht. In England, in Frankreich ift fie eine ganz andere Macht, da find die Umfätze sehr viel größer und ganz anderer Natur. Viel eher berechtigt ist die Auffassung, daß die Konstruktion unseres Bankwesens (sehr richtig!) mit die Ursache einer solchen Konzentration ge= mesen ift. Das ift zu einem Teile gemiß unbestreitbar, es ist jedenfalls ein Grund mit, warum man in England, wo das Bankwefen gang anders konstruiert ist, wo man eben den Beariff der großen Industriebanken eigentlich nicht kennt, auch diese große Konzentration wie in Amerika und in Deutschland nicht vorhanden ift.

Es kommen aber noch andere Momente hinzu. Nehmen wir den Kohlenbergbau, so beruht die Möglichkeit der Konzentration bei uns auf dem beschränkten Vorkommen einerseits — das ist ja in England auch ebenso beschränkt — und auf den Berkehrsverhältnissen anderseits. Ein Land, wo, wie in England, überall die Wasserstagen tief hineinschneiden, ein Land mit einer so kolossall die Wasserstagen dat eine ganz andere Möglichkeit, seine Brennstoffe, bei denen ja die Fracht einen wesentlichen

Teil bes Preises ausmacht, billig zu verfrachten und die Konkurrenz darin aufrecht zu erhalten, als das bei uns der Fall ist, und wenn Sie einmal bei uns die Kohlenfrachten näher studieren, werden Sie sinden, daß gerade die Frachtpolitist der preußischen Eisenbahnen ganz wesentlich dazu beigetragen hat, diese Konzentration zu stärken, daß diese Politist das Kohlenspndikat und die verschiedenen Kohlensonventionen erst ermöglicht. Wir haben billige Ausschutrarise für Kohlen, wodurch eine Entlastung des inneren Markts und dadurch eine Schwäche der Konkurrenz auf demselben eintritt, auf der andern Seite werden die ausländischen Kohlen zu höheren Tarisen nach den Konsumtionsstädten im Inland gefahren. Wir verhindern also auch dadurch wieder die Konkurrenz des ausläudischen Brennstoffs. Wir fördern damit die Konzentration im Kohlenbergbau, die Politist der Kohlenssyndischen.

Meine herren! herr Geh. Rat Kirdorf hat ausgeführt, jede faliche Breispolitif murbe fich rachen; benn bann werbe bie Konkurrenz bes Auslandes rasch eintreten. Ja, diese Konkurrenz des Auslands tritt eben bloß in ben fogenannten beftrittenen Abfatgebieten ein, aber nicht in dem unbestrittenen Absatgebiet, und das versteht die Politik des Syndikats ausgezeichnet auszunuten, indem fie im unbeftrittenen Gebiet die Kohlenpreise hoch hält, und da, wo die Konkurrenz des Auslands oder anderer Kohlen= reviere in bestrittenen Absatgebieten eintritt, die Breise wesentlich niedriger Das geschieht in noch gang anderer Weise bei ber Ausfuhr ber Rohle. Ich möchte Ihnen ein praktisches Beispiel bafür vorführen. Einer meiner Freunde, der selbst an der Spite eines großindustriellen Montanunternehmens fteht, besuchte einen alten Freund und Bekannten im Ruhr= revier, welcher ein huttenwerk leitet, und da fagte ihm diefer: das hutten= werk ist angelegt worden, weil hier die Kohlen in der Nähe sind. bekamen wir diefe Rohlen zu mäßigen Preisen. Seute find wir gezwungen, eine wesentlich schlechtere Rohle aus größerer Entfernung zu verwenden; da= durch ist die Existenz dieses Huttenwerks bedroht, wenigstens in seiner Rentabilität schwer beeinträchtigt. Derselbe Mann, ein Fachmann, fuhr barauf nach Belgien weiter und besuchte bort ein großes gemischtes Werk. Sier fah er, daß Ruhrfofs und Ruhrfohle in ganzen Zugen dorthin famen und verbraucht murden. Er fragte die Direktoren bes Werkes: Sie haben doch selbst eigene Kohlen? Ja, die Ruhrkohlen und der Ruhrkoks, antwortete man, werden von dem Syndifat zu so billigen Preisen und mit folden Ausfuhrtarifen geliefert, daß es vorteilhafter ift, diefe Ruhrkohlen zu verwerten, zumal sie auch beffer find als unsere eigenen. Wir tun beffer daran, unsere Rohlen nach Frankreich zu verkaufen und für uns selbst Ruhr=

kohlen zu verwenden. Dieses Beispiel aus der Praxis, meine Herrn, zeigt, wie diese Berhältnisse wirken.

In der Eisenindustrie liegen die Verhältnisse ja etwas anders. Gewiß spielt die Möglichkeit des Ausschlusses der Konkurrenz durch die Frachtspolitik auch hier eine bedeutende Rolle. Es kommt aber noch ein anderes hinzu, das ist der Ausschluß der Konkurrenz, die durch Schutzsölle stattsfindet, und erst die Schutzölle haben, was ja auch von einem so hervorzagenden Fachmann, wie dem Direktor Schmieding vom Baroper Walzwerk, einem begeisterten Schutzöllner, unumwunden anerkannt worden ist, die Kartelle in der Eisenindustrie erst ermöglicht.

Mit vollem Recht ift hier zwar wiederholt ausgeführt worden, daß die Erzeugung bes Gifens und feiner Weiterverarbeitung in gemischten Werken in den technischen Verhältnissen begründet liegt und so außergewöhnliche technische Borteile besitt, daß sie auch ohne Schutzoll, auch ohne Kartelle gekommen ware. Meine Herren, bas ftimmt für einen großen Teil ber Eisenfabrifate, es ftimmt vollständig für alle diejenigen Produtte, bei benen es nicht auf eine weitgehende Berfeinerung und Spezialifierung ankommt, alfo für Schienen, Trager usw., die alle in einer Site gewalzt werden. Wenn aber Professor Liefmann gemeint hat, daß gerade die neuesten Berhandlungen ergeben hätten, daß selbst die Konstruktion von Brücken und Bauten zwedmäßig von ben gemischten Werken betrieben murbe, so ift bas in der Natur der Technif nicht begründet; benn das Werk, das Brücken konstruiert, hat nicht den geringsten technischen Borteil, wenn es seine Träger und Konstruktionseifen felbft herstellt, fondern es hat eben bloß einen Sandelsvorteil, der darin liegt, daß der Konkurrenz das Material, das fie verarbeiten muß, durch die Kartelle sehr viel teurer geliefert wird. technische Borteil, felbst Brücken- und Baukonstruktionen zu machen, ift für die Eisenindustrie minimal, wie wir ja auch in England, dem Mutterlande ber Eisenindustrie, das auch heute noch eine hochbedeutsame Eisenindustrie besitzt, fast überall die Trennung finden. Entscheidend für die Kombination find die Materialpreife.

Laffen Sie mich das Beispiel einer großen Cisenhütte mit Stahlswerk, der ich persönlich nahe stehe, anführen! Als zuerst die Rohlenstonvention auskam und den Brennstoff verteuerte, da sagte dieses große Werk, das ein kolossaler Konsument von Kohlen und Koks ist: diese Entswicklung können wir nicht ohne weiteres über und ergehen lassen, wir sind in unserem eigensten Interesse genötigt, uns unabhängig in Kohlen zu machen. Und das erste, was man tat, war, daß man sich eine Kohlengrube und eigene große Koksanstalten anlegte; denn sonst — mußte man sich sagen — ist

man der Konvention schuplos preisgegeben und weiß nicht, ob man in Bukunft noch eine Basis der Rentabilität finden kann. Als bann die Eisensyndikate kamen und eine Berteuerung von Robeisen und Stahl brachten, da trat ein anderer Kall ein, da mußte man damit rechnen, daß bie bisherigen Abnehmer des Halbzeuges sich selbst ihren Stahl, ihr Halbzeug machen würden, und man war daher genötigt, um für die eigene kolossale Produktion an Stahl, die man nun einmal hatte, Berwendung zu haben, sich Berkeinerungsindustrien anzugliedern. Man nahm u. a. eine Berfeinerung auf, die Feinblechwalzerei, die, wie ich offen sage, für ein so großes Werk durchaus ungeeignet ist, und bei der man dort in der Zeit ber Kinderfrankheiten Millionen zugesetzt hat, ehe man soweit mar, nur halbwegs mit Vorteil produzieren zu können. Die Lehre aber, Die man baraus zog, mar die, daß es viel zwedmäßiger mare, statt selbst weitere Berfeinerungen aufzunehmen, fich lieber ein großes Berfeinerungswerk anzugliedern. So fam man bazu, fich mit einem großen Werk zu fusionieren, welches die Verfeinerung hatte, und wo es nicht nötig war, Millionen an Lehrgeld zu zahlen.

Meine Herren, wer biese Entwicklung von A bis Z mitversolgt hat, hat nicht den geringsten Zweisel — und wenn Sie die Herren Direktoren der Werke fragen, so geben sie Ihnen ohne weiteres recht —, daß die Entwicklung der Kartelle diese Konzentration, diese Vildung der Riesenbetriebe notwendig gemacht hat. Sie zwang dazu und zwingt in noch immer weiterem Maße dazu. Es gibt kaum eine Aufsichtsratssitzung, wo nicht darüber beraten wird, ob man nicht einen neuen Zweig der Produktion aufnehmen oder ein Werk, das diese weitere Spezialissierung liesert, ansgliedern soll.

Das ist die Folgewirkung, die jetzt allerdings sich geltend macht; aber sie ist erst entstanden auf der Grundlage des Zollschutzes, der es eben den weiterverarbeitenden Werken unmöglich machte, sich von der Politik der Syndikate unabhängig zu machen und aus dem Auslande das Eisen oder Halbzeug einzuführen. Meine Herren, wir haben von Herrn Professor Schmoller gehört, daß ja die Joee des Schutzes der weiterverarbeitenden Industrien, in erster Linie der reinen Walzwerke, dadurch zu erreichen seis man nach dem Vorbild der Brüsseler Zuckerkonvention eine internationale Regelung der Eisenzölle eintreten lasse — ein Gedanke, der unmittelbar nach der Brüsseler Zuckerkonvention wohl zuerst von mir aufgegriffen und schriftstellerisch behandelt wurde, und dem ich auch im Neichstag, sowie in der Kartellenquetekommission Ausdruck gegeben. Wie hat denn aber diese internationale Regelung der Zuckerzölle auf die Zuckerindusstrie gewirkt, die

ja vorher ein Syndikat hatte, das den Breis außerordentlich verteuerte, und das das geschlossenste Syndikat war, das wir in Deutschland hatten? Als der Überzoll über die Berbrauchsabgabe herabgesett wurde, war die unsmittelbare Wirkung des nunmehr so geringfügig gewordenen Schutzolls, daß das Syndikat überhaupt nicht mehr zu halten war und sich ohne weiteres auslöste. Wenn Sie diesen Weg der internationalen Regelung und wesentslichen Herabsetzung mit den Sisenzöllen beschreiten wollen, so din ich allersdings der Meinung, daß diese Maßregel in jeder Weise geeignet ist, den Verbraucher gegen die Ausschreitungen der Kartelle zu schützen, aber daß Sie damit auch den Fortbestand dieser Kartelle in Frage stellen. Ich din der seisen Überzeugung, daß die Mehrzahl dieser Kartelle dann nicht mehr zussammenhalten würde. Denn nicht auf natürlicher Grundlage, sondern erst durch die Gesetzebung begünstigt ist die Konzentration in Kartellen und Syndikaten zustande gekommen.

Für mich ift aber auch anderseits zweifellos — ich stehe doch im Leben dein und kann die Borgänge bei vielen einzelnen Werken genau versfolgen —, daß dei Fortführung der Schutzollpolitik man bei den Syndikaten und Kartellen nicht stehen bleiben kann, sondern daß sie zur Vertrustung sühren muß. Wir haben diese Vertrustung schon in weitgehendstem Maß. Es schwebt jetzt ein Prozeß darum, ob die von der Deutsch=Luxemburgischen Bergwerks= und Hüttengesellschaft angekaufte Zeche "Friedlicher Nachbar" dadurch eine Hüttenzeche geworden ist oder nicht, ob infolgedessen der Kohlen=verbrauch der Hüttenzeche geworden ist oder nicht, ob infolgedessen unter den Syndikatsvertrag fällt oder nicht. Sobald der Prozeß entschieden ist, wird eine weitere rapide Konzentration in der Montanindustrie eintreten. Man lauert nur darauf, die Börse, alle beteiligten Aktionäre sind siederhaft gespannt, wie die Entschiedung in letzter Instanz ausfallen wird, und dann wird die Konzentration in immer weiter gehendem Maße vor sich gehen.

Man kann der Meinung sein, daß in der weitgehenden Vertrustung auch ein technischer Vorteil liegt. Aber je größer die Konzentration ist, desto weniger ist es möglich, daß die Leitung ihre Aufmerksamkeit den einzelnen technischen Spezialzweigen zuwendet, da diese durch die Gesamtleitung bereits voll in Anspruch genommen sind; um so weniger ist es auch möglich, die Wünsche der einzelnen Kunden angemessen zu befriedigen; es werden dann tatsächlich etwas minderwertige Erzeugnisse hergestellt.

Und schließlich bekommt ein solcher Riesenbetrieb auch die Nachteile bes Staatsbetriebs; je größer das Unternehmen, umso bureaukratischer muß es verwaltet werden. So sehen Sie heute bereits, wenn Sie die Berichte Schriften CXVI. — Verhandlungen 1905.

ber Hanbelskammern und wirtschaftlichen Vereinigungen lesen, die Klagen über die Bureaufratie, die sich in diesen Syndisaten schon geltend macht. Ich will keinem der Herren einen Vorwurf daraus machen. Es ist das eben die naturgemäße Folge dieser Riesenbetriebe; sie lassen sich eben nur noch bureaufratisch verwalten.

Meine Herren, der Schutzoll ist erst durch die Kartelle ausgenutzt worden. Bis zum Inkrafttreten der Kartelle kam er im Inlandspreise — das habe ich in der Kartellenquetekommission nachgewiesen — bloß in densjenigen Zeiten zum Ausdruck, wo eine kolossale Nachfrage zu Zeiten der höchsten Konjunktur herrschte. In solchen Zeiten hat freilich jeder Schutzzoll die Wirkung, daß er, indem er die Zusuhr der Waren aus dem Auslande erschwert, den Preis noch höher treibt, als es der natürlichen Hochkonjunktur ohnehin entsprechen würde. Die weitere Wirkung ist dann die, daß in solchen Zeiten wegen der Knappheit an Waren und wegen ihrer hohen Preise das Kapital sich dazu drängt, neue Produktionsstätten zu errichten. Wenn dann die Konjunktur ihrem Ende naht, haben wir eine soviel größere Produktionskähigkeit, haben wir die Überproduktion, die übrigens weit mehr in der Fähigkeit zur Überproduktion als in der tatsächlichen Übersproduktion liegt.

Es wird gesagt, wir können auf diesen Schutz unserer eigenen Industie verzichten. Ich felbst, ber ich auch Fachmann auf biesem Gebiete bin, bin ber felsenfesten Überzeugung, daß die deutsche Gisenindustrie heute so ent= widelt ift, und daß ihre Grundlagen fo gunftig find, daß fie dieses Schutzolles wohl entraten kann, da er heute nicht ein Schutzoll in letter Instanz ist für die Walzwerkfabrikate, sondern lediglich ein Schutzoll für die Grundrente ift, indirekt sogar für das Rohlensyndikat, für den Besitz an Rohlen, aber vor allen Dingen für die Großeiseninduftrie. Die mittlere und kleinere Eiseninoustrie hat nichts davon, das geht aus den Verhand= lungen der Enquetekommission unzweideutig hervor. Wir werden daher mit Naturnotwendigkeit immer tiefer hineinkommen in die Vertrustungen. Tat= fächlich liegen die Verhältnisse bei uns heute schwieriger als in Amerika. Dort haben wir wohl größere Einzelunternehmungen in Trufts, aber wir haben doch gerade in Roheisen, aber auch in Stahl eine kolossale Menge von Dutsiders, die außerdem durch die moderne technische Entwicklung außerordentlich gestärkt werden, sodaß die Stellung der "Korporation" wesentlich eingeschränkt ift.

Wenn sich auch die Kartelle und Syndisate, wie Herr Geheimrat Kirdorf mit vollem Recht ausgeführt hat, in keiner Weise mit den Arbeiterangelegenheiten beschäftigen, so ist es doch zweifellos, daß durch diese Konzentration auch die Arbeiter im höchsten Grade berührt werden. Wenn gang große Gebiete durch die Bertruftung von einem Unternehmer ober einer Unternehmergruppe beherrscht werden, so ist doch tatfächlich für deren Arbeiter die Freizügigkeit zum guten Teil aufgehoben, und der Arbeiter ist, wenn er in feinem Sache bleiben will, rettungslos ber Macht biefer foloffalen Trufts ausgeliefert. Es mare ja fehr schön, wenn er die volle Freiheit auch bann noch hatte. Ich nehme auch an, bag in materieller Beziehung bem Arbeiter gegenüber das Wohlwollen in den Arbeitgeberfreisen vorhanden ift; ich weiß das aus meiner praktischen Erfahrung. Aber seine politische Freiheit und die wirtschaftliche Freiheit, seine Arbeitskraft zu verwerten, geht ihm bann vollständig verloren. Auch wenn wir in weitgehendster Beise ben Migbräuchen gegenüber ben Arbeiter durch Sicherung des Roalitionsrechts und durch organisierte Bertretung seiner Interessen zu schützen suchen, so ist er boch den Riesentrusts gegenüber nahezu in allen Fällen ber schmächere Teil; benn bann ist, wie Berr Dr. Naumann gestern mit vollem Recht ausgeführt hat, bei den Trufts noch eine gang andere Macht vorhanden als jest bei den großen Arbeitgeberverbänden. Der Arbeiter kann bloß noch einen Demonstrationsstreif machen und ift hinterher um fein Saar beffer bran. Ich ftehe allerdings im Gegensatz zu herrn Geh. Rat Kirdorf auf bem Standpunkt, daß gerade die Entwicklung, welche die Konzentration der Industrie genommen hat, es doppelt notwendig macht, den Arbeitern eine größere wirtschaftliche Freiheit zu gewähren. Und wenn heute von Geh. Rat Kirdorf ausgeführt worden ift, daß badurch unleidliche Verhältnisse entstehen murden, daß den Beamten, die an der Spite dieser Werke stehen, das Leben im höchsten Grad erschwert und verleidet wurde, so muß ich mich unwillkurlich bei diesen Worten erinnern an jenes Schreiben, welches die Stände von Hinterpommern an die Regierung richteten, als f. 3t. die Bauernbefreiung auch in Sinterpommern burchgeführt murbe, jenes große Werk, auf bas wohl jeder der Anwesenden stolz ist, das aber damals von den hinter= pommerschen Junkern mit ben Worten bekämpft murde: Unsere Güter werden und zur hölle merden, sobald man die Bauern frei macht. Genau benfelben Gedanken haben Sie heute wieder von ber Stelle gehört, die die Macht in ben händen hat. Aber, meine herren, Ihre Stellung wird Ihnen nicht zur Hölle werben; Sie werden sich an andere Berhältnisse gewöhnen, und ich meine, es ift notwendig, daß gerade biejenigen, die mit voller Emphase das Recht der freien Individualität für sich beansprucht haben, diese Freiheit nicht bloß bazu benuten, die ber großen Arbeitermassen zu unterbrücken, fondern daß diese Individualität auch den Arbeitern gewährt werden muß. (Lebhafter Beifall.)

21 \*

Schriftsteller Bernhard = Charlottenburg, Berausgeber des "Blutus": Meine Herren, ich stehe im Gegensatz zu herrn Prof. Liefmann auf dem Standpunkt, bag es nicht angangig ift, fich bloß barüber zu verständigen, mas man augenblicklich gegen die Kartelle und eventuell gegen die Trufts tun kann. Ich meine vielmehr, daß eine berartige Augenblickspolitik ju außerordentlich schweren Nachteilen für die zufünftige Entwicklung führen kann, wenn man nicht von vornherein — unter welchem Gesichtspunkt auch immer — jedenfalls unter einem großen Zukunftsgesichtspunkt handelt.. Meine Herren, es wird beshalb zu untersuchen sein, wohin die augenblickliche Entwicklung führt, und es scheint mir, als ob der Weg, den diese Ent= widlung nimmt, für ben, ber feben will, keineswegs fo febr bunkel ift, als Berr Brof. Liefmann in seinen heutigen Ausführungen befürchtete. Meine Herren, bas Referat bes Herrn Professor Schmoller hat seinen Ausklang in einem Lob der Kartelle und ihrer Leiter und in einem scharfen ethischen Tabel ber Trufts und beren Leitung sowie ber unter biefen Gebilben ftehenden Kinanzmänner gefunden. Meine Herren, nach meiner Ansicht ist das gerade Gegenteil von dem richtig, mas herr Professor Schmoller uns hier vorgeführt hat. Richt ift ber Kartellleiter, wie es herr Prof. Schmoller bargestellt hat, der Erzieher des Volks. Er ist nicht einer, der handelt und organifiert, um zu organifieren, sondern - darüber find wir uns mohl alle einig - er organifiert, um feine Preise erhöhen, also um die Preise halten zu können. Falls er also wirklich des Volks Lehrer in der Organisationsarbeit sein sollte, so verdient er ein Lob dafür in gar keiner Richtung. Meines Erachtens aber ift bie ganze Auffassung bes Rartells. Die Herrn Professor zu solchen Anschauungen führt, eine etwas schiefe. Das Kartell ist von vornherein als Monopolgebilde gedacht. Sie fehen es ja täglich: ein Kartell kann nur zustande kommen, wenn wenig Außenseiter vorhanden sind, wenn eine Mehrzahl sich zusammenschließt. Denn nur dann fann die Organisation in Form des Kartells ben Unternehmern überhaupt Nuten bringen. Gang anders liegen die Dinge beim Truft. Es ift gar nicht richtig, daß die besten und gerade die gefürchtetsten 3. B. die amerifanischen Trufts ein faktisches Monopol haben. Meines Wiffens kontrolliert ber Stahltrust überhaupt nur 66 % ber amerikanischen Stahlproduktion. Da nun aber notorisch ber Stahltruft ben in ihm organisierten Fabriken Nuten bringt, so geht daraus hervor, daß es wesentlich andere als rein monopolistische Momente sein muffen, die den Ruten beim Truft weden. In der Tat ist der Trust denn auch das wirtschaftlich höherstehende Koalitions= gebilde. Der Trust ist durch Konzentration der Betriebe und durch Konzentration ber Kapitalien entstanden, mährend das Kartell gerade dazu bient,

schwache und rückständige Elemente mitzuschleppen, Elemente, die eigentlich — vom Standpunkte der Entwicklung und Förderung aus gedacht — schon lange hätten dem Verderben ausgeliefert werden müssen; denn infolge ihrer wirtschaftlichen Rückständigkeit sind sie nur bei hohen Preisen rentabel. Und deshalb muß das Kartell, das sie aufnimmt, von vorn herein mit höheren Grundpreisen rechnen.

# (Sehr richtig!)

Meine Herren, es ist von meinem Parteigenoffen Kautsky einer Reihe von anderen Barteigenossen der Borwurf gemacht worden, sie fähen die Dinge in der Welt zu fehr vom ethisch-afthetischen und zu wenig vom öfonomisch-historischen Standpunkt an. Ich glaube, etwas Ahnliches trifft auch für die Auffassung bes herrn Professor Schmoller zu. Er sieht die Dinge mehr ethisch-afthetisch, ihm ist der Finanzmann unangenehm, der hinter dem großen und gewaltigen Truft fteht, der die Millionen mühelos verdient. Meine herren, ich ftehe hier als ber politisch Linkseste in dieser Versammlung mahrhaftig wohl nicht in dem Verdacht, daß ich Börfen= und Finangmänner befonders liebte; aber trotbem glaube ich mich boch verpflichtet, energisch ber Auffassung, die hier mehrmals schon vorgetragen ift, entgegenzutreten, als ob man ein Recht habe. sich über den Spekulanten und über den Jobber so ohne weiteres zu ent= Der Spekulant ift in unserer heutigen Wirtschaftsordnung - und wir befinden uns doch einmal in ihr - ein außerordentlich nütliches Inbividuum (fehr gut!) und wenn wir auf bem Standpunkt ftehen, daß die großen Trufts einen wirtschaftlichen Fortschritt in ökonomisch=technischer Beziehung bedeuten, so muffen wir uns auch darüber flar fein, daß nur durch eine große Menge von Jobbern, die bereit find, jeden Tag an der Börse Aftien zu kaufen ober zu verkaufen, eine folche Bildung überhaupt möglich Ich gebe zu, ästhetisch — und oft auch ethisch — ist bas, mas an der Börse geschieht, sehr abstoßend.

### (Hört! hört!)

Ich glaube, darüber sind wir uns wohl einig. Aber ganz falsch ist es, unter ökonomisch-historischen Gesichtspunkten hier verachtungsvoll auf den Jobber und Spekulanten herabzublicken. Bor allen Dingen möchte ich Sie auf eins aufmerksam machen: Die Börse ist in dem Nahmen unserer heutigen Organisation etwas unbedingt Notwendiges, etwas, was wir aus unserer Wirtschaftsordnung gar nicht ausschalten können, ohne gleichzeitig sämtliche Gebilde, die wir geschaffen haben, Trusts, Kartelle und alles ähnliche, in Trümmer fallen zu lassen. Wenn nun eine solche Institution notwendig ist, meine Herren, so ist es eigentlich doch wohl nicht angängig, nun jemanden,

ber in dieser Institution — an der Börse — tätig ist, allein schon beshalb mit einem moralischen Unwerturteil abzutun.

Die Entwicklung zum Trust scheint mir ber natürliche Entwicklungs= gang, die natürliche Entwicklungelinie ber Kartelle, auch trot ber Unschauung, ber fich anscheinend Herr Kirborf zuneigte, wenn er fagte: es find boch alle mit mir einig, daß man die Kartelle erhalten muß. Run, wenn herr Kirdorf wirklich felbst biefer Meinung ift, so ift in feiner eigenen Familie barüber anscheinend ein sehr schwerer Konflift ausgebrochen. Der Bruder bes herrn-Rirdorf nämlich — ebenfalls Geheimer Kommerzienrat — ist Vorstands= mitglied der Aftiengesellschaft "Rote Erde", die sich mit dem Gelsenkirchener Bergwerksverein und bem Schalker Gruben- und Hüttenverein in einer Weise fusioniert hat, daß gerade von dieser Fusion aus dem Rohlensyndikat, das der andere Geheime Kommerzienrat Kirdorf leitet, die schwerste Gefahr broht. Denn Herr Geheimrat Kirborf weiß boch genau so gut wie jeber, ber nicht an feiner Stelle fteht, bafür aber bie Zeitungen aufmerksam lieft, daß dieses Rohlensnndikat eigentlich überhaupt nur noch nominell besteht; es ist bereits zersplittert in eine ganze Reihe von Hüttenzechen, die angegliedert find an Hüttenwerke, und ich bin ber Unficht, daß diefer Konzen= trationsprozeß absolut nicht ftillstehen wird, im Gegenteil, da diese Ent= widlung eine Notwendigkeit ift, wird sie weiter fortschreiten. Die Entwidlung nun ift vielleicht burch ben Schutzoll geförbert, wir können sie burch Aufhebung bes Schutzolls aber nicht rudgangig machen. Im Gegenteil, wir werben bann weiter zur internationalen Kartellierung fortschreiten, wie fie fich ja jett bereits im Stahlgewerbe gr zeigen beginnt. Aber ber Schutzoll, meine herren, mar schließlich nur ein Moment von vielen; ich bin der Anficht, daß diese übertrieben schnelle Konzentration in der Saupt= fache auf die Entwicklung unferes Bankwesens zurudzuführen ift.

(Sehr richtig!)

Ich fann barauf leiber nicht näher eingehen. Ich bitte Sie aber, geben Sie mir bas ohne Widerspruch zu, baß namentlich burch unsere Börsensgesetzgebung unsere Banken in einem ganz enormen Tempo gewachsen sind (sehr richtig!); und baß infolge bes Wachsens ber Banken überhaupt erst biese enorme Konzentrierung möglich gewesen ist.

(Sehr richtig!)

Es ift nach meiner Überzeugung und nach allem, was ich sehe, lese und höre, nicht richtig, wenn herr Bergrat Gothein anzunehmen scheint, daß in den Bureaus der einzelnen Bergwerksverwaltungen usw. sich die Not-wendigkeit der Konzentrierung herausstellt. Nein, meine herren, die Not-wendigkeit stellt sich meines Erachtens entweder bei den Trusts vom Schlage

ber großen Faiseurs, Thyssen oder Stinnes oder in den Direktionsbureaus unserer Banken heraus. Und wenn Herr Geh. Rat Kirdorf hier mit großer — tiefer, ernst gemeinter — Emphase gesagt hat, "es würde bei uns niemand wagen, das Kapital in amerikanischer Weise zu verwässern", so kann ich nur erwidern: das haben wir auch nicht nötig. Bei uns verwässert man nicht die Kapitalien, dasür verdient man am Aktienagio. Das macht sich besser und gibt nicht das Odium, das einen immer tressen muß, wenn man die Kapitalien verwässert. Aber verdient wird an der Überwertung im Agio, genau so wie an der Überwertung des Grundkapitals, und unsere Finanzemänner handeln genau wie die amerikanischen, um Geld zu verdienen.

Stellen wir und nur vor, daß die herren Thuffen und Stinnes eines Tages sterben, daß aus ihren Werken Aktiengesellschaften werden, so wird die Zeit nicht mehr fern sein, wo in der Tat von ein paar wenigen Bunkten nicht einmal ber Industrie, sondern der Bankmacht aus - unsere gesamte Industrie beherrscht wird. Dazu braucht man bann nicht einmal Banken mit enormen Riesenkapitalien; sondern, meine Herren, die Kapital= konzentration verleiht relativ kleineren Kapitalien eine weit größere Macht, als früher. Früher hat eine Bank, wenn fich eine Aktiengefellschaft gründete, die Aktien in alle Winkel verstreut. Wenn die Bank die Herrschaft über diefe Aktiengesellschaft ausüben wollte, war sie gezwungen, die Hälfte des Aftienkapitals bei sich zu verwahren. Wie ist das heute? Heute ist das Bankkommissionsgeschäft in einigen Banken konzentriert. Die Leute, die irgendwelche Aktien kaufen wollen, kaufen sie bei ihrer Bank. Die Folge ist: die Bank braucht noch nicht den zehnten Teil des Aktienkapitals unter ihrem Effektenbestand zu haben. Sie erhöht ihr Kapital, um große Spekulationsfredite geben zu können. Und fie wird unter ben Debitoren b. h. als Sicherheit gegen geborgtes Gelb zu Spekulations= ober Anlage= zwecken — die Aftien jederzeit in der Sand haben und fie in der General= versammlung vertreten können. Wenn gegenüber solcher nicht wegzuleugnender Entwicklung herr Bergmeister Engel fich hinstellt und fagt: Wir burfen nicht vergeffen, daß der Besit an industriellen Aftien sehr zersplittert ift, fo meine ich, gerade das ift das Schlimmfte: Man arbeitet mit frembem Risiko und beherrscht trothem das Broduktionsmittel, mahrend man früher bafür eigenes Rapital haben mußte. Meine Herren, bas ist nichts weiter als - und das hat ja herr Naumann gestern in glänzender Beise ausgeführt — das ökonomische Prinzip des Sozialismus durchgeführt. weiß noch, wie mein sehr verehrter Lehrer Herr Geheimrat Wagner in seinem Kolleg über den Sozialismus als besonderes Argument gegen ihn immer ausführte, es mare gang unmöglich, von einem Zentralpunkte aus fo

große Betriebe zu leiten. Wir sehen, es geschieht heute. Alle die Argusmente, die er — damals mit anscheinend großer Berechtigung — gegen das ökonomische Prinzip des Sozialismus ins Feld führen konnte, sind in nichts zerfallen gegenüber der tatsächlichen Entwicklung, und wir sehen, daß in Wirklichkeit das — einst so unwahrscheinliche — Organisationsprinzip der Zukunft praktisch ausgeführt wird von unseren großen Kapitalisten, von unseren großen Banken.

Wenn ich mir von diesem Standpunkt aus die Vorschläge des Herrn Professor Schmoller ansehe, so muß ich allerdings sagen, erscheinen sie mir außerordentlich winzig und nicht aufgestellt unter dem Gesichtspunkt, daß man hier vor dem Ergebnis einer geradezu revolutionierenden technischsöfonomischen Entwicklung steht.

#### (Sehr richtig!)

Gegen die Publizität der Kartelle habe ich an sich gar nichts einzuwenden. Wenn Sie mir nachweisen und scharf definieren können, was in einem solchen Gesetz unter dem Begriff "Kartell" zu verstehen ist, dann will ich ihm mit ganzem Herzen zustimmen. Aber, meine Herren, ich warne Sie vor einem: Herr Schmoller hat gesagt, wie die Dinge im einzelnen auszusühren sind, das sei Sache späterer Verhandlung. Herr Professor Schmoller hat das gute Necht, so zu sagen, es ist hier nur seine Aufgabe, Vorschläge theoretischer Natur zu machen, deren Anwendungsmöglichkeit auf die Praxis dann im einzelnen erwogen werden soll. Leider heißt das aber schon, die Sache abzuschieben auf unsere Geheimräte, die die Gesetze machen sollen.

## (Zuruf: Die Sozialbemokraten!)

— Die Sozialbemokraten sind ja vorläufig noch nicht in ber glücklichen Lage.

### (Heiterkeit.)

Unsere Geheimräte haben es zu einem großen Teile — und darunter leidet nach meiner Unsicht die gesamte neuere Gesetzmacherei — unterlassen, genaue Aussührungsbestimmungen zu geben. Der Ersolg würde entweder der sein, daß man mit einem Federstrich das ganze Gesetz illusorisch machen würde; oder wenn man wirklich wirksam gegen das Kartell ankämpsen würde, so wäre eines schönen Tags das Kartell verschwunden, und wir hätten dann den Trust. Es ist gar keine Frage, daß die Überleitung des Kartells in den Trust durch ein solches Gesetz noch gesördert wird.

Nun ift eine andere Frage: was soll gegen die Kartelle sonst noch unternommen werden? Ich fühle mich von meinem Standpunkt als Sozials bemokrat aus verpflichtet, zu sagen: ich verlange unbedingteste Koalitionss

freiheit für die Arbeiter. Ich verlange auch, daß man nicht im einzelnen peinlich nachforschen soll, ob ein Zwang außgeübt wird, weil meiner Überzeugung nach der einzelne organisierte Arbeiter hundert= und tausendmal mehr wert ist als der nichtorganisierte. Aber es ist eine große Gefahr, von dem Unternehmer das Gegenteil zu verlangen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß auch der nichtkartellierte Unternehmer tausendmal schlechter ist als der kartellierte. Es heißt, seinen Berufsgenossen einsach in den Rücken fallen, wenn man sich nicht organisieren will.

(Bravo!)

Ist man der Ansicht, daß kein Notstand in der Branche zu Kartellen zwingt, so ist es richtiger, beizutreten und dann im Kartell dagegen zu wirken, als nicht beizutreten und in der Öffentlichkeit dagegen zu wühlen.

(Sehr richtig!)

Deshalb warne ich namentlich vor strafrechtlichen Bestimmungen, die unsern modernen fozialsittlichen Unschauungen zuwiderlaufen.

Was aber ben Vorschlag bes Herrn Professor Schmoller gegenüber ben Aftiengefellschaften betrifft, so habe ich nicht einzusehen vermocht, weshalb das erst anfangen foll bei Aftiengesellschaften von mehr als 75 Milli= onen Mark. Ich meine: zunächst ist, wenn wir 75 Millionen Mark fest= feten, nicht ausgeschloffen, daß nun eine Aftiengesellschaft mit 74 900 000 Mark sich organisiert, die von den Abgaben frei bleibt; ober es werden mehrere Gefellschaften, Tochtergefellschaften usw. gegründet. Damit geht es also nicht. Außerbem ift es eine unglaubliche Ungerechtigkeit, bag eine unserer Großbanken, die, fagen wir mal 8-10 % verdient, mit 75 Millionen Mark Rapital, wenn sie 11 % verdient, die Hälfte abtreten soll, mährend irgend ein Bergwerk, das nur drei Millionen Kapital hat, aber 30 % Dividende zahlt, frei gelaffen mird. Wir können bas keineswegs mit demfelben Rechtsarund motivieren, mit dem man bei der Reichsbank diese Makregel motiviert hat. Die Abgabe an ben Staat ist bort zurückzuführen auf bas ber Bank gegebene Monopol, daß fie fo und soviel Geld durch zinsfreie Ausgabe von Noten verdienen darf. Daher mußte der Staat ein Aquivalent verlangen. Sier gabe es nur einen Rechtsgrund, der barin bestehen durfte, bag unseren fämtlichen Aktiengesellschaften von der Allgemeinheit fo enorm viel zugute tommt, daß fie über einen bestimmten Gewinnsat hinaus an ben Staat schon etwas abführen können. Das ist möglich, wenn auch schwer burchführbar, weil die Gefahr einer Kapitalvermäfferung naheliegt. Wie man bas mit den 75 Millionen in der Praxis machen soll, verstehe ich nicht. Man follte einfach eine ordentliche progreffive Einkommensteuer erheben und zwar nicht nur von physischen, sondern auch von juristischen Versonen.

Aber man soll alle unklaren halben Maßregeln lassen. Der Staat hat sich hier gegenwärtig zu halten, daß er hier vor einer Organisationsbewegung steht, die durchaus notwendig ist. Er hat dasür zu sorgen, daß Gegengewicht gegen die Organisation des Kapitals die große Masse des Bolks organisiert wird: einmal als Mitproduzent in den Gewerkvereinen — und da scheinen mir die Vorschläge des Herrn Prosessor Brentano außerordentlich beachtenswert zu sein — und zweitens als Konsument in den Konsumvereinen. Dazu ist aber notwendig, daß nicht der Staat wie bisher seinen Beamten verbietet, in Konsumvereine einzutreten, sondern daß er die Hindernisse, die der Entwicklung der Konsumvereine entgegenstehen, aus dem Wege räumt. (Sehr richtia!)

Jebenfalls können wir ber Organisation ber Kartelle und Trusts nur eine Gesamtorganisation unserer Wirtschaft und zwar als Konsumenten und Produzenten entgegensetzen.

(Lebhafter Beifall).

Borsitzender Professor Rathgen stellt nun die Frage zur Entscheidung, ob die Verhandlungen auch am folgenden Tag noch fortgesetzt werden sollen. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, Donnerstag, 28. Sept. noch eine Sitzung abzuhalten.

Es erhält das Wort

Privatdozent Dr. Wilbrandt (Berlin): Meine verehrten Damen und Herren! Sie wollen entschuldigen, daß ich außer dem, nur langsam abenehmenden Fehler, sehr jung zu sein, noch zwei andere habe, nämlich zusächst den, Dinge sagen zu müssen, denen Sie höchstwahrscheinlich nicht zustimmen werden, und endlich noch den, daß ich das Thema des gestrigen und das des heutigen Tages nicht streng auseinanderhalten kann. Denn das Arbeitsverhältnis in den Riesenbetrieben ist nur die eine Seite dersselben Sache, von welcher das Kartell die andere Seite ist. Die eine Seite richtet sich gegen die Arbeiter, gegen die Broduzenten, die andere Seite richtet sich gegen die Konsumenten, und beiden Seiten steht der Staat in berselben Weise gegenüber, nämlich eingeschränkt in enge Grenzen der Möglichkeit seiner Betätigung, und ebenso stehen darum wir Sozialpolitiker, die wir den Staat anrusen, in enge Grenzen eingeschränkt diesen Dingen gegenüber.

Diese engen Grenzen sind gegeben durch das, worauf Herr Geheimrat Kirdorf bereits mit Recht hingewiesen hat. Nämlich wenn wir mit Eingriffen in die Kartelle oder mit Eingriffen in das Arbeitsverhältnis soweit

gehen, daß das Kapital badurch eine geringere Berginfung in ber beutschen Industrie — in einem Teile der Industrie ober in der ganzen Industrie bekommt, dann wird eben weniger Kapital in diesem Teile der Industrie angelegt, es fucht andere Anlagen im Inland und Ausland, und mas wir bann erreicht hatten, mare Arbeitslofigfeit. Wenn mir beifpielsmeife bie abscheulichen Buftande in den Spinnereien durch Ginschränkung der Frauenarbeit zu beseitigen suchen, wenn baburch die Spinnereibesitzer Mannerlöhne, also höhere Löhne, zahlen muffen, und wenn badurch bann die Dividende diefer Spinnereien herabgeht, so wird eben in deutschen Spinnereien fein Kapital mehr angelegt werden, und was wir erreicht haben, ist Arbeits= losigkeit. Aber auch innerhalb ber Grenzen, innerhalb beren wir unser sozial= politisches Rößlein tummeln können, indem wir barauf hinwirken, daß ohne Berminderung des Profits der Unternehmung Fortschritte zu einer höheren Entwicklung gemacht werden, daß durch fürzere Arbeitszeit und höhere Löhne die Technik und Arbeitsintensität auf eine höhere Stufe gehoben wird, auch innerhalb der Grenzen, innnerhalb beren wir Sozialpolitik gegenüber ben Kartellen und Niefenbetrieben treiben können, begegnen wir einer Macht, welche es unwahrscheinlich macht, daß wir auf diesem Wege noch sehr viel erreichen werden, nämlich ber Macht bes Kapitals, welche vor einigen Jahren 12 000 Mark in die Sände des Grafen Bosadowsky zur Unterstützung für die Drudunkosten ber Buchthausvorlage legte, jener Macht, welche einen Beamten nach bem andern aus bem Staatsbienft herauskauft. Und fo ift es mir benn zweifelhaft, ob es nicht eher möglich fein wird, die private Großindustrie und die Kartelle zu beseitigen als wie sie einzuschränken sie zu beseitigen selbstverständlich nicht als Kartelle und als Großbetriebe, benn als folche bedeuten fie einen wirtschaftlichen Fortschritt, aber als Privateigentum.

Aha, Berstaatlichung, werden Sie denken. Aber neben den Gründen, die bereits Herr Prosessor Schmoller mit Recht gegenüber einer Verstaatlichung der Bergwerksbetriebe etwa durch das heutige Preußen geltend gemacht hat, ist mir noch ein anderes Bedenken wichtig, nämlich das Interesse der Arbeitersbewegung. Es ist ja verlockend genug, neben der großen Staats-Bundersparkasse, die wir bereits in den Staatseisenbahnen haben, in die der Staat viel Geld hineingetan hat, um viel mehr herauszubekommen, noch eine andere solche in den Bergwerken anzulegen; aber eine solche Staatssparkasse sparkasse steht mit ihren eisernen Füßen auf den Köpfen der Staatsarbeiter und drückt und drückt, die nur noch vorschriftsmäßiges Denken in diesem Köpfen zu sinden ist, und steht auch auf den Köpfen der Gewerbeinspektoren und drückt auch auf sie, daß sie sich in die Staatsbetriebe nicht zu unliedsam einmischen. Es ist ja eine immer wiederkehrende Klage der Gewerbe-

inspektoren, wenigstens wenn man unter vier Augen mit den Herren spricht, baß sie in Staatsbetrieben noch ohnmächtiger find als bei ber Brivatindustrie. Was aber noch viel schlimmer ist: bisher ist es den Staatsarbeitern bei den Eisenbahnen, Bergmerken usw. nicht erlaubt, sich zu koalieren, nicht erlaubt, eine Gefinnung zu haben, nicht erlaubt, ihrem eigenen Bewußtsein nach überhaupt Arbeiter zu fein, und wenn, was ich nicht hoffe, eines Tags der Fall sich verwirklichen sollte, der auf dem Parteitag der Sozialdemokratie in Jena jett in Aussicht genommen worden ist als ein drohendes Gespenst, wenn der Tag kommen follte, an dem das Reichstagswahlrecht genommen wird, und an dem dann infolge beffen die Arbeiterschaft einen politischen Massenstreik versucht, so würden die nach der Verstaatlichung nun auch staatlichen Arbeiter in ben Bergwerfen für einen folchen politischen Massenstreit nicht eriftieren. Würden neben die Sunderttausende von Staatsarbeitern, die wir durch die Verstaatlichung bereits der Arbeiterbewegung entzogen haben, noch eine Menge von Sunderttaufenden von ftaatlichen Bergarbeitern gefett, fo mare bas eine Schmächung ber Arbeiterbewegung.

Damit foll aber nicht gefagt fein, daß die private Großinduftrie, die privaten Kartelle, unersetzlich find. Im Gegenteil. Die Großbetriebe find ihrem Wefen nach, meistens auch ber Form nach, bereits Aktiengesellschaften, b. h. die Trennung von Besitz und Leitung des Betriebs ist in ihnen bereits vollzogen. Herr Geheimrat Kirdorf und seine Amtsgenossen plagen sich Tag und Nacht, ebenso wie die Beamten und die Arbeiter seiner Betriebe, um ben Ertrag herauszuarbeiten. Es ist, wie er ganz richtig ausgeführt hat, feine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, in erster Linie dahin zu ftreben, daß die nötige Dividende herauskommt, und dieser Ertrag fließt nicht an die, die ihn erarbeiten, sondern an die Aktionäre, welche heutigen Taas bereits bieselbe Stellung haben, welche ber Grundherr vor etwa 150 Sahren erreicht hatte, nämlich keine Pflichten, keine Aufgaben, keine wirkliche Leiftung für die Gesamtheit mehr zu haben und nur noch die Rente zu beziehen, die er früher auf Grund von Leistungen bekommen hatte. Infolgebeffen, ba Betriebsleitung und Besit bereits mehr und mehr getrennt sind, so könnte ber Besitz ber Aftien ebensogut in ber Sand irgend eines Organs ber Gesamtheit sein, sei es in ber Hand bes Staats, ber Konsumgenossenschaften, der großen Kommunen, sei es in der der Landesversicherungs= anftalten. Die Betriebsleitung murbe babei genau biefelbe bleiben können; fie würde nicht das Mindeste, da ja Tantiemen und hoher Gehalt bleiben könnten wie bisher, an Intensität einbugen. So wurde beispielsweise Herr Geheimrat Kirdorf auf seinem Posten verbleiben können, und ich hoffe, er wurde bann noch mehr als heute im wirklichen Interesse ber Allgemeinheit

seine Aufgabe erfüllen können, er würde seinen neuen Auftraggebern gegensüber genau so wie bisher seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit tun, wie er sagte, und ich hoffe, daß ihm dann auch die Berufsfreude zurücksehren würde, die ihm in den bösen Zeitläuften der Gegenwart verloren geht.

Ich übergehe, daß die Konfumgenoffenschaften auch in folden Industrie= zweigen, welche technisch eine folche Höhe noch lange nicht erreicht haben, beispielsweise Bädereien, Konfektion, hausinduftrielle Schuhmacherei, also in technisch zurückgebliebenen Industriezweigen, nicht nur hygienisch, an Lohn, Arbeitszeit usw. etwas der Privatindustrie weit Überlegenes leisten, sondern auch technisch, was die Hauptsache ift, ihr weit vorangeschritten sind. übergehe das, benn wir fprechen ja hier von Großindustrie und Kartell. Wenn in dem gemeinwirtschaftlichen Topf der Konsumgenossenschaften auch selbst folche unreifen Früchte bereits mit Nuten eingekocht werden können, fo find die Kartelle und noch mehr die Trufts von der Wirkung, daß fie die Frucht nach und nach zur Reife bringen, zu dem reifen Zuftand, in dem fie am bequemften gepflückt werden fann. Die Kartelle und noch mehr die Trufts wirken dahin, daß die Trennung von Betriebsleitern und Besitzern noch weiter ausgebildet wird, daß schließlich die Leitung ganzer Industrie= zweige in einer Hand ruht, mährend die Aftionäre weit davon entfernt nichts mehr mit der Sache zu tun haben, und wenn ein Kartellaeset, sei es so unvollkommen wie nur immer, die eine Folge haben follte, daß es die Ent= widlung von Kartellen ju Trufts bewirft, fo murbe ich trot aller Nachteile, die die Trufts haben, schon mit dem Kartellgeset zufrieden sein; benn es wurde die Entwicklung dem Bunkte der überführung des Besitzes in die Sand der Gefamtheit näher getrieben haben.

Die Kartelle haben aber in dieser Richtung noch andere Wirkungen. Das Wesen der Kartelle ist doch, daß sie die Prositrate hochzuhalten streben durch Hochhaltung der Preise. Dadurch wird bewirkt, daß die Konsumenten mehr und mehr ein Interesse an dem gewinnen, woran ursprünglich nur die Arbeiter ein Interesse haben. Die Entwicklung ist doch die, daß in den zurückgebliebenen Industriezweigen, so auch heute noch in der Hausindustrie, vielsach der Konsument den Arbeiter auf dem Wege niedriger Preise auseraubt. Dagegen sind es in der Weiterentwicklung zur Großindustrie unsgeheure Kapitalien, welche in den Unternehmungen angelegt sind und ihre Verzinsung erheisschen, und wenn das Kartell dazu kommt und die Preise hochhält, so wird dadurch erreicht, daß die große Wasse der Bevölkerung, die nicht Arbeiter sind, Bauern, Handwerker, Beamte usw., auch ihrerseits mehr und mehr daran interessiert werden, daß der Besit dieser großen Kapitalien in die Hände der Gesamtheit überführt wird. Allerdinas haben die Kartelle

auch einen Einfluß auf die Arbeiterverhältnisse als solche insofern, als sie ja die Preishochhaltungen zum Teil heute bereits durch Einschränkung der Produktion bewirken, und Sinschränkung der Produktion bebeutet verminderte Arbeitsgelegenheit. Das Entscheidende ist aber ihr Sinsluß auf die Konsumenten.

Noch eines endlich. Das Axiom der freien Konkurrenz, welches heute noch von Theoretikern dem Übergang in einen Besitz der Gesamtheit an den großen Kapitalien entgegengehalten wird, verliert seine Bedeutung durch die Kartelle. Wir haben dann nur noch zu wählen zwischen einem Sozialismus ohne Konkurrenz oder einem Kapitalismus ohne Konkurrenz. Und schließlich, indem die Kartelle dazu übergehen, die Produktion einzuschränken, d. h. die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten nicht voll auszunützen, geben sie den Beweis, daß der Kapitalismus an diesem Punkt sich selbst bereits über den Kopf gewachsen ist.

Was ist nun die Bedeutung von alledem? Dies alles kann für uns vollkommen gleichgültig fein, wenn es uns nämlich gleichgültig ift, bag ber Arbeiter heute vermöge ber ganzen kapitalistischen Entwicklung nur als Spielball der Kapitalbesitinteressen existiert, daß er vermöge der ganzen wirt= schaftlichen Struktur, in ber mir leben, nicht als Selbstzweck, sondern nur als Mittel für die Besitzer existiert, daß der Arbeiter und mehr und mehr auch der Konsument dem Kapital eine Rente erarbeiten muß, und daß die Arbeitsverhältnisse von und nicht frei ausgestaltet werden konnen, sondern in erster Linie bestimmt werben und bestimmt werben muffen burch bas Interesse des Kapitals an der Berginsung, ohne die es überhaupt nicht angelegt wirb. Dies alles barf uns aber nicht gleichgültig fein. Und barum barf es uns auch nicht gleichgültig sein, daß fich uns nunmehr die Möglich= feiten entwickeln, ben Grund zur Beseitigung biefer Buftande zu legen, inbem der Besitz an so ungeheuren Mitteln in die Sand der Gesamtheit, in bie Sand eines Organs der Gefamtheit, übergeführt mird. Es bleibt baber nur noch die Frage, welche Machtfaktoren es fein können, die folche Möglich= feiten eines Tags zur Berwirklichung bringen können. Ich unterschäte ben Joealismus nicht, und ich glaube, daß wir allerdings viel tun können, wenn wir über diese Dinge aufklaren in den unintereffierten gebildeten Rreifen, an maßgebenden Stellen ber Regierung und überhaupt bei allen, die noch idealistisch zu denken fähig sind. Aber in Klassen und bei Bölkern, die nicht gerade in großer Bedrängnis find, die vielmehr von dem, mas erreicht worben ist, gefättigt sind, pflegt ber Jbealismus nicht fehr ftark zu fein. Die wirklich ftarke Macht, Die fo etwas herbeiführen fann, fann nur fein die Bewegung der besitzlosen oder wenig besitzenden Klassen selbst.

An der ausgezeichneten Rede von Professor Max Weber gestern habe ich nur ein Einziges auszusetzen gehabt. Das waren seine letzen Worte, aus denen die Anschauung sprach, daß Idealismus nicht zu sinden sei in der Sozialdemokratie, daß sich dort ein Pfründnertum der Partei bilde, daß vielmehr Idealismus nur zu suchen sei in den Gewerkschaften. Ich habe nun die sechs Tage in Jena den Verhandlungen des Parteitages beigewohnt und din hinsichtlich der Gewerkschaftsführer eher zu etwas ungünstigeren Ansichten zum Teil gekommen, abgeseschen von ausgezeichneten Männern wie von Elm u. a., und din bei vielen Mitgliedern der Partei zu einem günstigeren Eindruck gekommen. Wenn es irgendwo Idealismus gibt, so ist er dort zu sinden. Die deutsche Sozialdemokratie hat heute Fehler genug, sie hat immer noch den auch in Jena erschreckend hervorgetretenen Mangel an Nationalsinn; aber Mangel an Idealismus ist den Leuten nicht vorsuwerfen.

Was aber wir zu tun haben — damit lassen Sie mich schließen —, das ist, diesen Verhältnissen gegenüber aufklärend in alle maßgebenden Kreise hineinzudringen und — Erhaltung bes Reichstagswahlrechts!

(Beifall.)

Regierungsrat Dr. Leibig (Berlin): Meine Herren! Ich will Ihre Aufmerksamkeit nur ganz wenige Minuten in Anspruch nehmen; nur auf einige Punkte möchte ich hinweisen, die meines Erachtens in der Diskussion noch nicht berührt worden sind.

Ich habe während der Diskuffion gestern und heute eigentlich ein gewisses Gesühl der Verwunderung nach zwei Richtungen hin nicht unterstücken können, nach der einen Richtung hin, daß eine große Reihe von Rednern die Stellung der Artelle zu ihren Abnehmern immer in Parallele setzen mit der Stellung der Arbeitgeber zu den Arbeitern. Meine Herren! Bis jetzt din ich immer der Überzeugung gewesen — aber es mag wohl sein, trozdem mir Erzellenz von Rottendurg ja gestern meine Gelehrsamseit bescheinigt hat, daß ich die Sache nicht verstanden habe —, daß gerade in den Areisen des Bereins sür Socialpolitik die Auffassung vertreten ist, daß alle Waren etwas spezisisch anderes sind als die menschliche Arbeitskraft, und nun auf einmal geht das hier immer in freundlichem Durcheinander hin und her. Aber das mag wohl eine neuere Wendung in der Nationalsökonomie sein, der wir armen Praktiker zu solgen noch nicht Gelegenheit gehabt haben. Dann, meine Herren, das zweite. Ich habe mich weiter gewundert, das ist auch wieder ganz persönlich, daß den Aussührungen des

Herrn Bernhard, die mir recht interessant waren, nicht bloß, wie es scheint, wegen ihrer formellen Glätte, sondern auch wegen des sachlichen Inhalts soviel Beifall gespendet wurde, und gerade im Schlußwort hat Herr Bernhard doch nichts weiter gesagt als: das einzige, was helsen kann, ist die Durchsführung des sozialdemokratischen Programms, und das ist doch nicht gerade die Ausgabe des Bereins für Socialpolitik.

Nach diefen beiden Vorbemerkungen möchte ich auf die Sache felbst Ich bin der Ansicht, daß alle die Ausführungen, die Herr Professor Schmoller heute gemacht hat, sich eigentlich weniger gegen die Kartelle an fich richten, als gegen ben Großbetrieb überhaupt. Alle biefe Schwierig= keiten, die vorgeführt worden sind, sind ja doch nicht nur in der Form der Kartelle möglich, sondern auch in den verschiedensten anderen Formen. Mir scheint, die heutige Diskuffion geht einen falschen Weg insofern, als fie fich immer nur mit zwei bestimmten Kartellen beschäftigt. Diese beiden Kartelle, Rohlensyndikat und Stahlmerkeverband, find ja gemiß beshalb fo bebeutfam, weil sie beiden wichtigften und größten Industrien umfassen; aber für die andern Intereffentenkreise sind natürlich diejenigen Organisationen, mit benen fie zu tun haben, gang genau ebenfo bedeutsam, wenn fie in berfelben Weise auf die Abnehmer einwirken können, und da möchte ich barauf aufmerkfam machen, bag in ben verschiedensten Industrien es gang verschiedene Formen gibt, in benen auf die einzelnen Abnehmerkreise eingewirkt wird. Ich erinnere daran, daß in der chemischen Industrie der Entwicklungsgang ein gänglich verschiedener von dem der hier besprochenen Zusammenfaffungen ift, und daß die Entwicklung, wie sie in den gemischten Werken der Gifenindustrie zur Zeit so interessiert, in andern Industrien bereits seit fehr langer Beit vorhanden ift. Es ist nicht gang dasfelbe, das gebe ich zu, aber immerhin laffen sich eine Reihe von Ahnlichkeiten finden. Denken Sie nur an die Baumwollindustrie, wo Spinnerei und Weberei in einer Fabrif miteinander verbunden find; und in der chemischen Industrie finden Sie gleichfalls, daß die einzelnen Broduktionsftufen bis zum Endfabrikat in bemfelben Werke durchgeführt werden. Damit wollte ich nur darauf hinweisen, daß die gemischten Werke viel weiter verbreitet find und diese Erscheinung viel älter ift als es heute in ber Diskuffion bargeftellt worben ift. -

Dann etwas anderes. Noch nicht erörtert worden ist eine Möglichkeit, die gerade bei den hier mehrfach angedeuteten Fragen der Lieferungssperre, des Lieferungszwanges in Betracht kommt. Ich meine, daß auch die kartellierten Weiterabnehmer ihrerseits auf diejenigen rückwirken können, die den Gegenstand verkaufen. Das ist nicht bloß eine theoretische Erörterung, sondern ich darf daran erinnern, daß beispielsweise in der Landwirtschaft

burch ben Zusammenschluß ber Abnehmer ein bebeutenber Druck auf bie Berkäufer ausgeübt wirb.

Endlich, meine herren, und bamit möchte ich schließen, ich gebe voll= fommen zu. daß unter Umftanden ein Eingreifen der Staatsgewalt nach irgend welcher Richtung hin möglich und nötig fein kann, wenn bas Monopol, von dem herr Bergmeister Engel gesprochen hat, tatsächlich eingetreten ist. Ich bestreite aber vorläufig, daß ein berartiges Monopol bei uns in Deutschland gerade auf dem Gebiete des Kohlenbergbaus vorliegt. weiter, daß ein Eingreifen des Staats nicht in der Weife, wie es herr Professor Schmoller ausgeführt hat, möglich ober irgendwie praktisch bebeutsam sein könnte, sondern daß diefes Eingreifen nur in der Beise außgeubt werden kann, daß ber Staat von Fall zu Fall in Renntnis, in Berhandlung, in Einwirkung, in Berbindung mit den Kartellen bleibt. geschieht jest schon so, und das wird auch ferner geschehen. Unser preukischer und beutscher Staat befindet sich ja gegenüber ber ganzen Organisation unseres Industrielebens baburch schon in einer aanz besonderen Situation, bak er einer der größten Abnehmer unferer Industrie ist, und deshalb sind ihm die Möglichkeiten, Kenntnisse zu erwerben und in Verbindung mit der Industrie zu bleiben, stets gegeben. Gin Zusammenwirken von Staat und Industrie, von Staat und Kartell ift gewiß in vielen Fällen möglich und zwedmäßig. Aber ich glaube, daß man niemals zu irgend welchen richtigen Magnahmen kommen wird, wenn die Form von Rechtsvorschriften gewählt wird. Das wird immer bazu führen, daß der beutschen Industrie Schranken auferlegt merben, die fie bei bem augenblidlich aufs äußerste zugespitten Wettkampf nicht ohne Schaben einhalten fann; denn jede Rechtsbestimmung ift und muß formalistisch sein.

Wenn ich nun zu dem letzten Vorschlag des Herrn Professor Schmoller fomme, so ift das im letten Grunde eigentlich derselbe Borschlag, ben Erzellenz Rlein auf dem Juristentag in Innsbruck gemacht hat. Es gibt ba zwei Möglichkeiten. Entweder werden ftaatliche Beamte in die Auffichts= räte und sogar in die Direktionen hineingeschickt. Wie herr Professor Schmoller bas machen will, fogar in die Direftionen, die die eigentliche Leitung bes Betriebes haben, Leute hineinzubringen, Die nicht Bertrauens= manner ber Gesellschaft felbft find, ift mir praktisch unfagbar. Dber wenn nicht Beamte hineingesett werben, bann foll ber Reichskangler Diejenigen unter den Aufsichtsräten bezeichnen, welche anständige und gewissenhafte Leute find. Wie ift es benn nun, wenn er nach zwei Jahren wieder bas Beugnis jurudnimmt? Es fann ja fein, daß jemand einer politischen Strömung nicht gefällt; benn es gibt fartellfeindliche und fartellfreundliche Strömungen, und banach richtet fich bann auch die Beurteilung ber Personen. Ich glaube 22 Schriften CXVI. - Berhandlungen 1905.

also, daß auch nach dieser Richtung hin ber Borschlag bes Herrn Professor Schmoller in der Praxis nicht durchführbar ist.

(Beifall.)

Professor Dr. Hermann Schumacher (Bonn): Meine Herren! Ich bin an dem ersten Tage in einem folchen Maße gewohnt geworden, die Zielsscheibe von Angriffen zu sein, daß ich auch heute gern die Aufgabe übersnehmen möchte, die Kritik der Redner in stärkerem Maße auf einzelne Bunkte zu konzentrieren, als es bisher der Fall gewesen ist.

Ich will baher ber Bersuchung widerstehen, auf eine prinzipielle Würdigung ber großen Unternehmerverbände, ber Kartelle und Trusts, näher einzugehen, und nur kurz erklären, daß ich der Ansicht bin, daß es ebenso einzseitig wäre, die Notwendigkeit und Nütlichkeit dieser neuen Organisationen zu leugnen, wie zu leugnen, daß mit ihnen sehr erhebliche Nachteile verbunden sind.

Ich möchte meine Ausführungen anpassen der Besonderheit der heutigen Versammlung, und die sehe ich darin, daß der Verein für Socialpolitik, wohl zum ersten Male bei der Erörterung derartiger Probleme, den großen Borzug genießt, für den er meines Erachtens dankbar sein muß, daß die Großindustrie eine Reihe ihrer hervorragendsten und berufensten Vertreter hierher gesandt hat.

Daher möchte ich aus der Fülle der Aufgaben, die das gesamte Thema umsfaßt, vor allen Dingen aussondern die Gesichtspunkte von praktischer Besdeutung. Ich möchte nicht nur fragen: was ist überhaupt möglich? sondern ich möchte fragen: was ist heute möglich?

Da muß nun zunächst eine negative Aussonderung — möchte ich sagen — vorgenommen werden. Ausschalten möchte ich alle allzu radiskalen Maßregeln. Also zunächst die Verstaatlichung dieser Organisationen, allein schon deswegen, weil sie zum sozialistischen Staat führen würde. Ich möchte aber auch die Maßregel ausscheiden, welche Herr Professor Schwoller vor allem befürwortet hat, nämlich die Aktiengesellschaften von einem Kapital von 75 Millionen an in Verwaltung und Finanzgebarung zu beschränken. Ich stehe in dieser Beziehung auf dem Standpunkt, auf den Herr Geh. Rat Kirdorf sich gestellt hat. Ich din mit ihm der Ansicht, daß ein Staatsmonopol sörderlicher sein würde als eine solche Beschränkung, und zwar din ich dieser Ansicht einmal deshalb, weil die Vorschläge mir nicht durchsührdar erscheinen, zweitens weil sie mir nicht wirksam erscheinen und drittens ihrer Folgen wegen.

Zunächst erscheinen mir die Borschläge nicht durchführbar. Herr Gg. Bernhard hat, wie ich gehört habe — ich bin leiber nicht anwesend gewesen —, sich bereits darüber ausgesprochen. Ich will mich daher nur

kurz fassen. Meine Herren! Jedes Unternehmen, das mit einem Kapital von Dutenden von Millionen arbeitet, kann leicht formell geteilt werden. Eine Aktiengesellschaft, die 140 Millionen Kapital hat, kann leicht in zwei Gesellschaften von je 70 Millionen zerlegt werden. Die einzelnen Abteilungen brauchen nur verselbständigt zu werden, und doch kann eine vollständige Bersonalunion bestehen bleiben. Oder es können — von den Amerikanern haben wir ja in dieser Beziehung schon mancherlei gelernt — Tochtergesellschaften gegründet werden, wovon Herr Bernhard schon gesprochen zu haben scheint.

Zweitens erscheint es mir aber auch sonst ausgeschlossen, daß die gemachten Vorschläge die gewünschte Wirkung erzielen. Was zunächst den Aufsichtsrat anlangt, so spielt er bei vielen Unternehmungen überhaupt nicht die große Rolle, wie oft angenommen wird. Vor allem aber ist sehr vielssach das Bestreben vorhanden, wenn an der Spize des Direktoriums oder Aufsichtsrats bereits eine hervorragende Persönlichkeit steht, nicht noch andere hervorragende Persönlichkeiten in den Aufsichtsrat herein zu berusen (sehr richtig!), sondern gerade solche Persönlichkeiten, welche weniger willensstark, vielleicht gerade auf dem Gebiet weniger sachverständig sind, sich leicht beseinssussen lasse der Beziehungen und einen klangvollen Namen haben. Dieses Bestreben, das bereits jetzt bei der Vildung des Aufsichtsrats vielsach hervortritt, würde gewissermaßen eine staatliche Sanktion bekommen.

Sbenso scheint mir, was die Beteiligung des Staats durch Beamte an der Direktion anlangt, nur eine Alternative vorhanden zu sein. Entweder: die Ansichten, welche die Direktoren der großindustriellen Unternehmungen vertreten, haben diese nicht in der Wiege aufgenommen, sondern sind bei ihnen entstanden als ein mehr oder weniger natürliches Produkt ihrer Tätigkeit und Umgebung; dieselben psychologischen Momente, welche auf die kaufmännischen Direktoren gewirkt haben, würden daher auch wirken auf die Direktoren, die der Staat in ein Unternehmen hereinsetzt, wenn nämlich diese Direktoren sich tatsächlich an der Leitung eines solchen Unternehmens eifrig beteiligten.

Ober die andere Möglichkeit: die betreffenden Direktoren, die von Staats wegen in ein Unternehmen hineingesetzt find, arbeiten nicht unmittelbar mit, dann würden sie nur zu zahlreichen Reibungen Anlaß geben. Dann würde beständig zwischen beiden Gruppen ein lebhafter Argwohn bestehen, der das industrielle Unternehmen nicht fördern könnte; eine Verheimlichung würde auf beiden Seiten die Folge sein; so würden die von der Regierung in das Unternehmen delegierten Persönlichkeiten nicht einmal genügende Informationen gewinnen.

Endlich das dritte Bedenken: die Folgen. Es scheint mir besonders beachtenswert in den Ausführungen des Herrn Geh. Rat Kirdorf gewesen

22\*

zu sein, die Außerungen von der machsenden Unlust im Unternehmertum. Wenn berartig weitgehende Maßregeln eingeführt werden, dann kann das wirklich leicht die Folge haben, daß gerade diejenigen Männer, welche nicht ausschließlich mit kalt berechnendem Verstand, sondern auch mit dem Herzen ihre Aufgabe erfüllen, sich früh ins Rentierleben zurückziehen oder ins Aussland wandern.

Ferner fürchte ich, daß unsere Stellung auf dem internationalen Markt durch eine berartige Beteiligung von staatlichen Beamten gefährbet werden kann. Denn die Sache liegt doch ganz anders, als bei der Reichsbank. Bei der Reichsbank ist durch gesetzliche Bestimmung die Initiative ausgeschlossen worden. Wer Initiative bei der Reichsbank betätigt, macht sich — möchte ich fast sagen — strafbar. Initiative ist aber für die Stellung unserer Großindustrie auf dem Weltmarkt das Wichtigste, und ich fürchte, daß diese Initiative leiden könnte unter einer Maßregel wie der hier vorsgeschlagenen.

Also, meine Herren, so weitgehende Maßregeln möchte ich zunächst außschließen. Es bleiben demnach nur übrig Maßregeln, um einen Einfluß außzuüben auf die Leitung der Syndisate selbst. Das ist nicht möglich durch
eine einzelne Maßregel, das ist nur möglich — der außerordentlichen Kompliziertheit dieser neuen wirtschaftlichen Gebilde gemäß — durch eine große Fülle kleiner
Maßregeln, jede einzelne unbedeutend und doch in ihrer Gesamtheit wirksam.

Da handelt es sich zunächst um Förderung aller berjenigen Momente bes Selbstinteresses im Unternehmertum, die mäßigend nach seiten ber Abnehmer auf den Unternehmer zu wirken geeignet sind.

Nach seiten der Arbeiter! Ich glaube, gestern ist es nicht genügend betont worden, daß die Entstehung der großen Unternehmungen nicht nur eine wachsende Abhängigkeit der Arbeiterschaft vom Unternehmer zur Folge gehabt hat, sondern auch umgekehrt eine wachsende Abhängigkeit des Unternehmers von der Arbeiterschaft. Das Risis des Unternehmers ist bekanntlich außerordentlich gewachsen, nicht nur insofern als jeder Streik einen Zinseverlusk für ihn bedeutet, sondern auch insofern als jeder Streik, zumal in der Kohlenindustrie und Eisenindustrie, eine Minderung des Anlagekapitals der Werke leicht mit sich bringt.

Ziehen Sie sodann, meine Herren, in Berücksichtigung: bisher ist die Streiktechnik nur wenig entwicklt worden, eine große Entwicklungsmöglichkeit ist hier noch vorhanden! Denken Sie bloß daran, daß allein die wenigen hochgelernten Arbeiter, die am Hochofen beschäftigt sind, einen ganzen großen kombinierten Betrieb lahm zu legen vermögen. Dieses Risiko wirkt der

Ausnutung ber Macht, die biese Unternehmungen in die Hand bes Unternehmertums gelegt haben, birekt entgegen.

Nun kann dieses erhöhte Risiko ausgeschaltet werden und zwar einmal badurch — ich glaube, Herr Pfarrer Naumann hat das gestern hervorsgehoben —, daß von den großen Unternehmungen Borräte angesammelt werden, die ausreichen für die voraussichtliche Dauer eines Streifs. Ein solches Ansammeln von Borräten vermag aber nicht alle Berluste zu beseitigen; es vermag nicht dem oft sehr bedeutenden Berluste entgegenzuwirken, der durch einen plößlichen Stillstand im Anlagekapital der betreffenden Werke entsteht.

Zweitens kann das erhöhte Risiko ausgeschaltet werden, wie Sie wissen, durch die Streikklausel, und da, meine ich, ist einer der wichtigken Punkte gegeben, wo die staatliche Gesetzgebung einzusetzen hat. Wenn durch die Streikklausel das Risiko des Streiks von dem Unternehmer auf seine Abnehmer abgewälzt wird, so wird damit die ja auch schon oft erörterte Notwendigkeit geschaffen, dieses Schutzmittel des Risikos zu ersetzen durch ein anderes, nämlich dadurch, daß die Streikklausel für rechtlich gültig nur dann erklärt wird, wenn die Verpflichtung des Unternehmers, beim Entstehen von Streitigkeiten das Einigungsamt anzurusen, damit verbunden ist. (Sehr richtig!)

Das Selbstinteresse ber Unternehmer vermag einen gewissen Schutz auch ben Abnehmern gegenüber barzubieten. Ich will hier nicht auf die fompli= zierte Frage eingehen, inwieweit eine Selbstforrektur durch entstehende neue Werke auf dem Wege der freien Konkurrenz erfolgen kann. Das ift bei ben großen Unternehmungen ber Gifenindustrie außerordentlich beschränkt. Ich will auch nicht auf bas vielfach sehr wirksame Mittel eingehen, bas in der Ausbildung des zollfreien Beredelungsverkehrs mir gegeben zu fein scheint. Doch, meine herren, es ift auch fonftwie nötig, die Entscheidung ber Kartellleiter von außen nach größeren allgemeinen Gesichtspunkten zu beeinflussen. Gine folde Beeinflussung erfolgt zunächst ja ichon, allerdings oft auf primitivfte Urt, durch die Selbsthilfe ber Beschädigten ober Gefährdeten. Also weitgehendste Anerkennung der Arbeiterorganisationen — ich will darauf nicht von neuem zurückkommen, nur furz hervorheben, daß die Verhandlungen des geftrigen Tags mir es als bringende Notwendigkeit erwiesen zu haben scheinen, daß ein möglichst strenges Verbot für Reverse ausgesprochen wird, in benen ber Arbeiter sich verpflichten muß, feiner Arbeitervereinigung beizutreten.

Die Selbsthilfe der Abnehmer ist ja meist sehr viel beschränkter. Die Koalistionsfähigkeit der Industrie ist für die einzelnen Stufen der Produktion ja außerordentlich verschieden, und daher ist auch die von Herrn Brofessor Schmoller

angeführte Möglichkeit, daß die Preise durch gemeinsame Verhandlungen der Organisationen der Produzenten und ihrer Abnehmer festgesetzt werden, ein Aushilfsmittel, das nur in wenigen Fällen sich bietet.

Aber auch die Allgemeinheit als Staat und öffentliche Meinung muß einen Einfluß auf die Leitung der Kartelle auszuüben trachten. Hier find von Herrn Professor Liefmann zwei allgemeine Borschläge gemacht worden: zunächst der der staatlichen Preisfeststeng. Ich halte diesen Vorschlag für undurchführbar.

(Sehr richtig!)

Es ist unendlich schwer, bei den vielen verschiedenen Qualitäten, bei den mannigsachen Momenten, die im internationalen Handel auf die Preissest= setzung einwirken, von Staats wegen eine solche vorzunehmen. Der Preis ist die Seele eines jeden Unternehmens mit Recht genannt worden; seine Festsetzung durch den Staat würde logisch notwendig zu weiterer Verstaat= lichung der Unternehmung führen. Eben so wenig, meine Herren, kann ich mir versprechen von der befürworteten Einrichtung eines Staatskommissas, der Einrichtung eines Kartellamts. Es kämen da dieselben psychologischen Momente im wesentlichen in betracht, die ich bei der Beteiligung von Staatsbeamten im Aussichtsaat kurz hervorgehoben habe: kollegiale Ab= hängigkeit oder störende Reibungen.

Es scheint mir baber in biefer Beziehung nur bas folgende übrig zu bleiben. Erzelleng v. Rottenburg hat gestern ausgeführt, daß überall zwei verschiedene Gruppen von Berfonlichkeiten vorhanden find: humane, wohltätig wirkende und eigenfüchtige, die nachteilig wirken; ebenso betätigen sich auch gerade in den großen Unternehmungen zwei verschiedene Momente: den Altruismus fördernde und ihn mindernde Momente. Die Aufgabe muß fein, die den Altruismus fördernden Momente zu verstärken. Wodurch kann das geschehen? Es kann nur geschehen durch die öffentliche Meinung und durch den Staat. Ich benke hier zunächst an die neuen Bildungsaufgaben, bie gerade für die Großindustrie in der letten Zeit immer dringender hervorgetreten find. Diejenigen Manner, Die jest an ber Spite fteben, find, wie Herr Generaldirektor Kirdorf heute fagte, im wesentlichen selfmade men, die mit ihrer erstaunlichen Arbeitskraft ganz in Anspruch genommen waren durch die täglichen Aufgaben, die die Organisierung der Industrie selbst ihnen stellte. Die Zeit ber selfmade men ift im mefentlichen vorüber. Es wächst eine Generation heran, die eine andere Ausbildung genießt, die von vornherein bereits von den in unserer Zeit entwickelten fogialen Ideen ftarker durchdrungen ift. Darauf kann ich, ber Kurze ber Zeit wegen, im einzelnen nicht eingehen. Auch erscheint es mir keineswegs ausgeschlossen, daß die Bertreter von Industrie und Handel auch im öffentlichen Leben, in Staat und Gemeinde, in Deutschland, wie bereits in England, eine immer größere Rolle spielen werden. Bis jetzt, meinte Herr Kirdorf, sei das nur in verschwindendem Maße der Fall — das dürfte man bestreiten können —, und er meinte weiter, eine Bereinigung der Tätigkeit in der Industrie mit solchen Ehrenämtern sei ausgeschlossen, da die Berufstätigkeit hier zu große Ansprüche stelle. Sine solche Bereinigung, wie Herr Kirdorf sie meint, ist aber auch nicht unbedingt nötig; es kommt nur darauf an, daß diejenigen Männer, die ihre Berufstätigkeit im wesentlichen beendet haben, die Fülle ihrer Erschrungen nicht brach liegen lassen, sondern geschult und gewillt und in die Lage gesetzt werden, sie zu nutzen zugunsten des öffentlichen Wohls; dann werden die in Aussicht stehenden öffentlichen Ausgaben auch einen gewissen psychologischen Sinfluß auf ihre kaufmännische Tätigkeit auszuüben beginnen.

Aber, meine Herren, ich gehe weiter. Es muß ein konkreterer Einfluß ausgeübt werden in besonderer Art. Nicht eine Verstaatlichung, nicht eine wirksame Beaufsichtigung durch Kartellamt oder staatlichen Kommissar ist möglich; aber einen unmittelbaren Einfluß auf die Leitung kann der Staat dadurch ausüben, daß er als Unternehmer beteiligt wird am Unternehmen. Das ist, wie Sie wissen, bereits seit längerer Zeit der Fall beim Kalisyndikat. Obwohl der Staat nur einen geringen Prozentsat der Kure in der Hand hat, hat er alsbald den Borsitz erhalten und einen maßgebenden Einfluß erlangt. Und wenn es auch beim Kalisyndikat an Mißständen nicht sehlte, so wird sich das doch ändern können, wenn erst die neue Aufgabe, die der Staat den Kartellen gegenüber gewonnen hat, deutlicher und klarer erkannt wird.

Aber, meine Herren, das ist beschränkt auf wenige Gewerbe, nämlich auf die Rohstoffproduktion; es käme im wesentlichen nur noch die Kohlensproduktion in Betracht und hier ist dieser Weg ja auch schon beschritten. Was soll geschehen in denjenigen Gewerbezweigen, die auf Produktionsstufen oberhalb der Rohstoffproduktion stehen? Da kann die öffentliche Meinung in Betracht kommen. Sie hat in der Hauptsache ihren Einsluß disher in der Richtung ausgeübt, daß sie die sozialpolitische Gesetzgebung vorzubereiten verstand. Sie hat aber auf die Geschäftsführung der einzelnen Untersnehmungen nur verhältnismäßig geringen Einsluß gewonnen und ist in ihrer Wirksamkeit hier dadurch vor allem beschränkt gewesen, daß sie regelmäßig erst zu spät einsetzte, erst dann einsetzte, wenn der Konstlikt bereits zum Ausbruch gekommen war, wenn die Unternehmer bereits sestellung genommen hatten und diese Stellung nur noch aufgeben konnten, indem sie ihre Autorität gegenüber der Arbeiterschaft zum Teil bedenklich minderten.

Es ist daher notwendig, eine Organisation zu schaffen, welche möglichst eine Bräventiveinwirkung der öffentlichen Meinung ermöglicht. Ich meine, daß das auf die folgende Weise geschehen könnte. Bereits jett haben die Protofolle der Borstandssitzungen der großen Kartelle eine außerordentliche Bebeutung gewonnen; ihnen wird in dem Vertrage bes Stahlwerksverbandes 3. B. ohne weiteres allen Mitgliedern gegenüber Beweiskraft zugesprochen. Ich meine nun, daß eine gewiffe Publizität in ber Weise durchgeführt merben follte, daß diese Protokolle, soweit sie die Festsekung von Preisen, die ja doch bekannt werden und möglichst gleichmäßig und allgemein bekannt werden sollten, betreffen, veröffentlicht wurden, und zwar regelmäßig mit namentlicher Abstimmung, fo daß die Stellungnahme jedes einzelnen Borftands= mitgliedes bei der Preisfestsetzung aus dem Protokoll ersehen werden könnte: badurch murde die öffentliche Meinung eine viel ftarkere Einwirkungsmöglich= feit auf den einzelnen Teilnehmer der Kartelldirektionen und ihre wichtigste Tätigkeit, die Breisfeststehung, gewinnen können 1.

<sup>1 3</sup>ch bente mir das fo, daß die Pflicht gefetlich begründet wird, ein Protofoll über alle Befchluffe, die jum mindeften inländische Preisfestsetzungen betreffen, ein= jureichen, aus bem die Stellungnahme jedes einzelnen Mitgliedes und die Grunde ber Majorität und eventuell Minorität hervorgehen. Oft haben die Bermaltungen, por allem die Bermaltungen unferer am weitestblickend geleiteten Unternehmungen, felbft ein Intereffe an einer folden Bekanntmachung; bann merben fie aus eigenem Antrieb für eine sachgemäße Begründung forgen. Liegt aber ein sachlich begründetes entgegengesettes Interesse bei ihnen por, so konnte bas bei ber Ginreichung bes Brotofolls ja geltend gemacht werden und die Behörde hatte bann zu entscheiden, ob fie von einer Beröffentlichung absehen ober tropdem fie vornehmen wolle. Auch für ben Fall, daß ein Unternehmen der neu auferlegten Bflicht gang ober teilweise fich entziehen murde, fehlt es nicht an Abhilfemitteln. Beispielsmeife ließe fich vielleicht auch fonst die Borfchrift rechtfertigen, daß, zugleich mit der Bersendung der Einladungen zu einer Situng an die Mitglieder, eine Mitteilung auch an die Regierung, etwa den Regierungspräfidenten, geschickt werden mußte. Wird nun ein ausreichenbes Brotokoll nicht eingereicht, fo mußte bie Regierung befugt fein, einen Bertreter in die Sitzungen zu entsenden und durch ihn ein Ersatprotokoll aufnehmen zu laffen. Unter Umftanden murde icon die bloge öffentliche Mitteilung, daß ein Brotofoll verweigert wurde oder nicht aufgenommen werden konnte, nicht ohne Wirkung bleiben, als ein Warnungsfianal vielmehr wirken. Solche Aubligität in ber Breispolitif, wenigstens mas Inlandspreise anlangt, ericeint bemnach nicht undurchführbar. Sie murde auch nicht schädlich sein können; haben wir sie doch vereinzelt bereits heute und es ift oft ein großer Mißstand, daß alle nicht unter denfelben Bedingungen zu taufen vermögen. Sie fann aber forberlich, erzieherisch wirken, benn fie ichafft ber öffentlichen Meinung bie Möglichkeit, mirkfamer auf bie wichtigfte Funktion ber Kartelle, die Preisfestjegung, und die einzelnen bei ihr beteiligten Mitglieder einzuwirken. (Diese Anmerkung ift nachträglich hinzugefügt worden.)

Erst wenn alles andere versagte, dürften als letztes Druck- und letztes Abhilfsmittel die Borschläge in Betracht kommen, die Herr Sektionsschef Klein auf dem Juristentag gemacht hat.

Das wäre die bunte Fülle kleiner Maßregeln, die mir in Betracht zu kommen scheinen, um einen gewissen Einkluß auf die Leitung der großen Unternehmungen auszuüben. Neben ihnen handelt es sich dann noch um Maßnahmen, die bestimmte Mißbrauchsmöglichkeiten aus der Welt schaffen sollen, und da gilt es vor allem die Wohlfahrtseinrichtungen, die nicht nur ein berechtigter Stolz unserer weitblickendsten Unternehmer, sondern des ganzen Volkes sind, gesetzlich möglichst davor zu bewahren, daß sie in kurzsichtiger Bersolgung momentaner Vorteile und Bequemlichkeiten herabgewürdigt werden zu sozialpolitischen Kampsmitteln, durch gesetzliche Maßzregeln z. B. wie ein Verbot der Verbindung von Mietz und Arbeitsverträgen, die Vorschrift der vollständigen Rückzahlung aller eingezahlten Pensionsbeiträge bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses. Nur durch solche Kleinarbeit läßt meiner Ansicht nach wirklich ein Ersolg sich erzielen. Damit bin ich am Ende meiner Ausschrungen und nur wenige Worte noch zum Schluß.

Meine Herren! In packender Weise hat Herr Pfarrer Naumann gestern die Probleme der Konstitutionalisierung der Organisation der Groß= industrie uns dargestellt. Er hat uns alle ergriffen mit seinen Worten, weil er es verstanden hat, in unablässiger Selbstarbeit die großen Pro= bleme, welche unser Wirtschaftsleben neu gezeitigt hat, nicht nur mit dem Verstand zu erfassen, sondern auch mit warmem Herzen. Darum sieht auch die heranwachsende junge Generation der Gebildeten unseres Volkes, soweit sie Vlick und Verständnis hat für die Fragen des Gesamtwohls, in Naumann nicht einen vereinzelten Sonderling, wie die Organe der Groß= industrie ihn immer hinzustellen suchen; sie hören aus seinen mahnenden Worten vielmehr in allen rein wirtschaftlichen, sozialen Fragen die Stimme des öffentlichen Gewissens.

(Lebhafter Beifall.)

Es ist nicht anzunehmen, meine Herren, daß die großen Aufgaben, welche auf diesem Gebiete liegen, ohne weiteres von den Männern, die an der Spitze der industriellen Entwicklung stehen, erfüllt werden, es muß aber erwartet werden, daß sie das Vorhandensein der großen Probleme nicht mehr einfach leugnen. Es muß erwartet werden, daß sie nicht gewissermaßen gedankenlos versteinert auf einem Standpunkt stehen bleiben, der vielleicht vor zwei Jahrzehnten berechtigt und möglich gewesen ist. Es muß erwartet werden, daß die große Intelligenz der Industrie, die nicht nur von der nationalösonomischen Wissenschaft anerkannt ist, sondern die in immer

weiteren Kreisen des Volks bewundert wird, nicht ausgeschaltet werde ober ausgeschaltet erscheint, wenn es sich um die Arbeiterverhältniffe handelt. Denn sonst kann eine schädliche Reaktion nicht ausbleiben. Dann wird sich auch bei und eine Antitrustbewegung entwickeln, eine Bewegung, welche in letter Linie das ganze Bolk benachteiligen mußte, — und darum erhebt ja auch der Berein für Socialpolitik seine warnende Stimme, — eine Bewegung, welche aber zuerst und vor allem die Arbeitgeber berührt, und gerade die Arbeitsluft ber Arbeitgeber, auf die Berr Geh. Rat Rirborf ein so großes Gewicht legt, in immer verhängnisvollerer Weise zu schmälern geeignet erscheint. Gine folche Bewegung konnte bei uns eine ganz andere Bedeutung gewinnen als in Amerika, schon wegen ber größeren Gründlich= keit des Deutschen, vor allem aber wegen des überall sich geltendmachenden fonstruktiven Unterschieds im beutschen und amerikanischen Wirtschaftsleben, ber barin besteht, daß die Vereinigten Staaten nicht, wie wir, ein von alten Traditionen beherrschtes Beamtentum haben, bas den politischen Gefahren aller großen Rapitalkonzentrationen immer wirksamen Halt entgegenzustellen Dieser Unterschied bedeutet für unsere Frage, daß ber Schritt vom wohl begründeten, leidenschaftlich geforderten Wort zur Tat, vielleicht zur schnellen, zur schadenstiftenden Tat bei uns ein fürzerer im allgemeinen ift, als in Amerika. Will beshalb die Industrie ihre Souveränität dem Staate gegenüber sich möglichst bewahren, bann wird fie ben Arbeitern gegenüber auf unbeschränkte Souveranität verzichten, ein fonstitutionelles Regiment einführen muffen, und möglichst nicht gezwungen, möglichst aus freier eigener Entschließung; benn bis dat qui cito dat!

(Lebhafter anhaltender Beifall.)

Erzellenz von Rottenburg (Bonn): Meine Herren! Es ist ein bebenkliches Unternehmen, sich mit einem Manne, wie es der Herr Professor Schmoller ist, in Widerspruch zu setzen. Ich muß indes betreffs einiger Punkte diese Bedenken überwinden.

Herr Professor Schmoller hat gesagt, wenn wir noch einen Bismarck an der Spite der preußischen Regierung hätten, dann würde wahrscheinlich eine Berstaatlichung des Bergbaues durchgeführt werden.

(Professor Schmoller: Ich habe nur gesagt: wenn wir einen Bismarck an der Spite hatten, so ware sie leicht möglich burchzuführen.)

Gewiß, bem stimme ich zu. Aber Fürst Bismarck hätte niemals zu einer Verstaatlichung bes Bergbaues seinen Konsens gegeben, und zwar aus einem sehr einfachen Grunde: aus dem Grunde, weil er in seinen Geheim=

räten nicht Leute zu besitzen glaubte, die man zu Leitern von fo komplizierten Betrieben hatte machen burfen.

(Sehr richtig!)

Ich darf das wohl sagen, denn ich bin selbst sogar Wirklicher Geheimrat und werde durch dieses Wort also mitbelastet.

(Seiterfeit.)

Aber, meine herrn, das möchte ich hinzufügen: das Prinzip des laisser faire hatte ber Fürst Bismard ben großen Syndifaten gegenüber nicht gelten laffen. Rach allen mir zu Gefichte gekommenen Zeitungsberichten find vor einem Jahr auf ber Siberniaversammlung in Duffelborf schwere Anschulbis gungen gegen die Regierung erhoben worden. Diese Unschuldigungen find soweit gegangen, daß man behauptet hat: die preußische Regierung mag noch fo oft uns versichern, daß sie ben Bergbau nicht verstaatlichen will; man kann der Regierung feinen Glauben schenken. Ja, meine herrn, wenn der Fürst Bismarck diese Worte gelesen hätte — benfelben ist nicht widersprochen worden; vergeblich habe ich in den Zeitungen nach der Notiz gesucht: "Ent= rufteter Widerspruch" - wenn ber Fürst Bismard biese Worte gelesen hatte, fo hätte er — er war ein großer Kenner ber römischen Literatur und liebte römische Zitate — ben Bers bes Juvenal jenen Anklägern und benen, die zu der Anklage schwiegen, zugerufen: Quis tulerit Gracchos de seditione quaerentes? Bu beutsch: Woher nehmt Ihr das Recht, euch über die Sozialdemokratie zu beschweren, Ihr, die Ihr bas Ansehen der Träger ber bestehenden Ordnung in folder Weise untergrabt?

Bur Sache möchte ich bemerken, ich bin fein Gegner ber Kartelle, auch Ich halte beide für wirtschaftlich absolut notwendige nicht der Trusts. Bildungen. Aber ganz anders liegt die Frage, ob dieses wohltätige Feuer, welches die Syndifate barftellen, nicht vom Staat gezähmt und bewacht werden muß. Ich bin ber Ansicht, daß der Staat gewisse Kautelen zum Schute Dritter beschaffen muß. Run hat ber Berr Geh. Rat Kirdorf es versucht, uns vom Gegenteil zu überzeugen. Ich muß aber gestehn, ich bin nicht überzeugt worden. Borab möchte ich einen moralischen Borwurf zurud= weisen, der erhoben worden ift. Berr Beh. Rat Kirdorf hat gesagt, in dem Rohlenstreif hatte die öffentliche Meinung, ohne die Grunde zugunften ber Arbeitgeber zu prüfen, lediglich bas berücksichtigt, mas zugunften ber Arbeit= nehmer gesprochen worden sei. Nun, meine herrn, bas ist ein schwerer Borwurf; wir sollen also ein Grundprinzip der Gerechtigkeit, das Prinzip audiatur et altera pars, verlett haben. Wer eine folche Unklage erhebt, ist gebunden, Beweise vorzuführen, und nun möchte ich fragen: mas für einen Beweis hat denn Berr Geh. Rat Kirdorf dafür erbracht? Meine Berren,

bie Zechenbesitzer sind in dem Prozes vor der öffentlichen Meinung unterlegen, das ist kein Zweisel. Gibt denn aber das Unterliegen einer Partei in einem Prozes das Recht, nun die Behauptung aufzustellen, der Richter habe nur den Gegner gehört? Wir sind objektiv gewesen. Es hat gerade der Aufruf, der von Professoren in Bonn ausgegangen ist, die größte Entrüstung in den Kreisen der Zechenbesitzer hervorgerusen. Meine Herren, ich habe den Aufruf gemacht, und zwar, nachdem wir, ich und unsere ersten juristischen Prosssund Contra's sehr ernst erwogen haben. Wir sind aber zu der Überzeugung gekommen, daß die Arbeitgeber nicht berechtigt waren, den Arbeitnehmern eine Aussprache zu verweigern, und nachs dem ich nun die Protokolle über die Syndikats-Enqueten studiert habe, din ich in meiner Auffassung noch bedeutend bestärkt worden. Lesen Sie die Protokolle, Sie werden sast in jeder Enquete sinden, daß Lieserungsverträge zwischen Produzenten und Konsumenten gebrochen worden sind.

(Buruf bes Schriftstellers Rlam (Effen): Das ist nicht mahr!)

Vorsitzender: Ich muß ben Herrn, ber biesen Ausruf gemacht hat, zur Ordnung rufen.

Ezzellenz v. Rottenburg (fortsahrend). Herr Geh. Rat. Kirdorf selbst hat erklärt: Im Jahre 1873 ist fast kein Vertrag gehalten worden. Wie erlauben Sie sich da zu rusen: das ist nicht mahr? Lesen Sie die Enqueten! Kein Ausdruck der moralischen Entrüstung ist da gefallen. Nun frage ich Sie: warum behaupten Sie, daß der Arbeiter out law ist, wenn er den Vertrag bricht, und wenden nicht dasselbe Urteil auf den Arbeitegeber an?

Nun zu ben sachlichen Ausstührungen bes Herrn Geh. Rat Kirdorf. Da muß ich gestehen, ich hatte mehr tatsächliches Material von ihm erwartet. Wenn Sie die Berichte über unsere heutige Verhandlung lesen, werden Sie sinden, daß wiederholt in der Rede des Herrn Geh. Rat Kirdorf die Worte vorkommen: "ich glaube", "ich meine", "nach meiner Überzeugung"; aber seine Beweise sind hinter dem zurückgeblieben, was ich erwartet habe. Seine Stellungnahme war uns bekannt; wir wollten die Tatsachen hören, auf die er sich stützt.

Herr Geh. Rat Kirdorf hat zunächst bei Besprechung der Preispolitik bes Kohlensyndikats gesagt: wir wollen immer das Richtige. Meine Herrn, die Statistik, die er uns vorgelegt hat, ist in dieser Form nicht beweiskräftig. Man kann das Gründerjahr 1873 nicht ohne weiteres mit anderen Jahren vergleichen. Ferner darf ich mich auf die Einwendung berufen, die ich gestern erhoben habe. Ich bin sicher überzeugt, daß Herr Geh. Rat Kirdorf

immer das Richtige will und auch in den meisten Fällen das Richtige trifft. Aber ich möchte Herrn Kirdorf fragen: wo liegt in dem Institut der Synsbikate die Garantie dafür, daß nun auch immer das Richtige beschlossen wird? wie ist insbesondere der Gefahr vorgebeugt, daß die Geldmacher die Majorität bekommen und die Altruisten unterdrücken? Ich habe gestern verschiedene Beispiele dafür angeführt und darf mich wohl darauf berufen.

Dann hat der Herr Geh. Rat Kirdorf gefagt: wir sind eine neue Institution. Ja, meine Herren, ich habe Ihnen gestern auch an Beispielen nachgewiesen, daß dieser Einwand nun hundert Jahre immer wiederkehrt, daß aber die Geschichte die Berechtigung desselben keineswegs immer außer Zweisel stellt. Ich habe dargetan, daß die Geschichte, insbesondere die der Behandlung der Kinder in den Fabriken während der ersten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts, und auch die Syndikats-Enqueten ergeben, wie die materia peccans mit nichten immer in einem Mangel an Ersahrungen liegt, sondern bisweilen an einem Mangel an altruistischer Gesinnung.

Wenn ich Herrn Geh. Rat Kirdorf richtig verstanden habe, so will er sich zugunsten der Syndisate auch auf die regulierende Kraft des Prinzips der Auslese berusen. Er meint, kurzsichtig geleitete Syndisate haben keine Lebenskraft. Gewiß herrscht die Auslese auch auf dem Gebiete des wirtsschaftlichen Lebens. Allein einmal bietet dieselbe keineswegs eine genügende Bürgschaft dafür, daß die Syndisate immer von weitsichtigen Leuten geleitet werden. Mangelhafte Prognosen schädigen zweifellos jeden Betrieb; sie haben indes nicht notwendig latale Folgen, zumal nicht, wenn große Mittel vorhanden sind, um gelegentliche Berluste zu becken. Das Sieb, welches bei der wirtschaftlichen Auslese zur Verwendung kommt, ist — Gott sei Dank — so beschaffen, daß auch Leute von geringer oder mittelmäßiger Begabung Chancen im Kampse ums Dasein haben. Und zweitens gewährt die Auslese im wirtschaftlichen Leben nicht immer eine Sicherheit nach der moralischen Seite hin. Man kann sogar zweiseln, ob nicht selbst ein krasser Egoismus bei ihr günstiger davon komme als der Altruismus.

Herr Geh. Rat Kirdorf hat weiter behauptet: die Syndikate haben keinen Einfluß auf den Lohn. Dann ist es schwer verständlich, warum er uns dann eine Lohnstatistik der Syndikatszechen überreicht hat? Wenn Syndikate und Löhne gar nicht miteinander zusammenhängen, so hat das eigentlich keinen rechten Sinn. Ich behaupte aber, daß Herr Geh. Rat Kirdorf sich darin irrt. Es liegt sehr wohl in der Möglichkeit, daß die Syndikate einen Einfluß auf die Löhne ausüben; denn die Syndikate suchen selbstredend die Preise ihrer Produkte zu heben, und durch den Preiskland der Waren können sehr wohl die Löhne bedingt werden. Ich behaupte

weiter in Übereinstimmung mit herrn Geheimrat Schmoller — ich freue mich, hier eine Übereinstimmung fonstatieren zu können -: Die Spndikate find gezwungen, Arbeiter- und Lohnpolitik zu treiben. In gutem ober in folechtem Sinne - bas hangt eben bavon ab, ob ber Leiter eines Syndifats ein Egoift ober ein Altruift ift. Aus dem Lehrbuch des herrn Professor Schmoller habe ich entnommen, daß ber Lohn 15 bis 30 % der Geftehungs= kosten ausmacht. Run, meine Herren, jede Institution muß sich bis zu ben letten Konsequenzen besjenigen Brinzips ausleben, von dem aus sie gegründet worden ift. Ein fehr beweisendes Beispiel dafür in der Geschichte find die Bunfte. Die Syndifate muffen, weil fie eben gegrundet find, um Die wirtschaftliche Lage der Arbeitgeber zu verbeffern, auch suchen, billige Arbeitslöhne zu erreichen, damit der Unternehmer befriedigt werden kann. Herr Geh. Rat Kirdorf hat wiederholt gesagt: wir find unseren Auftraggebern gegenüber gebunden. Ja, meine Berren, ich möchte behaupten: Sie find auch Ihren Auftraggebern gegenüber gebunden, Löhne zu erreichen, welche für ben Arbeitgeber möglichst gunftig find. Und haben sich benn nicht schon verschiedene Syndifate mit den Bedingungen des Arbeisvertrags beschäftigt? Ich habe gestern Beispiele dafür angeführt. Nun hat Berr Geh. Rat Kirdorf wohl nur für das Kohlensyndikat gesprochen. möchte ich ihn auf folgendes aufmertsam machen. In ber Industriezeitung von 1900 — die Nummer kann ich nicht nennen — ist ausdrücklich behauptet worden, daß in den Zechenkreisen ernstlich erwogen werbe, wie man die Konkurrenz um die Arbeitnehmer einschränken könne, damit die Löhne nicht zu hoch werden. Sollten diese Zechenbesitzer nun heimlich, hinter dem Rücken bes herrn Kirdorf, konspiriert haben? Das wäre boch sehr bedenklich.

Herr Geh. Nat Kirdorf hat den christlichen Arbeiterverbänden vorsgeworfen, daß sie unter einer falschen Flagge segelten. Das ist der Borwurf der Heuchelei. Ich kann nur sagen, diese Außerung hat mich tief betrübt, weil sie ohne jede Begründung aufgestellt ist (sehr richtig!) und ich möchte jetzt nachträglich noch Herrn Kirdorf bitten, und die Gründe dafür mitzuteilen; denn dessen kann er versichert sein, wenn diese Behauptung ohne Begründung in die Welt geht, schadet er hauptsächlich seinem eigenen Ansehen.

(Sehr richtig!)

Der genannte Herr hat — und das ist ein wertvolles Anerkenntnis — gesagt: ich werde mit Arbeiterorganisationen niemals verhandeln. Er hat das damit begründet, die Arbeiterorganisationen seien immer sozialdemokratisch. Wo sind die Beweise dafür! Auch hier hat Herr Kirdorf sich darauf beschränkt zu sagen: "ich meine, nach meiner Überzeugung", und hat uns einen

Auffat aus einem fozialbemokratischen Blatt angeführt. Nun möchte ich Sie fragen: mas ift bas für ein Beweismaterial gegenüber einer langjährigen Wirtschaftsgeschichte, gegenüber zahlreichen Zeugniffen von Arbeitgebern, Die mit Arbeiterorganifationen gearbeitet haben, gegenüber ben Gutachten angesehener Fabrifinspektoren? Sie alle stimmen barin überein, daß die Arbeiterorganisationen sich bewährt haben. Aber selbst wenn die Behauptung bes Berrn Kirdorf zuträfe, fo mare fie nicht konklubent; benn meine Berren, Arbeiterorganisationen fonnen erst bann ihren vollen Wert entwickeln, wenn fie mitraten und mittaten, und bas wollen wir ja. Erft bann wirken fie erzieherisch in dem Sinne, daß fie den Arbeiter lehren, die Existeng= bedingungen der Industrie zu begreifen und sich von utopistischen Ideen fern zu halten. Man hat fich barauf berufen, daß gemiffe Krankenkaffen fozial= bemofratisch infiziert waren. Ich frage Sie: wo find benn aber bie Funftionen der Arbeitnehmer in diesen Krankenkaffen, die eine folche erzieherische Wirkung ausüben könnten? Ich habe Herrn Rirborf zugerufen: England. Ja, meine herren, ich kann herrn Rirborf nur empfehlen, einmal die sehr interessante Schrift zu lesen: Secret history of the International von Onslow Nork. hier findet er außerordentlich lehrreiche Bemerkungen über das Berhältnis des englischen Arbeiters zur Sozialdemokratie. Es fteht ba unter anderem: "Der Unterschied des Franzosen und Engländers liegt barin: ber Franzose fagt: ich will die mahren Prinzipien barlegen und eine Gefellschaft grunden, in der die Gerechtigkeit herrscht; ber Englander fagt: ich fordere höhere Löhne und möchte einen neunstündigen Arbeitstag haben." was erwidert der Franzose darauf: "What a sorry beast this John Bull. No ideas, no imagination, not a bit of logic." Meine herren! Das ist sehr charakteristisch. Ich murbe herrn Kirdorf auch noch empfehlen, sich bas Sahrbuch ber Sozialwissenschaften anzusehen, welches bie Fortschritte ber Sozialdemofratie in den verschiedenen Ländern behandelt. Da wird er finden, daß häufig gesagt wird: "Aus England nichts zu berichten. England intereffiert fich für bie Sache nicht."

Dann möchte ich aber Herrn Geheimrat Kirdorf noch eins erwidern. Die Argumente, die ihm nicht passen, hat er einsach unberücksichtigt gelassen. Herr Professor Schmoller hat ein sehr wertvolles Argument uns hier vorgeführt, das ist nämlich die Höhe der Dividenden. Darauf ist Herr Geheimerat Kirdorf nicht mit einem Worte eingegangen, sodaß ich mich gefragt habe: haben denn die Kohlenbesitzer in Westfalen ein Verfahren erfunden, wodurch man aus Kohlen direkt Gold machen kann?

(Bergmeister Engel: Die Zahlen für Gelsenkirchen habe ich angeführt.)

Nun meine Herrn, der Herr, der in so freundlicher Weise mir vorhin zurief: "Nicht wahr"

(Heiterkeit)

- ich kenne biesen Herrn nicht -

(Zuruf: Mein Name ist Klam, ich werbe mir erlauben, mich bann vorzustellen.)

(Seiterfeit)

— schön, ich werbe mir dann erlauben, mich gleichfalls vorzustellen — (Heiterkeit)

hat gestern eine Behauptung aufgestellt, die eigentlich in die heutige Verhandlung paßte. Er hat sich nämlich auf die französische Revolution berufen dafür, daß Konzeffionen, welche man den Arbeitern macht, diefelben niemals befriedigen. Da muß ich bem herrn boch fagen, er hat eine Autorität konfultiert, die eine gang falsche ift. Nach der Richtung bin, in der er sie fruktifiziert, ist die französische Revolution in keiner Weise konfludent. Und wenn der herr sich einmal die Mühe machen wollte, nicht nur ein Geschichtsbuch vorzunehmen, sondern die Aften zu studieren, die 3. B. in den 40 Bänden des bekannten Werks von Buchez und Roug vorliegen, und die ich genau kenne, dann wird er zu einem ganz anderen Schlusse kommen. Die Sache liegt so. Die Konzessionen, die in der berühmten Augustnacht bes Jahres 1889 gemacht wurden, befriedigten zunächst nicht den britten, wohl aber ben vierten Stand. Sie werden bei Buchez einen berühmten Artifel von Camille Desmouling finden, in dem es heißt: In den Stuben der Meister murde es dunkel, aber die Mansarden illuminierten. Die Arbeitnehmer maren gufrieben, bie Arbeitgeber nicht. Und warum? Sie finden, daß gleich nach bem 4. August vor ber bamaligen Nationalversammlung Deputationen erschienen, zunächst die Haarfrausler, eine fehr wichtige Bunft bamals, sobann die Fleischer, bann die Bafcherinnen, Die auch eine Bunft bilbeten, fogar Die Schauspieler, und erklärten: ja, wir haben uns die Freiheit gang anders gedacht; wir haben geglaubt, daß wir nun frei murben, aber niemals haben wir geahnt, bag nun Gefellen und Lehrlinge ein Konkurrenzgeschäft gegen uns errichten burften.

(Heiterkeit.)

So haben wir die Freiheit nicht verstanden.

Der vierte Stand hatte sein Blut in dem Sturm auf die Bastille vergossen, nicht die Bourgeoisse. Der vierte Stand hatte die gegründetsten Ansprüche darauf, daß er auch etwas von der französischen Revolution prositiere. Und was tat die Bourgeoisse, die Arbeitgeber? Sie beraubten die Arbeitnehmer unter den frivolsten Vorwänden der wirksamsten Waffe,

bie dieselben hatten, sie führten ein Koalitionsverbot ein, das tatsächlich nur auf den Arbeitern lastete. So liegt die Sache, und wofür ist also die französische Revolution konkludent? Dafür, daß die Bourgeois, welche den Bruch mit dem ancien régime vollzogen haben, Egoisten waren, daß sie der Größe der aufgestellten Aufgabe sich nicht gewachsen zeigten.

Ich möchte dem Herrn aus Effen raten, die Aften auch noch weiter zu ftudieren. Dann wird er zu ber Zeit Louis Philipps kommen und finden, daß Lamartine lange vor 1848 dem Könige zurief: Warte doch nicht auf die Geldaristokratie, die wird dir nicht helfen. Sei König des Bolks. Das ist die einzige Sicherung für beine Monarchie. Aber Louis Philipp hatte einen Minister, ber, das Prototyp eines Bourgeois, Guizot, ihm fagte: Alle großen Interessen sind befriedigt. Es bedarf nur noch der bonne conduite. Die, die mehr fordern, bilben eine société maladive, die die gefunde Gefellschaft ruinieren wollen. Meine Herren! Louis Philipp folgte dem Rat von Guizot, und der Herr aus Effen wird wohl wiffen, wohin das geführt hat. Es bestätigte fich damals wieder eine Wahrheit, die einer ber größten französischen Bolitiker, Turgot, einmal ausgesprochen hat. Alls bie Scharfmacher Turgot stürzten, richtete er einen Brief an Ludwig XVI., in dem er an vielen Beispielen nachwies, daß die gefährlichsten Revolutionen biejenigen find, welche die durch die kulturelle Entwicklung geforderten Reformen hintertreiben. Ich möchte also behaupten, daß der verehrte Berr mit bem freundlichen Zwischenruf boch seine Anschaung von ber frangösischen Geschichte einer Revision unterziehen muß.

Ich komme zum Schluß. Die Politik ist eine Zusammensetzung von Kunst und Wissenschaft. Es ist das schwerste Gewerde. Nun, meine Herren, hätte ich gern Herrn Kirdorf gefragt — er hat gesagt, er habe keine Zeit, wissenschaftliche Ukten zu lesen —: was würde Herr Kirdorf von einem Mann sagen, der sich mit der Lösung biologischer Probleme beschäftigt, wenn er niemals in ein Lehrbuch über Biologie hineingeschaut hat, oder wenn er chemische Probleme lösen wollte, ohne Chemie studiert zu haben? Auch die Lösung politischer und insbesondere sozialpolitischer Probleme ist nur denksar auf Grund einer wissenschaftlichen Bildung. Wenn gestern ein Herr das bezweiselt hat, so beweist er nur Mangel an Verständnis für das politische Gewerde. Wir haben hier eine Reihe von Prosessoren vor uns, die ihr Leben lang sich mit der Sozialpolitik beschäftigt haben. Lassen Sie mich mit dem Wunsche schließen, daß diesen Männern der Wissenschaft seitens der Männer der Praxis etwas mehr Wertschätzung entgegengebracht

werbe. Ich glaube, daß das auch ein sehr wichtiges Mittel ist, um den sozialen Frieden herbeizuführen.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Prof. Rathgen: Geheimrat Professor Brentano schlägt nunmehr vor, entgegen dem vorhin gefaßten Beschlusse, die Debatte noch heute zu Ende zu führen. Dagegen wird Widerspruch erhoben. [In der Abstimmung wird der Beschluß, morgen noch eine Sitzung abzuhalten, mit 56 gegen 47 Stimmen aufrechterhalten. Heute sollen nur noch diesenigen Redner zu Worte kommen, die morgen nicht anwesend sein können.]

Professor Dr. Alfred Weber (Prag): Meine Damen und Herren! Ich gehöre zu benjenigen, die für den Schluß der Diskussion heute gewesen waren. Ich werde mich also kurz fassen, da ich glaube, daß es weniger darauf ankommt, neue Ideen jett hier noch vorzubringen — ich halte das für ein ziemlich vergebliches Bemühen — als vielmehr herauszuarbeiten, welche wesentliche praktische Frage heute vorliegt, über die wir doch versuchen müssen, soweit wir das durch den Inhalt dieser Diskussion überhaupt können, eine Art Botum abzugeben. Ich glaube, diese Frage ist: soll der preußische Staat in das Kohlenkartell eintreten oder soll er es nicht? Ich glaube, daß diese Frage die prinzipielle Stellungnahme zur Kartellbehandlung überhaupt praktisch in sich schließt, daß der Eintritt des preußischen Staats in das Kohlenkartell eine Sache von ganz kolossaler nachwirkender Bedeutung sein würde; und ich möchte deswegen das, was ich vorzubringen habe, im wesentlichen auf dieses Problem zuspitzen.

Aber ber Ehrgeiz eines Gelehrten ist es ja, eine allgemeinere Perspektive für das zu geben, was er zu sagen hat, und so will ich das wenigstens ganz kurz auch tun. Ich will nämlich fragen, was, wie mir scheint, auch noch nicht recht geschehen ist: Können wir denn nicht die Dinge laufen lassen, wie sie laufen? Müssen wir eingreifen?

Ich bin jetzt in Österreich, und da ist es mir noch stärker zum Bewußtsein gekommen, was ich auch sonst schon empfunden habe, nämlich, was
unsere Industrie eigentlich heute bedeutet, eine wie großartige organisatorische Leistung sie ist, welches Monument arbeitender Bolksanlagen sie darstellt. Wenn mir mein Barbier im Ausland — von Ihnen aus gesehen — in Prag den Bart schneidet und mir dabei von der großen deutschen Industrie erzählt, so ist das etwas, was mich packt und, meine Herren, was mich in keine "ungünstige" Stimmung versetzt gegenüber den Herren, die für diese Industrie die Organisatoren sind — obgleich ich ja mit unseren Herrn Inbustriellen bisher nicht gerade viel Arm in Arm gegangen bin. Also können wir die Dinge so laufen lassen? Nach dem guten Willen eines großen Teils unferer Induftriellen, nach bem guten Willen besonders solcher eminenter Verfönlichkeiten wie Serr Geh. Rat Kirdorf, konnten wir das vielleicht. Aber ich gehöre zu den Leuten, die heute auch wohl zahlreicher werden, bie glauben, daß der gute Wille der leitenden Berfonlichkeiten im Wirtschaftsleben fehr wenig bedeutet gegenüber ben Gefeten ber Maschinerie, innerhalb beren sie stehen. Und da liegt nun die Sache so, daß herr Kirdorf selbst heute eigentlich zugegeben hat, daß die von ihm geschaffene Maschinerie etwas so fundamental Anderes ift, etwas so Neues gegenüber den bisherigen Berhältniffen, daß es von vornherein unmahrscheinlich ift, daß dasselbe Berhalten der Allgemeinheit zu ihr überhaupt möglich ift, das bisher möglich Rapitalakkumulation und freie Konkurrenz waren die beiden großen mar. Triebfebern, die bis vor turzem der kapitalistischen Wirtschaft im Leibe steckten. Die Rapitalakkumulation ist bas aristokratische Bringip, bas Bringip, innerhalb deffen die Unternehmer sich ausleben, die Konkurrenz, so viel schwere soziale Schaden fie herbeigeführt hat, ift basjenige, mas die Wirkung ber Kapitalakkumulation immer wieder durch Preissenkung bemokratisiert hat. Nun ift von diesen beiden Pringipien bas eine glatt ausgeschieden, und Berr Kirdorf ist einer von benen, die tätig find, es auszuscheiben. Es fragt sich, wie wird fernerhin die Demokratisierung der Resultate des Kapitalismus erzielt, wie wird eine weitere dauernde Preissenkung zustande gebracht werden fonnen? Und ba frage ich bie herren aus ber Industrie: Konnen Sie behaupten, daß es irgend ein anderes wefentliches Motiv für Preissenkung bisher in unserem Wirtschaftsleben gegeben hat als die Konkurrenz? Kann ein Induftrieller, ein Direktor einer Aktiengesellschaft, ber feine Aktionare hinter sich hat, so verfahren, daß er den Leuten fagt: Wir wollen zunächst mal, wenn wir auch Verlufte haben, die Preise herabseten; fünftig wird bas alles eingebracht werden? Rann er bas nicht nur gelegentlich, sondern grundsätlich und immer wieder tun? — Man kann barauf mit ganzer Sicherheit antworten: Nein. Das fann nur durch die harte Notwendigkeit erzielt werden, das ift nichts, mas man mit dem besten Willen der mohlwollendsten, einflugreichsten Generalbirektoren burchseten kann.

Wenn das aber so ist, dann muß in unserer kapitalistischen Wirtschaft irgendein Faktor eingesetht werden, der dies alte regulative Prinzip ersett.

Ehe ich barüber rebe, noch ein Wort über die Preissenkung selbst, über die auch Herr Geh. Rat Kirdorf gesprochen hat. Er hat angeführt, daß die Preise der Kokskohle sich bewegt hätten von 1873, wo sie 15 Mark gewesen wären pro Tonne, auf 5 Mark im Jahre 1889, dann 6 Mark im

23 \*

Jahre 1891 und 9,3 Mark im Jahre 1905. Ja, diese Zahlen sind ja die beste Bestätigung der Tatsache, daß, seitdem das Kohlenkartell im Jahre 1892 in Aktion getreten ist, die sinkende Bewegung der Preise, die die dahin vorlag, aufgehört hat. Alles, was wir sonst an Zahlen über diese Dinge wissen, bestätigt das. Ich wollte nur hervorheben, daß das, was Herr Geh. Rat Kirdorf selbst gesagt hat, es auch bestätigt, was ja doch nicht ganz unwichtig ist.

Nun, meine Herren, die Verstaatlichung als das Radikalmittel, das die Wirkungen ber Konkurrenz ersetzen foll! Ich sehne mich absolut nicht nach Berftaatlichung. Ich empfinde das, mas jeder von uns mohl dabei empfindet: aber wie in so vielen Dingen bin ich auch in diesem Punkte resigniert. Ich fage mir, wir werden maffenhaften Berstaatlichungen in der Zufunft nicht entgehen können beswegen, weil unsere ganze Dragnisation auf ein= heitliche Zusammenfassung hinführt, und diese muß dann eben auch schlieklich von der organifierten Ginheit der Bielheiten geleitet werden, vom Staat. Das ift eine Sache, ber man überhaupt nicht entlaufen fann. Aber ich glaube, vorläufig ist die Zeit für weitgehende Verstaatlichungen auf diesem Gebiete wenigstens noch nicht gekommen. Vor allem, weil wir vorläufig noch im internationalen Kampfe vollkommen darin stehen, weil wir noch keine durchgebildeten internationalen Kartelle haben. Beute muffen wir noch fämpfen mit dem Stahlwerksverband 3. B. in den Bereinigten Staaten. Das kann ber Staat nicht, bas konnen nur Private tun. Ich fürchte aber, ich fage: "fürchte" vom Standpunkte bes Sichauslebenkönnens ber Initiativ= frafte ber Bolfer - es wird eine Zeit kommen, mo, nachdem fich die Stahlwerksverbande huben und druben und die fonftigen Kartelle die Welt ge= teilt haben, es felbstverständlich sein wird, daß die eingeteilten Ragons nun auch von der Gemeinschaft geleitet werden, innerhalb deren die betreffende Industriegruppe, die die Rayons versorgen, sich befindet.

Es liegt beim Kohlenbergbau für mich noch ein besonderer Grund vor, der gegen die heutige Verstaatlichung spricht. Der Kohlenbergbau ist nicht wie das Eisenbahnwesen etwas, was sich in der nächsten Zeit noch expansiv entwickeln wird, sondern der Kohlenbergbau ist ein Gewerbe, das bekanntlich heute etwa auf der Höhe seiner Rentabilität steht, wenn wir nämlich diesselben Preise, welche wir heute haben, für die Zufunst annehmen. Man muß immer tieser greisen, muß mit immer mehr Arbeit die Kohlen herausseherden. Ich glaube nicht, daß der technische Fortschritt ausreichen wird, das ganz auszugleichen. Wenn wir mit der Verstaatlichung vorgehen, beseutet das also, daß wir die Kapitalinteressen des Kohlenbergbaues in seiner heutigen Rentabilität auf den Staat übernehmen; wir setzen eine ewige

Rente aus für die heutigen Besitzer der Kohlenbergwerke, für ihr Einkommen, das sie jett daraus beziehen. Der Staat wird aber aus dem Kohlenbergsdau — denn er will ja mit der Berstaatlichung gerade doch eine Preissenkung herbeisühren — fortgesetzt weniger erzielen können, und so wird die ganze Sache auf den Steuersäckel überwälzt werden. Es wird also auf andere Weise aus den Taschen des Konsumenten — des Volks, richtiger gesagt — herausgeholt werden, was der Kohlenbergdau heute direkt durch seine Preise herauszieht. Das ist für mich der ausschlaggebende Grund gegen eine heutige Verstaatlichung des Kohlenbergdaues. Alle anderen Gründe scheinen mir überwindbar zu sein gegenüber diesen allgemeinen stinanziellen.

Wenn wir also vorläufig wenigstens von einer Verstaatlichung wohl nicht reben werben, so fragt sich's, ob wir auf die eigenartigen Ibeen, die uns heute von dem Herrn Referenten vorgetragen sind, eingehen werden, daß der Staat grundsählich in diese monopolistischen Organisationen hineingeht. Ich sagte schon, das sei heute die zentrale Frage. Nun liegt auf dem ganzen Gebiet, das wir heute besprechen, die Sache so, daß wir gewissermaßen noch vor verschlossenen Türen stehen, daß wir bestenfalls ins Dunkle sehen und sehr schwer sagen können, wo nun eigentlich der richtige Weg ist, denn es handelt sich um ganz neue, nie betretene Wege. Wenn ich mich also gegen die heute hier ausgesprochenen Ideen aussprechen werde, so möchte ich von vornherein bemerken, daß ich auch nur Gedanken vorsbringe, weiter nichts.

Es handelt sich um ein hineingehen in die Kartelle und in die Trufts. hineingehen in die Kartelle, ich glaube, das murde einfach bedeuten, daß ber Staat die Funktion übernehme, Garant ber Weitereristenz aller aus Fortschrittsgründen still zu legender Werke, im Rohlenbergbau beispielsweise also aller ftillzulegenden Zechen zu sein. Und nichts Berberblicheres könnte ich mir für unsere wirtschaftliche Entwicklung benken. Man stelle sich eine Sitzung eines folden Kartells vor. Es kommt Zeche Bruchstraße und fagt: Wenn ihr ben Preis nicht auf bem heutigen Niveau laßt, werben wir ben Betrieb einftellen muffen. Wir haben eine große Bahl anfäffiger Arbeiter. Das ganze Dorf wird veröben. Ja, wir haben gefehen, wie folche Argumente bei ber Stilllegungsagitation, wo fie ber Offentlichkeit, also bem unorganisierten Staat gegenüber angewendet murben, mirkten. Die öffentliche Meinung murbe fich sofort gegen jede Aftion bes Staates erklaren, ber fich an einer Breisbildung, die zu einer Stilllegung führt, beteiligt. Der Geheimrat, ber barin fage, murbe nicht bie Courage haben zu fagen: Tropbem 9 Mf. und nicht 10 Mf. Der Staat wurde also solche not=

mendigermeise auszuschaltende Betriebe halten. Aber weiter, er murde auch Garant bes mirklichen Rentenintereffes fein. Er ift es ja in ausgebehntem Maße schon heute. Da kommen die Leute und sagen: Wir haben unfre Güter zu bem und bem Preife gekauft. Sie rentieren fich heute nur fo und so, usw. Wir bitten, garantiert uns unfre Rente? indem ihr die Breise durch Bölle so und so hoch haltet. Wie schön und geschickt murden sie das auch auf dem neuen Gebiete der Staatsfürsorge tun! Tun es die Herren Kohlenindustriellen doch heute schon! Sier ift die Broschure des Berrn Engel. In diefer fteht: Wenn man die Aftien des Gelfenkirchener Bergwerks al pari rechnet, verzinsen sie sich mit 11 % Dividende. Aber biefe Papiere stehen auf 231, folglich verzinst sich in Wirklichkeit bas Gelsenkirchener Bergwerk nur mit 5 %. Und er führt weiter an: Die Aftien waren inzwischen in andre Sande übergegangen, und diese Leute hätten auf 5 % gerechnet, das dürfe doch nicht erschüttert werden. Garantie ber Rente! Ich fürchte, trot aller heutigen staatswissenschaftlichen Fortbildungskurse der preußischen Staatsbeamten wird es nicht so weit kommen, daß die Kommissare in den Sitzungen sich hinstellen und den Industriellen eine Vorlefung darüber halten, daß das eben doch eine volkswissenschaftlich frankhafte Entwicklung ift, die man auf die Weise mit aus-Man wird an demselben Tisch zusammensitzen, wird im bilden hilft. wefentlichen bas, mas man überhaupt besprechen will, beim Glas Wein ober Bier abmachen, je nachdem wie die Situation bes betreffenden Kartells ist (Heiterkeit), und da wird man, glaube ich, über so unangenehme Dinge, wie über die Störung der Rurfe von Gelfenkirchen und fo etwas überhaupt nicht reben. Die Rente wird garantiert werben. Dafür zu forgen, baß bas nicht geschieht, sind sicherlich nicht die Industriellen da — ich bin der Unsicht, daß sie ihren Aftionären gegenüber kaum anders handeln können als fo -, aber wir find bazu ba, zu fagen: bas geht nicht, bas wollen wir nicht.

Etwas Ahnliches würbe nun folgen bei dem Hineingehen des Staates in die Trusts und Aktiengesellschaften. Herr Professor Schmoller hat sich die Sache so gedacht: der Staat hat  $25\,^{\circ}/_{\circ}$ , und dann sind doch immer Minderheiten da, die das Staatsinteresse vertreten wollen', die die gemeinswirtschaftlichen Gesichtspunkte über die privatwirtschaftlichen stellen, und auf diese Weise wird sich eine altrusstische Wajorität sinden. Nun, Herr Geheimstat Kirdorf hat dem gegenüber gesagt: der Staat wird immer überstimmt werden. Ich glaube, daß das jedenfalls dann der Fall sein wird, wenn er für Preissenkungen eintritt. Wenn er gegen Preiserhöhungen eintritt, so ist es möglich, daß da eine Reihe von potenten und noblen

Aftionären mit vornehmen Handbewegungen sagen: na ja, das wollen wir gestatten.

#### (Seiterkeit.)

Aber, daß sie kommen werden und sagen: hier, bitte schön, wir geben soviel von den Kursen unsrer Aktien ab — und das müssen sie doch zunächst tun, wenn sie so aus eigener Initiative die Preise herabsetzen wollen —, das glaube ich nicht. Ich glaube, daß der Staat überstimmt werden würde oder daß er eben, was wahrscheinlicher ist, mit den Renteninteressenten stimmen würde, Garant der Rente werden würde.

Wenn ich von Rente rebe, so könnte man mir vorwerfen, daß bei industrieller Produktion nur ein Teil des Verdienstes Rente ist. Aber es handelt sich hier um Kartelle und Trusts und der en Gewinne, und diese Gebiete sind groß, in denen monopolistische Besitzabschließungen möglich sind und in denen deswegen Rente gemacht wird.

Gibt es benn nun, wenn man also biesen Gebanken ablehnt, gar nichts? Da, meine ich, könnte man sich vielleicht fragen, ob man nicht doch versucht, dasjenige, was ausgeschaltet ist, wieder einzuschalten: die Konkurrenz. Ich din nicht der Ansicht, daß diese Einschaltung der Konsturrenz auf die Dauer sehr wirksam dadurch geschehen kann, daß man die Zölle herabsett, dadurch daß man eine andre Tarispolitik einschlägt. Gewiß das soll und muß geschehen. Und das wird helsen in engen Grenzen. Es hilft aber sofort nicht mehr, sobald internationale Kartellierungen eintreten, und denen gehen wir ja entgegen.

Aber es gibt boch noch andere Formen der Konkurrenz als nur die awischen ben einzelnen Teilen ber Privatwirtschaft! Ift benn nicht eine Konkurrenz zwischen Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft benkbar? Was hat benn ber Staat getan, als er die Hibernia ankaufte? Woran hat er babei gebacht? Er hat baran gebacht, burch feinen Besit bie Breise bes Kohlenkartells zu unterbieten. Das ist Konkurrenz, unlautere Konkurrenz sagen die andern; aber es ist Konkurrenz, und daß das eine Sache ist, die von Bedeutung werden kann, hat man daran gesehen, wie sich die Industriellen dagegen gewehrt haben. Sie haben dagegen Front gemacht mit aller Macht, benn sie haben gefühlt: hier find wir sterblich in unsrer Monopolpolitif. Daß der Minister Möller bei der Hibernia etwa ben ersten Schritt zur generellen Verstaatlichung des Rohlenbergbaus unternehmen würde, baran zu glauben, maren sie, wenn sie es auch vorgaben, boch wirklich nicht irrig genug. Das ift ganglich ausgeschloffen; fonbern fie haben gefühlt: Sier kann in der Tat etwas gegen uns unternommen werden, was unfre Politik durchkreuzen kann. Daher ber "Trot," und ber "Trot,=

Trust". — Das, meine Herren, weist uns den Weg, auf dem wir generell vorgehen können! Den Weg, der einfach ist: Wir müssen überall suchen, gemein= wirtschaftliche Betriebe neben privatwirtschaftliche zu stellen; und zwar sie daneben zu stellen mit dem Ziel, nicht etwa um in die privatwirtschaft- lichen Monopole nun mit den gemeinwirtschaftlichen Betrieben hineinzugehen (Sehr richtig!), sondern mit dem Ziel, diese zu konkurrenzieren, durch eine Konkurrenz der Staatswirtschaft gegenüber der Privatwirtschaft Preissenkungen zu erzielen, das Preisniveau möglichst auf dieseinige Basis zu bringen, das durch die technischen Verhältnisse jedesmal geboten ist.

Man wird mir fagen: Du Optimift! Glaubst bu, bag ber heutige Staat etwas Derartiges tut? Wenn's ber heutige Staat nicht tut, wird's vielleicht ein zukunftiger tun, in einer anderen politischen Verfassung. Beute aber muffen wir dafür forgen, benn wenn wir das nicht tun, find wir fpäter gegenüber ben einheitlich ausschließlich ganze Gebiete zusammenfassenden Riesengebilden "lakiert". Es hat der Staat dann keinen Raum mehr. Saben wir aber auf allen ber Monopolisierung ausgesetzten Gebieten ber Wirtschaft Teile in der hand, haben wir diese Gemeinwirtschaften in den Händen des Staats, so werden politische Anderungen einmal auch zu veränderten Prinzipien der Führung diefer Staatswirtschaften führen; die Prinzipien ber Staatswirtschaft haben sich früher fehr ftark verändert, sie werden sich weiter ändern. Und es sind nur die Prinzipien, nach benen jur Reit Staatsbetriebe geführt ju werben pflegen, die verhindern, daß ichon heute auf wichtigen Gebieten der Privatwirtschaft von der Gemeinwirtschaft im Interesse ber Preissenkung konkurrenziert wird. Wenn heute im Saarrevier so einfach eine Hilfspreispolitik ber Kartelle gemacht wird, so liegt das unter anderm daran, daß die Leute dort in einer Art chambre séparée Es fümmert sich kein Mensch barum, mas bort geschieht. Rümmerte man fich um bas Saarrevier so viel, wie fich ber Deutsche um feine Gisenbahnen fümmert, so murbe selbst bei ben heutigen politischen Berhältniffen die Sache bort und überhaupt für die ganze beutsche Rohlenversorgung schon wesentlich anders liegen.

Borfitender (unterbrechend): Ich muß ben Herrn Redner unterbrechen. Seine Redezeit ist abgelaufen. Ich erteile das Wort an Herrn Pfarrer Naumann.

Pfarrer D. Naumann (Berlin): Geehrte Versammlung! Von ben meisten Rednern wird das Berhältnis von Staat und Kartellen behandelt unter dem Gesichtspunkt: was soll der Staat? Wichtiger als die Frage: was soll der Begriff "Staat"? ist die Frage: was kann der wirkliche Staat?

Diese Frage ist teils eine technische Frage — so hat sie unter anderem eben Berr Professor Beber beleuchtet - und teils eine politische Frage. Denn der Staat ist doch eben nicht ein Begriff, er ist auch nicht einfach ein Schema der Berfassung. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an einen noch heute fehr lesenswerten Vortrag von Ferdinand Lassalle aus dem Unfang der sechziger Sahre, wo er über die geschriebene Berfassung die wirkliche Verfassung stellt. Was ift die wirkliche Verfassung? Das find diejenigen konstitutiven Massenelemente, ohne die überhaupt der Volkskörper nicht bestehen fann und die darum in der formellen Konftitution bes Staates irgendwie ihren Ausdruck finden. Diese mirkliche Verfassung besteht in der Reit, in der Laffalle sie darstellte, aus dem Abel, aus dem Mittelstand, aus bem fommenden Bürgertum, und er fündigt an, bag nun als neues Element ber wirklichen Verfaffung ber Arbeiterstand bahinter in die Höhe steigen murbe. Neben diesen vier Elementen besteht beständig in der Mitte von ihnen allen, von ihnen beeinfluft und umstritten, der formelle Apparat "Staat", der durch die Monarchie repräsentiert und durch den Beamtenkörper in Junktion erhalten wird.

Wenn wir also reden vom Staate und von den Kartellen, so müssen wir uns hüten, bloß von dieser formellen Funktion des Staates zu sprechen, und müssen vielmehr davon sprechen, wie jene wirklichen konstitutiven Elemente des Staates in ihrer streitvollen Gemeinschaft den Kartellen gegenüber auftreten können, oder welche Rolle innerhalb der Gemeinschaft die kartellierte Jndustrie selber spielen kann.

Nun find auf diesem Gebiete aber große Verschiebungen vorhanden. Querst die Berschiebung, die wir nicht breit zu ermähnen brauchen, daß die älteren Sauptschichten, Abel und Mittelftand, im Burudweichen maren gegenüber dem Bürgertum, und daß die Arbeiterschicht einen dauernden Aufstieg hat, wenn fie bisher auch nur auf indirektem Wege Erfolge politischer Art erzielen konnte. Die Berschiebungen aber, die nun kommen, scheinen in folgendem zu bestehen. Je größer die industrielle Sälfte bes Bolfes überhaupt wird, besto mehr hat fie in sich Neigung, in weitere Unterteile ju zerfallen. Bei ben Arbeitern fündigt man für eine etwas fernere Zukunft an, daß die ungelernten und die gelernten Arbeiter auch einmal zweierlei Politif im Staate machen konnten, etwas, mas uns heute hier nicht zu beschäftigen braucht. Aber auf ber Seite, bie man früher liberales Bürgertum genannt hat, existiert eine große itio in partes, ein Auseinandergehen in ganz verschiedene politische Interessengruppen. Wir laffen hier wiederum die Unterschicht dieses felbständigen volitischen Bürgertums für fich und reben von ber neu entstehenden fartellierten Dberschicht.

Bon ihr hat Herr Kirdorf heute vormittag gesagt: politisch können wir ungeheuer wenig machen; benn wenn ich mich wählen lassen wollte nach bem Reichstagswahlrecht, würde ich nicht einmal gewählt werden! Und es ist richtig, selbst die Herren Stumm und Krupp als Vertreter der Großeindnstriesormen haben in gewissem Sinne nur Gastrollen spielen können innerhalb dieses parlamentarischen Apparats. Wer aber glauben wollte, daß damit ihr politischer Ginsluß vollständig gekennzeichnet sei, kennt übershaupt die politische Geschichte nicht.

# (Sehr richtig!)

Denn nach dieser rein formellen Frage, wie viel Vertreter der Großindustrie in den Reichstag hineinkommen, entscheidet sich die wirkliche Politik noch lange nicht, und in Wirklichkeit hat kaum eine der genannten Gruppen, außer dem Abel, welcher alte Rechte zu verteidigen hat, ein größeres Interesse an der politischen Führung des Staates, als gerade diese kartellierte Obersschicht der Industrie.

## (Sehr richtig!)

Daß sie großes Interesse hat, ergibt sich einesteils aus alle bem, wovon wir in diesen Debatten schon gehört haben, nämlich wie viel Methoden ausgedacht werden können, nach benen der Staat diese kartellierte Industrie entweder fördert, gehen läßt oder hindert und schikaniert. Aber weit über bies hinaus liegt bas andere, bag ber Staat als Ganzes ber Rechts- und Schuthildner ift für das mirtschaftliche Leben überhaupt, und daß an der Rechtsbildung im ganzen diese fartellierte Großinduftrie ein ungeheueres, für sie absolut vitales Interesse hat, einesteils beshalb, weil alle bie Borgänge ber Kartellbildung, von denen wir heute sprechen, überhaupt nur auf bem Boben einer bereits fehr biffizil arbeitenben juriftischen Maschinerie möglich sind. Man nehme jenes komplizierte System von Verträgen, Unsprüchen, mas allein in dem Wort: kartellierte Industrie liegt, um zu miffen, welchen Unterbau ftaatlicher Tätigkeit alle biefe fartellierten Industrien voraussetzen! Aber es handelt sich nicht nur um die formelle Existenz ber Juftig, fondern um ihren materiellen Inhalt, und zwar scheint mir bie eigentumliche Lage vorhanden zu fein, daß die fortschreitenofte Gruppe unseres Wirtschaftslebens — und das ist die der kartellierten Industrie ein Interesse an der Erhaltung früherer Rechtsformen hat, um sich unter bem Schutz biefer früheren Rechtsformen besto ungestörter entwickeln zu fonnen. Die ganzen Formulierungen bes Eigentumsrechts und begriffs, bie ja einen Sauptinhalt alles staatlich = juristischen Wirkens ausmachen, beruhen menschlich=psychologisch auf einer Voraussetzung, die heute immer weniger zutrifft. Der ganze staatlich formulierte Eigentumsgebanke beruht

auf der Boraussetzung, daß das Eigentum das Mittel zur Produktion in den Händen des Besitzers ist. Zu diesem Zweck ist es umgeben worden mit einer Fülle sichernder Bestimmungen, und unser kultureller Aufstieg dis heute wäre nie möglich gewesen ohne diese juristische Umklammerung des besitzenden und schaffenden Eigentums, und insosern ist es absolut richtig, daß die bisherige Gesellschaft nicht nur mit dem Druck, der unten in der Masse empfunden wird, sondern ebenso auch mit allen Borzügen, die sie hat, auf dieser Formulierung des Eigentumsrechts durch die jetzliche staatliche Justiz besteht.

Nun ift es aber ein sehr bedeutsamer Borgang, der sich gerade in der fartellierten Industrie vollzieht, und den ich gestern in den Worten ausfprach: Trennung bes Besites von der Betriebsleitung. Es fallen die psychologischen Voraussetzungen ber alten juristischen Konstruktionen jett eine nach der andern ab. Es bleiben die Formeln an fich, aber die Sachquelle, aus der sie herausgekommen find, ist jett in ihrer Wasserzusammensetzung chemisch anders, und in dieser Auffassung bin ich heute früh bei bem dankbaren und aufmerksamen Soren der Rede bes Herrn Geheimrat Kirdorf sehr bestätigt worden. An zwei Stellen hob er mit bestimmter Scharfe hervor, daß er der Beauftragte der hinter ihm stehenden Besitzer ist. Reiner von uns bezweifelt, daß die Betriebsleitung im weitesten Sinne bes Wortes in seiner oder in ähnlichen Händen liegt. Die Betriebsleitung herrscht. Sie arbeitet mit bem gangen Apparat, ber unter, neben, hinter ihr ift, im letten Grunde für "Unbekannt", nämlich für ben, ber die Aktien auf ber Borfe ohne Namen kauft. Diese Arbeit für Unbekannt, welches die Arbeitsform überhaupt aller großen Industrien ift, andert von haus aus bie psychologischen Voraussetzungen bes Rechtsspstems, unter bem mir fteben. und es ist kein Zweifel, daß psychologische Verschiebungen so großer Art sich irgendmann auch in Rechtsverschiebungen aussprechen werden. Es fragt sich nur: mann? Das politische Interesse ber kartellierten Großindustrie ist es, diese Berschiebung hintanzuhalten, und zwar ein nach meiner Auffaffung - vom Standpunkte ber Großindustrie betrachtet - höchst berechtigtes Interesse, benn sie braucht ben gangen individuellen Erwerbstrieb von Unbekannt, um mit ihm weiter schaffen zu können. Und um ihn ausnuten zu können, braucht fie ein Recht, welches einstens fur ben Bauern und den handwerker in die Form gegossen wurde, die es heute in einer anders gewordenen Welt noch hat.

(Sehr gut!)

Um dieses Recht aufrecht zu erhalten, braucht die Großindustrie einen eminenten Einfluß auf die Macht, die das Recht konstituiert, das ist der

Staat. Ja, sie geht noch einen Schritt weiter. Denn das vorhandene Recht besteht nicht dadurch zu recht, daß es in den Büchern steht, und diejenigen, die von diesem Rechte weniger begünstigt sind — um mich einmal milde auszudrücken —, würden vor dem geschriebenen Recht allein nur einen mäßigen Respekt haben, wenn nicht der ganze Upparat des Strasversahrens hinter ihm stände und wenn nicht hinter dem Upparat des Strasversahrens die effektive militärische Macht stände, mit der im letzten Falle dieses System des Rechtes aufrecht erhalten wird, auf die sich auch die anderen Schichten, vor allem aber, weil hier die größten Güter zu verwalten sind, die kartellierte Großindustrie, berusen. Bon dort aus verstehen wir, warum sich das Wort vom "Umsturz" der Gesellschaft in diesen Kreisen erhalten hat. Sonst ist ja die Rede vom Umsturz und der Umsturzpartei allmählich zur gelinden Sage für Abendgespräche geworden.

(Seiterfeit.)

Aber in diesen Kreisen behält bieses poetische Wort vom Umsturz noch so eine gemiffe innerlich ziehende Rraft. Laffen Sie uns einen Augenblick über ben Sinn biefes Wortes "Umfturz" nachbenken! Wir bruden es unpoetisch aus als eine weitgehende prinzipielle Veränderung der formellen Funktionen im Staate. Das foll heißen, die neue faktische Berfaffung fest fich einmal in geschriebene Verfassung um. Gin Beispiel: Als Die alte beutsche Berfaffung durch Bismard "umgefturzt" wurde, war das ein eminenter Umfturz, ber, weil er gewesen ift, von ben Bertretern ber kartellierten Industrie wie von uns allen als Glück, Fortschritt und Seil bezeichnet wird. Ahnlich grundsätliche Beränderungen aber in der Zukunft erscheinen aus der jetigen Lage heraus unserer kartellierten Großindustrie im höchsten Grade bedenklich, nicht deshalb, weil ihr die jetige Organisation des Staats eigentlich auf den Leib zu= geschnitten mare, bas ift fie nicht; aber weil fie in ihrer isolierten Saltung nicht sicher ist, ob die Roalition der übrigen unter einander bei einer Revibierung der Berhältnisse nicht stärker sein könnte als sie. Und nur aus biefer Sorge heraus hat fie das Intereffe an der "Erhaltung des Bestehenden" im Staat, und wird auf diese Weise trot ihrer faktisch revolutionierenden Wirkung im Wirtschaftsleben eine konservative Macht im politischen Formalismus. Da nun unsere kartellierte Industrie aber für sich formell politisch schwach ist, wie wir vorhin gesagt haben, keinen eigenen Wahlkreis auf Grund bes bestehenden Wahlrechts erobern fann, muß fie in der Politik ein Ungliederungefpftem herbeiführen, und diejenigen Motive, von denen ich eben gefprochen habe, führen bazu, daß die kartellierte Industrie gerade mit den alten im allgemeinen sinkenben Schichten ihre erste Berbindung eingehen muß, daß also die kartellierte Großindustrie, obwohl sie anderen Blutes und

anderer Farbe ist und in sich selbst absolut technisch und menschlich anders empfindet, politisch zusammenstehen muß mit den Gruppen Abel und Mittelstand, weil diese jene formale Rechtserhaltung und Machterhaltung ihr am besten zu garantieren scheinen.

Um nun diefe Angliederung ihr geistig fernstehender Elemente zu er= reichen, ift etwas nötig, mas ein politischer Mensch bem andern nicht zu fehr übelnehmen kann, nämlich das, daß man sich in der Ausdrucksform benen anbequemen muß, mit benen man zusammen regieren möchte, und infolgebeffen spricht unfere Großinduftrie, Die, wenn sie über ihre eigenen Sachen spricht, eine absolut moderne Dittion hat, sobald fie politisch spricht, einen rührenden Dialekt (Seiterkeit), fpricht fie den Dialekt der rudftandigften und ältesten Volksteile, als wäre es ihr eigener und hat eine Empfindung für die "Erhaltung ber Schmachen", die fonst gurudfinken werben, und arbeitet mit, bas gange Suftem von Bollen für Mittelftand und Agrarier als Forts ihrer eigenen Festung mitzuschützen, und baut sich damit ihre Rosition im Staat, indem sie diese Andern an sich heranholt. Klug gemacht! Es fragt sich nur, ob die Andern nicht eines Tags sagen, das fei eine pax leonina, b. h. ein Vertrag, bei bem boch ber Ertrag für bie Beteiligten recht verschieden ift, in dem nämlich dieses ganze System der agrarisch= mittelständisch = großinduftriellen Bolitif, bas mir heute haben, in feinen Folgeerscheinungen bazu führt, baß bie Kartelle voll und rund und prall babei werden, und daß die Andern auch in der Ara 1917 wieder sagen werden, sie seien notleidend. Das können wir schon heute vorher sehen, und bann wird man wieder sagen: "Ach geht, wir find ganz unschulbig baran!" und wird versuchen, ben Bund von Großindustrie und rudwärts sinkenden Schichten nochmals zu erneuern. Auf diesem Hintergrunde hebt sich die Regierung ab. Was wir vorhin "Staat" genannt haben in ber Debatte. ift meift nur dieses: die Regierung, die innen zwischen allen diesen Gruppierungen fteht.

Wie steht nun die Regierung zur kartellierten Industrie an sich? Einesteils mit der Empfinung der reinen Befriedigung über den großen Zuwachs an sinanziellen, wirtschaftlichen Gütern und Leistungsfräften für das Volk, denn der ganze Gedanke der deutschen Weltmacht wäre ja einsach nicht vorshanden ohne diese große Industrie. Der Staat, der nach außen hin etwas bedeuten will, kann gar nichts anderes wollen, als mit allen seinen Fasern zunächst diese Industrie großmachen wollen. Zugleich hat der Staat als Großunternehmer ein gewisses Verwandschaftsverhältnis mit ihr, wie es selbst konkurrierende Herren von einer gewissen Höhe allmählich gegenseitig zu empfinden pslegen, und diese gemeinsame Stellung auch den Arbeitern gegens

über schafft eine gewisse Parallelität zwischen Regierung und Großunternehmern. Man verhandelt und paktiert und sagt sich: schließlich sind wir zwei beiden boch nicht Staatsbürger wie jeder andere sonst!

#### (Heiterkeit.)

Aber neben diesen Beziehungen ftarker gegenseitiger Zuneigung bestehen andere. Der Staat steht auf ber anderen Seite ba als Räufer und Konsument, ber ebenso wie alle anderen Konsumenten oft seine schweren Bedenken gegen ben kartellierten Berkäufer haben muß. Dann aber kommen noch andere Empfindungen, die ich für ftarker halte als diese, wenigstens sind diese heute, wo noch keine festen Konsumentenverbände vorhanden sind, noch nicht ent= widelt genug. Biel ftarker ift eine andere. Die alte Institution "Staat" lebte früher als die einzige in ihrer Art, alles andere mar sozusagen Unter= holz, es gab nur eine große Giche: ber Staat, Battung und Genus für sich. Inzwischen entsteht nun etwas anderes, mas äußerft ähnlich ist, benn es ist auch Leitung bestimmter Ressorts über bas ganze Gebiet bin, und bemgegenüber hat ber Staat das Gefühl: ich bin in gewisser Hinsicht ärmer baran, ich bin zwar konstitutiv für bas größere System, aber meine Mittel find ichwerer zu beschaffen als die Mittel der fartellierten Großinduftrie. Die Millionen für die Großinduftrie aufzubringen, ift nämlich in gewiffem Sinne leichter, als die Millionen für den Staat aufzubringen, aus Gründen, die Sie alle kennen und die hier nicht genauer barzulegen find. Der Staat untersteht der beständigen Kontrolle der Steuern, die er durch Amang erheben fann, feine Profiterhebungen find verhältnismäßig fehr gering, und er hat beständig an dem großen Pumpwerk zu ziehen, das Geld heraus= zubringen, und kann es nicht einfach verdienen in seinen hauptbüchern. Infolgebeffen fagt er: bort im Kartell entsteht eine Beamtenschaft, ber gegen= über meine Beamtenschaft zwar den altpreußischen Ruhm der sparsamen Treue aufrechterhalten wird, aber sie schielt immerhin nach ber anderen Seite! Dort gibt es Minister, für die das Wort "Staatsminister" längst nicht mehr ber irbischen Güter höchstes fein fann!

#### (Beiterkeit.)

Und beshalb hat der Staat gegenüber der kartellierten Industrie etwas, was wie ein Gefühl weltgeschichtlichen Neides über ihn kommt gegen die Instistution, die sich nun neben ihm aufstellt. Und dabei hat der Staat noch ein anderes tieferes Gefühl. Diese kartellierte Großindustrie schafft Konslitte, die in Zukunft unübersehdar sein können. Ich habe gestern von diesen gesprochen. Lassen Sie die Streiks, Demonstrationss, Generalstreiks noch eine Weile fortgehen, lassen Sie die Ausführungen, die heute Herr Geh. Rat Kirdorf in dankenswerter Offenheit von seinem Standpunkt gemacht hat, die

bauernde Praxis bestimmen, so sind die Konsliste, die daraus entstehen, eben Erschütterungen des Staats als solchen (sehr richtig!), und die Regierung, die die Verantwortung hat, so sehr sie Großindustrie auf der einen Seite braucht, fürchtet sich vor diesen Gegenwirkungen, die aus der Tiefe der Großindustrie ihr entgegenkommen und sagt: ich habe das Hecht nuch außen mit dem Hecht aufrechtzuerhalten; aber ich kann das Recht nach außen mit dem Heer leichter aufrecht erhalten als ein Recht, dessen psychologische Grundlagen in der Bevölkerung nicht mehr klar erkennbar vorhanden sind!

### (Lebhafter Beifall.)

Und diesem Zustand gegenüber hat die Regierung, ich sage nicht der Staat, in sich selbst das Gefühl: wir müssen abschleifen und abschwächen! Gerade so gut wie auf der andern Seite die kartellierte Industrie das Interesse hat, mit dem Staat zusammenzugehen, hat der Staat das Bedürsnis, mit ihr zusammenzugehen, sie aber an einen etwas langsameren Schritt zu gewöhnen, damit sie ihn nicht überrennt, und sie in ihren Erscheinungsformen zu mildern, damit sie ihm nicht zur politischen Gefahr wird.

Und nun nehmen wir beide Gedankengänge zusammen und sagen: die Regierung in dieser Situation arbeitet mit der Roalition der alten Rechts= erhaltung, von der wir vorhin gesprochen haben, mit dem agrarisch-mittel= ftändischen Hintergrund ber Großindustrie, und ba ergibt sich, daß sie für die Kartelle sein, aber gleichzeitig die Kartelle reformieren muß und zwar im Sinne ihrer zahlreichsten Auftraggeber, b. h. in diesem Fall der Agrarier, ob sie nun Zentrum heißen ober Konservative ist gleichgültig. Ihr Auftraggeber ist ber Mittelstandsgebanke, und fast alles, mas man als "Reform bes Kartellwesens" von diesem Standpunkt aus vorschlägt, ist im Grunde mittelständische Handwerkerpolitik (sehr richtig!) und nichts anderes, und indem die Großindustrie auf dieses Verhältnis eingeht, rafoniert sie inwendig über ihre Bundesgenoffen, diese verteufelten Rerle, die solche wirtschaftlichen Schwachheiten im Ropfe haben, und mit benen man boch gehen muß, bamit ber Umsturg nicht kommt. Um bieser Gesellschaft willen muß sich die Großindustrie Eingriffe gefallen lassen, die an sich, technisch und volkswirtschaftlich betrachtet, Unfinn sind. Ein ganzer Teil der Borschläge, die auch heute hier diskutiert sind, steht in meinen Augen nicht höher, als wenn ein Detaillistenverein bas Warenhaus totmachen will. So fagt man auch bort: Lieber Staat, die Kartelle werden zu groß! So kommt die ganze Verärgerung ber wirtschaftlich Kleineren und wirft sich auf die großen Gebilde an sich, und ber Staat fagt baraufhin: man muß etwas tun! Auf diese Beise gibt es bann etliche Gesetze, vor beren Formulierung ber Staat unter ber

Hand sich bei den Kartellen erkundigt: "Na, lebensgefährlich werden sie ja wohl nicht fein!"

#### (Beiterfeit und lebhafter Beifall.)

Als Antwort fagt man auf ber andern Seite: "Lebensgefährlich ist es nicht; unbequem ift es und ichreien werben wir natürlich!" Der Geheimrat aber fpricht: "Das wird uns die Sache erleichtern, wenn Sie ordentlich schreien, benn dann glauben die Angeschrieenen, daß fie etwas erreicht haben!" Das Schreien wird natürlich auch wieder organisiert, bas läft sich alles gang aut machen, benn die Politik ist schließlich eben auch eine kombinierte Technik. Man bekommt auf folche Art Borschriften, von denen ich allerdings nicht fürchte, daß fie ben Entwicklungsgang ber Großindustrie geradezu aufhalten und toten werden. Aber fie häufen fich, und es wird ber Reihe nach alles Mögliche kommen: entweder der Versuch der wirkungslosen Mitregierung des Staats in den Kartellen, ober ein Gefet über das Nichtstilllegen von Bechen usw. Derselbe Staat, ber fich gar nicht geniert hat, die kleinen Bechen ber politischen Rleinstaaterei im Sahre 1866 faltlächelnd stillzulegen (Seiterkeit), wo es ihm gepaßt hat, und ber mahrscheinlich nachträglich nur noch bedauert, nicht noch mehr politische Zechen ftillgelegt zu haben (Beifall), Diefer felbe Staat läßt fich jett in eine Art romantischer Handwerker= fentimentalität hineinphantafieren und hilft bazu mit, bas Kartell nicht auf feinen vollendetsten Zustand kommen zu lassen, und hilft mit, die Form des Kartells zu erhalten, die technisch und auch preistechnisch nicht die voll= kommenste ist. Die Frage, die die Kartelle ideell beschäftigt, ist doch die: Wie können wir mit den geringsten nationalwirtschaftlichen Unkosten die größten nationalwirtschaftlichen Erfolge auf unserem Spezialgebiete erringen? Diefe Frage, groß gestellt, hat eine gewiffe Rudfichtslofigkeit in fich, wie jebe grundfäplich gestellte Frage, und biefe heilsame Rücksichtslosigkeit bes Wirtschaftslebens wird burchbrochen burch bas eben bargestellte System.

Jett fragt sichs nun: wie lange kann bieser Bund halten? Er hält so lange, als einesteils die Beschwernisse des Kartells durch die Mittelständler im weitesten Sinne des Wortes nicht gar zu übermäßig werden; zweitens hält er so lange, als die Arbeiterschaft ruhig und schwach genug bleibt diesem System gegenüber. Aus beidem entwickelt sich aber früher oder später und nach meiner Auffassung unaufhaltsam etwas, was man den "Umsturz" nennen kann, wenn mans poetisch bezeichnen will, was man als eine Beränderung der formalen Bestimmungen des Staates und des Rechtes bezeichnen wird, wenn man es rein sachlich ansieht. Es wird dazu kommen, daß man sich irgendwann vom Standpunkte der kartellierten Großindustrie aus sagt: was ist uns eigentlich teurer? uns mit diesen Agrariern und

Mittelständlern ewig herumzuschlagen, die Hemmungen alle auf uns zu nehmen, oder mit den Arbeiterverbänden im ganzen zu verhandeln und sie als politisch treibende Kraft für die Großindustrie mit einzusetzen? Das Berhältnis des Staates zu den Kartellen scheint mir sachlich betrachtet werden zu müssen unter dem Gesichtspunkt des Unterschiedes der heutigen Periode, deren konstitutive Elemente ich vorhin dargestellt habe, und einer neuen Periode, für die ein Teil von uns mit Bewußtsein arbeitet.

Herr Dr. Tille hat uns gestern gesagt: Sie Ihrerseits sind für die outsiders, die nicht mitmachen bei der Kartellierung. Nein, meine Herren, niemals! Sondern so gut wir den "arbeitswilligen" Arbeiter nicht wollen, so gut wollen wir auch den unorganisierten Großindustriellen nicht. Beide Arten von Organisationen müssen sich fortsetzen und müssen miteinander handeln, und dann mögen sie miteinander ein halbes Jahrhundert gezankt, gestritten, geschimpst haben, dann mag eine Flut von Streit und But zwischen ihnen gewesen sein, so wird doch der Tag kommen, wo man sagt: Die deutsche Industrie ohne die deutsche Arbeitermasse politisch durchsühren zu wollen, ist unmöglich; denn man verkauft sie sonst an die sinkenden Schichten, die sie mit niederziehen, und was die Industrie hebt, ist, daß sie Iernt, mit der steigenden politischen Schicht zu gehen.

(Langanhaltender fturmischer Beifall.)

Rechtsanwalt am Kammergericht Eschenbach (Berlin): Meine Herren! Nur wenige Worte. Ich verkenne nicht, daß ich jetzt nach fast elfstündiger Verhandlung am späten Abend und nach den Ausschlungen des Herrn Vorsredners Ihre Ausmerksamkeit kaum noch haben kann und ich will mich denn auch auf den Versuch beschränken, die hohe Spannung, in welche die in vieler Beziehung von mir lebhaft bedauerten Ausschrungen des Herrn Vorredners viele von uns gebracht haben, durch einige sehr nüchterne Aussführungen zu lösen. Ich glaube, man muß bei Wirtschaftss und Realitätssfragen auf dem Boden der Tatsachen bleiben und nicht ideologischen Vorsstellungen gefährlichster Art nachjagen. Ich will deshalb anknüpfen an einige juristische Bemerkungen des Herrn Vorredners.

Der beutsche Juristentag hat sich zweimal mit der hier zur Diskussion stehenden Frage beschäftigt, in Innsbruck 1904 und in Berlin 1902, und höchst befremdlicherweise sind die dort gezeitigten Ergebnisse hier heute so gut wie nicht gewürdigt worden. Ebenso nicht die gegenwärtige Rechtslage, die meines Erachtens in erster Linie mit berücksichtigt werden muß, wenn man gesetzgeberische Anderungsvorschläge machen will, wie Herr Prof. Schmoller es getan hat. Es handelt sich aber anderseits meist um berartig subtile Schristen CXVI. — Verhandlungen 1905.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57365-3 | Generated on 2025-11-04 22:28:35 OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

juristische Ermägungen, wie sie ber Herr Borredner — ber ja juristisch so= wohl in Theorie wie Braris vollständiger Laie ist — gemacht hat und er hat zudem auch nichts wesentlich Neues über den Eigentumsbegriff gefagt: Die société anonyme kennt ber Jurift schon längst. Meine herren! Das Bürgerliche Gesetzbuch hat 2 Paragraphen — § 138 und 343 — und besaleichen das Handelsgesethuch einen Paragraphen — § 348 — und diese Bestimmungen liegen juristisch-technisch ber ganzen Kartellbewegung zugrunde. Der § 138 B.G.B. fpricht von unfittlichen Berträgen, Die ungültig find und ber § 343 von Konventionalstrafen, die heruntergesett werden fonnen, wenn der Richter fie zu hoch befindet, mährend § 348 handelsgesethuch wiederum biefe Möglichkeit aufhebt bei Bertragsstrafen, die von einem Raufmann im Betriebe feines Sandelsgewerbes versprochen Auf diesen Grundbestimmungen beruhen juristisch überhaupt die gegenwärtigen Kartelle und meines Erachtens hat man allerdings zu prufen: genügt die lex lata ober muß eine lex ferenda eingebracht werden? stehe auf dem Standpunkt, daß die Kartelle notwendig sind und halte es beshalb in hohem Grabe für munschenswert, daß das Reichsgericht überhaupt nicht in die Lage gesetzt wird zu fagen: Sind benn biese Kartelle, soweit sie in eine juristische Form gebracht werden, rechtsverbindlich oder nicht? Berftoßen sie gegen die guten Sitten ober find sie zu tolerieren? Ich glaube, es ift nicht empfehlenswert, das höchstrichterlich zur Entscheidung zu bringen, da wir die Kartelle brauchen und da notwendig mit der Ermittlung eines folden Richterspruches im Berneinungsfalle felbstverftandig bie ganzen Kartelle und Syndikate einfach vollständig auf der Nase liegen würden. Würde das Reichsgericht höchstrichterlich fagen: derartige Konventionalstrafen und Bertragsbestimmungen find ungultig, refp. in bezug auf die Bobe ber Bertragsstrafen anfechtbar, fo fallen die ganzen Bestrebungen in sich zufammen.

Meine Herren! Das ift die Rechtslage als solche. Ich stehe also, wie gesagt, auf dem Standpunkt, daß ich eine Entscheidung darüber, ob sie umgeändert werden kann, herbeizuführen ohne weiteres heute noch nicht empfehlen würde.

Ich komme nun zu den Vorschlägen des Herrn Professor Schmoller, bezüglich derer meines Erachtens noch nicht genug gesagt worden ist gegen die Beteiligung der Staatsbeamten im Aufsichtsrat als der Direktion einer Aktiengesellschaft. Vergegenwärtigen Sie sich eins, meine Herren: Die Korpphäen der Intelligenz in bezug auf Technik, Jurisprudenz, Verwaltung, kaufmännisches Genie usw. werden von diesen Gesellschaften heute gegen

enorme Einkunfte an Gehältern, Tantiemen usw. herangezogen und in die Berwaltung hineingesetzt. Wie soll da ein unglücklicher Assessien, diesen Koryphäen gegenüber mit der nötigen Autorität auftreten zu können? Diese Leute bleiben ihr ganzes Leben lang in diesen Stellungen, der Assessieht nur 3 bis 6 Jahre, und wenn er sich eingearbeitet hat, wird er herausgeholt. Also ich glaube nicht, daß mit dieser Bestimmng irg end etwas Wesentliches geleistet werden kann.

Dann hat Herr Professor Schuhmacher auf einen Punkt hingewiesen, der allein in betracht kommen kann. Es ist meine Überzeugung — und ich habe ihr auch schon Ausdruck gegeben bei den Berhandlungen der Steuerund Wirtschaftsresormer im Jahre 1903 —: unsere modernen mobilen Kapitalien und ihre Bertreter und Berwalter sind bereits so stark und einflußreich, daß jeder gesetzgeberische Bersuch, sie an der Entwicklung, Entfaltung und Ausnutzung der in ihnen liegenden Macht hindern zu wollen, entweder glatt zu Boden fällt oder in das Gegenteil umschlägt. Sinc einzige Möglichkeit gibt es meines Erachtens, die wirklichen Auswüchse, die das Syndikatse und Kartellwesen mit sich bringt, zu besseitigen, das ist die Öffentlichkeit. Das hat auch Herr Professor Schumacher hier ausgeführt, und wenn man sagt, daß alles Gescheite schon einmal gedacht worden ist, so darf ich für mich in Anspruch nehmen, daß ich diesen Gedanken schon im vorigen Jahre auf dem Juristentage sormusliert habe

(Professor Max Weber: ift uralt!) (Heiterkeit.)

— ja, ich bitte schön, in welcher Form? — Ich glaube, daß der Herr Prosessor Max Weber, welcher mich eben unterbrach, sich vollständig auf falschem Wege befindet; er hätte mich wenigstens erst zu Ende hören sollen. Gewiß ist das Verlangen, daß die Beschlüsse der Kartelle und Syndikate der Öffentlichkeit sollen unterworfen werden können, nichts Neues; aber das ist meines Erachtens auch gar nicht der springende Punkt, sondern das Wesentliche ist solgendes:

Von den sämtlichen Sitzungen des Vorstandes, des Aufsichtsrats und etwaiger weiterer Verwaltungsorgane der Kartelle und Syndikate ist der Staatsregierung unter genauer Angabe der Tagesordnung Nachricht zu geben, und hat die Regierung alsdann das Recht, bei den gestamten Verhandlungen durch einen Vertreter anwesend zu sein; — aber nicht nur dies, sondern auch die Verhandslungen selbst, soweit ihr dies im allgemeinen Interesse

und unter bem Gesichtspunkte bes Allgemeinwohls not= wenbig erscheint, zu veröffentlichen.

Dieser Vorschlag ist, wie ich ausdrücklich betone, bis jest noch nicht, sondern zum ersten Male von mir auf dem deutschen Juristentage in Innsebruck gemacht worden, und nur durch einen Zufall danach bei der Abstimmung nicht mit zur Erledigung gebracht. Ich darf aber weiter bemerken, daß ders jenige Jurist Deutschlands, welcher in Syndikaten, Kartellen der viel erschrendste und meistbeschäftigte ist, mir bezüglich dieses Antrages ausdrücklich erklärt hat, daß er allerdings diesen Vorschlag für im höchsten Grade geseignet erachte, die Selbstherrlichkeit der Kartelle pp. in ganz wesentlichem Umfang zu beschneiden. Also, der geehrte Herr Zwischenruser dürste sich boch zweisellos mit seinem Zwischenrus ganz außerordentlich übereilt haben.

Daß die Entsendung von Staatstommissaren, wenn sie in geeigneter Weise erfolgt, im hohen Grade nüplich wirken kann, darüber ist nach den auf einem ähnlichen Gebiete gemachten Erfahrungen ein Zweifel nicht mehr möglich: Es muß nämlich nach ber Borfchrift bes Landwirtschaftskammer= gesetzes zu den sämtlichen Sitzungen des Vorstandes der Landwirtschaftskammern die Staatsregierung, unter genauer Mitteilung der Tagesordnung eingeladen werden, und zwar nicht nur der zuständige Oberpräsident, sondern auch der Chef der Zentralbehörde, d. h. der Ressortminister selber, so daß also die höchsten Organe in der Lage find, sich darüber zu unterrichten, ob es ihnen bezüglich eines Bunktes ber Tagesordnung im öffentlichen und Staatsintereffe munichenswert erscheint, fich authentisch burch eine völlig unintereffierte und objektiv urteilende Bertrauensperson unterrichten zu laffen. Diese Einrichtung hat sich, wie alle biejenigen, welche die einschlägigen Berhältnisse kennen, wissen, ganz außerordentlich bewährt, und hat sich der Ur= heber und Berfasser des Landwirtschaftskammergesetzes, unser verehrtes Borftandsmitglied Berr Ministerialbirektor Dr. Thiel, zweifellos mit biefer Bestimmung nicht nur ein gang außerorbentliches Berdienst um bas öffent= liche Wohl erworben, sondern zugleich auch den Weg gezeigt, auf welchem gegebenenfalls auch auf anderen Gebieten zwedmäßig vorgegangen werden fann.

Die vorgeschrittene Zeit verbietet es mir leiber, auf diesen Punkt des näheren und auf die sonst noch zu erörternden Fragen einzugehen, wobei vor allen Dingen auch das Berhältnis des Einflusses der Börse und der Mobilisierung der an sich immobilen Industriesaktoren durch die Überführung in die Aktiensorm zu berücksichtigen sein dürfte. Ich begrüße es mit Genugtuung, daß diese von mir seit vielen Jahren vertretene Erkenntnis auch in dieser Bersammlung durchzubrechen scheint, wie die Ausschlungen des Gerrn

Bernhard und des herrn Professor Weber = Prag zur Genüge fundgegeben haben, wenn allerdings ich auch im hohen Grade erstaunt bin, daß die führenden Geister des Kongresses für Socialpolitik sich dieser Erkenntnis immer noch verschließen wollen. Jedoch scheinen auch hier die Anträge bes Herrn Professor Schmoller ben Anfang ber Erkenntnis zu inaugurieren, nur freilich, daß, wie ich befürchte, diese Erkenntnis sowohl unter dem Gesichtspunkte ber sozialen und Arbeiterfrage, als wie ber Auslieferung ber gewaltigften Wirtschafts= und Kapitalmächte an wenige Einzelpersonen zu spät kommen bürfte. Hätte der Herr Professor Schmoller den heute von ihm vertretenen Standpunkt bereits in ber Borfen-Enquete-Rommiffion, ber er ja ebenfalls angehört hat, vertreten, und sich den nach dieser Richtung hin von mir auch ihm wiederholt unterbreiteten Unfichten und Vorschlägen anschließen können. würden die Dinge sich voraussichtlich lange nicht so zugespitzt haben und gemeingefährlich geworden fein, wie es ja anscheinend nunmehr auch nach der Ansicht der überwiegenden Mehrzahl der Mitglieder der heutigen Berfammlung ber Fall ift. Rur freilich, baß sich die Borfchläge bes herrn Professor Schmoller leider in der Wirklichkeit, wie dies ja auch schon von anderen Rednern dargelegt ift, vermutlich als zwar schön schillernde Seifenblafen kennzeichnen dürften, die auch nur bei der allerleifesten Berührung mit der Wirklichkeit in nichts zerfließen. Ich hoffe, bei anderer Gelegenheit nach diefer Richtung bin weitere Darlegungen machen zu können. Immerhin ist es aber ein großes Berdienst, daß auch eine solche Autorität sich ber Unsicht nicht mehr zu verschließen scheint, daß in der Tat bem Allgemeinwohl durch diese Entwicklung des beweglichen Kapitals die schwersten Gefahren brohen.

Urbeitersefretär Giesberts (M.=Glabbach): Meine Herren, nur einige wenige Worte! Ich fühle mich genötigt, zwei Äußerungen des Herrn Geh. Rat Kirdorf zurückzuweisen, die Bezug haben auf unsere Bergarbeiterschaft im Ruhrgebiet, speziell auf den Gewerkverein der christlichen Bergleute.

Herr Geh. Rat Kirdorf mies die gewerkschaftlichen Bestrebungen zurück, weil sie mit sozialdemokratischen Umsturzbestrebungen alliiert seien. Er muß wohl das Ungenügende dieses Grundes eingesehen haben, denn im Ruhrgebiet besteht neben der sozialdemokratischen Bergarbeiterorganisation ein 80000 Mitglieder zählender Gewerkverein christlicher Bergleute, und um diesem zu begegnen, sagte er: die christlichen Gewerkvereine marschieren unter einer falschen Flagge, sie sind noch viel gefährlicher als die Sozialdemokraten, sie lassen sich von denen den Umsturz machen und setzen sich nachher in den Besit bessen, was jene gemacht haben. Meine Herren, das zeigt zwar eine

außerorbentliche Phantasie, aber auch einen außerorbentlichen Mangel an Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Ich möchte doch entschieden gegen diese Beleidigung der christlichen Gewerkvereine Einspruch erheben. Die dristlichen Bergleute marschieren durchaus unter der ehrlichen Flagge christlicher und nationaler Grundsätze, die wir hoch halten, und die uns dazu geführt haben, uns von den sozialdemokratischen Organisationen zu separieren.

Ich kann nicht unterlassen zu bemerken, daß Herr Kirdorf der Sozialbemokratie ein wirksames Agitationsmittel damit in die Hand gegeben hat. Das ist es ja, was uns die sozialbemokratischen Agitatoren stets sagen: Seht, ihr nationalgesinnten Arbeiter, die kapitalistischen Unternehmer fragen nichts nach eurer christlichen Gesinnung, fragen nichts darnach, ob ihr im Namen der christlichen Gerechtigkeit oder im Namen der bestehenden Rechtssrundsätze eure Forderungen erhebt, sie fragen nur danach, ob ihr ihrem Prosit wehe tut; das Unternehmertum kann nur auf dem Boden des Klassenstampses überwunden werden. Ich bedaure, daß ein Unternehmer wie Herr Geh. Rat Kirdorf der Sozialdemokratie diese Wasse in Unternehmer wie Herr Geh. Rat Kirdorf der Sozialdemokratie diese Wasse in die Hand gegeben hat. Wir werden uns aber dadurch nicht beirren lassen und fortsahren, die Arbeiter weiter zu organisieren auf dem Boden christlicher und nationaler Grundsätze.

Dann die zweite Bemerkung. Herr Geh. Rat Kirborf sagte unter anderem: Auch wenn der Bergbauliche Verein sich zu einer Unternehmersorganisation entwicklt, würde er auf dem Standpunkt des Richtverhandelns stehen bleiben. Meine Herren! In einem Moment wie dem jetzigen, wo die ganze Ruhrbelegschaft unter dem Eindruck des verloren gegangenen Streiks, unter dem Eindruck eines mangelhaften Berggesetzs steht, wirkt eine solche Bemerkung wie Dynamit. Das ist Wasser auf die Mühlen der Sozials demokraten. Ich habe die begründete Meinung, daß, wenn Herr Kirsdorf mit dieser Ansicht in den Kreisen der Zechre aus dem letzten Streik gezogen hat, daß es eine grundfalsche Taktik ist, nicht verhandeln zu wollen.

Meine Herren! Die Sozialbemokraten werden jubeln über diesen Ausspruch des Herrn Kirdorf. Schon vor einigen Tagen wurde in der Dortsmunder Arbeiterzeitung angekündigt, daß der Ruhrbezirk den ersten politischen Massenstreik sehen werde. Meine Herren! Ich weise darauf hin, daß hier der erste Anreiz zu einer derartigen Manipulation gegeben worden ist. Im Interesse unserer nationalen Wohlfahrt und des weiteren Gedeihens unserer Industrie hoffe ich, daß andere Leute sich einsichtiger zeigen wie Herr Kirsdorf, daß die Herren Industriellen nicht bloß mit hohen Dividenden rechnen, sondern auch mit dem Arbeiterglück, denn Hundertausende von Existenzen

find mit ihrer Sache verbunden. Sie leichtfertig aufs Spiel zu setzen, möchte ich bitten zu bebenken.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Nach dem Beschluß von vorhin, meine Herren, ist die Liste der Herren, die heute sprechen wollen, erschöpft. Wir vertagen unsere Berhandlungen daher auf morgen früh 9 Uhr.

Das Wort zu einer perfonlichen Bemerkung hat Herr Bergmeifter Engel.

Bergmeister Engel: Meine Herren! Zu meinem Bedauern ist Exzgellenz v. Rottenburg nicht anwesend gewesen, als ich meine Aussührungen machte. Aus diesem Grund hat er Herrn Geh. Kat Kirdorf den Vorwurf gemacht, er wäre den Beweis für die Behauptung schuldig geblieben, daß das Erträgnis der Gesellschaft keineswegs in dem Umfang gestiegen wäre wie die Löhne, während ich diese Darlegungen bereits gemacht hatte.

Auf den weiteren Vorwurf, Herr Geh. Rat Kirdorf hätte zu wenig Tatsachen angeführt, möchte ich nur sagen, daß Herr Kirdorf nicht wußte, was hier zur Verhandlung stand, daß er nicht Referent war, sondern Diskussionsredner und deshalb außer stande war, sich auf die Thesen vorzubereiten, die ihm erst hier bekannt geworden sind, daß er allein als Praktiker zu sprechen gewünscht hat. Auf den letzten Herrn Redner und auf die christlichen Gewerkvereine darf ich im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht eingehen. Ich hätte darauf viel zu bemerken, aber ich muß mich beschränken und darauf verzichten.

(Schluß ber Situng 7 1/2 Uhr abends.)

# Vierte Sißung.

# Donnerstag den 28. September 1905.

Die Sitzung wird um 91/4 Uhr durch ben Borsitzenden Professor Dr. Rathgen (Deibelberg) eröffnet.

Das Wort erhält zunächst Regierungsrat Bölder.

Regierungsrat a. D. Bölder (Düffelborf): Meine Herren, aus dem Umstand, daß ich Vorstandsmitglied des Stahlwerksverbandes bin, wird Ihnen von vornherein klar sein, welchen Standpunkt ich einnehme. Ich stehe mit meinen wirtschaftspolitischen Anschauungen auf seiten des Herrn Geh. Rat Kirdorf und der anderen Herren, welche in dessen Sinne gerebet haben. Ich würde es daher nicht für notwendig halten, diese Gegenstäte noch einmal zu betonen, wenn ich es nicht doch für erforderlich hielte, mit einigen Worten auf Außerungen Seiner Ezzellenz des Herrn v. Rottensburg und des Herrn Pfarrer Naumann zurückzukommen.

Herr v. Rottenburg schien von den Ausschrungen des Herrn Geh. Rat Kirdorf enttäuscht zu sein. Er war der Ansicht, daß Herr Kirdorf nicht genügend sachliche Momente vorgebracht hätte, daß er immer nur "ich meine", "ich glaube" sagte, daß er von seinen Überzeugungen sprach; Herr Kirdorf sei denjenigen Herren, welche das Studium der Sozialpolitik sich zur Lebensausgabe gemacht hätten, etwa in der Weise entgegengetreten, wie wenn einer der sehr geehrten Herren Prosessoren, die hier anwesend sind, in die Technik seines Betriebes hineinsprechen wollte, was er sich mit Recht verbitten könne. Ich glaube, Herr v. Rottenburg hat in dieser Beziehung Herrn Kirdorf doch ganz falsch verstanden. Herrn Kirdorf lag es, wie ich ihn kenne, vollständig fern, in die Technik Ihres Lehrspstems einzugreifen und Ihre wissenschaftlichen Methoden und Schulmeinungen kritisieren zu wollen. Herr Kirdorf hat lediglich als Mann der Praxis, als Industrieller gesprochen, und wenn er seiner Überzeugung Ausdruck gab, was er in langjähriger

praktischer Arbeitstätigkeit an Erfahrungen gewonnen hat, so liegt gerade in diesem Umstande der große Wert seiner Aussührungen. Exzellenz v. Rottenburg meinte, die Männer der Praxis sollten den Männern der Wissenschaft mehr entgegenkommen und sollten ihnen größeres Verständnis und Würdigung entgegenkringen. Denselben Wunsch haben wir seitens der Industrie. Wir wünschen, daß die Herren der Wissenschaft auch gegensüber denzeingen Männern, die in der Praxis stehen, etwas mehr Verständnis entgegenkringen, ihre Tätigkeit etwas mehr würdigen, und daß sie von den Männern der Praxis, auch wenn sie wissenschaftlich nicht so geschult sind, weniger geringschäßig und von oben herab sprechen als es tatsächlich wiedersholt bei der Kartellenquete der Fall gewesen ist.

Meine Herren! Bei den kontradiktorischen Verhandlungen, die über die Kartelle stattsanden, habe ich stets mit großer Freude begrüßt, daß die Verstreter der Wissenschaft dazu eingeladen wurden, und es sind auch hier im Saale entschieden Herren anwesend, die ich wiederholt aufgesordert habe, einmal nach Düsseldorf zu kommen und sich die Einrichtungen des Stahlswerksverbandes anzusehen. Ich kann die Herrn versichern, daß wir sie stetz gern bei uns aufnehmen und ihnen alles zeigen werden, wie überhaupt unsere ganze Tätigkeit sich im Licht der Öffentlichkeit abspielt.

Meine Herren! Ich möchte noch auf eine Bemerkung zurückkommen, die Erzellenz v. Rottenburg vorgestern in bezug auf meine Person getan hat. Ich bin in der Sitzung leider nicht anwesend gewesen, da ich anderswärts in Anspruch genommen war. Herr v. Rottenburg meinte, ich hätte meine Borliebe für die Kartelle durch die Tat bewiesen. Wenn etwa die Außerung eine Anspielung auf die Zeitungsauslassungen sein sollte, die in letzter Zeit unter dem Stichwort: "Die Flucht aus dem Reichsdienst oder der Tanz ums goldene Kalb" gefallen sind, so muß ich es mit aller Entschiedenheit zurückweisen, daß ich aus den niedrigen Motiven, die mir zusgeschrieben werden, aus dem Reichsdienst ausgeschieden bin. Ich habe den Eindruck gehabt und auch die leitenden Kreise in der Industrite, die damals diese Berhandlungen sührten, haben den Eindruck gehabt, daß mein Austritt aus dem Reichsdienste nicht gegen den Willen der Regierung stattgefunden hat. Über die Gründe meines Austritts zu sprechen liegt für mich ein Anlaß nicht vor.

Ich möchte mich dann, indem ich mir vorbehalte, nachher noch auf einige Bemerkungen Sr. Ezzellenz zurückzukommen, den Ausführungen des Herrn Pfarrer Naumann zuwenden. Der außerordentliche Beifall, den seine Rede gefunden hat, beweist mir ja, daß er aus Ihrer aller Herzen gesprochen hat (Widerspruch), jedenfalls aus dem Herzen eines großen Teils dieser Bers

sammlung. Meine Herren! Ich muß gestehen, ich habe bieser Rebe einen Beifall nicht spenden können, und wenn ich es getan hatte, mare es lediglich geschehen, um ben ästthetischen Genuß zu kennzeichnen, ben mir die Redeweise des Herrn Naumann bereitet hat. Herr Naumann hat den Ausbruck "Umsturz" als poetisch bezeichnet, und wenn ich die glänzende prosaische Rhetorik des Herrn Raumann nun poetisch ausdrücken will, so schien mir, soweit ich feine Wortspiele verftanden habe, der Sinn feiner Ausführungen der zu fein, daß er das Zusammengehen der agrarisch = mittelständisch = großindustriellen Kreife als ein unnatürliches darstellte, sowie daß er das Bestreben der Staats= regierung, sich auf diese Kreise zu ftüten, in bas Lächerliche zu ziehen suchte, weil es eben ein unnatürliches Bufammengehen fei. Meine Berren! Diese Auffaffung zeigt mir die Tiefe ber Kluft, die zwischen Berrn Naumann und meinen Berufsgenoffen besteht. Ich halte bas Zusammengehen biefer brei Rreife für ein burchaus natürliches; benn sie sind burch ein großes gemeinsames Interesse miteinander verbunden. Dieses gemeinsame Inter= effe ift die Aufrechterhaltung unferer bestehenden Wirt= ichaftsordnung, für bie mir gang und voll eintreten. Die Summe ber Einzelinteressen dieser drei Gruppen, ber Landwirtschaft, des Mittelstandes und ber Großinduftrie, ift ber wesentlichste Bestandteil ber Staatsintereffen, und es ift aus diesem Grunde nur natürlich, wenn sich ber Staat auf diese staatserhaltenden Kräfte stütt, und meiner Ansicht nach ist bas die einzige Stute, auf die er fich verlaffen fann.

Auch die Kartelle kämpfen für die Aufrechterhaltung unserer heutigen Wirtschaftsordnung, und dadurch ist meiner Ansicht nach das Berhältnis des Staates zu den Kartellen gegeben. Wir wollen kein Monopol, wir wollen ebensowenig eine Ausschaltung des freien Wettbewerbs, nur eine andere Form desselben.

(Heiterkeit.)

Und unser Hauptzweck ist endlich nicht die Erhöhung der Preise. Ich sehe zu meinem Bedauern, meine Herren, daß Sie diese Bemerkung von mir nicht ganz ernst zu nehmen scheinen; aber tatsächlich sind die Verhältnisse so, wie ich sage. Herr Kirdorf hat gestern ganz richtig die Kartelle als Kinder der Not hingestellt. Die außerordentlichen Vorteile, welche das Prinzip der Gewerbefreiheit der Industrie gebracht hat, indem es sie aus beengenden Fesseln befreit hat, erkennen wir an; aber die Gewerbefreiheit hat auch sehr große Nachteile im Gesolge gehabt, und diese Rachteile treten umsomehr in die Erscheinung, je größer unsere Betriebe sind, je umfangreicher ihre Produktion ist. Meine Herren! Es ist doch ein großer Unterschied, ob zwei Staaten im Range von Bulgarien und Serbien sich in die Haare geraten,

oder ob zwei Weltmächte wie Nußland und Japan miteinander Krieg führen. Im letzteren Falle werden die Grundfesten sämtlicher Kulturstaaten erschüttert. So ist es auch ein außerordentlicher Unterschied, ob der Konkurrenzkampf unter kleineren oder unter großen Betrieben zu Tage tritt. Die Kreise, die der Konkurrenzkampf zwischen Großbetrieben zieht, gehen viel weiter und treffen vielmehr die Allgemeinheit, als der Wettbewerb in den unbedeutenderen Industriezweigen und unter Kleinbetrieben.

Es ist soviel gesprochen worden über die Verschleuberung von Rohmaterialien nach dem Ausland, und wenn in der letzten Zeit diese Klagen weniger laut geworden sind, so ist das eben darauf zurückzuführen, daß der freie Wettbewerb unter den Werken ausgeschaltet wurde. Gerade diese berechtigte Beschwerde der Verschleuberung von Rohmaterialien nach dem Aussland ist eine Folge der Gewerbesreiheit gewesen, indem die großen Werke sich untereinander auf dem Weltmarkt unterboten.

Was unsere Stellung zu ber Monopolwirtschaft anlangt, so fagte ich schon, daß wir nicht das Bestreben haben, auf ein Monopol hinzusteuern. Wir haben lediglich bas Bestreben, möglichst viele Werke uns anzugliedern, damit wir eben unfere Kartellzwecke erreichen können. Daß dadurch eine monopolähnliche Stellung erreicht werden könnte, gebe ich zu. - Ich kenne aber nicht ein einziges Kartell, welches ein Monopol in händen hätte; wohl aber find fehr viele Einzelwerte und Fabrifen bekannt, welche Monopole in Sänden haben, speziell in der chemischen Industrie. Meine Berren! Berr Geh. Rat Kirdorf wies schon gestern barauf hin, daß, wenn ein Kartell ein faktisches Monopol hatte ober wenn es wenigstens eine monopolähnliche Stellung hätte, es fich bann schon hüten murbe, biefe Stellung auszunuten, weil eben die schädlichen Folgen einer übermäßigen Ausnutung sich fehr bald bemerkbar machen murben. Er fagte meiter, daß es nicht ber Endzweck der Kartelle sei, eine Erhöhung der Breise zu erstreben, sondern eine Erzielung angemessener Preise. Über das, mas angemessen ist, werden ja die Meinungen auseinandergeben. Es kommt für die Rartelle darauf an, daß die syndizierten Betriebe nicht, wie das jahrelang im freien Wettbewerb ber Fall gewesen ist, mit Verluft arbeiten. Die Werke wollen in der Hauptsache ihre Produktionskoften beden und eine mäßige Verzinsung ber Kapitalanlagen erzielen, und das ift das, mas wir Kartellleute unter angemeffenen Preisen verstehen. Die Hauptsache, auf die es ankommt, und die namentlich für den Stahlwerksverband der leitende Gesichtspunkt ift, ift nicht die Erzielung höherer Preife, fondern dafür zu forgen, daß die Arbeiter in allen unseren Betrieben — wir haben gegen 200 000 Arbeiter — regelmäßige Beschäfti= aung haben. Wir waren jest in der Lage gewesen, bei der aufsteigenden

Konjunktur unsere Halbzeugpreise zu erhöhen. Wir haben cs nicht getan, weil wir die wirtschaftspolitischen Gründe, die dagegen sprachen, für ausschlaggebend hielten. Geschäftliche Gründe hätten eine Erhöhung der Preise ganz entschieden diesmal gerechtsertigt.

Meine herren! Wenn man nun glaubt, daß bei Meinungsverschiedenheiten über Preise zwischen und unseren Abnehmern eine ftaatliche Preisfestsetzungstommiffion in der Lage mare, Die "angemeffenen" Preise fest= zustellen, so halte ich bas theoretisch für möglich, in der Praxis aber un= burchführbar. Wir haben im Stahlwerksverband eine besondere technische Rommiffion, und ihre Sauptaufgabe besteht in der Festsetzung der Preise, bie mir unsern Mitgliedern zu verguten haben, bas find die Breise, welche ben Broduktionskoften entsprechen. Die Festsetzung ber Preise findet auf Grund forgfältiger und häufig recht schwieriger Berechnungen ftatt, welche in den Sitzungen, zu denen die herren zusammenkommen, eingehend bebattiert merben und öfters zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben, bis die mittlere Linie gefunden ift. Das beweift doch, wie außerorbentlich fompliziert es schon für diese in der Pragis stehenden Männer ist, die Preisberechnungen zu machen. Nehmen Sie nun an, daß in diefer Breisfestefgenagkommission sogenannte unparteiische Sachverständige und Staatsbeamte siten. Ich weiß wirklich nicht, wie diese in der Lage sein follen, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen; inzwischen kann aber doch unser Berkauf nicht ruhen. Ich halte ben Borschlag für unausführbar.

Herr Pfarrer Nauman kam auf das eigentliche Thema zu sprechen, das Berhältnis der Kartelle zum Staate, und er führte da meiner Ansicht nach sozialpsychologisch ganz richtig aus, daß das wirtschaftliche Machtgebiet der Kartelle der Staatsregierung unbequem und ungemütlich werde. Der Staat verfügte disher allein über alle Machtmittel, und nun kommen mit einem Male große wirtschaftliche Organisationen, welche ihm in seine Machtsphäre einzugreisen scheinen. Ich möchte demgegenüber darauf hinweisen, daß bei den Kartellverhandlungen wiederholt hervorgehoben ist, daß die Kartelle und Syndisate sich ihrer wirtschaftlichen Machtstellung, die sie einnehmen, wohl bewußt sind, daß sie aber auch wissen, daß diese Machtstellung ihnen Pflichten auferlegt, und daß sie es vermeiden würden, ihre wirtschaftliche Machtstellung in Biderstreit zu bringen mit der Autorität des Staates und mit der Staatsgewalt. Das ist auch gestern schon von Herrn Geheimrat Kirdorf ausdrücklich hervorgehoben worden.

Dagegen hat Seine Erzellenz Herr von Rottenburg eingewandt, ob benn irgend welche Garantien dafür gegeben seien, daß diese Grundsätze auch zur Durchführung gelangen. Ja, meine Herren, positive Garantien sind bafür

natürlich ebensowenig gegeben, wie es eine Garantie bafür gibt, baß irgend eine Regierungsvorlage bei ben Parlamenten die erforderliche Majorität erlangt. Wenn es aber auch keine positiven Garantien gibt, so gibt es boch gewisse Korrektive. Es ift eine Tatsache, daß in jedem Kartell neben ben "Beißspornen" sich auch biejenigen befinden, die gestern als "Mäßigkeitsapostel" bezeichnen murben, und biese Mäßigkeitsapostel, wenn sie auch manchmal die Majorität der Mitglieder nicht auf ihrer Seite haben, werden doch immer in der Lage sein, ihre Anschauungen zum Durchbruch zu bringen. Meine Erfahrungen in der Praxis rühren ja nicht von fehr langer Zeit her. aber ich kann doch schon die Tatsache feststellen, daß oftmals eine weitblickende politisch geschulte Minorität der Mitglieder ihre Anschauungen gegen bie Majorität durchzuseten wußte. Wenn es einmal zu einer Kartellgeset= gebung kommen sollte, so würde meiner Ansicht nach eine wichtige Bestimmung die sein muffen, ein Normalstatut festzuseten, welches ben Unschauungen der Minorität bei ber Fassung von Beschlüssen größere Berücksichtigung angebeihen läßt.

Ein weiteres Korrektiv scheint mir endlich darin zu liegen, daß die Regierung ihre volle Aufmerksamkeit den Kartellen zuwendet, und daß sie es versteht, vermöge der ihr innewohnenden Autorität einen maßgebenden Ginssluß auf die Industriellen auszuüben.

Meine Herren! Sie glauben ja, daß alle diese Korrektive nicht außzureichen scheinen, und Sie verlangen eben Garantien; diese sollen darin gefunden werden, daß gesetzliche Maßnahmen gegen die Kartelle getroffen werden. Sie sind mit wenigen Außnahmen — diese Überzeugung habe ich auß Ihren gestrigen Aufstellungen erhalten — der Ansicht, daß die Kartelle nicht als gemeinschädlich zu verbieten seien, daß sie unter Umständen notwendig seien gegenüber der außländischen Konkurrenz; aber Sie verlangen, daß sie unter ein besonderes Gesetz gestellt werden. Sie kommen damit zu demselben Ergebnis wie der Juristentag. Es ist nun eine auffallende Erscheinung, daß Sie zwar in diesem einen Punkte einig sind, daß aber, sobald es sich um praktische Außsührung handelt, Ihre Meinungen außerordentlich weit außeinandergehen.

(Sehr richtig!)

Ich habe eigentlich von keiner Seite eine zustimmende Außerung zu den Borschlägen des Herrn Professor Schmoller gehört. Es wurden Gegensvorschläge gemacht, aber auch diese wurden von keiner Seite befürwortet. Nun, meine Herren, von meinem Standpunkte aus habe ich natürlich keinen Anlaß, mir Ihre Köpfe darüber zu zerdrechen, was Sie gegen uns als gesetzliche Maßregeln vorschlagen wollen. Wir werden erst dann, wenn ein

Kartellgesehentwurf vorliegt, zu dem Entwurf Stellung nehmen. Ich bin aber der Ansicht, der ich auch seinerzeit in der Kartellsommission Ausdruck gegeben habe, wenn nur zwei oder drei Gerechte unter den Kartellen sind, bedarf es keiner Kartellgesetzgebung.

Professor Max Weber (Heidelberg): Meine Hernen! Ich habe lediglich beshalb das Wort ergriffen — benn alles Wesentliche, was ich sagen wollte, ist gestern gesagt worden —, um noch einige Einwürfe gegen die Vorschläge zu machen, die unser verehrter Herr Referent gemacht hat. Es ist sehr viel leichter, meine Herren, das schicke ich voraus, einen einmal vorliegenden Vorschlag zu kritissieren, als selbst einen solchen zu machen, und wir alle müssen dem Herrn Referenten, unserem verehrten Lehrmeister — wenn er auch mir diese Bezeichnung gestatten will, trozdem ein unmittelbares Lehrverhältnis nicht bestanden hat —, dafür dankbar sein, daß er sich entschlossen hat, mit einem positiven Vorschlag, der, wie ich glaube, geeignet ist, gerade prinzipielle Auseinandersehungen zu ermöglichen und herbeizuführen, hervorzutreten.

Ich möchte zunächst einige praktische Bedenken gegen einen Sauptpunkt Dieser Borschläge geltend machen, daß nämlich staatlich approbierte Direktoren in die Aktiengesellschaften mit über 75 Millionen Kapital hineingesett werden follen. Es ist bas ja nicht ein so seltsamer Borschlag, wie gestern angenommen worden ist, es ist nicht so gemeint, daß da irgend ein Affessor als Kontrolleur hineingesett werden solle, sondern Berr Professor Schmoller hat fich bas offenbar fo gedacht, bag geeignete Randidaten für Direktorenstellen innerhalb eines gewissen Umfangs staatlicherseits nach der Wahl approbiert ober vor der Wahl als Randidaten zugelaffen werden follen. Aber, meine Herren, abgesehen von den Gründen, die schon geltend gemacht worden find, scheint mir aus gemissen einfachen politischen Motiven biefer Vorschlag nicht realisierbar. Man stelle sich vor: Die Deutsche Bank ist eine Aktiengesellschaft mit über 75 Millionen Kapital. Nun sollen barin staatlich approbierte Direktoren sigen. Sest kommt die ruffische Regierung - nehmen wir mal an -, und will von ber Deutschen Bank eine Unleihe haben ober eine andere Regierung mährend eines Krieges. Das ist eine politische Un= gelegenheit. Ift es disfutabel, unter folchen Verhältniffen die Regierung in die Berantwortlichkeit hineinzuverwickeln, direkt oder indirekt, ganz ebenso wie sie für die Reichsbank verantwortlich gemacht wird? Es ist ja ganz richtig, daß politische Unleihen sich sehr selten ohne direkte oder indirekte, hinter den Ruliffen geübte Einwirfung der Regierung vollziehen. Aber von da bis zu diesem formellen hineinseten staatlich approbierter Direktoren in eine Bank und damit der Übernahme der Berantwortlichkeit für das, mas bie Bank tut — und es handelt sich ja nicht bloß um politische Maßregeln, sondern auch um die Schätzung, die das Publikum dann den Emissionen einer solchen Bank entgegenbringen wird —, ist doch noch immer ein weiter und sehr gewagter Schritt, an welchem meiner Meinung nach der Borschlag in der Form, wie ihn Herr Professor Schmoller gemacht hat, uns bedingt scheitern müßte.

Nun aber entsteht weiter die Frage: gesetzt ben Fall, es murde eine folde Gesetzesbestimmung gemacht, wer wird dann nun in diese Direktoren= stellung fraft dieses Gesetzes hineinlanciert werden? Herr Professor Schmoller hat in einem gewissen äfthetischen Widerwillen, den wir gewiß alle mit empfinden, von dem "Parlamentsgerede" gesprochen. Es ist nun aber heute einmal so, daß die großen staatsmännischen Taten nicht mehr durch Dreinschlagen mit dem Schwert auf dem Schlachtfeld geleistet werden, sondern sie nehmen die höchst prosaische Figur von Tintentropfen und Papier ober von Schallwellen an (Heiterkeit), — von Parlamentsgerede oder Akten= schreiberei. Welches von beiden das afthetisch Erfreulichere ift, ift Geschmackssache. Für den vorliegenden Fall aber möchte ich doch sagen: das politisch Bedenkliche im Barlamentarismus ist nicht das Parlamentsgerede, sondern Die Barlamentspatronage, Die fich hinter ben Ruliffen vollzieht, und Die gerade unferm Scheinkonstitutionalismus fo fehr charakteristisch ift. habe mit vollem Herzen bem zugestimmt, mas herr Professor Schmoller gelegentlich im Herrenhause barüber gesagt hat. Nun benken Sie aber an die Chancen, die sich der Parlamentspatronage da eröffnen mürden, wenn der Staat in der Lage ift, den Herren, die diese Batronage genießen, zu Pfründen in den großen Aftiengesellschaften zu verhelfen, wenn für allerhand agrarische Bolitiker — will ich unter den gegenwärtigen Konstellationen einmal fagen -, die da in ihren Kreditorganisationen usw. im Often mehr oder auch minder brauchbar gewesen sind, jetzt die Chance erwüchse, ihre Hand hineinzustecken in die Deutsche Bank oder in ähnliche Institute. mag diese Befürchtung etwas übertrieben klingen, ich muß aber mit beschränkter Redezeit sprechen und muß deshalb in der Form etwas über= treiben.

# (Beiterkeit.)

— Ich sage ganz offen, ich treibe die Dinge auf die Spitze, ich kann nicht anders. — Das oder etwas Ahnliches ist es aber doch, was die Konsequenz eines solchen Vorschlags sein wurde.

Denn meine Herren, wir wollen uns doch barüber nicht täuschen: wir haben nach ber vorhandenen Machtlage feinen parlamentarischen Staat, wir

haben nicht die Vorzüge des Parlamentarismus, die andere Länder haben, aber wir haben alle die Nachteile.

# (Sehr richtig!)

Wir haben die Parteiherrschaft bei uns ebenso gut wie anderswo. Diese Parteiherrschaft vollzieht sich bei uns als ein Wechsel der Hofmoden unter dem Druck dynastischer und aller möglichen anderen Interessen; aber diese Parteiherrschaft ist hier sogut wie irgendwo auf der Welt. Wer das nicht sieht, ist meiner Meinung nach politisch blind.

# (Sehr richtig!)

Ich glaube auch, daß Herr Professor Schmoller wenigstens für die Gegenwart biese Tatsache nicht in Abrede stellen wird.

Es scheint mir danach zweifelhaft, ob die Chance eine große ist, daß in solche Stellen berjenige Typus von Menschen hineinkommt, ben Berr Professor Schmoller als Altruiften bezeichnet hat im Gegensatz zu ben Gelbmachern. Aber, meine Herren, ich fnüpfe baran bas weitere Bedenken, ob benn dieser Gegensat in dieser Art überhaupt aufrecht zu erhalten ift. Es ift bas ja ichon an fich eine nur vorläufig gemachte Unterscheibung, bie, wie er selber zugeben wird, doch fehr verschiedene Nuancen gestattet. bestreite aber auch prinzipiell, daß fie in dieser Art zulässig ist. Es gibt boch auch Eifenbahnminister, die nichts als Geldmacher — dabei aber sicherlich Altruisten — sind. Es gibt auch Landwirtschaftsminister, die nicht selbst Geldmacher, aber Agenten von Geldmachern find, die sich ganz ebenso als Bertreter einer bestimmten Bolksgruppe fühlen, wie etwa ein tichechischer Landsmannminister in Österreich, nur daß dieser ideelle Interessen vertritt und der andere eben Geldintereffen und weiter aar nichts. Und auf der anderen Seite trifft es nicht zu, daß der amerikanische Schöpfer eines Trufts als Mensch ein Banause mare, ber nichts weiter als bas Gelb um bes Gelbes willen liebe. Die Pfychologie diefer Herren ift benn boch eine etwas verwickeltere. Ich habe mahrlich keinen Unlaß, mich für fie als Blüten ber Menschheit ins Zeug zu legen. Man wird aber wohl fagen muffen, daß fie Leute find, die hypnotifiert von dem Chrgeiz, das Unerhörte möglich zu machen, ben Geldwert als Sport behandeln, daß Männer wie Carnegie, Morgan weit bavon entfernt find, im einzelnen Fall fo fehr auf bas Geld, was sie verdienen, zu sehen, wie die große Mehrzahl unserer deutschen Kartellmitglieder es tut, nicht etwa wegen sittlicher Minderwertigkeit, sondern unter bem Druck ber Notwendigkeit gang einfach tun muß. Und fie haben ben großen Vorzug, daß sie nicht, wenn man von Arbeiterorganisationen fpricht, fich hinstellen und fagen: "Dann fpiele ich nicht mehr mit." Ich

muß also aufs entschiedenste bestreiten, baß biefer Gegensat in ber Beise formuliert werden kann, wie Schmoller es tut.

Run aber komme ich weiterhin noch zu etwas prinzipielleren Gefichts= punkten, bei benen es fich in letter Linie wieder um Gegenfate ber Werturteile handelt. Ich muß beshalb vorweg meinem verehrten Kollegen Professor Liefmann bestreiten, daß bas, mas er gestern bei seinen Er= örterungen über die Aufgaben der Jurisprudenz auf dem Gebiete des Kartellwesens gesagt hat, zutreffend ist, und in voller Übereinstimmung mit bem Berrn Borredner, Berrn Regierungerat Bolder, erklären, es gibt feine Wissenschaft und am wenigsten ist die Jurisprudenz eine folche, welche das Gelten irgend eines Werturteils und bas Seinsollen irgend eines Rechtssates anzubemonstrieren vermag. Diejenigen Juriften, die versucht haben, eine folche Rolle für sich als Juristen in Anspruch zu nehmen, sind für mich die gottverlaffenfte Gefellschaft, die es auf der Welt gibt. Wenn irgend jemand nicht geeignet ist, über bas Seinfollen zu entscheiben, ist es ber Surift. ber, will er ein Mann seiner Wiffenschaft sein, Formalist zu sein verpflichtet Ich darf das umsomehr fagen, weil ich selbst das zweifelhafte Beranügen gehabt habe, als juriftischer Professor Referendare zu examinieren. und also glaube, über die Eigenart des Juriften und seine Psychologie burch Selbstbeobachtung einige Erfahrung zu haben. Was man Juriften fagen fann, ift immer nur bas: Wenn ihr bas und bas wollt, bann gibt es bazu bie und die juriftisch-technischen Mittel, und auf diese bescheibene Stellung follte man ben Juriften ebenfo beschränken, wir wir uns Nationalökonomen wenn wir als folche reben, barauf beschränken follten. Denn, meine Berren, ich mußte mich bagegen vermahren, daß ich, wenn ich hier rebe, in meiner Eigenschaft als Mann ber Wiffenschaft spreche. Bier spricht ber Mensch und weiter aar niemand, und was ich fraft wissenschaftlicher Arbeit weiß, ist Material, das ich lediglich verwende, um die Möglichkeit der Durch= führbarkeit eines Ideals und die mahrscheinlichen Folgen seiner Durchführung abzumägen, aus welchem eben der Wert jenes Ideals felbst nie und nimmer beduziert werden fann.

Dies vorausgeschickt, möchte ich also noch zu einigen prinzipiellen Auseinandersetzungen kommen mit dem, was Professor Schwoller über seine allgemeine Stellung zum Staat, über die Chancen, welche der Staat hat, im Berkehr mit den Kartellen zu Resultaten der von ihm gewünschten Art zu kommen, ausgeführt hat. Meine Herren! Die großen Arbeiten des Herrn Professor Schwoller über die Geschichte des preußischen Beamtentums gehören, wie ich wahrlich nicht erst hier auszusprechen brauche, zu den Schriften CXVI. — Berhanblungen 1905.

klassischen Besitztümern unserer Wissenschaft, sie haben uns beeinflußt und werden uns beeinflussen, so lange wir wissenschaftlich denken. Aber auch hier gilt der Satz Goethes: "Bir alle leben vom Bergangenen und gehen am Bergangenen zu grunde." Es ist aber die Frage, ob der empirisch gegebene preußische Staat, wie er heute ist, wie er aus der Bergangenheit uns übersommen ist und sich jetzt entwickelt hat und entwickelt, ob der qualifiziert ist, die Aufgaben zu erfüllen, die ihm Herr Professor Schmoller in vorsichtiger Beise, andere in radikaler Beise, nämlich durch die Forderung der Verstaatlichung, zuweisen wollen. Meine Herren! Sehen wir uns den Charakter der heutigen preußischen Staatsleitung doch an. Bas für Leute sitzen denn heute auf den Ministersessen, Ganz vortressliche Leute in ihrer Art, aber diese Art heißt: matter-of-fact-men, business-men. Meinen verehrten Vetter Möller brauche ich als Typus eines solchen ja kaum zu nennen. Keiner von den Herren, die heute auf den Ministersessen, wird doch den Anspruch erheben, ein Staatsmann zu seine.

(Heiterkeit.)

So etwas gibt es boch heute gar nicht mehr.

(Beifall.)

Es sind matter-of-fact-men, die sich gegebenen Situationen, durch bynastische Bunfche und andere Umftande gegebenen Situationen anzupaffen wissen, anpassen muffen, und es ist charakteristisch genug, daß einer bieser Herren — und keiner ber übelsten — nachbem er zum Minister befördert war, fich barüber beklagte, wie fchlimm es fei, bag er fich bis babin fo häufig in der Öffentlichkeit über die schwebenden Fragen ausgesprochen habe. Man follte glauben, bas mare außerst angenehm, weil man bann boch miffe. welches Programm eben nun der Minister vertritt. Aber Gott bewahre. es ist umgekehrt höchst fatal, daß man weiß, mas er gedacht hat (Seiterkeit); benn er muß sich ja gang anderen Anschauungen anbequemen. Es kann aus Gründen, die in der veränderten Technif und Ökonomik unserer Gesell= schaft und unseres Staates liegen, heute fein anderer als ein business-man, im beften, ehrlichften, respektabelften Sinne bes Wortes, aber eben ein business-man, fich auf bem Ministerposten halten, und unter biesen Umftanden halte ich diefe Intereffengemeinschaft des Staates mit den Berren Großindustriellen für äußerst bedenklich, wie sie nach den Vorschlägen des Herrn Professor Schmoller eintreten würde, der ein starkes Eingreifen des Staates in die Kartelle durch Realementierung der Kartelle und durch Gintritt in die Kartelle befürmortet. Denn mas wird dabei herauskommen? Ein fehr intelligent geschriebener Artifel meines Herrn Vorredners in der beutschen Wirtschaftszeitung enthält unter anderem die Säte:

"Der Regierung kann es unmöglich gleichgültig sein, wenn so bebeutende Unternehmerverbände ihr mißtrauisch gegenüberstehen." und weiter:

"Ihre — der Regierung — Aufgabe muß dahin gerichtet sein, durch politische Geschicklichkeit auf die bedeutenden Männer der Industrie einzuwirken, sie politisch zu erziehen und sie für ihre weitergehenden Pläne zu gewinnen."

"Es wird — so heißt es weiter — sehr bedauert in industriellen Kreisen, daß das schöne Bertrauensverhältnis, wie es zur Zeit des wirtschaftlichen Ausschusses zwischen Regierung und Industrie bestand, eine so bedauerliche Abschwächung erfahren hat."

Ich glaube, die ganze öffentliche Meinung Deutschlands mit Ausnahme dieser Herren, die dem wirtschaftlichen Ausschuß angehörten, ist der gerade entgegengesetzten Ansicht und hat es aufatmend begrüßt, als diese Liaison hinter verschlossenen Türen endlich ihre Endschaft nahm.

Nun aber, meine Herren, machen wir uns noch konkreter flar, mas denn der Eintritt des Staates - mein Bruder hat gestern Abend schon bavon gefprochen — in die Interessengemeinschaft mit ben Syndifaten, speziell auf bem Gebiete bes Rohlenbergbaus bebeuten murbe! Der Staat hat heute schon Rohlenbesit in erheblichem Umfang. Ift es benn etwa fo, baß er in irgend einem öfonomischen ober sozialen Sinne hier mustergultig vorangegangen wäre? Ift er in ber Preispolitik etwa muftergultig gewesen für das Syndifat? Er hat es ja eher noch toller getrieben als irgend ein privates Syndikat. Und wie steht es sozialpolitisch? Ich habe mit ber munichenswerten Deutlichkeit meine biesbezüglichen Werturteile vorgestern ausgesprochen und möchte nur hinzufügen, daß doch unvergeffen sein wird in der deutschen Sozialgeschichte jene Szene vor einem Gericht des Saargebiets, wo ber als Zeuge aufgerufene Bergmann fragte: "Wiffen Sie, ob ich nicht abgelegt werde, wenn ich hier die Wahrheit fage?" und wo der babei sitzende Herr Oberbergrat Hilger, auf den fich aller Augen mandten schwieg! Das, meine Berren, läßt wieder barauf schließen, welche Eigenichaften bes Charafters ber Staat an ben Arbeitern in feinen Saararuben guchtet. Wir haben nicht bas geringste Interesse baran, bag ein Staat von folden Qualitäten heute feinen Bergwerksbesitz erweitert, womöglich in die Syndifate eintritt, ober überhaupt irgend einen Ginfluß irgendwelcher Art im Wege einer Interessengemeinschaft mit großindustriellen Berbanden auf Die sozialen und ökonomischen Berhältnisse gewinnt. Die sozialpolitischen Ansichten seiner Beamten werden badurch gewiß nicht gewinnen. Und wenn er etwas machen kann — ich kann mich ba meinem Bruder nur anschließen —

auf dem Gediet der Preisfrage, so ist es die gelegentliche Konkurrenzierung des Syndikats, und dazu gehört von seiten des Staats absolute Freiheit von jeder Bindung an irgendwelche Gemeinschaft mit ihm. Will aber der Staat, um dies letztere besser zu tönnen, seinen Besitz erweitern, dann halte ich schon das für ein öffentliches Skandalon, daß er, um sich einen Grubenbesitz wie den der Hibernia zu verschaffen, das im Weg der Vershandlungen tut und nicht im Weg der Expropriation, daß er nicht entweder einsach die Kadinettsordre dazu extrahiert, um zu expropriieren, oder, wenn er glaubt, sie nach der Lage unserer Gesetzgebung nicht extrahieren zu können, sich durch Reichsgesetz die Möglichseit dazu geben läßt, und unter allen Umständen mit den Herren nicht paktiert, die ohnehin einen Staat im Staate bilden. Und damit, meine Herren, komme ich zum Schluß— denn alles Wesentliche ist im übrigen mir vorweg genommen — noch zu einigen kurzen Bemerkungen, die sich gegen einiges, was diese Herren hier gesagt haben, richten.

Wieberum, wie schon so oft, haben sich die Herren der großen Verbände dem Staat, mit dem sie, wie wir hörten, so gern ein "Vertrauensverhältnis" haben möchten, auch als die Retter gegenüber dem Umsturz angetragen. Wie stimmt es nun aber damit, wenn gestern Herr Geheimrat Kirdorfsagte: lieber als eine christliche Gewerkschaft ist mir die Sozialdemokratie. Das sind ja eigentümliche Hüter des Staats gegen den Umsturz. Und doch ist gerade diese Außerung, meine Herren, ganz undewußt ein höchst bezeichnender Ausdruck der wirklichen Ansichten dieser Herren; denn so liegen doch die Berhältnisse, daß man fragen muß: Haben denn wirklich die Vertreter der großen Industrie und die mit ihnen auf sozialpolitischem Gebiet verbündeten agrarischen Parteien ein Interesse daran, daß die Sozialsdemokratie zurückgedrängt wird? Jeder politisch Denkende muß sich doch sagen: Nein, gerade im Gegentel, jede sozialistische Null mehr im Reichstag, die aus Kosten sozialreformischer Parteien hereinsommt, ist barer Gewinn für sie.

(Sehr richtig!)

Jebes Anschwellen bes Rabikalismus in der Sozialbemokratie, jedes Anschwellen der Sozialbemokratie auf Kosten des Liberalismus, vollends des sozial gefärbten, bedeutet für sie bares Geld, ganz ebenso wie es anderseits für die Pfründner in der Sozialdemokratie bares Geld bedeutet, wenn wir reaktionäre Politik machen. Und anderseits; hat etwa irgend einer der zahlreichen Leute, die pekuniär davon abhängig sind, daß die sozials demokratische Partei wächst in ihrer Zahl, daß die Abnehmerkreise der sozialdemokratischen Zeitungen usw. wachsen, ein Interesse daran, daß

ber Staat soziale Politik treibt. Je enger er sich mit bem Besit verbrüdert. je mehr er in Intereffengemeinschaft mit Syndifaten gerät, je reaftionarer feine Politif ift, befto beffer für die materiellen Intereffen biefer Leute, - benn auch die Sozialdemokratie wird fich fclieflich gefallen laffen muffen, daß man ihre Bertreter nach ihrem eigenen sogenannten materia= listischen Deutungsprinzip einmal unter die Lupe nimmt. Reaftionäre Politif bedeutet für die Pfründner bares Geld. Es besteht also bei aller ökonomischen Spannung zwischen niemand politisch eine größere Interessengemeinschaft als zwischen ben Bertretern ber Interessen bes Agrarkapitalismus und berjenigen ber Syndikate, die wir hier gehört haben auf ber einen, und ben Bertretern ber Sozialbemokratie auf ber andern Seite (Sehr richtig!), und es grenzt an Naivität, wenn ein Diplomat wie Fürst Bulow immer wieder glaubt, auf die konservative Partei 3. B. Eindruck zu machen, wenn er im Reichstag ober sonst ihr zurebet, ihm doch ja ein gewisses Minimum von Sozialpolitif zu gestatten, damit die Sozialdemokratie nicht anwüchse. Jebermann kann wissen, daß das gerade die umgekehrte Wirkung bessen ausüben muß, mas Fürst Bulow mit seinen Außerungen bezweckt.

Ich bin bamit am Schluffe, meine Berren, und möchte mir nur noch erlauben, im Unschluß an bas zulett Gefagte mich mit einer furzen Bemerfung zu wenden gegen bas, mas geftern ber herr Rollege Wilbrandt aus Berlin mir in fehr freundlicher Form entgegengehalten hat bezüglich einiger meiner Außerungen von vorgestern. Ich habe damals die Bertreter ber Gewerkschaften als Träger bes Ibealismus bezeichnet im Gegensat zu ber Entwicklung, welche die sozialdemokratische Partei durchmachen werde. 3ch betone ausdrücklich, ich habe nicht von der Gegenwart gesprochen und nicht von ben Personen. Ich weiß sehr wohl, daß ohne politisches Arbeiten ber bloke business-Gewertschaftsmann, der matter of fakt-man, den wir in England und Amerika kennen, ein arger Banause ift und daß ohne alle politische Betätigung ber Arbeiterschaft ber Schwung bes Aufwärtsstrebens aus den Maffen überhaupt verschwinden murde. Aber ich habe bavon aefprochen, mas unter bem Drud zwingender Berhältniffe, unter bem Drud vor allen Dingen jenes Gefühls völliger Dhnmacht, welches, wie jeder weiß. der hinter die Kuliffen fieht, in den leitenden Rreifen der sozialdemokratischen Partei herrscht — ihre Vertreter murden das selbstverständlich bestreiten, es ift aber doch so -, aus ber Partei werden muß. Es kann nichts anderes baraus werben als eine Partei amerikanischen Genres, eingeschworen auf einige Formeln, auf einige wenige Schlagworte, die fie festhält, im übrigen aber eine Bartei, die schlechthin um ihrer felbst und ihrer Pfründner willen eristiert und wo gang ebenso, wie der Arbeiter in der Fabrif nach der Theorie

ber Herren vom Syndikat sich ducken soll, wie diese selbst und wir alle uns im Staate ducken sollen, sich alles in der Partei vor den saktisch in der Macht sitzenden Parteidossen duckt. Gelernt haben die Leute diese Charakters losigkeit ja in unserem Staat wie er ist, in dem Kasernencharakter unserer Fabrikbetriede. Und angesichts dieser unvermeidlichen Entwicklung sage ich nun: wie in Amerika heute das allmähliche Auskommen einer sozialdemoskratischen Partei den Protest des vom Idealismus gegen den Nichtssalssbusiness-man des Gewerkschaftlertums bedeutet, so dedeutet umgekehrt dei uns infolge unserer ganz anderen Verhältnisse das Auskommen und die Stärkung der Gewerkschaften die Gewähr politischer, männlicher, freier Unsahängigkeit innerhalb der Partei, — nicht, wie ich schon vorgestern sagte, außerhalb der Partei. Das allein ist es, was ich den Gewerkschaften vorsgestern habe nachrühmen wollen.

(Lebhafter anhaltender Beifall.)

Dr. Bogelftein (München): Meine Berren! Berr Professor Schmoller hat in seinem Referat nicht nur das Kohlensyndikat und den Stahlwerks= verband behandelt, sondern er ist im allgemeinen auf die Frage der Kartelle eingegangen. In der darauffolgenden Diskuffion ift ihm kaum ein Redner barin nachgefolgt. Ich glaube, es ift bas baraus zu erklären, bag uns in Wahrheit gar nicht so fehr bas Kartell interessiert als bas Monopol. Seben wir und die Berhandlungen über bas Drudpapiersynditat an ober die Berhältniffe im Verbande westbeutscher Baumwollspinner, so feben wir: bas ift weiter nichts als die Ausnützung einer gunftigen Konjunktur durch die Produzenten. Es gab guten Absat und wenig Borrate, und infolgedeffen schraubten fie die Breise in die Bobe. Dann tam der Ruckschlag, es ent= standen soundsoviele neue Werke, und heute geht es ben Druckpapierleuten mindestens so schlecht wie früher. Das ist keine Anderung des Wirtschafts= systems, das ist das alte Prinzip der freien Konkurrenz in etwas anderer Form. Bas uns heute fo intereffiert, bas find die Abhängigkeitsverhaltniffe, die durch Monopole geschaffen werden, nicht etwa zeitweise Preiserhöhungen, die für den Augenblick vielleicht das frühere Verhältnis von Angebot und Nachfrage verschieben, die aber keinen dauernden Ginfluß haben. wir nun die Monopole in betracht ziehen, muß ich bas, mas ich schon früher einmal geschrieben habe 1, wieder aussprechen, daß meiner Meinung nach kein einziger Gegenbeweiß gegeben worden ist, daß bei steigendem Absat fein Monopol sich dauernd hat halten können, wenn die Konkurrenten die

<sup>1</sup> Bgl. Archiv für Sozialwiffenschaft und Sozialpolitik Bb. 20 S. 341.

wichtigsten Produktionsmittel zu konkurrenzfähigen, d. h. zu gleichen Preisen wie die Inhaber des betreffenden Monopols erhalten konnten. Wir haben auch in Amerika kein einziges Monopol, das allein ober hauptfächlich auf der Größe der Kapitalmacht beruht. Die Macht der Standard-Oil-Company beruht einzig und allein auf ihrem Monopol an den Röhrenleitungen, die ihr niemand nachmachen konnte, und es haben interessante Kämpfe statt= gefunden, folche Röhrenleitungen zum Meere durchzuführen. Gine einzige Kompagnie, die dieses Monopol erworben hat, hat sich halten können. Raffinerien konnten alle möglichen Leute errichten. Die konnten mit wenigen Millionen geschaffen werden. Wir sehen es auch noch in einer anderen Beziehung in Amerika. Die großen Linien, die von New-Nork nach Chikago ober zu anderen wichtigen Punkten verkehren, find im Gegensatz zu ben Nebenlinien durchaus nicht konkurrenzfrei. Ich glaube, Berr Professor Schumacher mar es, der behauptet hat, daß sich in Amerika unter Morgans Führung ein Trust gebildet habe, der das gesamte System der Eisenbahnen in einer Sand vereinigt. Das ist nicht richtig. In Amerika gibt es heute noch — man merkt es sofort, wenn man drüben ift — besondere Gruppen, besondere Linien, die sich untereinander bekämpfen, die Frachten abjagen, Rabatte geben ufm.

Wenn also selbständige Monopole bloß auf Grund dieser nicht beliebigen Bermehrbarkeit gewisser Produktionsmittel entstehen können, so hat sich noch eine andere Gruppe von Monopolen gebildet, die ich abgeleitete nennen möchte, das was Herr Professor Schmoller durch die Exklusivverträge schon dargestellt hat. Die Leute, die ein Monopol erhalten haben, dadurch, daß beispielseweise der Walzdrahtverband gesagt hat: wir liefern nur Mitgliedern des Drahtstiftverbandes unsern Walzdraht, diese haben getan, was seinerzeit die freien Grundeigentümer getan haben, als sie sich in den Schutz der großen Grundherrn kommendierten und mit geminderter Freiheit, gemindertem Status eine wirtschaftliche Sicherheit garantiert erhielten.

Wenn uns in der Hauptsache die Monopole interessieren, so ist es erstaunlich, daß der Streit: Kartell oder Trust?, den man lange für begraben hielt, heute wieder so außerordentlich in den Vordergrund der Diskussion getreten ist. Ich glaube, daß das, vielleicht nicht für Herrn Geh. Kat Kirdorf, obwohl auch er sich darüber nicht geäußert hat, sicherlich aber für die Herren Thyssen, Dernburg oder die anderen großen Leute der Berliner Banken eine rein technische Frage ist, wie etwa die Wahl eines 3% ooigen Typus für die Reichsanleihe. Ausschlaggebend ist nicht, wie die Produzenten sormell organissert sind. Wir haben z. B. im Beef-Trust überhaupt keine sessen Organisation. Es sind bloß ein paar Leute, 6 Firmen, die wie die

oberschlesischen Zechenbesitzer eine Urt "Familienkonventifel" abhalten können und untereinander die Sachen bequem abmachen.

Nun hat uns herr Professor Schmoller eine Statistif angeführt, Die zeigen sollte, eine wie außerordentlich große Bedeutung die Trusts in den Bereinigten Staaten haben. Meine Berren! Ich behaupte gang entschieden, die Monopole haben in den Bereinigten Staaten eine viel geringere Bebeutung als in Deutschland. Was drüben alles Truft genannt wird, alle Kompagnien, die 30 % der Produktion kontrollieren, sind reine Jusionen. Herr Professor Liefmann hat schon hundertmal barauf hingewiesen, wieviel Frrtumer baburch erstehen, daß man das Wort Trust für die Bereinigten Staaten als eine monopolistische Organisation auffaßt. Ferner hat herr Professor Schmoller das Kapital dieser Trusts angeführt. Das ist aber boch bas Rominalkapital, bas so ungeheuer vermäffert ist. Und bann noch Man hat immer in Deutschland die preferred shares und die common shares doppelt gerechnet. Das ist nicht richtig. Die preferred shares und die common shares gehören zusammen, sie sind eine Teilung bes Anteils an der betreffenden Unternehmung in ein relativ sicheres Anlage= papier mit — sagen wir — 1% Dividende und in ein Spekulationspapier, das eventuell einen Genufschein darüber hinaus bedeutet. Berr Professor Schmoller hat übrigens die Bahlen diefes Nominalkapitals nicht mit den Rahlen bes Bolksvermögens ber Bereinigten Staaten für basselbe Sahr verglichen, und bei ber immensen Steigerung, Die Dieses Bermögen wirklich erfahren hat, und besonders bei ber Steigerung, die es nach den Statistifen ber Bereinigten Staaten, die allerdings meiner Meinung nach nicht einwandfrei sind, erfahren hat, dürften sich die Zahlen gang anders ausnehmen, als Berr Professor Schmoller angeführt hat.

Übrigens ist ein immerhin bebeutender Teil der Organisationen in den Bereinigten Staaten durchaus auf dem Zoll basiert. Ich din nicht der Meinung, daß der Zoll im allgemeinen eine übermäßige Bedeutung für die Entstehung der Monopole hat; aber in Ländern, in denen der Bedarf dersartig steigt, in denen immer eine Knappheit auf sehr lange Zeiten hinaus vorhanden ist, wie in den Bereinigten Staaten, kann die betreffende Organissation natürlich den Zoll jeden Augenblick voll ausnützen, weil trotzdem immer noch aus dem Auslande etwas eingeführt werden muß. Wenn wir heute in Amerika eine andere Zollpolitik hätten, die wir nach meiner Meinung allerdings nicht so leicht bekommen werden, so würde ein großer Teil der Monopole sich nicht halten können. Das hat auch W. Havemeyer von der American Sugar Resining Company ausgesprochen. Die Bereinigten Staaten sind so groß und haben so kolossaten Silfsquellen, daß gar nicht daran zu

denken ift, daß große Teile des Wirtschaftslebens drüben in absehbarer Zeit monopolisiert werden.

Nun hat Herr Professor Schmoller ganz allgemein die Borteile des genossenschaftlichen Kartells gegenüber dem monarchischen Trust hervorsgehoben. Nun, ich glaube, zunächst ist der genossenschaftliche freie Wille der einzelnen im deutschen Kartell doch ein sehr, sehr geringer. Es ist ja richtig, daß die Leute abzustimmen haben; aber doch nicht in der Weise, daß jeder gleiches Recht hat. Die paar großen Gesellschaften haben überhaupt allsgemein die Majorität in dem betreffenden Kartell, und wenn ein paar kleine Gesellschaften sich dagegen wehren, werden die Großbanken sie aufkaufen und die Majorität der Aktien hereinholen.

Warum nun aber Herr Professor Schmoller für Deutschland solche Gefahren in der Vertrustung der Industrie hat, kann ich nicht ganz einsehen. Entweder es liegen diese betreffenden Nachteile im amerikanischen Volkscharakter, dann können wir sie überhaupt nicht bei uns erwarten. Die Korrumpierung des politischen Lebens war in Amerika auch schon vorher vorhanden, als es noch gar keine Trusts gab. Schon vor 20 Jahren hat in Amerika das spoil-System eine sehr große Rolle gespielt; ob es inzwischen noch gewachsen ist, möchte ich bezweiseln. Wenn es aber nicht im amerikanischen Volkscharakter liegt, sind dann bei uns in Deutschland diese selben Leute, die nachher im Trust alle die verderblichen Dinge tun sollen, nicht jetzt auch schon vorhanden? Auch braucht der Trust weniger Leute und kann sich die besten aussuchen. Ich glaube, wenn wir heute eine Verstrustung der deutschen Kohlens und Eisenindustrie hätten, so würden wir keine anderen Leute an der Spitze sehen als Herrn Kirdorf und Herrn Thyssen.

(Zurufe.)

— Run, den hat er heute schon in der Hand, wenn er will. Herr Kirdorf hat ja selbst gesagt, er ist ein armer Angestellter von Gnaden der Leute, die seine Auftraggeber sind.

(Heiterkeit )

Ich kann auch bem Hinweis bes Herrn Professor Schmoller auf das Börsenspiele nicht zustimmen. Haben Sie nicht 1873 ohne Trusts das tollste Börsenspiel gehabt?

(Sehr richtig!)

Und haben wir nicht augenblicklich wieder eine Spekulation, z. B. in Kaliwerten, die allen vernünftigen Leuten zu denken gibt, die der Franksurter Zeitung neulich Veranlassung gegeben hat, einmal in aller Schärse diese Überspekulation zu geißeln? Toller ist es in den Vereinigten Staaten auch

nicht hergegangen. Ich habe erst jett mit einer Anzahl von Börfianern aus Amerika gesprochen, die erklärten: ja, in Berlin wird jest viel mehr Geld an der Börse verdient als in New-Nork. Auch ohne Trusts geht also die Sache in die Bobe. Ich glaube, daß alle diese Eigenschaften der Trufts, die Überkapitalisation usw. keineswegs mit dem Begriff des Trusts in Berbindung stehen, sondern mit andern Dingen, teils mit der Art des ameri= fanischen Gesamtwirtschaftslebens, teils mit personlichen Fragen, Die bei uns auch ohne die Trufts dieselben ungünstigen Folgen haben. Ich will da doch auch bemerken, mas herr Professor Weber schon gesagt hat, daß diese ameri= fanischen Trustleiter keineswegs so fürchterliche Menschen sind. Wenn wir 3. B. herrn Morgan mit manchen beutschen Industriekapitanen vergleichen, fo ift uns jener mindeftens fo sympathisch, ber Mann mit bem Berftandnis für Runft und weitgehenden allgemeinen Intereffen. Ich will hier eine Einschiebung machen. Als ber große Spekulant John. B. Gates eine Bahn aufgekauft hatte, hat Morgan erklärt, das gehe nicht, solchen Leute könne man in amerikanischen Bahnen eine Leitung nicht überlaffen. Die amerikanischen Bahnen, die eine fo große Bedeutung für bas amerikanische Wirtschaftsleben haben, muffen in der Sand von Leuten fein, die die Geschäfte anständig Und man hat herrn Gates ausgekauft.

Ich komme nun zu den Ausführungen des Herrn Geh. Rat Kirdorf. Herr Bernhard hat schon darauf hingewiesen, daß Herr Kirdorf die Bershältnisse im Stahlwerksverband offendar nicht ganz in Erinnerung gehabt habe. Es ist aber jett Herr Regierungsrat Völcker hier. Erinnert er sich nicht, wie man den Phönix in den Stahlwerksverband gebracht hat? Ist das nicht dieselbe Art des Vorgehens gewesen, die man bei den Arbeitern so kolossal verurteilt? Hat man nicht in einem Aufruf erklärt: Wenn ihr nicht eintretet, werden wir einen Vernichtungskampf gegen euch führen, und zu den Bedingungen, die wir euch dann vorschreiben, in den Stahlwerkseverband hinein zwingen?

# (Widerspruch.)

Dann ist es von den Großbanken geschehen. Der Unterschied ist nicht groß, wenigstens ist es doch nicht von gegnerischer Seite geschehen. Ich muß aber dagegen protestieren, daß Herr Kirdorf uns eine Tabelle gibt, die beweisen soll, daß die Preise des Kohlensyndikats so niedrig sind, eine Tabelle, die mit dem Jahr 1873 beginnt. Meine Herren! Ich habe das Jahr 1873 nicht miterlebt, wir wissen aber alle, daß es das tollste Jahr der Preisesteigerung gewesen ist.

(Sehr richtig!)

Was foll das beweisen? Wenn er uns die Zahlen vom Jahre 1868 gegeben hätte, wäre das Bild anders ausgefallen.

(Zuruf: Die Gesellschaft ist 1873 erst gegründet worden.)
— Zufällig ist die Gesellschaft in dem Jahr gegründet worden, das ist richtig. Das ist aber sehr bequem, das kam Ihnen sehr gelegen für die Zahlen, die Sie anführten.

Herr Professor Liefmann hat ja eine sehr interessante Schilberung der ganzen Entwicklung gegeben. Ich muß mich aber doch in einigen Einzelsheiten mit ihm auseinandersetzen. Was den Export betrifft, so ist gewiß nichts dagegen einzuwenden, wenn ein Export eines Tags in Zeiten rücksgängiger Konjunktur zu niedrigen Preisen erfolgt. Das ist immer geschehen, auch bei Privatunternehmern. Daneben aber haben wir einen regelmäßigen Export, der nur mit Prämien zustande kommt, und um den handelt es sich doch. Bei der Kürze der Zeit kann ich mich mit Herrn Professor Liefmann darüber nicht weiter auseinandersetzen; aber das ist klar, daß der ganze ausländische Markt ein anderer wird in dem Augenblick, wo durch Exportprämien Waren in das Ausland hinübergeworfen werden, wo ein Druck auf dem ausländischen Markt infolgedessen vorhanden ist. Wir brauchen uns ja nur immer daran zu erinnern, was Lexis vor 30 Jahren in seinen "französischen Ausfuhrprämien" gesagt hat.

Nun ist Herr Prosessor Liefmann für Preistagen eingetreten, und Herr Dr. Klein, der jetige österreichische Justizminister, hat ja, wenn auch nicht ganz dasselbe, so doch wenigstens einen Appell an staatliche Kommissionen seinerzeit befürwortet, die eventuell Preisregelungen vornehmen sollen. Her Prosessor Max Weber hat sich schon dagegen ausgesprochen. Ich glaube, es wird dabei vollsommen übersehen, daß die dabei zum Vergleich — auch von Herrn Dr. Klein — angeführten gerichtlichen Preissesssssen doch etwas ganz anderes sind. Wenn das Gericht einen Preissessssssszum abgeschlossen ist, so tut das Gericht das nach den Preisen, die überhaupt allgemein gezahlt werden. Das Gericht sagt nicht etwa, es ist venünstig, 10 Mark 50 zu zahlen, sondern: das ist ein Preis, der den damaligen allgemeinen Marktwerhältnissen entspricht, der damals allgemein bezahlt wurde. Was aber von der staatlichen Kommission verlangt wird, ist ganz etwas anderes.

Gegen die beiden Professoren Weber muß ich mich noch mit einem Wort wenden, insofern sie nämlich glauben, daß es einen so kolossalen Einfluß haben werde, wenn der Fiskus außerhalb des Kartells steht. Was kann der Fiskus tun, wenn er außerhalb des Kartells bleibt? Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder er verkauft bedeutend unter dem Kartellpreis;

dann haben bloß diejenigen einen Borteil, die zufällig gerade diese paar Tonnen, die er zu verkaufen hat, bekommen, und die anderen haben den Nachteil. Das geht also nicht. Er kann bloß das Prinzip anwenden, das die amerikanischen Geldmänner in Zeiten einer Geldklemme anwenden, nämlich soviel Kohlen auf den Markt zu werfen, daß der Grenznutzen immer tieser sinkt und auf diese Weise ein geringerer Preis herauskommt. Solange der Fiskus nicht immense Wengen auf den Markt wirft, kann das nie eine große Bedeutung haben. Diesenige Wenge, die der Fiskus eventuell jett neu erwirdt, kommt ja für die nächsten Jahre nicht in betracht.

Wenn wir uns die ganze Frage überlegen, scheint die große Gefahr gar nicht in den deutschen Kartell- oder Truftleitern zu liegen. Mit denen werden wir in ber hauptsache noch gang gut fahren. Sie werden eine große beutsche Industrie ichaffen, und wenn wir nötigenfalls Gesetze machen, um die Arbeiterorganisationen und die Konsumenten zu ftarken, so wird die Sache noch gehen. Die Leiter unserer großen Werke, Trusts usw., nehmen es an Unternehmungsgeist und an kaufmännischen Fähigkeiten mit den amerikanischen vollkommen auf. Der große Nachteil Deutschlands gegenüber Amerika scheint mir der zu sein, daß der kleinere Unternehmer seinem ausländischen Konkurrenten gegenüber so vielfach an kaufmännischem Geist unterlegen ift. Es fteckt ein fo koloffaler Mittelftandsgeist und bureau= fratischer Sinn in biesen Kreisen, bag man gar nicht erwarten fann, baß fie sich mit Leuten wie Thyssen und Kirdorf auf einen Kampf einlassen. Ein amerikanischer Raufmann ift fehr wohl bereit, auch wenn er nicht übermäßig reich ift, an irgend einer Stelle den Kampf mit den Großen aufzunehmen, ihnen Unannehmlichkeiten zu machen und dabei Geld zu verdienen. Bei uns herrscht in den Rreisen der kleinen Unternehmer und der Ungeftellten ein berartiger Beffimismus, daß man nicht erwarten fann, daß fie Derartiges tun. Das halte ich für eine große Gefahr in Deutschland. (Regierungsrat Bölder: Das direkte Gegenteil bei ben Angestellten ift ber

— Nun, ich habe von den Leitern großer Berliner Banken die Bestätigung meiner Auffassung gehört. — Dies ist außerordentlich wichtig, wenn wir uns die zukünstige Entwicklung Deutschlands überlegen. Deutschland hat anderseits in objektiver Beziehung eine viel größere Chance für eine ganze Reihe von Gewerben monopolisiert zu werden als England mit seinen günstigen Frachtverhältnissen und Amerika mit seinen wunderbaren Bodenschätzen. Aber auch diese subjektiven Eigenschaften sind in Deutschland ganz anders. Ich habe neulich mit einem sehr guten Kenner englischer Bershältnisse darüber gesprochen und glaube sagen zu können: wie England das

Fall.)

typische Land der freien Konkurrenz ist — auch noch in anderen Beziehungen —, so wäre es sehr wohl möglich, daß, wenn in Deutschland keine Anderung dieser bureaukratischen Anschauung des Strebens nach der Sicherung der sesten Rente — angestellt zu werden mit 3—6000 Mk. Gehalt und nachher einer Pension für Frau und Kinder — eintritt, wir sehr wohl eine Monopolisierung großer Teile des Wirtschaftslebens bekommen werden.

Deshalb glaube ich, kann es sehr wohl ben Großkapitalisten angenehm sein, wenn wir z. B. Privatbeamtenvereine gründen. Diese Leute werden sich damit zufrieden geben, nur Mitarbeiter in dem Unternehmen zu sein, in ihm aufzugehen, wie der Herr Kirdorf von allen Angestellten verlangt hat, und werden nie daran denken, gegen die großkapitalistischen Unternehmer, gegen die Kartelle aufzutreten.

(Beifall.)

[Es wird nun, um Herrn Professor Schmoller auf seinen Wunsch die Möglichkeit zu geben, spätestens um 12 Uhr mit seinem Schlußwort beginnen zu können, beschlossen, die Redezeit auf 15 Minuten zu beschränken.]

Professor Dr. Lot (München): Meine Herren, Herr Regierungsrat Bölder hat, glaube ich, ben wunden Punkt der heutigen und gestrigen Debatte berührt. Wenn nämlich die Frage gestellt wird: was habt ihr, nachdem ihr so energisch das Bedürfnis gesetzgeberischen Einschreitens gegenüber den Kartellen sestgestellt habt, Positives vorzuschlagen?, so kann ein kräftiges Auseinandergehen der positiven Borschläge sestgestellt werden.

Immerhin habe ich in den Dingen, die geäußert wurden, in einigen Punkten eine gewisse Übereinstimmung beobachtet, wenigstens wurden in diesen Fragen so gewichtige Gründe vorgebracht, daß sie auch dem Gesetzgeber vielleicht imponieren werden, wenn ihm Gründe imponieren sollten. Das erste, was Herr Prosessor Schmoller schon begründet, war, daß eine allgemeine Verstaatlichung der kartellierten Industrien nicht in betracht kommen kann; das zweite Ergebnis der Debatte war bisher, daß mit einer staatlichen Preissesststellung ein jedenfalls heute sehr verfrühter Eingriff unternommen würde, selbst in der Art, wie es der Herr Kollege Liesmann sich denkt, der ja nicht eine Preistage, sondern, wenn ich ihn recht verstanden habe, eine Mitwirkung des Staates bei der Preisregelung von Rohstossverbänden befürwortet hat.

Dem gegenüber ift nun von Herrn Professor Schmoller eine boppelte Gruppe von Vorschlägen gemacht worden, ich möchte sagen, solche, die sich auf die äußere Politif beziehen, und solche, die sich auf die innere Politif beziehen. Ich sehe von den ersteren jest ab. Diejenigen Vorschläge, die sich auf die

innere Politik beziehen, sind meines Erachtens in einer Hinsicht nicht recht gewürdigt worden. Herr Professor Schmoller geht nämlich von einem Werturteil aus, und wir haben darüber debattiert, ob das Werturteil richtig ist, und darüber, ob Trust oder Kartell besser ist. Da ist vieles Wertvolle gesagt worden. Wenn man aber von dem Werturteil ausgeht, das herr Professor Schmoller hat, ein Werturteil, das ich übrigens nicht unbedingt teile, dann gebe ich zu, daß man dann versuchen muß, Maßeregeln zu schaffen, die den Trust verhindern und das Kartell möglichst moralisseren und konservieren.

Das, was ich nun lediglich beitragen möchte, ist ein Überblick über die Borschläge des Herrn Hauptreserenten und eine Betrachtung der Frage, ob die Vorschläge geeignet sind, das von Herrn Professor Schmoller versfolgte Ziel zu fördern. Ich halte das deshalb für wichtig, weil das Wertsurteil unseres verehrten Herrn Vorsitzenden in den gesetzgebenden Kreisen so vielsach geteilt wird und weil, wenn einmal ein Gesetzgebungswille, der oft mit großer Plötlichteit sich verwirklicht, bei uns manisest werden würde, man dann unter Umständen auf diese Vorschläge zurückgreisen könnte.

Nun scheint es mir — und ich glaube, dieses als logische Folgerung gemiffer Erfahrungen hinstellen zu burfen und nicht bloß als Glaubensbekenntnis -, daß eine leidliche geschäftliche Technik bie Bestimmungen bes herrn Brofeffor Schmoller, wenn fie Gesetz werden, famtlich mit Umwandlung der Kartellform in die Trustform eskamotieren kann. Ich nehme eines aus, die Anmeldung zum Kartellregifter. Das ift etwas gang Tadelloses, soweit ein Registrierungszwang in betracht kommt. Singegen verspreche ich mir von einer Beröffentlichung ber Protofolle - im Gegensat au einem ber herren Diskuffionsredner - fehr wenig; benn wer weiß. wie man Protofolle so abfassen kann, daß möglichst wenig barinsteht, wird sich hiervon wenig versprechen können. Aber mas die übrigen Dinge sub 7 betrifft, so murden sie allerdings bei Fortbestehen ber Kartellform etwas ftark eingreifen. Die Vorschläge ad 7, a), b) und d) beschäftigen sich einfach mit ber Frage: wenn es Kartelle gibt, wie follen bie Verhältniffe ber Genoffen innerhalb ber Kartelle geregelt werden? Ift bas Berhältnis irgendwie unbequem für das Kartell, so ift eine Umwandlung in die Truftform, wofür wir recht viele Unfate haben, mit Leichtigkeit zu vollgieben, und alle Unbequemlichkeiten find befeitigt, Ich gebe ju, daß es bezüglich der in 7 c) erwähnten Erklusionsverträge etwas anders lieat: aber die Punkte a) b) und d) können durch Übergang in die Trustform eskamotiert werden.

Nun hat Herr Professor Schmoller — vielleicht in Würdigung bessen —

etwas vorgeschlagen, was gewiß fein durchdacht ist, vielleicht bisher von uns nicht genügend gewürdigt wurde. Er hat nämlich die Trustform, die er nicht liebt, unschmackhaft zu machen gesucht durch die Besteuerung der Dividende über  $10\,\%$  und durch das Einfügen von Vertrauenspersonen des Staates in die Verwaltungen und den Verwaltungsrat.

Es ist ganz klar, daß dieses für manche Riesenunternehmungen nicht sehr angenehm wäre. Ich möchte dann auch nicht weiter arbeiten, wenn ich als Leiter eines solchen Unternehmens diesen Bestimmungen wirklich ausgesetzt wäre.

Nun hat Herr Bernhard schon barauf hingewiesen, daß keine der Boraussetzungen, die Herr Professor Schmoller statuierte, vorhanden zu sein braucht und daß dabei doch ein Trust da sein kann. Das wäre ihm eine sehr schlecht beratene Unternehmung, die es nicht fertig brächte, weniger als  $10\,^{\rm 0/o}$  zu verteilen, durch Berjüngungen, Reserveausschüttung n. dgl. Sin großer Teil unserer Handelsadvokaten getraut sich schon, die nötige Form dafür zu sinden, daß die Dividende nicht über  $10\,^{\rm 0/o}$  hinausgeht und daß man doch faktisch mehr verdient.

Was dann die andere Frage betrifft, ob eine Grenze von 75 Mia. Mf. festgesett werden foll - und es muß bei Berwirklichung bieses Gedankens irgend eine konkrete Biffer festgesett werden -, fo ist es ungerecht, wenn man herrn Professor Schmoller vorwirft: warum gerade 75 Mill. Mf.? Denn auch jede andere Ziffer ist willfürlich herausgegriffen. Dagegen hege ich ein anderes Bedenken. Die Bestimmung erreicht nicht den Zweck, Berteilungen des Trufts in mehrere Unternehmungen find möglich, bafür haben wir Präzedenzfälle. Es war eine Zeitlang die Standard-oil-Kom= pagnie in eine Anzahl von Gesellschaften gespalten, in benen immer dieselben Direktoren fagen, sowie man bei der Warenhaussteuer den Betreb einmal in vier Spezialbetriebe zerlegen könnte. Die Formen lassen sich gewiß finden. Es zeigt fich hier wieder, daß, wenn auch ber größte Scharffinn ber erfahrensten Männer aufgewendet mird, das Leben doch darum herumkommt. Alle diese Mittel der inneren Politik in der Kartellfrage sind fehr beschränkt in ihrer Birksamkeit. Da also diese Mittel wenig Erfolg verfprechen, wende ich mich zu benen ber äußeren Politif. Bunächst ist zu fragen: was wollen wir benn eigentlich? Was wir in erster Linie wollen, ist doch nicht, daß wir Kartelle und Trusts totschlagen, sondern daß wir fie in ihrer Preispolitif in ber von uns gewünschten Richtung beeinfluffen. Wann ist Kohlensyndykat und Stahlwerksverband in der Preispolitik am liebensmurdigften? Berr Beh. Rat Kirdorf hat uns das erzählt. In umftrittenen Gebieten, wie in hamburg, gibt es keine Rlagen; da ift die

Kartellverwaltung äußerst fulant. In nicht umftrittenen Gebieten bagegen fommen Klagen vor. Da also biese Syndikate in den umstrittenen Gebieten liebensmurbig find, in unbestrittenen nicht, so wird es kein anderes Mittel der Preisbeinflussung geben, als die umstrittenen Gebiete zu vermehren. Das ist allerdings keine Lösung ber Frage für ben, ber bas Entstehen internationaler Kartelle befürchtet. Aber wir haben doch noch feinen Beweis, daß die internationalen Trufts und Kartelle so mächtig werden fönnten, daß fie gar keine Rudficht auf umstrittene Gebiete zu nehmen hätten. Wenn man eine Probe durch Vergrößerung der umstrittenen Gebiete machen wollte, murbe ich bas für die Gesamtheit am wenigsten für gefährlich halten; benn ift ber Kartellgebanke bann boch noch fiegreich, fo haben wir nichts ruiniert; ift er aber nicht fiegreich, bann werden wir besser und billiger als bisher versorat. Herr Professor Schmoller hat biefe Mittel ber äußeren Bolitik auch empfohlen. Es gehört bazu ber Beredelungsverkehr, die Änderung unserer ganzen Eisenbahntarif= und 3ch sage bas nicht mit bem Bewuktsein, daß wir auf Rollvolitif. biesem Gebiete jetzt etwas erreichen, sondern ich sage es - bas muß ich por allen Dingen hervorheben -, um festzustellen, daß die Berren, welche in der heutigen Lage Deutschlands für eine schutzöllnerische Wasserstraßen-, Eisenbahntarif= und Zollpolitik eintreten und eingetreten find, wirksame Mittel, wie wir die Preispolitif ber Kartelle andern können, anzugeben nicht in der Lage find, es sei benn, daß sie unsere ganze Wirtschafts= ordnung fehr beträchtlich umfturgen. Es trifft uns, Die wir Gegner Diefer Bollpolitif maren und find, nicht ber Borwurf, daß wir nicht gewarnt Wir haben geforbert — und ich habe es, glaube ich, als einer der ersten in der Literatur vertreten, will aber deswegen keinen Unspruch auf Driginalität erheben -, daß die Rartellenguete vor der Bolltarif= beratung gemacht würde. Es ist umgekehrt geschehen. Meine Herren, es ist ohne Erfolg rechtzeitig gewarnt worden. Dies ist die erste Frucht, die bei der Beibehaltung der industriellen Schutzölle in unnötiger Sohe herauskommt; wir werden wohl noch viele dieser Früchte zu kosten haben.

(Bravo!)

Brofessor Dr. Cohn (Göttingen): Meine Herren, der erste Referent, mein verehrter Kollege Schmoller, hat von einem Bismarck, Ezzellenz von Rottenburg von dem Bismarck gerebet. Ich möchte von beiden ein paar Worte reden. Was den Bismurck betrifft, so ist er heute schon eine mythische Gestalt geworden, ein mythischer Nebel hat sich um ihn gelegt. Das ist das gute Recht des Lebens, der Geschichte, des Volkes. Die

Wissenschaft hat die Pflicht, den Nebel zu zerstreuen. Was hat Bismarck nicht alles gesagt in dem laisser aller eines überragenden Genies, in der Kindlichkeit eines Genies, dem jeweils ganz subjektive augenblickliche Eindrücke bestimmend waren. Daß all das nachher publiziert wird, das ist die Strase des großen Mannes. Wenn all der Unsinn, den ich gelegentlich unter guten Freunden rede, nachher publiziert werden sollte (große Heiterkeit), das wäre fürchterlich. Aber ich beruse mich auf ein englisches Sprichwort, das heißt: Nothing is so delicious — Herr von Rottenburg wird es kennen — (große Heiterkeit) as the nonsense of a wise man, dut sools must not hear it; nichts ist so kostbar als der Unsinn eines gescheiten Mannes, aber Narren — na, das stimmt nicht ganz; sagen wir: — Kaffern dürfen es nicht hören.

#### (Seiterkeit.)

Bismark hat über alles geschimpft, in ben ersten Jahren über ben Kreisrichter, bann über ben Geheimrat. Im Anfang und am Ende hat er über die Monarchie geschimpft. Mein verstorbener Kollege Kinkel, der sich dis zuletzt als Präsident der deutschen Republik in partidus fühlte (Heiterkeit), würde, wenn er die neuesten Publikationen von Bismarcks Äußerungen erlebt hätte, entzückt gewesen sein, darin die Republik gerühmt zu finden.

Im Ernst, meine Herren, ist mit solchen Berufungen auf baszenige, was jemand gesagt hat und selbst ein großer Mann gesagt hat, nichts bewiesen. Nicht auf die Worte, sondern auf die Tatsachen kommt es an.

Und nun - wie fteht es mit einem Bismard?

Das ist ein Bunkt, der für unser ganzes wissenschaftliches Verhalten erheblich ist. Herr Kollege Schmoller hat sich wohl gegen die Verstaat-lichung der Kohlenbergwerke ausgesprochen. Er hat uns aber nicht ganz klar gemacht, wie nun die Sache wäre, wenn ein Vismarck, also ein Mann von gleicher Kraft käme, der das machen kann, anders als einer der Alletagsminister, die nicht die Muskeln haben, die zu einer großen Aktion gehören.

Nun fage ich, wir müffen doch wissen, was wir wollen. Wir müssen unsere Zwecke kennen, und der starke Mann ist dann das Mittel dazu. Das Wesentliche, was Bismarck vollbracht hat, war vorher schon die Sehnsucht der deutschen Nation, nicht zuletzt der Professoren, die in der Paulskirche eine größere Rolle spielten als im heutigen Neichstag und Landtag. Ühnlich die großen Reformen im Eisenbahnwesen, in der Arbeiterversicherung. Zu beidem ist die Wissenschaft seinen Taten vorausgegangen.

Schriften CXVI. — Berhandlungen 1905.

So muffen wir uns auch heute barüber flar werben: wollen wir eine Verstaatlichung der Kohlenbergwerke oder nicht? Wir können uns boch nicht auf ben Standpunkt stellen: wenn die Verstaatlichung burch einen kommenden Bismarck vorgenommen wird, dann stimmen wir ihr zu. muffen boch zu folch einer großen Magregel vorher Stellung nehmen. im Sahre 1879 bie fogenannte "neue Wirtschaftspolitif" begann, beren treuer Gegner ich bis heute geblieben bin und bleiben werbe, ba hat sich ber Berein für Socialpolitik fo gespalten, daß er nahe baran mar, auß= einanderzufallen. Das heißt, die Manner ber Wiffenschaft und Praris in unserem Berein haben sich bas Recht vorbehalten, trot ber überragenden Größe und der ungeheuren Dankbarkeit für diefen Mann ihre Überzeugung auf Gebieten zu haben, auf benen fie glaubten, ebenfo viel zu verstehen wie Und mas das engere Gebiet der Sozialpolitik betrifft, so haben mir zu unserm Bedauern erlebt: Die ganze Gesetgebung über ben Arbeiterschut lag unter einem Druck, fo lange er ba war, und fie kam erft in Gang, als fein Nachfolger von Berlepsch die Sache in die Sand nahm.

Nun möchte ich an bas anknupfen, was ich schon berührt habe, nämlich an die Staatsbahnpolitif. Die Staatsbahnpolitif ist für mich feit lange der Prophet deffen, mas fpater kommen wird. Ich habe an bescheidener Stelle im Jahre 1873/74 gefagt: "es ift bas Problem ber Konkurrenz unter befonderen Umftanden", und weiter: "aus der Freiheit ber Konfurrenz sind Riesen geboren worden, und boch sind es heute erst junge Riefen". Unterbeffen find bie Riefen alter und größer geworben und sie werden immer noch größer werden. Das hauptproblem, das sich bei ber Eisenbahnpolitik ergeben hat, und bas nach meiner Empfindung das Problem alles dessen bleibt, mas jett an die Reihe kommt, ist die technisch=ökonomische Zweckmäßigkeit der Zentralisation, der Einheit, der völligen Aufhebung der Konkurreng, in ihrem Widerspruch zu den fozial= politischen und verwaltungspolitischen Interessen bes Gemeinwesens. Macht man sich diesen Widerspruch nicht klar, so kommt es, daß man sich an ben jeweiligen Rest ber Konkurrenz anklammert, daß man, wie es unter anderem unfer Referent getan hat, sich in die Kartelle verliebt und in den Trusts bas übel sieht. Das ist gerade so, wie man vor 30 bis 40 Jahren sich in die Konkurrenz verliebte und die Roalition in den Bann tat. Kartelle und Trusts verhalten sich in der Tat lediglich so wie die verschiedenen Stationen auf bem Wege zu bem gemeinsamen Ziel, zur Bentralisation, zur vollkommenen Ginheit. Die Kartelle sind eine weniger nahe Station, die Trufts eine dem Ziele nähere Station. Bas will eine Rartellgesetzgebung, welche die konzentrierte Ginheit nicht erfaßt?

Wenn ich mich nun frage: was kann geschehen? was wird der große Mann, der die Kraft hat, der die Majorität nach sich zieht und sich nicht von der Majorität ziehen läßt, vorfinden? so schreckt mich das nicht, daß Bismarck auf die Geheimräte geschimpst hat. Das schadet gar nichts.

### (Beiterkeit.)

Aber was das preußische Beamtentum angeht, so muß ich sagen, ich glaube wirklich, das preußische Staatsbahnsystem hat allmählich in den letzten 20 bis 30 Jahren — samt seiner Borstuse, dem partiellen Staatsbahnsystem, das wir schon hatten — ein gutes Examen abgelegt. Natürlich, Tadler sind in jedem Falle vorhanden, aber kein Mensch denkt an einen Systemwechsel — ganz abgesehen von den sinanziellen Überschüssen, die uns aus anderen Gründen wichtig sind.

Wenn Herr Geh. Rat Kirdorf gemeint hat: hat der Staat einmal ein Monopol, so gibt er es nicht wieder heraus, so ist das historisch unrichtig.

## (Sehr richtig!)

Leiber hat der preußische Staat wichtige Monopole wieder aufgelöst. Das war im Jahre 1786, als der große König gestorben war und die Regierung seines physiokratisch angehauchten Nachfolgers die Finanz-monopole aufhob. Und die Revolution in Frankreich, auf die ich mich freilich gegenüber einem Geh. Kommerzienrat nicht berufen darf, hat das gleiche im großen Stile getan. Aber die Zweckmäßigkeit hat sich dann durchgeset, und Monopole, wie das Tabakmonopol, sind wieder eingeführt.

Es ift serner ein altes Sophisma des Unternehmertums, wenn da gesagt wird: die Arbeiter arbeiten acht Stunden, wir arbeiten mehr. Ja, meine Herren, jeder von uns arbeitet mehr als acht Stunden. Aber wir wissen auch, daß wir keineswegs Luft hätten, statt dessen acht oder sechs oder vier Stunden im Bergwerk zu arbeiten.

# (Sehr richtig!)

Wir haben tiefe Sympathie für diese Arbeiter, und das Problem besteht für uns darin, ihr Leben immer mehr zu vermenschlichen, damit wir ihnen mit gutem Gewissen gegenübertreten können. Wir wissen, wir sind die glückliche Minderheit. Solche Persönlichkeiten, wie Herr Kirdors, auch abgesehen von ihrer sympathischen Gestalt, imponieren mir in ihrer Weise, aber gar nicht imponiert mir jenes extreme, widerwärtige, aus geartete Genußleben der Milliardäre, auf das er zum Kontraste gegen das tätige Unternehmertum verweist. Ich ziehe daraus nur andere Konssequenzen als er.

Die enormen Kapitalanhäufungen in einzelnen Ständen, die heutzutage

immer größer werden, ob nun in tätigen ober gar müßigen Händen, sind ein großes Problem für sich selbst. Wir haben erschütternde Beispiele erslebt, wie solche Bermögensmassen ihre glüdlichen — oder unglüdlichen! — Besitzer zu Tode gedrückt haben. Das Menschenglück, das sie hätten schaffen können, in Hunderte und Tausende von Menschenleben verteilt, steht dazu in schreiendem Kontrast. Hier ist natürlich das letzte Wort noch nicht gesprochen: große Reformen muß die Zukunst bringen. Ein andrer Begriff vom Reichtum wird kommen und manche Andeutungen dieser Zukunst sind schon da. Gewiß zeigt Amerika von den Auswüchsen der neuen Bolkswirtschaft horrende Beispiele; aber es zeigt uns auch versöhnende Charakterzüge — darunter das großartige System der Schenkungen sürsstendige Zwecke. Unser arbeitenden und vollends unser müßigen Milsliardäre können sich daran ein Vorbild nehmen. Sie mögen beweisen, daß sie den Reichtum besitzen, nicht vom Reichtum besessen.

(Lebhafter Beifall.)

Brofessor Diehl (Königsberg): Meine Herren! Ich möchte gern wissen, ob das Büreau mit einer gewissen Absicht für die Behandlung der Kartellfrage gerade diesen Saal gewählt hat; denn Sie alle haben in den letzten zwei Tagen Ihre Blicke oben auf die Inschrift geworfen, die eine gewisse Stimmung für die Kartelle gibt:

"Bollkommen nichts, nichts ohne Fehle, Im Geift bes Ganzen lebt die Seele."

Das ist auch die Meinung, die die große Mehrzahl von uns gegenüber den Kartellen hat. Wir wissen, daß es nichts Volkommenes gibt, daß es auf den Geist des Ganzen ankommt, in diesem Fall auf den Geist des Kartells, wenn wir Stellung zur Kartellsrage nehmen. Und da möchte ich mir eine persönliche Bemerkung gestatten. Wenn wir die Kartelle prüsen, sollen wir an ihren Handlungen, den Verträgen und den geschriebenen und gedruckten Dokumenten prüsen, nicht aber in die Manie verfallen, die leitenden Männer der Kartelle in die Kategorien "gut" und "schlecht" einzuteilen. Das ist sehr bedenklich. Wir kennen diese Leute nicht genügend, um hier solche Noten aufstellen zu können.

(Sehr richtig!)

Wie etwa: ber eine ift ein Gelbmacher, ber andere ein nobler Mann. Das ift ein Verfahren, bas wir bisher im Verein nicht beobachtet haben.

Nun zur Sache. Mir liegt eins fehr am Herzen, was heute hier vom Berein mit noch viel größerem Nachbruck gesagt werben sollte, als es bisher

geschehen ist, gerade weil wir ein nationalösonomischer Verein sind, und das ist die scharse und prinzipielle Stellungnahme gegen jeden Gesetzesvorschlag, der uns eine staatliche Preisnormierung bringen will. Das müssen wir dem Juristentag gegenüber sagen, weil uns hier doch die größere nationalsötonomische Kenntnis zu Gebote steht. Richts Schlimmeres sann ich mir denken, als wenn in dieser Weise Gesetzmacherei getrieben würde. Etwas so Schwieriges, Subtiles, ungeheuer Kompliziertes kann man nicht einer staatlichen Preisdildungskommission überlassen. Wenn Herr Regierungsrat Völker gemeint hat, die Sache wäre theoretisch durchfürbar, praktisch aber undurchführbar, so sage ich, es gibt gar keinen solchen Gegensatz zwischen Theorie und Praxis, die Sache ist theoretisch und praktisch ganz unmöglich.

(Sehr mahr!)

Sollte es nicht auch etwas an der großen Bernachläffigung ber national= ökonomischen Theorie seitens unserer Wissenschaft liegen, daß man selbst für eine berartig staatliche Breisfixierung eintreten konnte? Sonst hätte man auch auf dem Juriftentage und in dem ungarischen Kartellgesetzentwurf nicht dieses nationalökonomisch geradezu Unglaubliche sagen können: die Preife muffen bann abgeandert werben, wenn fie nicht übereinstimmen mit den Broduktionskosten, dem ufuellen Ruten. Was sind denn Broduktionskoften. Was ist usueller Nugen? Das find so schwierige Probleme. daß man unbedingt baran verzweifeln muß, hier jemals einen objektiven Maßstab zu finden. Wie verschieden ift die Böhe der Broduktionskoften in kleinen, mittleren und großen Betrieben! Entweder fügen sich dann die staat= lichen Preiskommissare dem, was die leitenden Herren der Kartelle sagen. und find bloge Statisten, ober fie fügen sich gewissen Bolksströmungen. Wird 3. B. verlangt, daß die Konsumenten billige Preise haben muffen, mas ift die Folge? Die Großen konnen es aushalten, aber die mittleren und fleinen Betriebe, Die "fleinen Quetichen", Die heute mit hochgehalten merben, gehen bann zu Grunde. Will aber ber Staat umgekehrt Mittelstandspolitik treiben, um die kleinen und mittleren Betriebe am Leben zu erhalten, fo muß er die Preise höher halten, als es die Kartelle von sich aus tun. Rurz und gut, in jeder Beise kommt ber Staat in eine schlimme Lage, wenn man versuchen will, ihm diese Breisfestsetzungsaufgabe zuzuweisen, und ich beneide die staatlichen Kommissare wirklich nicht um dieses unangenehme Umt, bas sie hier auszuüben hatten. Darum möchte ich, wenn wir auch feine Resolution fassen, ben herrn Kollegen Liefmann wenigstens bitten, daß er das vielleicht in feinem Schlugworte etwas näher auseinanderfett.

(Professor Liefmann: Es ist migverstanden worden. Ich habe mich

immer gegen ftaatliche Preisfestsetzungen im allgemeinen erklärt, ich habe nur als äußersten Notfall die Mitwirkung bei Preisfestsetzungen der Rohstoffverbände hingestellt.)

Das einzige, was meiner Ansicht nach heute von Staat und Gesetzgebung zu tun ist, wäre die Schaffung eines Kartellamts, dem die betreffenden offiziellen Statuten usw. mitgeteilt werden, ohne daß sie publiziert werden, nur zur Information für die Regierung. Denn auf Grund dieser Inforformationsquellen könnte man zu dem einzig wirklich durchschlagenden Mittel kommen — etwas anderes ist Halbheit —, zur Verstaatlichung des betreffenden Industriezweiges. Sine Verstaatlichung aber ist immer eine prefäre Sache und unter Umständen sehr bedenklich, weil der Staat oft nicht die Persönlichkeiten mit der nötigen Geschäftskenntnis und Routine zur Versügung hat. Das ist daher ein Weg, der nur im äußersten Notfalle zu beschreiten wäre. Ich meine auch, daß es nicht so leicht dazu kommen wird, weil ich glaube, daß die führenden Männer in den Kartelleitungen die Gesahren der monopolistischen Ausbeutung erkennen und es nicht dazu kommen lassen.

Ich glaube auch, daß wir vom Kartell zum Truft kommen werben.

Mir scheint, daß der Trust die höhere technische Betriebsform ist, und ich kann nicht zugeben, daß der Trust etwas Spekulatives, Geldmacherisches ist und das Kartell etwas Staatsmännisch-Organisatorisches. Das kommt wieder auf den Einzelfall an. Wir dürfen auch nicht zwischen Amerikanern und Deutschen in der Weise unterscheiden, daß wir jene als schlecht und diese als Idealisten hinstellen. Die führenden Männer der amerikanischen Trusts sind zum Teil selbst Deutsche.

Es ist von verschiedenen Herren gesagt worden, wir kommen zum Kartell und zum Trust, um so allmählich in den Sozialismus hineinzukommen. Das wurde teils mit freudiger Zustimmung bemerkt, teils wurde es gesagt, um ein gewisses Gruseln zu erwecken. Wie man sich nun auch zu dieser Frage des Sozialismus stellen mag, jedenfalls glaube ich, daß hier ein großes Mißverständnis vorliegt. Man kann vielleicht gerade umgekehrt sagen: Die Kartell= und Trustbildung unterstützt auch anderseits den Individualismus, weil der Persönlichkeit, der Macht des einzelnen ein größerer Spielraum gegeben wird, in ungeheuer großartiger Weise ihre Persönlichkeit durchzusetzen, also gerade getrieben vom Erwerds= und dem Vermögensinteresse der Leiter und der Personen, die sie vertreten. Ob ohne diese — individualistische — Grundlage die Wirtschaftsorganisation der Zukunft kommen kann, wollen wir unsern Kindern und Kindeskindern überlassen; das ist also nicht sozia= listisch, daß hier Riesenbetriebe vorhanden sind, geseitet von Persönlichkeiten,

bie ein privates Vermögensinteresse baran haben; und ob es möglich sein wird, die andere Seite des Sozialismus außerdem durchzusühren, daß man diese Privatorganisation durch einen sozialistischen Staat ersetzt, das ist eine Zukunstkfrage. Der Verein für Socialpolitik soll also nicht Zukunstsgesellschaftsphilosophie treiben, sondern muß die Fragen der Tagespolitik ersörtern, und da wüßte ich nichts Wichtigeres, als daß wir heute vom nationalsösonomischen Standpunkt die Forderung aufstellen: Freie Bahn für die freie Entwicklung der freien Persönlichkeit.

(Beifall.)

Professor Wiedenfeld (Röln): Meine Berren, ich möchte nur noch zu einer Frage Stellung nehmen, weil fie mir an die Grundlage ber ganzen Erörterung heranzureichen scheint. Es wird immer gefagt, ber Staat folle biefes ober jenes Auffichtsrecht über die Kartelle haben. Run hat Herr Pfarrer Naumann schon gestern barauf hingewiesen, anschließend an Lassalle, daß ber Staat nicht ein aus Papier und Berfassungsbestimmungen bestehendes Wesen, sondern mit lebendigen Kräften ausgefüllt ift. Noch ein anderes aber kommt dabei in betracht; Gefete, die man macht, muffen auch ausgeführt werden, und beshalb kommt es für die Beurteilung folcher Bor= schläge sehr erheblich barauf an, wie das Beamtentum beschaffen ift, bas gur Ausführung ber Gesetze berufen ift, und mas mir von einem folden erwarten können. Meine Herren, ich glaube nicht, gegen unsere Beamtenschaft voreingenommen zu sein, muß aber boch fagen: aus unserer ganzen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung folgt meines Erachtens die Tendenz, daß wir naturnotwendig eine immer rascher folgende Verschlechterung unseres Beamtenmaterials in Rauf nehmen muffen. Es ist zwar bequem und bes Beifalls ficher, aber trotbem falfch, wenn fo oft gefagt wird, es traten jest fo viele Beamte aus dem Staatsdienst heraus, weil sie .- wie herr Pfarrer Naumann es ausgebrückt hat - nach ben höheren Gehältern ber Industrie schielten. Gewiß, eine große Zahl, sagen wir von dii minores geht aus bem Staatsbienft aus biesem Grund heraus. Wenn aber leitende Beamte, wie wir es in ben letten Jahren wiederholt erlebt haben, ben Staatsbienst verlaffen und in die Privatindustrie hineintreten, da tut man ihnen doch bitter un= recht, nur eine berartige Gewinnsucht als Motiv bei ihnen vorauszuseten, sondern es ift das Gefühl, daß sie in den Stellungen, in die fie hineintreten; einen ungleich größeren Einfluß ausüben können, als ihnen bisher als Staatsbeamten zugeftanden hat. Diefe Entwicklung ift es, die mein Urteil zur Kartellfrage gang wesentlich mit beeinflußt. Wir muffen bamit rechnen, daß immermehr biejenigen Elemente fich vom Staatsbienst zurudziehen, Die vor

allen Dingen im Leben nach Betätigung ihrer Initiativfraft, ihrer perfonlichen Meinung, ihrer Entschlußkraft sich sehnen; immer mehr werden diejenigen in ben Bordergrund rücken, die lediglich die Ruhe und, wie es vorhin farkaftisch ausgebrückt murbe, die Benfion für Frau und Kinder erreichen wollen. Das liegt in ber Natur ber Sache, weil eben früher unser Beamtenstaat feiner Beamtenschaft die Führung im wirtschaftlichen und sozialen Leben übertragen hatte, mahrend heute diese Führung abgetreten worden ist und bamit dieser ideale Anreiz weggefallen ift. Wir erleben es ja jett schon, in ben Enqueten ber letten Jahre und in ben Berhandlungen bes Reichs= tags. Können wir banach wirklich bie Behauptung aufrechterhalten, ben großen wirtschaftlichen Aufgaben unserer Zeit habe fich unser Beamtentum gewachsen gezeigt? Wer hat benn die Kartellenguete geleitet? Meine Herren, nach den Protokollen hat man den bestimmten Eindruck: die eigentlichen Leiter waren die Industriellen, und das find auch die, die die ganze Berantwortung tragen. In ber Börfenenquete ging es ganz ebenfo, und bei ber Beratung bes Börfengesetes mußten bie Staatskommiffare fo oft, fast täglich, wechseln, daß ihnen Herr Geh. Rat Cohn, der doch sicher nicht gegen das Beamtenwesen voreingenommen ift, das Wort entgegenhielt: Ihr naht Euch wieder, schwankende Gestalten.

(Heiterkeit; Herr Professor Cohn widerspricht.) Ich glaube mich nicht zu irren; aber wie dem sei, diese Beispiele ließen sich vermehren. Bon wirtschaftlicher Führerstellung ist da jedenfalls nichts mehr zu fpüren, und führende, geistig unabhängige Leute braucht man doch, wenn ganz unmittelbar von Staats wegen auf die Leitung von Karstellen und anderen Riesengebilden Einfluß ausgeübt worden soll.

In dieser Auffassung vom Wesen des neuen Beamtentums liegt nun aber nicht etwa die Meinung, daß wir mit allen unseren Traditionen brechen müßten. Wir haben in unserer Beamtenschaft einstweilen noch ein recht fräftiges Slement, das auf Berücksichtigung allgemeiner Interessen bringt, und das wird auch in absehdarer Zeit so bleiben. Nur meine ich, aus diesen Tendenzen heraus sagen zu müssen: wir können nicht diese großen Kartell= und Trustgebilde irgendwelcher staatlichen Sinzelkontrolle unterwerfen, weil dafür die Kräfte qualitativ bald nicht mehr ausreichen; dagegen können wir wohl einen mittelbaren Sinsluß dadurch ausüben, daß wir dem Staat selbständig für sich materielle Aufgaben zuweisen, da dann die Initiative der Preisgestaltung bei den Industriellen verbleibt, die staatlichen Maßnahmen nur Auswüchse beschneiden und nicht Richtung weisen sollen, da außerdem gerade auch an materiellen Arbeiten die Beamtenschaft sich wieder recken kann. Deswegen schließe ich mich, wie ich es schon früher an

anderer Stelle ausgesprochen habe, so hier dem Vorschlage an, den Herr Professor Alfred Weber hier vertreten hat: materieller, nicht formeller Einssluß auf die Preispolitif durch die Erwerbung eigener Kohlenwerke, durch eine zweckentsprechende und bewegliche Sisendahntarif= und Zollpolitif. Die rein materielle Aufgabe erscheint hier einmal leichter als die auch formelle Kontrolle.

Bon einer solchen Politik können wir uns umso eher einigen Erfolg versprechen, als wir einmal auch die Kehrseite jener Beamtenschafts= Entwicklung mitberücksichtigen mussen: das soziale Aussteigen der großen Industriellen und damit das Hervortreten sozialer Rücksichten in deren Handeln, und als zweitens bei uns, anders als in den Vereinigten Staaten von Amerika, die wichtigste Grundlage der Monopolbetriebe schon in der Hand des Staates ist: die Eisenbahn.

Unsere Eisenbahnen haben, man mag über fie klagen, man mag bie Tarifpolitik in vielen Einzelheiten nichts weniger als billigen, jedenfalls ben einen großen Borzug, daß es heimliche Frachtvergunftigungen nicht gibt und daß die Tarifpolitik nicht auf die Bevorzugung der Riesenbetriebe zuge= schnitten ist. Wie ftark dieses Moment aber in den Vereinigten Staaten bei der Entstehung der monopolistischen Trusts noch immer mitspricht, sehen wir auch noch in der neuesten Reit — ich erwähne das, weil meines Erachtens Serr Dr. Logelstein vorhin etwas tatfächlich nicht Richtiges behauptet hat. Die Konkurreng ber Gisenbahnen in ben Bereinigten Staaten ift allerbings bis auf ein Minimum zurudgegangen; benn — höchst charakteristisch als im vorigen Jahre die Northern Securities Company fich auflosen mußte und sich nun ein Streit zwischen Sill-Morgan auf ber einen, Harriman-Ruhn Loeb auf ber andern Seite um die Beherrschung ber Northern Pacific entspann, ba hat man nicht auf bas Tarifgebiet übergegriffen, und bas ist bas Entscheibenbe; man hat sich schwer gehütet, die alten Tariffämpfe wieder aufzurollen, die schließlich in der Northern Securities Company ihr Ende gefunden hatten, und nur einen Börsenkampf inszeniert. einander ausspielen, wie Rockefeller bas zur Gründung feines Monopols hatte tun können, laffen fich also die Gifenbahnen drüben nicht mehr; bafür arbeiten fie aber, die nun felbst Monopolbetriebe geworden find, bank fapita= listischer Verquickung umso intensiver Sand in Sand mit den ebenfalls auf Monopole hindrängenden Industriebetrieben. Es ist kein Geheimnis, daß 3. B. ber Stahltruft, weil er mit ben nach Often führenden Bahnen eng fapitalistisch liiert ift, für seine Ausfuhr eine Ermäßigung ber Fracht um 1/8 gegenüber ben allgemeinen Frachten genießt; und wie einträchtig sind nicht Eifenbahnen, Rühlmagen= und Fleischtruft noch foeben vor dem Bundes=

verkehrsamt zur Berteibigung ihrer Tarifabmachungen aufgetreten. Gerade dies aber, meine Herren, ift bei uns nicht möglich. Derartige heimliche Bergunftigungen für Großverfrachter gibt es nicht; die allgemeinen Transport= grundfätze find bei une, soweit Gifenbahnen in betracht kommen - nicht etwa in der Binnenschiffahrt - für alle Teile gleich, und beshalb ift es bei uns immer noch leichter, Konkurrenzbetriebe herauszuarbeiten, als es brüben ber Fall ift. Bollends ift es bann leichter, wenn ber Staat fich entschließt, Konkurrenzbetriebe selbst aufzubauen, ober wenn er durch seine Tarifpolitik das Entstehen privater Konkurrenzbetriebe begunftigen wollte; bas ift meines Erachtens burchaus möglich ohne gewaltsame Störung unserer gesamten Volkswirtschaft und würde wohl bas wirksamste Mittel gegen eine Überspannung der Monopolentwicklung sein. Es hat auch den Vorzug, sich an materielle Vorgange, an die Preisbildung, anschließen zu können, mahrend jede formelle Kontrollvorschrift jest schon allein baran scheitern wird, bag fie an bestimmte Formen ber Unternehmung gebunden werden muß und daß doch Formen sich so fehr leicht umgehen laffen.

Arbeitersekretär Erkelenz (Duffelborf): Meine Herren! Gestatten Sie einem weniger studierten Mann zur Frage der Kartelle und ihres Vershältnisses zum Staat einige Worte von unserem Standpunkt aus. Nach meiner Auffassung ist für die Arbeiterschaft die Kartellfrage identisch mit der Frage der Großbetriebe überhaupt, und diese Ansicht ist ja auch schon gestern und heute bei anderen Rednern zu Tage getreten.

Es ist von verschiedenen Rednern betont worden, daß der Kampf der Arbeiterschaft gegen diese großen Unternehmungen ziemlich aussichtslos sei. Ich will barauf mit einigen Worten zurückfommen. Unftreitig führt die Kartellierung dahin, daß der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter weniger aussichtsvoll ift. Nehmen wir den Fall bes Stahlwerksverbandes. Während die Arbeiter früher, als die Werke noch miteinander konkurrierten, fehr wohl gegen ein einzelnes Werk ankämpfen konnten, wird ihnen das heute unmöglich Denn wenn das eine Werk seine Lieferungen nicht erfüllen kann, bann find fo und fo viele andere ba, die die Lieferung ausführen, und ba heißt es entweder auf den Streif verzichten oder aber den Generalstreik oder wie man es nennen will - für bas gange Gewerbe erklären. Es ist nun gefagt worden, ein berart großer Kampf fei aussichtslos. Ich teile Diefe Auffassung, soweit das Gisengewerbe in Frage kommt, teile aber diese Auffassung nicht, soweit der Rohlenbergbau in Frage kommt. Ich glaube, daß sich im Kohlenbergbau die Arbeiterschaft sehr wohl mit ihren Forderungen burchseben fann und daß aus bem "Niemals" bes herrn Geheimrat Rirborf

eines Tags auch noch ein anderer Ton herausklingen wird und muß. Ich möchte bei dieser Gelegenheit gleich sagen, daß die Arbeiterschaft nicht ruhen wird, daß es, wie schon Herr Giesberts gesagt hat, keine 17 Jahre wieder bis zum nächsten Ausktand dauert, wenn die Unternehmer nicht entgegenskommender sind, und daß es ganz sicher möglich sein wird, das "Niemals" des Herrn Kirdorf in ein entgegenkommenderes Wort umzuändern.

Berr Geheimrat Rirdorf hat gesagt, bas Rartell übe gar feinen Einfluß auf die Arbeiterverhältniffe aus. Diefes Lied ift gang besonders in der Enquetekommission bei ben Berhandlungen über ben Stahlwerksverband von einer ganzen Reihe von Rednern gefungen worden. Ich möchte bem gegenüber ganz besonders hinsichtlich des Rohlensyndifats nur auf die Situation beim Eintritt der letten Krife hinweisen, wo plötlich furz nach einer Beiratssitzung bes Syndifats ziemlich einheitlich in wenigen Wochen die Löhne im ganzen rheinisch-westfälischen Bergbau reduziert worden find. Ich will allerdings zugeben, daß ein folder Beschluß nicht in einer Zechen= besitzerversammlung formell gefaßt worden ift. Aber ich glaube, die verhältnis= mäßig wenigen Personen, die bei folcher Gelegenheit zusammen kommen, haben es fehr leicht, sich über eine folche Frage zu verständigen. Auch bas Synditat kann nicht, weder bei Festsetzung der Preise noch bei der Konjunktur auf dem Weltmarkt an den Arbeitslöhnen vorbeikommen, es muß Rücksicht auf die Löhne nehmen, und die "Ratschläge", die ber bergbauliche Berein gibt, werben mit einer berartigen Einmütigkeit befolgt, bag man bie Disziplin diefer Berren bewundern muß.

Meine Herren, eine besondere Einwirkung, die auf die Arbeiter in den Stahlwerken zu verzeichnen ist seit der letzten Krise, speziell auch seit der Eründung des Stahlwerksverbands, ist die ungeheuere Produktionsvermehrung. Wer Einblick in die Betriebsverhältnisse erhalten hat, der weiß, daß heute vielleicht mehr als das doppelte Quantum gewalzt wird als noch vor fünf Jahren, daß viel weniger Personal ein viel größeres Quantum herstellt und die Aktordöhne dementsprechend gesunken sind. Denn das ist auch eine Einwirkung mittelbarer Art, die nicht außer acht gelassen werden darf.

Eine britte Einwirkung ber Kartelle ist in ber Frage ber Großbetriebe schon kurz erwähnt worden, ich möchte sie noch einmal hervorheben, se ist die Beschränkung ber Freizügigkeit der Arbeiter. Im Ruhrrevier besteht, soweit ich es übersehen kann, seit Bestehen des Stahlwerksverbands die Taktik der einzelnen Werke unter einander, daß sie keinen Mann, der auf einem anderen Werk aufgehört hat, innerhalb 3 Monaten oder auch 4 Wochen

wieder einstellen, es sei denn er bringt von seiner früheren Firma die Bescheinigung, daß diese nichts dagegen einzuwenden hat. Daß damit — das ist auch in der Kartellenquete durch Herrn Abgeordneten Molkenbuhr schon hervorgehoben worden — eine enorme Einwirkung auf das Arbeitse verhältnis ausgeübt wird, insosern den Arbeitern die Konkurrenz unter den Arbeitgebern unmöglich gemacht wird, bedarf wohl keiner weiteren Erörterung.

Meine Herren! Hinsichtlich ber Vorschläge bes Herrn Professor Schmoller möchte ich mich auf ben Standpunkt stellen, daß, weil für uns Kartelle und Großbetriebe identisch sind, keine Beranlassung für uns besteht, die Kartelle zu konfervieren und die Trustentwicklung aufzuhalten. Wir glauben, daß wir bei Trusts mit den Organisationen durch Betriebsverbände, durch Entswicklung der Streiktechnik, eher etwas erreichen können, als es bei den Kartellen möglich ist.

Schließlich möchte ich mir geftatten, auf einige Ausführungen bes Herrn Geheimrat Kirdorf einzugehen. Es wurde von Herrn Geheimrat Rirdorf gegen Tarifverträge scharf Stellung genommen. Er eignete sich bas Wort an: Tarifvertrage find ber Klaffenkampf, und führte zum Belege beffen einige Außerungen aus bem Korrespondenzblatt der Generalkommission an, die ichon von der Arbeitgeberzeitung in demfelben Sinne ausgebeutet Meine herren, ich muß bas bedauern. Sinsichtlich ber Wirkung der Tarifverträge ist nach meiner Auffassung nicht dasjenige maßgebend, mas feitens einer bestimmten Richtung in der Arbeiterschaft in die Tarifverträge hineingelesen wird, sondern maßgebend ift die Wirfung, die die Tarifverträge tatfächlich ausüben, und diese ist entgegengesett dem Standpunkt bes Organs ber Generalkommiffion. Meine Berren, ber Standpunkt dieses Organs ist nach meiner Meinung kein sachlicher, sondern ein rein taktischer, weil ihre Taktik barauf hinausgeben muß, die bestehenden Differenzen zwischen Partei und Gewertschaften fich nicht erweitern zu laffen, weil biese Taktik erforbert, dem Radikalismus in der Sozialdemokratie die Konzession zu machen, daß der Tarifvertrag nur eine Ruhepause sei, mährend er nach der Auffassung anderer Leute ein Werkzeug dauernden Friedens sein Ich bin ebensowenig geneigt, mich ber Imleschen Auffassung ber Tarifverträge anzuschließen vom auf ewig geschlossenen Frieden, wie ich bem zustimme, mas das Korrespondenzblatt der Generalkommission darüber sagt. Gegen andere Ausführungen des Herrn Kirdorf möchte ich Protest einlegen; bas ist ber Ausbruck, daß die Arbeiter heute den Ruin der deutschen Industrie wollen. Er konnte sagen, man könne nach seiner Auffassung barüber streiten, ob bas Programm ber Arbeiterorganisation zum Ruin ber

Industrie führe; aber ein bezüglich positives Wollen zu behaupten, das ist auf alle Fälle ein Ausdruck, den ich energisch zurückweisen muß.

(Bravo!)

Wir nehmen für uns in Anspruch, daß wir mit demselben Interesse der Industrie gegenüberstehen, wie jene Herren, und wir wollen vor allen Dingen nicht, daß man uns diesen guten Glauben abspricht.

(Bravo!)

Hern Kirdorf hat von den großen Beschimpfungen gesprochen, die den Herren Bergwerksbesitzern während des Streiks zugesügt worden sind. Ich will das nicht abstreiten, ich will ohne weiteres zugeben, daß während dieser Kämpse eine ganze Reihe Worte gefallen sind, die besser nicht gefallen wären. Meine Herren, ob das aber auf der anderen Seite anders ist, möchte ich stark bezweiseln. Wer während des Bergarbeiterstreiks die "Rheinisch=Westfälische Zeitung" gelesen hat, wer sonst einmal gelegentlich die "Arbeitgeberzeitung" liest, der wird die Charakteristik, die dort besonders den Führern der Arbeiterschaft gegeben wird, auch nicht gerade als eine ästhetisch schone und besonders schweichelhafte bezeichnen können.

(Sehr richtig!)

Die Behauptung, daß im Rohlenspndikat die Unternehmergewinne gesunken und die Löhne gestiegen seien, lockt denjenigen, die ein bischen tieser in die Verhältnisse einblicken, ein kleines Lächeln ab. Ich streite die Erhöhung der Löhne nicht ab, aber gegen die Tabelle des Herrn Kirdorfsind schon von anderer Seite sehr berechtigte Einwände erhoben worden. Ich meine, es ist überhaupt nicht maßgebend der Gewinn pro Tonne, sondern maßgebend ist der absolute Gewinn, der erzielt worden ist, und wenn wir nun berücksichtigen, daß die Ruhrproduktion von etwa 30 Millionen Tonnen im Jahre 1893 — wenn ich nicht irre — auf 75 Millionen Tonnen im Jahre 1904 gestiegen ist, und wenn wir die Gewinne der einzelnen Werke uns ansehen, so kommen wir da zu anderen Ansichten. Daß man natürlich auch gewissernaßen dem Grundsaß folgen muß: "großer Umsat, kleiner Rutzen", dürste auch kaum zu bestreiten sein.

Ich möchte nur noch erklären, daß ich Anhänger einer teilweisen Verstaatlichung des Bergbaues bin in dem Sinne, wie das gestern von Herrn Prosessor Ausgeführt worden ist. Innerhalb der Bevölkerung von Rheinland und Westfalen und ganz besonders im Ruhrgebiet besteht eine sehr große Sympathie für die Verstaatlichung. Man hat allerdings eine Reihe berechtigter Bedenken gegen den Staatsbetrieb überhaupt, aber wenn die Syndikatsherren in der Weise weiter arbeiten wie bisher, wie ja auch gestern aus den Ausführungen der Herren immer wieder ein non possumus

gegenüber ben berechtigten Forderungen ber Arbeiter herausklang, bann bin ich überzeugt, daß die Stimmung für die Verstaatlichung auch über diese Herren hinwegschreiten wird, wenn sie nicht rechtzeitig Konzessionen machen.

Im übrigen möchte ich Herrn Bergmeister Engel besten Dank fagen für die freundliche Einladung zur Besichtigung der Bergwerke. Ich werde bei der nächsten Gelegenheit von dieser herzlichen Einladung Gebrauch machen. (Lebhafter Beifall.)

Arbeitersekretär Fischer (Reutlingen): Berehrte Versammlung! Bas die Stellung der Arbeiterschaft, wenigstens soweit sie nicht sozialdemokratisch ist, zu der Kartellfrage anlangt, so hat mein Kollege Erkelenz schon das meiste gesagt. Ich möchte nur einige Bemerkungen des Herrn Geheimrat Kirdorf ganz energisch zurückweisen. Er hat gestern den Gewerkschaften nachgesagt, daß sie die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter lähmen und damit die Grundlage der Industrie untergraben. Das ist eine so ungeheuerliche Behauptung, daß, wenn es Leute gäbe, die sich im Dienste einer solchen Bewegung bezahlen lassen, dies die charakterlosesten Menschen wären, die es überhaupt geben könnte.

Es gibt boch auch eine andere Betrachtungsweise, die vielleicht barauf führen könnte, marum die Arbeitsfreude bei fehr vielen Arbeitern nachgelaffen hat. Wenn fich ein Arbeiter, ber im Akford arbeitet, Mühe gibt, viel zu verdienen, und er hört am Samstag: Das nächste Mal bekommst bu so viel weniger, so beschneibet bas bie Arbeitsfreudigkeit. Gerabe bas Buch von Karl Fischer "Denkwürdigkeiten eines Arbeiters" zeigt, wodurch Die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter verkummert wird, wodurch bas Interesse an der Arbeit und dem Gewinn des Betriebs immer mehr in den Sinter= grund gedrängt wird. Im allgemeinen muffen wir das für uns in Anspruch nehmen, daß wir nicht bloß aus Selbsterhaltungstrieb, sondern aus rein fittlichen Gründen an der Leiftungefähigkeit und der Zunahme des Geminns ber Industrie Interesse haben. Wir lassen uns ben Vorwurf absolut nicht machen von herrn Kirdorf, ben er ben nichtsozialbemokratischen Arbeitern zuruft, als segelten sie unter falscher Flagge. Das ist der Vorwurf der Heuchelei. Ich glaube, dieser Vorwurf wird immer erhoben in dem Augenblid, wo man fieht, daß auch auf nichtsozialbemokratischer Grundlage Forderungen erhoben werden. Wenn evangelische und andere Arbeiter= organisationen, auch gewerkschaftliche Organisationen, die nicht auf sozial= bemokratischem Boden stehen, sich zu Leithammelvereinen entwickeln follen, hat es für die Arbeiter keinen Zweck. Wenn fie aber Forderungen aufstellen, und man erklärt, sie segelten unter falscher Flagge, so ist bas ein ganz unberechtigter Vorwurf. Die Heuchelei besteht vielmehr auf der Seite, die diese Arbeiterorganisationen solange freundlich beurteilt, als sie keine Forderungen aufstellen, und in dem Augenblick ihnen Heuchelei vorwirft, wo sie mit Forderungen auf den Plan zu treten gezwungen sind.

Noch ein drittes, und das hat Herr Naumann deutlich zum Ausdruck gebracht. Wenn man immer wieder fagt: wir verhandeln lieber mit sozial= bemofratischen Arbeitern als mit anderen, ja dann begreife ich nicht die moralische Entrustung, die Herr Regierungerat Leidig gestern zur Schau getragen hat darüber, daß man Herrn Dr. Bernhard Beifall gezollt hat; bann begreife ich auch nicht die Aufregung, daß man immer wieder erklärt, die Arbeiter find ja alle Sozialdemokraten. Wir werden direkt zur Sozial= bemofratie getrieben. Ich will ba keinen Wau-Wau vormachen, benn wir, bie wir es noch nicht find, sind es aus ganz anderen Gründen nicht, als aus denen, die uns herr Kirdorf unterschiebt. Ich behaupte sogar, daß unsere national und vaterländisch gefinnten Arbeiter viel idealere Gründe bafür haben, als bloße Zwedmäßigkeitsgrunde wie die Syndifatsherren. Ich bin ber Meinung, daß wir uns dadurch nicht ber Sozialbemokratie zutreiben laffen, aber jedenfalls ift es fehr zutreffend, wenn verschiedene Berren aus ber Berfammlung bargetan haben, bag gerade von biefer Seite ein fehr nationales Bestreben zur Geltung fommt, und uns, ber nationalen Arbeiterbewegung, wird die Agitation dadurch selbstverständlich außerordentlich Es wird felbstverständlich auch außerordentlich erschwert, ben Radikalismus in ber Gewertschaftsbewegung jurudzuhalten. Es wird aber auch erschwert, den Klassenkampf, der in immer weiteren Kreisen zum Prinzip erhoben wird, auf seinen mahren Wert zurückzuführen, zu zeigen, baß es nicht Rlaffenfämpfe, sonbern Standesfämpfe find, mas bie Arbeiterschaft gegenüber ben Arbeitgebern notwendig hat. Übrigens bin ich ber Meinung, wenn es bloß sozialdemokratische Gewerkschaften gabe, mare ber Ausbruck nicht gefallen. Es ist so ein Rudzugsgefecht ober eine geschickte Deckung, man verstedt fich jest hinter die fozialbemokratischen Gewerkschaften, mahrend man von Gewerkschaften überhaupt nichts wissen will. Deshalb ift man auch fo emport über die Vertreter ber Wiffenschaft, die diesmal hinter ben Arbeitern stehen wie auch sonst in den meisten Fällen. Gerade die Arbeiterschaft ist ja auch bereit, von den Volkswirtschaftslehrern zu lernen. find bereit, auch Konzessionen zu machen und unsere Forderungen auf das Maß ber Möglichkeit und Gerechtigkeit zu beschränfen. Aber wenn man uns tropbem zu Sozialbemokraten stempelt, so hat schon Herr Landgerichts= rat a. D. Rulemann auf dem Evangelischen Kongreß gesagt: es ist noch gar nicht erwiesen, mas im Sinne ber Arbeitgeber ein Sozialbemofrat ift. Ein

großer Teil von uns wird ohne weiteres dazu gestempelt. Wenn man aber einfach das zum Prüfftein macht: daß alle Arbeiter, die Forderungen stellen, auch auf wirtschaftlichem Gebiete Sozialbemokraten sind: dann, meine Herren, nehme auch ich das Odium auf mich, ein Sozialbemokrat zu sein.

(Lebhafter Beifall.)

Landtagsabgeordneter Franken (Gelsenkirchen): Meine Herren, ich habe den Vorzug, der letzte Redner zu sein, ich will mich in meinen Ausführungen beshalb ganz kurz fassen.

Zunächst muß ich Herrn Arbeitersekretär Erkelenz widersprechen, wenn er uns prophezeite, daß ein großer Massenstreit der Bergarbeiter nicht wieder 17 Jahre würde auf sich warten lassen. Nachdem im rheinisch-westfälischen Bezirk die großen Reichstagswahlkreise bereits alle unter die Herrschaft der Sozialdemokratie gebracht sind und nachdem die Arbeiter eingesehen haben, daß die Versprechungen der Sozialdemokratie ihnen nichts bringen werden, werden wir, wenn die einheimischen Ruhrarbeiter in der Bewegung oben bleiben, nicht so bald einen großen Massenstreik wiedersehen, es müßte denn der Beschluß von Jena wahr werden, eine große Revolution durch einen Massenstreik zu veranstalten.

Ich möchte bestreiten, was Herr Erkelenz sagt, daß es ein Abkommen unter den Industriellen gibt, Arbeiter, die die Arbeit verlassen, innerhalb drei Monaten nicht wieder auf anderen Werken zu beschäftigen. Die Arsbeiternot ist augenblicklich groß im rheinisch mestfälischen Industriegebiet; wir können begabte Arbeiter fast gar nicht haben; auch die Tagesarbeiter sind sogar sehr rar. Darin liegt gerade ein Beweis dafür, daß die Freiszügigkeit nicht beschränkt wird; denn gerade die Bergarbeiter wandern in den letzten Jahren fortwährend, die zu 60 und 70 % pro Jahr und Mann wechseln die Arbeit. Ich will aber zugeben, daß es ein Abkommen gibt, um solche Menschen auszuscheiden, die z. B. in der Fabrik auswiegeln oder die dem Trunk ergeben sind, die bummeln und gern blau machen; denn wir müssen den solchen Arbeiter schützen, der auch darunter leidet. Könnten wir es anders machen, dann müßten die Löhne für tüchtige, begabte Arbeiter viel höher stehen als für den, der seine Schuldigkeit nicht tut.

Ich möchte noch auf die Leitsätze des Herrn Professor Schmoller zurückschmmen und darauf aufmerksam machen, daß es in Titel II der preußischen Staatsverfassung Artikel 9 heißt: das Eigentum des preußischen Staatsbürgers ist unverletzlich. Wenn man also auf der einen Seite von den Ersträgen und Dividenden der Aktionäre etwas herunternehmen wollte, dann müßte man auf der anderen Seite für den Auskall eine Garantie übers

nehmen. Ich glaube nicht, daß das preußische Abgeordnetenhaus sich's würde gefallen lassen, daß der Reichstag einen Beschluß faßt, welcher diesen Baragraphen aufhebt.

Inbezug auf die Kartelle möchte ich fagen, daß nach meiner Auffassung die Gefahr gar nicht fo groß ift, wie es immer beschrieben worden ift. Aber ich möchte boch bem herrn Regierungsrat Bolder entgegnen, bag es wohl kaum ein Syndikat gibt, welches fo wenig Sympathien bei ben Produzenten und Konsumenten hat wie der Halbzeugverband. Wir hatten ein Syndikat für Feinbleche — und ich bin selbst Berbraucher, ich verbrauche monatlich 20 Doppelmaggons Feinbleche, aber ich habe bennoch ein großes Interesse baran, daß bas Syndikat follte bestehen bleiben — und es ist ber haltung bes halbzeugverbandes zuzuschreiben, daß dieses Feinblechsyndifat zusammengebrochen ift. Wenn die Syndifate ihre Aufgabe erfüllen, die Broduktion zu regeln, dem Geschäft eine gemiffe Stetigkeit zu verleihen, Die Überproduftion nach dem Auslande zu werfen in schlechten Zeiten, die Brobuktion zurudzuhalten in guten Zeiten im Interesse ber heimischen Industrie. aber auch zugleich um ben Arbeitolohn auf ber Bohe zu erhalten, bann find fie von großem Segen, und gerade bas Rohlenfyndikat hat nach ber Richtung ben allergrößten Segen geftiftet. Wie mar es früher bei ber Bergmerks= industrie? Roble ist ein Produkt, welches nicht der Mode unterworfen ift, aber es ift ben Sahreszeiten unterworfen, ferner ift es abhängig vom Gang ber großen Gifeninduftrie. Im Frühjahr murbe Taufenden von Arbeitern gefündigt. Es traten große Feierschichten ein, und wenn ber Berbft fam, fchrie alles nach Rohle. Dann mußte man die Arbeiter fuchen, wie man fie bekommen sollte. Da ging ber Schuster vom Leisten, ber Bauer vom Bflug und alles ging ber hoben Löhne wegen in die Gruben. Das Rohlensyndifat ift bas Rudgrat für die Stetigkeit unserer Industrie gewesen, und muß es weiter fein.

Run muß ich noch furz auf die Ausführungen der Herren Giesberts und Erkelenz zurückkommen. Ich muß da einiges berichtigen. Wenn Herr Geh. Rat Kirdorf gestern fagte, die christlichen Gewerkschaften seien nach seiner Auffassung nicht besser als die sozialdemokratischen und er verhandle lieber mit letzteren, weil sie unter offener Flagge segelten, so liegt das daran, meine Herren: Herr Giesberts ist Sekretär der katholischen Arbeitervereine und hat seinen Sit in M.-Gladdach, er ist Redakteur und Mitarbeiter einer katholischen Arbeiterzeitung dort. Bor einiger Zeit schrieb er einen Artikel, in welchem er aussührte, Aufgabe der christlichen Gewerkschaften sei es, dafür einzutreten, daß über dem rheinisch=westsälischen Industriegebiet die Zentrumsssage wehe. Dieser Artikel ist durch die Zeitungen der Zentrumssschriften CXVI. — Berhandlungen 1905.

presse gegangen. Sie ersehen daraus, welche einseitigen Aufgaben man auch bann den christlichen Gewerkschaften stellt. Vielleicht nehmen sie einmal einen anderen Namen, etwa deutsch oder national an. Vielleicht treten einmal politisch objektiv denkende Männer auf, die nach dieser Nichtung aufklärend wirken. In dieser Weise sind die Ausführungen des Herrn Kirdorf zu verstehen.

Vorsitzender Professor Rathgen: Die Debatte ist nun geschlossen. Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort S. Erzellenz von Rottenburg.

Erzelleng von Rottenburg: Meine Berren! Es ift in den letten Tagen zweimal gegen mich ber Borwurf erhoben worden, daß ich über die Motive gesprochen hatte, Die Berrn Regierungerat Bolder bestimmt hatten, einem Syndikat beizutreten. Diese Infinuation weise ich auf das entschiedenste zurück. Ich habe am zweiten Tag der Verhandlungen gesagt: "Die Syndifate haben nicht immer eine richtige Politik verfolgt. Ich kann bas nicht im einzelnen nachweisen, berufe mich aber auf ben Berrn Regierungerat Bölder, ber basselbe erklärt hat." Run, meine Berren, wenn biefes Gutachten beweisend fein follte, so mußte ich zugleich hervorheben, baß ber Kerr Regierungsrat Bölder ein Freund ber Kartelle ift, und ledialich zu biefem Zwede bemerkte ich: "Berr Regierungerat Bolder, ber feine Wertschätzung ber Syndifate durch die Tat bewiesen hat." Das ift alles, mas ich gefagt habe. Meine herren, ber logische Zusammenhang biefer Worte ist meines Erachtens fo flar, daß ich nur fagen kann, wer meine Außerung anders auslegt oder wer nur die Möglichkeit einer anderen Interpretation behauptet, die etwa dahin gegangen mare, daß ich die Motive des Herrn Regierungsrat Bölder fritisieren wollte, ben kann ich nur auf den Rat hinweisen, den Mephisto dem Studenten gibt: zuerst ein collegium logicum, bann wird ber Geift euch wohl breffiert, in span'sche Stiefel eingeschnürt ufm., bamit euer Geift nicht irrlichteriert.

Und dann, meine Herren! Herr Professor Cohn hat, zum Beweise dafür, daß die amerikanischen Milliardare ausgezeichnete Leute wären, auf die großen Schenkungen derselben hingewiesen. Bei diesen Worten siel mir eine alte Geschichte ein. Vor vielen Jahren hat ein schottischer, sehr großer Arbeitgeber 500 000 Pfund an die Low Church geschenkt, und der Lord Advocate of Scotland, der den Konsens dazu geben mußte, erklärte, eine höhere Feuerversicherungsprämie wäre wohl nie im Leben gezahlt worden. (Heiterkeit.)

Reserent Professor Dr. Schmoller (Berlin), (Schlufwort): Meine Herren und Damen! Lassen Sie mich beginnen mit dem Geständnis, daß

mir die Debatte, die meinen einleitenden Worten gefolgt ift, doch als eine sehr erfreuliche erschien, obwohl ich mit den positiven Vorschlägen, die ich gemacht habe, nicht nur wenig Beifall fand, sondern auch eine Reihe — wenigstend zwei, möchte ich sagen — heftige und leidenschaftliche Angriffe erfahren mußte.

Die Erfreulichkeit sehe ich in zwei Bunkten: einmal in der Tatsache, daß hervorragende Arbeitgeber und Arbeiter an unserer Debatte teilnahmen, vor allem aber in der prinzipiellen Übereinstimmung, die ich glaube konstatieren zu können, daß wenigstens alle hervorragenden Redner, alle Redner, auf deren Bedeutung ich für meine Person das Hauptgewicht lege, barin mit mir einig maren, bag in bem Mage, als immer größere zentraliftische Geschäftsorganisationen entstehen, Die Versuchung bes Machtmigbrauchs vorhanden ift, und daß der gewöhnliche kleingeschäftliche Egoismus - möchte ich fagen -, ben niemand angreift, ben jeder Bernünftige als eine notwendige menschliche Eigenschaft betrachtet, hier fo riesenhaft anwachsen kann, daß er gefährlich wird. Bon diesem Standpunkte aus steht hierbei für mich allerdings und, ich glaube, für alle die, die in diesem Sinne geredet haben, die Frage im Mittelpunkt: wie find die Geldmacher in der Führung der Geschäfte zu bekämpfen? wie ist dafür zu sorgen, daß in der Leitung biefer großen Organisationen das Gesamtinteresse nicht zu kurz kommt. Ich stehe da auf dem diametral entgegengesetzen Standpunkt wie herr Professor Diehl, ber mir verwehren wollte, von Geldmachern zu sprechen. Meine Berren! Wer bie psychischen und sittlichen Motive bes Wirtschaftslebens ausscheibet bei nationalökonomischen Erörterungen, scheibet für mich aus der tieferen miffenschaftlichen Debatte barüber aus (Sehr richtia!), und beswegen ist es absolut richtig, von der Frage zu sprechen, wie die mirtschaftlichen Organisationen beschaffen sein muffen, Die uns einigermaßen garantieren, daß an die Spite ber großen Geschäfte Manner fommen, die nicht bloß Geld machen wollen, sondern die gemeinnützigen höheren Interessen mit in ihren Kalkül hereinziehen. Daß es dabei besser ift. Bersonen nicht zu nennen, wenigstens nicht Personen bes Inlands, gebe ich zu; ich habe auch feine genannt. Wenn andere hier Namen genannt haben —, in dieser Beziehung trifft mich der Vorwurf nicht.

Dann lassen Sie mich aber weiter, ehe ich zur eigentlichen Sache komme, zwei persönliche Bemerkungen machen über Herrn Geheimrat Kirdorf und über Herrn Pfarrer Naumann. Ich habe Herrn Geheimrat Kirdorf über-redet, trot ber größten Bedenken, die er hatte, hierher zu kommen. Die persönlichen Beziehungen, die wir in der Enquetekommission angeknüpft hatten, haben ihn veranlaßt, trot starker entgegengesetzter Einwirkung auf

27\*

ihn, trotz seiner Geschäftslast und seiner Gesundheit mir zuzusagen und biese Zusage zu halten. Er hat dabei von Anfang an mir erklärt, Zeit zu einer breiten wissenschaftlichen Erörterung und Beweissührung habe er nicht, er könne höchstens aus seinem praktischen Leben einiges mitteilen und seine allgemeine Überzeugung aussprechen, und ich habe geantwortet: Das genügt; mehr erwarten und wünschen wir von Ihnen nicht. Damit war es naturgemäß auch gegeben, daß wir ihn nicht nach dem Maßstab einer Gelehrtendiskussion hier messen, durch, umsomehr, als er ja halb krank sich hierher geschleppt hat', und ich glaube, wir sind ihm zu großem Dank verspslichtet, daß er kam, weil es doch eine wichtige Tatsache ist, daß er hier erschienen ist, und ich möchte hinzussügen, weil seine Bersönlichkeit jedem, der ihm gegenübertritt, und der ihn vor allem auch länger angehört hat, als es hier in der kurzen Zeit möglich war, den Sindruck macht, daß die deutsche Industrie sich glücklich schäpen könnte, wenn sie in größerer Zahl solche Persönlichkeiten an ihrer Spize hätte.

(Sehr richtig!)

Denn daß er unter all den Herren, die vor der Enquetekommission erschienen sind, weitaus und turmhoch über allen anderen steht, daran kann niemand zweifeln, der die Enquetekommission mitgemacht und ihr angehört hat, und ich möchte noch hinzufügen, seinem Freimut ist es allein zu danken, daß er auf meine ersten zudringlichen Fragen am ersten Tage der Kartellenquete mit großer und loyaler Offenheit über die Versassung und über die inneren Verhältnisse sprach und damit die anderen Kartellherren fortriß, daß sie auch mehr oder weniger zur Offenheit übergingen. Das hielt ich für meine Pflicht, hier noch zu betonen.

Ich muß, so peinlich es mir ist, auch noch ein Wort über Herrn Pfarrer Naumann sagen. Seine ganze Rebe war ein heftiger Ungriff auf mich, ohne daß er mich nannte. Ich liebe Herrn Pfarrer Naumann als Menschen und Christen und sittlichen Patrioten; ich habe sehr viele seiner Schriften gerne, manche mit Beisall gelesen, aber ich habe niemals einen so ungünstigen Eindruck gehabt wie von seiner gestrigen Rede. Ich habe niemals so sehr den Sindruck gehabt, daß hier wesentlich der Demagoge sprach (Große Bewegung), und den Sindruck, daß er ohne eigentliche realistische Sachsenntnis die alten marristischen Phrasen und die für mich abständige Weisheit der materialistischen Geschichtsauffassunfassung durch sehr kümmerliche Beweismittel stützte.

Soweit ich die Einzelheiten noch im Gebächtnis habe, ist auch bas, was er vorbrachte, nach meiner Empfindung falsch. Er hat behauptet, daß unsere Kartellherren und unsere Großindustriellen die Mittelstandspolitiker

stützten. Ja, meine Herren, wer Duzende von Kommissionsverhandlungen eines parlamentarischen Körpers über berartige Themata mitgemacht, ber weiß, daß bei jeder Beratung über diese Dinge die Mittelstandspolitiker und die Syndikatsherren und Großindustriellen wie Wasser und Feuer gegenseinander stehen (Sehr richtig!), daß sie noch niemals paktiert haben. Ich möchte sagen, eher könnte man zu Herrn Pfarrer Naumann sagen, er habe mit den Herren des Großkapitals paktiert, indem er zu ihnen in den mehr kapitalistischen Teil der alten Fortschrittspartei eintrat.

Aber ich will nicht mehr beifügen. Ich hielt mich, wie gesagt, nur für verpflichtet, als Schlußreferent wie als Leiter des Ausschusses dieses Bereins hier das auszusprechen, was, wie ich weiß, sehr viele Mitglieder dieses Bereins mit mir gefühlt haben; ich mußte hier ein Wort der Reserve in meinem Schlußwort andringen. Wenn ich diesen meinen Standpunkt im Schlußworte nicht hätte wahren können, so wäre ich zweiselhaft geworden, ob ich imstande sei, nach dieser Rede und nach dem frenetischen Beisall, den sie fand — ich nehme freilich an, bei sehr vielen vor allem infolge des ästhetischen Sindrucks —, an der Spitze dieses Ausschusses vor der Öffentslichkeit zu bleiben. Hätte ich keine Gelegenheit gehabt, diesen meinen Widerspruch nachdrücklich vorzubringen, so hätte der Schluß gezogen werden können, daß ich mit dieser Rede einverstanden sei.

Und nun, meine herren, lassen Sie mich zur Sache kommen. Das praktisch Wichtige find die Vorschläge, die ich gemacht habe, die Vorschläge, die, wie herr Professor Max Weber fagte, gewiß viel mehr aus meinem Charafter und aus meiner Persönlichkeit und aus meinen praktischen Lebens= erfahrungen stammen, als aus blogen wissenschaftlichen Untersuchungen. Zuerst ein Wort darüber, wie ich in meiner Beurteilung Licht und Schatten den Kartellen einerseits, den Trufts anderseits zukommen ließ. Ich habe die Empfindung, in diesem Punkte von vielen Rednern migverstanden worden zu fein, vor allem, weil ich mich in meiner Rede viel fürzer faffen mußte, als ich ursprünglich gehofft hatte. Ich will eine Trustbildung und die Bildung großer Aftiengesellschaften nicht hindern, soweit sie in der Natur der Technik und des mirtschaftlichen Fortschritts liegt. Aber ich habe nach bem, was ich weiß von Kartellen und von Trufts, und nach ben allgemeinen Motiven, die notwendig verschieden sein muffen in einem Verein, ber nicht auf Dividenden, auf Kurssteigerung usw. arbeitet, und in einer Riesenaktiengesellschaft, die möglichst hohe Dividenden machen will, betont und ich habe dabei nicht bloß Berrn Rirborf, sondern eine ganze Reihe ber wichtigsten anderen Erfahrungen aus meinem Leben im Auge -, baß ich bei berartigen Bereinen, die nicht Dividenden machen, wo dem Leiter keine

seiner Borstandshandlungen unter dem Gesichtspunkt erscheint, ob sie im Augenblick für ein bestimmtes Kapital soviel größere Dividenden gibt, sondern wo er nur bemüht sein muß, eine Summe von verschiedenen Interessen zu gemeinsamen Zwecken zusammenzuhalten, annehme — und meine praktische Lebensersahrung hat mir das bestätigt —, daß da im ganzen leichter Leute mit gemeinnützigen Interessen, mit staatsmännischem Blick, mit höherer geistiger Auffassung an die Spitze kommen. Bei einem Trust dagegen handelt sich's zuerst um die Finanzierung, um die Untershandlung mit Banken, um die Aktienausgabe zu möglichst hohem Kurse, um Kursgewinne, da handelt sich's darum, große Summen von Aktien herauszubringen, das Kapital zu verwässern, die eingebrachten Werke zum möglichst hohen Werte zu bezissern, um so ein gutes Geschäft zu machen, da handelt sich's darum, in den ersten Jahren künstlich alles so einzurichten, daß die Kurse in die Höhe gehen usw.

Meine Berren! Bei folchen Geschäften werben viel leichter biejenigen höheren und edleren Eigenschaften, die politischen und sozialen Tugenden, bie ich für unsere gang großen Geschäfte heute zu forbern für erwünscht halte, in den Hintergrund gedrängt, und es wird viel leichter in diesen Geschäften paffieren, ichlaue, geriebene Berfonlichkeiten, die die Bearbeitung ber Breffe, bes Bublitums verfteben, Berfonlichkeiten, bie alle Schliche ber Breffe, ber Reklame, ber Borfe kennen, an die Spite zu bringen, und nur in diesem Sinn habe ich ein gunftigeres Urteil über die Kartelle als über bie Trusts. Ich glaube, daß ber ganze große Fortschritt ber Volkswirtschaft zu immer größeren Betrieben und Unternehmungen in gesunder Weise nur gelingt, wenn wir, wie ich es ausbrudte, ein kaufmannisches Beamtentum au schaffen und zu erziehen vermögen mit höheren moralischen Gigenschaften. Beamte, welche ausgezeichnete Raufleute und Techniker find, aber zugleich mehr als dies, welche ein fehr ftarkes Berantwortlichkeitsgefühl besitzen und damit ihre egoistischen Gelbinteressen im Zaume halten. Soweit ich bis jett feben kann, wird diefer geiftigen Bewegung von den Kartellleitern beffer Borfchub geleistet, als von ben meiften Perfonlichkeiten, die an ber Spike ber großen Trufts stehen, und nur in bem Sinne habe ich allgemeine Bermutungen ausgesprochen, ohne natürlich jemals ableugnen zu wollen, daß es im übrigen auf die einzelnen Berfonlichkeiten, ihren Charafter, ihre Berkunft ankommt, daß auch an der Spite der Riesenaktiengesellschaften vornehme, große Persönlichkeiten mit ftarkem Berantwortlichkeitsgefühl fteben und stehen können, und daß auch an der Spite der Kartelle niedriger stehende Bersonen das Seft in die Sand bekommen können.

Das meiste übrige Detail, meine Herren, mas mir entgegengehalten

murbe, geht bei jedem der herren Redner, bei meinen Opponenten, wie bei mir, aus von einer Summe von Lebenserfahrungen, vor allem von pinchologischen Beobachtungen und Betrachtungen hervor. Und da barf ich vielleicht bas eine einfügen: eine Summe von Beobachtungen biefer Art, von Beobachtungen aus bem praktischen beutschen Geschäftes und Aftienleben habe ich durch zufällige Lebensverhältniffe seit 40 Sahren viel Gelegenheit gehabt zu machen. Ein Bruder von mir mar in ben entscheibenden Jahren ber erften großen Sauffe, 1870-1875, Direktor ber Darmftabter Bank; es mar in ber Zeit, wo die Darmftater Bank vielleicht eine größere Rolle fpielte als heute und ich habe da Gelegenheit gehabt, in alle Geheimnisse ber bamaliigen Beriode, zugleich in die Geheimnisse der Aufsichtsräte und, mas damit aufammenhängt, ber Direktorenstellungen, einen tiefen Ginblid zu bekommen. Dann mar ich ein langes Leben hindurch, 40 Sahre, mit bem größten Rartell= und Truftgrunder Subbeutschlands, Kilian Steiner in Stuttgart, befreundet, und habe auch da Gelegenheit gehabt, in alle diefe Dinge, über die man nur urteilen kann, wenn man auch hinter die Kulissen sieht, wenn man die Versonen und die widerstreitenden Interessen in diesen Gremien fennen lernt, einzubringen. Mein Freund Steiner, ein Mitbegründer ber Deutschen Bank, ber anatolischen Bahnen, ber ftille Leiter gahlreicher Kartelle und gang großer Aftiengesellschaften, hat mir über alle biese Dinge viel und gang Buverläffiges erzählt. Er hat mir oft gefagt, er fonnte bas zehnfache Bermögen haben, wenn er es mache wie die anderen, er hat aber auch immer betont, daß er es als eine feiner Lebensaufgaben ansehe, ein kauf= mannisches Beamtentum zu erziehen, gegen Direktoren und Aufsichtsrate zu fämpfen, die er als bloße Geldmacher betrachtete. Sein Leben lang hat er fich erschöpft, die Auffichtsräte, die die Auffichtsratestellen zu Spekulationen in den eigenen Aftien und zu derartigen schönen Manövern benutten, herauszuwerfen, wo er maggebend mar: wo er nicht durchdringen konnte, blieb er weg. Er hat es immer wieder ausgesprochen: Die Hauptsache. wenn diese Inftitutionen, diese großen Gesellschaften, Rartelle, Trufts gebeiben follen, fei eine ftarke Bebung und Ausbildung der moralischen Qualitäten ber Betreffenden: das Pflichtbewuftsein und das Berantwortlichkeitsgefühl muffen ftarter werben, fonft gingen wir an allen biefen großen Organifationen zu Grunde. Von berartigen Gebanken und Lebenserfahrungen werbe auch ich beherrscht: fie haben fich mir in ber Borfen- und Kartellenquete ebenso bestätigt, wie in meinem breiundzwanzigjährigen Berliner Leben, das mir auch reichen psychologisch = faufmännischen Erfahrungsstoff zuführte. baher ift es für mich eine Art kindlicher Naivetät, einfach für die Trufts als folche zu schwärmen, wenn man nicht biefen pfnchologischen Apparat,

ber die Maschine in Bewegung sett, kennt und richtig abschätzt, wenn man nicht in Rechnung zieht, welche Art von Personen die Formen ausfüllen, beherrschen, handhaben. Gewiß, der Trust kann sehr nütlich und heilsam sein, wenn die rechten Personlichkeiten ihn leiten. Aber das ist gerade die Schwierigkeit, die rechten Menschen zu bekommen.

Meine Herren! lassen Sie mich nun noch einiges fagen über die Bersonen, welche heute als Direktoren und Aufsichtsräte unsere großen Aktiengesellschaften birigieren. Ich komme damit zugleich auf die Einwände, die gegen einen Borschlag gemacht wurden, der dahin ging, einige Bertreter des Gesamt-interesses in die Leitung der Riesenaktiengesellschaften zu bringen.

Jeber Kenner weiß, daß die gesetlichen Bestimmungen bes Aktiensgesetze in bezug auf Aufsichtsrat und Direktorium in keiner Weise bindende Direktiven geben. Es kommt alles auf die Persönlichkeiten an.

Zunächst schon im Verhältnis des Aufsichtsrats zu den Direktoren. Ist eine oder sind mehrere der Direktoren Persönlichkeiten ersten Ranges, so hat der Aufsichtsrat nicht sehr viel zu sagen. Und das ist unter Umständen das Allerbeste. So war es z. B. in Darmstadt, so lange der Bankdirektor Parcus neben der Darmstädter Bank zugleich unumschränkt die Hessische Ludwigsbahn leitete. Er hat seine Aussichtsräte in die Rocktasche gesteckt; er sagte mir oft, ein guter Direktor darf sich nicht viel von seinen Aussichtsräten drein reden lassen.

### (Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, gibt es in der Aktiengesellschaft kein stärkeres Interesse, als gute Direktoren zu bekommen. Die heutigen Direktoren unserer meisten großen Gesellschaften sind daher tüchtige Leute ersten Ranges, obwohl freilich auch hier Familieneinslüsse und Ühnliches mitwirken, und mancherlei Sinekureninhaber mitgeschleppt werden. Jedenfalls aber steckt unter diesen Direktoren ein großer Prozentsat bisheriger Staatsbeamter; die Reichsbank leidet förmlich unter der Abgabe von Beamten an die Privatinstitute; ebenso unsere Bergverwaltung, Marineverwaltung. Wäre es so schlimm, wenn man bei derartigen Übertritten Leute ins Auge faßte und sie dafür verpflichtete, daß sie zugleich die Staatsinteressen im Auge behalten.

Biel bunter sind die Aufsichtsratsgremien zusammengesett. Wohl ihnen, wenn sie einen Präsibenten ersten Ranges besitzen, zumal da, wo die eigentliche Leitung der wichtigsten Geschäfte nicht sowohl bei den Direktoren, als bei dem Aufsichtsrat liegt. Und das ist heute doch auch bei vielen der ganz großen Gesellschaften der Fall. Es geht am besten, wenn ältere Direktoren, die nicht mehr die ganze Geschäftslast tragen wollen, nun ihre

Erfahrung im Aufsichtsrat verwerten. Wie ist aber im übrigen ber Aufsichtsrat zusammengesett? Bei manchen, vor allem bei Familienaktien= gefellschaften sind es bie wenigen Sauptaktionare, die ihn bilden. Und bas ist in gemissem Sinne ja bas beste: benn Sauptaktionare haben bas ftarkste Interesse zur Sache, besigen häufig auch Sachkenntnis genug. Aber wo bie Hauptmasse ber Aftien auf bem Markte flottiert, ba kann es leicht kommen, daß 50-90 Prozent der Aftien in Sänden find, welche die Aftie nur als Kapitalanlage, als Spekulationspapier ansehen. Da entscheidet über die Bufammensetzung des Aufsichtsrats die zufällige Berteilung des Aftienbesites vor der letten Generalversammlung, refp. die zufällige Anwesenheit in derfelben. Spekulation, Aftienkauf vor ber Generalversammlung haben ben größesten und boch häufig zufälligen Ginfluß. Dazu kommen weitere Belegenheitsursachen: man nimmt von befreundeten, nahestehenden großen Geschäften, von großen Kunden jemand herein. Bor allem, wo man den Rredit der Banken braucht, überläßt man ihnen 1-2 Stellen. Wo Aftienaesellschaften gegründet werden oder bestehen, die auf ein Einvernehmen mit ber Stadtverwaltung sehen muffen, ba fitt ber Oberburgermeister im Auffichtsrat. Und das hat feine fehr aute Seite. Schon feine Anwesenheit bewirkt, daß man Rudficht auf bas Wohl und Wehe ber Stadt nimmt. Ift es da nun unnatürlich, wenn ich sage: neben dieser Menge sich freuzender Einfluffe mare es heilfam, bag in ben wenigen gang großen Riefenaktien= gefellschaften, welche zum Staate in einem ahnlichen Berhaltnis ftehen, wie fleinere zur einzelnen Stadt, eine Angahl Bertreter ber Gesamtintereffen sigen; ist nicht anzunehmen, es wären solche zu finden, deren innerer Beruf, beren Fähigkeit mindestens so groß waren, als ber anderer Aufsichtsräte?

Findet Derartiges nicht schon jest tatsächlich badurch statt, daß diese großen Institute für alle wichtigen Geschäfte Fühlung mit der Resierung haben und haben müssen, ob die Regierung schlecht ist oder nicht, ob man sie lobt oder tadelt. Die ganz großen Unternehmungen des Landes können nicht in diametralem Gegensatz mit der Politik des Staates geführt werden — das wäre so, als wenn man bei einem Wagen vorn und hinten ein Perd spannt —, und es ist auch wahrscheinlich, daß dabei eine Berständigung nicht so sehr schwierig ist, Se ist ein offenes Gesheimnis, in welcher Form dieser Einsluß z. B. bei den großen maritimen Schiffahrtskompagnien, die unser Stolz sind, ausgeübt wird. Jedermann weiß, daß keine unserer großen Banken auswärtige Anleihen übernimmt, ohne Beratung darüber im Auswärtigen Amte. Meine Herren, Derartiges ist ganz selbstverständlich. Wenn die Hamburg-Amerika-Linie in der großen Frage des Truss mit England und Amerika nicht in Fühlung mit unserer

Regierung gehandelt hätte, so hätte sie in meinen Augen handelspolitischen Hochverrat getrieben. Das mußte sein. So gehen die Dinge in allen großen Organisationen und in allen Ländern. Und wenn der Einfluß nicht so gemacht wird, dann wird er anders gemacht; wenn er nicht auf diese Weise kommt, wie ich es wünsche oder zunächst vorgeschlagen habe, so wird er mit der Zeit durch Kapitaleinschiffe, durch Aktienkauf gemacht.

Herr Kollege Cohn hat die Verstaatlichung der Eisenbahnen so gelobt. Der Mann, der historisch das erste Lob in dieser Beziehung verdient, war von der Heydt deshalb, weil er seit den fünfziger Jahren immer größere Teile des Aktienkapitals für den Staat erwarb, so daß dieser einige große Bahnen längst beherrschte, als man dann in den siedziger Jahren die reise Frucht vom Baume abnahm und die Verstaatlichung aussprach.

Nun hat man gesagt: ja Staatsbeamte, Affessoren taugen nichts zu solchen Stellen. Herr Professor Wiebenfeld hat den preußischen Beamten ein schlechtes Zeugnis ausgestellt, und Herr Professor Max Weber hat die preußischen Minister ziemlich niedrig eingeschätt. Ich will nicht leugnen, daß ich von seiner Zensur indezug auf einzelne Minister nicht so sehr weit abweiche. Aber, meine Herren, unsere heutigen Ressortminister sind auch nicht das Entscheddende für die Art der Wirksamkeit eines solchen Sinssussen. Wenn wir nur einen leitenden Minister haben, der ihnen die richtigen Besehle gibt, und was noch viel wichtiger ist, wenn wir Unterstaatssekretäre, Ministerialdirektoren und Geheimräte haben, die charaktersest das Gesamtinteresse vertreten, Sachkenntnis, Pflichttreue, Erfahrung haben, so ist eine richtige Einwirkung auf die Auswahl derer, die in den Riesensaktengesellschaften amtieren sollen, garantiert.

Meine Herren! Die Minister kommen und gehen. Der Kanzleichef im Landwirtschaftsministerium sagte einmal, das ist jetzt der sechste Minister, den ich einpauken muß! Als ich mich einmal mit Minister Miquel nach dem Abgang des Ministers des Innern, Herrsurth, über die Besetzung der Landratsstellen unterhielt, sagte er, Herrsurth hatte so wenig einen Einsluß wie vor ihm Puttkamer; Herrsurth hat sich um die vier die füns ersten Stellenbesetzungen bekümmert; dann hat er, wie alle Minister, die Sache wieder dem Personalreserenten überlassen. So lange die seudale Partei einen sichern Reserenten an dieser Stelle hat, ist es ziemlich gleichgültig, wer Minister ist. — Ja, meine Herren, die Geheimräte, die Ministerialdirektoren, die Unterstaatssekretäre regieren uns! Und ich behaupte, wir haben im ganzen niemals — jedenfalls nicht oft und nicht lange — bessere gehabt als heute. Denken Sie, daß unser Freund Thiel seit weit über einem Menschenalter im landwirtschaftlichen Ministerium wirkt, ähnlich Lohmann

im Handelsministerium — und ich könnte viel ähnliche Beispiele nennen, das ist das Entscheidende. Und darum habe ich heute noch ein großes Vertrauen auf unser Beamtentum. Wir haben noch einen ausgezeichneten Stamm von berartigen Leuten, die unter dem jetzigen Regime nicht mehr an die leitende Stelle kommen, aber die eigentlich alles machen. In einem der Ministerien, ich will nicht sagen, in welchem — es ist aber nicht das Kultusministerium — war neulich davon die Rede, daß vielleicht der Minister abgehen und ein recht bornierter Reaktionär an seine Stelle kommen soll. Der entscheidende Ministerialdirektor sagte mir: "Das ist ziemlich gleichgültig. In zwei Monaten habe ich auch den so weit, wie ich wünsche." Die großen Traditionen der Beamtenhierarchie in den Ministerien sind viel wichtiger, mächtiger als diese wandelnden Persönlichskeiten, die nach außen im Augenblick die Flagge in der Hand haben, die gewählt sind nach ihrer Redegabe, ihrem Einsluß auf gewisse parlamentarische Gruppen und ähnlichen Ursachen.

Meine Herren, das sind meine Lebenserfahrungen, von denen ich ausgehe, und von ihnen aus und nicht, weil ich historische Studien über die älteren preußischen Beamten im 17. und 18. Jahrhundert gemacht habe, urteile ich so. Das gebe ich in keiner Weise zu, daß diese meine historischen Studien mich in meinem Urteil über die heutige Tagespolitik bestimmen. Ich habe seit über 40 Jahren unser öffentliches Leben mit offenen Augen beobachtet, ich habe sehr viele Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Minister und Räte persönlich gekannt, sie ziemlich genau sprechen und handeln sehen, ich weiß, wie ihre Umgebung sie beurteilt; diese Lebenserfahrungen sind für mich das Entscheidende.

Was nun meine Borschläge betrifft, so gebe ich vollständig zu, daß man über sie verschiedener Ansicht sein kann; aber ich gebe in keiner Weise zu, daß psychologische Schlüsse, Vermutungen, wie sie z. B. mein verehrter Freund Schumacher aufgestellt hat, eine größere Wahrscheinlichkeit für sich haben als meine Vermutungen. Da fragt sich, wer von uns beiden mehr Lebensersahrung und mehr richtige Einschäuung der Persönlichkeiten hat. Wenn Herr Kollege Schumacher, der erfreulicherweise mit meiner Tendenz der altruistischen und gemeinwirtschaftlichen Überlegungen in der Leitung der ganz großen Geschäfte mit mir übereinstimmt, dies dadurch erreichen will, daß er sagt, in allen diesen großen Aktiengesellschaften sollen alle Protokolle gedruckt und jede Ubstimmung dem Publikum mitgeteilt werden, ja, meine Herren, da sage ich, daß geht viel weiter, als was ich vorgeschlagen habe. Das ist dem eigentlichen Geschäftsleiter sieher viel unannehmbarer und löst allen ruhigen Gang der Geschäftsseihrung auf, bedroht ihn, wenn nach jeder

Aufsichtsratsitzung öffentlich verkundigt werben foll, was vorkam und wie abgestimmt worden ist. Was ich verlange, ist etwas Ühnliches, was heute schon die Großbanken erstreben. So gut die Großbanken in den Aufsichtsräten bei ber Besetzung ber Direktorenstellen mitmirken, so gut kann es bie Staatsregierung. Daß bas Beamte fein muffen, habe ich nicht gefagt, es muffen nur Leute fein, zu benen die Staatsregierung bas Bertrauen hat, daß fie die Staats= und Reichsintereffen ebenfo im Auge haben, wie die Geschäftsintereffen. Ich habe eine gemischte Verwaltung gewünscht. Und ich behaupte, die Leute, die auf diese Weise an der Verwaltung der Riefen= aktiengesellschaften teilnehmen, werden nichts anderes wollen und nichts anderes repräsentieren, als heute schon die besten Direktoren und Aufsichts= rate felbft anftreben. Wer an fefter, leitender Stelle fteht und zugleich einen offenen Ropf und das Berg auf dem rechten Fleck hat, der fühlt, daß er nicht blog Dividenden schaffen darf, daß er eine Berantwortung trägt, wie ein Minister. Diese Leute und ihre Tendenzen will ich nur stärken durch meine Vorschläge.

Meine Berren, eine Summe von Erfahrungen anderer Art, in anderen Ländern spricht für Derartiges. Ich habe einmal — es war einer meiner fähigsten Schüler, Mr. Metcalf in ben Bereinigten Staaten - eine Unterfuchung über bas Verkehrswesen in Paris machen lassen. Er hat ba nachgewiesen, daß diese großen Berkehrsanftalten heute noch Aktienform haben und in vieler Beziehung eben beshalb gut verwaltet find; er nimmt an, eben weil fie Aktienform haben und weil fie nicht verstadtlicht find, fei ihre Berwaltung gut; aber er zeigt zugleich, daß feit 50 Jahren regelmäßige Ber= handlungen zwischen der Kommune, dem Staat und der Aftiengesellschaft stattfinden, welche darauf abzielen, daß das Publikum nicht ausgebeutet wird, daß das Monopol nicht migbraucht wird, daß eine Kontrolle über die Gesellschaft ausgeübt wird: vor allem ist die Verlängerung der Konzession jedesmal an die Erhöhung der großen jährlichen Zahlungen an Stadt und Staat geknüpft worden, und wenn ich die Bahlen richtig im Gebächtnis habe, so bekommen jest bie Parifer Aftionare von bieser Besellschaft jährlich etwa 40 Millionen und Staat und Kommune jährlich etwa 60-80 Millionen Franks Einnahme.

Nun kommen die Menschen, die eine radikale Lösung wollen: entweder Verstaatlichung oder ein reines Privatgeschäft! Ja, ich sage, das sehe ich nicht ein; warum können nicht Leute aus verschiedenen Kreisen in der Geschäftsleitung zusammenwirken? Meine Herren, was ich im praktischen Verwaltungsleben immer leicht schädlich gefunden habe, ist, wenn man entsgegengesetzte Tendenzen und Interessen sich möglichst selbständig nebens und

übereinander organisieren läßt; dadurch werden sie leicht in eine dauernde Feindseligkeit gegeneinander hineingetrieben. Ich habe immer gefunden, daß ber Ausweg in allen Intereffenkonflikten leicht ift, wenn man ichon im ersten Stadium diejenigen, die, welche baran bas meiste Interesse haben, an einen fleinen Tisch zusammensetz und fagt: nun verhandelt! Ich habe als Stadtverordneter die icharfften Konflikte zwischen Magiftrat und Stadt= verordneten erlebt, und der Frieden wurde immer in kleinen Kommissionen heraestellt, mo neben vier bis sechs Stadtverordneten ein bis zwei Magistratemitglieder fagen. Ich habe viele Senatositzungen ber preußischen Universitäten erlebt, wo man sich in Deklamationen gegen die bose Regierung erging, wo unendlich viel falsches Bathos auf den Konflikt verwendet wurde, und ich habe dann als Professor ber landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin die Sitzungen bes Senats mitgemacht, wo von Unfang an der Kurator an allen diesen Sitzungen teilnahm, und fast alle Ronflitte murben im Reim erftickt, weil Die zwei entgegengesetten Interessen sich nicht versteiften, weil die Migverständnisse im Reime erstickten.

So wird es auch bei den Kartellen und den Trusts sein. Die Herren müssen in ihrem Gremium, wenn sie über Preise beschließen, jemand haben, der als Anwalt des Gesamtinteresses plädiert. Ob er die Majorität stets für sich hat, ist nicht so wichtig. Schon der Umstand, daß er anwesend ist, daß er die Gesamtinteressen überblickt und verteidigt, gibt ein anderes Ergebnis der Beratungen. Schon seine stillschweigende Anwesenheit wirkt.

Durch diese Lebenserfahrungen bin ich zu meinem Borschlag gekommen. Daß er nun Schwierigkeiten bietet in der Ausführung, ist ja wahr. Und es ist ebenso wahr, daß man alle derartigen Gesetze umgehen kann. Der Direktor der Deutschen Bank, Georg Siemens, hat einmal in der Börsensenquetekommission gesagt: durch jeden Paragraphen des Börsengesetzes, das Sie machen wollen, mache ich mich anheischig, mit einem vierspännigen Wagen hindurchzusahren.

### (Beiterkeit.)

Ja, meine Herren, das mag vorkommen, aber es ist doch etwas anderes, wenn ein solches Gesetz existiert, wenn eine gemischte Kommission die Beratungen führt, wenn Bertreter des Staatsinteresses anwesend sind, die natürlich doch, wenn sie eben die rechten Persönlichkeiten sind, auch in die Geheimnisse eindringen, welche erfahren, wie hier die Dinge zugehen usw. Und, meine Herren, das ist nicht so schwer. Ich kenne aus der Berliner Bankier- und Anwaltswelt manche tüchtige Persönlichkeiten in relativ untergeordneten Stellen. Und sie wissen doch alle Geheimnisse der Börse und der Bank, und wer ihr Bertrauen hat, erfährt es auch. Warum soll es

also ba einem Staatskommissar, resp. ben Personen, die als Vertrauenseleute ber Regierung anwesend sind, nicht gelingen? Aber daß Bedenken aller Art daneben vorhanden sind, gebe ich Herrn Prosessor Max Weber und den anderen Herren, die solche ausgesprochen haben, zu. Ich sage nur, Vorschläge ohne Bedenken gibt es in der Welt nicht, und ich freue mich, wenn mir jemand einen besseren Vorschlag macht.

Nun hat Berr Professor Alfred Weber die Staatstonkurreng vor-Meine herren, ift bas von heute auf morgen im jegigen Stadium zu machen? Welche politische Faktoren mußten ganzlich andere sein, wenn der preußische Staat den halben Ruhrbezirk kaufen und damit bem Kartell Konkurrenz machen follte? Welchen enormen Kohlenbesit mußte ber preußische Staat haben, bamit er bas ernstlich tun könnte! Das find alles keine Möglichkeiten, mit benen nach meiner Ansicht in abseh= barer Zeit als Wahrscheinlichkeit gerechnet werden fann. Außerdem, wenn es noch bei den Kohlen möglich wäre, viel weniger wäre es möglich und mare es nach meiner Empfindung ersprießlich für die Stahlwerke. Diese möchte ich in dem jetigen Stadium unserer Entwicklung unter allen Um= ftänden vor der Verstaatlichung bewahren, weil ich nicht für richtig halte, einen großen internationalen Konkurrenzkampf einer fiskalischen amtenverwaltung zu übergeben. Wenn wir folche Stahlwerke in erster Linie als Konkurrenz gegen die übrigbleibenden privaten Werke schaffen wollten, bann mußten es gang foloffale Werke fein. Und ich glaube, Die Natur der Dinge murbe die beiden Arten von Riesenzentralen doch wieder rasch zu einer Berständigung führen; wenn ich im jetigen Augenblick nicht für die Rohlenverstaatlichung bin, so noch viel weniger für diese Berstaatlichung.

Es ift das Wort Parlamentsrednerei angegriffen worden, das ich gebraucht habe. Meine Herren, ich habe damit nur gemeint, jede kleinste Anderung in großen staatlichen Betrieben muß den Ministerpräsidenten, das Staatsministerium oder das Ressortministerium, die vortragenden Räte, das Parlament passieren, und deshalb wird immer der rechte Augenblick verpaßt. Ich habe gestern schon erwähnt, im preußischen Staatsministerium hat man über den Ankauf von Ruhrkohlenwerken seit 1890 unterhandelt. Schon unter Miquel schwebte lange der Ressortkamps, wie viele Missionen er dafür hergeben wolle. Die bureaukratische und parlamentarische Maschine ließ es nicht zu, daß man früher als 1904 damit zu Stuhle kam; man brauchte also 14 Jahre. Meine Herren, wir sind heute an der Grenze dessen, was man unseren Beamten und Parlamenten auspacken kann.

Meine Herren, das sind die Ursachen, warum ich eine zu große und

plögliche Steigerung staatlicher Industriebetriebe nicht haben will und sie für falsch halte. Außerdem berücksichtige ich allerdings auch einzelne im Moment teilweise ungünstige Seiten unseres aussührenden Beamtentums, die ich glaube im Detail so gut zu kennen wie Herr Professor Max Weber, und über die ich mich ebenso ärgere wie er, wenn ich auch den Arger nicht so offen zeige. Gewisse ungünstige Eigenschaften einzelner Bestandteile, einzelner Gruppen unseres heutigen Beamtentums hängen mit unserer ganzen veränderten Staatsverfassung zusammen. Der Beamte von 1713 bis 1848 ersetzte zugleich die öffentliche Debatte und die Bolksvertretung. Heute, wo schon die Fraktionen in der öffentlichen Diskussion, im parlamentarischen Rampse jede Staatsaktion erschweren, müssen wir an vielen Stellen Beamte haben, die mehr gehorchen als früher; wir können keine so selbsständigen Beamten in der mittleren und unteren Berwaltung mehr haben, wie im kleinen absoluten Staat des 18. Jahrhunderts.

Das sind im wesentlichen die Ursachen, aus denen ich zu meinen Vorschlägen kam, und ich sage nur, wenn ich eine sichere Garantie will, daß in den großen Geschäften zentralisierter Urt, seien es Kartelle oder Riesenaktiengesellschaften, das Staatsinteresse und der gemeinnützige Sinn eine erhebliche Rolle neben dem Geldverdienen spielen sollen, so muß ich durch die Institutionen dafür sorgen. Wenn Sie mir einen besseren Wegzeigen, so din ich gern bereit, ihm nachzugehen und meinen Vorschlag fallen zu lassen. Aber da ich im Augenblick die Verstaatlichung ablehne, da ich es nach den historischen Bedingungen der Jetzeit für ausgeschlossen halte, daß der Vorschlag des Herrn Weber irgend welche Aussicht auf Durchsführbarkeit und Erreichbarkeit in den nächsten 20 Jahren hat, so sage ich: mein Vorschlag ist das einzige, was mir eine gewisse Garantie zu bieten scheint.

Daß die gesamten Interessenten bagegen sein werden, wie Herr Geh. Rat Kirdorf dagegen war, meine Herren, das ist selbstverständlich. Aber daß die gesamten Nationalökonomen, die doch die Sorge für die Staatseinteressen und für die Gemeinnützigkeit der Leitung solch großer Geschäfte auch im Auge haben, erklären — jeder von einem andern Standpunkte aus —: das ist mir unannehmbar, das hätte ich in der Tat in diesem Umfange nicht erwartet. Aber ich will mich trösten, daß vielleicht, wie es in der Regel geschieht, einige, die mir zustimmen, geschwiegen haben, und daß diesenigen, die mir widersprechen zu sollen glaubten, das Bedürfnis hatten, zu sagen: salvavi animam meam!

Damit lassen Sie mich schließen und Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit danken. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender: Es haben sich eine Reihe von Herren zum Worte gemeldet zu einer persönlichen Bemerkung. Ich erteile zunächst das Wort Herrn Professor Diehl (Königsberg).

Brofessor Diehl (Königsberg): Meine Damen und herren! Unser geehrter Berr Referent hat mich migverftanden. Ich habe ihm nicht bas Recht verwehren wollen, die Berfonlichkeiten, die als Leiter folcher Kartelle und Trufts in Frage kommen, ju charakterifieren und ju murbigen. Gerade ich, der ich ausführte, wie die Kartelle und Trufts in besonderem Maße die Macht der Einzelperfonlichkeit hervortreten laffen, kann doch nicht leugnen, daß es auf die Art diefer Perfonlichkeit fehr wefentlich an-Soweit Herr Schmoller hier Personen mit Namen erwähnt und charakterifiert, hat er auch schriftliche und mündliche Außerungen angeführt, auf Grund beren er sein Urteil fällt. Bas ich wirklich meinte, ist eine Unsicht, von ber ich überzeugt bin, daß gerade auch herr Schmoller und herr von Rottenburg, ber zu ber Bemerkung bes herrn Schmoller , Sehr richtig! rief, fie vollkommen teilen. Ich wollte fagen, daß man hier nicht ohne ge= naueres Tatsachenmaterial, nicht auf Grund allgemeiner Eindrücke bekannte industrielle Verfönlichkeiten mit lobenden oder tadelnden Brädikaten versieht. Bierzu gehört eine fo intime Renntnis bes Geschäftslebens im allgemeinen und im einzelnen Falle, wie fie uns wohl felten zur Verfügung fteht. Daß meine Bemerkung nicht so falsch sein kann, geht mir auch baraus bervor, daß mir gerade bei biesen Worten aus der Versammlung heraus große Bustimmung murbe und nach Schluß meiner Rebe mehrere herren zu mir kamen, um mir ausdrücklich ihre Zustimmung zu bekunden.

Professor Max Weber (Heibelberg): Ich spreche nicht für mich, sondern — ich weiß nicht, ob Sie das zulassen wollen — als negotiorum gestor für den Pfarrer Naumann.

(Die Versammlung genehmigt das.) Was mich persönlich anlangt, so kann ich Herrn Professor Schmoller nur sehr dankbar sein für die sachliche Art, mit der er die Einwände, die ich gegen seine — wie er ja selbst von vornherein zugab — diskussionsbedürftigen Vorschläge gemacht habe, behandelt hat. Um so mehr habe ich bedauert, daß er jenes schöne Waß, welches ich umsomehr an ihm bewundere, als der Himmel in seinem Jorn mir, wie Herr Schmoller ja selbst angedeutet hat, die Gabe einer gewissen Deutlichkeit, die sich schwer unterdrücken läßt, mit auf den Weg gegeben hat, in seiner persönlichen Polemit gegen den abwesenden Pfarrer Naumann verlassen hat. Er hat ihm den Vorwurf des Demagogen nachgeschleudert und hat die Meinung geäußert,

Naumann habe, ohne ihn zu nennen, eine Rebe, die er offenbar als verletzend empfunden hat, gegen ihn gehalten. Ich glaube, beides widers spricht der Psychologie Naumanns.

#### (Sehr richtig!)

Er fpricht nicht zu bemagogischen Zwecken, sondern unter bem Zwang ber richtigen idealistischen Leidenschaft, die ihn beseelt, und unter ber Wirkung bes Glaubens an eindeutige Entwicklungsgesetze von eherner Notwendigkeit, die ich so wenig wie herr Professor Schmoller in diesem Kall mit ihm teile. und ich glaube ferner, wenn er gegen jemand spricht und vollende scharf spricht, so fagt er auch, wen er gemeint hat, und gegen wen fich fein Un= griff richtet. Ich perfonlich meine, allen Grund zu haben, anzunehmen, baß biefe Rebe Naumanns von ihm nicht als ein Angriff gegen die Person ober Anschauungsweise von herrn Prof. Schmoller aufgefaßt worden ift. Nun, meine herren, selbstverftandlich aber ift es bas Recht von herrn Brofessor Schmoller als Referent gegenüber einem Diskussionsredner, wenn er beffen Unfichten für verwerflich hält — auch ich mar nicht mit allem, was Naumann gesagt hat, einverstanden -, bas zu sagen. Das eigentliche Bedenken liegt für mich nun aber darin, daß Berr Professor Schmoller fagte: Der Beifall, ben Raumanns Rebe fand, konnte mich ftupig machen, ob ich als Leiter dieses Bereins noch weiter mitmachen foll. Um heutigen Tage war herr Professor Schmoller Referent und also als Partei an der Diskuffion beteiligt, und unter biefen Umständen halte ich ein Bereinziehen seiner Eigenschaft als Ausschußvorsitzender für unzulässig; für Naumann ist nach einer folden Außerung von feiten bes Borfitenben als folden bie weitere Teilnahme an fünftigen Berhandlungen bes Bereins boch so aut wie ausgeschlossen. Für mich wenigstens wurde sie es fein, wenn mir jemand nicht qua Referent und Diskuffionsredner, sondern qua Borfitender bes Bereins fagen wurde: Sie find ein Demagoge, mit Ihnen verhandle ich nicht, und wenn Sie Beifall finden, trete ich zurud. Das ift es, mogegen ich mich habe wenden wollen.

Professor Schmoller: Das Wort Demagoge habe ich nicht im schlimmen Sinne gemeint, ich habe es eben in dem Sinne gebraucht, wie es z. B. Treitschke von Friedrich List gebrauchte: er sagt von ihm, er wäre der größte Demagoge der Zeit. Demagogische Beredsamkeit ist eine eigenstümliche Spezies von Beredsamkeit. Ich glaube allerdings, sie gehört mehr in die Volksversammlung als in die wissenschaftliche Diskussion.

(Sehr richtig!)

Schriften CXVI. - Berhandlungen 1905.

28

Ich schätze unsern verehrten Freund Naumann gewiß sehr hoch; ich schätze ihn bem Charakter nach; er opfert sich auf, opfert sein ganzes Leben großen und ibealen Zielen, aber die Achillessersse seiner Persönlichkeit ist der Reiz bes großen Erfolges, den er mit seinen Reden haben will.

### (Sehr richtig!)

Da läßt er sich hinreißen und berauscht sich an dem Beifall, und zu dersartigen geistigen Berauschungsszenen ist mir der Berein nicht der richtige Ort.

"(Sehr richtig!)

Ich wurde auch nur munichen, daß vielleicht herr Naumann bei fpaterer Teilnahme das etwas berücksichtigt, daß hier berartige oratorische Leistungen nicht so am Plate find wie anderswo, und das auszusprechen, daß ich ernste Bedenken unmittelbar nach diefer Rede hatte, das konnte ich nicht unterbrücken, sonst wäre ich untreu gegen mich selbst gewesen, und ich kann nur versichern, daß eine ganze Reihe von Berren, mit benen ich sprach, mir fagten: Wir hielten es wohl für möglich], daß Sie nach Schluß dieser Szene ben Borfit des Vereins niederlegen. Sie können also feben, daß ich diese Empfindung nicht allein habe, und wenn ich bas verschwiegen hätte, meine Berren, hätte ich einen Groll im Herzen mitgenommen und mich fehr geärgert, daß ich es verschwiegen habe, und mare migmutig gemefen, und es mare überhaupt die Fortführung ber Geschäfte burch mich unter allen Umftanben in Frage gestellt gewesen. Sett habe ich Ihnen offen gesagt, mas ich auf bem Bergen habe, und die Freunde bes Berrn Naumann durfen mir bas nicht übelnehmen. Ich fühlte die Pflicht, hier offen Farbe zu bekennen. Ich will das aber in feiner Beife fo verstanden haben, daß ich nicht munsche, daß Herr Naumann auch fünftig an unseren Verhandlungen teilnehme. Aber ich wünsche auch, daß er erfährt, daß diese Art von Beredsamkeit in diesem Gremium nicht bas ift, mas mir eigentlich munichen.

(Lebhafter Beifall.)

Professor Max Weber (Heidelberg): Meine Herren, ich habe dagegen nur das Eine einzuwenden. Wir laden hier qua Ausschuß des Bereins Sozialdemokraten ein, als Referenten zu fungieren. Glauben Sie, daß die anders als zum Fenster hinaus ihre Reden halten würden? Das ist ganz ausgeschlossen. Es steht für mich felsenfest, daß, wenn herr Professor Schwoller diesen Abscheu gegenüber der Rede Naumanns empfand, es nicht nur sein Recht, sondern vielleicht seine Pflicht ist, sich auszusprechen. Wogegen ich Bedenken habe, ist, daß er seine Stellung als Vorsigender des Vereins hineingezogen hat. Das ist der Punkt, gegen den ich mich wende.

Ich sehe aber, daß eine Einigung vor diesem Forum darüber nicht möglich ift.

Erzellenz von Rottenburg (Bonn): Meine Damen und herren! Ich habe aus den letten Worten bes herrn Professor Schmoller einen leisen Vorwurf gegen mich herausgehört. Geftern habe ich wiederholt gefagt: mo find bie Argumente, die Beweismittel für die Behauptungen bes Herrn Geh. Rat Kirdorf? Nun hat der Herr Professor Schmoller bemerkt: Berr Geh. Rat Rirborf ift nur hierhergekommen, um feine Stellungnahme und darzulegen; in eine miffenschaftliche Diskussion hat er sich nicht einlassen wollen. Nun, meine Herren, ich meine, es ist nicht nur in wissenschaftlichen Diskussionen, sondern es ist allgemein notwendig oder boch wünschenswert, daß man seine Behauptungen belegt. Das gilt insbesondere betreffs der wichtiasten Frage, der Frage, mas die Arbeiterorganisationen wert sind. Dieselbe durfte nicht nur mit "ich meine" und "ich glaube" behandelt werden, sondern es hatte und etwas Beweismaterial beigebracht werden muffen, mas herrn Geh. Rat Kirdorf, da er ja bie Arbeiter so genau zu kennen behauptet, ein Leichtes gewesen mare. Indes ich will bas fallen laffen.

Aber Herr Geh. Rat Kirdorf hat auch die schwersten Anschuldigungen hier vorgebracht, er hat namentlich gegen die christlichen Verbände einen außerordentlich verletzenden Vorwurf erhoben, und da — sage ich — war Herr Geh. Rat Kirdorf gebunden, und Beweise zu geben. Wenn ein x-beliediger Mann vor mich tritt und sagt: ich handle nach der Beweise maxime, Gründe siehe unter Brombeeren so verstehe ich das. Aber ich schätze Herrn Geh. Rat Kirdorf so hoch, ich habe eine solche Achtung vor ihm, daß ich glaube, berechtigt zu sein, von ihm etwas mehr Beweisematerial für seine Anklagen zu hören.

(Beifall.)

Professor Dr. Log (München): Ich möchte nur aussprechen, daß ich jedenfalls gestern beim Zuhören gegenüber meinem Freunde, dem Herrn Pfarrer Naumann, den Gindruck, daß er auch nur entsernt den Willen gehabt hätte, unseren Herrn Vorsitzenden persönlich anzugreisen, nicht gewonnen habe. Ich bin zu tief bewegt, um heute mehr zu sagen.

Vorsitzender Professor Dr. Rathgen (Heibelberg): Meine Herren! Damit sind wir nach — wenn ich richtig schätze — zwölfstündiger Bershandlung am Schlusse der Debatte über die Kartelle angekommen, und es

**2**8\*

liegt mir nun die schwierige Pflicht ob, aus diesen langen Verhandlungen ein Resümee zu ziehen von einer Kürze, die Ihrer Ungeduld entspricht.
(Heiterkeit.)

Meine Berren! Ich glaube, wir können bas, mas hier zutage getreten ift, wefentlich zunächst so zusammenfassen: Es ift fehr wenig die Rede gewesen von der Konftruktion, von der Morphologie der Kartelle. Es ift auch von der großen Masse ber 400 bis 500 Kartelle sehr wenig gesprochen worden. Es hat sich die Debatte wesentlich um Rohle und Gisen gedreht. Es ift fast allgemein die Tatsache der Kartellierung, der Existenz, der Entwicklung der Kartelle als etwas Gegebenes hingenommen worben. Sie find aufgefaßt worden als ein notwendiges Glied in der Kette der wirtschaftlichen Ent= widlung. Wenn ich mich recht erinnere, hat prinzipiell bagegen ein einziger Redner Widerspruch erhoben, der die Kartelle ausschließlich als ein fünstliches Produkt unserer wirtschaftlichen Gesetzgebung angesehen hat. Das andere Extrem ber Unschauung gegenüber biefem extremen Individualismus, bag diese ganze Entwicklung am besten und notwendig in die Verstaatlichung hineinführen folle, ift meines Erinnerns auch nur von einer Seite und auch ba nur als für den äußersten Notfall befürmortet worden. Man hat die Tatsache ber Kartelle hingenommen, aber man hat gegenüber bem Gewaltigen, was sich ba vor unseren Augen entwickelt, ein etwas unheimliches Gefühl. Ich möchte das allzukühne Bild nicht wiederholen, was hier dafür gebraucht morden ift, daß die Kartelle fich felbst über den Kopf gewachsen seien.

Die Frage brängt sich ganz allgemein auf — bas mar ber allgemeine Eindrud -: foll etwas gegenüber ben Kartellen geschehen? Es ift von einzelnen Seiten gefagt worben, wir mußten uns auf bie öffentliche Meinung verlaffen; aber gegenüber ber öffentlichen Meinung haben wir in biefen Tagen ja viel Stepfis gehört. Einige ber Herren haben von dem guten Willen und der Einsicht der Kartellleiter gesprochen, und demgegenüber ift, wenn ich ben Gindruck richtig interpretiert habe, Die Stepfis mohl auch eine all= gemeine gewesen. Etwas anders war es formuliert, wenn bavon gesprochen murbe, daß das Selbstintereffe ber Kartelle ein Regulativ fein werbe. Aber im gangen ift man boch barauf hinausgekommen, bag ber Staat die Aufgabe habe, etwas zu tun, und nur vereinzelt ist bagegen prinzipiell Wider= fpruch erhoben worden, wenn auch viele berjenigen, die ftaatliche Magregeln geforbert haben, doch dabei ihrem Zweifel Ausdruck gegeben haben — und wenn fie bas nicht felbst getan haben, fo ift es ausgiebig von anderer Seite besorgt worden -, ob jede biefer einzelnen Magregeln nun wohl eine Wirksamfeit haben fonne.

Was fann ber Staat tun? Es ist ba in ben vorgeschlagenen Zwangs=

maßregeln zunächst das freundliche Zureden zu unterscheiben, wie es einzelne Herren befürwortet haben. Es ist gesagt worden, der Staat soll von Fall zu Fall — ich möchte sagen: von Macht zu Macht — mit den Kartellen verhandeln und so bei jedem einzelnen konkreten Mißstand, bei jedem Arrtum, der vorgekommen ist, versuchen einzuwirken.

Sehr viel allgemeiner ift aber boch wohl ber Standpunkt vertreten gewesen, daß der Staat mit seiner Autorität als Staat eintreten soll. Von einigen Herren ist verlangt worden, daß der Staat vor allem gegen die Kartelle konkurrieren solle. Dem gegenüber ist von einer ganzen Anzahl von Rednern im Gegenteil gesagt worden, der Staat solle hinein in die Kartelle, er solle von innen heraus auf die Kartelle einwirken.

Die einzelnen Maßregeln, die hier zur Sprache gekommen sind, alle vorzuführen, wird wohl unangebracht sein. Eine gewisse Übereinstimmung glaube ich aber dahin konstatieren zu dürfen, daß die große Mehrzahl der Redner auf dem Standpunkt gestanden hat, daß der Staat nicht von oben her die Breise festseten kann.

Was alle die übrigen einzelnen Maßregeln betrifft, die vorgeschlagen sind, so habe ich den Eindruck, daß im großen und ganzen immer nur jeder für seinen Borschlag eingetreten ist. Irgend eine allgemeine Harmonie konstatieren zu können inbezug auf einzelne Borschläge, ist wohl ganz uns möglich.

Das liegt — und damit komme ich zu einem Hauptteile unserer Ersörterungen — doch wohl am letzten Ende darin, daß alle diese Dinge uns schließlich hineinführen in die letzten Fragen von Staat und Gesellschaft, daß zu all den praktischen Fragen, die da entstehen, jeder einzelne sich versichieden stellen wird, je nach seinen wissenschaftlichen Ansichten nicht bloß, sondern auch nach der Weltanschauung, nach den politischen und sittlichen Überzeugungen. Darin liegt die Schwierigkeit der Verständigung und —erlauben Sie mir, das für mich hinzuzusügen! — darin liegt doch wohl auch wieder die Notwendigkeit, zu einer Verständigung zu kommen. Damit lassen Sie mich schließen!

(Lebhafter Beifall.)

Geheimer Hofrat Dr. Hecht (Mannheim): Die diesjährige Tagung des Vereins für Socialpolitik geht nunmehr zu Ende. Es sind starke Gegenfäße hervorgetreten, das ist ganz naturgemäß. Aber ich glaube, für das, was ich jest noch sagen will, einen freudigen Widerhall bei Ihnen allen zu sinden. Ich glaube, wir haben eine Pflicht des Dankes zu erfüllen in zweisacher Art. Zunächst haben wir den geehrten Herren Referenten der

verschiedenen Tage unseren Dank abzustatten. Sie wissen, welch schwierige, bebeutungsvolle und vielfach für die Debatte entscheidende Aufgabe den Referenten zufällt. Ich glaube, sie ist in glänzender Weise von den Referenten der einzelnen Tage gelöst worden. Ferner haben wir den Tribut des Dankes den geehrten Herren auszusprechen, die als Präsidenten an den einzelnen Tagen fungierten, und dem ganzen Bureau, das in so aufopferungsvoller Weise tätig gewesen ist. Ich möchte bitten, daß Sie zum Zeichen Ihres Dankes sich von den Sipen erheben.

(Geschieht.) (Lebhafter Beifall.)

Borsitzender Brofessor Dr. Rathgen (Geibelberg): Die diesjährige Tagung des Bereins ift geschlossen.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr nachmittags.)

# Verzeichnis der Redner.

Beck — S. 7. 74. 134. 150. 158. | Lot — S. 79. 88. 131. 397. 435. 177. 181. Michel — S. 114. von Berlepfc, Erz. - S. 2. 9. 45. 59. Maumann — S. 186. 360. 79. 88. 110. 113. 118. 130. 131. Neumann — S. 113. Bernhard, G. — S. 324. Oppenheim — S. 224. Bernhard, L. — S. 195. von Philippovich — S. 184. 223. 233. Rathgen — S. 236. 271. 293. 330. Beumer — S. 98. Brandt — S. 95. 348. 354. 360. 375. 418. 432. 435. 438. Brentano — S. 135 (Referat). 228. Cohn — S. 84. 400. von Rottenburg, Erz. — S. 158. Diehl - S. 404. 432. 346. 348. 418. 435. Engel — S. 105. 178. 308. 375. Schaefer — S. 106. 110. Erkelenz — S. 192. 410. Schenkel, Erz. — S. 2. Eschenbach — S. 369. Schmoller — S. 1. 237 (Referat). Fischer — S. 203. 414. 293. 418. 433. Franken — S. 217. 416. Schneiber — S. 101. Schumacher — S. 11 (Referat). 121. Fuchs — S. 293. 294. 308. Giesberts - S. 171. 373. 3**38.** Gleichauf — S. 197. Schwanhäuser — S. 220. Goldschmidt — S. 181. Stein — S. 103. Goldstein — S. 221. Thiel — S. 183. Tille — S. 205. Gothein, E. — S. 60. 130. Gothein, G. — S. 91. 316. Vogelstein — S. 390. Harms — S. 200. Bölcker — S. 376. Weber, A. — S. 354. Hecht — S. 437. Weber, M. — S. 212. 382. 432. 434. Jüngst — S. 184. Kirdorf — S. 272. Wiebenfelb - S. 407. Klam — S. 199. Wilbrandt — S. 330. Knecht — S. 80. Wirminghaus — S. 47 (Referat). Leibig — S. 150. 224. 335. **118. 13**0. Liefmann — S. 294. von Zwiedined-Südenhorst - S. 115.

### Tiste der Teilnehmer

## Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik.

Mannheim, ben 25. bis 28. September 1905.

Abihoff, E., Generalsekretär, Sannover .

Abler, Franz, Dr. phil., Frankfurt a. M.

Albrecht, Dr. Professor, Gr.=Lichterfelde. Arndt, Dr. Baul, Professor, Dozent,

Frankfurt a. M. Artmann, Frit, Direktor, Mannheim.

Mn, Dr., Bürgermeifter, Bertreter ber Stadtgemeinde Meißen.

- Balger, Joseph, Bezirkeleiter ber beutschen Gewerkvereine (hirsch=Dunder), Mann= heim.
- Bamberger, Fr., Mainz.
- Barber, Stabtrat, Mannheim.
- Baffermann, Reichstagsabgeordneter, Mannheim.
- Bauer, Stephan, Univ.= Prof., Dir. bes internat. Arbeitsamts, Bafel.
- Bed, Otto, Oberbürgermeifter, Mannheim.
- Behrend, Dr., Syndifus der Bandels= fammer Magdeburg.
- Bensheimer, Jul., Buchdrudereibefiger, Mannheim.
- Bensheimer, Frau Alice, Mannheim. Benfinger, Abolf, Fabrikbirektor, Mann= heim.
- Berlepfc, Freiherr von, Staatsminifter, Erz., Seebach.

- Bernhard, Brofeffor ber Staatsm. Pofen.
- Bernhard, Georg, Berausgeber des "Plutus", Charlottenburg.
- Bernheim, S., Dr. rer. pol., Rechts= anwalt, Mannheim.
- Beumer, Dr., Mitglied bes Reichstages und Preuß. Abgeordnetenhauses, Duffelborf.
- Biermann, Dr., Privatbogent an ber Universität Leipzig.
- Bitter, Josef, Direktor, Mannheim.
- Bittmann, Dr., Oberregierungsrat, Borftand der Fabrifinspettion, Karlsruhe.
- Blauftein, Dr., Sandelstammeraffiftent, Mannheim.
- Blum, Dr. Berthold, Rechtsanwalt. Mannheim.
- Böhme, Karl, Dr. phil., Friedenau bei Berlin.
- Boneur, M., Kaufmann, Grevenmacher (Luxemburg).
- Bothmer, Graf, München.
- Brandt, Dr., Syndifus der Sandels= fammer Duffelborf.
- Brentano, Dr., Geh. Hofrat, Professor, München.
- Brobnit, Dr., Privatdozent, Halle a. S.

- Brunhuber, Dr., Redakteur und Dozent | der Handelshochfchule, Röln.
- Bücher, Professor, Leipzig.
- Bufching, Dr. Baul, Redakteur, München.
- Buichmann, Dr. Klaus, Herausgeber ber "S. B. R.", Beibelberg.
- Cahn, Dr. Ernft, Sekretär bes sozialen Museums, Frankfurt a. M.
- Chriftmann, Redakteur, Neuftadt a. S.
- Cohn, G., Universitätsprofessor, Göttingen.
- Cohn, Martin, Dr. jur., Gerichtsaffeffor, Berlin B.
- Cuno, I. Bürgermeifter, Sagen i. 2B.
- Damm=Stienne, Paul, Baden=Baden. Darm ftaebter, Bictor, Kaufmann, Mannheim.
- Diehl, Dr. Professor, Königsberg.
- Donaboni, Mazzino, Landwirtschafts= ftubent, Gemblour (Belgien).
- Drill, Dr. R., Redakteur, Frankfurt a. M.
- Edert, Chrift. Dr. Professor, Studien= birektor b. Handelshochschule, Röln a. Rh.
- Eliasberg, Aron, stud. phil., Beibel: berg.
- Slfas, Martin, Kaufmann, Karlsruhe. Emminghaus, Dr. jur., Handelskammerfekretär, Mannheim.
- Engel, Bergmeifter, Effen (Ruhr).
- Engelhorn, Dr. F., Fabrikant, Mann= heim.
- Epstein, J. K., Fabrikant, Frankfurt a. M.
- Erfelenz, Anton, Arbeiterfefretar, Duffel-
- Efchenbach, Rechtsanwalt am Rammergericht, Berlin.
- EBlen, Privatbozent, München.
- Ettlinger, Dr. Friedrich, Fabrikant, Karlsruhe.
- End, Erwin Dr. phil. Referendar, Berlin.
- Faulhaber, Dr. Carl, Syndifus ber Handelskammer, Brandenburg a. d. H.
- Feig, Dr. Johannes, Beigeordneter, Borst. d. Stat. Amts, Düsselborf.

- Fenbel, Stadtrat, Mannheim.
- Fenbel, Frit, Raufmann, Mannheim.
- Ficinus, Ernft S., Sekretär ber hanbelskammer für bas herzogtum Anhalt, Deffau.
- Fischer, Arbeitersekretar, Reutlingen.
- Flechtner, Frit, Dr., Generalsekretär bes Bereins ber Industriellen Rommerns, Stettin.
- Fleischmann, Dr. Sigmund, Professor, Renzingen.
- Frande, G., Brofeffor Dr., Berlin.
- Franken, Herm., Mitglied bes Preug. Landtages, Gelsenkirchen.
- Frant, Bürgermeister, Frankfurt a. d. D.
- Freudenberg, Friedr. Karl, Fabrikant, Weinheim.
- Freudenberg, Dr. Karl, Gr. Amtmann. Offenburg.
- Freymark, herm. Dr., Synbikus ber hanbelskammer, Breslau.
- Frentag, Dr. C. T., Kaufmann, Magdeburg.
- Föhlisch, Dr., Großh. Regierungsrat, Karlsruhe.
- Fromm, Dr. Leo, cand. jur., Wertheim a. M.
- Fuchs, Dr. Karl Joh., Universitätsprofessor und Frau, Freiburg.
- Fues, Dr., Papierfabrifant, Hanau.
- Fürer von Haimendorf, Rudolf Ritter Dr., K. K. Bezirkskommissär, Troppau.
- Geibel, Dr. jur. Carl, Berlagsbuch= händler, Leipzig.
- Geiler, Karl, Rechtsanwalt und Frau, Mannheim.
- Geißenberger, Dr., Beigeordneter, Strafburg i. E.
- Gert, Dr., Handelskammersyndikus, Koblenz.
- Geusen, Beigeordneter und Stadtbaurat, Düffeldorf.
- Gierke, Dr. Otto, Geheimer Justizrat und Professor, Berlin.
- Giesberts, Arbeitersefretar, M. Bladbach.

- Gießler, J., Amtsgerichtsbirektor, Mannheim.
- Gleichauf, Bilhelm, Gewerkvereing= beamter(Majchinenbauer [g.=D.]), Berlin.
- Golbscheid, Rudolf, Schriftsteller, Wien.
- Golbschmidt, Karl, Redakteur, Berband der beutschen Gewerkvereine (Hirsch= Duncker), Berlin.
- Goldftein, Dr. J., Dozent, Burich.
- Gothein, Dr. E., Professor, Beibelberg.
- Gothein, Bergrat, Mitglied bes Reichstags, Breslau.
- Gourewitsch, S., Student (rer. merc.), Riga.
- Grambow, Dr. phil., Syndifus ber Sandelskammer, Hanau.
- Grandte, Dr., Berlin.
- Günther, Dr., Berlin.
- Bünther, Ernft, Dr. phil., Berlin.
- Gutjahr, Andreas, Direktor, Mannheim.
- Sachenberg, Carl, Berband deutscher Sandlungsgehilfen, Leipzig.
- Haim. Albert, Redakteur, Mann=
- von halle, Universitätsprofessor, Berlin. hampke, Dr., Syndikus ber handelskammer, Bosen.
- Sarbeder, Alois, Bertreter ber Gewertvereine (hirfc-Dunder), Mannheim.
- Harms, Dr. Bernhard, Privatdozent, Tübingen.
- Hartmann, Karl, Vertreter ber Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, Mannheim.
- Heim. Subdirektor, Mann-
- Hecht, Dr. Felix, Geh. Hofrat, Mannheim. Hecht, Dr. Morit, Gr. Regierungsrat, Karlsruhe.
- Helmreich, Karl, Fabrikant, Mannheim. Heiligen stabt, Dr., Präsident, Berlin.
- Berkner, Universitätsprofessor, Burich. Beffe, Albert Dr., Privatbozent, Salle.
- Frhr. von Henl, Dr. jur., Großindustrieller, Worms.
- Hieronymi, Prokurift ber Rhein. Siemens-Schuckert-Werke, Mannheim.

- Site, Dr. Franz, Universitätsprosessor, Münster i. B.
- Hochapfel, Regierungsrat und Beisgeordneter, Strafburg i. G.
- hoffmann, Otto, Direktor ber Deutschen Steinzeugwarenfabrik Friedrichsfelb.
- von Hollander, Bürgermeifter, Mann= heim.
- Horstmann, Walter, stud. rer. pol., Mannheim.
- Humann, Dr., Handelskammersyndikus, Darmstadt.
- Jacob, Dr. K., Universitätsprofessor, Tübingen.
- Jaffé, Dr. E., Privatdozent, Heidelberg.
- Jastrow, Dr. Professor, Charlottenburg.
- Jeibels, Dr. Otto, Frankfurt a. M.
- Sungft, Dr., Effen-Ruhr.
- Kanbt, M. Dr., Syndifus ber Handels- fammer, Bromberg.
- Raulla, Dr., Privatbozent, Stuttgart.
- Ranfer, Dr. jur., Großherzogl. Kreiß= rat, Worms.
- Rehm, Dr. Max, Handelskammersyndikus, Ludwigshafen a. Rh.
- Reibel, Dr., Mülheim (Ruhr), Syndifus der handelsfammer.
- Regler, Direktor d. Mannheimer Dampf= fcleppschiffahrts-Gesellschaft.
- Reftner, Dr. Frit, Referendar, Leipzig. Kirdorf, Geh. Kommerzienrat, Generals birektor, Rheinelbe-Gelsenkirchen.
- Klam, Ed., Schriftsteller, Effen (Ruhr). Klein, Frit, cand. iur., Mannheim.
- Knapp, Professor. F., Strafburg i. E. Knebel, J. B., Stadtpfarrer, Mannsheim.
- Anecht, Generaldirektor, Mannheim.
- Koch, Dr., Oberamtsrichter, Mannheim. Köppe, Dr. phil. H., Privatbozent, Marsburg a. d. Lahn.
- Kopp, Julius, Stadtrat, Neusalza. b. Oder. Koppel, A. Dr., Privatgelehrter, Heidelsberg.
- Rrafft, I. Bürgermeifter, Ludwigshafen.

- Kramer, Generalsekretär, Rheinelbe- | Gelsenkirchen.
- Kreuzkam, Dr., Geschäftsführer des Berbandes für Kanalisterung der Mosel und der Saar, Koblenz.
- Rundt, Ernft, cand. cam., Beibelberg.
- La husen, Kommerzienrat, Direktor, Delmenhorst.
- Landmann, Ludw., Stadtsyndikus, Mannheim.
- Lang, Geh. Reg.=Rat, Mannheim.
- Lange, Dr. G., Oberregierungsrat, Karls= ruhe.
- Leibig, Dr., Regierungsrat, Berlin.
- Lenn, Albert, Dr. phil., Berlin.
- Levy, Dr. Herm., Privatdozent, Halle a. d. Saale.
- Lidroth, Chr., Kaufmann, Frankenthal.
- Liefmann, Dr. Professor, Freiburg i. Br.
- Linbeck, Anton, Rechtsanwalt, Bertreter berRheinsch.=Ges., Bereinigte Spediteure und Schiffer, Mannheim.
- Loewe, Dr. jur., Breslau.
- Loewe, Alfred, Direktor der A.-G. Glektrizitätswerk Strafburg i. Elfaß.
- Löwy, Direktor, Mannheim.
- Lot, Dr. Walther, Brofeffor, München. Ludwig, Bürgermeifter, Bertreter ber Gemeinde Neunkirchen, Bez. Trier.
- Lüker, Beigeordneter, Bonn.
- Lugner, Dr., Argt, Wiesbaden.
- Lug, Georg, Stadtsefretar, Bertreter ber Stadtgemeinde Ludwigshafen a. Rh.
- Matheus, Agl. Bezirksamtmann, Ludwigshafen.
- Mathéus, Balther, stud. phil., Ludwigshafen a. Rh.
- Man, Mar, Schriftsteller, Beibelberg.
- Meesmann, Paul, Handelskammerfekretär, Mainz.
- Meister, Dr. K., Syndikus der Kaufmannschaft, Stettin.
- Meister, Direktor der Mannheimer Dampfschleppschiffahrts-Ges., Mannheim. Melchers, Smil, Konsul, Mannheim.

- Meller, Otto, stud. phil., Ludwigshafen a. Rh.
- Menbel, Brofeffor, Berlin.
- Meuthen, B., Direktor, Mannheim.
- Mener, Eduard, Direktor, Frankfurt a. M.
- Michel, Geh. Kommerzienrat, Mainz.
- Mied, Dr., Bertreter bes Bundes ber Induftriellen Berlin, Beidelberg.
- Mollwo, Dr. C., Privatgelehrter, Tüs bingen.
- Mombert, Paul, Dr., Karlsruhe.
- Müller, Dr., Statistifer ber Anilin= und Sodafabrif, Ludwigshafen.
- Münfterberg, Dr., Stadtrat, Berlin.
- Raffe, Dr. Walther, Bruffel.
- Raumann, D., Berlin.
- Reugebauer, Paul, II. Bürgermeifter, Kattowis (Db.-Schl.).
- Neumann, A., Kaufmann, Vertreter bes Borsteheramtsd. Kaufmannschaft Danzig. Neumann, E., Raufmann, Karlsruhe.
- Oppenheim, Gerichtsaffeffor, Berlin.
- Bape, Direktor, Mannheim.
- Beters, Geh. Oberregierungsrat, Berlin.
- Peters, S., cand. math., Mannheim.
- von Philippovich, Gugen, Universitätsprofessor, Wien.
- Bierftorff, Professor, Jena.
- Bietsch, Dr., Landwirtschaftskammer= beamter, Halle a. S.
- von Prigbuer, F., Archivar bes Schaaff= haufenichen Bankvereins, Berlin.
- Rathgen, Dr. K., Professor, Heibelberg. Rathmann, Karl, Berbandssekretär, Berlin.
- Rauchberg, Dr. Heinrich, Universitäts= professor, Brag.
- Redlich, Frit, Fabritbefiter, Göbing.
- Redlich, Dr., Privatbozent, Wien.
- Reis, Ebuard, Bizepräsident der Handels= fammer, Heidelberg.
- Reuther, Karl, Fabrikant, Mannheim.
- Richter, Kommerzienrat, Vorsitzender ber Sandelskammer, Deffau.

- Ritter, Bürgermeifter, Mannheim.
- Rismann, Fr., Fabrikinspektor, Karlsruhe.
- Rig, Th., Hafendirektor, Morms.
- Röhrig, Rechtsanwalt, Frankenthal.
- Rölle, Rub., cand. cam., Mannheim.
- Roghé, Dr., Handelskammerspndikus, Berlin.
- Rohde, Dr., Geh. Oberfinanzrat, Darmftadt.
- Romanes, J. S., Edinburg.
- Rofenstod, Frl. Martha, Stub., Berlin.
- Rofin, Dr. heinrich, Geh. hofrat, Universitätsprofessor, Freiburg i. Br.
- von Rottenburg, Dr., Erzellenz, Bonn.
- Sacher, Herm., Dr. phil., Rebakteur am Herberschen Konversationslegikon, Freiburg i. Br.
- Saenger, Regierungsaffeffor, Bofen.
- Sahner, Abolf, stud. cam., Mannheim.
- Salomon, Frl. Alice, Berlin.
- Salg, Dr. Arthur, Privatier, Staab.
- von Sauter, Dr. Herm., Konzipist ber nieberösterreichischen Handels- und Ge werbekammer, Wien.
- Schachner, Dr. Robert, Privatbozent, Beidelberg.
- Schaefer, Karl, Direktor, Mannheim.
- Schanz, Morit, Rentner, Chemnit.
- Schen fel, Dr., Minifter bes Innern, Erz.
- Scheven, Dr. Paul, Redakteur, Dresden. Schimmer, Bilhelm, cand. cam., Bein-
- heim (Baben).
- Schmibt, Molle, Ex-Directrice de l'Annexe de l'Ecole Secondaire de Tunis, Borbeaug.
- Schmibt, Bilh., Kandidat der Staatswissenschaften, Wiesbaden.
- Schmoller, Dr., Professor, Berlin.
- Schneiber, Dr., Biffensch. hilfsarbeiter ber hanbelstammer, Dresben.
- Schomerus, Dr. Fr., Delmenhorft.
- Schott, Ingenieur, Berein für die Interseffen d.rhein. Braunkohlenindustrie, Röln.
- Schott, Dr. Sigmund, Stadtbeirat, Mannheim.

- Schulte, Dr. phil. Frig, Berlin.
- Schumacher, Dr., Universitätsprofessor,
- Schupp, Dr. Frit, Sefretär der handelskammer, Beidelberg.
- Schwanhäufer, Dr. Eduard, Fabrifbefiger. Rurnberg.
- Seebacher, Wendelin, Beigeordneter, Regierungsbaumeister a. D., Neunkirchen, Bez. Trier.
- Seeger, Karl, Ober-Stadtrechnungsrat, Mannheim.
- Seibl, Dr. Alois, Professor ber landw. Akademie, Tetschen a. Elbe (Böhmen).
- Siebed, Dr. Osfar, Tübingen.
- Siebeck, Dr. Paul, Berlagsbuchhändler, Tübingen.
- Siebert, Dr. Albert, Affeffor, Mannheim.
- Sievefing, Professor Dr., Marburg.
- Sieveking, Frau Professor, Marburg.
- Silverberg, Dr., Generalbirektor, Röln.
- Sombart, Werner, Universitätsprofessor, Breslau.
- Specht, Chrift., Referendar, heibelberg. Spielmener, B., Fabrikbirektor, Mannheim.
- Stein, Dr., Syndikus der Handels= fammer, Duisburg.
- Stein, Dr. Philipp, Geschäftsführer des Instituts f. Gemeinwohl, Franksurt a. M.
- Steinback, Kaufmann, Emmerich, Hanbelskammer Wesel.
- Stubmann, Dr. P., Berbandssefretär, Ruhrort a. Rhein.
- Thieß, Karl, Professor, Danzig.
- Thiel, Dr. H., Wirkl. Geh. Ober=Regierungsrat und Ministerialdirektor im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Berlin.
- Tille, Dr. Alexander, Syndikus der Handelskammer Saarbrücken; Generals fekretär der Saarinduskrie, St. Johann a. Saar.
- Troelhich, Dr. Walter, Universitäts= professor, Marburg i. H.

Bogelftein, Dr. Theodor, München.

Bogt, Friedrich, Beigeordneter der Stadt Bingen und 2. Vorfitender der Handelsfammer Bingen, Bingen a. Rh.

Bölder, Dr., Regierungsrat, Direktor, Düffelborf.

Bogberg, Dr. Walter, Dozent, Berlin.

Waentig, Professor Dr. S., Salle a. S.

Wagner, Fr., Bankbirektor, Bors. ber Pfälz. Handels- und Gewerbekammer, Ludwigshafen a. Rh.

Bagner, Dr. Heinrich, Sefretär bes Bereins zur Wahrung ber Rheinschifffahrtsinteressen, Frankfurt a. M.

Walg, Professor Dr., Bürgermeifter, Seibelberg.

Balt, Friedrich, cand. cam., Beidelberg. Beber, Brofeffor Dr. Alfred, Brag.

Weber, Dr. Bernhard, Direktor, Mannheim.

Weber, Professor Dr. Mag, Heidelberg. Weber, Frau Professor Dr. Mag, Heidels

Weber, Stadtrats-Witwe, Charlotten-

bera.

Webner, Hermann, Privatmann, Freis burg i. Br.

Beis, Guftav, Doktor ber Staatswiffenichaften, Finangkanbibat, Mannheim.

Weisbrod, Th., cand. iur. et cam., Weinheim.

Beiß von Bellenstein, Dr. Gustav, R. R. Rat, Wien.

von Beld, Frh., Reg.=Affeffor, Leipzig.

Bendtland, Dr. jur., Syndikus der Sandelskammer Leipzig.

Werner, Josef, Fabrifant, Mannheim.

Bernice, Dr., Generalfefretar, Berlin.

Wiebe, Dr., Syndikus, Bochum.

Wiedenfeld, Professor, Roln.

Biebfelbt, Dr. Otto, Beigeordneter, Bertreter ber Stadtgemeinde Effen.

Bilbrandt, Dr. Robert, Privatbozent, Berlin.

Wildens, Oberbürgermeister Dr., Stadtgemeinde Heidelberg.

Wirminghaus, Profeffor Dr., Köln.

Birt, Adolf, Direktor, Rheinau b. Mannheim.

von Wiser, Konrad, K. K. öfterr.-ungar. Bizekonsul, Zürich.

Wittsad, Direktor, Mannheim.

Wolff, Dr. Hellmuth, Nationalökonom, Aschaffenburg.

Wolff, Dr. Julius, Chefrebakteur, Buenos Aires.

Woltmann, Dr. Arnold, Syndikus der Handelskammer Ruhrort.

Buttke, Dr. Robert, Professor an der techn. Hochschule Dresden.

Zahn, Dr. Friedrich, Kais. Reg.=Rat, Universitätsprofessor, Berlin.

Benß, Dr. Richard, Sandelskammerfyndikus, Krefeld.

Biegler, Emil, Direktor, Bafel.

Zimmermann, Dr. Balbemar, Rebatteur ber "Sozialen Bragis", Berlin.

von Zwiedined = Sübenhorft, Dr. Otto, Professor an der Techn. Hoch fcule, Karlsruhe.